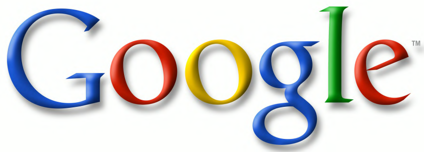
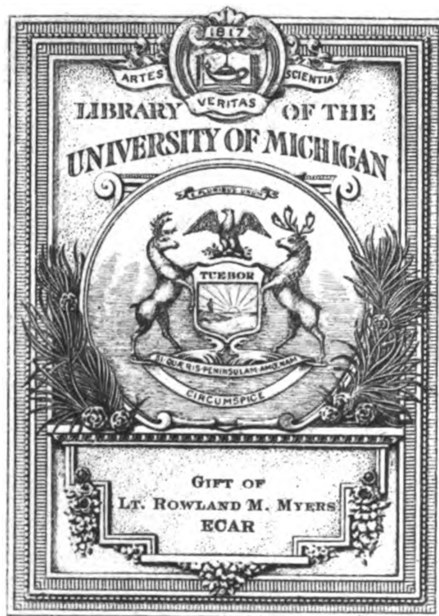
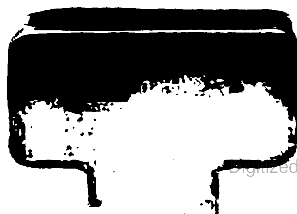



1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE
GIFT OF
LT. ROWLAND M. MYERS
ECAR




Strafanstalt
Rheinbach


Strafanstalt
Rheinbach

Adolf Hitler
(Aufnahme aus dem Jahre 1923)

Gerd Rühle
Regierungsrat, M. d. R.

Das Dritte Reich

Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation

Mit Unterstützung des Deutschen Reichsarchivs

Die Kampfjahre
1918—1933

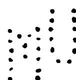
Mit zahlreichen Bildern und Dokumenten
sowie einem Sachregister

Hummelverlag

Verlag und Versand für Deutsche Literatur
Hans Eugen Hummel
Berlin NW 7

Bild und Dokumente: Schriftleiter Rolf Heller

Die Aufnahmen lieferten: Atlantic-Berlin, Böhm-Film-Köln, D.P.Z.-Berlin, Groß-Berlin, Hege-Weimar, Heller-Berlin, Hensel-Frankfurt, Heuschkel-Schwerin, Hundt-Münster, Histor. Bilderdienst-Berlin, Luding-Frankfurt, Machtaus-Danzig, Mai-Berlin, Menzel-Koblenz, Möller-Halle, Photothek-Berlin, Presse-Ill. Hoffmann-Berlin, Risse-Bochum, Scherl-Berlin, Sennecke-Berlin, Strauß-Berlin, Stumpf-Würzburg, Weissenbach-Kassel, Weltbild-Berlin, Wiesebach-Berlin.



„Gegen die Herausgabe dieser Schrift werden seitens der NSDAP keine Bedenken erhoben."

Der Vorsitzende der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums. Berlin, 3 2. 36

Druck: Vaterländische Verlags- u. Kunstanstalt G.m.b.H., Berlin / Einband: Bibliographisches Institut A.-G., Leipzig / Klischee: Graphische Kunstanstalt Markant G.m.b.H., Berlin / Bilddruck: Felgentreff & Co., Berlin



An denen, die mir bei der Gestaltung dieser dokumentarischen Darstellung durch Zurverfügungstellung von Dokumenten, Berichten, Auskünften und in anderer Weise halfen, sage ich auch an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank, insbesondere den Herren

Brey, SA-Standartenführer, Reichsleitung der NSKOV

Brüsch, Schriftleiter

Dr. Conti, Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern

Geschke, Geschäftsführer der Fachschaft der Verlagsangestellten in der Reichspressekammer

Heller, Schriftleiter

Kramarz, SA-Sturmhauptführer

Dr. Medicus, Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern

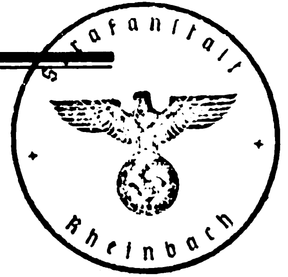
Dr. Rogge, Archivrat im Reichsarchiv

Insbesondere sage ich SS-Obersturmführer Heiner Kurzbein, Referent im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, meinen herzlichsten Dank für seine hervorragende Mitarbeit am vorliegenden Bande.

Der Verfasser.



Inhaltsverzeichnis



Das Jahr 1918

Als das düstere Jahr 1918 anbrach, stand die Welt bereits seit über drei Jahren in Flammen. Der größte Krieg aller Zeiten raste über die Erde. Deutschland rang um sein Leben. An seiner Seite standen Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei — Verbündete, zu deren Unterstützung überall auch deutsche Truppen eingesetzt wurden. Gegen das von Neid und Haß, Lüge und Zerstörungswillen eingekreiste Deutschland und seine wenigen Verbündeten — die „Mittelmächte" — stand die ganze Welt. Fünf Kontinente stürmten vergeblich gegen das deutsche Volk an, das in jenen Jahren in der Geschichte einzig dastehende Leistungen vollbrachte. Ein gegnerischer Staatsmann, der Engländer Churchill, schrieb über diesen Weltkrieg: Der Weltkrieg

> „Seit Menschengedenken hatte man keinen solchen Kraftausbruch erlebt wie den des deutschen Volkes. Vier Jahre lang kämpfte Deutschland, trotzte es fünf Kontinenten zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Die deutschen Armeen hielten ihre wankenden Verbündeten aufrecht, traten auf allen Kriegsschauplätzen siegreich auf, standen überall auf erobertem Boden und fügten ihren Gegnern die doppelten Blutverluste zu.... Wahrlich, ihr Deutschen, für die Geschichte habt ihr genug geleistet!..."

Und diese Leistungen vollbrachte das deutsche Volk, trotzdem es damals innerlich wesentlich weniger geschlossen dastand als viele der gegnerischen Völker, trotzdem die deutsche Geschichte in all den verflossenen Jahrhunderten nie zur wirklichen deutschen Volkwerdung geführt hatte. Wenn Deutschland trotzdem derart einzigartiger Energien fähig war, dann muß uns das mit unbändigem Stolz erfüllen. Und als heiliges Vermächtnis der zwei Millionen gefallenen Deutschen des Weltkrieges müssen wir die Verpflichtung fühlen, der von Adolf Hitler geschenkten deutschen Volkwerdung zu dienen, um die in unserem Volke ruhenden Kräfte zur vollen Auswirkung zu bringen und die uns Deutschen gestellte Aufgabe vor Gott und der Welt zu erfüllen. Ueber den Weg der deutschen Geschichte stellten wir im Bande 1933 (Seite 17 bis 19) fest: Deutsche Geschichte

> „Die Anfänge zur Volkwerdung in früheren Jahrhunderten deutscher Geschichte sind stets wieder vernichtet worden. Das Werk Hermanns des Befreiers zerbrach an dem Verrat eines Segestes. Und auf die

germanischen Staaten der Völkerwanderungszeit, die meist nur den Kulturdünger für spätere fremde Staaten abgaben, folgte das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation", zu dessen Anfängen das unheilige Blutbad gehört, das der Sachsenschlächter in Verden an der Aller aus angeblich christlichen Gründen anrichtete. Karl, der erste Kaiser dieses Reiches, der damals viele Tausende edler deutscher Männer morden ließ, wurde von einer verblendeten deutschen Geschichtsschreibung mit dem Beinamen „Der Große" bedacht. Die Tragik des ersten Deutschen Reiches findet ihren Ausdruck schon in der Bezeichnung „Römisches Reich". Die Marschrichtung führte vom Volkstum fort ins Nichts, in romantische Irrwege und sinnlose Blutopfer, in Italienfahrten und Kreuzzüge, in dynastische Zersplitterung, klerikale Knechtschaft und kulturelle Ueberfremdung. Und an die Stelle des deutschen Rechts trat das Recht des Corpus juris des Byzantiners Justinian, als „römisches Recht" bekannt und verhaßt. Die Versuche, das Steuer herumzureißen und deutsche Politik zu treiben, scheiterten letzten Endes alle daran, daß die Zentralgewalt des Reiches andere Wege ging. Das Werk Heinrichs des Löwen und Albrechts des Bären, das Werk der Hanse und des Deutschritterordens scheiterte schließlich an der Tatsache, daß die Politik des Reiches in all diesen Jahrhunderten nicht diesseits, sondern jenseits der Alpen ihre Aufgabe sah. Dynastische und kirchliche Machtkämpfe wurden auf dem Rücken des blutenden deutschen Volkes ausgetragen und zerrissen das Land in zahllose unorganische Fetzen. Der Leidensweg deutschen Bauerntums, das die Kosten für den Irrsinn dieser Politik tragen sollte, ist kaum vorstellbar. Von der Abschlachtung vieler Tausende von Stedinger Bauern mit Weibern und Kindern durch den Erzbischof von Bremen bis zu der sinnlosen Niedermetzelung zahlloser schwäbischer, fränkischer und thüringischer Bauern durch Fürsten und Adel in den Bauernkriegen führt der Weg einer verständnislosen volksfeindlichen Politik dieses „Heiligen Römischen Reiches". Mit leidenschaftlicher Erbitterung wurden die Religionskämpfe ausgefochten, das Land verheert, das Volk zerrissen.

Das „Zweite Reich", geboren im Kanonendonner des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 — gewachsen auf dem von Albrecht dem Bären für das Deutschtum gewonnenen Boden der Mark Brandenburg, dem von Friedrich dem Großen gestalteten Preußen — geschaffen von dem großen Deutschen Bismarck, nahm den Kampf des deutschen Volkes auf, ohne die dynastische und konfessionelle Zerrissenheit überwinden zu können. Das deutsche Kaiserreich war ein „Bundesstaat" — kein Nationalstaat. Den „Kulturkampf" gegen das politische „Zentrum", gegen die alten „ultramontanen" Kräfte, die „jenseits der Alpen" die politische Bestimmung sahen, verlor Bismarck. Der Standesdünkel „feudaler" Kreise, die Volksfremdheit der „Intelligenz", die Verständnislosigkeit bürgerlicher Schichten ließen den neuen heranwachsenden Stand der Industriearbeiterschaft in Deutschland heimatlos werden und lieferten ihn der selbstmörderischen Lehre vom Klassenkampf und vom Materialismus, dem jüdischen Marxismus, aus. Der Klassenkampf von links und rechts setzte ein. Das sozialparasitäre Judentum drang nicht nur über den Marxismus, sondern damals noch stärker über den Kapitalismus in den deutschen Volkskörper und in die staatlichen Machtpositionen ein. Engste Berater Kaiser Wilhelms des Zweiten waren die Juden Ballin und Rathenau. Die Grundlage des Volkes, das Bauerntum, wurde zurückgedrängt. Schon im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte der adlige Großgrundbesitz an die 150000 Bauernstellen beseitigt — „Bauern gelegt". Die reaktionären Kräfte hatten im Zweiten Reiche nichts dazugelernt, versperrten dem Bauerntum und

dem Arbeitertum den Weg und öffneten in völkischer Instinktlosigkeit dem fremdrassigen Judentum sämtliche Pforten. Und während das deutsche Volk im Weltkrieg von 1914—1918, dem gigantischsten Ringen der Weltgeschichte, nicht nur einer vielfachen Uebermacht von Feinden standhielt, sondern gewaltige Siege von unvergänglicher Größe erfocht, zerstörten die zersetzenden Kräfte, die man in den vorhergehenden Jahrzehnten hereingelassen hatte, den Widerstandsgeist der Heimat und erdolchten von hinten die deutsche Front."

Der Weltkrieg veränderte das Antlitz unserer Erde — politisch, wirtschaftlich, geistig. Er war der dröhnende Auftakt des gewaltigen Umbruchs, den wir erleben. Wir stehen in einer Zeitenwende — eine Epoche der Weltgeschichte geht zu Ende, und eine neue bricht an. Unserer Generation ist das Glück beschert, eine so gewaltige Zeitenwende zu erleben — ein Glück, das nur wenigen Generationen der Menschheit zuteil wird. Es ist ihr damit aber auch die Verpflichtung auferlegt, sich der großen geschichtlichen Stunde würdig zu zeigen und mehr zu leisten und zu vollbringen als andere Generationen. In der nationalsozialistischen Revolution, in der Errichtung des Dritten Reiches, in unserem Führer Adolf Hitler, offenbart sich uns das Werden der neuen Epoche. Zeitenwende

Teil des Anbruchs der neuen Epoche war die viereinhalbjährige Katastrophe des Weltkrieges. Dem steht auch nicht die Tatsache entgegen, daß der große Gewinner des Völkermordens letzten Endes das Judentum war, das im November 1917 unter Führung des Zionisten Chaim Weizmann ein Bündnis mit den Gegnern Deutschlands eingegangen war und das gegen die englische Zusage eines in Palästina zu errichtenden jüdischen Staates (Balfour declaration) seine bisher schon geleistete Hilfe in verstärktem Maße versprach. Auf der ganzen Erde führte das Judentum seinen Krieg der Lüge und des Geldsacks gegen Deutschland. Aber während die Völker bluteten, führten die Juden ihren Krieg gegen Deutschland „Geld verdienend". Das hinderte nicht, daß ebenso in Deutschland die Juden Kriegsgewinne machten und daß an der Spitze der auf Einfluß der Juden Ballin und Rathenau geschaffenen 137 „Kriegsgesellschaften" überall Juden standen. Die jüdischen Kapitalisten der ganzen Welt verdienten Milliarden am Sterben der Völker. In Revolten rissen die Juden die politische Macht an sich (Rußland, Deutschland, Oesterreich, Ungarn). Das Judentum gewann im Weltkrieg eine Machtfülle, wie es sie noch nie besessen hatte. Und dennoch war dieser Weltkrieg ein Auftakt für den großen Umbruch. (Und mit dem sprunghaften Wachstum der jüdischen Macht bricht auch die „Judendämmerung" herein, wächst gleichzeitig die Erkenntnis über das Wesen des Judentums.) — Das Judentum im Weltkrieg

Jahresanfang 1918

Als das Jahr 1918 anbricht, geht der Kampf in der Welt unvermindert weiter, obwohl überall die Kräfte aufs äußerste angespannt werden müssen, um die innere Ermattung zu überwinden. In Rußland rast der Bolschewismus. Die Feindmächte machen die äußersten Anstrengungen, um durchzuhalten, und finden dabei die tatkräftigste Unterstützung bei den destruktiven Elementen im Deutschen Reiche: Während der deutsche Soldat überall in der Welt unvergleichliche Leistungen des Mutes und der Ausdauer vollbringt, während die graue Front unerschütterlich steht und die Heimat schirmt, bemächtigt sich das destruktive Judentum über den Marxismus immer mehr der deutschen Heimat, die durch die feindliche Hungerblockade erschöpft ist. Vor allem aber hatten es die derzeitigen Machthaber nicht verstanden, dem deutschen Volke greifbare Kriegsziele vor Augen zu führen und damit seinen Willen zum Aeußersten zu stählen. Immer stärker zerstört der Marxismus (Sozialdemokratische Partei und Unabhängige Sozialdemokratische Partei) — unterstützt vom Liberalismus und vom Zentrum — den Widerstandswillen des Volkes. Immer mehr entfremden sich Front und Heimat. Das Wort des Kaisers Wilhelm II. „Ich kenne keine Parteien mehr" erweist sich als eine gefährliche Selbsttäuschung. Bereits im Jahre 1917 hatten die Parteien des Deutschen Reichstags in verhängnisvoller Weise in die politische Lage eingegriffen: Unter dem Einfluß des Zentrumspolitikers Erzberger hatte der Reichstag am 19. Juli 1917 mit 212 gegen 126 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen folgende bekannte „Friedensresolution" angenommen:

Der Marxismus in Deutschland

Friedensresolution des Reichstags

> „Wie am 14. August 1914 gilt für das Deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht." Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das Deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe

das Vaterland beschützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher."

Die praktische Folge dieser unaufgeforderten „Friedensresolution" war, daß die bereits ermatteten Gegner Deutschlands in ihr den Beweis zu sehen glaubten, daß Deutschland am Ende seiner Kräfte sei, und moralisch gestärkt wurden.

Auf eine Friedensnote des Papstes vom 1. August 1917 antwortete Deutschland: Friedensnote des Papstes und deutsche Antwort

„Mit besonderer Sympathie begrüßt die kaiserliche Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufs, worin sich S. Heiligkeit in klarer Weise zu der Ueberzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechts treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechts gesunden kann. . . ."

Am 18. Januar 1918 verkündete Wilson, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, vor dem Kongreß in Washington als Grundlage für den kommenden Völkerfrieden die berühmten „14 Punkte", die folgendes enthielten: Wilsons 14 Punkte

1. Oeffentliche Friedensverträge, öffentlich zustande gekommen. Keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr. Nur noch offene und aufrichtige Diplomatie.
2. Uneingeschränkte Freiheit der Schiffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer im Frieden sowohl wie im Kriege, ausgenommen, wenn die Meere gänzlich oder teilweise zur Durchsetzung der internationalen Verträge kraft internationaler Beschlüsse gesperrt werden müssen.
3. Die möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Herstellung einer Gleichheit der Handelsbeziehungen für alle Nationen, die dem Frieden beitreten und sich zu seiner Aufrechterhaltung verpflichten.
4. Beschränkungen der Rüstungen der Nationen auf das geringste Maß, das zur inneren Sicherheit nötig ist.
5. Freier, unbefangener und absolut unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, beruhend auf der genauen Beobachtung des Grundsatzes, daß beim Entscheid in solchen Souveränitätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerung ebenso ins Gewicht fallen müssen, wie die gerechten Ansprüche von Regierungen, deren Rechtstitel zu entscheiden sind.
6. Räumung aller russischen Gebiete und eine Erledigung aller Rußland betreffenden Fragen, die den anderen Nationen die Möglichkeit gibt, für Rußland die ungehemmte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner eigenen politischen Entwicklung und nationalen Politik herbeizuführen und ihm eine herzliche Aufnahme in die Gesellschaft der Nationen zuzusichern, unter Einrichtungen seiner eigenen Wahl. Hilfe jeder Art für Rußland.
7. Räumung und Wiederherstellung Belgiens ohne jeden Versuch, seine Souveränität zu beeinträchtigen.
8. Räumung des besetzten französischen Gebietes. Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich.

9. **Berichtigung der Grenzen Italiens** nach genau erkennbaren Linien der Nationalitäten.
10. Freieste Gelegenheit **autonomer Entwicklung** für die **Völker Oesterreich-Ungarns.**
11. **Räumung von Rumänien, Serbien und Montenegro.** Serbien soll ein freier und sicherer **Zugang zur See** gewährt und die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten zueinander sollen durch freundschaftliche Uebereinkünfte nach bestehenden historischen Richtlinien, Untertanenverhältnissen und Nationalitäten geregelt werden. Internationale Garantien der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Gebiets.
12. Den **türkischen** Teilen der Türkei soll eine **sichere Souveränität** geschaffen, den übrigen Nationalitäten dagegen, die zur Zeit unter türkischer Herrschaft stehen, eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine absolute und ungestörte Gelegenheit zur selbständigen Entwicklung gegeben werden. **Dauernde Oeffnung der Dardanellen** unter internationalen Garantien als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen.
13. **Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates**, der alles Land umfaßt, das von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt ist und dem **ein freier und sicherer Zugang zur See** geöffnet werden soll.
14. **Bildung eines allgemeinen Verbandes der Nationen** zum Zwecke gegenseitiger Garantie für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit aller Staaten.

Marxismus und Krieg

Diese „14 Punkte Wilsons" wurden von den Marxisten in Deutschland zum erneuten Anlaß genommen, verstärkte Antikriegspropaganda zu treiben und das deutsche Volk stimmungsmäßig zu zermürben. Sie erfüllten damit die ihnen von der jüdischen Internationale zugedachte Aufgabe. Eine Resolution des **Baseler Internationalen Sozialistenkongresses** vom 24. November 1912 hatte folgende Richtlinie ausgegeben:

„Droht der Ausbruch des Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Die Sozialdemokratie in Deutschland handelte jetzt danach — während die **französische** Sozialdemokratie im August 1914 einen Aufruf erlassen hatte, in dem es heißt:

„Die französische Republik kämpft für die Freiheit Europas.
Die Existenz des Deutschen Reiches ist eine Gefahr für die Freiheit aller Völker.

Europa muß das Deutsche Reich zerstören, jene monströse Militärmacht, welche die universelle Versklavung anstrebt..."

Die Sozialdemokratie in Deutschland zettelte im Januar 1918 einen Streik an, der die Kampfkraft des deutschen Volkes erheblich schwächte und dem Feindbund eine willkommene Unterstützung war. Der Munitionsarbeiterstreik, bei dem der spätere sozialdemokratische Reichspräsident Ebert führend beteiligt war, kostete durch den so hervorgerufenen Munitionsmangel an der Front viele deutsche Soldaten das Leben. Und am 20. Oktober 1918 schrieb das Zentralorgan der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), der „Vorwärts", den berüchtigten Satz: Januarstreik SPD gegen Deutschland

„Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialisten — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben."

Der jüdische Marxismus vollzieht den Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden deutschen Front. Diese Tatsache — von den Marxisten sehr viel später als „Dolchstoßlegende" abgeleugnet — gibt dem Jahr 1918 das trostlose Gepräge. Der Verrat steht gegen Deutschland auf.

Im Juli 1918 (15.—18.) scheitert eine deutsche Offensive an der Marne. Im August rücken die Truppen der Gegner vor. Fast gleichzeitig — am 14./15. August — bespricht Kaiser Karl von Oesterreich (der Nachfolger des verstorbenen Kaisers Franz Josef) mit seinem Außenminister Graf Burian die Möglichkeit eines Separatfriedens für Oesterreich — mit dem Erfolg, daß einen Monat später ein österreichisches Friedensangebot an Wilson abgesandt wird (das übrigens unbeantwortet bleibt). Verrat des Hauses Habsburg! Verrat Habsburgs

Die deutsche Regierung gibt dem Druck der Linken nach und parlamentarisiert die Verfassung. Der Reichskanzler Graf Hertling (Nachfolger des schwächlichen Bethmann-Hollweg und des Dr. Michaelis) tritt zurück. Sein Nachfolger wird Prinz Max von Baden, ein Vertreter des Liberalismus! Parlamentarisierung der deutschen Verfassung

Inzwischen wird Deutschlands Lage derart schwierig, daß die Oberste Heeresleitung bei einem Kronrat in Spaa am 29. September ein sofortiges deutsches Waffenstillstands- und Friedensangebot auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons fordert. — Oberste Heeresleitung fordert Waffenstillstandsangebot

Die Reichstagsmehrheit (SPD, Zentrum und die linksliberale „Fortschrittliche Volkspartei") stellt ein Friedensprogramm auf, das ein Festhalten an der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 (s. o.) und der deutschen Antwort auf die Papstnote vom 1. August 1917 (s. o.) vorsieht. Die Reichstagsmehrheit verlangt außerdem: Friedensprogramm des Reichstags

> Erklärung zur Bereitschaft zum Eintritt in einen Völkerbund. Autonomie für Elsaß-Lothringen. Strenge Einhaltung aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten. Beseitigung aller militärischen Einrichtungen, die der politischen Beeinflussung dienen. Aenderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand, Beschränkung der Zensur auf die Außenpolitik und rein militärische Fragen. Einrichtung einer politischen Kontrolle über die Handhabung des Belagerungszustandes.

Während es um Sein oder Nichtsein der Nation geht, stellt die Reichstagsmehrheit innenpolitische Agitations- und Revolutionsprogramme auf! — Nach längeren Regierungsverhandlungen wird ein neues „parlamentarisches Kabinett" aus Zentrum und SPD gebildet. Durch eine politische Amnestie wird für die Hoch- und Landesverräter Dittmann, Kurt Eisner und Rosa Luxemburg freie Bahn geschaffen. —

Deutscher Notenwechsel mit Wilson über den Waffenstillstand

Am 3. Oktober 1918 wandte sich der Reichskanzler Prinz Max von Baden mit einem Waffenstillstands- und Friedensangebot an Wilson:

> „Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen."

Daran knüpft sich nun ein demütigender Notenwechsel: Der amerikanische Staatssekretär Lansing antwortet am 8. Oktober, daß Verhandlungsvoraussetzung die Räumung der besetzten Gebiete sei. Außerdem fragt er an, „ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben." Am 12. Oktober antwortet der Kanzler, erklärt die deutsche Bereitschaft zur Räumung der besetzten Gebiete und stellt fest, daß er verfassungsmäßig von der Reichstagsmehrheit getragen werde. Am 14. Oktober antwortet Amerika und lehnt wiederum ab mit der Begründung:

> „...Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken,..." usw.

Nach heftigen Auseinandersetzungen mit der Heeres- und Marineleitung, die sich gegen die von Wilson geforderte Einstellung des U-Boot-Krieges wehrt, erläßt am 20. Oktober die Reichsregierung eine Dritte Note an Wilson, der der Kaiser zustimmte, mit folgendem Inhalt:

Einverständnis, daß die Festsetzung der Räumungs- und Waffenstillstandsbedingungen den militärischen Ratgebern zu überlassen ist, und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist. Die deutsche Regierung ... vertraue darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gutheißen werde, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar ist. Verwahrung gegen die Beschuldigung ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen und Vorschlag zur Aufklärung der Streitfälle durch neutrale Sachverständige. An alle U-Bootkommandanten seien Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen. In den Regierungsverhältnissen sei ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung sei in völliger Uebereinstimmung mit den Wünschen der Volksvertretung gebildet. Auch künftig könne keine Regierung ohne das Vertrauen des Reichstags bestehen. Die erste Tat der neuen Regierung sei eine Verfassungsänderung gewesen, wonach für die Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich sei.

Die **Antwort Wilsons** am 23. Oktober ist die **Forderung auf Kapitulation Deutschlands und Abdankung des Kaisers.**

Wilson lehnt es nicht mehr ab, mit den alliierten Regierungen die Frage des Waffenstillstandes aufzunehmen, doch müsse dieser die Alliierten in der Lage belassen, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen, und eine Erneuerung der Feindseligkeiten unmöglich machen. Der Präsident habe den Notenwechsel mit Deutschland den alliierten Regierungen übermittelt. Der Grund für das Verlangen außerordentlicher Sicherheiten sei die Tatsache, daß aus der deutschen Note nicht hervorgehe, daß der Grundsatz einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt sei bzw. daß irgendwelche Bürgschaften dafür vorhanden seien, daß die jetzt teilweise vereinbarte Reform von Dauer sein werde. Die Völker der Welt könnten kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten. Die Regierung der Vereinigten Staaten könne nur mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten als die bisherigen Beherrscher Deutschlands. Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden müsse, dann könne Deutschland über **keine** Friedensbedingungen verhandeln, sondern müsse **sich ergeben!**

Der unerbittliche Vernichtungswille der Gegner liegt klar zutage. **Hindenburg**, der Generalfeldmarschall des Weltkrieges, und **Ludendorff**, sein Generalquartiermeister, fordern vergeblich vom Kaiser den Abbruch dieser trostlosen Verhandlungen. Am 26. Oktober fällt Ludendorff, das große militärische Genie, auf Betreiben des Kanzlers beim Kaiser in Ungnade und erhält den Abschied. Die Entwicklung geht immer schneller dem Abgrund entgegen. *Ludendorffs Sturz*

Am 27. Oktober geht die deutsche Regierung in einer **vierten Note** auf Wilsons Wünsche ein: *Vierte deutsche Note an Wilson*

„Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unter-

stellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat."

Beginn der Flottenmeuterei

Am 28. Oktober — zwei Tage nach der Verabschiedung Ludendorffs — widersetzt sich die Mannschaft der deutschen Flotte dem Befehl zum Auslaufen, den der Flottenchef gegeben hatte. Die Flotte bleibt im Hafen. Die marxistische Revolte beginnt:

Scheidemann fordert den Rücktritt des Kaisers

Flottenmeuterei in Kiel

Der sozialdemokratische „kaiserliche Staatssekretär" Scheidemann fordert den Rücktritt des Kaisers, um „günstigere Bedingungen für die Friedensverhandlungen zu erreichen". Am 30. Oktober bricht auf der Schillig-Reede vor Wilhelmshaven eine Flottenmeuterei aus, die auf Kiel übergreift und dort am 3. November zu blutigen Zusammenstößen führt. Am 4. November wählen die Meuterer den ersten Soldatenrat und hissen die rote Fahne. Der Sozialdemokrat Noske wird Gouverneur in Kiel.

Revolte in München

Abdankung des Kaisers — Flucht nach Holland

Die Revolution der Meuterer und Deserteure ist im Gange. Und es ist ein sichtbares Zeichen für die Morschheit des alten Regimes, daß sich ihr niemand entgegenstellt. Am 8. November stürzt der Jude Kurt Eisner (Kosmanowsky) mit etwa 200 Anhängern in München den König Ludwig III. von Bayern. Der Kaiser zaudert. General Gröner, Ludendorffs Nachfolger, rät zur Abdankung und Flucht ins Ausland. Noch bevor der Kaiser sich endgültig dazu entschließt, läßt der Kanzler am 9. November in Berlin die Abdankung des Kaisers verkünden:

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und dem Einsetzen der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden."

Kaiser und Kronprinz fliehen nach Holland. Und am 28. November verzichtet der Kaiser für alle Zukunft auf die Krone durch folgende Urkunde:

„Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie mir als ihrem Kaiser, König und

obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen. Urkundlich unter unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichem Insiegel.

Gegeben Amerongen, den 28. November 1918.

gez. Wilhelm"

Das Ende der Monarchie in Deutschland

Damit hat die Monarchie in Deutschland ihr eigenes Ende besiegelt. Im Zeitraum von wenigen Tagen sind sowohl die Kaiserkrone als auch die Kronen der deutschen Bundesfürsten kampflos in den Staub gerollt — und damit vor der Geschichte unwiderruflich für alle Zeiten verloren. Die berufenen Stützen des Thrones zerbrachen bereits beim Anblick eines Haufens von Meuterern und Deserteuren. Die Parteien der Rechten verkrochen sich in die bereits sprichwörtlich gewordenen „Mauselöcher" und überließen dem jüdischen Marxismus nicht nur die Straße, sondern Volk und Staat. Die Kreise, die später versuchten, unter dem Schutze der nationalsozialistischen Erhebung als Reaktion wieder ihr Haupt zu erheben, überließen damals in schwächlicher Furcht das deutsche Volk dem Marxismus und seinen Begleiterscheinungen, für die sie damit die gleiche Verantwortung vor der deutschen Geschichte zu tragen haben wie die direkten Veranlasser dieses deutschen Elends. —

Compiègne

Auf die vierte Note der Reichsregierung hatte inzwischen Wilson am 5. November mitgeteilt, daß der französische Marschall Foch die Waffenstillstandsbedingungen überreichen werde. Und am 8. November begab sich unter Führung des Staatssekretärs Erzberger eine deutsche Delegation in den Wald von Compiègne, um dort diese demütigendsten Bedingungen entgegenzunehmen. Ihr wesentlicher Inhalt war:

Die Waffenstillstandsbedingungen

Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen binnen 15 Tagen. Räumung des linken Rheinufers innerhalb von 25 Tagen und Besetzung durch alliierte Truppen, die bei Mainz, Koblenz und Köln Brückenköpfe von 30 Kilometer Radius besetzen. Schaffung einer neutralen Zone von 30 Kilometer Breite auf dem rechten Rheinufer. Abgabe von 5000 Kanonen, 30000 Maschinengewehren, 3000 Minenwerfern, 2000 Flugzeugen, 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern, 6 Großkampfschiffen. Desarmierung der übrigen Schiffe und ihre Ueberwachung durch die Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen. Ablieferung von 5000 Lokomotiven, 150000 Waggons und 10000 Lastkraftwagen, Auslieferung der elsaß-lothringischen Bahnen. Bedingungslose Kapitulation Ostafrikas, Unterhalt der Besatzungstruppen auf Kosten des Reichs. Sofortige Rückerstattung des Kassenbestandes der belgischen Nationalbank, des russischen und rumänischen Goldes. Die Blockade bleibt bestehen! Rückgabe der alliierten Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit. Verzicht auf die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.

In diesen ungeheuerlichen „Waffenstillstandsbedingungen“ spiegelte sich das wahre Gesicht der marxistischen Revolte; als die Alliierten von ihr Nachricht hatten, ließen sie die letzte Rücksicht fallen. Jetzt wußten sie: Deutschland ist wehrlos — wir können diktieren. Und unter dem Eindruck der marxistischen Revolte diktierten sie die Waffenstillstandsbedingungen.

Von nun an überstürzten sich die Ereignisse. Am 9. November wurde die Abdankung des Kaisers und seine Flucht nach Holland bekannt.

Ausrufung der Republik

Der Sozialdemokrat Scheidemann ruft die Republik aus und prägt dabei den bekannten Satz: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!“ Irrsinn und Lüge! Der Kommunist Karl

Karl Liebknecht

Liebknecht verkündet vom Balkon des Schlosses herunter die „freie sozialistische Republik“! Der kommende blutige Bürgerkrieg kündigt sich bereits an!

Ebert Reichskanzler

Ebert werden die Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Unter dem Druck der überall gebildeten „Arbeiter- und Soldatenräte“ einigen sich die SPD und die weiter links stehende USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) über die Re-

Rat der Volksbeauftragten

gierung und bilden den „Rat der Volksbeauftragten“, dem von der SPD Ebert, Scheidemann und der Jude Landsberg angehören, von der USPD Haase, Barth und Dittmann, der sich bei den Matrosenmeutereien in Kiel besonders hervorgetan hatte. Am

Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen

11. November unterzeichnet Erzberger die schmählichen Waffenstillstandsbedingungen. Die Feindseligkeiten werden an allen Fronten eingestellt. Am 14. November wird das neue Reichskabinett bekannt-

Das neue Reichskabinett

gegeben:

Auswärtiges Amt: Dr. Solf; Reichsschatzamt: Schiffer (Nat.-Lib.); Reichswirtschaftsamt: Dr. August Müller (SPD); Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung: Dr. Koeth; Kriegsernährungsamt: Emanuel Wurm (USPD); Kriegsministerium: Scheuch; Reichsarbeitsamt: Gustav Bauer (SPD); Reichsmarineamt: v. Mann; Reichsjustizamt: Dr. Krause; Reichspostamt: Rüdlin; ferner Unterstaatssekretäre: Auswärtiges Amt: Dr. David (SPD); Kriegsernährungsamt: Robert Schmidt (SPD); Reichsarbeitsamt: Giesberts (Zentrum); als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gestellt: Auswärtiges Amt: Karl Kautsky (USPD); Reichsschatzamt: Eduard Bernstein (USPD); Reichswirtschaftsamt: Dr. Erdmann (USPD); Demobilmachungsamt: Büchner (USPD) und Schuhmann (SPD); Reichsarbeitsamt: Jäckel (SPD); Kriegsministerium: Göhre (SPD) und Däumig (USPD); Reichsmarineamt: Noske (SPD) und Vogtherr (USPD); Reichsjustizamt: Dr. Oscar Cohn (USPD).

Erzberger soll gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. — Am 15. November wird der Jude Dr. Hugo Preuß zum Staatssekretär des Innern ernannt.

Die landesverräterische Haltung des Marxismus trug ihre verderblichen Früchte allerorten. Der am 10. November in Posen gebildete Arbeiter- und Soldatenrat spielte den Polen, die sich bewaffneten und Legionen aufstellten, die Macht in die Hand. Blutige Zusammenstöße mit der deutschen Bevölkerung folgen. Dem Aufruf zur Bildung eines Grenzschutzes setzt sich wütender marxistischer Widerstand entgegen. Der berüchtigte Journalist Hello von Gerlach wird zur Unterstützung nach Posen geschickt und macht in seinem Bericht wider besseres Wissen aus dem gewaltigen Gefahrenherd eine Bagatelle. Schließlich läßt die marxistische Regierung den Gedanken des Grenzschutzes restlos fallen. Die Polen in Posen stellen sich auf die Seite der Alliierten. Am 26. Dezember bricht in Posen der polnische Aufstand los, der sich schnell nach Süden und Westen verbreitet. Durch die landesverräterische Haltung der marxistischen Regierung findet er nur wenig Widerstand. Deutschen Männern — verlassen von der eigenen „Regierung" —, die sich zum Widerstand zusammengeschlossen haben, gelingt es in mehreren Gefechten, die Polen im Netzebruch aufzuhalten und damit einen Rest der Provinzen Posen und Westpreußen dem deutschen Volke zu retten. Das Uebrige ist verloren. Polnischer Aufstand in Posen

Indes war auch in Berlin der Bürgerkrieg ausgebrochen. Am 23. Dezember begann der Aufstand der kommunistisch eingestellten „Volksmarinedivision", die das Schloß besetzte. Die kommunistische Organisation „Spartakus" unter Führung von Liebknecht und Rosa Luxemburg griff nach der Macht und entfesselte den blutigen Bürgerkrieg gegen die herrschende Sozialdemokratie. — Bürgerkrieg in Berlin Volksmarinedivision Spartakus

Die Glocken des Weihnachtsfestes und des Jahresendes 1918 gehen unter im Geknatter der Maschinengewehre und in den Detonationen der Minenwerfer in Berlin. Der blutige Bürgerkrieg tobt auf den Straßen der Reichshauptstadt.

Versailles und Weimar

Januarkämpfe in Berlin

Der Januar des neuen Jahres 1919 bot das gleiche Bild. Der Bürgerkrieg zwischen sozialdemokratischer Regierung und Spartakus machte die Reichshauptstadt zum Blutbad. Allmählich gewannen aber die Regierungstruppen — wackere Frontsoldaten, die sich dieser „Regierung" als dem „kleineren Uebel" zur Verfügung gestellt hatten — die Oberhand. In blutigen Kämpfen am 11. und 12. Januar eroberten sie das Gebäude des sozialdemokratischen „Vorwärts" (das die Spartakisten besetzt hatten). Die Spartakistenführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden erschossen, während der sowjetrussische Organisator, der Jude Radek, noch rechtzeitig fliehen konnte. —

Liebknecht und Luxemburg †

Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung

Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wurden zu einem Wahlsieg der „republikanischen Parteien". Die Mandatsverteilung war folgende:

Sozialdemokraten	163
Demokraten	75
Zentrum	71
Deutschnationale	38
Unabhängige Sozialdemokraten	22
Deutsche Volkspartei	22
Bayerische Volkspartei	18
Bayerischer Bauernbund	4
Deutsch-Hannoveraner	3
Weitere bürgerliche Splitterlisten	5

Indessen nimmt das deutsche Unheil seinen weiteren Lauf. Während im Innern die Zwietracht blutige Triumphe feiert, geht der äußere Feind schonungslos vor. Die französische Besetzung des Brückenkopfes Kehl wird eingeleitet. Darauf tritt am 24. Januar 1919 General von Winterfeldt von der deutschen Waffenstillstandskommission zurück und wird durch von Hammerstein ersetzt. Am 3. Februar begibt sich eine Ententekommission nach Posen und erzwingt schließlich die Aufgabe des deutschen Widerstandes gegen den polnischen Aufruhr, — wodurch der größte Teil dieser Provinz verloren geht.

Rücktritt des Generals von Winterfeldt

Entente-Kommission in Posen

Spartakusaufstände in Norddeutschland

Im Innern geht der Bürgerkrieg weiter: Spartakusaufstände in Nordwestdeutschland, gegen die aus Frontsoldaten gebildete Freikorps eingesetzt werden. Vom 27. bis zum 29. Januar 1919

Spartakusputsch in Wilhelmshaven. Spartakusherrschaft in Bremen, die erst am 4. Februar nach blutigen Kämpfen durch die dorthin entsandte Frontsoldatendivision Gerstenberg gebrochen werden kann. Ständig wachsende Kohlen- und Lebensmittelnot! Die wöchentliche Kartoffelration wird pro Kopf auf 5 Pfund herabgesetzt. Infolge Ablieferung von Lokomotiven und Waggons muß der Personenverkehr auf der Eisenbahn stark eingeschränkt werden. Deutschland wird immer mehr zum Trümmerfeld. Wachsende wirtschaftliche Not

Und es klingt wie grauenhafter Hohn, wenn bei der Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar 1919 Ebert erklärte: Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst! In seiner Eröffnungsansprache protestierte Ebert allerdings auch gegen die Rache- und Vergewaltigungspläne der Gegner und forderte den „Wilson-Frieden" (auf der Grundlage der im vorigen Abschnitt behandelten 14 Punkte). — Im übrigen verkündete er den später noch oft erwähnten „Geist von Weimar" (etwa im Sinne des Leitsatzes: vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe — ein Leitsatz übrigens, der völlige Unkenntnis darüber verrät, in welchen Wechselbeziehungen die darin genannten Begriffe zueinander stehen). Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung

Diese „Nationalversammlung" wählte zu ihrem Präsidenten den Sozialdemokraten Dr. David und am 11. Februar 1919 mit 277 von 328 gültigen Stimmen den „Volksbeauftragten" Friedrich Ebert zum „provisorischen Reichspräsidenten". Ebert beauftragte den Sozialdemokraten Scheidemann mit der Kabinettsbildung, und am 13. Februar stellte sich dem deutschen Volke das erste Kabinett Scheidemann vor: Ebert provisorischer Reichspräsident Kabinett Scheidemann

Präsident des Reichsministeriums: Philipp Scheidemann;
Stellvertreter und Finanzminister: Schiffer (Demokrat);
Auswärtiges: Graf Brockdorff-Rantzau;
Inneres: Dr. Preuß (Demokrat, Jude);
Arbeit: Bauer (Sozialdemokrat);
Wirtschaft: Wissell (Sozialdemokrat);
Ernährung: Robert Schmidt (Sozialdemokrat);
Justiz: Landsberg (Sozialdemokrat, Jude);
Reichswehr: Noske (Sozialdemokrat);
Kolonien: Dr. Bell (Zentrum);
Reichspost: Giesberts (Zentrum);
Reichsminister ohne Portefeuille: Dr. David (Sozialdemokrat), Erzberger (Zentrum) und Gothein (Demokrat).

Auf die Antrittsrede Scheidemanns und ähnliche rednerische Ergüsse jener Tage einzugehen, erübrigt sich. Sie liegen alle auf der Ebene des verlogenen Satzes „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!" (siehe Abschnitt 1). (Erwähnt sei, daß Scheidemann in seiner Antrittsrede Ludendorff in taktloser und unver-

schämter Weise angriff, und daß sich darauf Hindenburg in einem Schreiben an Scheidemann schützend vor Ludendorff stellte.)

Landeskonferenz der „Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Bayern“

Am gleichen 13. Februar begann die „Landeskonferenz der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Bayern“, die bis zum 20. Februar tagte und in deren Verlauf der „bayerische Ministerpräsident“, der Jude Eisner-Kosmanowsky, vor einer Koalition mit bürgerlichen Parteien warnte. Dieser Eisner war einer der übelsten Landesverräter jener Tage, der sich nicht gescheut hatte, Dokumente zu fälschen, um eine angebliche deutsche Schuld am Kriege beweisen zu können. Er wurde am 21. Februar auf dem Wege zur Eröffnung des Bayerischen Landtages in München von einem Grafen von Arco verdientermaßen erschossen. Blutige Attentate im Landtag, Unruhen in München, Generalstreik der unabhängigen Sozialdemokratie und Verhaftung „bürgerlicher Elemente“ als Geiseln waren die Antwort der Linken. Am Tage darauf (22. Februar 1919) beschloß der „Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat“ die „Bewaffnung des Proletariats“ und die Errichtung einer bayerischen Räterepublik.

Eisner-Kosmanowsky †

Räterepublik Baden

Zur gleichen Zeit geht eine neue Bürgerkriegswelle durch Deutschland: Ausrufung der „Räterepublik Baden“ in Mannheim. Am 25. Februar erzwingt die Regierung den Rücktritt des dortigen „Revolutionären Arbeiterrates“. Am 28. Februar Ausrufung der „Räterepublik Braunschweig“. Dann im März blutiger Spartakistenaufstand in Halle/Saale, der in mehrtägigen blutigen Kämpfen von Regierungstruppen (den „Landesjägern“ unter General Maercker) niedergeschlagen wird. Verhaftung des „Präsidenten der Republik Oldenburg und Ostfriesland (!)“, des Obermatrosen Kuhnt, auf Befehl von Noske — eine endlose Reihe von Unruhen, Streiks, blutigen Kämpfen. Ein Aufruf der Reichsregierung vom 1. März wendet sich verzweifelt gegen die heraufbeschworene politische und wirtschaftliche Anarchie.

Räterepublik Braunschweig

Spartakusaufstand in Halle (Saale)

Aufruf der Reichsregierung gegen Anarchie

Märzaufstand in Berlin

Aber die Woge des Aufruhrs steigt — sie erfaßt abermals Berlin: Generalstreik, Aufruf der kommunistischen „Roten Fahne“ zum Sturz der Regierung, Plünderungen, Belagerungszustand, Straßenkampf — um das Polizeipräsidium, um den Alexanderplatz, um Lichtenberg, Gefechte zwischen den Regierungstruppen unter General Lüttwitz und der „Republikanischen Soldatenwehr“, grausame Greueltaten. Am 13. März 1919 können die Freikorps endlich Lichtenberg für die Regierung besetzen (der Generalstreik war bereits am 8. abgebrochen worden). Die Gesamtzahl der Toten — Deutsche auf beiden Seiten — betrug etwa 1200. Die ultralinks eingestellten Formationen „Re-

publikanische Soldatenwehr" und „Volksmarinedivision" wurden aufgelöst. —

Ende März 1919 setzten kommunistische Spartakusaufstände im Ruhrgebiet ein. Freikorps (z. B. die Freikorps Watter und Lichtschlag) werden ins Industriegebiet entsandt. Generalstreik. Gewaltsame Stillegung von etwa hundert Schächten. Am 31. März 1919 wird der Belagerungszustand über das Ruhrgebiet verhängt, am 7. April der Redakteur der sozialdemokratischen „Bielefelder Volkswacht", Karl Severing, als Reichskommissar eingesetzt. Schließlich werden die Freikorps des Aufstandes Herr.

Kommunistischer Aufstand im Ruhrgebiet

Inzwischen aber ist in München nach kommunistischem Muster die Räterepublik ausgerufen worden und die sozialdemokratische Regierung Hoffmann daher am 18. März 1919 nach Bamberg geflohen. Am 13. April überträgt der Münchener „Betriebs- und Soldatenrat" die gesetzgebende und vollziehende Gewalt einem Viererausschuß mit den Juden Dr. Levien und Dr. Leviné an der Spitze. Einige Zeit später folgt ein „provisorisches Präsidium" unter dem Juden Toller. Jüdisches Untermenschentum reißt überall die Führung an sich. „Bewaffnung des Proletariats", „Geiselverhaftungen", bolschewistischer Blutrausch. Von Norden rückt das Freikorps Epp zur Befreiung Münchens heran, ebenso Truppen aus Württemberg und Formationen aus dem bayerischen Oberland. Am 30. April lassen die Münchener Machthaber wehrlose Geiseln erschießen. Nach schweren und verlustreichen Kämpfen am 1. und 2. Mai 1919 erobern die Freikorps die bayerische Hauptstadt.

Räterepublik München

Geiselmord in München

Mit Hilfe der von ihr als reaktionär verschrienen und entsprechend behandelten Frontsoldaten-Freikorps ist es der sozialdemokratischen Regierung gelungen, den Sturz ihrer wankenden Macht zu verhindern. Unter Verwendung solcher Freikorpskräfte war sie bereits am 25. Februar 1922 (Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr) daran gegangen, sich eine Formation zur Erhaltung ihrer Macht zu bilden. (Das endgültige Wehrgesetz folgte dann am 23. März 1921. In seinem § 1 heißt es: „Die Wehrmacht der deutschen Republik ist die Reichswehr... Die allgemeine Wehrpflicht ist im Reich und in den Ländern abgeschafft.") —

Die Freikorps

Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr

Wehrgesetz

Während in Deutschland der Bürgerkrieg tobte, gingen in den „Friedensverhandlungen" die Vorbereitungen für das Versailler Gewaltdiktat vor sich. Am 12. März 1919 wurde die deutsche Delegation für die Friedenskonferenz in Paris gebildet (Vorsitzender: Graf Brockdorff-Rantzau, Mitglieder: die Reichsminister David und Giesberts und der jüdische Bankier Warburg, später sein Geschäftsteilhaber Melchior). Am 10. April berichtete Brockdorff-

Friedensverhandlungen

Rantzau der Nationalversammlung über die Friedensvorbereitungen. Am 18. April forderte der Oberste Rat der Alliierten zur Entsendung deutscher Delegierter am 24. April auf — zum Empfang der von den Alliierten beschlossenen Friedenspräliminarien. Deutschland entsandte als Delegierte außer den oben Genannten (ohne Warburg) noch Dr. Landsberg, Leinert und Professor Schücking. Auf die in einer deutschen Note aufgeworfene Frage nach Verhandlungen über den Inhalt dieser Präliminarien gingen die Gegner überhaupt nicht ein. Am 2. Mai kündigte Hindenburg aus Anlaß des bevorstehenden Friedensschlusses seinen Rücktritt an. Am 7. Mai überreichte Clémenceau im Hotel Trianon-Palast in Versailles mit einer Ansprache die Friedensbedingungen, die die politische, wirtschaftliche und moralische Vernichtung Deutschlands zum Ziele hatten.

Ueberreichung der Friedensbedingungen

Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen — das ist das Leitmotiv der Worte Clémenceaus. Graf Brockdorff-Rantzau antwortet in einer längeren Erklärung, in der er u. a. ausführt:

> „Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir kennen die Macht des Hasses, die uns hier entgegentritt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge."

Er fordert eine unparteiische Untersuchung der Schuldfrage durch eine neutrale Kommission. Er fordert die Anerkennung der 14 Punkte Wilsons, die für beide Kriegsparteien verbindlich geworden seien. — Seine Worte verhallen wirkungslos.

Deutsche Aufrufe gegen die Friedensbedingungen

Den Deutschen wird eine 15tägige Frist zur Ueberreichung schriftlicher Bemerkungen eingeräumt. Nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen — am 8. Mai 1919 — erlassen Reichspräsident und Reichsregierung Aufrufe gegen diese Bedingungen. Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden werden abgehalten. — Aber die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) erklärt sich für bedingungslose Unterzeichnung.

Brockdorff-Rantzau's Bemühungen

Brockdorff-Rantzau bemüht sich ehrlich, zu Verhandlungen über den Friedensvertrag zu kommen. Clémenceau lehnt Erörterungen eiskalt ab und erklärt darüber hinaus, daß mit einem Rücktransport deutscher Kriegsgefangener erst nach Unterzeichnung begonnen werden könne.

Scheidemann über das Friedensdiktat

In einer Kundgebung der Nationalversammlung (in der Aula der Berliner Universität) am 12. Mai 1919 spricht Scheidemann:

> „Dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung

und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll, dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilson-programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstandes, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen. Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fessel legt? Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar."

Mit dieser Rede bekennt die Sozialdemokratie, daß sie sich über die volksmordende Bedeutung dieses Diktats im klaren ist. Wenn sie dann dennoch nicht nur dieses Todesurteil der Deutschen akzeptierte, sondern in peinlicher Genauigkeit später auszuführen bestrebt war, so hat sie sich damit von vornherein der Entschuldigung des „guten Glaubens" beraubt. (Und als die Sozialdemokratie dann trotz dieser Rede unterzeichnen ließ, ging ihr Wortführer unter der traurigen Bezeichnung „Scheidemann mit der verdorrten Hand" in die Geschichte dieser Jahre ein.) —

Indessen bemüht sich Brockdorff-Rantzau weiter um eine Abänderung des Diktats und beweist durch ein volkswirtschaftliches Gutachten, daß Deutschland (ohne Berücksichtigung des Verlustes seiner Kolonien) verliert: $^3/_4$ seiner Eisenerzproduktion, $^3/_5$ seiner Zinkproduktion, 21 Prozent seiner Gesamternte an Getreide und Kartoffeln. Er erreicht wenigstens, daß die Möglichkeit des Rückerwerbs der Saarkohlengruben nach 15 Jahren ins Auge gefaßt wird. Geringe Zugeständnisse der Alliierten: Freilassung der Kriegsgefangenen; Deutschland darf drei Monate lang ein Heer von 200000 Mann unterhalten; die genaue Summe der deutschen Kriegsentschädigungen soll vier Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages bekanntgegeben werden. Weitere Bemühungen Brockdorff-Rantzau's

Am 17. Juni 1919 erläßt die USPD einen Aufruf an das Proletariat für Unterzeichnung des Diktats. Die Wirtschaftssachverständigen der Reichsregierung fordern Ablehnung, da die Erfüllung unmöglich sei. Am 20. Juni tritt die Regierung zurück. An ihre Stelle tritt ein Kabinett unter dem Sozialdemokraten Bauer — sein Stellvertreter ist der berüchtigte Zentrumspolitiker Erzberger. Die Nationalversammlung stimmt der Unterzeichnung zu — mit 237 gegen 138 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen. Aufruf der USPD für das Friedensdiktat / Rücktritt des Kabinetts Scheidemann / Kabinett Bauer / Die Nationalversammlung stimmt dem Friedensdiktat zu

Am 22. Juni überreicht der Gesandte von Haniel die deutsche Antwortnote. In ihr wird ausgeführt, daß die deutsche Regierung der Gewalt weiche und unterzeichnen werde — ohne jedoch die deutsche Schuld am Kriege anzuerkennen und ohne die Verpflichtung zur Auslieferung der „Kriegsverbrecher" (Art. 227 bis 230 des Friedensdiktats) zu übernehmen. Am gleichen Tage überreicht Clémenceau die Antwortnote, in der es heißt: „Die Zeit der Erörterungen Deutsche Note an die Alliierten / Ablehnende Antwortnote

ist vorbei!“ und in der die unzweideutige deutsche Erklärung innerhalb der noch verbliebenen Frist von 24 Stunden gefordert wird, den Vertrag in seiner Gesamtheit zu unterzeichnen. Und innerhalb dieser Frist — am 23. Juni — antwortet die deutsche Regierung:

Deutschland erklärt seine Bereitschaft zur Unterzeichnung

> ... Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen...

Verbrennung französischer Fahnen in Berlin

Daß im deutschen Volke auch noch Kräfte vorhanden waren, in denen der Gedanke der Ehre noch nicht gestorben war, bewies die Verbrennung der 1870/71 erbeuteten französischen Fahnen aus dem Berliner Zeughaus (die nach dem Diktat abzuliefern waren) durch Freikorpssoldaten, bewies die Versenkung der deutschen Kriegsflotte bei Scapa Flow — vor der vorgesehenen Auslieferung an England, bewies die Erklärung des Offizierkorps (der in Weimar befindlichen Truppen) und der Freikorpsführer, im Fall bedingungsloser Unterzeichnung zurücktreten zu wollen, so daß Noske als Reichswehrminister sich genötigt sah, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Auf ein gegenteiliges Telegramm des ersten Generalquartiermeisters General Groener an Ebert, wurde dieses Rücktrittsgesuch abgelehnt.

Scapa Flow

Rücktrittsgesuch Noske

Hindenburgs ablehnende Stellungnahme

Hindenburgs Stellungnahme ist aus folgender Meldung zu ersehen:

> „Großes Hauptquartier, den 17. Juni 1919.
>
> Wir sind bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der numerischen Ueberlegenheit der Entente und deren Möglichkeit, uns auf beiden Flügeln zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der Gesamtoperationen ist daher sehr fraglich, aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen.
>
> von Hindenburg.“

Hindenburg legt den Oberbefehl nieder

Am 25. Juni teilt Hindenburg telegraphisch mit, daß er den Oberbefehl niederlege. Groener tritt zurück. Anfang Juli übernimmt an seiner Stelle General von Seeckt die Leitung des Generalstabs.

Unterzeichnung des Versailler Diktats

Am 28. Juni 1919 unterzeichnen Hermann Müller und Dr. Bell im Spiegelsaal des Versailler Schlosses — in dem das Bismarckreich aus der Taufe gehoben worden war — den „Friedensvertrag von Versailles“, das Todesurteil über das deutsche Volk.

Der Inhalt des Friedensdiktats

> Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, der größte Teil der Provinz Posen und Westpreußen, Danzig, das Memelgebiet, das Hultschiner Ländchen und sämtliche deutschen Kolonien gehen verloren. In Oberschlesien, Schleswig und Teilen Ostpreußens soll die Grenze von den

Alliierten nach einer Volksabstimmung noch festgelegt werden. Das Saargebiet wird Frankreich zur Ausbeute überlassen und soll nach 15 Jahren über sein endgültiges Schicksal abstimmen.

Deutschland darf nur noch eine Armee von 100 000 Mann unterhalten. Sämtliche wichtigen Waffen sind ihm verboten — Tanks, schwere Geschütze, Flugzeuge, Unterseeboote, Befestigungen usw. Deutschland verpflichtet sich damit zur völligen Wehrlosigkeit.

Unter der Bezeichnung „Wiedergutmachungen (Reparationen)“ verpflichtet sich Deutschland zur Ablieferung ungeheuerlicher Mengen an Sachwerten (Vieh, Kohle, Benzol, Handelsschiffe usw.) und zur Zahlung riesiger Summen. Deutschland wird damit wirtschaftlich schlechthin vernichtet und dem Hungertode preisgegeben.

Deutschland erkennt an, den Krieg verschuldet zu haben und wird damit auch moralisch vernichtet. Es verpflichtet sich zur Auslieferung der sogenannten „Kriegsverbrecher“ — eine lange Liste von Namen, an deren Spitze der ehemalige Kaiser steht. (Eine Auslieferung ist übrigens nie erfolgt.)

Das Friedensdiktat von Versailles ist ein derart krasses Dokument eindeutigsten Vernichtungswillens, daß es kaum möglich ist, in der Geschichte der Völker eine Parallele zu finden. Und es ist notwendig, daß der Inhalt dieses Diktats jedem Deutschen geläufig ist, damit er lernt, daß der mitleidlose Haß einer ganzen Welt über dem deutschen Volke zusammenschlägt, wenn es selbst in Zwietracht versinkt. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Buches all die ungeheuerlichen Bestimmungen dieses Diktats im einzelnen aufzuführen und zu behandeln. Es sei nur noch erwähnt, daß die Gegner — um eine ständige Erpressungsmöglichkeit zu haben — die Rheinlandbesetzung in das Diktat aufnahmen: Rheinlandbesetzung

Art. 428. Um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrages durch Deutschland sicherzustellen, werden die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraums von 15 Jahren nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt gehalten.

Art. 429. Werden die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland pünktlich erfüllt, so wird die vorgesehene Besetzung ..., wie folgt, eingeschränkt:

1. Nach Ablauf von 5 Jahren werden geräumt: Der Brückenkopf von Köln und ... (ein näher bezeichnetes dahinter liegendes Gebiet).
2. Nach Ablauf von 10 Jahren werden geräumt: Der Brückenkopf von Koblenz und das dazugehörige Gebiet.
3. Nach Ablauf von 15 Jahren werden geräumt: Der Brückenkopf von Mainz, der Brückenkopf von Kehl und das übrige besetzte deutsche Gebiet.

Erachten zu diesem Zeitpunkt die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als ausreichend, so darf die Zurückziehung der Besatzungstruppen... aufgeschoben werden...

Und es sei als besonders unerhört noch auf die Tatsache hingewiesen, daß man Deutschland zwang, sich zu riesigen Zahlungen zu ver-

pflichten, deren Höhe ihm vorher nicht bekanntgegeben wurde. Im Friedensdiktat heißt es einfach:

> Art. 233. Der Betrag der bezeichneten Schäden, deren Wiedergutmachung Deutschland schuldet, wird durch einen interalliierten Ausschuß festgesetzt, der den Namen Wiedergutmachungsausschuß trägt...

Kriegsschuldlüge

Die größte und bisher in der Weltgeschichte einzig dastehende Niedertracht aber war die **Kriegsschuldlüge** im Artikel 231. Man zwang Deutschland, wider besseres Wissen seine Schuld am Kriege zu bekennen. Diese verlogene Erpressung des Artikels 231 lautet:

> ...Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als **Urheber** für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands aufgezwungen wurde, erlitten haben.

Wirkung des Versailler Diktats

Mit dem Versailler Diktat war aber nicht nur das deutsche Volk um Millionen seiner Angehörigen beraubt, Deutschland politisch und militärisch, wirtschaftlich und moralisch entrechtet worden, sondern darüber hinaus hat dieses schändliche Dokument die Grundlage für den dauernden Unfrieden in Europa und der Welt gelegt, und es sei in diesem Zusammenhang an die Sätze aus dem Memorandum des englischen Premierministers und Mitunterzeichners **Lloyd George** (25. März 1919) erinnert:

> „Ich kann mir keine größere Ursache künftiger Kriege denken, als das deutsche Volk, welches sich als eine der lebensfähigsten, mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, mit einer Zahl kleiner Staaten zu umzingeln, von denen manche aus Völkern bestehen, die in der Vergangenheit niemals eine sichere Regierungsgewalt hatten und von denen jeder große Massen von Deutschen enthält, die nichts anderes verlangen, als sich mit ihrer alten Heimat zu vereinigen..."

Mit der Unterzeichnung des Friedensdiktats von Versailles am 28. Juni 1919 wurden Unrecht und Vergewaltigung als weltpolitische Grundsätze sanktioniert. —

Kommunistischer Aufstand in Hamburg

Selbst dies gewaltige nationale Unglück, das über Deutschland hereingebrochen war, vermochte es jedoch nicht, das deutsche Volk zur Besinnung zu führen. Der Bürgerkrieg ging weiter: Kommunistischer Aufstand in **Hamburg**, niedergekämpft durch Regierungstruppen unter dem bewährten Kolonialkrieger General **von Lettow-Vorbeck**; Eisenbahnerstreik in Berlin usw. Gleichzeitig fing der Währungsverfall an, sich bemerkbar zu machen. Bei der dritten Beratung des Haushaltsplanes für das Jahr 1919 — am 14. August 1919 — hielt **Erzberger** eine finanzpolitische Programmrede, in der er u. a. mitteilte, daß die Reichsschuld bis zum 1. April 1920 etwa 212 Milliarden betragen werde, wofür über 10 Milliarden Zinsen zu zahlen seien, — daß in der Zeit vom 15. Januar 1919

Beginnender Währungsverfall

an täglich 27,7 Millionen Mark Banknoten mehr ausgegeben worden seien als bisher, — daß das an sich unvermeidliche Sinken der deutschen Valuta durch die überall auftretenden ungeheuerlichen Schiebungen einen ständig größeren Umfang angenommen habe. —

Inzwischen waren in der Nationalversammlung auch die Verhandlungen über die Verfassung der deutschen Republik nach langem Hin und Her soweit gediehen, daß schließlich ein Entwurf zustandekam, der die notwendige Zustimmung fand — die sogenannte „Weimarer Verfassung". Sie wurde am 11. August 1919 von Ebert unterzeichnet (der sich dann endgültig zum Reichspräsidenten ernannte). Die Weimarer Verfassung

Sie ist im wesentlichen das Werk des Juden Dr. Preuß — eine Mischung und Legierung aus den verschiedensten Verfassungen anderer Staaten. Sie ist auch keineswegs besonders originell, sondern ist auf Idealen aufgebaut, die wohl im Jahre 1789 noch als sehr modern empfunden worden waren, im Jahre 1919 aber bereits im Sterben lagen. Der Grundzug der Weimarer Verfassung ist, daß sie an Stelle der bisher in Deutschland herrschenden konstitutionellen Monarchie die parlamentarische Demokratie setzt. Sie schafft die Grundlage für das egoistische, kleinliche, talent- und gewissenlose Durcheinander- und Gegeneinanderregieren der darauffolgenden 14 Jahre, die Grundlage für den unaufhörlichen und verantwortungslosen Privatkrieg der Interessentenhaufen auf Kosten der Nation, die verfassungsmäßige Grundlage für das Leben und die Macht zahlloser Parteien auf Kosten und unter Vernichtung des Lebens des Volkes. Wenn es im Artikel 1 heißt: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus", so ist das schon ein hohnvoller Selbstbetrug; denn in Wirklichkeit ging die Macht von den marxistischen und bürgerlichen Parteien aus, die in zahllosen Wahlkämpfen dem Volke mit falschen Versprechungen die Stimmen abgaunerten und dann im Reichstag die Politik machten, d. h. Regierungen machten, stürzten, Posten verteilten — und dabei das Volk in immer größeres Elend führten.

Und soweit aus Anlaß einer neuen Verfassungsschöpfung die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, wirklich Neues, Grundlegendes zu schaffen, hat man das peinlich vermieden. Man hat es z. B. nicht fertiggebracht, an Stelle zahlreicher eigenstaatlicher Länder einen deutschen Einheitsstaat zu errichten.

Es würde im Rahmen dieses Buches zu weit führen, alle die im wesentlichen bekannten Bestimmungen der Verfassung, die Bestimmungen über Reichstag, Reichsregierung, Reichsrat, Reichspräsident usw. im einzelnen zu behandeln. Es sei aber noch auf die Unaufrichtigkeit hingewiesen, die darin beruht, daß man in die Wei-

marer Verfassung Sätze aufnahm, die — ohne juristische Wirkung — „Programmziele" aufstellten, denen niemals entsprochen wurde. Wenn es z. B. im Art. 153 heißt:

...Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch sollte zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.

oder in Art. 155:

Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern...,

so schlägt das der trostlosen Wirklichkeit des Novemberstaates und der Politik seiner Machthaber geradezu ins Gesicht. Die Verlogenheit dieses Systems, die mit dem Satze Scheidemanns vom 9. November 1918 („Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!") eröffnet worden war, wurde sinngemäß durchgehalten. — An die Stelle der schwarz-weiß-roten Fahne, unter der zwei Millionen Deutsche im Weltkrieg gefallen waren, setzte die Weimarer Verfassung Schwarz-Rot-Gold. Und das war gut so — nämlich für die Farben Schwarz-Weiß-Rot. (Allerdings soll dabei nicht vergessen werden, daß auch die Verwendung der Farben Schwarz-Rot-Gold von 1848 für dieses System ein übler Mißbrauch war.)

Die wichtigste Bestimmung der Weimarer Verfassung aber ist doch wohl der Art. 178, in dem es heißt:

...Die Bestimmungen des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages werden durch die Verfassung nicht berührt.

Hier mahnte die unerbittliche politische Wirklichkeit und stellte fest, daß das erste und zwingendste Grundgesetz der Deutschen das Todesurteil von Versailles war, nicht aber diese bunte „Verfassung".

Ultimatum der Entente gegen Art. 63 der Verfassung

Und diese Tatsache machte sich bereits im September 1919 bemerkbar, als die Entente durch ein (14tägiges) Ultimatum Deutschland zwang, aus dem Art. 63 der Reichsverfassung den Satz zu streichen, der für Oesterreich eine Vertretung im Reichsrat vorsah — da diese Bestimmung dem Art. 80 des Versailler Diktats widerspreche (in dem die Unabhängigkeit Oesterreichs festgelegt worden war). —

Sozialisierungsgesetz

An wesentlichen Gesetzen aus der Anfangszeit des Novemberstaates wäre noch das Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 zu erwähnen, das dem Reich in einzelnen Fällen die Möglichkeit zur Verstaatlichung von Betrieben gegen Entschädigung geben sollte, und in dem es im § 1 u. a. heißt:

...Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm Arbeits-

gelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt...

Der Novemberstaat hat es dann bis Anfang 1933 fertiggebracht, die Zahl derer, für deren Unterhalt gesorgt werden mußte, da er ihnen keine „Arbeitsgelegenheit nachweisen" konnte, auf annähernd 7 Millionen zu steigern! — Ebenso wäre noch zu erwähnen das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920, das in ebenso marxistischer wie kapitalistischer Art und Weise den Betrieb als ein Schlachtfeld zwischen „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer" betrachtet und den Staat lediglich als von den beiden streitenden Parteien angerufenen und an ihre Weisungen z. T. gebundenen Diener schlichtend auftreten läßt (im Gegensatz zum nationalsozialistischen „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" — siehe Band 1934). — Betriebsrätegesetz

Während man in Weimar die oben behandelte Verfassung zusammenzimmerte, rissen die Unruhen und Kämpfe im Reiche und an seinen Grenzen niemals ab. Am 18. August 1919 brach in Oberschlesien ein neuer Polenaufstand los (siehe 5. Abschnitt). Im Baltikum kämpften deutsche Truppen gegen die Horden des Bolschewismus, — schließlich von der deutschen Regierung ebenso verraten wie von der lettischen, die den deutschen Soldaten als Gegenleistung Siedlungsrechte in Lettland versprochen hatte, dies Versprechen aber nicht hielt. Am 28. September 1919 forderte die Entente von der deutschen Regierung sofortiges Eingreifen gegen diese „Baltikumtruppen" und ihre Zurückholung ins Reich, was die deutsche Regierung versprach. Kampf im Baltikum

Am 15. September war die Interalliierte Militärkommission zur Ueberwachung der militärischen Ausführungsbestimmungen des Friedensdiktats (an der Spitze der französische General Nollet) in Berlin eingetroffen. Am 2. Dezember richtete Clémenceau eine Note an Deutschland, in der er die bisherige Zurückbehaltung der deutschen Kriegsgefangenen damit begründete, daß Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen (siehe 1. Abschnitt) noch nicht restlos erfüllt habe (!). In dieser Note heißt es: Interalliierte Militärkommission Note Clémenceaus an Deutschland

Solange das deutsche Gewissen nicht, wie die ganze Welt, begreift, daß das Unrecht wiedergutgemacht werden muß und die Verbrecher ihre Strafe finden müssen, darf Deutschland nicht erwarten, daß es in die Gemeinschaft der Völker wieder eintreten, noch bei den Alliierten Verzeihung für seine Vergehungen und Milderung der gerechten Friedensbedingungen erlangen werde.

In diesen heuchlerischen und brutalen Sätzen kommt unverhüllt die schmachvolle Lage zum Ausdruck, in die sich Deutschland begeben hat!

Adolf Hitler

Adolf Hitler

Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung! Das ist das Bild, das sich dem historischen Betrachter seit 1918 darbietet. Der strahlendste Beweis aber seiner Lebensfähigkeit und seiner großen Zukunftsaufgabe ist, daß es einen Adolf Hitler gebar, der in jener Zeit der tiefsten Erniedrigung die Nation emporriß und das gewaltigste Kapitel der Deutschen im Buch der Geschichte eröffnete. —

Marxismus, Reaktion und „Bürgertum“

Das Jahr 1918 war eine bittere historische Abrechnung mit der inneren Morschheit des zerbrochenen Systems gewesen. Auf seinen Trümmern raste der Marxismus, schlichen feige „bürgerliche“ Parteien umher und suchten mit dem Marxismus Kompromisse zu schließen — in den Schlupfwinkeln hockte die „Reaktion“ und wagte

Klassenkampf

keinen Kampf. Und jeder Kompromiß war Lüge. Kein Kompromiß konnte die Tatsache vertuschen, daß der in Jahrzehnten entstandene Riß im deutschen Volk aufgebrochen und daß der Klassenkampf zur politischen Realität geworden war. Die Schuld an der Entstehung (siehe Anfang des 1. Abschnitts) dieser tiefen Kluft im deutschen Volke liegt auf beiden Seiten. Adolf Hitler schreibt in „Mein Kampf“ auf Seite 47:

> „Da nun das Bürgertum unzählige Male in der ungeschicktesten, aber auch unmoralischsten Weise gegen selbst allgemein menschlich berechtigte Forderungen Front machte, ja oft ohne einen Nutzen aus einer solchen Haltung zu erlangen oder gar überhaupt erwarten zu dürfen, wurde selbst der anständigste Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Organisation in die politische Tätigkeit hineingetrieben.“

Die Rolle des Judentums

Der jüdische Marxismus bemächtigte sich dieser Millionen ringender deutscher Arbeiter und führte sie in einen irrsinnigen und selbstmörderischen Kampf gegen „Bürgertum“, Staat und Vaterland. Der Klassenkampf war da — als jüdisches Produkt. Auf der einen Seite hetzten marxistische Juden, auf der anderen Seite waren es Juden, die in immer ausschließlicherem Maße den Reichtum und die wirtschaftliche Macht an sich rissen und in brutalster Form gegen den wirtschaftlich Schwächeren ausnutzten.

Der innere Zusammenhang zwischen dem Judentum und dem Weltkrieg gegen Deutschland, der marxistischen Revolte, dem volkszerstörenden Klassenkampf, ergibt sich mit völliger Klarheit bei der Be-

trachtung der handelnden Personen ebenso wie bei der Feststellung, daß nach dem 9. November 1918 das Judentum in immer stärkerem Umfang Politik, Wirtschaft und Kultur durchsetzte und sich dienstbar machte. Das Judentum, das „Ferment der Dekomposition" (wie Sombart es genannt hat) triumphierte über den sich in Krämpfen schüttelnden Körper des deutschen Volkes. Das Judentum, weder einheitlicher Rasse noch Volk, sondern parasitäre Degenerationserscheinung aus der Hefe eines furchtbaren Rassegemischs (wie es von Arno Schickedanz in seinem ausgezeichneten Buche „Sozialparasitismus im Leben der Völker" ausgeführt wird) ging daran, die letzten noch nicht eroberten Positionen zu besetzen. Adolf Hitler schreibt darüber in „Mein Kampf" auf Seite 358:

Adolf Hitler über das Judentum

„Nun beginnt die große, letzte Revolution. Indem der Jude die politische Macht erringt, wirft er die wenigen Hüllen, die er noch trägt, von sich. Aus dem demokratischen Volksjuden wird der Blutjude und Völkertyrann. In wenigen Jahren versucht er, die nationalen Träger der Intelligenz auszurotten und macht die Völker, indem er sie ihrer natürlichen geistigen Führung beraubt, reif zum Sklavenlos einer dauernden Unterjochung.

(Adolf Hitler weist dann als Beispiel auf Sowjetrußland hin, wo an die 30 Millionen Menschen hingerichtet, zu Tode gequält oder verhungert sind — damit einer Bande intellektueller Juden die Herrschaft gesichert wurde.)

Um die Katastrophe des deutschen Volkstodes zu verhindern, konnte es gegenüber dem rassefremden jüdischen Gegner nur eine brutale und konsequente Kampfstellung geben, wie sie in Adolf Hitlers Worten („Mein Kampf", Seite 225) zum Ausdruck kommt:

„Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder — Oder."

Frühere antisemitische Bestrebungen

Gewiß hatte es schon in früheren Jahren antisemitische Bestrebungen gegeben (es sei insbesondere an den verdienstvollen Theodor Fritsch, den Verfasser des „Handbuchs der Judenfrage", erinnert), aber sie hatten sich niemals durchsetzen können, da sie sich fast nur im Negativen der Judenbekämpfung erschöpften.

Nationalsozialismus und Antisemitismus

In Adolf Hitler aber erstand nun dem deutschen Volke ein Führer, der ihm eine Idee — den Nationalsozialismus — schenkte, dessen Kampf einem positiven Ziel — der nationalsozialistischen deutschen Zukunft — geweiht war und bei dem sich die Niederringung des Judentums (Antisemitismus) einfach als vorher notwendige Wegräumungsarbeit ergab — als Voraussetzung also, aber nicht als Endziel.

Wir haben das große Glück, Zeitgenossen Adolf Hitlers, dieses großen Führers der Deutschen, zu sein und durften seinen Kampf um

die Seele des deutschen Volkes und seine Tat zur Rettung der Nation miterleben. Aus dem unbekannten Frontsoldaten wurde der Führer seines Volkes.

Adolf Hitlers Jugend

Adolf Hitler wurde am 20. April 1889 im österreichischen Braunau am Inn (bis 1779 zu Bayern gehörig) nahe der bayerischen Grenze als Sohn eines Zollbeamten geboren. Seine Vorfahren waren Bauern im niederösterreichischen Waldviertel gewesen. Im Jahre 1903 starb sein Vater, 1908 seine Mutter, und der Neunzehnjährige siedelte

Adolf Hitler in Wien

mittellos nach Wien über, um Baumeister zu werden. Als ungelernter Bauarbeiter verdiente er sich zunächst sein Brot, dann als Zeichner. 1912 zog er nach München. In der entbehrungsreichen Zeit in Wien, da er Hunger und Not aus eigener Erfahrung erlebte, studierte er die politische und soziale Wirklichkeit seiner Zeit, lernte die antideutsche Habsburgerpolitik, die Verlogenheit des Marxismus, die volksverderbende Hetze des Judentums kennen und hassen — wurde

Adolf Hitler im Weltkrieg

deutscher Nationalist und Sozialist. — Bei Kriegsausbruch meldete er sich freiwillig in die bayerische Armee, kämpfte in 48 Schlachten des Weltkrieges als einfacher, tapferer Frontsoldat, dann als Gefreiter, wurde 1916 verwundet und erlitt am 14. Oktober 1918 eine schwere Gasvergiftung, an der er zeitweilig erblindete. Während er

Adolf Hitler beim Ausbruch der Novemberrevolte

so vom 21. Oktober bis zum 13. November 1918 im Reservelazarett in Pasewalk lag, brach in Deutschland die Revolte aus. Die Schmach Deutschlands brannte in ihm, und angesichts der verzweifelten Lage seines Volkes faßte er den Entschluß, sich der Politik zuzuwenden. In München verhinderte er am 27. April 1919 durch eigene Entschlossen-

Bildungsoffizier Adolf Hitler

heit seine Verhaftung durch Rotgardisten. Einige Zeit nach der Befreiung Münchens durch General Epp wurde er „Bildungsoffizier" des Ersten Bayerischen Schützenregiments Nr. 41 und fand in dieser Tätigkeit die Beziehungen zu den verschiedensten politischen Gruppen jener Tage, so zu Gottfried Feders „Deutschem Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft", so zur „Deutschen Arbeiterpartei" unter Karl Harrer. Adolf Hitler entschloß sich, zur Durchsetzung seines Wollens eine eigene Partei zu gründen.

Die ersten Widerstandszellen

Damals bildeten sich überall in Deutschland die ersten Widerstandszellen gegen die vaterlandslose Verlumpung, die die Macht an sich gerissen hatte — Widerstandszellen, denen es nicht am guten Willen, wohl aber am klaren Wollen und weitsichtiger Führung fehlte. Kleine Gruppen taten sich zusammen, in den Freikorps sammelten sich entschlossene deutsche Männer, die Anfänge zu den Wehrverbänden wurden gelegt.

Die „Deutsche Arbeiterpartei"

Die „Deutsche Arbeiterpartei" war am 5. Januar 1919 von dem Schlosser Anton Drexler und dem Schriftsteller Karl Harrer

gegründet worden. Im Sommer 1919 trat der völkisch gesinnte Dichter Dietrich Eckart, der schon in der Münchener Rätezeit sich mutig eingesetzt hatte, mit ihr in Verbindung und stellte ihr seine Mitarbeit zur Verfügung. Im September des gleichen Jahres besuchte der Bildungsoffizier Adolf Hitler eine Veranstaltung der Partei, die von 20 bis 25 Personen besucht war und in der Gottfried Feder sprach (den Hitler schon vorher einmal gehört hatte). In der Diskussion erledigte Hitler einen bayerischen Partikularisten, bekam zum Schluß der Veranstaltung noch von Drexler dessen Broschüre „Mein politisches Erwachen" in die Hand gedrückt und ging. Adolf Hitler und die „Deutsche Arbeiterpartei"

Die kleinen Vorgänge jener für die spätere Entwicklung so bedeutsamen Tage schildert der Führer sehr anschaulich in seinem Buche „Mein Kampf" (Seite 239 ff.):

Er erhielt zu seinem Erstaunen wenige Tage später eine Postkarte, in der ihm mitgeteilt wurde, er sei in die „Deutsche Arbeiterpartei" aufgenommen worden. Gleichzeitig wurde er zu einer Ausschußsitzung (in das Lokal „Altes Rosenbad" in der Herrnstraße) eingeladen, um sich dort dazu zu äußern. Trotz dieser etwas merkwürdigen Form der „Mitgliedergewinnung" folgte Adolf Hitler nach längerer Ueberlegung der Einladung, um sich einmal den Betrieb dieser „Organisation" näher anzusehen — und fand einen winzigen Verein vor mit allen Schattenseiten des „deutschen Vereinslebens" — „Vereinsmeierei allerärgster Art und Weise" (wie Adolf Hitler schreibt): Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung, Kassenbericht (Bestand 7,50 Mark), Vertrauenserklärung gegenüber dem Kassierer, Verlesung sämtlicher inzwischen eingegangener Briefe (es waren drei — man freute sich über die dadurch zum Ausdruck kommende „umsichgreifende Bedeutung" der Partei), lange Beratung über die Beantwortung dieser Briefe, schließlich Beratung der „Neuaufnahmen". Als Adolf Hitler nun Fragen stellte, zeigte es sich, daß außer einigen unklaren Leitsätzen weder ein Programm, noch ein Flugblatt, noch etwas Aehnliches vorhanden war — nicht einmal ein Stempel, „nur ersichtlich guter Glaube und guter Wille".

Noch weitere zwei Tage lang überlegte sich Adolf Hitler, ob er seinen Beitritt vollziehen solle oder nicht. Sein Entschluß zur politischen Arbeit stand schon seit längerer Zeit fest — ebenso die Tatsache, daß für ihn nur eine neue Bewegung in Frage kommen konnte. Schließlich kam Adolf Hitler zu der Ueberzeugung, daß gerade eine solch kleine Bewegung, die noch nicht zur Organisation erstarrt war, am besten geformt werden konnte — und am besten Ausgangspunkt für die Vorbereitung der Erhebung der Nation werden konnte. So kam er zu dem Entschluß, von dieser kleinen Gemeinschaft aus als

Namenloser und Mittelloser seinen gigantischen Kampf um das deutsche Volk aufzunehmen.

Adolf Hitlers Eintritt in die „Deutsche Arbeiterpartei" Am 16. September 1919 trat Adolf Hitler der „Deutschen Arbeiterpartei" bei und bekam einen provisorischen Mitgliedsschein mit der Mitgliedsnummer 7.

Damit begann für diesen kleinen Verein eine innere Umwälzung. Er war vom Schicksal dazu ausersehen worden, zum Ausgangspunkt für die gewaltige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die Waffe Adolf Hitlers im kommenden Kampfe, zu werden. Der Führer trat seinen Gang zur Macht und zur deutschen Zukunft an. Das Ringen um Einzelne, Hunderte, Tausende, Millionen nahm seinen Anfang.

Adolf Hitlers Weg in die Politik

Während das herrschende System auf den negativen Instinkten im Menschen, auf Feigheit und Schwäche, Habsucht und Neid aufgebaut war, appellierte der Führer an die gesunden Gefühle im deutschen Volke, an Lebenswillen und Mut, Treue und Verpflichtung gegenüber denen, die ihr Leben für Deutschland ließen. Er sagte einmal (in einer Rede in München am 13. April 1923):

„Es sind zwei Millionen im Kampfe geblieben... Für das heutige Deutschland ist keiner gestorben, zum Krüppel, zur Waise oder Witwe geworden. Wir sind es diesen Millionen schuldig, daß wir ein neues Deutschland bauen!"

Und immer größere Scharen setzten sich in Marsch, um unter den Fahnen des Führers dieser Verpflichtung — gegenüber den Gefallenen und gegenüber der deutschen Zukunft — zu dienen, bis der Tag anbrach, da ein ganzes befreites Volk unter Führung Adolf Hitlers in eine bessere und größere Zukunft marschierte.

Adolf Hitler erzwang die große Wendung in der deutschen Geschichte.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Der Ausgangspunkt war geschaffen für die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei", für die organisatorische Waffe zur Durchsetzung der Idee Adolf Hitlers, des Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus wollte keinen Klassen oder Interessentengruppen dienen, keinen engen Dogmen oder Staatsformen, sondern dem deutschen Volk! Nationalsozialismus

Adolf Hitler sagte in seiner Rede am 30. Januar 1934 in Berlin: „Der Nationalsozialismus stellt... (den) Prinzipien einer nur fürstlichen Hausmachtpolitik gegenüber das Prinzip der Erhaltung und Förderung des deutschen Volkes auf, jener Millionen an Bauern, Arbeitern und Bürgern, die zu einem gemeinsamen Schicksal auf dieser Welt bestimmt, zum gleichen Glück gesegnet oder zum gleichen Unglück verflucht sind."

Der Nationalsozialismus vereinte in sich die damals scheinbar entgegengesetzten Begriffe Nationalismus und Sozialismus und bewies damit, daß die gesamte Aufspaltung des deutschen Volkes in „Rechts" und „Links" organisierter Wahnsinn war. Er setzte an die Stelle des reaktionären „bürgerlichen" Patriotismus, der in der Arbeiterschaft verhaßt war, den wahrhaften Nationalismus, der das Volk in den Mittelpunkt des nationalen Denkens stellte. Er setzte an die Stelle des internationalen volksvernichtenden Marxismus, der das Wort „Sozialismus" mißbraucht und damit mißkreditiert hatte, den wahrhaften Sozialismus, der die Volksgemeinschaft zum tragenden Grundsatz allen Handelns machte und das nur egoistische Denken des individualistischen Liberalismus verdrängte. Er setzte an die Stelle des Massenwahnsinns der parlamentarischen Demokratie die Idee von Führer und Gefolgschaft. Er setzte an die Stelle der jüdischen Lüge von der „Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt", die Erkenntnis von Blut und Rasse. Nationalismus und Sozialismus

Der Nationalsozialismus ist Weltanschauung. Er wurde zur Weltanschauung der Gesunden und Tapferen, der besten Deutschen. Nationalsozialistische Weltanschauung

Adolf Hitler sagte am 1. September 1933 in Nürnberg: „Der Nationalsozialismus ist eine Weltanschauung. Indem er die ihrer innersten Veranlagung nach zu dieser Weltanschauung gehörenden Menschen erfaßt und in eine organische Gemeinschaft bringt, wird er zur Partei derjenigen, die eigentlich ihrem Wesen nach einer bestimmten Rasse zuzusprechen sind."

Die nationalsozialistische Weltanschauung beginnt den Kampf mit den sterbenden Ideen der verflossenen Epoche. Sie tritt auf den Plan, als eine alte Epoche zu Ende geht und bewirkt den gewaltigen weltanschaulichen Umbruch, den als Zeitgenossen zu erleben, das Schicksal uns beschert hat. Er findet eine weltanschauliche Situation vor, die Alfred Rosenberg (in seinem Buch „Der Mythus des 20. Jahrhunderts", Seite 214) folgendermaßen schildert:

Die weltanschauliche Situation

„Das alte syrisch-jüdisch-ostische Kirchentum entthront sich selbst: ausgehend von einer Dogmatik, die den seelischen Baugesetzen des nordischen Abendlandes nicht entsprach, im Bemühen, die allein tragenden und kulturschaffenden Ideen der nordischen Rasse — Ehre, Freiheit und Pflicht — beiseitezuschieben oder sich botmäßig zu machen, hat dieser Vergiftungsvorgang schon mehrfach zu schwersten Zusammenbrüchen geführt. Wir erkennen heute, daß die zentralen Höchstwerte der römischen und der protestantischen Kirche als negatives Christentum unserer Seele nicht entsprechen, daß sie den organischen Kräften der nordisch-rassisch bestimmten Völker im Wege stehen, ihnen Platz zu machen haben, sich neu im Sinne eines germanischen Christentums umwerten lassen müssen. Das ist der Sinn des heutigen religiösen Suchens.

Der alte Nationalismus ist tot. Einmal, 1813 aufgeflammt, hat er seine Unbedingtheit immer mehr eingebüßt, wurde durch zopfigen Dynastizismus, Industriepolitik, börsenmäßige Profitwirtschaft immer mehr vergiftet, veräußerlichte im ideenlosen Bürgertum des 19. Jahrhunderts dank humanitärer Verblödung und zerbrach am 9. November 1918, als seine Träger und Vertreter vor einigen Haufen Deserteuren und Zuchthäuslern davonliefen.

Der alte Sozialismus verfault am lebendigen Leibe. Als organische Sehnsucht geboren, fiel er in die Hände internationaler Schwätzer und Betrüger, verriet seinen opfermutigen Aufschwung dank börsenkapitalistischer Bindungen seiner fremdblütigen Führung, vermählte sich mit tatarobolschewistischen Verwesungskeimen und bewies von neuem, daß mit materialistischen Ideen keine organischen Revolutionen zur Freiheit durchgeführt werden können. Der Marxismus verwest auf den weiten Ebenen Rußlands und auf den Konferenzsesseln von Genf und Paris und Locarno und im Haag...

Es bricht also heute eine ganze Welt zusammen. Das Ergebnis des Weltkrieges bedeutete eine Weltrevolution und zeigte das wahre Gesicht des mit allem Wust der Jahrtausende überladenen 19. Jahrhunderts. Werte und Sitten und Gebräuche, die noch lebendig schienen, sanken dahin, sind auch innerlich schon überwunden, nur eine richtungslos gebliebene Masse betet noch zu den Ruinen der alten Götzenhäuser. Aus dem Schutt aber erheben sich heute Mächte, die begraben schienen, und ergreifen immer bewußter Besitz von allen, die um ein neues Lebens- und Zeitgefühl ringen. Die nordische Seele beginnt von ihrem Zentrum — dem Ehrbewußtsein — heraus wieder zu wirken. Und sie wirkt geheimnisvoll, ähnlich wie zur Zeit, als sie Odin schuf, als einst Otto des Großen Hand spürbar wurde, als sie Meister Eckehart gebar, als Bach in Tönen dichtete und als Friedrich der Einzige über die Erde schritt. Eine neue Zeit deutscher Mystik ist angebrochen, der Mythus des Blutes und der Mythus der freien Seele erwachen zu neuem bewußten Leben."

Die „Deutsche Arbeiterpartei" war also von Adolf Hitler dazu ausersehen worden, allererste Grundlage für eine derart gewaltige Entwicklung zu werden. Und wenn man sich heute die damalige lächerliche Kleinheit, Bedeutungslosigkeit und völlige Unbekanntheit dieses Sieben-Männer-Vereins vorstellt, dann erscheint die Entwicklung der darauffolgenden Jahre geradezu als märchenhaft. — Adolf Hitler setzte sich von Anfang an mit aller Energie dafür ein, daß der bisherige enge Rahmen gesprengt und die „Partei" in die Oeffentlichkeit getragen wurde.

Die „Deutsche Arbeiterpartei als Ausgangspunkt

Als die Einberufung von Versammlungen mit Hilfe schriftlicher persönlicher Einladungen (Adolf Hitler selbst hat zahlreiche solcher Zettel ausgetragen) erfolglos bleibt, erscheint am 16. Oktober 1919 zum erstenmal eine Versammlungsanzeige der „Partei" in einer Zeitung (dem wöchentlich erscheinenden, völkisch eingestellten „Münchener Beobachter") — ein schweres finanzielles Opfer für die wenigen (durchweg völlig mittellosen) Mitglieder. Und als daraufhin 111 Personen zur Versammlung kommen, dünkt dies den Einberufern ein ungeheurer Erfolg. Nachdem ein Professor das Hauptreferat gehalten hat, spricht Adolf Hitler eine halbe Stunde. Er selbst schreibt darüber in seinem Buche „Mein Kampf" auf Seite 390:

Erste Versammlungstätigkeit

> „Ich sprach dreißig Minuten, und was ich früher, ohne es irgendwie zu wissen, einfach innerlich gefühlt hatte, wurde nun durch die Wirklichkeit bewiesen: ich konnte reden! Nach dreißig Minuten waren die Menschen in dem kleinen Raum elektrisiert..."

Adolf Hitler treibt die kleine Gemeinschaft — allem Widerstreben zum Trotz — vorwärts. Versammlung folgt auf Versammlung. Aus seiner Militärzeit kennt er eine ganze Reihe treuer Kameraden, junge energische Menschen, die er der Organisation zuführt, und die den ersten Schutz der aufkeimenden Bewegung bilden. Denn in jener Zeit herrscht der rote Terror. Und eine Bewegung, die den deutschen Arbeiter der Internationale entreißen will, muß früher oder später die Feuertaufe des übermächtigen marxistischen Terrors bestehen. — Die ersten Störungsversuche in einer Versammlung der Partei im Oktober 1919 werden von Hitlers Kameraden sofort abgeschlagen.

Erste Störungsversuche

Hitlers Energie zwingt die Partei, unaufhaltsam auf dem Wege fortzuschreiten, den er für richtig erkannt hat. Am 1. Januar 1920 bezieht sie auf sein Betreiben ihre erste Geschäftsstelle — im „Sterneckerbräu" (München, Tal 54). Am 5. Januar übernimmt Adolf Hitler als „Werbeobmann" die Leitung der Propaganda. Und er treibt die Entwicklung — allen inneren und äußeren Widerständen zum Trotz — derart vorwärts, daß die Partei am 24. Februar 1920 in der Lage ist, ihre erste Massenversammlung (im Festsaal

Erste Geschäftsstelle der Partei

Hitler übernimmt die Leitung der Propaganda

Erste Massenversammlung der Partei

Die 25 Thesen des Partei-programms

des Münchener Hofbräuhauses) mit etwa 2000 Besuchern (mehr als die Hälfte Marxisten!) durchzuführen. Adolf Hitler spricht als zweiter Redner in der zunächst noch unruhigen Versammlung, erobert sie für sich und verkündet hier zum erstenmal die 25 Punkte des Parteiprogramms:

Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeit-Programm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig, welcher Art, gleich, ob in Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10. Erste Pflicht des Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.

Brechung der Zinsknechtschaft.

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen;
b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden;
c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe für Uebertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns

und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches, unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

Die unabänderlichen Grundsätze der nationalsozialistischen Bewegung treten an diesem historischen Februartage zum ersten Male vor die deutsche Oeffentlichkeit. Sie graben sich in deutsche Herzen ein, ihre Erkenntnisse pflanzen sich weiter fort, — und aus der ständig wachsenden Welle wird eines Tages die nationalsozialistische Sturmflut, die alles wegspült, was feige und schlecht und verderblich ist.

Die Zwischenrufe waren in der Versammlung längst verstummt. Als Adolf Hitler sämtliche 25 Thesen den Volksgenossen zum eigenen Urteil vorgelegt hatte, erklärten alle in einstimmiger jubelnder Begeisterung ihre Zustimmung. Diese Menschen hatten in einstimmiger Geschlossenheit einen neuen Glauben und einen neuen Willen gewonnen — und trugen die Thesen der neuen Bewegung hinaus ins Volk.

In seinem Buche „Mein Kampf" schildert Adolf Hitler, wie sich nach Schluß der Versammlung — nach fast vier Stunden — der Saal zu leeren begann, und er fühlte:

„Ein Feuer war entzündet, aus dessen Glut dereinst das Schwert kommen muß, das dem germanischen Siegfried die Freiheit, der deutschen Nation das Leben wiedergewinnen soll.

Und neben der kommenden Erhebung fühlte ich die Göttin der unerbittlichen Rache schreiten für die Meineidstat des 9. November 1918.

So leerte sich langsam der Saal.
Die Bewegung nahm ihren Lauf."

Die Anfänge der Organisation

Die Bewegung griff um sich. Die ersten Anfänge einer wirklichen Organisation entstanden, aufgebaut auf dem Führergedanken — im Gegensatz zu den bisherigen Vereinen mit wählbaren Ortsgruppenvorsitzenden und Mitgliederversammlungen, in denen über alles erst abgestimmt werden mußte. Und vor allem setzte die Propaganda und Versammlungstätigkeit keinen Augenblick aus. Adolf Hitler, der größte deutsche Volkspsychologe, verstand es, die Sprache seines Volkes zu sprechen wie keiner vor ihm. Immer wieder riefen die leuchtenden roten Plakate zu Versammlungen auf.

Propaganda

Adolf Hitler schreibt auf Seite 402 seines Buches „Mein Kampf“: „Als Farbe wurde grundsätzlich Rot gewählt, sie ist die aufpeitschendste und mußte unsere Gegner am meisten empören und aufreizen und uns ihnen dadurch so oder so zur Kenntnis und in Erinnerung bringen.“

Die Grundsätze, die Adolf Hitler für die Propaganda aufstellte und nach denen verfahren wurde, erwiesen sich als hundertprozentig richtig. Die Propaganda wendete sich an die breiten Massen des deutschen Volkes. Sie sah ihre Aufgabe im Erfolg.

„In einer Volksversammlung der breiten Schichten spricht nicht der Redner am besten, der der anwesenden Intelligenz geistig am nächsten steht, sondern derjenige, der das Herz der Masse erobert.“ (Hitler, „Mein Kampf“, Seite 376.)

Adolf Hitlers Propaganda richtete sich mit Wucht und Konsequenz auf wenige klar umrissene Punkte und vermied jede Zersplitterung. Nicht zuletzt beruhte auch darin das Geheimnis ihres Erfolges. Und was gesagt und getan wurde, wurde mit fanatischer Konsequenz und Kompromißlosigkeit vertreten. Mit diesem Grundsatz, wie ihn Adolf Hitler zum Beispiel auch in einer Rede am 1. Mai 1923 in München zum Ausdruck brachte,

„Wir sind Nationalsozialisten von fanatischer Einstellung und keine Seiltänzer auf der sogenannten mittleren Linie!“

gewann die Partei die Kühnen und Entschlossenen — die Kämpfer. Und auf diese kommt es an, wenn sich eine Idee gegen eine erdrückende Uebermacht durchsetzen und zum Siege gelangen soll. —

Mit Plakat und Flugblatt warb die junge Partei unaufhörlich um die Aufmerksamkeit der Volksgenossen — vor allem aber gewann Adolf Hitler die Herzen mit der Macht der Rede, denn — wie er einmal sagt — „alle gewaltigen, weltumwälzenden Ereignisse sind nicht durch geschriebenes, sondern durch das gesprochene Wort herbeigeführt worden!“ —

Die Macht der Rede

Und Adolf Hitler widmet sich der Aufgabe, das weltumwälzende Ereignis der nationalsozialistischen Revolution herbeizuführen, mit Leib und Seele. Am 1. April 1920 scheidet er aus dem Militärdienst aus. Er hat durch seine einzigartige werbende Kraft die Bewegung derartig vorwärtsgetragen, daß sie nun auch über München hinausbringt. Am 21. April 1920 gründet er in Rosenheim die erste Ortsgruppe außerhalb Münchens. Die Partei nimmt die Fühlung zu ähnlichgerichteten Gruppen auf, und bei einer Tagung in Salzburg am 7. und 8. August trifft sie zusammen mit der „Deutschen Nationalsozialistischen Partei in den Sudetenländern und Oesterreich“ und der „Deutsch-Sozialistischen Partei“ (der damals auch Julius Streicher angehört). In Auswirkung dieser Tagung spricht Adolf Hitler in der Zeit vom 29. September bis zum 11. Oktober 1920 zum erstenmal in Oesterreich (in Wien, Innsbruck, Salzburg und

Die Bewegung bringt über die Grenzen Münchens hinaus

Tagung in Salzburg

„Zwischenstaatliche nationalsozialistische Kanzlei des deutschen Sprachgebietes“

St. Pölten). Am 8. Dezember 1920 wird von den genannten Parteien eine „Zwischenstaatliche nationalsozialistische Kanzlei des deutschen Sprachgebietes“ gegründet. —

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Seit dem Salzburger Parteitag hieß die Deutsche Arbeiterpartei „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP). Der Name der heute in der Welt gewaltigsten politischen Organisation wurde damals geboren — nur wenigen bekannt —, heute Gemeingut von Millionen. Und im gleichen Jahre wurde auch die herrliche Fahne der nationalsozialistischen Bewegung von Adolf Hitler selbst geschaffen. Er schildert in seinem Werk, wie diese Fahne im Hochsommer 1920 zum ersten Male vor die Oeffentlichkeit kam und wie eine Brandfackel wirkte — und schreibt („Mein Kampf“, Seite 557) über ihre Bedeutung:

Die Hakenkreuzfahne

> ... Als nationale Sozialisten sehen wir in unserer Flagge unser Programm. Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen, im Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und zugleich mit ihm auch den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch bleiben wird.“

Die leuchtend roten Hakenkreuzbanner begannen ihren Siegeszug durch Deutschland.

„Völkischer Beobachter“

Und das Jahr 1920 brachte noch ein weiteres wichtiges Ereignis für die junge Bewegung: Am 17. Dezember 1920 erwarb Adolf Hitler mit Unterstützung Dietrich Eckarts für die NSDAP den damals halbwöchentlich erscheinenden „Völkischen Beobachter“ (früher „Münchener Beobachter“). Damit war nun auch der Ausgangspunkt für das heute weltbekannte Zentralorgan der NSDAP geschaffen worden.

Erste Massenversammlung der NSDAP im Zirkus Krone

Als die NSDAP am 21. Januar 1921 ihre Generalmitgliederversammlung abhielt, konnte festgestellt werden, daß sie in den letzten elf Monaten in München 46 Massenversammlungen durchgeführt hatte. Und wenige Tage später — am 3. Februar 1921 — steigt die erste Massenversammlung im Münchener Zirkus Krone. Adolf Hitler und Dietrich Eckart sprechen vor 6500 Volksgenossen.

Adolf Hitler übernimmt die Führung der NSDAP

Adolf Hitler ist Seele und Triebfeder der jungen Partei — und letzten Endes auch ihr Schöpfer als wirklicher Bewegung —, und so wird es immer mehr zu einer Forderung einfachster Selbstverständlichkeit, daß er die Führung auch tatsächlich übernimmt. Das geschieht am 29. Juli 1921, wobei er sich in neuen Satzungen besondere Vollmachten erteilen läßt.

Gegen den Unstaat des Novemberverrats steht Adolf Hitler an der Spitze der NSDAP. Er ist der Führer einer kleinen Bewegung. Jetzt beginnt der historisch einzigartige Weg zu der großen Stunde, da er der Führer der Nation wird.

Kapp-Putsch, Rote Armee und Polenaufstand in Oberschlesien

Während so in München die ersten Bastionen des Widerstandes gegen den deutschen Niedergang errichtet wurden, schritt das über Deutschland heraufbeschworene Unheil schnell vorwärts. Und wenige Tage, nachdem Adolf Hitler die Propaganda der „Deutschen Arbeiterpartei" in die Hand genommen hatte, trat das Versailler Friedensdiktat endgültig in Kraft. Das war am 10. Januar 1920, als am Quai d'Orsay in Paris das erste Protokoll über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde unterzeichnet wurde. Die auf Grund des Versailler Diktats eingesetzte „Interalliierte Hohe Kommission für die Rheinlande" (unter Vorsitz des Franzosen Tirard) ließ sich in Koblenz häuslich nieder. Die Alliierten überreichten am 7. Februar 1920 die namentliche Liste der deutschen „Kriegsverbrecher", deren Auslieferung sie forderten (Frankreich forderte 334, Belgien ebensoviel, England 100, usw.). Der Generalsekretär der Friedenskonferenz forderte von Holland die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers (was Holland ablehnte).

Das Versailler Friedensdiktat tritt in Kraft

Interalliierte Hohe Kommission für die Rheinlande

Auslieferungsbegehren betr. die „Kriegsverbrecher"

Frankreich setzte das wehrlose Deutschland unter ständigen Druck. Wegen angeblich nicht ausreichender Kohlenlieferungen Deutschlands drohte es mit Vergeltungsmaßregeln — mit „Sanktionen". Dieses Wort wurde fester Bestand im Sprachschatz des täglichen Umgangs mit Deutschland. Die Sanktionsdrohungen hörten nicht mehr auf. Bei jeder Gelegenheit wurden sie hervorgeholt. Und das wehrlose Deutschland beugte sich den Erpressungen. Der Novemberverrat rächte sich furchtbar. Die unwürdigen „Vertreter Deutschlands" begannen die große Verramschung deutschen Volksvermögens.

Französische Sanktionsdrohungen

Im März wurde als erster dieser unerfreulichen Typen der Reichsminister Erzberger in seiner völligen charakteristischen Minderwertigkeit entlarvt. Dem Deutschnationalen Helfferich gelang es, in einem gegen ihn gerichteten Beleidigungsprozeß Erzbergers nachzuweisen, daß dieser üble Zentrumspolitiker in geradezu ungeheuerlicher Weise seine politischen Aufgaben für persönliche wirtschaftliche Zwecke mißbraucht hatte. Am Tage der Urteilsverkündung (12. März 1920) mußte Erzberger aus dem Reichskabinett ausscheiden.

Prozeß Erzberger—Helfferich

Kapp-Putsch Einen Tag später — am 13. März — bricht der Kapp-Putsch los. (Reichswehrminister Noske hatte den Befehl zur Auflösung der Marinebrigaden Ehrhardt und Löwenfeld gegeben, der nicht ausgeführt worden war. General von Lüttwitz, dem die Brigaden unterstanden, hatte im Gegenteil an den Reichspräsidenten Ebert ein Ultimatum gerichtet und darin sofortige Reichstagswahlen und Neuwahl des Reichspräsidenten sowie Ablehnung der weiteren Entwaffnungswünsche der Entente gefordert — und hatte, da er nicht durchgedrungen war, seinen Abschied genommen.) Am 13. März 1920 — um 6 Uhr morgens — rückt die Brigade Ehrhardt in Berlin ein. Die Reichsregierung flieht nach Dresden. Die Putschisten bilden eine neue Regierung mit dem Generallandschaftsdirektor Kapp an der Spitze und Lüttwitz als Reichswehrminister. Die geflohene Regierung beruft die von Kapp als aufgelöst bezeichnete Nationalversammlung nach Stuttgart. Das Unternehmen Kapps währt nur wenige Tage. Dieser Rechtsputsch war ausgesprochen schlecht vorbereitet worden. Dem Generalstreik, der von der Linken als sofortige Gegenaktion ins Werk gesetzt wird, ist er nicht gewachsen. Am 17. März 1920 bricht der Putsch zusammen. Kapp tritt ab. Die Brigade Ehrhardt rückt wieder aus Berlin.

Erstes Kabinett Hermann Müller — Kabinett Braun in Preußen

Auch das Kabinett Bauer tritt zurück und wird durch das Kabinett Hermann Müller ersetzt. Gleichzeitig wird in Preußen das bisherige Kabinett Hirsch durch das Kabinett Braun ersetzt. Der Wechsel ist nicht von großer Bedeutung — sämtliche Genannten sind Sozialdemokraten. Im preußischen Kabinett taucht als Innenminister Severing auf.

Kommunistischer Aufstand im Ruhrgebiet

Eine weitere Gegenwirkung des mißglückten Kapp-Putsches ist ein kommunistischer Aufstand im Ruhrgebiet. Und als die Regierungstruppen bei der Niederschlagung dieses Aufstandes gezwungen sind, die vom Versailler Diktat am Rhein vorgesehene neutrale Zone zu „verletzen“, geht Frankreich zu Sanktionen über:

Französische Truppen besetzen Frankfurt am Main

Französische Truppen besetzen Frankfurt am Main, Darmstadt, Hanau und Homburg, wobei es in Frankfurt zu blutigen Schießereien der farbigen Truppen Frankreichs kommt.

Hölz-Aufstand im Vogtland

Gleichzeitig richtet der Kommunistenführer Max Hölz im sächsischen Vogtland eine Schreckensherrschaft auf, bei der Plünderungen und Gewalttaten an der Tagesordnung sind. Die sächsische Regierung (unter dem Unabhängigen Sozialdemokraten Zeigner, dem später üble finanzielle Unsauberkeiten nachgewiesen wurden) unternimmt nichts gegen den kommunistischen Terror. Und schließlich sieht sich die Reichsregierung genötigt, auch ins Vogtland Truppen zur Wiederherstellung der Ruhe zu entsenden. Auf die Nachricht von dieser

Maßnahme hin läßt Max Hölz im Vogtland Plakate folgenden Inhalts anbringen:

Wenn die Reichswehr kommt!

Nach den neuesten Zeitungsmeldungen beabsichtigt die Regierung, die Herrschaft der Arbeiterklasse im Vogtlande mit Waffengewalt zu brechen. Wir fordern daher alle bereits bestehenden oder noch in der Bildung begriffenen Brandkomitees auf, sich bereitzuhalten, damit sie beim Anrücken der Reichswehr sofort in Tätigkeit treten. In Brand zu setzen sind nur die Villen der besitzenden Klasse, die Rathäuser, Gerichtsgebäude und alle anderen Gebäude der Behörden. Nicht aber Banken. Die Banken sind unter allen Umständen zu schonen, da wir dieselben im öffentlichen Interesse dringend gebrauchen.

Außer den angegebenen Häusern und Gebäuden sind noch zu sprengen alle Brücken und Eisenbahnlinien.

Wir fordern alle Genossen der Brandkomitees auf, unter allen Umständen zu vermeiden, daß Häuser oder Eigentum der Arbeiter und Kleinbürger beschädigt werden. Alle Fabrikanlagen sind bis auf weiteres zu schonen und dürfen nur auf besonderen schriftlichen Befehl vom Roten Vollzugsrat in Falkenstein zerstört werden.

Der Rote Vollzugsrat.

Ein bemerkenswertes Zeitdokument! Nicht nur bemerkenswert hinsichtlich des fanatischen marxistischen Zerstörungswillens, sondern auch hinsichtlich der marxistischen Milde gegenüber dem Bankenkapital! — Als die Reichswehr einrückt und die rote Garde vertreibt, macht Hölz seine Drohung wahr: Zahlreiche Brandstiftungen legen Zeugnis ab vom verbrecherischen Charakter der kommunistischen Verschwörung.

Die Regierung — gebildet von der sogenannten „Weimarer Koalition" (SPD, Demokraten und Zentrum) — die in ihrer Schwäche ein getreues Abbild des Novemberstaates darstellt, verliert immer mehr an Boden in der Bevölkerung. Die Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 bringen der Weimarer Koalition erhebliche Verluste. (Die Sozialdemokraten verlieren 41 Sitze, die Demokraten 29, das Zentrum 19 — während die Deutschnationalen 24 Sitze gewinnen, die Deutsche Volkspartei 40.) Das Kabinett Hermann Müller tritt zurück und wird durch eine Regierung des Zentrumsmannes Fehrenbach ersetzt, in dem keine Sozialdemokraten mehr sitzen und dafür Vertreter der Deutschen Volkspartei einziehen. Die neue Regierung verkündet als Programm: Politik des Ausgleichs und der Versöhnung, Bekämpfung aller Versuche einer gewaltsamen Umwälzung. Der Niedergang Deutschlands wird dadurch nicht aufgehalten.

Erste Reichstagswahlen

Kabinett Fehrenbach

Am 19. April 1920 waren die alliierten Mächte zu einer Konferenz in San Remo zusammengetreten, wo England — gegen entsprechendes französisches Entgegenkommen in Fragen der Oelquellenausnutzung — Frankreich die Zustimmung zu Sanktionen gegen Deutsch-

Konferenz in San Remo

land erteilt hatte. Der deutsche Vorschlag, 200000 Mann Reichswehr wegen der bolschewistischen Gefahr unter den Waffen zu behalten, wurde abgelehnt. Im übrigen wurde Deutschland zur Teilnahme an einer Konferenz in Spa aufgefordert. Am 15. Mai 1920 löste die Regierung unter Druck der Entente die Freikorps auf, deren Männer ihr Leben für Deutschland — und leider auch für die unwürdigen Regierer Deutschlands — in die Schanze geschlagen hatten.

Auflösung der Freikorps

Konferenz in Spa

Vom 5. bis zum 16. Juli 1920 tagte die Konferenz in Spa, bei der man Deutschland erneut — militärisch und wirtschaftlich — die Pistole auf die Brust setzte. Von Deutschland wurde gefordert: Endgültige Herabsetzung des Heeres auf 100000 Mann bis zum 1. Januar 1921; endgültige Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Ersatz durch ein Söldnerheer; Entwaffnung der Zivilbevölkerung und insbesondere der Einwohnerwehren, die sich allerorts in Deutschland zum Schutze gegen den kommunistischen Terror gebildet hatten; monatliche Ablieferung von 2 Millionen Tonnen Kohlen vom 1. August 1920 an — für die Dauer von 6 Monaten. Bei Nichterfüllung all dieser Forderungen wurde die Besetzung des Ruhrgebiets angedroht. Außerdem wurde bestimmt, daß zur endgültigen Festsetzung der deutschen Zahlungen eine besondere „Wiedergutmachungs-Konferenz“ (Reparationskonferenz) einberufen werden solle, und daß die dann festzusetzenden Reparationen Deutschlands nach bestimmten Prozentzahlen an die Alliierten zu verteilen seien (z. B. Frankreich 52 %, England 22 %, usw.). —

Zerrüttung der Finanzen und der Valuta

Der wirtschaftliche Druck von außen und die Mißwirtschaft im Innern zerrütteten den Reichshaushalt immer bedrohlicher und bewirkten gleichzeitig ein immer gefährlicheres Absinken der Kaufkraft der Mark.

Abstimmung in Ost- und Westpreußen

Inzwischen war der Termin für eine Reihe der im Versailler Diktat vorgesehenen Abstimmungen näher gerückt. Und am 11. Juli 1920 ergaben die Abstimmungen in den hierfür vorgesehenen Gebieten in Ost- und Westpreußen einen überzeugenden deutschen Sieg (Ostpreußen: 353655 Stimmen für Deutschland, 7400 für Polen; Westpreußen: 96889 Stimmen für Deutschland, 7977 für Polen). Der deutsche Protest wegen der trotzdem unerträglich vorgenommenen Grenzziehung (die Ostpreußen von der Weichsel völlig abschnitt) wurde von den Alliierten abgelehnt!

Eupen-Malmedy

Auch für Eupen-Malmedy war eine Abstimmung vorgesehen worden; eine wirkliche Volksabstimmung wurde aber durch die Schikanen der belgischen Regierung verhindert, indem sie am 24. Juli 1920

zum Schein ein völlig unzulängliches schriftliches Eintragungsverfahren durchführte, das unter entsprechendem belgischen Terror stand.

Deutschlands Ohnmacht war vollkommen. Dies zeigte sich mit erschütternder Deutlichkeit auch in Oberschlesien: Schon im August 1919 hatte hier ein polnischer Aufstand gewütet (Erster polnischer Aufstand). Gegen Anfang des Jahres 1920 hatten französische, italienische und englische Truppen das oberschlesische Abstimmungsgebiet besetzt. Vorsitzender der „Interalliierten Regierungskommission“ war der französische General Le Rond. Korfanty, der polnische Abstimmungskommissar, versuchte im August 1920 erneut, durch Gewaltanwendung die Abstimmung zu beeinflussen oder überhaupt zugunsten Polens zu verhindern. Oberschlesien / Erster polnischer Aufstand / „Interalliierte Regierungskommission“

So kommt es zum Zweiten polnischen Aufstand. Deutsche Demonstrationsstreiks zur Wahrung der bedrohten Neutralität in Kattowitz führen zu Zusammenstößen mit den französischen Truppen. Die Empörung der deutschen Bevölkerung macht sich in der Zerstörung polnischer Zeitungsdruckereien und Geschäfte Luft. Korfanty marschiert mit den Aufständischen, den „polnischen Insurgenten“, auf Kattowitz, wobei er die Kreise Rybnik, Pleß und die Landkreise Kattowitz, Beuthen und Tarnowitz besetzt. Am 14. September 1920 teilt die Deutsche Regierung dem General Le Rond mit, daß sie im Besitz polnischer Pläne zur Besetzung ganz Oberschlesiens sei. Trotz aller Vorstellungen bleiben die alliierten Truppen untätig. Lediglich die wenigen italienischen Truppen wenden sich gegen die polnischen Aufständischen. Zweiter polnischer Aufstand

Endlich wird am 20. März 1921 die Abstimmung durchgeführt, die einen deutschen Sieg ergibt (707554 Stimmen für Deutschland, 478820 für Polen). Deutschland fordert Rückgabe Oberschlesiens. Die Abstimmung in Oberschlesien

Korfanty aber ruft zum Aufstand für ein polnisches Oberschlesien auf! Der Dritte polnische Aufstand bricht los und wütet mit Grausamkeit und Fanatismus in dem gequälten Land. Unter dem einarmigen General Hoefer bildet sich aus deutschen Freiwilligenverbänden der „Oberschlesische Selbstschutz“, um es von den polnischen Insurgenten zu befreien. Und während Frankreich bei jeder illegalen polnischen Aktion in Untätigkeit verharrt, fordert jetzt sofort der französische Botschafter in Berlin, die deutsche Regierung solle verhindern, daß deutsche Freiwillige die Grenze nach Oberschlesien überschreiten. Trotzdem gelingt es den deutschen Freiwilligenverbänden (unter denen sich das Freikorps Oberland einen besonders hervorragenden Namen macht), die Insurgenten zurückzu- Dritter polnischer Aufstand / Oberschlesischer Selbstschutz

Erstürmung des Annabergs schlagen und Oberschlesien zum Teil zurückzuerobern. Nach erbitterten und blutigen Gefechten erstürmen die deutschen Freiwilligen mit beispielloser Tapferkeit am 21. Mai 1921 den von polnischer Uebermacht besetzten **Annaberg**. Doch jetzt fordert General Le Rond — mit 15000 modern ausgerüsteten französischen Soldaten, mit schwerer Artillerie und Tanks im Rücken der Deutschen — ultimativ den Rückzug der Deutschen. Die Deutsche Regierung — wie immer — beugt sich den französischen Wünschen. Der deutsche Vormarsch ist beendet.

Die Teilung Oberschlesiens Die Entente kann sich in der oberschlesischen Frage nicht einig werden und ruft den **Völkerbundsrat** an, der in Form eines Gutachtens die Entscheidung fällt, eine Entscheidung, die am 20. Oktober 1921 durch einen **Beschluß der Botschafterkonferenz** bekanntgegeben wird: Trotz des Abstimmungsergebnisses erhält Deutschland Oberschlesien **nicht** zurück. Oberschlesien wird vielmehr zwischen Deutschland und Polen geteilt! Bei der Teilung erhält Polen den größten Teil der Kohlenlager und 4/5 des **Hauptindustriegebiets**!

Rücktritt des ersten Kabinetts Wirth Das seit 10. Mai 1921 im Amt befindliche Kabinett Wirth muß zurücktreten!

Erfüllungspolitik

Die Aera dieses Kabinetts Wirth hatte ihr Gepräge durch den ständigen erpresserischen Druck der Entente und das ständige demütigende Akzeptieren aller alliierten Forderungen seitens Deutschlands erhalten. Es war die Zeit, in der das unselige Wort „Erfüllungspolitik“ geboren wurde.

Am 31. Dezember 1920 hatte Deutschland nun die Reichswehr — trotz der ständig drohenden bolschewistischen Gefahr — auf 100000 Mann vermindert. Trotzdem stellte eine französische Note fest, daß Deutschland den Abrüstungsverpflichtungen, die ihm in Spa (siehe 5. Abschnitt) auferlegt worden waren, hinsichtlich der Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Entwaffnung der zivilen Bevölkerung überhaupt noch nicht genügend nachgekommen sei. Die deutsche Regierung beteuerte, sie werde dieser Aufforderung schnellstens nachkommen. Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann Französische Note

Vom 24. bis zum 29. Januar 1921 tagte eine Konferenz der Alliierten in Paris, die sich wiederum mit der deutschen Abrüstung und den deutschen „Wiedergutmachungen“ (Reparationen) befaßte. Und das Ergebnis dieser Konferenz war folgende ungeheuerliche Forderung an Deutschland: Konferenz in Paris

> Die von Deutschland zu zahlenden Reparationen betragen 226 000 000 000 Goldmark (!). Diese 226 Milliarden sind bis zum Jahre 1963 in folgenden jährlichen Raten zu zahlen: 2 Jahre lang je 2 Milliarden, 3 Jahre lang je 3 Milliarden, weitere 3 Jahre lang je 4 Milliarden, dann nochmals 3 Jahre lang je 5 Milliarden und schließlich 31 Jahre lang je 6 Milliarden. Außerdem soll Deutschland an die Alliierten — ebenfalls bis zum Jahre 1963 — Jahrestribute in Höhe von 12 % der deutschen Ausfuhr zahlen.

Gleichzeitig wurden erneute Entwaffnungsforderungen an Deutschland gerichtet, denen die Deutsche Regierung durch das Entwaffnungsgesetz vom 22. März 1921 (das alle Selbstschutzverbände — Einwohnerwehren, Orgesch, usw. — auflöste und verbot) und durch das Reichswehrgesetz vom 23. März 1921 (das die allgemeine Wehrpflicht beseitigte — siehe 2. Abschnitt) nachkam. Entwaffnungsgesetz

Die ungeheuerlichen Forderungen der Entente — die üblicherweise wiederum mit der Androhung der Besetzung neuen deutschen Gebietes verbunden waren — lösten in ihrem finanziellen Teil selbst

bei der sonst stets annahmebereiten Deutschen Regierung Verzweiflung aus. Und auf der **Londoner Konferenz** vom 1. bis 7. März 1921 erklärte der damalige deutsche Reichsaußenminister Dr. **Simons**, daß Deutschland völlig außerstande sei, die geforderten 226 Milliarden aufzubringen. Er gab damit der allgemeinen Stimmung in Deutschland Ausdruck, wo ja sogar der marxistische **Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund** sich genötigt gesehen hatte, einen Aufruf gegen die Ententeforderungen zu veröffentlichen, in dem es hieß:

Londoner Konferenz

Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

„Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden!"

Vergeblich machte der Reichsaußenminister Dr. Simons während der Londoner Konferenz — zweimal — deutsche Gegenvorschläge. Die Entente verharrte auf ihrer unmöglichen Forderung, die von Deutschland **abgelehnt** werden mußte.

Die angedrohten **Sanktionen** wurden daraufhin Wirklichkeit: Am 15. März besetzten Ententetruppen **Düsseldorf, Duisburg** und **Ruhrort**; die Entente errichtete eine **Rheinzollgrenze** und führte eine **Ausfuhrabgabe in Höhe von 50 %** ein.

Ententetruppen besetzen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort

Vergeblich protestierte die Deutsche Regierung beim **Völkerbund** (der übrigens zu jener Zeit die Aufnahme Deutschlands abgelehnt hatte!).

Deutscher Protest

Unter dem Druck der Ereignisse mußte damals das Kabinett **Fehrenbach** abtreten. An seine Stelle trat am 10. Mai 1921 das erste Kabinett des Zentrumspolitikers Josef **Wirth** (ehemaliger mathematischer Oberlehrer).

Erstes Kabinett Wirth

Wenige Tage vorher (am 5. Mai 1921) hatte von London aus **Lloyd George** eine Note der Alliierten übersandt — das sogenannte „**Londoner Ultimatum**", in dem die deutsche Reparationsschuld auf 132 000 000 000 **Goldmark** festgesetzt und von Deutschland — bei Androhung weiterer Sanktionen (Besetzung des gesamten Ruhrgebiets) — gefordert wurde, es solle vorbehaltlos die von der „**Reparationskommission**" vorgeschriebenen Verpflichtungen erfüllen, die (längst durchgeführte) Abrüstung endlich durchführen und die „Kriegsverbrecher" umgehend aburteilen. Die Reparationszahlungen sollten in folgender Weise vorgenommen werden:

Londoner Ultimatum

A. Deutschland übergibt der **Reparationskommission**:
am 1. Juli 1921 . . . 12 Milliarden Goldmark „A-Bonds",
am 1. November 1921 38 Milliarden Goldmark „B-Bonds",
am 1. November 1921 82 Milliarden Goldmark „C-Bonds".

Die Reparations-Kommission kann die A- und B-Bonds jederzeit ausgeben, die C-Bonds erst **dann**, wenn sie überzeugt ist, daß die deutschen Leistungen gemäß dem Zahlungsplan (B) ausreichen, um Zinsen und Tilgung für die C-Bonds zu zahlen. Die Verzinsung **aller** Bonds erfolgt mit 5 %, ihre Tilgung mit 1 % jährlich.

B. (Zahlungsplan) Deutschland zahlt jährlich bis zur Tilgung der gesamten Bonds
1. 2 Milliarden Goldmark und 2. 26 % des Wertes der deutschen Ausfuhr (vom 1. Mai 1921 an) — ausgerechnet auf der Grundlage eines noch festzusetzenden Index.

C. Außer diesen 132 Milliarden zahlt Deutschland noch die belgische Kriegsschuld in Höhe von annähernd 6 Milliarden.

Annahme des Londoner Ultimatums

Das neue Kabinett Wirth — wiederum aufgebaut auf der „Weimarer Koalition" — nahm das Ultimatum, dessen Forderungen ebenso unerfüllbar waren wie die früheren, an — um

„das Reich und seine Einheit zu sichern, Deutschland vor der Gefahr der feindlichen Invasion zu retten und die deutsche Freiheit zu bewahren".

Beginn der Wirth'schen Erfüllungspolitik

Die Regierung setzte am 10. Mai 1921 im Reichstag die Annahme des Londoner Ultimatums durch und schuf damit die Grundlage für die Reparationspolitik der kommenden Jahre. Das Wirth'sche Regierungsprogramm, durch „Erfüllung des Versailler Vertrages" — mochte diese Erfüllung noch so unmöglich sein — den „guten Willen" Deutschlands zu beweisen und damit die Ententestaaten geneigter zu stimmen, die sogenannte „Erfüllungspolitik" in ihrer ganzen Würdelosigkeit, Aussichtslosigkeit und Verderblichkeit, nahm ihren offiziellen Anfang.

Wiesbadener Abkommen

Am 6. Oktober 1921 folgte dann auf Grund von Verhandlungen des „deutschen Wiederaufbauministers" Rathenau mit dem französischen Minister Loucheur das Wiesbadener Abkommen über deutsche Sachlieferungen.

Zweites Kabinett Wirth

Unter der Wucht der oberschlesischen Ereignisse mußte dann am 22. Oktober 1921 das Kabinett Wirth zurücktreten (siehe 5. Abschnitt), wurde aber bereits am 26. Oktober durch das Zweite Kabinett Wirth ersetzt (ein Minderheitskabinett des Zentrums und der Sozialdemokratie — Demokraten und Unabhängige Sozialdemokraten hatten Unterstützung zugesagt).

Note der Reparationskommission

Deutsches Gesuch um ein Moratorium

Am 3. Dezember 1921 richtete die Reparationskommission eine Note an Deutschland, in der die Deutsche Regierung ermahnt wurde, die zum 7. Januar und 7. Februar 1922 fälligen Ratenzahlungen sicherzustellen. Die Deutsche Regierung antwortete mit der Bitte um Zahlungsaufschub (Moratorium), da sie außerstande sei, eine Auslandsanleihe zu erhalten und anders die Mittel nicht aufzubringen seien. Der Fluch der bösen Tat wurde wirksam. Und auch das Wort „Moratorium" wurde zum festen Bestandteil des politischen Sprachschatzes jener Zeit, da man hoffte, sich von einem Moratorium zum anderen Moratorium durch die völlig unmögliche Situation hindurchzulavieren.

Eine internationale Konferenz folgt der anderen. In bunter Folge

wechseln die landschaftlich meist sehr reizvollen Tagungsorte. Die Themen sind schon wesentlich weniger abwechslungsreich, die deutsche Not aber bleibt die gleiche — grau in grau ist das Bild der deutschen Wirtschaftslage, ein notwendiges Abbild der politischen und seelischen Situation Deutschlands.

Konferenz von Cannes

Vom 6. bis 14. Januar 1922 tagt die Konferenz von Cannes, wo abermals der Jude Rathenau als „deutscher Vertreter" über die Reparationen verhandelt.

In Frankreich stürzt das Kabinett Briand. An seine Stelle tritt eine Regierung des fanatischen Deutschenhassers Poincaré. Gegenüber Angriffen Poincaré's beweist Wirth, daß Deutschland entsprechend dem Londoner Ultimatum bis jetzt bereits 1,1 Milliarden Goldmark gezahlt und weitere 420 Millionen in Sachwerten abgeliefert hat.

Unaufhaltsamer wirtschaftlicher Niedergang in Deutschland

Die Erklärung Wirth's beruht auf Tatsachen. Tatsache ist aber auch, daß bereits jetzt Deutschland auf Grund dieser Erfüllungspolitik vor einer völligen Zerstörung seiner Währung steht und daß die Kaufkraft der Mark in katastrophalem Sinken begriffen ist. Ein Symptom jener Tage: Die „Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner" fordert (neben der Beseitigung aller Einschränkungen des am 9. November 1918 zugesicherten Achtstundentages) Anpassung der Entlöhnung an die Kaufkraft des Geldes. Auf die Ablehnung ihrer Forderungen antwortet die Reichsgewerkschaft mit dem Generalstreik, dem sich die Elektrizitäts- und Gasarbeiter anschließen. Wieviel Volksvermögen ist in jenen Jahren allein durch Streiks vernichtet worden! Deutschland bietet ein grauenhaftes Bild der Selbstzerfleischung.

Generalstreik der Eisenbahner, Elektrizitäts- und Gasarbeiter

Reparationskommission gewährt Zahlungsaufschub gegen Einführung neuer deutscher Steuern

Auf die deutschen Gesuche um ein „Moratorium" gewährt am 21. März 1922 die Reparationskommission einen vorläufigen Zahlungsaufschub und eine Herabsetzung der Reparationsleistungen für das Jahr 1922 — verlangt aber dafür die Ueberwachung der deutschen Finanzwirtschaft durch ein Garantiekomitee der Alliierten und die Einführung neuer deutscher Steuern. Und der Reichstag beeilt sich, sofort die gewünschten neuen Steuern zu beschließen.

Weltwirtschaftskonferenz in Genua

Die deutsche Hoffnung, auf der bald darauf folgenden Weltwirtschaftskonferenz in Genua (10. bis 19. April 1922) die Reparationsfrage erneut anschneiden zu können, erfüllt sich nicht. Poincaré verhindert jegliche Behandlung dieses für Deutschland so brennenden Themas. Die Konferenz wird dadurch bemerkenswert, daß Sowjetrußland hier erklärt, keinerlei russische Schulden aus der zaristischen Zeit anerkennen zu können (und dies mit der Nichtanerkennung der Sowjetunion seitens der anderen Staaten begründet). —

Im übrigen benutzten Reichskanzler Wirth und Außenminister Rathenau die Gelegenheit, während der Konferenztage — am 16. April 1922 — mit der Sowjetunion den **Vertrag von Rapallo** zu schließen, der alle gegenseitigen Ansprüche zwischen Deutschland und Rußland aus der Kriegs- und Nachkriegszeit annulliert (wenn Rußland auch anderen Staaten einen Schadensersatz für Nachkriegsschulden nicht einräumt). Der Vertrag stellt gleichzeitig die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in aller Form wieder her. Dieser erste selbständige Schritt Deutschlands auf dem Gebiete der Außenpolitik erregt bei der Entente wenig Entzücken: Frankreich protestiert sehr heftig — und Lloyd George verlangt Annullierung des Vertrages. —

Vertrag von Rapallo

Kurz danach — im Mai 1922 — verhandelt dann der Reichsfinanzminister Hermes in Paris mit der Reparationskommission. Und da wieder einmal von der Gegenseite die Besetzung des Ruhrgebiets angedroht wird, gesteht er dem Garantiekomitee der Entente die geforderte **Kontrolle der deutschen Finanzwirtschaft** zu.

Weitere Verhandlungen mit der Reparationskommission

Es ist stets das gleiche: Während das ausgeplünderte Deutschland immer wieder um „Moratorien" betteln muß, droht das waffenstarrende Frankreich immer wieder mit „Sanktionen". Reparationen, Moratorien, Sanktionen — in diesen scheußlichen Worten drückt sich der grauenhafte Totentanz des Deutschlands jener Jahre aus.

Und nicht zu vergessen das vernichtende Wort „**Erfüllungspolitik**"! Deutschland erfüllt und das Volksvermögen verschwindet. Deutschland erfüllt, und der Reichshaushalt wird immer zerrütteter. Deutschland erfüllt, und die Kaufkraft der Mark sinkt unaufhaltsam. Lebensmittel- und Wohnungsnot quälen das deutsche Volk. Die **Arbeitslosigkeit** — nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem auch seelisch volksvernichtend — greift bedrohlich um sich! Und Deutschland erfüllt weiter. Es hat militärisch restlos abgerüstet; jetzt rüstet es moralisch ab. Einem auf Generationen tributpflichtigen und versklavten Volke soll der letzte Lebensmut genommen werden. Eine wirtschaftliche Ausplünderung des deutschen Volkes sondergleichen setzt ein. Die Steuerschraube wird immer brutaler angezogen, um die notwendigen Reparationen für die „Erfüllung" herauszupumpen. Bis zum Weißbluten wird Deutschland ausgesaugt. Aber Deutschland „erfüllt" bis zur letzten Grenze seiner Leistungsfähigkeit — und darüber hinaus.

Die Folgen der Erfüllungspolitik

Währungsverfall

Steigende Arbeitslosigkeit

Steuerbolschewismus

Ein entsetzlicher Zusammenbruch der Nation auf allen Gebieten ist die bittere Folge. Es gibt wenig Worte, die eine so fluchwürdige Bedeutung in der deutschen Geschichte bekommen haben wie das Wort: **Erfüllungspolitik**!

Bürgerkrieg ohne Ende

Daß diese irrsinnige Erfüllungspolitik nicht zuletzt auch Ausdruck der deutschen innenpolitischen Machtverhältnisse war und diese innenpolitische Lage der verantwortungslosen Regiererei der parlamentarischen Demokratie zu verdanken war, steht außer Zweifel. Die vom Juden Preuß geschaffene Weimarer Reichsverfassung (siehe 2. Abschnitt) wollte angeblich „alle Gewalt vom Volke ausgehen" lassen — in Wirklichkeit aber spielte sie die tatsächliche Macht in die Hände der Parteien, die mit verlogenen Wahlparolen das Volk gegeneinanderhetzten, sich auf diese Art und Weise die Stimmen mehr oder weniger großer Wählermassen erschwindelten und damit auf Kosten der Nation lebten. Der aus den Fraktionen dieser Parteien zusammengesetzte Reichstag übte die eigentliche Macht im Staate aus. Von seinem „Vertrauen" hing jede Regierung ab. Jede Regierung konnte zu jeder Zeit durch ein mit Mehrheit angenommenes Mißtrauensvotum gestürzt werden. Und nach dem Sturz der alten Regierung setzte dann regelmäßig ein widerwärtiger Kuhhandel ein, den man „Koalitionsverhandlungen" nannte. Da nie eine Partei allein die absolute Mehrheit im Reichstag hatte, mußten immer mehrere Parteien zur Bildung einer Regierung mitwirken, die über die nötige Stimmenzahl im Parlament verfügte, um das erforderliche „Vertrauensvotum" zu erhalten. Aber keine Partei gab ihre Stimmen für ein solches „Vertrauensvotum" für die Regierung her, wenn sie dafür nicht in der Regierung genügend Ministersessel — und andere leitende Beamtenstellen im Reiche — besetzen konnte oder zum mindesten sonstige „Gegenleistungen" erhielt. Das Verschachern und Gezänke um alle diese Posten und insbesondere um die Ministersessel selbst — zwischen den jeweils für eine neue „Regierungsbildung" in Frage kommenden Parteien — nannte man „Koalitionsverhandlungen". War nun zwischen den gemeinsam eine Regierung bilden wollenden Parteien endlich (oft nach wochenlangem Gezänk) eine Einigung über die zu verteilende Beute erfolgt, so bildeten sie damit eine neue „Koalition". Die Weimarer Republik erlebte zahllose solcher Koalitionen — es sei zum Beispiel an die weiter oben schon einmal erwähnte „Weimarer Koalition" erinnert, die sich regelmäßig aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum zusammensetzte —

Die Parteienherrschaft

Vertrauens- und Mißtrauensvotum

Koalitionen

„große“ und „kleine“ Koalitionen, „Rechtskoalitionen“, „Linkskoalitionen“ und „Koalitionen der Mitte“. Eine solche aus mehreren Parteien zusammengesetzte Koalition bildete dann eine Regierung, indem das Kabinett aus Vertretern eben dieser Parteien zusammengesetzt wurde — wobei die einzelnen Ministerposten naturgemäß nicht nach Charakter, Leistung und Führerqualität, sondern nur nach engstirnigen parteipolitischen Gesichtspunkten besetzt wurden. Geist und Leistung dieser Kabinette waren dann auch dementsprechend. Es ist klar, daß die stete Abhängigkeit jeder Regierung von Vertrauens- oder Mißtrauensvoten des Reichstags den Parteien die eigentliche Bestimmungsgewalt über die jeweiligen Regierungen in die Hand gab und demgegenüber das Ernennungsrecht des Reichspräsidenten als recht unwesentlich erscheinen ließ. Und es ist weiter klar, daß eine solche parlamentarische Regierung ihrerseits nie eine Politik auf weite Sicht treiben konnte (selbst wenn sie über bedeutendere und charaktervollere Persönlichkeiten verfügt hätte als es damals regelmäßig der Fall war), denn jede Mißstimmung einer Reichstagsmehrheit konnte ihr in Form eines Mißtrauensvotums den Lebensfaden abschneiden. Diese Regierungen, die sich von einem Vertrauensvotum bis zum nächsten durchzulavieren versuchten, sahen keine deutsche Zukunft, sondern trieben eine opportunistische Politik von einem Tage auf den anderen — ängstlich auf die Stimmung der Parteien der Reichstagsmehrheit schielend, bis sie eines Tages doch das Geschick des Regierungssturzes ereilte, eine neue „Koalitionsregierung“ folgte und das ganze Theater von neuem begann. Die Leistungen dieser Regierungen waren danach. Koalitionsregierungen

Wenn man nun aber noch bedenkt, daß der Reichstag ja keineswegs das einzige verderbliche Parlament dieser Art war, sondern daß jedes Land einen ebensolchen Landtag hatte, jede Provinz ihren Provinziallandtag, jeder Kreis seinen Kreistag, jede Stadt ihre Stadtverordnetenversammlung, jede Kommune ihr Gemeindeparlament — dann kann man sich erst annähernd ein Bild von der alles auflösenden Parteienherrschaft machen, denn all diese verschiedenen Parlamente bestanden wiederum aus mehr oder weniger starken Fraktionen jeder dieser Parteien. Wenn man aber weiter noch bedenkt, daß ja die einzelnen Landstriche und Gegenden Deutschlands und ebenso Stadt und Land durchaus politisch verschieden gefärbte Wahlergebnisse zeitigten, dann wird das Bild des organisierten Wahnsinns erst in vollem Umfange deutlich: Es konnte z. B. gerade im Reichstag eine Koalition der Mitte mit „Rechtseinschlag“ regieren, zur gleichen Zeit auf Grund der derzeitigen Koalition im Landtag in Preußen eine „Linksregierung“ oder in Bayern eine Regierung des Zentrums, bzw. der Bayerischen Volkspartei (der bayerischen Spielart des Zentrums), zur Die deutschen Parlamente

gleichen Zeit in einem Stadt- oder sonstigen Gemeindeparlament eine Rechtsmehrheit das Heft in der Hand haben, in einem anderen die „Weimarer Koalition", usw. Das alles bedeutete aber selbstverständlich, daß Reich gegen Land, Land gegen Provinz, Provinz gegen Stadt, usw. regierten — und umgekehrt. Das Gegeneinanderregieren im Novemberdeutschland nahm geradezu irrsinnige Formen an. Und wenn man das Ganze auch für ein Narrenhaus halten mag, das beim Betrachter nur Hohn und Lachen auslösen mochte — so darf schließlich nicht der blutige Ernst vergessen werden, der hinter diesen Dingen steht und der darin beruht, daß letzten Endes in diesen unseligen 14 Jahren Deutschland zerregiert und an den Rand des Abgrundes und zur fast völligen Auflösung getrieben wurde.

Permanenter Bürgerkrieg

Die eigentlichen Volksverderber, die Parteien, setzten mit diesem System und dieser Praxis an die Stelle einer verantwortungsbewußten Führung, die Deutschland mehr denn je nötig gehabt hätte, den permanenten Bürgerkrieg. Sie alle gaben vor, irgendwelche Klassen oder Berufsstände, Konfessionen oder gar Länderinteressen zu vertreten, nährten sich von den angeblich von ihnen vertretenen Schichten, indem sie sie gegen andere Schichten und Gruppen aufhetzten und damit den Streit im Volke zu verewigen trachteten, den Streit, der die Voraussetzung ihrer eigenen nichtswürdigen Existenz war. Die Betrachtung dieser Parteien und Parteichen von „Links" bis „Rechts" ergab ein buntscheckiges Bild:

Die Kommunistische Partei

Auf der äußersten Linken die „Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD), hervorgegangen aus dem schon erwähnten „Spartakusbund" und ähnlichen terroristischen Vereinigungen. Sie stand als brutale Klassenkampfpartei auf extrem marxistischem Boden und erstrebte den blutigen Bürgerkrieg zur Schaffung eines Sowjetdeutschlands. Die grauenhafte Rätediktatur in München und zahllose andere Aufstände und Revolten, die wir weiter oben behandelten, waren ihr Werk. Die KPD log, sie vertrete die Interessen der Arbeiterschaft.

Die Sozialdemokratie

Die gleiche Lüge behauptete die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (SPD), die als „gemäßigtere Linkspartei" angesehen wurde. Sie stand ebenfalls auf dem Boden des Marxismus und schlug im übrigen in der Korruptheit jede Konkurrenz. In alle Korruptionsskandale jener Jahre (z. B. der Juden Sklarz, Kutisker, Gebrüder Barmat, Gebrüder Sklarek und anderer hebräischer Großgauner) waren stets „führende Männer" der SPD verwickelt. Die SPD hatte es aber in mehreren Jahrzehnten verstanden, einen Großteil der deutschen Arbeiterschaft irrezuführen und in ihre Reihen einzugliedern. In der Weimarer Republik war die SPD stets die stärkste Partei — bis 1932, da die Nationalsozialistische

Deutsche Arbeiterpartei sie endgültig überflügelte und die deutschen Arbeiter der Stirn und der Faust in ihrer Mehrheit unter dem Banner Adolf Hitlers vereinigte.

Unabhängige Sozialdemokratie

Zwischen KPD und SPD stand in den ersten Jahren des Novemberstaates noch die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD), eine radikalere Abspaltung der SPD, die sich aber später wieder mit der SPD vereinigte.

Die „bürgerlichen“ Parteien

Die übrigen Parteien nannte man „bürgerliche Parteien“ (im Gegensatz zu den obengenannten marxistischen). Sie gehörten zur „Mitte“ oder zur „Rechten“.

Die Demokraten

Als „linke Mittelpartei“ war die „Deutsche Demokratische Partei“ (DDP) anzusehen, die etwa der „Fortschrittspartei“ aus der Zeit des Kaiserreichs entsprach und eine typische jüdisch-liberale Angelegenheit darstellte. In ihr versammelte sich zunächst der größte Teil des jüdischen Leihkapitals, wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß das Judentum in sämtlichen Parteien von der KPD bis zu den Deutschnationalen wirksam war, und daß in der jüdischen Einflußnahme nur Gradunterschiede in der Weise festzustellen waren, daß der jüdische Einschlag auf der Linken wesentlich stärker war als auf der Rechten. Die Demokraten schrumpften bald derart zusammen, daß sie unter Auflösung der alten Partei eine neue aufzogen, die „Staatspartei“, wobei sie unglaublicherweise vom „Jungdeutschen Orden“ unterstützt wurden, über den weiter unten noch zu sprechen sein wird. Aber auch die Staatspartei brachte es nur noch zu einem mehr als bescheidenen Schattendasein.

Die Staatspartei

Das Zentrum

Zu den „Mittelparteien“ gehörte aber vor allem das „Zentrum“, das vorgab, die Interessen der deutschen Katholiken zu vertreten, in Wirklichkeit aber in schamlosester Weise die Religion als Deckmantel für schmutzige politische Zwecke mißbrauchte. Sie bezeichnete sich selbst gern als das „Zünglein an der Waage“, trieb aber als angeblich christliche Partei einen ständigen widerlichen Koalitionskuhhandel mit der religionsfeindlichen marxistischen Sozialdemokratie. Stand die KPD auf dem Boden der „Dritten Internationalen“, die SPD auf dem Boden der „Zweiten Internationalen“, so war die ultramontane Einstellung des Zentrums letzten Endes ebenso antinational. Schon im „Kulturkampf“ mit Bismarck im vorigen Jahrhundert hatte das Zentrum seine unheilvolle deutschfeindliche Rolle gespielt. Wir werden uns weiter unten (im 19. Abschnitt) nochmals eingehender mit dem Zentrum zu befassen haben. — Eine bayerische Spielart des Zentrums war die „Bayerische Volkspartei“ (BVP), die letzten Endes den gleichen Tendenzen diente, der politischen Einstellung Bayerns entgegenkommend aber etwas mehr „rechts“ eingestellt war,

Bayerische Volkspartei

mit den Wittelsbachern (dem ehemaligen bayerischen Königshaus) liebäugelte und im übrigen einen engstirnigen bayerischen Partikularismus künstlich züchtete. Die BVP war stets der erbittertste Feind jedes einheitsstaatlichen Denkens.

Deutsche Volkspartei

Weiter nach rechts folgte die „Deutsche Volkspartei" (DVP), die man ebensogut als „rechte Mittelpartei" wie auch als „gemäßigte Rechtspartei" bezeichnen konnte. Sie entsprach etwa den „Nationalliberalen" aus der Zeit vor 1918 und stützte sich zum starken Teil auf Unternehmerkreise der Industrie. Sie war — wie auch die Demokraten — stark kapitalistisch eingestellt, aber „nationaler als die Demokraten", und führte sogar die Farben „Schwarz-Weiß-Rot".

Deutschnationale Volkspartei

Schließlich stand auf der Rechten die „Deutschnationale Volkspartei" (DNVP), hervorgegangen aus den Kreisen der ehemaligen „Konservativen" des Kaiserreichs, monarchistisch eingestellt. Die Deutschnationalen vertraten am stärksten den nationalen Gedanken und stützten sich eine Zeitlang besonders auf den Großgrundbesitz. Wenn auch manche Deutschnationalen von bestem nationalen Wollen erfüllt gewesen sein mögen, so kam die Partei im großen und ganzen nie über einen spießbürgerlichen Patriotismus hinaus. Auf Grund ihrer sozial verständnislosen und zutiefst reaktionären Haltung war sie auch völlig ungeeignet, einen wahrhaften Nationalismus zum Gemeingut des deutschen Volkes zu machen.

Zu diesen oben behandelten Parteien bildeten sich im Laufe der parlamentarischen Jahre immer neue, so daß bei jeder Wahl das Menü auf dem Stimmzettel reichhaltiger wurde. So kamen noch dazu:

Wirtschaftspartei

als angebliche „Mittelstandspartei" die „Wirtschaftspartei" (schon ihr Name sagt, daß auch sie der Rathenauschen Irrlehre jener Jahre

Landvolkpartei

verfallen war, daß „die Wirtschaft unser Schicksal" sei), die „Landvolkpartei" oder „Christlich-Nationale Bauernpartei" als

Christlich-sozialer Volksdienst

angebliche Interessenvertreterin der Landwirtschaft, der „Christlich-Soziale Volksdienst" als protestantisches Gegenstück zum Zentrum

Deutsch-Hannoveraner

usw. Daneben gab es lokal bestimmte Parteien wie die „Deutsch-Hannoveraner", die seit dem vorigen Jahrhundert Hannover wieder von Preußen lösen wollten, die schon genannte BVP und andere.

Abspaltungen

Außerdem spalteten sich von vorhandenen Parteien immer wieder neue

Splitterparteien

ab (z. B. die „Alte Sozialdemokratische Partei", die „Kommunistische Opposition", usw.). Und schließlich entstanden noch zahllose Liliputparteien, die in immer größerer Zahl auf den Stimmzetteln bei den einzelnen Wahlen auftraten, Aufwertungsparteien, Mittelstandsparteien, Hausbesitzerparteien und ähnlicher Unsinn.

Die Parteiprogramme

Sich mit den „Programmen" der Parteien im einzelnen befassen zu wollen, wäre ebenso uninteressant wie zwecklos. Alle diese Programme

waren durchweg unaufrichtige Wahlköder. Die Geschichte beurteilt diese Parteien aber nicht nach ihren Versprechungen, sondern nach ihren Taten. Danach aber muß das Urteil vernichtend ausfallen. Schließlich sei nochmals erwähnt, daß alle die genannten Parteien mehr oder weniger unter jüdischem Einfluß standen, teils direkt in ihrer Führung, stets aber indirekt durch ihre Geldgeber.

Jüdischer Einfluß

Dieses buntscheckige Bild deutscher Zerrissenheit wäre aber unvollständig, wollte man in der Aufzählung eine Reihe von Organisationen auslassen, die zwar keine Parteien waren, die aber recht wesentliche politische Bedeutung hatten. Vor allem sind hier die Gewerkschaften zu nennen, in erster Linie die sogenannten „Freien Gewerkschaften", die weitaus am stärksten waren. Geboren aus durchaus gesundem deutschen Denken waren im vorigen Jahrhundert die Gewerkschaften entstanden, in denen sich die Arbeiterschaft aller Sparten auf wirtschaftlichem Boden zusammenschloß. Unter marxistischem Einfluß waren diese Gewerkschaften aber immer mehr zu politischen Klassenkampfinstrumenten geworden, und die „freien Gewerkschaften", der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund", waren die sicherste Stütze der SPD. Zahlenmäßig an zweiter Stelle standen die „Christlichen Gewerkschaften", ein Instrument des Zentrums.

Die Gewerkschaften

Vor allem aber sei auch nicht vergessen, daß die einzelnen Parteien immer mehr dazu übergingen, sich eigene Wehrformationen zu schaffen. So gründete die KPD die berüchtigte Terrororganisation „Roter Frontkämpferbund" (RFB), die später verboten und seitens der KPD dann durch den „Antifaschistischen Kampfbund" (Antifa) ersetzt wurde. Die SPD schuf (unter Assistenz der Demokraten und des Zentrums) das ebenfalls terroristisch auftretende „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" (kurz „Reichsbanner" genannt), das die „Weimarer Republik verteidigen" sollte. (Das Zentrum gründete übrigens außerdem kurz vor der nationalsozialistischen Machtergreifung noch die „Kreuzscharen".)

RFB und Antifa

Das Reichsbanner

Die Kreuzscharen

Auf der rechten Seite entstanden — hier allerdings unter wesentlich geringerer Anlehnung an irgendwelche Parteien — die sogenannten Wehrverbände. Sie gingen hervor aus den Freikorps (es sei erinnert an die Freikorps „Roßbach", „Aulock", „Hauenstein", die „Landesjäger", die „Marinebrigade Ehrhardt", die Baltikumer überhaupt usw.), den Einwohnerwehren (Orgesch, d. h. „Organisation Escherich" usw.) und insbesondere aus der heranwachsenden nationalen Jugend. An solchen Wehrverbänden seien u. a. genannt der „Wehrwolf", der „Wiking" (hervorgegangen aus der obengenannten „Marinebrigade Ehrhardt", aus der anschließend die „O. C.", d. h. „Organisation Consul", entstanden war), der „Jungdeutsche

Die nationalen Wehrverbände

Wehrwolf Wiking

Jungdeutscher Orden

Orden", der in späteren Jahren sehr merkwürdige Wege ging, ins demokratische Fahrwasser geriet und schließlich für eine Zeitlang mit den Demokraten zusammen in der „Staatspartei" zusammenging — und vor allem der „Stahlhelm" (unter seinem Bundesführer Seldte), der sich aus Frontsoldaten zusammensetzte und weitaus am stärksten wurde.

Stahlhelm

Der latente Bürgerkrieg

Selbstverständlich wandte sich der marxistische Terror sofort gegen national eingestellte Organisationen und sorgte dafür, daß Deutschland das Bild eines latenten Bürgerkriegs bot, in dessen Verlauf — in den ersten Jahren — darüber hinaus größere kommunistische Aufstände als besonders sichtbare Brandfackeln aufleuchteten.

Mitteldeutscher Hölz-Aufstand

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch der „Mitteldeutsche Hölz-Aufstand" im März 1921. Der aus den Aufständen im Vogtland (siehe 5. Abschnitt) berüchtigte Kommunistenführer Hölz hatte sein Tätigkeitsgebiet in die mitteldeutsche Industriegegend um Halle an der Saale verlegt, und rings um Halle brach der rote Aufstand los — in Eisleben, Leuna, Bitterfeld, usw. Rings um Halle kämpften Militär und Polizei gegen die „Rote Armee", die ihnen zahlreiche Gefechte lieferte, Plünderungen und Erschießungen vornahm — bis der Aufstand schließlich in einem Gefecht bei Besenstedt (im Norden der Stadt Halle) zusammenbrach.

Das Judentum regierte. Der Bolschewismus terrorisierte und mordete. Und die Empörung nationaler Männer wuchs. Die Empörung über den verbrecherisch herbeigeführten Niedergang Deutschlands und die bedenkenlose Ausplünderung der Nation durch eine ehrlose und vaterlandslose Politik machte sich Luft: Der berüchtigte Erzberger wurde am 26. August 1921 von den Mitgliedern der O.C. (siehe oben) Schulz und Tillessen am Kniebis erschossen!

Erzberger †

Ausnahmeverordnung „zur Bekämpfung der politischen Verhetzung"

Die Reichsregierung erläßt daraufhin auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Ausnahmeverordnung „zur Bekämpfung der politischen Verhetzung".

Attentat auf Scheidemann

Am 4. Juni 1922 folgt ein Attentat auf den Sozialdemokraten Scheidemann, der aber nur leicht verletzt wird.

Rathenau †

Und am 24. Juni 1922 erschießen Kern und Fischer (die nach langer Flucht in der Burg Saaleck ihren Tod fanden und im Friedhof des Dorfes Saaleck begraben liegen) im Grunewald den führenden Juden Deutschlands, Walter Rathenau. Die Linke benutzt die Gelegenheit, nun ihrerseits zu Aktionen vorzugehen, und es kommt abermals in verschiedenen Teilen des Reiches zu Tumulten und gewalttätigen Demonstrationen.

Rede Wirth zu Rathenaus Tod

Der Reichskanzler Josef Wirth aber hält am darauffolgenden Tage

(25. Juni) eine Rede über die Verdienste Rathenaus und erklärt bei dieser Gelegenheit:

„Durch die Agitation der Rechten ist die Mordatmosphäre in Deutschland geschaffen worden und eine Verwilderung der Sitten eingetreten. Wir alle müssen daran arbeiten, diese Atmosphäre zu entgiften. Die Politik, die wir erstrebt haben, läuft auf eine vernünftige Lösung des ganzen Reparationsproblems auf wirtschaftlicher Basis hinaus. Geduld und vor allem Geduld ist notwendig. Wer diese Geduld nicht aufbringt, der hat sich aus der außerordentlichen Arbeit, aus der Rettungsarbeit für unser Vaterland ausgeschaltet. Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunde eines Volkes träufelt, da steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts!"

Und einen weiteren Tag später (26. Juni 1922) folgte die „Verordnung zum Schutze der Republik", in der es heißt: Verordnung zum Schutze der Republik

Mit Gefängnis- und Geldstrafen wird bedroht, wer öffentlich Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform verherrlicht, begünstigt oder dazu aufwiegelt, Mitglieder der republikanischen Regierungen verleumdet oder beschimpft, die republikanische Staatsform oder die Reichsfarben beschimpft oder einer Verbindung angehört, die den Zweck hat, die republikanische Staatsform zu untergraben.

„Der Feind steht rechts" — das ist die neue Parole dieser ebenso ideen- wie verantwortungslosen Regierung! Der Feind steht keineswegs beim Bürgerkriegsbolschewismus, der Tausende auf dem Gewissen hat! Oder gar jenseits der Grenzen bei der Entente, die das deutsche Volk bis zum Hungertode aussaugt! O nein, „der Feind steht rechts"!

Es ist schwer, sich in die verschrobene und verdorbene Gedankenwelt der Regierer jener dunklen Tage hineinzudenken. Es ist aber auch überflüssig. Es genügt, die volksvernichtende Konsequenz ihrer Handlungen festzustellen.

Am 18. Juli 1922 beschließt der Reichstag das berüchtigte „Gesetz zum Schutze der Republik" (Republikschutzgesetz), das in seinen einzelnen Bestimmungen den Tendenzen der oben angeführten „Verordnung zum Schutze der Republik" entspricht. Seine Bestimmungen sind immerhin derart kautschukartig abgefaßt, daß sie fast auf jeden politisch mißliebigen Tatbestand angewendet werden können. Die Regierung glaubt jetzt ein Mittel gefunden zu haben, mit dessen Hilfe sie jedes — so unbequeme und unangenehme — völkische Erwachen niederkämpfen kann. Und sie macht davon in der Folgezeit auch reichlich Gebrauch. Republikschutzgesetz Kampf gegen das völkische Erwachen

Indes Adolf Hitler in München die NSDAP zu einem Stoßtrupp der deutschen Zukunft formt, mit dem er eines Tages zum Sturm gegen das korrupte und verderbliche System antreten wird, wappnet sich die „Regierung" mit dem „Republikschutzgesetz".

Vormarsch der NSDAP

Protestkundgebung in München gegen das Republikschutzgesetz

Die Kampfansage des Republikschutzgesetzes gegen die völkische Opposition blieb nicht unbeantwortet. Und es sei an eine gewaltige Kundgebung am 16. August 1922 auf dem Königsplatz in München erinnert, bei der die Vaterländischen Verbände und die Nationalsozialisten — 70000 Menschen — feierlich Protest einlegten gegen das neue Knebelungsgesetz. Adolf Hitler sprach bei dieser Gelegenheit zu den Massen und erteilte dem Novemberstaat die nationalsozialistische Antwort. Die Unbeugsamkeit des nationalsozialistischen Willens gegenüber jeglichem Terror — in den kommenden Jahren tausendfältig bewiesen — fand ihre eherne Festlegung. Es war gleichzeitig der denkwürdige Tag, an dem die SA zum erstenmal die vom Führer (im Sommer 1920) geschaffenen roten Hakenkreuzfahnen vor der deutschen Oeffentlichkeit zeigte. Diese in ihrer ideellen und farbigen Wucht einzigartigen Fahnen wehten zu Häupten der Kämpfer Adolf Hitlers. Das Banner eines neuen Deutschlands war entrollt worden. —

An jenem Tage war bereits ein Jahr vergangen, seitdem Adolf Hitler die Führung der NSDAP übernommen hatte (29. Juli 1921 — siehe 4. Abschnitt). Seitdem hatte der Führer die Bewegung organisatorisch und geistig gewaltig umgeformt und gekräftigt — ihr das Gesicht der NSDAP gegeben, die später einmal imstande sein sollte, die Macht im Staate zu erobern.

Max Amann Geschäftsführer der NSDAP und des VB

Am 1. August 1921 hatte Adolf Hitler seinen Kriegskameraden Max Amann für die Partei gewonnen und als Geschäftsführer eingesetzt. (Im April 1922 übernahm Pg. Amann auch noch die Geschäftsführung des Verlages des „Völkischen Beobachters“. Im September 1922 wurde der spätere Reichsgeschäftsführer der NSDAP, Pg. Philipp Bouhler, stellvertretender Geschäftsführer der Partei.)

Dietrich Eckart Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“

Am 11. August 1921 hatte Adolf Hitler Dietrich Eckart die Schriftleitung des „Völkischen Beobachters“ übertragen (der seine bisherige Wochenschrift „Auf gut deutsch“ aufgab).

Die Bewegung überschreitet die Grenzen Bayerns

Die NSDAP wuchs zahlenmäßig an und konnte immer zahlreichere Ortsgruppen errichten. Sie griff jetzt über die bayerischen Grenzen hinaus, und am 11. Oktober 1921 wurde von Pg. Fritz Tittmann in

Zwickau die erste Ortsgruppe der NSDAP außerhalb Bayerns gegründet.

Einen Monat später — am 4. November 1921 — kam es zur ersten großen gewaltmäßigen Auseinandersetzung mit dem marxistischen Terror. Das stete Wachstum der NSDAP hatte den Marxismus in München allmählich mit Besorgnis erfüllt. Die marxistischen Drahtzieher hatten sich daher entschlossen, in einer Hitlerversammlung (am 4. November im Festsaal des Hofbräuhauses) den Nationalsozialismus in seinem Blute zu ersticken. An die 800 Marxisten waren aufgeboten worden, um die Versammlung zu sprengen und die Nationalsozialisten niederzuknüppeln. Der anwesende nationalsozialistische Saalschutz (damals noch „Turn- und Sportabteilung" genannt) bestand aus 46 Mann. Und Adolf Hitler sprach, kämpfte sich durch eine Flut von haßerfüllten Zwischenrufen hindurch, bezwang die Gegner immer mehr mit der Macht seiner Rede und der nationalsozialistischen Wahrheit. Je ruhiger der Saal wurde, um so unruhiger wurden die marxistischen Drahtzieher, die um ihre Genossen bangten. Sie gaben das Signal zum Angriff. Im Handumdrehen war eine blutige Saalschlacht im Gange. Die Kameraden des nationalsozialistischen Saalschutzes stürzten sich immer wieder auf die um ein Vielfaches stärkeren Gegner — und trotzdem sie alle bereits aus vielen Wunden bluteten, hieben sie — allen voran Pg. Rudolf Heß, der heutige Stellvertreter des Führers — in einem etwa 25 Minuten anhaltenden erbitterten Ringen die marxistischen Angreifer zum Saale hinaus und jagten sie die Treppe hinunter. Als der Gegner zum Schluß noch ein Feuergefecht eröffnete, konnte auch das seine Situation nicht mehr retten. Der Saal wurde restlos geräumt. Adolf Hitler erzählt („Mein Kampf", Seite 567), es habe ausgesehen, als ob eine Granate eingeschlagen hätte. — Feuertaufe der SA

Die Nationalsozialisten — beseelt vom unbeugsamen Geiste Adolf Hitlers — hatten eine 17fache marxistische Uebermacht in die Flucht geschlagen. Von diesem Tage an hieß die „Turn- und Sportabteilung" (die am 3. August 1921 gegründet worden war) „**Sturmabteilung**" (SA). Bei dieser Feuertaufe der SA wurde gleichzeitig ihr stolzer Name geboren. — Die Münchener Marxisten zogen es von nun an für längere Zeit vor, ihre terroristischen Methoden **nicht** mehr bei Nationalsozialisten zu versuchen. —

Als zu Beginn des nächsten Jahres — am 29. und 30. Januar 1922 — die NSDAP ihre jährliche Generalmitgliederversammlung abhielt, konnte sie feststellen, daß sie nunmehr über 6000 **eingeschriebene Mitglieder** verfügte und daß sie also im vergangenen Jahre etwa 3000 neue Mitglieder geworben hatte. — Der Mitgliederzuwachs

Jugendbund der NSDAP

Am 8. März 1922 gründete Adolf Hitler den „Jugendbund der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ — einen Vorläufer der „Hitlerjugend“.

Ausweisungspläne gegen Adolf Hitler

Auch im neuen Jahre ging die NSDAP unbeirrbar und erfolgreich ihren Weg weiter. Sie wurde den damaligen Machthabern allmählich unbequem, und die bayerische Regierung Lerchenfeld trug sich mit dem Gedanken, Adolf Hitler auszuweisen. Diese Tatsache ist insofern bedeutsam, als hier zum erstenmal dieser schamlose Plan auftauchte, der in der Folgezeit noch oft erwogen wurde. Adolf Hitler hatte durch seinen Kriegsdienst in der deutschen Armee seine österreichische Staatsangehörigkeit verloren — ohne dafür die reichsdeutsche zu erlangen. Und es war wohl das groteskeste Ergebnis des damaligen formalistischen Staatsangehörigkeitsrechts, daß auf diese Art und Weise der Beste aller Deutschen „staatenlos“ wurde. Die damaligen Gegner haben diesen Irrsinn zahllose Male nicht nur für ihre verlogene Propaganda mißbraucht, sondern auch oft für ihre ungeheuerliche Forderung verwendet, den deutschen Frontsoldaten Adolf Hitler als „lästigen Ausländer“ auszuweisen.

Adolf Hitler im Gefängnis

Der staatliche Terror wurde allmählich rege. Vom 24. Juni bis zum 27. Juli 1922 saß Adolf Hitler im Gefängnis — wegen „Landfriedensbruch“. (Das diesbezügliche Urteil war ergangen wegen der „Sprengung“ einer Versammlung des partikularistischen „Bayernbundes“, gegen dessen schamlose Absplitterungsbestrebungen die NSDAP sich zur Wehr gesetzt hatte.)

Aber der Führer hatte seiner Bewegung bereits die notwendige Härte verliehen, die zur Ueberwindung des Terrors von jeglicher Seite notwendig wurde. Die Bewegung griff unaufhaltsam um sich.

Am 16. August 1922 folgte die eingangs bereits behandelte Kundgebung auf dem Königsplatz (gegen das Republikschutzgesetz), wobei zum erstenmal die leuchtend roten Hakenkreuzbanner entrollt wurden.

Hundertschaften der SA

Die SA Münchens und der oberbayerischen Umgebung wurde im September zu 8 „Hundertschaften“ zusammengefaßt. Die Gründung weiterer Hundertschaften folgte.

Deutscher Tag in Koburg

Und bereits am 14. und 15. Oktober machten sich diese Hundertschaften auch außerhalb Bayerns einen geachteten und von den Gegnern gefürchteten Namen: Der berühmte „Deutsche Tag“ in Koburg findet an jenem Datum statt. Adolf Hitler (der auch im Rahmen der Tagung eine zündende Rede hält) ist mit 8 Hundertschaften erschienen. Unter dem Druck der marxistischen Gewerkschaften hatten sich die am „Deutschen Tag“ teilnehmenden „völkischen“ und „nationalen“ Verbände verpflichtet, sich nur mit eingerollten Fahnen und ohne Musik

auf den Straßen Koburgs sehen zu lassen. Adolf Hitler lehnt diese feige Zumutung sofort ab. Mit flatternden Fahnen und klingendem Spiel marschiert er mit seinen Hundertschaften durch Koburg. Und als die vom Marxismus aufgehetzten und von überall her zusammengetrommelten Massen in gewaltiger Uebermacht zum Angriff gegen die marschierenden Nationalsozialisten übergehen, kommt es zur blutigen Straßenschlacht. Die SA-Hundertschaften — Adolf Hitler an der Spitze — brechen den roten Terror und verjagen ihn von der Straße.

Man horcht auf im Reiche: Zum erstenmal marschieren wieder deutsche Männer, die sich dem marxistischen Terror **nicht** beugen, ihm **nicht** die Straße überlassen (wie es der Bürger in angeblicher Vornehmheit und wirklicher Feigheit tat), sondern die Straße für sich erobern! —

Verbot der NSDAP in Preußen, Sachsen, Thüringen und Hamburg

Der staatliche Terror setzt erneut zum Kampf gegen die verhaßte Hitlerbewegung an: Am 18. November 1922 wird in dem marxistisch regierten **Preußen** die NSDAP **verboten**. Verbote in **Sachsen**, **Thüringen** und **Hamburg** folgen. Auch als Ersatz gegründete Organisationen werden bald verboten.

Julius Streicher schließt sich der NSDAP an

Der Vormarsch der NSDAP ist aber dadurch nicht zu erschüttern. Die Partei festigt sich zusehends und wächst auch zahlenmäßig unaufhaltsam. Gegen Jahresende stößt Julius **Streicher** von der „Deutsch-Sozialistischen Partei" zu ihr. Streicher unterstellt sich mit seiner Organisation in **Nürnberg** (und seiner Zeitung **„Der Stürmer"**) dem Führer Adolf Hitler.

Versammlungsfeldzüge

Der Aufklärungsfeldzug in zahlreichen **Versammlungen** wird nie unterbrochen. Am 30. November 1922 geht die NSDAP dazu über, in München **gleichzeitig** fünf Massenversammlungen durchzuführen und 14 Tage später (am 13. Dezember) sogar **zehn!**

Adolf Hitlers Reden

In zahllosen Versammlungen in und außerhalb Münchens sagt Adolf Hitler dem deutschen Volke die Wahrheit über den wirklichen Zustand und den nationalsozialistischen Weg zur Rettung Deutschlands. So führte er einmal (in einer Rede am 12. April 1922) die Unmöglichkeit der „Wiedergutmachungen" aus, die Unmöglichkeit, daß Deutschland nicht nur seine **eigenen** Schulden bezahlen und verzinsen müsse, sondern auch noch **die Schulden der gesamten anderen Welt**. Er schilderte, wie das Produkt der Arbeit der deutschen Volksgenossen nicht mehr der Nation gehört, sondern ununterbrochen in langen Zügen über die Grenze rollt — und stellte dabei schonungslos die bittere Wahrheit fest:

> „Wir haben **praktisch kein politisch unabhängiges Deutsches Reich mehr**, sondern sind schon **Kolonie des Auslandes**. Wir haben dazu mitgeholfen dadurch, daß wir uns moralisch soviel als

möglich selber demütigten, uns geradezu entehrten, mithalfen, alles zu besudeln, zu beschmutzen und zu beschimpfen, was uns früher heilig war."

In der gleichen Rede stellte Adolf Hitler die Identität der Begriffe „Nationalsozialismus" und „Sozialismus" fest, die nur durch jüdische Verfälschung zu Gegensätzen gemacht werden konnten — und betonte die Einheit aller Schaffenden, der Arbeiter des Kopfes und der Faust, im Gegensatz zu den Nichtstuern und Drohnen — dem einzigen Gegensatz, der anerkannt werden kann und muß. Und in einer Versammlung am 24. April 1923 sagte er die berühmten Worte:

„Sie müssen sich gegenseitig wieder achten lernen, der Arbeiter der Stirne den Arbeiter der Faust und umgekehrt. Keiner von beiden bestünde ohne den anderen. Die beiden gehören zusammen und aus diesen beiden muß sich ein neuer Mensch herauskristallisieren — der Mensch des kommenden Dritten Reiches!"

Als das Jahr 1923 begann, brachte es neues Leid über das deutsche Volk: Am 11. Januar erfolgt der Ruhreinbruch der Franzosen (siehe 9. Abschnitt). Der sogenannte „passive Widerstand", über den noch weiter unten zu reden sein wird, beginnt. Die nationalsozialistische SA — bisher reine Ordner- und Propagandagliederung — wird zum Wehrverband umgeformt — während sich die Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zu einer innerlich uneinigen und uneinheitlichen und daher völlig zwecklosen „Nationalen Einheitsfront" zusammenfinden. Adolf Hitler lehnt einen Beitritt selbstverständlich ab. Die derzeitige bayerische Regierung Knilling sieht darin eine Gelegenheit, einen nationalsozialistischen Putsch zu wittern, und verhängt am 26. Januar 1923 den Ausnahmezustand über das rechtsrheinische Bayern.

Die SA wird Wehrverband

Ausnahmezustand in Bayern

Trotz aller Widerstände kann vom 27. bis 29. Januar 1923 der Erste Reichsparteitag der NSDAP in München durchgeführt werden. (Allerdings wurden norddeutsche Nationalsozialisten auf ihrer Fahrt von der roten Regierung Thüringens in Gera festgehalten.) Am 27. Januar spricht Adolf Hitler in 12 Versammlungen. Am darauffolgenden Tage treten 6000 Mann auf dem Marsfeld in München an: Der Führer verleiht die ersten Standarten! Die Standarten — vom Führer selbst geschaffen — treten in ihrem feierlichen Gepräge zum erstenmal vor das deutsche Volk. Vier Standarten verleiht Adolf Hitler an diesem Tage: München, München II, Nürnberg und Landshut.

Erster Reichsparteitag der NSDAP in München

Die ersten Standarten

Gegen Anfang des nächsten Monats (Februar 1923) bildet die SA zusammen mit anderen Wehrverbänden (Bund Oberland, Reichsflagge usw.) eine „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen

Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände

Kampfverbände", deren Führung Oberstleutnant a. D. Kriebel übernimmt.

Am 1. März wird Wilhelm Brückner (Oberleutnant a. D., der heutige Adjutant des Führers) mit der Führung des „SA-Regiments München" beauftragt. — Und wenige Tage später übernimmt Hauptmann a. D. Hermann Göring — der letzte Führer der Richthofenstaffel im Weltkriege — das Kommando über die gesamte SA.

SA-Regiment München

Hermann Göring SA-Kommandeur

Die Fortschritte, die die Bewegung macht, zeigen sich auf allen Gebieten. Bereits am 8. Februar 1923 war der „Völkische Beobachter" zur Tageszeitung umgestaltet worden. (Am 10. März wird Alfred Rosenberg Hauptschriftleiter der Zeitung.) Gegen Dietrich Eckart, den alten Vorkämpfer, erläßt der „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik" in Leipzig am 12. April einen Haftbefehl — wegen einiger satirischer Flugblätter, die Eckart gegen Ebert und andere Leuchten des Novemberstaates verfaßt hatte. Eckart verläßt daher für einige Zeit München und begibt sich in seine geliebten Berge.

Der „Völkische Beobachter" wird Tageszeitung

Alfred Rosenberg Hauptschriftleiter

Haftbefehl gegen Dietrich Eckart

Es ist immer das gleiche Bild: Mit Schikanen, Verhaftungen, Verboten versuchen die unwürdigen Machthaber Novemberdeutschlands vergeblich, den erfolgreichen Vormarsch der NSDAP abzustoppen.

Ruhreinbruch und Separatismus

Regierungskrise

Einen Monat nach dem obenerwähnten Deutschen Tage in Koburg kam es in der Regierungsmaschinerie wieder zu erheblichen Stockungen — „Kabinettskrise“ oder „Regierungskrise“ nannte man so etwas. Um das notwendige „Vertrauen“ der Reichstagsmehrheit zu behalten, hätte es einer Erweiterung der Regierung bedurft. Diesbezügliche „Koalitionsverhandlungen“ mit der SPD scheiterten jedoch, und so trat am 14. November 1922 das Zweite Kabinett Wirth zurück.

Kabinett Cuno

An seine Stelle trat am 22. November das Kabinett Cuno, das von DVP, Zentrum, BVP, Demokraten und Parteilosen gebildet wurde und damals im allgemeinen als ein mehr „parteiloses“ Kabinett galt. Der neue Reichskanzler Dr. Cuno (Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie) gehörte keiner Partei an, entsprach jedoch in seinen Tendenzen etwa der Deutschen Volkspartei.

Deutsche Note an die Reparationskommission

Kurz vor seinem Rücktritt hatte Dr. Wirth — am 13. November 1922 — noch eine Note an die Reparationskommission gerichtet, in der die Stützung der Mark gefordert worden war, außerdem Festsetzung der deutschen Verpflichtungen in einer Höhe, die eine Ableistung aus den Haushaltsüberschüssen ermöglicht — und außerdem Befreiung Deutschlands für 3 bis 4 Jahre von allen Leistungen (ausgenommen die Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete). Auf deu Boden dieser Note stellte sich nun auch

Regierungserklärung Cuno

Dr. Cuno in seiner Regierungserklärung am 24. November 1922. Wenn jetzt das Wort „Erst Brot, dann Reparationen!“ gebraucht wurde, so war das allerdings eine recht verspätete — zu späte — Reue, die überdies unter den Regierern der Weimarer Republik auch nicht von Dauer war.

Französische Sanktionsdrohungen

In Frankreich aber zürnte man darüber, daß Deutschland den schwachen Versuch unternahm, zuerst an sein Leben und dann an die Reparationen denken zu wollen. In der Zustimmung der neuen Regierung zu der Note vom 13. November sah man die Verweigerung der Reparationsverpflichtungen. Das geliebte Wort „Sanktionen“ wurde wieder große Mode, und am 27. November tauchte in der französischen Presse die Meldung auf, daß die französische Regierung zur Sicherung ihrer Rechte u. a. die Besetzung von zwei

Dritteln des Ruhrgebiets erwäge. In einer Rede vor der französischen Kammer begründete Poincaré die französischen Absichten mit der Behauptung, daß sowohl nach zivil- wie nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten das Vermögen des Schuldners stets ein Pfand für den Gläubiger sei.

Einstellung der Kriegsbeschuldigtenprozesse

(Es sei wegen der Zeitfolge hier eingefügt, daß das Reichsgericht am 20. Dezember 1922 die Kriegsbeschuldigtenprozesse — siehe die Bestimmungen des Versailler Diktats im zweiten Abschnitt des vorliegenden Buches — einstellte, weil die Untersuchung die völlige Unschuld der von der Entente Beschuldigten ergeben hatte.)

Konferenz in London

Nachdem Frankreichs Sanktionswünsche in einer Konferenz in London am Widerstand Englands zunächst gescheitert waren, forderte Poincaré am 21. Dezember 1922 eine „effektive Kontrolle“ über Deutschland.

Frankreich will nunmehr von sich aus selbständig gegen Deutschland vorgehen und benutzt folgende Gelegenheit: Die Deutsche Regierung hatte betr. die Holzlieferungen an Frankreich (laut Versailler Diktat) bei der Reparationskommission den Antrag gestellt, die Lieferzeit bis zum 1. April 1923 zu verlängern, da ihr die Anforderungen zu spät mitgeteilt worden seien. Die Reparationskommission aber — teilt am 28. Dezember 1922 der Deutschen Regierung mit, daß sie festgestellt habe, daß Deutschland seine Holzlieferungen nicht vollständig geleistet habe — ferner, daß sie mit Mehrheit (gegen die Stimme des englischen Vertreters) entschieden habe, daß diese Nichtausführung einen Verstoß gegen den Friedensvertrag darstelle.

Die Holzlieferungen Deutschlands an Frankreich

Reparationskonferenz in Paris

Bei der vom 2. bis 4. Januar 1923 in Paris stattfindenden Reparationskonferenz erhebt nun Poincaré auf Grund des obigen Sachverhalts erneut die Forderung nach weitgehenden Sanktionen gegen Deutschland (insbesondere auch die Forderung, das Ruhrgebiet zu besetzen). Der deutsche Vertreter erhält keine Gelegenheit, einen deutschen Vorschlag zu unterbreiten, und am 4. Januar wird die Konferenz ergebnislos abgebrochen. —

Note Frankreichs und Belgiens an Deutschland

Am 10. Januar 1923 erhält die deutsche Regierung eine Note Frankreichs und Belgiens, in der es heißt:

> Auf Grund der von der Reparationskommission festgestellten, von Deutschland begangenen Nichterfüllung... hat die französische Regierung beschlossen, eine aus Ingenieuren bestehende und mit den erforderlichen Vollmachten zur Beaufsichtigung der Tätigkeit des Kohlensyndikates versehene Kontrollkommission ins Ruhrgebiet zu entsenden, um... alle für die Bezahlung der Reparationen erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. ... Die französische Regierung legt Wert darauf, zu erklären, daß sie gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten. Sie entsendet

einfach ins Ruhrgebiet eine Kommission von Ingenieuren und Beamten, deren Ziel deutlich umschrieben ist. ... Sie läßt ins Ruhrgebiet nur die zum Schutze der Mission und zur Sicherstellung der Ausführung ihres Auftrages erforderlichen Truppen einrücken. ... Das Personal der deutschen Verwaltung sowie die Vertreter der Industrie- und Handelsverbände haben sich unter Androhung schwerer Strafen für den Weigerungsfall den Mitgliedern der Kontrollkommission bei der Ausführung ihres Dienstes völlig zur Verfügung zu stellen und sich gegebenenfalls nach den Befehlen zu richten, die sie vom Chef der Kontrollkommission erhalten. ... Vom 10. Januar 1923 an unterliegen die vom Syndikat aufgestellten oder ausgeführten Verteilungspläne für Kohle und Koks der Genehmigung der Industriellen Ruhrkommission. ... Falls Uebertretungen obiger Vorschriften seitens des Kohlensyndikates oder der Zechen festgestellt werden, oder falls die gelieferte Qualität zu wünschen übrig läßt, würden schwere Strafmaßregeln ergriffen werden. ...

Ruhrbesetzung

Deutschland protestiert — aber am 11. Januar 1923 besetzen fünf französische Divisionen — und eine belgische — unter General Degoutte das Ruhrgebiet (zunächst Essen und Gelsenkirchen).

Deutsche Protestnote

Deutschland protestiert abermals — in einer Note vom 12. Januar — und führt aus, daß selbst bei Annahme der Richtigkeit der Feststellung der Reparationskommission (siehe oben) nur wirtschaftliche oder finanzielle Maßnahmen, niemals aber derartige militärische zulässig wären — ferner, daß solche Maßnahmen selbstverständlich nur von allen beteiligten Staaten der Gegenseite gemeinsam getroffen werden dürften, nicht aber von einzelnen auf eigene Faust (wie hier von Frankreich und Belgien). — Auch dieser Protest bleibt erfolglos. Denn Deutschland kann sich ja nicht wehren, wie es schon in einem Aufruf der Reichsregierung vom vorhergehenden Tage (11. Januar 1923) zum Ausdruck gekommen war:

Aufruf der Reichsregierung

„Uns fehlt die Macht, diese Tat der Verblendung, die sich gegen Deutschland wie gegen die gesamte Wirtschaft richtet, aus eigener Kraft zu verhindern..."

Einstellung der deutschen Leistungen an Frankreich und Belgien

Die deutsche Regierung kündigt die Einstellung aller Leistungen an Frankreich und Belgien an. Aber die Gegner lassen sich in ihrem Vorgehen nicht beirren: Die Leidenszeit des Ruhrgebiets beginnt!

Zusammenstöße in Bochum

Am 15. Januar 1923 fallen die ersten Opfer in Bochum, wo französische Truppen auf Demonstranten schießen — ein Toter, zwei Schwerverletzte. Am 16. Januar besetzen die Franzosen Dortmund.

Besetzung von Dortmund

Sie beginnen jetzt, planmäßig das Ruhrgebiet für sich auszubeuten.

Ausbeutung des Ruhrgebiets

Sie besetzen die Kohlengruben, die Reichsbankstellen (auch im gesamten Rheinland), beschlagnahmen Schiffe, Kohlenzüge, Lohngelder, verhaften Deutsche, weisen deutsche Beamte aus, usw. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Ruhrindustrielle Fritz Thyssen, der am 24. Januar von dem französischen Kriegsgericht zu einer Geldstrafe

in Höhe von 500000.— Franken verurteilt wird. Frankreich setzt alle Hebel in Bewegung, um aus dem Ruhrgebiet das letzte herauszuholen.

Passiver Widerstand

Deutschland antwortet mit dem „passiven Widerstand". Die Reichsregierung weist am 19. Januar 1923 die deutschen Beamten an, den Anordnungen der Besatzungsmächte keine Folge zu leisten. Die Arbeiterschaft der besetzten Zechen legt die Arbeit nieder. Am 21. Januar wird die Rheinschiffahrt eingestellt.

Verschärfter Belagerungszustand im Ruhrgebiet

Durch Besetzung der Bahnhöfe riegeln die Franzosen das Ruhrgebiet immer mehr ab — trotzdem am 27. Januar die englischen Kronjuristen die gesamte Ruhrbesetzung für eine Verletzung des Versailler Vertrages erklären. Am 29. Januar verhängt General Degoutte über das Ruhrgebiet den verschärften Belagerungszustand.

Weitere Besetzungen und Ausweisungen

Die Franzosen rücken weiter vor. Am 2. Februar besetzen sie Vohwinkel, am 4. Offenburg und Appenweier (in Baden), am 13. Emmerich und Wesel. Leitende deutsche Beamte werden aus dem besetzten Gebiet abgeschoben (so am 2. Februar der Oberpräsident der Rheinprovinz, am 12. der Regierungspräsident von Wiesbaden, am 18. der Regierungspräsident von Düsseldorf).

Das Memelgebiet wird Litauen zugesprochen

In der gleichen Zeit muß sich Deutschland einen weiteren Rechtsbruch gefallen lassen. Litauen hatte sich durch einen räuberischen Handstreich des „autonomen" Memelgebiets bemächtigt. Trotz der unerhörten Widerrechtlichkeit dieses Vorgehens wird es am 16. Februar 1923 von der Botschafterkonferenz sanktioniert, die das Memelgebiet (unter „Aufrechterhaltung" seiner „Autonomie") Litauen zuspricht! —

Blutige Zusammenstöße in Gelsenkirchen

Indessen geht Frankreich mit aller Schärfe gegen die deutsche Bevölkerung vor. Bereits am 12. Februar kommt es in Gelsenkirchen zu blutigen Zusammenstößen, am 13. werden dort deutsche Polizeibeamte von den Franzosen schwer mißhandelt. Die Franzosen legen der Stadt Gelsenkirchen eine „Buße" in Höhe von 100 Millionen Mark auf, die sie am 17. Februar gewaltsam eintreiben: Durch Beschlagnahme von Privateigentum — in Form von Leibesvisitationen auf den Straßen! Mittelalterliche Kriegsführung scheint neu erstanden zu sein. Am 22. Februar blutige Zusammenstöße in Bochum, am 23. Belagerungszustand und Verhaftung zahlreicher Stadtverordneter.

Blutige Zusammenstöße in Bochum

Erneute Besetzungen, Verhaftungen und Ausweisungen

Und immer stärker wird der militärische Druck Frankreichs. Am 25. Februar besetzen die Franzosen das bisher noch unbesetzte Gebiet zwischen den Brückenköpfen von Mainz, Koblenz und Köln (die sogenannten „Flaschenhälse"). Am 27. weisen sie die gesamte Essener Schutzpolizei aus. Am 28. verkünden sie, daß Gefängnisstrafen von über 5 Jahren (die gegen Deutsche im besetzten Gebiet

Französisch-belgische Eisenbahnregie

verhängt werden) in Frankreich verbüßt werden müssen. Am 1. März errichten sie im besetzten Gebiet die französisch-belgische Eisenbahnregie; am 3. besetzen sie die Lokomotivwerkstätten der Bahnhöfe von Mannheim und Darmstadt — und den Rheinhafen von Karlsruhe; am 6. folgt die Besetzung von Hardenberg.

Protest des Reichskanzlers Cuno

Am gleichen Tage protestiert der Reichskanzler Cuno in einer Reichstagsrede gegen das widerrechtliche Vorgehen Frankreichs und Belgiens. (Er führt bei dieser Gelegenheit auch aus, daß dieses Vorgehen wirtschaftlich fast erfolglos sei und den Besatzungsmächten nur wenig erbracht habe.) Sein Protest verhallt erfolglos.

Androhung der Todesstrafe gegen deutsche Eisenbahner

Am 19. März übernimmt die französisch-belgische Eisenbahnregie den Betrieb der Eisenbahnen des besetzten Gebiets. Mit Androhung der Todesstrafe versucht die Rheinlandkommission die deutschen Eisenbahner gefügig zu machen.

Belagerungszustand in Buer

Der blutige Terror gegen die deutsche Bevölkerung steigert sich. Am 11. März 1922 wird in Buer der Belagerungszustand verhängt, die Bevölkerung mißhandelt, drei Deutsche erschossen. Grund: Die Ermordung von zwei französischen Offizieren. Einen Tag später stellt sich heraus, daß französische Soldaten die Mörder waren. Am 31. März folgt das furchtbare Blutbad in Essen, wo die französischen Truppen (als sie die Werkautomobile von Krupp entfernen wollen) auf die Belegschaft das Maschinengewehrfeuer eröffnen und 13 Arbeiter töten!

Blutbad in Essen

Sabotageakte

Die Empörung im Ruhrgebiet und im gesamten Reich wächst. Mutige deutsche Männer, die wissen, daß es einen „passiven Widerstand" eigentlich überhaupt nicht gibt und daß ein Widerstand aktiv sein muß, wenn er nicht völlig erfolglos sein soll, setzen ihr Leben im Ruhrgebiet ein. Es sind die gleichen, die überall im Reich und an seinen Grenzen, im Baltikum und in Oberschlesien ihren Mann gestanden haben, Kämpfer der Freikorps, Träger des nationalen Widerstandes gegen die Vernichtung Deutschlands. Zu ihren führenden Männern gehört der Nationalsozialist Albert Leo Schlageter! Durch Sabotage-Aktionen versuchen sie, das französische Ruhrunternehmen lahmzulegen. Am 8. April 1923 wird der Emscherkanal bei Henrichenburg gesprengt.

27 000 Ausweisungen

Bereits am 11. April will die Sozialdemokratie den passiven Widerstand wieder aufgeben und fordert im „Vorwärts" die Reichsregierung zu „Verhandlungen" auf. Am 13. weist die Rheinlandkommission wiederum 1400 deutsche Eisenbahner aus, so daß die Zahl der Ausgewiesenen auf 27000 steigt. Am 17. folgt die Ausweisung des deutschen Reichskommissars für die besetzten Gebiete.

Deutsches Angebot an die Alliierten

Am 2. Mai 1923 richtet die Deutsche Regierung ein Angebot an die Alliierten betr. die zu leistenden Reparationen, das am 6. Mai von Frankreich und Belgien abgelehnt wird!

Verurteilung Krupps

Am 8. Mai wird Krupp vom französischen Kriegsgericht (wegen des von den Franzosen angerichteten Essener Blutbades!!) zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt!

Erschießung Schlageters

Und am 26. Mai 1923 wird — wegen der Sprengung von Eisenbahngeleisen bei Kalkum — Schlageter in der Golzheimer Heide von den Franzosen erschossen! (Es soll unvergessen bleiben, daß es deutsche Behörden des Novemberstaates waren, die einen Steckbrief gegen Schlageter erlassen hatten!)

Deutschland bietet Pfänder an

Am 7. Juni 1923 versucht die Deutsche Regierung erneut, Verhandlungen anzubahnen. Sie bietet Pfänder an (Einnahmen aus der Reichsbahn, Zölle, Verbrauchssteuern usw.). Frankreich und Belgien geben ihr Ruhrunternehmen nicht auf.

Belagerungszustand in Dortmund

Sprengstoffattentat auf der Duisburger Rheinbrücke

Der Vatikan erhebt Vorstellungen

Frankreichs Stellungnahme

Am 10. Juni 1923 verhängen sie den Belagerungszustand über Dortmund. Sechs Deutsche werden von französischen Patrouillen erschossen. Am 30. Juni tötet ein Sprengkörper auf der Duisburger Rheinbrücke in einem Eisenbahnabteil neun belgische Soldaten. Zahlreiche Bürger werden als Geiseln verhaftet, sieben Deutsche zum Tode verurteilt. Der Vatikan erhebt Vorstellungen bei der Deutschen Regierung wegen der Sabotageakte (!!) — und bei der französischen und belgischen Regierung wegen des scharfen Vorgehens. Poincaré aber erklärt in einer Kammerrede am 6. Juli 1923, daß keine geistliche oder weltliche Macht Frankreich hindern könne, auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen. Am 2. August 1923 wird von Frankreich auch eine englische Vermittlung abgelehnt.

Bilanz des Ruhrkampfes

Am 11. August spricht Reichskanzler Cuno vor dem Reichstag und gibt folgende traurige Bilanz des Ruhrkampfes:

> Ueber 100 Tote, 10 Todesurteile, lebenslängliche Verurteilungen, Ausweisung von 110 000 Deutschen, Geiselverhaftungen, Bankraub usw. Außerdem stellt der Reichsfinanzminister Hermes fest, daß die schwebende Schuld des Reiches von 1,6 Billionen am 11. Januar auf 69,6 Billionen am 4. August gestiegen ist. Ein grauenhaftes Symptom der lawinenartig über Deutschland hereinbrechenden Inflation!

Englische Stellungnahme gegen Frankreich

Sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Cuno

Erstes Kabinett Stresemann

Am 11. August 1923 nimmt England Stellung gegen das französische Unternehmen. Am gleichen Tage setzt die SPD ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Cuno durch. Das Kabinett Cuno stürzt am 12. August. Es wird am 13. durch das Erste Kabinett Stresemann (der der Deutschen Volkspartei angehört) ersetzt. Finanzminister wird der Jude Hilferding. Das Kabinett

setzt sich aus Vertretern der SPD, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zusammen. Stresemann erklärt in seiner Programmrede am 14. August:

Programmrede Stresemann

„Die Reichsregierung hat die Absicht, ihre Machtmittel gegen jeden einzusetzen, der sich vermißt, den Staat und seine Verfassung unterminieren zu wollen..."

Man hält es wieder einmal für nötig, sich gegen die drohende völkische Erhebung zu wenden.

Deutschland bietet „produktive Pfänder" an

Am 2. September 1923 erklärt Stresemann die deutsche Bereitschaft, Frankreich gegen Räumung des Ruhrgebietes „produktive Pfänder" zu geben.

Abbruch des passiven Widerstandes

Und am 26. September bricht die Deutsche Regierung den passiven Widerstand ab. In einem Aufruf vom gleichen Tage erklärt sie:

„Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit haben Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrängnis zu erleiden. Ueber 180000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet, mehr als 100 Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen, Hunderte schmachten noch in Gefängnissen. Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erhob sich Rechtsgefühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese dem Deutschen Reich in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk. Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen, in immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterstützungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Billionen Mark, in der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hat aufgehört.

Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen..."

Der „passive Widerstand" hat mit einer katastrophalen Niederlage geendet — einer Niederlage, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigt, was einem Volke bevorsteht, das sich wehrlos machen läßt. —

Separatismus

Eine Begleiterscheinung des brutalen französischen Vorgehens gegen Deutschland waren die landesverräterischen Separatistenaufstände.

Frankreich und Belgien versuchten zu wiederholten Malen mit hergelaufenem Gesindel, das sie liebevoll gegen die deutschen Behörden unterstützten, „autonome Staaten“ im Rheinland und in der Pfalz errichten zu lassen und auf diese Art und Weise weitere Stücke aus dem Deutschen Reich zu reißen. Die nationale Treue der Rheinländer und Pfälzer hat diese Absichten zerschlagen.

Französische Unterstützung der Separatisten

Wie sehr sich die Franzosen für den Separatismus einsetzten, bewiesen sie bereits am 8. Oktober 1922, als die „Interalliierte Rheinlandkommission“ die Vollstreckung einer Gefängnisstrafe gegen den Separatistenführer Smeets verbot und dieses Verbot damit begründete, daß sie die Personen schützen müsse, die wegen ihrer Dienste für die Besatzungsarmee verfolgt würden! Ein anderer Separatistenführer war Dr. Dorten, mit dem der deutsche Ernährungsminister Dr. Müller in Beziehungen gestanden hatte und deshalb am 25. November 1922 aus dem Reichskabinett ausscheiden mußte.

Widerstand der Bevölkerung gegen den Separatismus

Gegen die separatistischen Umtriebe setzte sich die Bevölkerung selbst zur Wehr, und am 17. März 1923 wurde der Verräter Smeets in Köln durch einen Pistolenschuß schwer verwundet. Die Ausweisung und Knebelung der deutschen Polizei durch die Franzosen an zahlreichen Orten begünstigte das schmutzige Geschäft des Separatismus aber derart, daß er immer drohender sein Haupt erheben konnte.

Kommunistische Aufstände in Mülheim, Dortmund und Gelsenkirchen

(Durch die Entfernung der deutschen Polizei kam es übrigens am 18. und 19. April 1923 in Mülheim an der Ruhr auch zu blutigen kommunistischen Aufständen, ebenso vom 19. bis zum 25. Mai in Dortmund und Gelsenkirchen.)

Mißglückter Separatistenputsch in Trier

Am 19. Mai mißglückte ein Separatistenputsch in Trier. Der Versuch bewaffneter Separatisten, die städtischen Gebäude zu besetzen, wurde durch Polizei und Bevölkerung abgeschlagen.

Separatistendemonstrationen

Ebenso wurden am 23. und 24. September 1923 in Köln, Aachen, Wiesbaden und abermals in Trier die separatistischen Demonstrationsversuche (unter Führung von Dorten, Smeets und dem Separatistenführer Matthes) von der Bevölkerung abgeschlagen.

Trotzdem sammelte der Separatismus in immer stärkerem Maße von überall her verbrecherisches Untermenschentum und bewaffnete es.

Separatistenunruhen in Düsseldorf

Am 30. September 1923 führte er mit Unterstützung der Besatzung eine große Demonstration in Düsseldorf durch, die eigentlich der Auftakt zur Ausrufung einer „autonomen Republik“ werden sollte. Am Widerstand der deutschen Bevölkerung scheiterte abermals diese landesverräterische Absicht. Aber unter den Augen der Besatzungstruppen überfielen die Separatisten in großer Uebermacht die deutsche Polizei und provozierten ein Feuergefecht, bei dem 17 Menschen getötet wurden (darunter 5 Polizeibeamte). Die Franzosen ver-

hafteten daraufhin deutsche Polizeibeamte (!!) und verurteilten sie „wegen Totschlags“ zu mehrjährigen Gefängnisstrafen!

Beginn des Separatistenaufstandes im Rheinland „Rheinische Republik“

Am 21. Oktober 1923 begann schließlich der Separatistenputsch in dem von den Belgiern besetzten Gebiet. Nach Aachen geschaffte Separatisten riefen die „Rheinische Republik“ aus. Die Bevölkerung warf die Separatisten in blutigen Kämpfen heraus. Unter dem Schutze der Belgier wurden sie wieder hereingeholt und durften die öffentlichen Gebäude besetzen. Das gleiche wiederholte sich an zahllosen anderen Orten. Am 22. Oktober wurden dann auch in der französischen Besatzungszone die Separatistenputsche inszeniert.

Verhalten der Besatzungstruppen

Die Franzosen entwaffneten die deutsche Bevölkerung und die deutsche Polizei, die sich gegen das Separatistenpack zur Wehr setzten — und machte den Separatisten die Bahn frei. Teilweise gingen sogar die französischen Truppen selbst gegen die deutsche Bevölkerung vor.

Separatistische Versuche in der Pfalz

Ueberall erhebt nun der separatistische Landesverrat das Haupt — in Koblenz, Bonn, Trier, Wiesbaden, Düren, Krefeld, München-Gladbach usw. Am 23. Oktober 1923 versuchen marxistische Führer in der Pfalz, auch hier die Lostrennung vom Reiche mit Hilfe des Vertreters der Rheinlandkommission, General de Metz, in die Wege zu leiten — was zunächst am Widerstand des pfälzischen Kreistags scheitert.

Proklamation der „vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik“

Am 29. Oktober erscheint eine Proklamation der „vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik“, wonach für den nördlichen Teil der Rheinprovinz Matthes „Generalbevollmächtigter“ sein soll, für den südlichen Dorten.

Separatistenbanden dringen in die Pfalz ein

Am 5. November 1923 endlich dringen die separatistischen Horden auch in die Pfalz ein, brechen mit Unterstützung der Franzosen den Widerstand der Bevölkerung, besetzen die Städte und rufen am 12. November unter dem

„Pfälzische Republik im Verbande der Rheinischen Republik“

Separatistenführer Heinz aus Orbis (Heinz-Orbis genannt) die „Pfälzische Republik im Verbande der Rheinischen Republik“ aus.

Der Abwehrkampf der Bevölkerung

Aber der Widerstand erlahmt nicht. Ueberall setzt sich die Bevölkerung zur Wehr. Am 15./16. November wird im Siebengebirge (bei Aegidienberg) eine starke Separatistenformation von deutschen

Deutscher Protest in Paris

Bauern völlig vernichtet. Indes die Deutsche Regierung (am 17. November) in Paris vergeblich gegen die französische Unterstützung der Separatisten protestiert.

Poincaré über den Separatismus

Noch am 23. November 1923 verteidigt Poincaré in einer Kammerrede heuchlerisch den französischen Standpunkt und erklärt u. a.:

> „In den besetzten Gebieten war die belgische und französische Zone selbst der Schauplatz verschiedener Unternehmungen, von denen die eine auf die Bildung eines oder mehrerer Staaten im Rahmen des Reiches,

die andere auf einen mehr oder weniger vollständigen Separatismus hinauslief. Man hat uns in gewissen Ländern ziemlich heftige Vorwürfe gemacht, und namentlich bei unseren englischen Freunden, daß wir diese Bestrebungen berücksichtigt hätten. Ich will beweisen, daß wir uns überall auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz der Freiheit der Bevölkerung beschränkt haben. (!) Aber ich lege zunächst Gewicht darauf, klarzustellen, daß die Besatzungsmächte keineswegs verpflichtet sind, die Regierung von Berlin gegen die Bildung neuer Staaten oder die Veränderung bestehender Staaten oder gar gegen den Bruch der deutschen Einheit zu schützen. ... Es ist zweifellos noch zu früh, vorauszusagen, was bei den Ereignissen, die sich in den besetzten Gebieten abspielen, herauskommen wird, aber in gewissen Gegenden, wie z. B. in Trier und der Pfalz, scheinen die Tendenzen zu einer vollständigen Unabhängigkeit sehr mächtig zu sein und in den Städten, die einem vollständigen Separatismus am wenigsten günstig sind, besteht sicherlich ein wachsender Wunsch nach Autonomie. ... Wir können also früher oder später uns auf Aenderungen in der politischen Verfassung des ganzen besetzten Gebietes oder wenigstens eines Teiles des besetzten Gebietes gefaßt machen."

Hier aber ist der vergebliche Wunsch der Vater dieses häßlichen Gedankens. Trotz französischem Terror zerbricht der Separatismus am Widerstand der deutschen Bevölkerung (nicht am Widerstand der protestierenden schwachen Regierung in Berlin!). Und schließlich stürzt auch die von Poincaré erwähnte Separatistenherrschaft in der Pfalz. Am 9. Januar 1924 wird der Landesverräter Heinz-Orbis in Speyer erschossen. Und am 12. Februar erstürmt die Bevölkerung in Pirmasens das von den Separatisten besetzte Bezirksamt, das sie in Brand gesetzt hatte, und erschlägt die Separatisten. Der nächtliche Brand beleuchtet das Ende des schmählichen Separatismus. In wenigen Tagen wird in der gesamten Pfalz mit den Separatisten aufgeräumt. Am 17. Februar 1924 hat der Separatismus endgültig aufgehört zu existieren. Daß diese Gefahr von Deutschland abgewendet wurde, ist nicht das Verdienst des Unstaates von Weimar, sondern das Verdienst von aufrechten deutschen Männern, wie sie Adolf Hitler um sich geschart hat — von Männern, die auch in der Zeit des Niedergangs und Verrats stolz und treu geblieben sind!

Erschießung des Separatistenführers Heinz-Orbis

Sturm auf das Bezirksamt in Pirmasens

Ende des Separatismus

Währungszerfall und Enteignung des deutschen Volkes

Sinkende Kaufkraft der Mark

Die politische Entwicklung des Novemberstaates war — wie bereits des öfteren in den vorigen Abschnitten erwähnt wurde — von einer unheimlichen Erscheinung auf wirtschaftlichem Gebiet begleitet: **Die Kaufkraft des deutschen Geldes, der Mark, sank unaufhaltsam.** Das Vertrauen in die deutsche Währung (Valuta) war erschüttert; ihr Wert sank. Und während der deutsche Volksgenosse immer weniger für eine Mark kaufen konnte, setzte die Regierung die

Gesteigerte Tätigkeit der Notenpresse

Notenpresse in Bewegung und wußte in dieser Situation nichts Besseres zu tun, als in immer größerer Menge Papiergeld zu drucken und auf den Markt zu werfen. Je mehr „Papiermark" aber in Umlauf gesetzt wurde, um so stärker mußte zwangsläufig der Wert der einzelnen Mark wiederum fallen. Diese katastrophale Tatsache hinderte die Regierung jedoch keineswegs, die Notenpresse immer kräftiger

Bolschewismus auf kaltem Wege

in Gang zu setzen. Ergab sich doch für die jüdische „Herrenschicht" in Deutschland hier die einzigartige Gelegenheit, den Bolschewismus (auf wirtschaftlichem Gebiet) auf kaltem Wege zu verwirklichen und das deutsche Volk völlig zu **enteignen**. Denn die Folge dieser fürchterlichen Geldentwertung bestand ja nicht nur **darin**, daß der Deutsche, der soeben seinen Lohn bekommen hatte, in wenigen Stunden bereits so gut wie **nichts** mehr dafür kaufen konnte, da die „Valuta" inzwischen wieder klaftertief gefallen war, sondern vor allem auch **darin**, daß sämtliche Sparvermögen über Nacht wertlos wurden. Was bedeutete noch ein Sparkapital von vielleicht 10000 Mark, wenn man dafür gerade noch ein Brötchen kaufen konnte! Und das war noch nicht im entferntesten der Höhepunkt dieser grauenhaften Entwicklung, die man „**Inflation**" nannte. **Diese Inflation war die planmäßige und vollständige Enteignung des deutschen Volkes!**

Ausverkauf Deutschlands

Bereits im Jahre 1922 war dieser Marksturz so weit fortgeschritten, daß er in immer drohenderem Maße auch zu einem völligen **Ausverkauf Deutschlands** führen mußte. Ausländer kamen in Scharen nach Deutschland und kauften mit ihrem höherwertigen Gelde zu Spottpreisen alles, was sie kriegen konnten, Waren aller Art, Grund-

stücke usw. Das nahm derartige Formen an, daß sogar die Regierung sich bemüßigt fühlte, dieser Entwicklung zu steuern.

Devisenspekulationen

Daß bei dieser Sachlage ausländische Zahlungsmittel (Devisen) ungeheuer begehrt waren, da sie ja nicht — wie das deutsche Geld — von Stunde zu Stunde im Werte sanken, sondern „wertbeständig" waren, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist, daß diese Situation von den Kreisen jüdischen Blutes oder wenigstens jüdischen Geistes zu umfangreichen Devisenspekulationen ausgenutzt wurde. Und die Regierung sah sich genötigt, durch eine Notverordnung vom 11. Oktober 1922 gegen die Devisenspekulation vorzugehen, verbot die Zahlung mit Devisen im Inland und machte den Devisenerwerb von der Genehmigung einer staatlichen Prüfungsstelle abhängig.

Notverordnung gegen die Devisenspekulation

Die Geldentwertung lastete schwer auf dem deutschen Volke. Und der Schrei nach wertbeständigem Geld, nach einer „Stabilisierung der Mark" ertönte immer lauter. Aber der Marksturz hing gleichzeitig auf das engste zusammen mit den von Deutschland in ungeheuerem Maße zu zahlenden Reparationen. Eine Stabilisierung der Mark in diesem fortgeschrittenen Stadium hätte auch ein einigermaßen verständiges Entgegenkommen der „Reparationsgläubiger" vorausgesetzt. Zahllose Verhandlungen fanden über dieses Thema statt:

Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Stabilisierung der Mark

Am 31. Oktober 1922 begannen die Verhandlungen mit der Reparationskommission in Berlin. Am 4. November forderte die Reichsregierung zur Stützung der Mark einen internationalen Bankkredit in Höhe von wenigstens 500 Millionen Goldmark; am 8. November ersuchte sie um Befreiung von allen Reparationsleistungen (ausgenommen die Wiederaufbaulieferungen) bis zur Stabilisierung der Mark. Die Reparationskommission erklärte, sie wolle die Vorschläge prüfen. Internationale Sachverständigenkomitees befaßten sich mit der Stabilisierungsfrage. Am 13. November 1922 wandte sich die Reichsregierung abermals in einer Note an die Reparationskommission. Der Marksturz aber schien unaufhaltsam. (Anfang November 1922 sind 9000 Mark = 1 Dollar!)

Wachsende Teuerung

Für die deutschen Volksgenossen brachte die Inflation naturgemäß unerträgliche Folgen mit sich. Die ständige Geldentwertung machte sich praktisch in einer ständigen Teuerung in der Weise geltend, daß der Lohn des einzelnen Deutschen wenige Stunden nach Erhalt bereits nicht mehr dazu ausreichte, auch nur die notwendigen Nahrungsmittel einzukaufen. Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit, aus diesem Anlaß erneute Unruhen heraufzubeschwören, die am 14. November 1922 mit einem Generalstreik in Düsseldorf begannen und sich

Teuerungsunruhen

dann in zahlreichen Plünderungen und Straßenunruhen in Aachen, Köln, Mannheim, Braunschweig und Dresden fortsetzten.

Der Reichshaushaltsplan

Die Inflation wirkte sich außerdem dahin aus, daß am 22. Dezember 1922 bei der Annahme des Reichshaushaltplans festgestellt werden mußte, daß der Bedarf nach dem derzeitigen Stande eine Billion (!) übersteige, daß aber wegen der andauernden Geldentwertung ein genauer Entwurf überhaupt nicht aufgestellt werden konnte.

Verhandlungen mit den Reparationsgläubigern ergebnislos

Die Verhandlungen mit den Reparationsgläubigern verliefen ergebnislos. Die Gegenseite brachte nicht nur kein Verständnis auf für die deutsche Lage, — sie ging auch noch dazu über, durch eigene Maßnahmen die Inflation ins Riesenhafte zu steigern:

Ruhrkampf und Inflation

Am 11. Januar 1923 erfolgte der widerrechtliche Einbruch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet. Vorgeschichte und Verlauf des nun einsetzenden Ruhrkampfes, des „passiven Widerstandes" und die deutsche Niederlage haben wir bereits im vorigen Abschnitt (9. Abschnitt) behandelt. Wesentlich aber ist auch, daß durch den Ruhrkampf und seine Begleiterscheinungen die Inflation noch eine erhebliche Beschleunigung erfuhr. Trotzdem Deutschland ohne jede Einnahme aus dem Ruhrgebiet blieb, mußte es zur Erhaltung des passiven Widerstandes laufend erhebliche Unterstützungen, Löhne, Gehälter usw. ins Ruhrgebiet zahlen. Um diesen Notwendigkeiten zu genügen, mußte die Notenpresse immer mehr Geld fabrizieren. Außerdem taten die Franzosen alles, um die deutsche Währung endgültig zu zerstören, beschlagnahmten Reichsbanknoten und setzten sie in Umlauf — und zwangen damit die deutsche Regierung, erneut Banknoten für sich herzustellen. So stieg die im Verkehr befindliche Banknotenmenge von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde, — die Mark sank ins Bodenlose. —

Notetat

Am 20. März 1923 genehmigt der Deutsche Reichstag einen Notetat. (Das Defizit für 1922 beträgt in diesem Augenblick 7,1 Billionen Mark!) Am 13. April 1923 beschlagnahmen die Franzosen in Mülheim (Ruhr) große Mengen von Reichsbanknoten und vor allem auch Druckplatten (!) für Reichsbanknoten.

Frankreich beschlagnahmt Reichsbanknoten und Druckplatten

Vergebliche Stabilisierungsversuche

Der Geldumlauf schwillt unheimlich und unaufhaltsam an. Der Versuch der Reichsbank, die Entwertung aufzuhalten und den Dollarkurs wenigstens auf der derzeitigen Basis in Höhe von 20000 bis 22000 Mark zu halten, bricht am 19. April 1923 zusammen. (Nachdem am 18. bereits ein Dollar = 25000 Mark war, stieg er am 19. auf 29500 Mark!) Eine neue Verordnung gegen die Devisenspekulation vom 12. Mai 1923 bleibt erfolglos. (Der Dollar

Neue Verordnung gegen Devisenspekulanten

steht an diesem Tage bereits auf 43100 Mark.) Weder Reichstagsausschüsse (29. Mai) noch sozialdemokratische Interpellationen im Reichstag (7. Juni) halten die Katastrophe auf.

Gleichzeitig wächst aber ein weiteres Uebel heran, das in späteren Jahren noch furchtbare Ausmaße annehmen sollte: Die **Arbeitslosigkeit!** Zahllose deutsche Familien sind infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs — hervorgerufen durch die internationale Ausbeutung und die Mißwirtschaft des Novemberstaates — ohne Lohn und Brot! Am 20. Juni 1923 überschreitet die Arbeitslosenzahl die erste halbe Million. Wachsende Arbeitslosigkeit

Wegen der anhaltenden Teuerung setzen am 24. Juli 1923 erneut blutige **Unruhen und Plünderungen** im Reich ein (in **Frankfurt am Main, Eisleben** usw.). Die preußische Regierung verbietet Versammlungen unter freiem Himmel. Am 12. August 1923 wird über **Hamburg** der Ausnahmezustand verhängt. Abermalige Teuerungsunruhen

Am 13. August übernimmt das **Erste Kabinett Stresemann** (siehe 9. Abschnitt) die Regierung, mit ihm als Finanzminister der berüchtigte Jude **Hilferding**, unter dessen Regime der Marksturz Formen annimmt, die alles Bisherige weit in den Schatten stellen. In diesem Monat steigt der Dollarstand auf 4,6 Millionen. Erstes Kabinett Stresemann Finanzminister Hilferding Anhaltender Marksturz

Das ganze Volk wird vom Zahlenschwindel erfaßt. Alles wankt. Soweit dies den einzelnen Volksgenossen möglich ist, kehrt man zur primitiven Wirtschaftsform — zur Zahlung in Naturalien — zurück. Und der Marksturz dauert an.

Am 6. September tritt der **Währungsausschuß des Reichswirtschaftsrates** zur Beratung der Stabilisierung zusammen. Am 10. September beschließt das Reichskabinett, durch Schaffung einer Geldnotenbank die Herbeiführung einer festen Währung zu versuchen. Erneute Stabilisierungsversuche

Anfang Oktober kommt es zu einer **Regierungskrise**, da Stresemann Vollmachten fordert, um zur Rettung der Situation selbständig wirtschaftliche, finanzielle und sozialpolitische Maßnahmen ergreifen zu können, und die Sozialdemokratie die Annahme eines solchen „**Ermächtigungsgesetzes**" ablehnt. Die Regierung tritt zurück, wird aber am 6. Oktober 1923 durch das **Zweite Kabinett Stresemann** ersetzt, dem es schließlich am 13. Oktober gelingt, die **Annahme des Ermächtigungsgesetzes** zu erreichen. Kampf um das „Ermächtigungsgesetz" Zweites Kabinett Stresemann Annahme des „Ermächtigungsgesetzes"

Auf der Grundlage dieser Ermächtigung wird am 16. Oktober 1923 nach einem Plane des Deutschnationalen Dr. Helfferich die **Rentenbank** gegründet und damit die **Rentenmark** geschaffen, die jetzt als (lang ersehntes) wertbeständiges Zahlungsmittel neben die bisherige Papiermark tritt. (Als Sicherung für die Rentenmark dienen auf Gold lautende erstrangige Grundschulden auf den deutschen Rentenbank und Rentenmark

Grundbesitz und erstrangige Goldobligationen der Banken, der Industrie und des Handels. Die Rentenmark soll lediglich für eine Uebergangszeit dienen. Die Reichsbank soll von den staatlichen Finanzen gelöst werden und dann die Funktionen einer Goldnotenbank übernehmen).

Eine Billion Mark = eine Goldmark

Inzwischen ist die Mark derart gesunken, daß 1000000000000.— Mark (eine Billion!) die Kaufkraft einer wertbeständigen Mark (Goldmark) besitzt. Die Sparvermögen des deutschen Volkes sind restlos enteignet. Gewinner sind lediglich jüdische Inflationsschieber und Nichtjuden der gleichen Geisteshaltung.

Ausgabe der Rentenmark und Stillegung der Notenpresse

Am 15. November 1923 wird endlich die Rentenmark ausgegeben und einen Tag später die in den vergangenen Monaten mehr als überbeanspruchte Notenpresse stillgelegt.

Vollendete Ausplünderung

Das wirtschaftliche Schlachtfeld ist übersät mit vernichteten Hoffnungen, vernichteten Guthaben großer, kleiner und kleinster Sparer, vernichteten Existenzen und vernichtetem Vertrauen in Treu und Glauben. Die Ausplünderung ist vollkommen.

Die Abwertung und Zerstörung aller Werte in Deutschland

Diese riesige Entwertung auf wirtschaftlichem Gebiet war das getreue Spiegelbild der Abwertung und Zerstörung aller Werte in dem Deutschland des Novemberverrats. Mit der planmäßigen Vernichtung der moralischen Werte — Ehre, Treue, Mut und Vaterlandsliebe — hatte der Totentanz begonnen. Die Zerstörung aller geistigen deutschen Werte war zwangsläufige Ausdrucksform des Novemberverrats.

Kulturverfall

Die Vergiftung des deutschen Kulturlebens, die Erniedrigung von Literatur und Musik, Malerei und Plastik, Bühne und Film zu Brutstätten jüdischen Zersetzungsgeistes, die bewußte Zerstörung aller positiven kulturellen Werte des Deutschtums — das waren die geistigen Symptome des Verfalls. Und so war die Inflation letzten Endes ein wirtschaftliches Gleichnis für die grauenhafte Lage des deutschen Volkes auf allen Gebieten.

Die Erhebung vom 9. November 1923

Die schweren politischen Erschütterungen, denen Deutschland im Jahre 1923 ausgesetzt war (siehe 9. Abschnitt), und insbesondere die wirtschaftliche Katastrophe der Inflation (siehe 10. Abschnitt) hatten innenpolitisch eine ständig sich steigernde Gärung zur Folge. Die wirtschaftliche Not, die über das deutsche Volk heraufbeschworen worden war, wurde den Kommunisten zum willkommenen Anlaß, ihre Bürgerkriegshetze zu verstärken. Die Regierung anderseits bemühte sich, ihre Sessel gegen die kommunistischen Aktionen zu verteidigen.

Die innerpolitische Gärung

Sie machte aber gleichzeitig Front gegen die Männer, die unter Einsatz ihres Lebens den Sabotagekampf an der Ruhr geführt und die Separatistenaufstände niedergeschlagen hatten, die den derzeitigen Zustand als immer unerträglicher empfanden, die bereits den „passiven“ Widerstand als Widerspruch in sich erkannt hatten, die den Novemberstaat aus tiefster Seele ablehnen mußten und einen freien und stolzen deutschen Staat ersehnten. In den verschiedensten kleineren und größeren Organisationen fand man diese Männer. Die Organisation aber, in der das neue Wollen eindeutig und klar formuliert seinen bewußten Ausdruck fand — die NSDAP —, wuchs ständig weiter an. Adolf Hitler, der kommende Führer aller Deutschen, war auf dem Vormarsch.

Der völkische Widerstand

Die Kabinette Cuno und Stresemann hatten auf der ganzen Linie versagt. Der Ruhrkampf war verloren, das deutsche Volksvermögen vernichtet.

Versagen der Kabinette Cuno und Stresemann

Aber der einzige Mann, der dem deutschen Volke die Dinge so sagte, wie sie tatsächlich lagen, war Adolf Hitler. In einer Rede am 21. August 1923 im Zirkus Krone in München übte er schonungslose Kritik an der schwächlichen Politik des Herrn Cuno, dem Unsinn des passiven Widerstandes, dem völligen Versagen der offiziellen Propaganda, die das deutsche Volk zum aktiven Widerstand hätte zusammenfassen müssen. Die von Cuno erfundene innerlich unaufrichtige und hohle „Einheitsfront“ nannte er mit Recht den „Schutz der größten Begaunerer der deutschen Nation“. Er erinnerte an den Mißerfolg der sogenannten „Markstützung“ Cunos, den Zusammenbruch der Papiermark — und kennzeichnete mit treffender Ironie

Adolf Hitler über das Versagen der Regierung und den Betrug am deutschen Volke

Herrn Stresemann, der nun als Nachfolger Cunos mit einem neuen Rezept kam — der „Goldwährung“. Adolf Hitler stellte mit Recht fest, daß — wenn dies nun wirklich das Rezept wäre — es unerfindlich sei, warum man es dann nicht schon vorher durch Cuno habe ausführen lassen — zumal ja sowohl Stresemann wie Cuno „vom gleichen Papa Stinnes (der Deutschen Volkspartei angehörender Beherrscher der deutschen Industrie) abstammen“. Die grauenhafte Inflation wird durch die „Goldwährung“ nicht gehemmt. Die „Goldlöhnung“ hat lediglich den Erfolg, daß die Papiermengen, die der Arbeiter als Lohn erhält, täglich umfangreicher werden, aber bereits stündlich entwerten. Mit Recht sagte der Führer, daß „das schöne Wort von der Goldwährung ein infamer Betrug und Schwindel“ ist — und daß es „aus diesem Betruge ein Erwachen geben wird, schrecklicher als je!“ Er schilderte, wie jüdische Börsenspekulanten mit der Inflation Unsummen verdienen, und prophezeite treffend, daß auf diese Art und Weise eines Tages „die Mark ins Bodenlose stürzen wird“. So geht „spielend“ das letzte Volkseigentum in die Hand des internationalen jüdischen Kapitals über — bis einmal das deutsche Volk „durch einen Haufen internationaler Finanzgauner unter Mithilfe deutscher Ideologen, deutscher Verbrecher und jüdischer Banditen“ von seiner nationalen Wirtschaft völlig „befreit“ ist. Und Adolf Hitler sagt:

> „Dann haben wir den Triumph der internationalen Weltbörse! Die jüdische Börsendiktatur!“

Daß Adolf Hitler und seine nationalsozialistische Gefolgschaft die Dinge derart beim richtigen Namen nannten, war den damaligen Machthabern freilich äußerst unangenehm. In zahlreichen deutschen Ländern (Preußen, Sachsen, Thüringen, Baden, Hamburg) hatte man versucht, durch Verbot der NSDAP solche „Unannehmlichkeiten“ aus dem Wege zu räumen. Eine Beschwerde der NSDAP gegen die so erlassenen Verbote wurde (am 14. März 1923) von dem willfährigen Staatsgerichtshof abgelehnt. Mit der Begründung: Die NSDAP sei „staatsgefährlich“. Diese damals und später noch so oft verbreitete These wirkt um so grotesker, als es in dieser Zeit des Niedergangs und der Zersetzung überhaupt nur eine Bewegung gab, die den wirklichen starken Staat folgerichtig anstrebte: Die NSDAP.

Der Staatsgerichtshof lehnt die Aufhebung der NSDAP-Verbote einzelner Länder ab

Während auf der anderen Seite die Fremdenlegionäre Rußlands (die KPD) alles taten, um jeden Rest staatlicher Ordnung zu beseitigen und das Chaos des Klassenkampfes zum Alleinherrscher zu machen — und damit ein wesentlich stärkeres Maß an vorbeugender „staatlicher Aufmerksamkeit“ verdient hätten. Schließlich sah sich am

12. Mai 1923 sogar der sozialdemokratische Innenminister Preußens, Karl Severing, genötigt, die linksradikalen „proletarischen Hundertschaften“ aufzulösen. Auflösung der proletarischen Hundertschaften in Preußen

Die Regierungen fühlten sich keineswegs ausgesprochen sicher im Glanze ihrer Macht, und auch eine Notverordnung vom 10. August 1923 (Verbotsandrohung für Zeitungen, die zur „gewaltsamen Aenderung der Verfassung“ auffordern) konnte an dieser Sachlage nichts Wesentliches ändern. Notverordnung gegen „Staatsfeindliche“ Propaganda in der Presse

Ein bemerkenswertes Symptom jener Zeit ist der Konflikt des Reiches mit Sachsen und Thüringen. Der rote Ministerpräsident Sachsens (der berüchtigte Herr Dr. Zeigner), der schon im August die Reichswehr öffentlich angriff (indem er sie „antirepublikanischer Gesinnung“ zieh und Reichswehrbeziehungen zu „rechtsradikalen Verbänden“ behauptete), bildete am 10. Oktober 1923 ein völlig rotes (nur aus KPD und SPD bestehendes) sächsisches Kabinett und baute machtpolitisch Sachsen zur Hochburg des marxistischen Bürgerkriegs aus. Gleichzeitig (7. Oktober) beschloß der Kongreß der Thüringischen Betriebsräte die „Mobilisierung der Arbeiterschaft“ und die Schaffung proletarischer Hundertschaften. Am 16. Oktober 1923 wurde dann auch in Thüringen eine ausschließlich rote Regierung gebildet. In Sachsen kam es am 13. Oktober zu heftigen Konflikten zwischen der Regierung und dem zuständigen Befehlshaber der Reichswehr, der die Auflösung der proletarischen Hundertschaften verlangte, während gleichzeitig der sächsische Finanzminister Böttcher in einer kommunistischen Versammlung ihre Bewaffnung forderte. Und am 18. Oktober ging der rote Ministerpräsident sogar in seinem Haß dazu über, offenen Landesverrat zu treiben: Er behauptete in einer Rede vor dem sächsischen Landtag, daß es neben der Reichswehr und mit ihr verbunden noch illegale Truppenformationen gebe: die sogenannte Schwarze Reichswehr! (In der Tat gab es zeitweise Freiwilligenformationen — „Arbeitskommandos“ —, die im allgemeinen so genannt wurden und die im wesentlichen aus den Männern bestanden, die überall für Deutschland — in Oberschlesien, im Rheinland, bei kommunistischen Aufständen usw. — ihre Haut zu Markte getragen hatten und die regelmäßig nach getaner Arbeit — wenn sich die Regierung wieder sicher fühlte — vom damaligen „Staate“ als Dank im besten Falle einen Fußtritt erhielten und „an die frische Luft befördert wurden“.) Daß die landesverräterischen Aeußerungen des Herrn „Ministerpräsidenten“ für die stets sanktionslüsternen Ententemächte ein gesundes Fressen waren, versteht sich von selbst. Das hatte dieser saubere Herr Zeigner ja auch beabsichtigt. — Es ist ein weiteres bezeichnendes Symptom jener Tage, daß Bayern nunmehr Konflikt des Reiches mit Sachsen und Thüringen

„die diplomatischen Beziehungen zu Sachsen abbrach". (In der Tat, so etwas gab es damals noch! Wir wollen das nicht vergessen und daran erkennen, welch gewaltiger Wandel darin liegt, daß uns im Jahre 1933 ein einheitliches Deutschland durch Adolf Hitler geschenkt wurde!) In Sachsen selbst spitzten sich die Dinge inzwischen derart zu, daß hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und vor allem der zentralen „Autorität" der Reichsregierung ernstlich Gefahr im Verzuge war und am 21. Oktober 1923 Truppen der

Reichswehr rückt in Sachsen ein

Reichswehr in Sachsen (Leipzig, Dresden, Pirna, Meißen) einrücken mußten (wobei sie verschiedentlich beschossen wurden!).

Kommunistischer Aufstand in Hamburg

Wie ernst die kommunistische Gefahr wieder einmal war, zeigte sich in den gleichen Tagen (22. bis 24. Oktober 1923) in Hamburg, wo wieder einmal ein blutiger bolschewistischer Aufstand von der Polizei niedergeschlagen werden mußte (wobei schon die Polizei 14 Tote hatte!).

Absetzung der sächsischen Regierung

Am 29. Oktober endlich wurde die sächsische Regierung abgesetzt — und am 31. vom sächsischen Landtag ein neuer (ebenfalls der SPD angehörender) Ministerpräsident gewählt. Schließlich mußte

Reichswehr rückt in Thüringen ein

am 5. November die Reichswehr auch in Thüringen einmarschieren, und am 11. November traten die kommunistischen Minister Thüringens zurück.

Wenn man heute an solche Zeiten denkt, in denen es in Deutschland „Ministerpräsidenten" gab, die offenen Landesverrat trieben und auch den geringfügigsten Rest an Wehrhaftigkeit, der Deutschland geblieben war, dem Feinde noch denunzierten, dann empfindet man den gewaltigen Umbruch, den die nationalsozialistische Revolution bewirkt hat.

Schon damals stellte Adolf Hitler fest, (so auch in einer Rede am 27. April 1923), daß der Nationalsozialismus auf dem Boden der Wehrpflicht für jeden einzelnen steht, daß nur das eigene Schwert die

Adolf Hitler über die Aufgabe des Führertums

Freiheit gibt. Damals erklärte er gleichzeitig, daß unser Volk keine „parlamentarischen Führer" braucht, sondern wirkliche Führer, die das durchsetzen — auch gegebenenfalls gegen die „Majorität" —, was sie vor Gott, der Welt und ihrem Gewissen für recht erkennen.

Adolf Hitler über den 1. Mai

Und am 1. Mai 1923 sprach Adolf Hitler:

> „So kann der 1. Mai im Völkerleben nur eine Verherrlichung sein des nationalen, schöpferischen Willens gegenüber dem internationalen Zersetzungsgedanken, der Befreiung des nationalen Geistes und auch der wirtschaftlichen Einstellung von internationaler Verseuchung. Das ist letzten Endes die Frage der Wiedergenesung der Völker."

Es ist das Glück des deutschen Volkes, daß seine damalige Prophezeiung in Erfüllung gegangen ist:

> „Wir glauben daran, daß einmal der Himmel die Deutschen wieder zusammenführt in ein Reich...unter dem Symbol deutscher Arbeit, dem Hakenkreuz. Dann ist der 1. Mai gekommen."

Diese Worte sagte der Führer genau zehn Jahre vor dem ersten deutschen Feiertag der nationalen Arbeit auf dem Tempelhofer Felde in Berlin (1. Mai 1933). Damals marschierten die Nationalsozialisten auf in Oberwiesenfeld (bei München. Die dort zusammengezogene SA wies (zusammen mit den anderen ebenfalls dort aufmarschierten Verbänden der „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände" — siehe 8. Abschnitt) insgesamt 6000 Mann auf. Die nationalsozialistische Absicht, an diesem Tage endgültig mit der Duldung marxistischer Bürgerkriegsdemonstrationen auf der Straße Schluß zu machen, wurde durch den Einsatz von Polizei und Truppen vereitelt.

Aufmarsch der Kampfverbände in Oberwiesenfeld

Am 15. Juli 1923 (beim „Deutschen Turnfest") wurde in München erneut Polizei gegen die Nationalsozialisten eingesetzt, die den Festzug der Turner und der SA auseinandersprengte. — Aber mit solchen Methoden war die nationalsozialistische Bewegung keineswegs mehr aufzuhalten.

Deutsches Turnfest in München

Mit aller Deutlichkeit bewies dies der berühmte „Deutsche Tag" von Nürnberg (1.—2. September 1923). Von den 70000 Mann, die auf der Deutschherrnwiese aufmarschiert waren, stellten die Nationalsozialisten bereits einen sehr beachtlichen Teil. (Die übrigen gehörten völkischen und nationalen Verbänden an.) Und beim Vorbeimarsch konnte Adolf Hitler mit Recht stolz auf seine starke Gefolgschaft sein. Der Nürnberger Tag (an dem auch General Ludendorff teilnahm) brachte gleichzeitig den engeren Anschluß der völkischen Wehrverbände „Bund Oberland" und „Reichsflagge" an die NSDAP — im Rahmen des in Nürnberg neugegründeten „Deutschen Kampfbundes". (Der Wehrverband „Reichsflagge" fiel am 7. Oktober 1923 wieder ab, wurde jedoch am 12. Oktober durch den von ihm abgespaltenen Bund „Reichskriegsflagge" ersetzt.)

„Deutscher Tag" in Nürnberg

Deutscher Kampfbund

Am 25. September 1923 übernahm Adolf Hitler die politische Gesamtleitung des „Deutschen Kampfbundes".

Adolf Hitler übernimmt die Führung des Deutschen Kampfbundes

Am 30. September marschierten beim „Deutschen Tag" in Bayreuth 4000 SA-Männer vor Adolf Hitler auf. (Damals lernten ihn Houston Stewart Chamberlain und Siegfried und Winifred Wagner kennen, mit denen ihn von da an ein herzliches Freundschaftsverhältnis verband. Der bedeutende Chamberlain erkannte damals bereits mit seherischer Gewißheit in Adolf Hitler den kommenden Retter und Führer Deutschlands.) —

„Deutscher Tag" in Bayreuth

Der Entscheidungskampf schien in nächste Nähe gerückt — insbesondere durch die Entwicklung in Bayern, von der weiter unten noch zu sprechen sein wird. Alles spitzte sich zur entscheidenden Auseinandersetzung mit dem System des Novemberverrats zu.

Besonders deutlich kam dies in einer Rede zum Ausdruck, die Adolf Hitler am 12. September 1923 hielt, und in der er das Wesen der Novemberrepublik als Unterwürfigkeit und Feigheit gegenüber dem Feinde charakterisierte und dabei an die zahlreichen Konferenzen in London, Spa, Paris und Genua erinnerte. Dabei stellte er fest:

Adolf Hitler über die Katastrophe des Novembersystems

„Diese Novemberrepublik geht zu Ende!" Ihr Bau wankt. Es kracht im Gebälk. Er wies dann auf die kommunistischen Aktionen in Sachsen und Thüringen hin und auf die Pflicht, dieser Entwicklung Widerstand zu leisten — wobei er mit den Worten schloß:

„Hakenkreuz oder Sowjetstern! Internationale Weltdespotie oder das Heilige Reich deutscher Nation!"

Konflikt des Reiches mit Bayern

Inzwischen war es zwischen Bayern und der Reichsregierung zu Differenzen gekommen, die immer mehr in einen offenen Konflikt auszuarten drohten. Waren es in Sachsen und Thüringen ausgesprochene „Linksregierungen", deren sich die „Reichsregierung" erwehren mußte, so stieß sie nunmehr in Bayern auf eine „Rechtsregierung", die ihr Widerstand leistete. In München selbst konnte man immer klarer zwei Geistesrichtungen unterscheiden: Die bayerische Regierung und ihr Anhang (die zentrümliche „Bayerische Volkspartei", Wehrverbände wie „Bayern und Reich", monarchistische Organisationen, die eine Wiedereinsetzung des bayerischen Königshauses der Wittelsbacher anstrebten usw.) — letzten Endes reaktionäre Tendenzen mit ausgesprochen bayerisch-partikularistischer Färbung und mit ultramontanem Einfluß; — auf der anderen Seite stand Adolf Hitler mit seiner NSDAP (die damals etwa 55000 Mitglieder zählte) und der von ihm geführte (in Nürnberg gegründete) „Kampfbund" mit seinen Verbänden. Adolf Hitler und seinen Getreuen ging es nicht um die Wiederherstellung der Monarchie, sondern um die Rettung des deutschen Volkes, nicht allein um Bayern, sondern um Deutschland! — Das, was beiden Richtungen gemeinsam war, war die Abneigung gegen das Novembersystem und der Wille, es zu stürzen.

Nationalsozialismus und bayerischer Partikularismus

Als im Herbst die Wolken am innenpolitischen Himmel sich zusammenballten, die Inflation durchs Land raste, rote Aufstände in Sachsen und Thüringen schwelten, am 26. September der Widerstand an der Ruhr zusammenbrach — auf der anderen Seite Adolf Hitler am 25. September die Führung des Kampfbundes übernommen hatte — versuchte die bayerische Regierung, den Kampf gegen die Berliner Regierung aufzunehmen und die Führung dieses Kampfes an sich zu reißen: Am 26. September 1923 ernannte sie Herrn Dr. von Kahr zum „Generalstaatskommissar" und übertrug ihm die gesamte vollziehende Gewalt in Bayern. Ueber Bayern wurde der Aus-

Generalstaatskommissar Dr. von Kahr

nahmezustand verhängt. Kahr verbot 14 nationalsozialistische Versammlungen, die auf den 27. September für München angesetzt worden waren. Andererseits setzte er am 29. September das Republikschutzgesetz für Bayern außer Kraft. Der Kampf mit der Reichsregierung war eröffnet.

Verbot nationalsozialistischer Versammlungen in München

Bereits am 27. September hatte der Reichspräsident Ebert seinerseits mit der Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich geantwortet. Er übertrug die vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister Geßler.

Ausnahmezustand im Reich

Inzwischen ging im Norden des Reiches (am 1. Oktober 1923) der „Küstriner Putsch" los: Unter Major Buchrucker versuchten sogenannte „Arbeitskommandos" — „Schwarze Reichswehr" genannt (siehe weiter oben) — sich der Stadt Küstrin mit Gewalt zu bemächtigen. Gegen dieses Unternehmen wurde Reichswehr eingesetzt — und bereits nach wenigen Stunden brach der aussichtslose Putsch in einem Feuergefecht zusammen.

Küstriner Putsch

Dagegen kam es in Bayern zum offenen Widerstand gegen die Anordnungen der Reichsregierung. Der Reichswehrminister hatte die ihm auf Grund des Ausnahmezustandes übertragene vollziehende Gewalt an die Wehrkreisbefehlshaber weiter übertragen. In Bayern (Wehrkreis VII) ging sie damit auf General von Lossow über. Lossow aber unterstellte sich Kahr! Anläßlich eines Verbotes des „Völkischen Beobachters", das vom Reichswehrminister verfügt, von Lossow aber nicht ausgeführt wurde, enthob der Reichswehrminister den General von Lossow seines Postens. Die bayerische Regierung aber ernannte ihn zum „bayerischen Landeskommandanten" und nahm am 22. Oktober 1923 die Reichswehrtruppen Bayerns (VII. Division) in Pflicht! Ein „Ersuchen" der Reichsregierung vom 27. Oktober, den „verfassungsmäßigen Zustand" wiederherzustellen, lehnte Kahr ab.

Bayerischer Widerstand gegen die Reichsregierung

Absetzung des Generals von Lossow

Lossow bayerischer Landeskommandant

Inpflichtnahme der Reichswehrtruppen Bayerns

In der Reichsregierung selbst aber kam es auf Grund von Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu heftigen Auseinandersetzungen über die innenpolitisch zu treffenden Maßnahmen, und am 2. November 1923 schieden im Verlauf dieses Streites die sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett Stresemann aus.

Auseinandersetzungen in der Reichsregierung

In Bayern aber mußte man nun zur entscheidenden Tat schreiten, wenn die bisherigen Maßnahmen nicht in einer primitiven partikularistischen Meuterei steckenbleiben sollten, die schließlich die Reichseinheit in höchstem Maße gefährden mußte. Die Stimmung — gekennzeichnet durch den überall erhobenen Schrei nach dem „Marsch auf Berlin" — drängte zur Entladung.

Der Schrei nach dem „Marsch auf Berlin"

Adolf Hitler über die Vorgänge, die zum 9 November 1923 führten

Die Grundlagen der damaligen Situation und ihre dramatische Steigerung, wie sie Adolf Hitler in dem späteren Prozeß vor dem Münchener Volksgerichtshof (siehe 12. Abschnitt) schilderte, ergeben folgendes Bild: Die nationalsozialistische Bewegung hatte als einzige den Wahnsinn des „passiven Ruhrwiderstandes“ erkannt. Nationalsozialisten waren es gewesen, die im Ruhrgebiet im richtigen aktiven Ringen ihr Leben eingesetzt hatten. Nationalsozialisten waren es im wesentlichen gewesen, die die Niederschlagung des Separatismus bewirkt hatten und die Seele des nationalen Widerstandes waren. Indes die Regierung eine verlogene „Einheitsfront“ der Verräter mit den Verratenen zu errichten trachtete. Damals ging Adolf Hitler ins Wehrkreiskommando zu General von Lossow, um ihn für den nationalsozialistischen Widerstand zu gewinnen. Lossow führte damals aus, „es gebe zwei Möglichkeiten, entweder den Widerstand in eine tatkräftige Form zu kleiden, oder, wenn die Sache zusammenbräche, müsse jeder Staat sehen, wie er hindurchkomme. Das würde selbstverständlich zur Zertrümmerung des Reiches führen“. Diese sehr bedenklichen partikularistischen Ausführungen machten allerdings einen erschütternden Eindruck auf Adolf Hitler, der der Ueberzeugung war, „lieber, wenn Deutschland bolschewistisch wird, aufgehängt zu werden, als unter französischer Säbelherrschaft zugrunde zu gehen“. Seit den Vorgängen am 1. Mai 1923 (siehe weiter oben), bei denen sich der Staat unter Einsatz von Truppen und Polizei schützend vor den Bolschewismus gestellt hatte, ging dann Adolf Hitler überhaupt nicht mehr ins Wehrkreiskommando, da er weitere Unterredungen für wertlos hielt. — Am 26. September wurden die Nationalsozialisten durch die Ernennung des Herrn von Kahr zum „Generalstaatskommissar“ überrascht und durch das von ihm ausgesprochene Verbot von 14 auf den darauffolgenden Tag in München angesetzten nationalsozialistischen Versammlungen. Es handelte sich um den gleichen Herrn von Kahr, durch den im Jahre 1920 das damalige bayerische Kabinett Hoffmann ersetzt worden war. Auch dieser Vorgang war ein Staatsstreich gewesen, denn — wie Adolf Hitler sagte — „gehört das Erscheinen eines Offiziers mit 12 Mann (vor dem Landtag), die aufgepflanzt haben, nicht zu den verfassungsmäßigen Erscheinungen“. Es war der gleiche Herr von Kahr, den Adolf Hitler einmal beschworen hatte, nicht die Einwohnerwehren aufzulösen, da sonst Oberschlesien verlorengehen werde — der dann versicherte, er werde seine Einwilligung zur Auflösung niemals geben. Wenige Tage später waren die Einwohnerwehren aufgelöst. Herr von Kahr war kein „starker Mann“, sondern letzten Endes ein kleiner Mann.

Auf die Anfrage, warum er die 14 nationalsozialistischen Versammlungen verboten habe, konnte er nie eine vernünftige Antwort geben. In Wirklichkeit wollte man alles aus dem Wege räumen, was bei einem uneingeschränkten partikularistischen Kampf gegen Berlin irgendwie stören konnte. Die dann folgenden bayerischen Maßnahmen gegenüber dem Reich bedeuteten bereits den Staatsstreich. Sämtliche Maßnahmen aber mußten als Verbrechen angesehen werden, wenn man diesen Kampf nicht der allgemeinen deutschen Erhebung eingliedern und dann auch bis zur letzten Konsequenz durchfechten wollte. Andernfalls mußte naturnotwendig der Verlust der Reichseinheit die bittere Konsequenz sein. So sah Adolf Hitler die Situation, während man in den Kreisen um Kahr und Lossow mehr bayerisch als deutsch sah und überdies immer stärker den Eindruck des Zauderns erweckte. Auch bei einer letzten Unterredung am 6. November 1923 gewann Adolf Hitler wiederum den Eindruck, „daß diese Leute schlagen wollten, aber immer wieder den Mut verloren". Lossow erklärte damals: Ich bin unter gewissen Voraussetzungen zum Staatsstreich bereit. — Die Lage war für Deutschland in jeder Hinsicht gefahrvoll, die Atmosphäre mit Explosivstoffen geladen. Wer würde den Anstoß geben? Danach aber mußte es sich entscheiden, in welches Fahrwasser die Entwicklung geriet. Jedes Zaudern konnte dazu führen, die Keimzelle der nationalen Erhebung überhaupt zu vernichten. Aktionen mit partikularistischen Tendenzen dagegen mußten das Reich als solches zerstören.

Ausrufung der nationalen Revolution in München

In dieser Stunde höchster Gefahr für das kommende Schicksal des Deutschen Reiches gibt Adolf Hitler das Signal zur Erhebung, er löst das brennende Problem der nationalen Revolution aus dem unheilschwangeren Gestrüpp partikularistischer Stänkereien und weist das große Ziel: **Die Befreiung Deutschlands.** Als am Abend des 8. November 1923 Kahr im großen Saale des Bürgerbräukellers in München einen Vortrag hält und sämtliche „Spitzen Bayerns" dort versammelt sind, erscheint **Adolf Hitler**, verschafft sich durch einen Pistolenschuß in die Saaldecke Ruhe und ruft die **nationale Revolution** und die **Diktatur** aus! Gleichzeitig waren die hinter Adolf Hitler stehenden Verbände des Kampfbundes — SA, Bund Oberland und Reichskriegsflagge — alarmiert und in München zusammengezogen worden. Einige Minister und mehrere marxistische Münchener Stadträte werden verhaftet. Kahr, **Lossow** und der Polizeioberst von **Seisser** erklären ihre Bereitschaft zur Mitwirkung. Noch am gleichen Abend wurde die **provisorische „Deutsche Nationalregierung"** ernannt:

Provisorische „Deutsche Nationalregierung"

Reichskanzler Adolf Hitler, General von Ludendorff Führer der zu bildenden Nationalarmee, Reichswehrminister von Lossow, Reichspolizeiminister von Seisser, Reichsfinanzminister Feder.

Gleichzeitig wurden Kahr als Landesverweser für Bayern, Pöhner als bayerischer Ministerpräsident und Dr. Frick als Münchner Polizeipräsident eingesetzt.

Die Infanterieschule unter dem ehemaligen Freikorpsführer Roßbach und Leutnant Robert Wagner (dem heutigen Reichsstatthalter und Gauleiter Badens) stellt sich Adolf Hitler geschlossen zur Verfügung. Die Reichskriegsflagge (unter Führung des im Jahre 1934 untreu gewordenen Ernst Röhm) besetzt das bayerische Kriegsministerium. (Ihre Fahne trug der heutige Reichsführer der SS, Himmler, Chef der Geheimen Staatspolizei.) Der „Stoßtrupp Hitler", eine kleine Eliteschar der SA, unter Pg. Berchtold, besetzt das Gebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post" und zerstört die Maschinen.

Die Münchener Bevölkerung aber jubelt vor lauter Begeisterung. Der Alpdruck scheint endlich gewichen.

Verrat von Kahr, Lossow und Seisser

Inzwischen verlassen Kahr, Lossow und Seisser, die Ludendorff ihr Ehrenwort gegeben haben, die Stätte der Proklamation. Noch in der gleichen Nacht organisieren sie die Vernichtung der nationalen Erhebung! Während am 9. November 1918 der Dolchstoß gegen Deutschland vom Marxismus geführt worden war, erlebt die Nation am 9. November 1923 den Dolchstoß der Reaktion:

In der Nacht vom 8. zum 9. November alarmieren Kahr, Lossow und Seisser die Polizei, ziehen Truppen von auswärts nach München, erklären durch Funkspruch und Mitteilungen an die Presse, daß ihre Zustimmung im Bürgerbräusaal „mit der Pistole erpreßt" (!) worden und daher nichtig sei. (Außerdem wird am 9. November ein Aufruf der — nach Regensburg geflohenen — „verfassungsmäßigen" bayerischen Regierung gegen den „Preußen Ludendorff" (!) veröffentlicht — unterzeichnet von Kultusminister Dr. Matt.) Frick, Pöhner und Major Hühnlein (der heutige Chef des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps) werden in der Münchener Polizeidirektion verhaftet. Adolf Hitler aber läßt man während der ganzen Nacht im unklaren. Abgesandte, die von seiner Seite geschickt werden, kommen nicht zurück — sie werden verhaftet.

Der nationalsozialistische Demonstrationsmarsch durch München

Auch am nächsten Tage erhielt Adolf Hitler bis zum Mittag keinerlei Nachricht. Inzwischen war freilich der Verrat Kahrs bekannt geworden. Von den vorhandenen Möglichkeiten, entweder den Kampf über München hinauszutragen und zunächst nach Rosenheim auszuweichen oder nach München ins Stadtinnere zu

marschieren, wählte Adolf Hitler die letztere — um die öffentliche Meinung zu gewinnen und festzustellen, wie Kahr, Lossow und Seisser reagieren würden. Man konnte nicht annehmen, daß jene so unvernünftig sein würden, auf das sich erhebende Volk schießen zu lassen. Der Marsch setzte sich in Bewegung — Adolf Hitler, Ludendorff und die Unterführer an der Spitze. Die Polizeikordons wichen vor dem Zuge zurück. Auf dem Marienplatz wurde der Zug von jubelnden Menschenmassen begrüßt. An der Feldherrnhalle wurde er von einem starken Kordon der Landespolizei aufgehalten. In dem späteren Prozeß (siehe 12. Abschnitt) schilderte Adolf Hitler den darauffolgenden Augenblick:

„...Da fiel ein Karabinerschuß und gleich darauf eine Salve. Scheubner stürzte und riß mich mit, ich hatte das Gefühl, als hätte ich einen Steckschuß. Ich versuchte mich wieder aufzuraffen. Die Schießerei hörte dann auf. Ich sah um mich nichts als Tote..."

Das mörderische Feuer der Reaktion auf den nationalsozialistischen Demonstrationszug an der Feldherrnhalle erstickt die nationale Erhebung in ihrem Blute. Vierzehn tote Nationalsozialisten und zahlreiche Verwundete liegen vor der Feldherrnhalle — unter ihnen schwer verwundet der Führer der SA, Hermann Göring. Auch die Landespolizei hat infolge der Gegenwehr der überfallenen Nationalsozialisten vier Tote. Fast zur gleichen Zeit werden von der Besatzung des Kriegsministeriums (der Reichskriegsflagge) zwei Männer erschossen — von den Truppen, die das Gebäude umstellt haben. Die nationalsozialistischen Gefallenen des 9. November 1923 sind: Das Blutbad an der Feldherrnhalle / Die Gefallenen vom 9. November 1923

Felix Allfarth, Kaufmann;
Andreas Bauriedl, Hutmacher;
Theodor Casella, Bankbeamter;
Wilhelm Ehrlich, Bankbeamter;
Martin Faust, Bankbeamter;
Ant. Hechenberger, Schlosser;
Oskar Körner, Kaufmann;
Karl Kuhn, Oberkellner;
Karl Laforce, stud. ing.;
Kurt Neubauer, Diener;
Claus von Pape, Kaufmann;
Theodor von der Pfordten, Rat am Obersten Landesgericht;
Joh. Rickmers, Rittmeister a. D.;
Max Erwin von Scheubner-Richter, Dr. ing.;
Lorenz Ritter von Stransky, Ingenieur;
Wilhelm Wolf, Kaufmann.

Adolf Hitler ist in dem mörderischen Feuer nicht getroffen worden. Sein treuer Begleiter, der schwerverwundete Ulrich Graf, hat ihn gedeckt. Von dem tödlich getroffenen Scheubner-Richter ist er

dann mit zu Boden gerissen worden und hat eine schwere Schultergelenkverletzung erlitten, die ihn außer Gefecht setzt. Mit dem Auto wird er in das Haus des Pg. Hanfstaengl in Uffing (am Staffelsee) gebracht.

Verbot der NSDAP in Bayern

Bereits in der vorhergehenden Nacht hat Kahr, der sich gern als „Statthalter der Monarchie" bezeichnet, die Auflösung von NSDAP, Reichskriegsflagge und Bund Oberland, sowie das Verbot des „Völkischen Beobachters" verfügt. Die Geschäftsstelle der NSDAP wird geschlossen, das Parteieigentum geraubt, die meisten nationalsozialistischen Führer (unter ihnen Brückner, Frick, Amann, Streicher, Hühnlein, Dietrich Eckart) verhaftet, soweit sie nicht — auf Anweisung des Führers — über die österreichische Grenze gegangen sind — wie z. B. der schwerverwundete Göring. Am 11. November erscheint ein umfangreiches Polizeiaufgebot in Uffing und verhaftet Adolf Hitler.

Verhaftung Adolf Hitlers

Um die Weiterführung der verbotenen Bewegung

Rosenberg, Amann und Drexler versuchen, die Reste der versprengten NSDAP illegal zusammenzuhalten. Major Buch (der heutige Vorsitzende des Reichsparteigerichts) übernimmt die gleiche Aufgabe hinsichtlich der SA.

Verbot der NSDAP im gesamten Reichsgebiet

(Am 23. November 1923 wird die NSDAP im ganzen Reich verboten — durch den Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, dem am 9. November der Oberbefehl über die Reichswehr und die vollziehende Gewalt im Reiche übertragen worden war.)

Das blutige Drama war beendet. Der Nationalsozialismus schien endgültig niedergeschlagen zu sein. Die Gegner wußten immer noch nichts von der Kraft der Idee, die durch Blut und Opfer eines Tages doch den Sieg erringen muß! Wenn die nationalsozialistische Erhebung vom 9. November 1923 auch durch niederträchtigen reaktionären Verrat niedergeschlagen wurde, so ist sie dennoch einer der wichtigsten Marksteine auf dem Wege zur siegreichen nationalsozialistischen Erhebung am 30. Januar 1933. Nicht nur dadurch, daß sie mit dem Einsatz ihres Blutes gefährliche partikularistische Entwicklungsmöglichkeiten abschnitt und trotz Tod und Niederlage damit die staatliche Einheit Deutschlands vor dem endgültigen Auseinanderbrechen bewahrte! Der Opfertod vor der Münchener Feldherrnhalle und die leidvolle Niederlage vom 9. November 1923 wurden darüber hinaus zum bleibenden Vermächtnis der Bewegung, wurden zu Kampfentschlossenheit und Erkenntnis, wurden zur Grundlage einer neuen NSDAP, mit deren Errichtung der Führer dann im Jahre 1925 begann.

Die Bedeutung des 9. November 1923 für den späteren nationalsozialistischen Sieg

Hitlerprozeß und Verbotsjahre

Die SPD nahm den „Hitlerputsch“ zum Anlaß, um 23. November 1923 das Kabinett Stresemann zu stürzen, an dessen Stelle am 30. November ein Kabinett des Zentrumsmannes Marx (das erste Kabinett Marx) trat, in dem Stresemann Außenminister wurde. In die Zeit des ersten und zweiten Kabinetts Marx fällt die Verbotszeit der NSDAP. Das erste Kabinett Marx Die Verbotszeit der NSDAP

Man glaubte, den Nationalsozialismus durch Verhaftung des Führers und seiner Unterführer und durch Verbot der Partei erledigen zu können. Dieser Methode fiel der verdiente Vorkämpfer Dietrich Eckart zum Opfer, den man seit dem 20. November 1923 trotz seines schweren Herzleidens in Haft behalten hatte. Als man ihn schließlich als Schwerkranken kurz vor Weihnachten entließ, war es längst zu spät: Er starb wenige Tage danach (30. Dezember) und wurde so das siebzehnte Todesopfer des 9. November 1923. Dietrich Eckart †

Im Frühjahr 1924 zerrte man Adolf Hitler vor Gericht. In dem berühmten „Hitlerprozeß“ vor dem Volksgericht München I (26. Februar bis 1. April 1924) standen außer ihm unter Anklage: General Ludendorff, Dr. Frick, Oberstlandesgerichtsrat Pöhner, Oberstleutnant Kriebel als militärischer Führer des „Kampfbundes“, Oberleutnant Brückner (der heutige Adjutant des Führers) als Führer des SA-Regiments München, Leutnant Wagner (heute Reichsstatthalter und Gauleiter von Baden), Dr. Weber als Führer des Bundes Oberland, Hauptmann Röhm als Führer der Reichskriegsflagge, Oberleutnant Pernet (Ludendorffs Schwiegersohn). In diesem dramatischen Prozeß, der ganz Deutschland aufhorchen ließ, wurde der „Angeklagte“ Adolf Hitler in Wirklichkeit zum Ankläger, zum Ankläger gegen den „Staat“ des Novemberverrats, zum Ankläger auch gegen die verräterische partikularistisch-ultramontane Reaktion, vertreten durch die „Zeugen“ Kahr, Lossow und Seisser, deren merkwürdig schiefe Stellung in den letzten Wochen und Monaten vor dem „Hitlerputsch“ im Laufe des Prozesses klar zutage trat. Einen Ausschnitt der Prozeß-Ausführungen Adolf Hitlers zu diesem Punkte brachten wir bereits im vorigen Abschnitt (11. Abschnitt). Die gewaltige Auseinandersetzung zwischen dem Nationalsozialismus auf der einen Seite und der weißblauen Reaktion und dem Staate Der Hitlerprozeß

Adolf Hitlers Schlußwort

von Weimar auf der anderen Seite gab dem Prozeß seine charakteristische Note. Adolf Hitler war unstreitig der moralische Sieger, als er nach wochenlangen Prozeßverhandlungen am 27. März 1924 sein Schlußwort sprach.

Seine Darlegungen über Macht und Recht, den Novembersturz, Bismarcks Verfassungskonflikt und andere historische Beispiele ließen die innere Berechtigung der gesamten Gerichtsverhandlungen in einem sehr zweifelhaften Lichte erscheinen. Seine Schilderung der deutschen Entwicklung seit 1918 und des grauenhaften Zustandes auf allen Gebieten, in den das deutsche Volk durch die Schuld seiner Machthaber geraten war, bewies, daß dieser Zustand überhaupt kein wirklicher Staat, keine schützenswerte Autorität war — daß es im Gegenteil nationale Pflicht war, diesen Zustand zu beseitigen. Dieser Pflicht zu dienen und Deutschland vor dem Untergang zu retten, war das einzige Motiv und das einzige Ziel der Erhebung vom 9. November 1923. Aber auch „formaljuristisch" war die „Hochverratsanklage" mehr als fragwürdig, — zumal die eigentlichen Männer des sogenannten — und permanenten — „Staatsstreichs" (Kahr, Lossow und Seisser) nicht auf der Anklagebank saßen. Adolf Hitler bewies in seinem Schlußwort eindeutig, daß auch nicht etwa (wie behauptet wurde) er diese Herren in eine „Zwangslage" gebracht habe, sondern sie die nationalsozialistische Bewegung (wie sich aus den im vorigen Abschnitt geschilderten Vorgängen klar ergibt). Adolf Hitler betonte zum Schluß, daß die gefallenen Nationalsozialisten vom 9. November 1923 für die Befreiung des Vaterlandes gestorben seien, und daß die Stunde kommen werde, da die große Entscheidung dennoch fallen werde. Er schloß mit dem stolzen Satz:

> „Mögen Sie uns tausendmal schuldig sprechen, die Göttin des ewigen Gerichtes der Geschichte wird lächelnd den Antrag des Staatsanwaltes und das Urteil des Gerichtes zerreißen; denn sie spricht uns frei."

Das Urteil im „Hitlerprozeß"

Am 1. April 1924 wurde das Urteil verkündet:

> Adolf Hitler, Kriebel, Pöhner und Weber wurden wegen „Hochverrats" zu je 5 Jahren Festungshaft verurteilt (wobei ihnen Bewährungsfrist nach Verbüßung von 6 Monaten in Aussicht gestellt wurde). Frick, Brückner, Wagner, Röhm und Pernet wurden wegen „Beihilfe zum Hochverrat" zu 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft mit sofortiger Bewährungsfrist verurteilt. Ludendorff wurde freigesprochen.

Adolf Hitler in Landsberg

Am gleichen Tage noch wurde Adolf Hitler nach der Festung Landsberg überführt. In Sonderprozessen wurden noch weitere national-

sozialistische Führer ebenfalls wegen Hochverrats zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt, so Max Amann, Julius Streicher und der heutige Stellvertreter des Führers: Rudolf Heß. Ebenso wurden am 28. April 1924 vierzig Mitglieder des „Stoßtrupps Hitler" verurteilt, darunter der heutige Münchener Oberbürgermeister Karl Fiehler und Julius Schaub, seit Jahren der ständige Begleiter des Führers.

Sonderprozesse gegen nationalsozialistische Unterführer und die Mitglieder des „Stoßtrupps Hitler"

Wie wenig eine Idee durch Gewaltmaßnahmen zu vernichten ist, bewies jedoch bereits das Jahr 1924. Die Bewegung Adolf Hitlers, Ausdruck der gesündesten und anständigsten Empfindungen des deutschen Volkes, erfocht mit der Niederlage vom 9. November einen geistigen Sieg. Denn diese Niederlage und vor allem der anschließende Hitlerprozeß erweckten in zahllosen Deutschen bisher schlummernde Erkenntnisse. Die starke propagandistische Wirkung des Hitlerprozesses zeigte sich mit aller Deutlichkeit in den Wahlen der ersten Jahreshälfte 1924. Ueberall bildeten sich völkische Listen mit mehr oder weniger starker nationalsozialistischer Betonung und erreichten zum ersten Male beachtliche Stimmenzahlen. Wobei außer Frage steht, daß die Wähler bei der Stimmabgabe unter der Wucht der jüngst erlebten Ereignisse in Wirklichkeit lediglich an Adolf Hitler und sein Wollen dachten — und keineswegs an irgendwelche völkische Gruppen oder Parteien. So brachten die Landtagswahlen der ersten Jahreshälfte 1924 folgende Ergebnisse:

Die propagandistische Wirkung des Hitlerprozesses

Völkische Wahllisten

Die Landtagswahlen der ersten Jahreshälfte 1924

Am 10. Februar bei den Landtagswahlen in Thüringen 7 Mandate der „Vereinigten Völkischen Liste" von insgesamt 72 Mandaten;

am gleichen Tage bei den Lübecker Bürgerschaftswahlen 6 Deutschvölkische Mandate von insgesamt 80;

am 17. Februar bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin 13 deutschvölkische Sitze von insgesamt 64;

am 6. April bei den bayerischen Landtagswahlen 23 Abgeordnete des „Völkischen Blocks in Bayern" von insgesamt 129 Abgeordneten;

am 4. Mai bei den Landtagswahlen in Württemberg 3 Mandate des „Völkisch-sozialen Blocks" von insgesamt 80;

am 22. Juni bei den Landtagswahlen in Anhalt 2 Mandate der Völkischen und Nationalsozialisten von insgesamt 36 Mandaten.

Insbesondere war bedeutsam, daß bei den Wahlen zum Reichstag (der am 13. März 1924 aufgelöst worden war) am 4. Mai 1924 die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" (eine Einheitsliste von Nationalsozialisten und Deutschvölkischen) fast 2 Millionen Stimmen (1924000) und damit 32 Abgeordnetensitze (von insgesamt 472) erhielt. Von diesen Abgeordneten waren damals neun Männer der NSDAP (unter ihnen Frick, Tittmann, Vahlen, Mergenthaler u. a.).

Die Reichstagswahlen im Mai 1924

Die Deutsch-völkische Freiheitspartei

Es ist hier an der Zeit, einiges über den Werdegang der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" festzuhalten: Bereits im Jahre 1922 war es in der Deutschnationalen Volkspartei zu Auseinandersetzungen über völkische Fragen gekommen. Eine kleine Minderheit hatte einen konsequent völkischen und antisemitischen Standpunkt verfochten, und als einer von ihnen (der Reichstagsabgeordnete Henning) am 19. Juli 1922 im Verlauf dieser Differenzen ausgeschlossen worden war, hatten sich ihm zwei weitere (von Gräfe und Wulle) angeschlossen. Diese drei hatten sich dann zu einer „völkischen Gruppe" zusammengeschlossen und am 16. Dezember 1922 die „Deutschvölkische Freiheitspartei" gegründet. Im Anschluß an das Verbot der NSDAP in Preußen (18. November 1922) hatte dann der preußische Innenminister am 22. März 1923 auch ein Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei ausgesprochen und als Begründung u. a. angegeben, sie sei eine versteckte Fortsetzung der NSDAP (was übrigens durchaus falsch war). Richtig ist lediglich, daß Adolf Hitler auch mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei (der u. a. führend Wilhelm Kube, Franz Stöhr und Graf Reventlow angehörten, die später zur NSDAP übergingen) Fühlung aufgenommen hat.

Verbotsorganisationen

Als im November 1923 das Verbot der NSDAP in Bayern und dann für das gesamte Reichsgebiet erfolgte, wurde in allen Teilen des Reiches versucht, die Bewegung auch organisatorisch trotz des Verbots in irgendeiner Form weiterzuführen. Eine besondere Rolle spielte hierbei auch die Deutschvölkische Freiheitspartei, die sich zum Teil mit Erfolg bemühte, als Auffangorganisation für die führerlos gewordene Gefolgschaft der NSDAP zu gelten.

„Großdeutsche Volksgemeinschaft"

Auf der anderen Seite gab es nationalsozialistische Organisationen, die eine solche Verschmelzung mit den Deutschvölkischen ablehnten. In erster Linie ist hier die noch 1923 als Ersatzorganisation für die verbotene NSDAP gegründete „Großdeutsche Volksgemeinschaft" (GVG) zu nennen, die 1924 von Julius Streicher, Hermann Esser, Philipp Bouhler (als Geschäftsführer) und Franz Xaver Schwarz (als 1. Kassierer) geführt wurde. Die Zeitung der GVG war die „Großdeutsche Zeitung", die im bekannten großen Format des „Völkischen Beobachters" erschien (und später der von Esser herausgegebene „Nationalsozialist").

„Völkischer Block in Bayern"

Im Gegensatz zur GVG gingen andere Teile der zerschlagenen NSDAP eine Ehe mit den Deutschvölkischen ein, so z. B. in Bayern im „Völkischen Block in Bayern" (mit der Zeitung „Völkischer Kurier"). — Entsprechend der GVG entstanden auch an anderen Stellen des Reiches — allerdings kleinere — Gruppen, die sich der Vereinigung mit den Deutschvölkischen widersetzten. Die führerlos

gewordene nationalsozialistische Gefolgschaft bot bald ein Bild völliger Zerrissenheit und unübersehbarer Streitigkeiten. Adolf Hitler, der in der Festung Landsberg saß, konnte von dort aus die Dinge nicht mehr leiten und insbesondere nicht die Verantwortung für das Geschehen während seiner Haft tragen. Er legte daher im Juni 1924 die Führung der Bewegung nieder. —

Adolf Hitler legt die Führung der Bewegung nieder

An Stelle der verbotenen SA wurde am 30. Mai 1924 der „Frontbann“ gegründet, der zu den Streitigkeiten innerhalb der völkischen Bewegung keine Stellung nahm, sondern allen Gruppen zur Verfügung stehen sollte. Der Frontbann wurde in der Tat in manchen Teilen des Reiches zum Träger der SA-Tradition. So wurde berühmt der Frontbann Berlin, dem Männer wie z. B. der heutige Polizeigeneral Daluege angehörten.

Der „Frontbann“

Im großen und ganzen aber wurde die innere Zerrissenheit im nationalsozialistischen und völkischen Lager immer katastrophaler. Daran änderte auch der gemeinsame Parteitag in Weimar am 16. und 17. August 1924 nichts. Die Deutschvölkische Freiheitspartei und die Teile der verbotenen NSDAP, die zunächst einer Vereinigung zugestimmt hatten, waren zur „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“ zusammengeschlossen worden — unter Führung von Ludendorff, Graefe und dem später (1932) von Adolf Hitler abgefallenen Gregor Strasser. Der Weimarer Parteitag (nicht zu verwechseln mit dem 2. Reichsparteitag der NSDAP in Weimar im Jahre 1926) verkündete unter Ludendorffs Vorsitz die „Einigung der völkischen Bewegung“. In Wirklichkeit aber verschärften sich die Gegensätze immer mehr. Die GVG und einige andere Gruppen waren von vornherein außerhalb der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung geblieben. Aber auch innerhalb dieser Organisation spitzten sich die Gegensätze zwischen den nationalsozialistischen und den deutschvölkischen Kräften immer mehr zu. Dies war letzten Endes auch unvermeidlich, weil die „Deutschvölkische Freiheitspartei“ ja tatsächlich aus einem anderen Geiste geboren war als die von Adolf Hitler geschaffene NSDAP. Die Deutschvölkische Freiheitspartei, ursprünglich eine deutschnationale Abspaltung, war grundsätzlich monarchistisch (während die NSDAP die Frage der Staatsform in diesem Zeitpunkt für unwesentlich erklärte); sie war nicht erfüllt vom Sozialismus der NSDAP, sondern bestenfalls „sozial“ wie andere bürgerliche Parteien; sie war letzten Endes reaktionär — während die NSDAP revolutionär war. Derart innerlich verschiedene Kräfte zusammenbinden zu wollen, mußte schließlich zum Mißerfolg führen.

Parteitag der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“ in Weimar

Die Gegensätze in der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“

Vor allem aber fehlte der Führer: Adolf Hitler! Und so löste sich allmählich die Gefolgschaft und Anhängerschaft der NSDAP in

Die Zersplitterung im völkischen Lager

Zank und Streit auf. Für oder gegen die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung"? Für oder gegen die Beteiligung an parlamentarischen Wahlen? Für oder gegen ... usw. In zahllosen Mitgliederversammlungen, öffentlichen Versammlungen, Tagungen, haßerfüllten Pressefehden tobten sich solche und ähnliche Streitfragen aus. Daß das Ansehen in der Oeffentlichkeit darunter ganz erheblich litt, nimmt nicht Wunder. Die im Frühjahr 1924 in aller Eile aufgebaute Wahlorganisation der „Freiheitsbewegung" war keine Organisation von gediegener und zuverlässiger Festigkeit, wie sie Adolf Hitler aufgebaut haben würde, sondern stellenweise mehr eine „Improvisation", die die Wahlen selbst kaum überdauerte. Unter der moralischen Katastrophe der Planlosigkeit und Uneinigkeit schmolzen nun auch die zwei Millionen Wahlstimmen dahin. Die Landtagswahlen der zweiten Jahreshälfte 1924 ergaben folgendes Bild:

Der Rückgang

Die Landtagswahlen der zweiten Jahreshälfte 1924

Am 26. Oktober bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg 3 Mandate des „Völkischen Blocks" von insgesamt 160 Mandaten;

am 9. November bei den Landtagswahlen in Anhalt 1 Mandat der Deutschvölkischen und Nationalsozialisten von insgesamt 36;

am 7. Dezember bei den preußischen Landtagswahlen von insgesamt 450 Abgeordneten 11 völkische (darunter der erste Nationalsozialist des preußischen Landtags Heinz Haake);

am gleichen Tage bei den Landtagswahlen in Hessen 1 Deutschvölkisches Mandat von insgesamt 70;

am gleichen Tage bei den Landtagswahlen in Braunschweig 1 deutschvölkisches Mandat von insgesamt 48;

am gleichen Tage bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen 4 Deutschvölkische Mandate von insgesamt 120.

Die Reichstagswahlen im Dezember 1924

Und am gleichen Tage (7. Dezember 1924) fand die Neuwahl des am 20. Oktober erneut aufgelösten Reichstags statt, wobei die Niederlage der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung" besonders offenkundig wurde: Von den 493 Mandaten erhielt sie nur noch 14, während sie bei den Maiwahlen 32 von 472 Mandaten gehabt hatte! (Unter den 14 Abgeordneten waren nur noch 4 Männer der NSDAP.) Der moralische Zusammenbruch der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung" war offenkundig.

Die alten Nationalsozialisten blickten nach der Festung Landsberg und ersehnten den Tag, da Adolf Hitler wiederkehren und die Irrtümer des Jahres 1924 liquidieren werde. (Nach dem Urteil vom 1. April 1924 — siehe weiter oben — hätte Adolf Hitlers „Bewährungsfrist" bereits mit dem 1. Oktober beginnen sollen, war aber infolge des Einspruchs des Staatsanwalts immer wieder hinausgeschoben worden.) Endlich — am 20. Dezember 1924 — wurde Adolf Hitler aus der Festungshaft entlassen.

Adolf Hitler in Freiheit

Adolf Hitler wieder in Freiheit! Die alten Nationalsozialisten jubelten auf. Die Irrungen und Wirrungen der letzten Monate erschienen wie ein böser Traum. Die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ ging ihrer Liquidation entgegen. Am 12. Februar 1925 legten Ludendorff, Graefe und Strasser (s. o.) die „Reichsführerschaft“ nieder. Am 17. Februar zog Graefe wieder seine „Deutschvölkische Freiheitspartei“ auf. Am 27. Februar **gründete Adolf Hitler die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei neu!** (Siehe 14. Abschnitt.) Ein neuer Kampf begann.

Ende der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“

Die NSDAP neu gegründet

Dawesplan und Völkerbund

Inzwischen war in der „offiziellen deutschen Politik“ neues Unheil über die Nation hereingebrochen: Der Dawesplan!

Erstes Kabinett Marx

Das erste Kabinett Marx war am 30. November 1923 zustandegekommen. In seiner Regierungserklärung hatte der Zentrumspolitiker Marx ausgeführt, daß der Ausnahmezustand in anbetracht der Krisenlage aufrechterhalten bleiben müsse, und außerdem ein besonderes Ermächtigungsgesetz gefordert, das ihm dann vom Reichstag bewilligt worden war. — Am 22. Dezember 1923 war der Reichswährungskommissar Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten (unter Beibehaltung seiner bisherigen Funktionen) ernannt worden. — Am 4. Januar 1924 hatte die bayerische Regierung in einer umfangreichen Denkschrift an die Reichsregierung ihre partikularistischen Wünsche zum Ausdruck gebracht und eine „föderalistische“ Ausgestaltung der Weimarer Verfassung gefordert. Die Reichsregierung war in Verhandlungen darüber eingetreten und hatte durch nachgiebige Haltung eine Einigung erzielt, sodaß dann am 18. Februar 1924 der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern beigelegt und Kahr und Lossow zurückgetreten waren. — (Zur gleichen Zeit war nach der Erstürmung des Pirmasenser Bezirksamtes der Separatismus endgültig gebrochen worden — siehe 9. Abschnitt.)

Föderalistische Denkschrift Bayerns

Aufwertung

Am 14. Februar 1924 hatte die Reichsregierung durch die „3. Steuernotverordnung“ eine geringfügige Aufwertung der in der Inflation vernichteten Vermögen durchgeführt — und zwar grundsätzlich (bei Vermögensanlagen, Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden, Reallasten) auf 15 Proz. des Goldwertes. Die Zahlung dieser aufgewerteten Beträge sollte allerdings nicht vor dem 1. Januar 1932 verlangt werden können. (Am 26. März und am 14. Mai 1925 wurde dann noch in bestimmten Fällen eine Erhöhung der Aufwertung auf 25 Proz. durchgeführt.)

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Am 22. Februar 1924 war in Magdeburg das berüchtigte „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegründet worden. Es sollte ein dem „Schutze der Republik und der Weimarer Verfassung“ dienender Wehrverband sein und wurde in dieser Form überall im ganzen

Reiche aufgezogen — unter Unterstützung von SPD, Zentrum und Demokraten, wobei allerdings der sozialdemokratische Einfluß bei weitem der stärkste war und die beiden anderen Partner bald völlig ausschaltete. Immer mehr wurde das Reichsbanner zur rein marxistischen Terrororganisation gegen das völkische Erwachen Deutschlands.

Die furchtbarste Knebelung des deutschen Zukunftswillens aber wurde der „Dawesplan", der damals — zunächst als Projekt — auftauchte: Die Reparationskommission hatte internationale Sachverständigenausschüsse mit der Ausarbeitung von Berichten und Vorschlägen betr. die deutsche Wirtschaft beauftragt. Der von dem amerikanischen Sachverständigen Dawes (völlig unsinnigerweise damals „General Dawes" genannt) unterzeichnete Bericht vom 9. April 1924 brachte grundsätzliche Vorschläge über die Hereinbringung der Reparationszahlungen, wobei er unter Ausschaltung aller politischen Gesichtspunkte alle Fragen lediglich von der Wirtschaft her betrachten wollte. Der Plan sah zur Zahlung der Reparationen folgende Maßnahmen vor: Das Sachverständigengutachten (Dawes-Gutachten)

Umwandlung der **Reichsbahn** in eine selbständige Gesellschaft, die mit einer Obligationsschuld in Höhe von 11 Milliarden Goldmark für Reparationszwecke belastet wird und laufend Zahlungen an die Reparationsgläubiger abführt. — Belastung der deutschen **Industrie** in gleicher Weise. — Verpfändung der **Zölle**, der Steuern auf Bier, Zucker, Tabak und des Branntweinmonopols zugunsten der Reparationszahlungen. — Erhöhung der deutschen Zahlungen nach dem 6. Jahr, wenn nach dem sogenannten „**Wohlstandsindex**" der Wohlstand Deutschlands wächst. — Fortbauer der deutschen **Sachlieferungen**. (Damit Deutschland diese Sachleistungen, die Besatzungskosten usw. **bezahlen** kann, soll es eine **Anleihe** von 800 Millionen Goldmark bekommen — die sogenannte „**Dawesanleihe**".) — Deutsche **Goldnotenbank** unter **ausländischer Kontrolle**. — **Transferschutz**: Deutschland hat seine Verpflichtungen in deutscher Währung an den „Reparationsagenten" zu leisten, während das „Transferkomitee" (unter Vorsitz des Reparationsagenten) die Aufgabe hat, diese Zahlungen in ausländische Währung zu übersetzen und dabei dafür Sorge zu tragen, daß nicht **mehr** „übersetzt" wird, als es die Stabilität der deutschen Währung verträgt. Das Uebersteigende soll einem Reparationsfonds einverleibt werden; erreicht dieser die Höhe von 5 Milliarden Goldmark, so sollen die deutschen Zahlungen so weit und so lange herabgesetzt werden, daß dieser Fonds 5 Milliarden Goldmark nicht übersteigt.

Dieser „Dawesplan" gab der Reichsregierung Veranlassung, am 16. April 1924 ihre **Bereitschaft zur Mitarbeit** an diesen „Sachverständigenplänen" zu erklären. Während der Schöpfer der Rentenmark, Dr **Helfferich** (der dann am 23. April 1924 bei einem Eisenbahnunglück — bei Bellinzona — getötet wurde), den Dawesplan mit Recht als ein „Zweites Versailles" **ablehnte** — und mit ihm **alle**, die die deutsche Zukunft nicht verkaufen wollten. Stellungnahme der deutschen Regierung

Deutsch-nationale Forderungen

Die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 (siehe 12. Abschnitt) war dafür ein deutliches Symptom. Das Kabinett Marx trat zurück, und die Deutschnationalen (die von 65 auf 96 Mandate gestiegen waren) verlangten nun, bei der Regierung beteiligt zu werden. Um der Ministersessel willen erklärten sie, nicht grundsätzlich gegen den Dawesplan eingestellt zu sein (!!), sondern lediglich einige Vorbehalte machen zu müssen. Trotzdem scheiterten letzten Endes die „hoffnungsvollen" Koalitionsverhandlungen, und am 3. Juni 1924 wurde das zweite Kabinett Marx (auf der gleichen Grundlage wie das erste) gebildet.

Zweites Kabinett Marx

Londoner Konferenz

Am 16. Juli 1924 begann die Londoner Konferenz, bei der die „Gläubigerstaaten" über den Dawesplan berieten. Am 27. Juli einigte man sich endlich dahin, auch das Opfer dieser Verhandlungen an der Konferenz teilnehmen zu lassen, und lud Deutschland ein. Mit einer Vollsitzung am 5. August in Gegenwart der deutschen Vertreter (Marx, Stresemann, Luther) begann so der zweite Teil der Konferenz. Da das von den Franzosen Anfang 1923 widerrechtlich besetzte Ruhrgebiet (siehe 9. Abschnitt) immer noch nicht von den französischen Truppen geräumt worden war, kam es u. a. über diesen Punkt zu längeren Auseinandersetzungen. Trotz aller Vorstellungen ließ sich Frankreich lediglich zu der Zusage bewegen, ein Jahr nach Anwendung des zur Zeit beratenen Sachverständigengutachtens die Räumung des Ruhrgebietes vorzunehmen. Am 16. August 1924 waren die Beratungen endlich so weit gediehen, daß die Londoner Konferenz ihre Abschlußsitzung abhalten konnte.

Die Dawesgesetze

Noch im gleichen Monat arbeitete die Regierung die Gesetze aus, deren Annahme zur Durchführung des weiter oben näher geschilderten Dawesplanes erforderlich war. Diese sogenannten „Dawesgesetze" waren u. a. folgende:

> Ein Ermächtigungsgesetz zur Unterzeichnung des Londoner Schlußprotokolls, zur Aufnahme der internationalen Anleihe von 800 Millionen Goldmark (Dawesanleihe) und zur Uebergabe der Reichsbahn- und Industrieobligationen an die Gläubiger; ein Gesetz zur Abänderung des Reichsbankgesetzes von 1875: Einsetzung eines Generalrates, der zur Hälfte aus Deutschen und zur anderen Hälfte aus Ausländern besteht (7 Deutsche, 1 Franzose, 1 Engländer, 1 Italiener, 1 Amerikaner, 1 Holländer, 1 Belgier, 1 Schweizer) und Ernennung eines Ausländers als Kommissar über die Kontrolle der Notenausgabe; ein Gesetz über die Industriebelastung, ein Gesetz über die Gründung der selbständigen Reichsbahngesellschaft, u. a.

Diese Gesetzentwürfe hatte die Reichsregierung jetzt dem Reichstag vorzulegen. Die im Reichstag angeblich verkörperte „Volksvertretung" sollte entscheiden über die Zukunft der Nation:

Deutschland sollte also nach dem Dawesplan die (im Jahre 1921 vorläufig auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzten — siehe 6. Abschnitt) „Reparationen" in Jahresraten von 2½ Milliarden zahlen. Das bedeutete, daß diese Tributpflicht sich über mehr als ein halbes Jahrhundert erstrecken und daß Deutschland somit zunächst für die Dauer von zwei Generationen täglich an die 7 Millionen Mark zu zahlen haben würde! Aber dieser Zeitraum konnte nach menschlichem Ermessen keineswegs ausreichen, denn wenn die letzte Rate gezahlt sein würde, müßte Deutschland an die Rückzahlung der Anleihen (siehe Dawesanleihe!) denken, die zur Erfüllung der Verbindlichkeiten im Laufe der Jahre entstehen mußten — ganz abgesehen vom Zinsendienst. Das war ja der furchtbare Wahnwitz: Deutschland mußte ständig neue Anleihen aufnehmen und Zinsverpflichtungen eingehen, um seine Tribute abführen zu können. Und es geriet im Laufe der Jahre in eine immer katastrophalere Pumpwirtschaft und Auslandsverschuldung hinein. Reich, Länder, Gemeinden und private Unternehmungen verschuldeten immer mehr, und man konnte fast den Tag errechnen, an dem in Deutschland kein Ziegelstein mehr uns gehören würde. — Der Dawesplan bedeutete weiter den Verlust der Finanzhoheit und der Verkehrshoheit. — Schließlich ist als Besonderheit noch darauf hinzuweisen, daß durch die Ausgabe von Reichsbahn- und Industrieobligationen, die zugunsten der „Gläubigerstaaten" in die Weltwirtschaft flossen, private Personen und Unternehmen Gläubiger Deutschlands wurden und so die politische Verschuldung nach und nach in eine private umgewandelt werden konnte. Das Ergebnis mußte sein, daß eines Tages keinerlei politische Revision an der deutschen Versklavung noch etwas zu ändern vermochte. — Das wesentliche aber war, daß dieser mörderische Dawesplan als eindeutig unerfüllbar zu erkennen war. Die wirtschaftlich, politisch und moralisch vernichtende Tributpflicht konnte nach diesem System nie ihr Ende finden!

Der Dawesplan

Anleihewirtschaft

Verlust von Hoheitsrechten

Private statt politischer Verschuldung

Nun hatte also der Deutsche Reichstag darüber zu entscheiden, ob sich Deutschland generationenlang unter das Tributjoch beugen und damit als Volk zugrunde gehen sollte! Und es ist bezeichnend für diesen Reichstag — wie für die Parlamente des Novemberstaates überhaupt —, daß er diese Frage bejahte! Zwar führten die nationalsozialistischen und völkischen Abgeordneten (die im Mai in den Reichstag gewählt worden waren — siehe 12. Abschnitt) einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Annahme der Dawesgesetze — aber sie wurden von der „Mehrheit" erdrückt, und ihr Mißtrauensvotum gegen die Regierung wurde abgelehnt. Und die Deutschnationalen? Sie boten das beschämendste Bild, das man sich vor-

Der Dawesplan vor dem Reichstag

Der Verrat der Deutschnationalen

stellen kann: Auf der einen Seite wollten sie vor den Wählern nicht den Nimbus der Vaterlandsverteidiger verlieren und stimmten daher mit „Nein". Auf der anderen Seite aber wollten sie keineswegs die Annahme der Dawesgesetze vereiteln — sie wollten sich vielmehr als jetzt recht stark gewordene Fraktion in den angeblich bekämpften Staat von Weimar hineinschleichen und einige Ministersessel ergattern, um ebenfalls der „Pfründen" dieses Systems teilhaftig zu werden. Nun war an sich das „Nein" der Deutschnationalen bei der Mehrzahl der Dawesgesetze eine harmlose Demonstration, da diese Gesetze trotzdem die erforderliche Mehrheit durch die anderen Parteien (ohne die Kommunisten) erhalten mußten. Anders dagegen lag der Fall bei einem Dawesgesetz, dem Eisenbahngesetz, das nämlich verfassungsändernd war und daher (laut Reichsverfassung) einer Zweidrittelmehrheit zur Annahme bedurfte (während sonst die einfache Mehrheit genügte). Hier hätte also das „Nein" der Deutschnationalen eine Ablehnung bewirkt, damit aber den gesamten grauenhaften Dawesplan überhaupt unmöglich gemacht. Diesen Erfolg aber wollten die deutschnationalen Konjunkturritter gar nicht erzielen! Und sie halfen sich: Bei der Abstimmung über das Eisenbahngesetz am 29. August 1924 stimmten 52 Deutschnationale mit „Nein", 48 Deutschnationale mit „Ja"! Die Zweidrittelmehrheit war erreicht, das Eisenbahngesetz angenommen, der Dawesplan beschlossen. Die deutschnationale Charakterlosigkeit, die das deutsche Volk aus armseligem Parteiegoismus heraus in entscheidender Stunde verriet, ist ein bezeichnendes Beispiel der damaligen parlamentarischen Regiererei — aber nur ein Beispiel von vielen!

Annahme des Dawesplans

Inkrafttreten des Dawesplans

Am 30. August 1924 wurde das Londoner Protokoll unterzeichnet; am 1. September trat der Dawesplan in Kraft — mit ihm eine Aussaugung Deutschlands von erschütternder Systematik.

Der Völkerbund

Der für die Außenpolitik Deutschlands verantwortliche Herr Stresemann hielt nun den Zeitpunkt für geeignet, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund in die Wege zu leiten. Dieser „Völkerbund" war durch die „Völkerbundsakte" des Versailler Vertrages (siehe 2. Abschnitt) von den „Siegerstaaten" unter Hinzuziehung der neutralen Staaten geschaffen worden und sollte dem „Weltfrieden" dienen. Deutschland hatte man nicht aufgenommen. In diesen Völkerbund, von dessen Bestimmungen und Praxis weiter unten noch einiges zu sagen sein wird, wollte Deutschland also nun eintreten. Am 23. September 1923 beschloß die Reichsregierung, den baldigen Eintritt Deutschlands anzustreben. Am 29. September richtete sie ein Memorandum an die alliierten Mächte über den deutschen Eintritt und stellte dabei einige Bedingungen (ständiger deutscher Ratssitz;

Deutsches Memorandum über einen Eintritt in den Völkerbund

Teilnahme Deutschlands am Mandatssystem, d. h. Zuweisung einiger seiner ehemaligen Kolonien; Nichtteilnahme Deutschlands an militärischen Bundesexekutionen, solange Deutschlands Waffenlosigkeit gegenüber dem hohen Rüstungsstand der anderen besteht usw.). England und Frankreich antworteten, sie hätten gegen einen ständigen deutschen Ratssitz nichts einzuwenden, erwarteten jedoch einen deutschen Aufnahmeantrag ohne Bedingungen.

Inzwischen traten in der deutschen Innenpolitik erneute „parlamentarische Schwierigkeiten" auf. Der Reichstag wurde am 20. Oktober 1924 durch den Reichspräsidenten Ebert aufgelöst und am 7. Dezember neu gewählt (wobei die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" die im 12. Abschnitt erwähnte katastrophale Wahlniederlage erlitt!). Das Reichskabinett (zweites Kabinett Marx) beschloß am 10. Dezember seinen Rücktritt für den 15. Dezember.

Rücktritt der Regierung

Magdeburger Prozeß

Einen Tag vorher — am 9. Dezember — hatte in Magdeburg ein Prozeß begonnen, der von erheblicher politischer Bedeutung war. Reichspräsident Ebert hatte gegen einen Schriftleiter Rothardt Beleidigungsklage erhoben, da dieser ihm im Zusammenhang mit dem Munitionsarbeiterstreik (im Januar 1918 — siehe 1. Abschnitt) Landesverrat vorgeworfen hatte. (Ebert hatte sich damals an der Streikleitung beteiligt und insbesondere auch bei einer Kundgebung in Treptow zu den Streikenden in anfeuerndem Sinne gesprochen.) Dieser „Magdeburger Prozeß" wurde zur erneuten Bestätigung des marxistischen Dolchstoßes von 1918. Das Urteil vom 23. Dezember 1924 verurteilte zwar Rothardt wegen „formaler Beleidigung", stellte aber im übrigen — unter dem Wutgeheul der gesamten schwarzrotgelben und roten Presse — fest, daß Ebert Landesverrat im Sinne des Strafgesetzbuches begangen hat! Immerhin kein gerade alltägliches Symptom eines „Staates", daß seinem „Oberhaupt" der Landesverrat gerichtlich bescheinigt wird. —

Korruptionsskandale

Es paßt in diesen schmutzigen Rahmen, daß die Republik von Weimar während ihres unseligen Bestehens einen Korruptionsskandal nach dem anderen erlebte. Ostjüdische Namen wie Kutisker, Barmat, Sklarek sind noch in trauriger Erinnerung. Und dabei handelt es sich hier nur um wenige der bekanntesten Korruptionsskandale, deren wirkliche Zahl Legion war. Ostjüdische Hochstapler konnten sich in diesem Deutschland einnisten, das Volk um Millionen begaunern und „große Männer" werden. Und griff sich dann ausnahmsweise einmal ein Staatsanwalt (der den Mut hatte, nicht um seine „Karriere" zu bangen) einen solchen Gauner, dann stellte sich regelmäßig heraus, daß hohe und höchste Würdenträger bis über die Ohren in diesen schmutzigen Geschäften mit drin staken. Um die gleiche

Der Barmat-Skandal

Zeit, als man dem „Landesvater“ Ebert seinen Landesverrat bescheinigen mußte, erlebte die deutsche Oeffentlichkeit den unglaublichen Korruptionsskandal der ostjüdischen Gebrüder Barmat, der dem deutschen Volke viele Millionen gekostet hatte. In dem Schloß der Barmats auf Schwanenwerder (am Wannsee bei Berlin) hatten die Größen der Weimarer Republik mit Vorliebe verkehrt, und als der Barmatskandal ruchbar wurde, stellte sich heraus, daß der dem Zentrum angehörende Reichspostminister Dr. Hoefle derart in die jüdischen Barmatgeschäfte hineinverwickelt war, daß er am 9. Januar 1925 seinen Rücktritt erklären mußte. So mancher der „Großen“ dieses Staates mußte vor und nach ihm die politische Wahlstatt auf diesem wenig heroischen Wege verlassen.

Koalitionsverhandlungen

Inzwischen hatten sich die Koalitionsverhandlungen um die Bildung einer neuen Regierung recht lange hingezogen, ohne daß sich die Beteiligten über die Beute an Ministersesseln einig werden konnten. Endlich — am 15. Januar 1925 — war es so weit. Unter dem keiner Partei angehörenden Dr. Luther wurde die Regierung gebildet (erstes Kabinett Luther). Der Dawesverrat der Deutschnationalen hatte sich gelohnt: ihre Sehnsucht nach Ministersesseln wurde erfüllt. Man überließ ihnen Innen-, Wirtschafts-, Ernährungs- und Finanzministerium, während sich im übrigen Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei und das unvermeidliche „Zünglein an der Waage“, das Zentrum, am Kabinett beteiligten.

Erstes Kabinett Luther

Ebert †

Am 28. Februar 1925 starb der Reichspräsident Ebert; am 26. April wurde im zweiten Wahlgang Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. (Eine eingehendere Darstellung dieser Ereignisse folgt im 15. Abschnitt.)

Verhandlungen um die Räumung der ersten Zone

Inzwischen waren auch Verhandlungen über die Räumung des besetzten Gebiets in Gang gekommen. Die laut Versailler Vertrag jetzt fällige Räumung der Kölner Zone wurde jedoch von den Alliierten von weiteren deutschen Entwaffnungsmaßnahmen abhängig gemacht (unter Hinweis auf angebliche deutsche Verstöße gegen Versailler Bestimmungen)! Dagegen war endlich am 25. August 1925 das Ruhrgebiet und das im Wege von Sanktionen 1921 besetzte Gebiet von den französischen Truppen restlos geräumt worden.

Kurze Zeit darauf sollte es zu einer neuen internationalen Konferenz, deren man so viele erlebte, kommen: Am 5. Oktober 1925 begann die Konferenz von Locarno, an der als Deutschlands Vertreter Luther und Stresemann (der nach wie vor Außenminister blieb) teilnahmen, und die am 16. Oktober mit dem „Pakt von

Konferenz von Locarno

Locarno-Pakt

Locarno" zwischen Frankreich, England, Italien, Belgien und Deutschland schloß, in dessen Artikel 1 es heißt:

> „Die hohen vertragschließenden Teile garantieren, jeder für sich und insgesamt, in der in den folgenden Artikeln bestimmten Weise die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen Status quo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführung festgesetzt sind. . ."

Dieser „Sicherheitspakt" sollte der Aufrechterhaltung der augenblicklichen französisch-deutschen und belgisch-deutschen Grenze, der erneuten Anerkennung der „entmilitarisierten Zone" im Rheinland, der Schlichtung aller Streitigkeiten auf friedlichem Wege und schließlich einem „neuen Geiste des Vertrauens und der Zusammenarbeit" dienen — was Frankreich nicht hinderte, gleichzeitig mit Polen und der Tschechoslowakei Verträge abzuschließen, in denen diese sich verpflichteten, Frankreich zu Hilfe zu eilen, falls Deutschland diesen Pakt verletzen sollte! Die antideutsche Einkreisungspolitik Frankreichs fand somit auch durch den Locarno-Pakt keinerlei Unterbrechung.

Der „Silberstreifen"

Die Regierung sah nun — wie Stresemann es ausgedrückt hatte — einen „Silberstreifen" am Horizont auftauchen. Das Wort vom „Silberstreifen" ist während des in der Folgezeit immer furchtbarer über Deutschland hereinbrechenden Unheils noch oft in bitterem Sarkasmus ausgesprochen worden und hat in dieser schmerzlich-ironischen Form Jahre überdauert. — Schon damals waren keineswegs alle Deutschen von diesem „Silberstreifen" überzeugt. Adolf Hitler kennzeichnete ihn klar als einen grauenhaften Selbstbetrug. Und sogar die Deutschnationalen, die doch um ihrer Ministersessel willen schon alles mögliche geschluckt hatten, sahen sich gezwungen, ihre Gegnerschaft zum Locarno-Pakt zu erklären und am 25. Oktober 1925 aus der Regierung auszutreten.

Rücktritt der deutschnationalen Minister

Annahme des Locarno-Pakts

Aber am 27. November wurden die Locarno-Verträge von der Reichstagsmehrheit angenommen — und am 1. Dezember in London unterzeichnet.

Wegen des Rücktritts der deutschnationalen Minister beschloß das übriggebliebene Kabinett am 5. Dezember 1925 auch seinen Rücktritt. Nach längeren Koalitionsverhandlungen eilten dann die Demokraten zu Hilfe, um sich an Stelle der DNVP an der Regierung zu beteiligen — und so trat am 19. Januar 1926 das zweite Kabinett Luther in die politische Arena.

Zweites Kabinett Luther

Räumung der ersten Zone

Nach längerem Hin und Her, wobei Deutschland die geforderten Entwaffnungszusagen gemacht hatte, war inzwischen — am 30. No-

vember 1925 — seitens der Alliierten mit der Räumung der „ersten Zone“ (Kölner Zone) begonnen worden. Am 1. Februar 1926 war endlich die Kölner Zone geräumt (und die dortige englische Besatzung nach Wiesbaden verlegt worden). Was zum Anlaß größerer „Befreiungsfeiern“ benutzt wurde. —

Deutscher Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund

Am 8. Februar 1926 stellte Deutschland den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund. Auf das frühere diesbezügliche deutsche Memorandum (siehe weiter oben) hatte der Völkerbundsrat am 14. März 1925 geantwortet, daß sich der Eintritt Deutschlands auf dem Boden der „Gleichberechtigung“ vollziehen solle, daß aber ein deutscher Vorbehalt gegen Artikel 16 der Völkerbundssatzung (Beteiligung an militärischen Bundesexekutionen) nicht angängig sei. Beim Abschluß des Locarno-Pakts war dann bestimmt worden, daß das Inkrafttreten der Locarno-Verträge von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund abhängen solle. Als aber nun Deutschland seinen Aufnahmeantrag stellte und seine Forderung auf einen ständigen Ratssitz anmeldete, machten mehrere Staaten (darunter Brasilien) ihre Zustimmung davon abhängig, daß auch sie einen ständigen Ratssitz erhielten. Nachdem mehrere dieser Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt worden waren, flog schließlich am 8. März 1926 die Völkerbundsversammlung (bei der die Aufnahme Deutschlands hätte erfolgen sollen) trotzdem auf, da das von französischer und italienischer Seite unterstützte Brasilien von seinem Standpunkt nicht abging. Die Aufnahme Deutschlands kam damit zunächst nicht zustande. Was die deutsche Regierung nicht veranlaßte, ihr Aufnahmegesuch zurückzuziehen.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund gescheitert

Volksbegehren zur Fürstenenteignung

Inzwischen hatte sich innenpolitisch der Marxismus zu einem neuen Vorstoß in Aktion gesetzt und die völlige Enteignung der deutschen Fürsten gefordert. Das von der KPD und der SPD zu diesem Zwecke eingeleitete Volksbegehren (4. bis 17. März 1926) erreichte 12½ Millionen Eintragungen. (Schließlich lehnte der Reichstag am 6. Mai mit 236 gegen 142 Stimmen die Fürstenenteignung ab.)

Deutsch-russisches Freundschaftsabkommen

Am 24. April 1926 wurde Deutschland durch ein Deutsch-russisches Freundschaftsabkommen beglückt. Merkwürdigerweise hatte man damals offenbar folgende Vorgänge vergessen: Im Frühling 1924 verhalfen Angehörige der russischen Handelsvertretung gewaltsam (!) einem wegen Landesverrats verhafteten Kommunisten zur Flucht und bewiesen damit die enge Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei in Deutschland. Am 3. Mai 1924 untersuchte daraufhin die Berliner Polizei das Gebäude der russischen Handelsvertretung und verhaftete sieben Angestellte wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Rußland antwortete mit

diplomatischen Schritten, Protestnoten, Lahmlegung des deutsch-russischen Handels. Schließlich wurde am 29. Juli 1924 der Konflikt beigelegt, wobei sich die deutsche Regierung auch noch wegen des polizeilichen Vorgehens entschuldigte (!), während Rußland eine seiner üblichen (nie eingehaltenen) Nichteinmischungszusagen abgab. Trotzdem unterzeichnete die deutsche Regierung nun am 24. April 1926 ein Freundschaftsabkommen, in dem sich beide Vertragsgegner zu gegenseitiger Neutralität im Falle eines feindlichen Angriffs und zur Nichtbeteiligung an einem gegen den anderen Vertragspartner gerichteten wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott verpflichteten.

Flaggenverordnung

Wenige Tage danach war wieder eine „Regierungskrise" fällig: Am 5. Mai 1926 brachte die Regierung eine Flaggenverordnung heraus (Einführung der schwarzrotgoldenen Gösch in den Dienstflaggen der Reichsbehörden und Anordnung, daß die Gesandtschaften und Konsulate außerhalb Europas und — soweit es sich um Handelshäfen handelt — auch in Europa neben der schwarzrotgoldenen Reichsflagge auch die schwarzweißrote Handelsflagge — mit der schwarzrotgoldenen Gösch — zu führen hätten). Daraufhin kam es zu großer Empörung bei der „republikanischen" Presse und den schwarzrotgelben Parteien, am 12. Mai 1926 zum Sturz der Regierung — und schließlich am 17. Mai zum dritten Kabinett Marx (das die vorherigen Minister im übrigen übernahm).

Drittes Kabinett Marx

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

Allmählich reifte nun auch die Erfüllung von Stresemanns Völkerbundsplänen heran. Am 10. September 1926 wurde Deutschland feierlichst in den Völkerbund aufgenommen. Brasilien war nicht vertreten. Deutschland erhielt seinen ständigen Ratssitz. Dagegen war von den anderen deutschen Vorbehalten nicht mehr die Rede, insbesondere auch nicht von dem Vorbehalt gegen den Artikel 16 der Völkerbundssatzung, in dem es heißt:

Der Artikel 16

> „Wenn ein Bundesmitglied unter Verletzung der durch die Artikel... übernommenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet, so wird es ohne weiteres so angesehen, als hätte es eine kriegerische Handlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Diese verpflichten sich, unverzüglich mit ihm alle Handels- und finanziellen Beziehungen abzubrechen... In diesem Falle ist der Rat verpflichtet, den verschiedenen beteiligten Staaten vorzuschlagen, mit welchen Heeres- oder Seestreitkräften die Mitglieder des Bundes für ihren Teil zu der bewaffneten Macht beizutragen haben, die zur Wahrung der Bundespflichten in Aussicht zu nehmen ist... Die Bundesmitglieder .... veranlassen das Erforderliche, um den Streitkräften jedes Bundesmitgliedes, die zum Schutz der Bundespflichten zusammenwirken, den Durchgang durch ihr Gebiet zu erleichtern."

Rede Briands

In der Völkerbundsitzung vom 10. September, in der Deutschland aufgenommen wurde, sprach Briand:

„Das Zeichen des heutigen Tages ist der Friede für Deutschland und Frankreich, das will heißen: Zu Ende ist die Serie der blutigen und schmerzlichen Zusammenstöße, von denen alle Blätter der Geschichte der Vergangenheit erfüllt sind. Es gibt keinen Krieg mehr, keine brutalen gewaltsamen blutigen Lösungen, um Differenzen zu regeln, die ihrerseits selbstverständlich nicht verschwinden. Von heute an gibt es einen Richter zwischen uns, der Recht spricht. Weg die Gewehre, weg die Maschinengewehre, weg die Kanonen. Platz für die Versöhnung, für das Schiedsgericht und für den Frieden!"

Rede Stresemanns

Und Gustav Stresemann hielt eine wohlgesetzte Rede, in der er den „göttlichen Baumeister der Erde" (ein typisch freimaurerischer Ausdruck) zitierte und unter anderem über die Abrüstung ausführte:

„... Von besonderer Bedeutung für die Festigung einer Friedensordnung zwischen den Völkern sind ferner die Bestrebungen, die sich auf die Abrüstung beziehen. Die völlige Abrüstung Deutschlands ist durch den Vertrag von Versailles als Beginn der allgemeinen Abrüstung festgesetzt worden. Möge es gelingen, einer allgemeinen Abrüstung in praktischer Arbeit näherzukommen und damit den Beweis zu erbringen, daß eine starke positive Kraft den großen Idealen des Völkerbundes schon jetzt innewohnt..."

Diese Hoffnung hat sich allerdings in der Folgezeit ebensowenig erfüllt wie die in der gleichen Rede ausgesprochene Erwartung:

„... Möge die Arbeit des Völkerbundes sich auf der Grundlage der großen Begriffe Frieden, Freiheit und Einigkeit vollziehen. Dann werden wir dem von uns allen erstrebten Ziel näherkommen..."

Stets hat man damals in Deutschland den wehrlosen Partner gesehen, mit dem man machen konnte, was man wollte.

Gespräch von Thoiry

Daran hat auch das berühmte Gespräch von Thoiry über die deutsch-französische Verständigung, das Stresemann am 17. September 1926 mit Briand führte, nichts wesentliches geändert. Der damalige Plan einer sofortigen Rheinlandräumung als Gegenleistung für deutsche Hilfe bei der Frankenstabilisierung (durch Mobilisierung der Reichsbahnobligationen zugunsten Frankreichs) wurde nicht ausgeführt, da Poincaré es dann vorzog, die französische Währung aus eigener Kraft zu stabilisieren und auf die deutsche Hilfe zu verzichten — ebenso aber auch auf die Rheinlandräumung.

Der Fall Rouzier

Zehn Tage nach dem Gespräch von Thoiry schoß der französische Unterleutnant Rouzier in Germersheim auf deutsche Bewohner, von denen einer getötet und zwei weitere verwundet wurden. Für diese Art „deutsch-französischer Verständigung" hatten gesund empfindende Deutsche nicht das geringste Verständnis. Die Empörung im Volke wuchs.

Sie konnte auch nicht dadurch beschwichtigt werden, daß Stresemann neben Briand, Chamberlain und Dawes am 9. Dezember 1926 den Nobelpreis erhielt.

Stresemann erhält den Nobelpreis

Gegen Jahresschluß 1926 wurde endlich die Entwaffnung Deutschlands als endgültig durchgeführt angesehen (und am 31. Januar 1927 die Interalliierte Militärkontrollkommission aus Deutschland zurückgezogen).

Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission

Und das Jahresende 1926 beglückte das deutsche Volk außerdem schon wieder mit einer „Regierungskrise". Die Sozialdemokraten liefen erneut Sturm gegen die Reichswehr und stürzten am 17. Dezember 1926 mit Hilfe eines Mißtrauensvotums das dritte Kabinett Marx. Der Kuhhandel der Parteien um die Ministerposten konnte von neuem einsetzen.

Sturz des dritten Kabinetts Marx

Die neuerstandene NSDAP

Wenn man diesen wüsten Regierungswirrwarr vergleicht mit dem planmäßigen und klaren Weg, den die NSDAP unter Adolf Hitlers Führung in den gleichen Jahren — von 1925 an — zurückgelegt hat, dann wird sichtbar, wie bereits in dieser kleinen Oppositionsbewegung der kommende wirkliche Staat sich vorbereitete:

Grundsätzliche Richtlinie für die Neuaufstellung der NSDAP

Am 26. Februar 1925 erschien der „Völkische Beobachter“ zum erstenmal wieder nach dem Verbot. Adolf Hitler veröffentlichte in dieser Nummer die „Grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“.

Neugründung der NSDAP

Am 27. Februar Versammlung im Bürgerbräukeller, dem Schauplatz der Ausrufung der nationalen Revolution vom 9. November 1923: Adolf Hitler spricht zum ersten Male nach seiner Festungshaft wieder in München — und gründet die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei neu. Die zwischen den einzelnen Unterführern im letzten Jahre entstandenen Gegensätze brechen in sich zusammen. Bedingungslos und gläubig geloben sie dem Führer Gefolgschaft in Treue und Einigkeit. Die Begeisterung erfaßt alle alten Nationalsozialisten. Das bittere Erleben tritt hinter dem vom Führer neu geschenkten Kampfwillen und Zukunftsglauben völlig zurück.

„Großdeutsche Volksgemeinschaft“ und „Völkischer Block in Bayern“ lösen sich auf und gehen mit ihrem Mitgliederbestand in die wiedererrichtete NSDAP über. Die vier nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten lösen sich von der „Freiheitsbewegung“ und gliedern sich der NSDAP ein.

Neubau der Organisation

Der Führer beginnt den Aufbau des Apparates der NSDAP von neuem. Als alte Kämpfer und Organisatoren stehen ihm zur Seite Pg. Philipp Bouhler als Reichsgeschäftsführer, Pg. Franz Xaver Schwarz als Reichsschatzmeister, Pg. Max Amann als Leiter des Parteiverlags.

Redeverbote gegen Adolf Hitler

Sofort setzt auch der Kampf des Novemberstaates gegen ihn wieder ein. Aus nichtigen Gründen erläßt am 9. März 1925 die bayerische Regierung (Ministerpräsident Held) wegen seiner Rede zur Neugründung ein Redeverbot gegen Adolf Hitler. Fast sämtliche

Länder (mit Ausnahme von Württemberg, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig) schließen sich diesem Vorgehen an, damit dieser gefürchtete und gehaßte Redner Adolf Hitler nicht die Wahrheit ins Volk tragen kann. Aber diese Rechnung ist falsch. Adolf Hitlers Gefolgsleute springen in die Bresche. Eine von Jahr zu Jahr sich steigernde nationalsozialistische Versammlungslawine geht über Deutschland hinweg. Die nationalsozialistischen Redner sind stets unterwegs. Sie sprechen vor, während und nach der Wahl — nicht bloß in Wahlkämpfen wie die gemieteten Redner der anderen Parteien. Sie ringen nicht um Wahlstimmen, sondern um Mitkämpfer. Sie scheuen keine Mühe, kommen in die Großstadt ebenso wie in die Kleinstadt, in das Dorf ebenso wie in den Gutsbezirk. So entsteht die nationalsozialistische Rednergarde, von der der Pg. Dr. Goebbels (in seinem Buche „Kampf um Berlin" auf Seite 211) sagen konnte: Die nationalsozialistischen Redner

„... Sie (die NSDAP) verfügt über ein Rednerkorps, das in der Tat als mit Abstand das beste und schlagkräftigste im heutigen Deutschland überhaupt bezeichnet werden muß. Wir haben diese Redner nicht systematisch in die Schule genommen und sie zu großen Rhetorikern ausgebildet. Sie sind aus der Bewegung selbst herausgewachsen. Die innere Begeisterung gab ihnen Kraft und Fähigkeit, mitreißend auf die Massen einzuwirken.

Das Volk hat ein Gefühl dafür, ob ein politischer Redner das, was er sagt, selbst glaubt. Unsere Bewegung ist aus dem Nichts heraufgestiegen, und die Männer, die sich von früh an ihr zur Verfügung stellten, sind durchdrungen von der Richtigkeit und Notwendigkeit der politischen Idee, die sie in blinder Ueberzeugung vor der Oeffentlichkeit vertreten. Sie glauben das, was sie sagen, und diesen Glauben übertragen sie mit der Kraft des Wortes auf ihre Zuhörer..."

Am 29. März 1925 kämpft die NSDAP beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl für die Kandidatur Ludendorffs, beim zweiten Wahlgang am 26. April für Hindenburg (siehe 15. Abschnitt). Reichspräsidentenwahl

Am 24. Juni wird die neue Parteigeschäftsstelle in der Schellingstraße 50 in München eröffnet. Die Organisation wächst. Neue Parteigeschäftsstelle der NSDAP

Und Adolf Hitler schenkt ihr am 18. Juli das Buch, das später einmal zu dem Buch der Deutschen werden sollte. An diesem Tage erscheint der erste Band von Adolf Hitlers Werk „Mein Kampf", den er während seiner langen Festungshaft geschrieben hat. (Der zweite Band erschien etwa 1½ Jahre später am 11. Dezember 1926.) Dies Buch ist gleichzeitig Bekenntnis und Geschichte des Nationalsozialismus. Der kommende Führer Deutschlands legt hier seine Gedanken über Sinn und Aufgabe des nationalsozialistischen Kampfes Adolf Hitlers „Mein Kampf"

nieder — Kritik am Zustand und Planung der Zukunft. Dies Buch ist die **nationalsozialistische Weltanschauung**. —

Nationalsozialismus und NSDAP

Das Instrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung ist die NSDAP. Diese Tatsache ist eindeutig und klar. Unklarheiten und Verschwommenheiten in dieser Hinsicht läßt der Führer nicht zu. So lehnt er es entschieden ab, in der SA etwas anderes sehen zu können, als eine Gliederung der NSDAP — während **Röhm** sich die SA damals (in Verbindung mit dem „Frontbann" — siehe 12. Abschnitt) als selbständige Gliederung und als Schutzorganisation für die „gesamte völkische Bewegung" vorstellt. Aus dieser gegensätzlichen Einstellung heraus legt er am 1. Mai 1925 die Führung von SA und Frontbann nieder. Die SA aber wird gemäß den schon in den oben angeführten „Grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP" ausgesprochenen Willen des Führers zur Parteiorganisation, zur Schutz- und Propagandatruppe der NSDAP (nicht mehr zum Wehrverband). Damals (bei Neugründung der NSDAP) wird auch das **Braunhemd** geschaffen.

Die Stellung der SA in der NSDAP

Nach dem Rücktritt Röhms, den der Führer im Februar mit der Aufziehung der SA beauftragt hatte, gerät die zentrale Leitung der SA zunächst gänzlich in Fortfall. Die SA-Gliederungen unterstehen jetzt den Gauleitern der NSDAP. Dagegen werden am 9. November 1925 als zentral geleitete Organisation die **Schutzstaffeln** (SS) geschaffen, die die schwarze Mütze mit dem Totenkopf tragen. Die SS, die eine kleine Elitetruppe darstellen und in erster Linie dem Schutz des Führers dienen sollen, gehen in ihrer Tradition zurück auf den von **Berchtold** geführten „Stoßtrupp Hitler" des Jahres 1923. Ihr Führer ist zunächst Pg. Schreck (dann von April 1926 bis März 1927 Pg. **Berchtold**, anschließend Pg. **Heiden** — und vom 6. Januar 1929 an der **Reichsführer SS Himmler**).

Die Schutzstaffeln (SS)

Der Aufbau der Partei erfolgt planmäßig in allen Teilen des Reiches. Am Jahresende 1925 stehen neben München — Oberbayern (das zunächst von der Reichsleitung direkt geleitet wird) 23 Gaue im Reich — mit insgesamt **27000 Mitgliedern**. Das ist gewiß eine an sich kleine Zahl. Aber sie ist dennoch groß, wenn man bedenkt, daß sie (nach einem derartigen Zusammenbruch) in knapp einem Jahre geschaffen worden ist — durch die Energie des Führers und den Einsatz seiner Gefolgschaft, durch den Einsatz von Leben und Gesundheit, durch unermüdliche Propaganda und stete Kampfbereitschaft.

Die Organisation der NSDAP am Jahresende 1925

Und man soll heute, wo der Nationalsozialismus die Macht in der Hand hat, nicht vergessen, daß das **Größte** an der in der

Welt einzig dastehenden gewaltigen Organisation der NSDAP die Tatsache ist, daß diese NSDAP in einem Zeitraum von wenigen Jahren aus dem Nichts heraus geschaffen worden ist — ohne Geld, ohne Presse, ohne Beziehungen — lediglich aus dem unerschütterlichen Glauben an Deutschland und dem Willen zum Sieg, den Adolf Hitler seiner Bewegung einflößte. Aus eigener Kraft schuf sich die Bewegung durch den Opferwillen ihrer Mitglieder die notwendigen Geldmittel. Um jeden einzelnen Volksgenossen wurde gerungen — und am Jahresende 1925 waren diese 27000 gewonnen, die unter Adolf Hitlers Fahnen marschierten. —

Führertagung in Bamberg

Am 14. Februar 1926 führt Adolf Hitler eine Führertagung der NSDAP in Bamberg durch und sichert die Einheitlichkeit des nationalsozialistischen Vorgehens in allen Teilen des Reiches.

Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund

Im gleichen Monat wird mit seiner Genehmigung der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund" (NSDStB) unter Pg. Tempel gegründet. Damit beginnt die Werbetätigkeit der NSDAP auch an den Hochschulen. Unter dem Motto „Student und Arbeiter" tritt der NSDStB an die Studentenschaft heran, um auch sie für den deutschen Befreiungskampf und die Gemeinschaft aller deutschen Schaffenden, für Nationalismus und Sozialismus zu gewinnen. Die ersten „Hochschulgruppen" des NSDStB entstehen.

Die nationalsozialistische Presse

Am 1. März 1926 wird in Berlin der „Kampfverlag" als nationalsozialistischer Verlag gegründet, um der Bewegung neben dem Zentralorgan („Völkischer Beobachter") lokale Zeitungen zu schaffen. Hier erscheinen nun zunächst sieben nationalsozialistische Wochenzeitungen (Kopfblätter) für verschiedene Gaue. Andere Gaue gehen daran, sich aus eigener Kraft nationalsozialistische Wochenblätter zu schaffen. So entsteht neben der zentralen Tageszeitung „Völkischer Beobachter" eine vielgestaltige Anzahl lokal bestimmter nationalsozialistischer Wochenzeitungen.

Adolf Hitlers Antwort an die Deutschvölkischen

Das Prioritätsrecht der NSDAP

Am 19. März 1926 erscheint im „Völkischen Beobachter" Adolf Hitlers „Offene Antwort an Herrn von Graefe". Diese grundlegende Auseinandersetzung mit der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" schafft erfreuliche Klarheit. Das Prioritätsrecht der NSDAP findet seine grundsätzliche Festlegung. Adolf Hitler lehnt „Blockbildungen", gesamtvölkische „Arbeitsgemeinschaften" usw. fürderhin eindeutig ab. Nur Gemeinschaften, die unter einheitlichem Befehl stehen, sind aktionsfähig. Die NSDAP ist aktionsfähig. Ein Gremium mehrerer „selbständiger" Organisationen mit mehreren „gleichberechtigten" Führern ist aktionsunfähig. Führen soll, wer sich durchsetzt — die völkische Opposition gegen den Niedergang soll die Organisation sein, die sich im „Konkurrenzkampf" als

stärkste erweist. Nur so kann an Stelle ewig unfähiger „paritätischer" Zusammenschlüsse eines Tages die oppositionelle Einheit treten, die das System stürzt und den neuen Staat errichtet. — So geht die NSDAP unbeirrbar ihren Weg — und behält recht. Bald ist sie die völkische Bewegung, indes allen anderen „völkischen" Gruppen inzwischen der Atem ausgegangen ist. —

Die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich

Im gleichen Monat (März 1926) kommt es zu dieser Klärung auch in Oesterreich. Nach einer Spaltung der dortigen nationalsozialistischen Partei schließen sich die Hitlertreuen zusammen. Am 11. Mai 1926 unterstellen sie sich der Führung Adolf Hitlers.

Generalmitgliederversammlung der NSDAP

Die Generalmitgliederversammlung der NSDAP (beziehungsweise des „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins") am 22. Mai in München genügt den gesetzlichen Vorschriften des Vereinsrechts, indem sie Adolf Hitler einstimmig zum „Vorsitzenden" wählt. Neue Satzungen des „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins" (der vereinsrechtlichen Grundlage der NSDAP) werden angenommen und wenige Tage später im Vereinsregister eingetragen. Insbesondere aber wird auf Adolf Hitlers Veranlassung an diesem Tage über das Parteiprogramm (siehe 3. Abschnitt) der Beschluß gefaßt: Dies Programm ist unabänderlich! Fern von allen Konjunkturschwankungen geht die NSDAP unbeirrbar ihren Weg in die Zukunft.

Zweiter Reichsparteitag der NSDAP in Weimar

Und beweist am 3. und 4. Juli 1926 beim 2. Reichsparteitag der NSDAP in Weimar, daß sie schon wieder in nicht unbeachtlicher Stärke auf dem Marsch ist. Der erste nationalsozialistische Reichsparteitag nach der Neugründung der Partei! Die SA marschiert in Stärke von 6000 Mann am Führer vorbei. Der Führer verleiht ihr 8 Standarten — und der SS die Blutfahne vom 9. November 1923, die das Blut ihres gefallenen Fahnenträgers Pg. Bauriedl trägt.

Die „Hitlerjugend"

Jugendbewegung

Auf dem Weimarer Parteitag erfolgt die Gründung der „Hitlerjugend" (HJ), der Jugendorganisation, die den Namen des Führers tragen darf — der nationalsozialistischen Jugendorganisation. (Führer der HJ ist zunächst Pg. Gruber.) Und so beginnt jetzt auch das planmäßige Ringen um die Jugend. Die Kräfte der deutschen Jugend werden in der Bewegung mobilisiert. (Welche gewaltigen Kräfte in dieser deutschen Jugend stecken, hat die aus dem „Wandervogel" herausgewachsene Jugendbewegung gezeigt, die gegen Ausgang des vorigen Jahrhunderts inmitten satter Bürgerlichkeit instinktiv den Verfall spürte und sich gegen ihn zur Wehr setzte — unbewußt zwar, aber doch erfüllt vom Geiste des deutschen Volkstums, der deutschen Landschaft, des eigentlichen Deutschlands. Und wenn

es in einer Entschließung der „Freideutschen Jugend“ auf dem Hohen Meißner im Jahre 1913 hieß,

„... Die freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten...“,

so ist darin zwar die liberale Zeitgebundenheit unverkennbar, aber auch der leidenschaftliche Ernst, mit dem diese Jugend Abstand nahm gegenüber einer untergehenden bürgerlichen Welt der verlogenen und artfremden Konvention.

Die HJ als Beginn einer neuen Epoche der deutschen Jugendbewegung

Mit der Entstehung der Hitlerjugend auf dem Weimarer Parteitag beginnt nun eine neue Epoche in der Geschichte der deutschen Jugendbewegung. Die Jugend einer stählernen Romantik tritt ihren Weg an — die Jugend, die nicht mehr vom Ich, sondern ausschließlich vom Volk ausgeht — die in der Befreiung der Arbeiter der Stirn und der Faust, im Siege von Nationalismus und Sozialismus, in der Treue zum Führer ihr jugendliches Ideal sieht. —

Bedeutung des Weimarer Parteitages

Der Weimarer Parteitag gibt den Mitgliedern der NSDAP unendlich viel Kraft und Vertrauen. Sie haben den Führer gehört und gesehen. Sie haben den Marsch der braunen Kolonnen miterlebt — aus allen Teilen des Reiches. Und es hat sich gezeigt, daß gerade in den Industriegebieten — Ruhrgebiet, Sachsen — die NSDAP gewaltige Fortschritte gemacht hat.

„Illustrierter Beobachter“

Zum ersten Male erscheint der „Illustrierte Beobachter“ (in einer vierseitigen Ausgabe) und bringt die Bilder von den erhebenden Tagen in Weimar.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Oesterreichs (Hitlerbewegung)

Im August 1926 folgt eine nationalsozialistische Tagung in Passau, die die Schaffung der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs (Hitlerbewegung)“ bringt. — Und im Reich geht der nationalsozialistische Aufklärungsfeldzug unaufhaltsam weiter — eine Ortsgruppe nach der anderen entsteht — und am Jahresende 1926 hat die NSDAP bereits 49500 Mitglieder. —

Dr. Goebbels Gauleiter Berlin-Brandenburg

Der Kampf um Berlin

Als der Führer am 1. November 1926 den Pg. Dr. Goebbels, der damals im Ruhrgebiet arbeitet, mit der Führung des Gaues Berlin-Brandenburg beauftragt, setzt ein atemberaubender nationalsozialistischer Kampf um die Reichshauptstadt ein. Bei Beginn dieses Ringens ist die NSDAP zahlenmäßig noch recht schwach. Zwar wurde schon seit Jahren um Berlin gerungen, aber der in Berlin besonders starke Verschleiß an Organisationen ließ die errungenen nationalsozialistischen oder völkischen Erfolge immer wieder verblassen. In Namen wie „Olympia“ oder „Frontbann“ liegt kämpferische Tradition. Der von Wilhelm Kube geführte „Bismarckbund“ und später sein „Bismarck-Orden“ gehörten zu den

ersten völkischen Jugendorganisationen, die den Kampf um Berlin aufnahmen. Die gleichen Kämpfer standen später im „Frontbann" (wo Pg. Daluege führend tätig war) und stellten noch später den Grundstock der Berliner SA. In der Verbotszeit arbeitete außer der „Freiheitsbewegung" in Berlin die „Großdeutsche Volksgemeinschaft" unter Pg. Dr. Schlange. Nach der Neugründung der NSDAP im Jahre 1925 entstand unter seiner Leitung auch wieder ein „Gau Berlin" der NSDAP. — So hatte sich durch die Jahre hindurch ein ständiger und an Blutopfern reicher Kampf aufrechter Männer um ein deutsches Berlin abgespielt, ohne daß die Entscheidung nähergerückt wäre. Seit Jahren versuchten die Nationalsozialisten, im „roten Berlin" vorwärtszukommen. In dem Buch „Soldaten der Freiheit" von Pg. Berendt ist (auf Seite 224) die erste nationalsozialistische Versammlung in Berlin am 15. August 1921 geschildert. In dieser Schilderung, die des historischen Ereignisses wegen hier wiedergegeben sei, heißt es:

„... Die Einladungen werden versandt, verteilt, und eines Tages verkünden knallrote Plakate den erstaunten Bewohnern des noch knallroteren Berliner Ostens, daß sich die Nationalsozialisten mit dem Sozialismus auseinandersetzen wollen.

„Internationaler oder nationaler Sozialismus!" schrien die Plakate, die mehr als zahlreich Zäune, Mauern und Häuserfronten zierten...

Hermann Kretzschmann, der Einberufer dieser denkwürdigen Versammlung, rechnete zuversichtlich mit einem Erfolge. Sie werden schon kommen, die Herren Spartakisten und Syndikalisten. Die USPD- und SPD-Männer! Weniger aus Wißbegierde, als aus Freude an Radau und Spektakel. Und sie kamen in hellen Scharen. Dem Einberufer und seinen Freunden stiegen allmählich die Haare zu Berge; denn das, was sie jetzt erlebten, überstieg sogar höchste Erwartungen. 400... 500... 700.... über 800 Menschen füllten die Aula des Jahnrealgymnasiums schon lange vor der Eröffnung der Versammlung. Noch nie hatte die große graue Bildungsanstalt solche Gäste beherbergt. Und niemals wieder herrschte in den „heiligen Räumen" so dicke Luft wie damals am 15. August 1921...

Nicht selten gab man freundschaftliche Ratschläge:
„Mensch, Kleener, wat willst du denn hier? Babuffte, eht losjeht!"
„Biste och bei die Nazis, Kleener? Verdrück dir man rechtzeitig."

Es lag eine unbeschreibliche Stimmung in den hohen Fluren und Treppen...

Die Erregung der Menge flutete herüber zu der kleinen Gruppe der Nationalsozialisten (Streicher-Gruppe mit 8 Mitgliedern). Das Stimmengewirr wurde stärker, schwächer; sie grölten die Internationale, trampelten, pfiffen...

Sind das Menschen, die vor den Einberufern toben und die Internationale grölen und brüllen? Die Fenster klirren.

Kretzschmanns helle Stimme beherrscht den Saal. „Namens der Nationalsozialistischen Partei (Streicher-Gruppe), Ortsgruppe Berlin,

eröffne ich hiermit die heutige Versammlung und erteile dem Deutschgenossen Ruthmann-Leipzig das Wort."

Das war unparlamentarisch.

„Zur Geschäftsordnung!" brüllte es aus der Menge.

„Wir beantragen die Wahl eines Versammlungsleiters", meldete sich ein Geschäftsordnungsbrüller.

„So etwas gibt es bei uns nicht", schneidet Kretzschmann weitere Ausführungen ab. Verblüffung ob dieser kurzen Abfertigung. Der Redner kommt zum Wort und behandelt die Frage „Internationaler oder nationaler Sozialismus?", klar, deutlich, überzeugend. Beifall wird laut Dann ändert sich die Stimmung. Die Judenherrschaft im Sowjetparadies wird gebrandmarkt.

Die Menge heult auf, tobt: die Hölle ist los. „Kretzschmann muß an die Wand gestellt werden!" fordert der USPD-Stadtrat Stimming, und die Menge brüllt Beifall und fordert die Köpfe der Nazis. Der Hexenkessel unbeherrschter Leidenschaften kocht über. Die Versammlung fliegt auf. Stuhlbeine werden abgekappt — Krachen — Splittern — — Die Rednertribüne wird gestürmt.

Völlige Dunkelheit — Stille — atemlose Stille.

Die Geistesgegenwart des Pedells rettete die Einberufer vor der Vernichtung... Er hatte das elektrische Licht ausgeschaltet. Die unerwartete Hilfe kam zur rechten Zeit. Denn jetzt ging es erst richtig los.

Nach kurzer Stille sprang eine tobende Welle von Wutschreien, doppelt laut und wild nach der kurzen Schreckpause, aus der Versammlung auf. Das Gebrüll der Geprellten brandete hinauf zur Decke der Aula und stürzte, eine höllische Brandung, auf eine tobende, wahnsinnige Menge herab, die sich in bestialischer Wut gegenseitig zerschlug.

Eine Tragikomödie, wie sie das wirkliche Leben selten duldet, spielte sich dort in dem dunkeln Saale ab. Genossen prügelten sich gegenseitig in der Annahme, den Gegner vor sich zu haben; zu dem Wutgebrüll der einen kam das Wehgeschrei der anderen. Ja, es war nicht gerade einfach, acht Nationalsozialisten aus 800 Menschen herauszufinden, die sich in einem dunkeln Saal mit Erfolg zu prügeln versuchten.

Die Nationalsozialisten verlassen leiblich heil diese erste Schlacht im Kampfe um Berlin. ...." —

Am 1. November 1926 also übernimmt Pg. Dr. Goebbels den Kampf um Berlin. Er gestaltete die NSDAP zur schlagkräftigen Truppe und geht bald zum Angriff gegen den Marxismus über, dessen Parole „Berlin bleibt rot!" nach dem Willen der Nationalsozialisten keine ewige Gültigkeit behalten soll. Mit neuartigen und aufsehenerregenden Plakaten wendet sich die NSDAP an die Oeffentlichkeit. Im Februar 1927 lesen die Berliner auf großen Plakaten:

Die Pharus-Schlacht

„Der Bürgerstaat geht seinem Ende entgegen. Ein neues Deutschland muß geschmiedet werden! Arbeiter der Stirn und der Faust, in Deine Hände ist das Schicksal des deutschen Volkes gelegt. Am Freitag, dem 11. Februar, Pharus-Säle! Thema: „Der Zusammenbruch des bürgerlichen Klassenstaates."

Die „Pharus-Säle" im Berliner Norden sind als kommunistische Hochburg bekannt. Und der kommunistische Mordterror rüstet zur Abwehr dieser „Provokation". Aber es kommt anders: Als Dr. Goebbels am 11. Februar 1927 in den Pharus-Sälen vor einer erdrückenden kommunistischen Uebermacht spricht, als die „Kommune" zum blutigen Angriff auf die wenigen Nationalsozialisten übergeht — da schlägt der Saalschutz, die Berliner SA unter Pg. Daluege, die Kommunisten in zähem, erbittertem Kampfe in die Flucht. Trotzdem sie eine ganze Reihe Schwer- und Leichtverletzter zu beklagen haben, behaupten die Nationalsozialisten siegreich das Feld. An diesem Abend, an dem Dr. Goebbels das Wort vom „unbekannten SA-Mann" zum ersten Male ausspricht, erringt sich die NSDAP die haßerfüllte Achtung des marxistischen Gegners und beweist durch ihr Auftreten, daß sie von einer Idee beseelt ist, die sie zum äußersten entschlossen macht. Die „Pharus-Schlacht" wird so auch für die Folgezeit, die noch viele Blutopfer und vor allem eine große Zahl Todesopfer fordert, von ausschlaggebender Bedeutung.

Adolf Hitler spricht zum erstenmal in Berlin

Am 1. Mai 1927 spricht Adolf Hitler zum ersten Male in Berlin — und da immer noch das Redeverbot gegen ihn besteht: in geschlossener Mitgliederversammlung im „Clou" — vor 5000! Die Berliner Nationalsozialisten jubeln ihrem Führer zu. Die staatlichen Schikanen — des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörrgiebel und vor allem des jüdischen Vizepolizeipräsidenten Bernhard Weiß (genannt „Isidor") — können sie nicht wankend machen.

Verbot der Berliner NSDAP

Auch dann nicht, als die NSDAP verboten wird. Am 4. Mai 1927 nationalsozialistische Massenversammlung mit Dr. Goebbels im Kriegervereinshaus. Als ein übler Provokateur, ein ehemaliger „Pfarrer" Stucke, wegen seines skandalösen Benehmens von der SA mit Recht an die frische Luft befördert wird, löst die Polizei die Versammlung auf. Am nächsten Tage stürzt sich wie auf ein Kommando die Berliner Presse mit Wutgeheul auf die NSDAP. Und am gleichen Tage noch verbietet der Polizeipräsident die Berliner NSDAP!

Tod und Terror konnten die Nationalsozialisten nicht in ihrem Marsch aufhalten — auch das Verbot vermag nichts gegen den unbeugsamen nationalsozialistischen Willen. „Trotz Verbot nicht tot!" wird zur Parole der Berliner Nationalsozialisten. Auf zahlreichen Wegen geht die Aufklärungsarbeit weiter. Z. B. veranstaltet nun Wilhelm Kubes „Völkisch-sozialer Bund" Versammlungen, in denen Dr. Goebbels seine Reden als „Diskussionsreden" halten kann — da Veranstaltungen der NSDAP verboten sind. Ein ge-

rechtes Schicksal hat die Machthaber dieses Systems mit Blindheit geschlagen und sie den Zeitpunkt restlos verpassen lassen, in dem eine Unterdrückung der NSDAP vielleicht noch möglich gewesen wäre.

„Der Angriff"

Am 4. Juli 1927 erscheint zum erstenmal das Blatt des Berliner Gauleiters „Der Angriff" und nimmt den Kampf auf dem Gebiete der Presse auf. (Am 31. März 1928 wurde schließlich das Verbot der NSDAP in Berlin aufgehoben. Und am 30. September 1928 war die Berliner NSDAP so weit, daß sie zum erstenmal eine Massenversammlung im Sportpalast durchführen konnte, in der Dr. Goebbels sprach.) —

Erste Sportpalastversammlung der NSDAP in Berlin

Aufhebung der Redeverbote gegen Adolf Hitler in Sachsen und Bayern

Auch im übrigen Reich setzt sich die NSDAP immer stärker fest. Am 1. Februar 1927 fällt das Redeverbot gegen Adolf Hitler in Sachsen, am 5. März ebenso in Bayern.

Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten scheiden aus der „Völkischen Arbeitsgemeinschaft" aus

Kube, Stöhr und Reventlow stoßen zur NSDAP

Am 15. Februar 1927 verschwindet die letzte Beziehung zu den „Deutschvölkischen". Im Juni 1925 war zwischen den nationalsozialistischen und den deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten die „Völkische Arbeitsgemeinschaft" gebildet worden. Die nationalsozialistischen Abgeordneten verlassen jetzt diese Arbeitsgemeinschaft. Kurze Zeit danach treten die bisher deutschvölkischen Abgeordneten Wilhelm Kube, Franz Stöhr und Graf Reventlow zur NSDAP über, da sie als Nationalisten und Sozialisten erkennen, daß hier die Front steht, an der um die deutsche Zukunft gerungen wird. Um die gleiche Zeit erfolgt die Eingliederung der württembergischen „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung" in die NSDAP.

NSDAP.-Verbote in Köln und Neuwied

Wie das Berliner NSDAP-Verbot vom 5. Mai 1927 den nationalsozialistischen Vormarsch nicht aufhalten kann, so auch nicht die NSDAP-Verbote vom 4. Mai in Köln und Neuwied. Auch die Verlängerung des Republikschutzgesetzes (am 17. Mai) kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen.

Fememordprozesse

Das herrschende System versucht krampfhaft, durch Verbote und Verleumdungen das deutsche Erwachen zu verhindern. Durch groß aufgezogene „Fememordprozesse" versucht es, seine eigenen Korruptionsskandale zu übertönen und sich gleichzeitig unbequeme Gegner vom Halse zu schaffen. Bei diesen „Fememorden" handelte es sich um Vorkommnisse bei der sogenannten „Schwarzen Reichswehr" (siehe weiter oben), die Jahre zurücklagen. Einzelne Fälle, bei denen Landesverräter und Spitzel die gerechte und militärisch übliche Strafe erhalten hatten, wurden jetzt als „Fememorde" aufgebauscht und zum Teil sogar mit Todesstrafen belegt — ein düsteres Kapitel der deutschen Justiz jener Jahre. —

Unbeirrbar geht die NSDAP ihren Weg weiter. Vom 19. bis zum

Dritter Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg

21. August 1927 findet der 3. **Reichsparteitag** der **NSDAP** in **Nürnberg** statt. (Von nun an wurden sämtliche Reichsparteitage in Nürnberg durchgeführt.) Und jetzt sind es schon **30000 SA-Männer**, die am Führer vorbeimarschieren.

Kampfbund für deutsche Kultur

Dieser Parteitag bringt auch die ersten nach außen sichtbaren Anfänge einer nationalsozialistischen Kulturpolitik mit der Gründung des „**Kampfbundes für deutsche Kultur**" unter Pg. Alfred **Rosenberg**.

Verhaftung der Berliner Parteitagsteilnehmer

Bezeichnend für den Polizeiterror des Systems folgender Vorfall: **700 Berliner Nationalsozialisten** werden (auf der Rückfahrt vom Parteitag) in **Teltow** aus der Eisenbahn heraus **verhaftet** und sämtlich in Lastautos zum Berliner Polizeipräsidium geschleift. Die propagandistische Wirkung ist stark — aber nicht für die Polizei. Das Vorgehen der Gegner macht mitunter den Eindruck organisierter Hysterie. —

Am Jahresende 1927 hat die NSDAP 72600 Mitglieder. —

Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz

Am 2. Januar 1928 wird der „Völkische Frauenorden" unter Pgn. Elsbeth **Zander** als „**Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz**" in die NSDAP eingegliedert und damit die nationalsozialistische Frauenarbeit aufgenommen.

Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der NSDAP

Am gleichen Tage wird Pg. Walter **Buch** zum Vorsitzenden des „**Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der NSDAP**" (Uschla) ernannt, der alle Differenzen unter Parteigenossen zu bereinigen hat (ab 1934 „Parteigericht").

Parteiamtliche Erläuterung zu Punkt 17 des Parteiprogramms

Bei der Werbearbeit in der Bauernschaft stößt die NSDAP immer wieder auf reaktionäre Entstellungen des **Punktes 17** ihres **Parteiprogramms** (siehe 4. Abschnitt). Adolf Hitler veranlaßt daraufhin am 13. April 1928 folgende **Parteiamtliche Erläuterung**:

Erklärung.

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften.

München, den 13. April 1928.

gez. Adolf Hitler.

Auch in der Studentenschaft kommt der Nationalsozialismus allmählich voran und kann vor allem die ersten Positionen in den studentenschaftlichen Vertretungskörpern besetzen (siehe weiter unten). Im Juli 1928 ernennt der Führer den Pg. Baldur von Schirach zum Reichsführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes. Schirach Reichsführer des NSDStB

Und endlich fällt am 28. September 1928 nach langjährigem Kampfe im Preußischen Landtag (über den weiter unten noch zu reden sein wird) unter dem Ansturm der NSDAP das preußische Redeverbot gegen Adolf Hitler. Der Gegner weiß jetzt, daß er damit den nationalsozialistischen Aufmarsch nicht mehr verhindern kann — und gibt diese Stellung preis. — Aber der Kampf geht weiter. Aufhebung des preußischen Redeverbots gegen Adolf Hitler

Hindenburgwahl und Parteienkampf

Nationalsozialistische Wahlergebnisse

Der zielbewußte organisatorische und propagandistische Weg der NSDAP fand gleichzeitig seinen Niederschlag in den Wahlergebnissen jener Jahre. Langsam, aber stetig wuchsen die Wählerzahlen der NSDAP und zeigten, daß der Nationalsozialismus unaufhaltsam die Schar seiner Anhänger vergrößerte. Diese Tatsache konnte auch nicht dadurch weggewischt werden, daß man — wie es die damals „großen Parteien" taten — die NSDAP als „Splitterpartei" zu verlachen suchte.

Ebert †

Einen Tag nach der Neugründung der NSDAP — am 28. Februar 1925 — starb, wie schon weiter oben erwähnt, der bisherige sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert.

Bei der Aufstellung der Kandidaten für die Neuwahl des Reichspräsidenten einigten sich Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung auf Jarres, während die SPD Braun aufstellte, das Zentrum Marx, die Bayerische Volkspartei Held, die Demokraten Hellpach und die Kommunisten Thälmann. Die NSDAP dagegen stellte General Ludendorff als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft auf. Der erste Wahlgang am 29. März 1925 brachte folgendes Ergebnis:

Erster Wahlgang

Jarres	10 787 870	Stimmen
Braun	7 836 676	Stimmen
Marx	3 988 659	Stimmen
Thälmann	1 885 778	Stimmen
Hellpach	1 582 414	Stimmen
Held	990 036	Stimmen
Ludendorff	210 968	Stimmen

Immerhin hatte die NSDAP damit allein 211 000 Stimmen (0,7 Prozent aller Stimmen) erhalten — einen Monat nach ihrer Neugründung — denn die Deutschvölkische Freiheitspartei hatte es fertiggebracht, nicht für ihren Fraktionskollegen Ludendorff zu stimmen, sondern sich für den Rechtskandidaten Jarres einzusetzen.

Der erste Wahlgang hatte noch keine Entscheidung gebracht, da nach der Reichsverfassung nur der Kandidat als im ersten Wahlgang gewählt anzusehen war, der mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Gelang dies keinem der Kandidaten (und wie hätte dies in dem damaligen zerrissenen Deutschland gelin-

gen sollen?), so entschied ein zweiter Wahlgang, bei dem dann einfach der als gewählt anzusehen war, der die meisten Stimmen bekam.

Kandidatur Hindenburg

Vor dem zweiten Wahlgang kam es zu neuerlichen Verhandlungen über die Kandidatenaufstellung. Da gelang es, den Generalfeldmarschall von Hindenburg zur Annahme der Kandidatur zu bewegen. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei, Wirtschaftspartei und Bayerischer Bauernbund einigten sich auf die Kandidatur Hindenburg. Adolf Hitler erklärte sich für die Wahl Hindenburgs und stellte den Propagandaapparat der NSDAP in den Dienst der Hindenburgwahl. Indes hatten sich Zentrum, Demokraten und SPD auf die Kandidatur des Zentrumsmannes Marx geeinigt, während die Kommunisten an Thälmann festhielten.

Zweiter Wahlgang

Die deutschbewußten Teile des deutschen Volkes aber sahen in Hindenburg, dem Sieger von Tannenberg, den Retter aus der Not. Nach erbittertem Wahlkampf kam es am 26. April 1925 zum zweiten Wahlgang mit folgendem Ergebnis:

Hindenburg	14 655 766	Stimmen
Marx	13 751 615	Stimmen
Thälmann	1 931 151	Stimmen.

Reichspräsident von Hindenburg

So wurde der greise Feldherr noch im Alter von 77½ Jahren Reichspräsident — der Mann, der dann als Staatsoberhaupt im Jahre 1933 das Bündnis mit Adolf Hitler, dem Führer der Nation, eingehen sollte.

Wenn auch das Amt des Reichspräsidenten nach der Reichsverfassung keine sehr ausschlaggebenden Möglichkeiten bot, die Politik zu formen, so war anderseits die Wahl Hindenburgs doch ein bemerkenswertes Symptom für den gesunden Sinn des deutschen Volkes.

Hindenburgs Amtsantritt

Und als Hindenburg am 11. Mai 1925 in die Reichshauptstadt einzog, wurde er von der Bevölkerung jubelnd begrüßt. Am 12. Mai legte er im Reichstag den Eid auf die Verfassung ab (indes die Kommunisten demonstrativ den Saal verließen) und trat sein Amt an.

Sächsische Landtagswahlen

Die nächsten fälligen Wahlen waren die sächsischen Landtagswahlen am 31. Oktober 1926: Die NSDAP erreichte dabei 37 725 Stimmen (1,6 % aller Stimmen) und 2 Mandate (von insgesamt 96).

Regierungssturz und langwierige Koalitionsverhandlungen

Sechs Wochen später stürzten die Sozialdemokraten die Reichsregierung (Drittes Kabinett Marx), die am 17. Dezember 1926 ihren Rücktritt erklären mußte (siehe 13. Abschnitt). Und nun setzte ein sechswöchentlicher parlamentarischer Kuhhandel ein, der wohl den Gipfelpunkt unter allen Koalitionsverhandlungen jener Jahre erklimmt und daher hier in wenigen Strichen wiedergegeben sei:

Zunächst beauftragte der Reichspräsident den Volksparteiler Dr. Curtius mit der Regierungsbildung, der versuchte, ein Rechts-

kabinett zu bilden. Der Versuch scheiterte aber an der Ablehnung des Zentrums, das ein Kabinett der Mitte forderte. Der Reichspräsident beauftragte daher jetzt den Zentrumsmann Dr. Marx, die Regierungsbildung zu versuchen. Diese Versuche scheiterten aber am Widerstand der Deutschen Volkspartei, die eine bürgerliche Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen forderte (während Sozialdemokraten und Demokraten sich zu Marx' Versuchen positiv gestellt hatten). Zudem erklärten die Deutschnationalen, sie würden einer Regierung der Mitte auch die stillschweigende Duldung versagen. Marx gab daher ebenfalls seinen Auftrag an den Reichspräsidenten zurück, worauf der Reichspräsident Marx wiederum ersuchte, die Regierungsbildung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Fraktionen zu versuchen. Das Zentrum gab daraufhin ein Manifest als Mindestprogramm bekannt, während es aber in Wirklichkeit geheime Richtlinien aufstellte und diese als Verhandlungsgrundlage benutzt hatte. Bei diesen Verhandlungen lehnten die Demokraten ihre Beteiligung an einem „Rechtskabinett" ab. Nunmehr machte Marx aus den Richtlinien seiner Partei ein Arbeitsprogramm für das kommende Kabinett (im Geiste der Locarno-Politik, des „Schutzes der Republik" usw.). Inzwischen aber veröffentlichten die Blätter der Deutschen Volkspartei voller Verärgerung geheime Abmachungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen über Fragen des Konkordats und der Schulpolitik. Die üblichen Dementis der Betroffenen folgten. Immerhin war unstreitig, daß das Zentrum jetzt durchaus geneigt war, in der Regierungsbildung mit den Deutschnationalen zusammenzugehen — während es dies noch kurz vorher (zu Beginn der „Koalitionsverhandlungen") abgelehnt hatte. Schließlich kam es dann auch zu einer grundsätzlichen Verständigung zwischen Zentrum, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei, — wobei den deutschnationalen Sentiments dadurch Rechnung getragen werden konnte, daß man in dem Regierungsprogramm die Worte „uneingeschränkte Anerkennung der Republik" durch die Worte „Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Verfassung" ersetzte. Nachdem nun aber die Demokraten erneut ihre Ablehnung dieses Kabinetts zum Ausdruck brachten und man doch den Demokraten Dr. Geßler als Reichswehrminister benötigte, trat dieser kurzerhand aus der Demokratischen Partei aus, womit eine weitere Schwierigkeit aus dem Wege geräumt war. Jetzt aber setzte erst ein erbitterter Streit zwischen Zentrum, DVP und DNVP um die Verteilung der Beute, um die Ministersessel, ein, sodaß auch die Ministerernennungen nur „in Raten" erfolgen konnten. Am 29. Januar 1927 wurde Marx zum Reichskanzler (viertes Kabinett Marx) ernannt, und bis zum 31. Januar war dann

Viertes Kabinett Marx

auch glücklich alles zusammengekommen: 2 weitere Zentrumsminister, 2 Ministersessel für die Deutsche Volkspartei (darunter wieder Stresemann als Außenminister), 4 Ministerposten für die hungrigen Deutschnationalen (und schließlich die Herren Dr. Geßler und Dr. Schätzel als Reichswehrminister und Reichspostminister). Was nicht hinderte, daß bereits wenige Tage später schon wieder Krach in der „Regierungskoalition" war.

Man kann sich heute kaum vorstellen, daß damals alle paar Monate in gleicher Weise „Regierungen" gebildet wurden, die natürlich kein Atom Zukunftsverantwortung hatten. Die Lenkung der Geschicke des deutschen Volkes wurde so zum egoistischen Gaunertrick. Und man kann mit Recht sagen, daß es kein Regierungssystem gibt, das derart mit der Zukunft des „betreuten" Volkes Schindluder treibt wie die „parlamentarische Demokratie". Parlamentarische Demokratie und Verantwortung

Am Tage nach der „Regierungsbildung", am 30. Januar 1927, wurde der Thüringische Landtag neu gewählt. Die NSDAP erhielt 27918 Stimmen (3,41 % aller Stimmen) und 2 Mandate von insgesamt 56. Thüringische Landtagswahlen

Bald darauf wurde den Deutschnationalen erneute Gelegenheit geboten, ihre Charakterlosigkeit unter Beweis zu stellen. Sie machten von dieser Gelegenheit selbstverständlich auch Gebrauch und stimmten am 17. Mai 1927 für die Verlängerung des Republikschutzgesetzes (die wir bereits im 14. Abschnitt erwähnten), um ihre Ministerposten behalten zu können. Daß sie damit der Knebelung jeder nationalen Opposition zustimmten, störte sie nicht. Diese merkwürdigen „Monarchisten" gingen bei ihrer Stellungnahme mit einigen nichtssagenden Redensarten sogar über die Tatsache hinweg, daß der § 23 des Republikschutzgesetzes ihrem ehemaligen Kaiser die Rückkehr nach Deutschland verbot. Die Verlängerung des Republikschutzgesetzes

Vom 13. bis zum 17. Juni 1927 tagte dann wieder einmal der Völkerbundsrat in Genf, — ohne daß Wesentliches dabei zustandegekommen wäre. Der Völkerbund bewährte sich stets nur als Instrument der „Siegerstaaten" gegen Deutschland, — nie als „gerechter Vermittler" oder gar in Konflikten irgendwo auf der Welt als erfolgreicher „Friedensstifter". An diesem Charakter des Völkerbundes konnten auch Stresemanns diesbezügliche Bemühungen so gut wie nichts ändern. Tagung des Völkerbundsrats Die Rolle des Völkerbunds

Und es ergab sich denn auch bald wieder eine Gelegenheit, mißgünstig über Deutschland herzufallen: Am 18. September 1927 weihte der Reichspräsident von Hindenburg das Tannenbergdenkmal ein (das später — im Jahre 1934 — seine letzte Ruhestätte werden Einweihung des Tannenbergdenkmals

sollte). In seiner Ansprache wandte er sich gegen die infame — Deutschland aufgezwungene — Kriegsschuldlüge und erklärte:

„... Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück! Nicht Neid, Haß oder Eroberungssucht gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinem Herzen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen! ..."

Die ausländische Presse tobte. Die Genfer Delegierten der „Siegerstaaten" erklärten die Rede für „störend". Und die deutschen „Erfüllungspolitiker" waren von ihr auch nicht sehr entzückt. Es war schon eine trostlose Zeit! —

Wahlen in Hamburg und Braunschweig

Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 9. Oktober 1927 errang die NSDAP 9754 Stimmen (1,5 %) und 2 von 160 Mandaten, bei den Braunschweiger Landtagswahlen am 27. November 10358 Stimmen (3,7 %) und 1 von 48 Mandaten.

Nationalsozialistische Fortschritte in der Studentenschaft

In wesentlich stärkerem Maße aber stiegen die nationalsozialistischen Stimmenzahlen (des NSDStB) bei den überall im Reich von Zeit zu Zeit an den einzelnen Hochschulen stattfindenden studentischen Kammerwahlen. Bereits im Sommersemester 1927 wurde zum ersten Male ein Nationalsozialist Vorsitzender einer Studentenschaft (Pg. Rühle an der Universität in Frankfurt am Main), und in der Folgezeit wurde der nationalsozialistische Einfluß in der Studentenschaft immer stärker. Und immer unangenehmer wurde diese Studentenschaft dem System, bis es schließlich zwischen der „Deutschen Studentenschaft" (DSt) und dem preußischen Kultusminister Becker zum offenen Konflikt (sogen. Verfassungskampf) kam, wobei Becker von der Studentenschaft Aufgabe ihres rassischen Prinzips (hinsichtlich ihrer nicht reichsangehörigen Mitglieder deutscher Abstammung) forderte und zu diesem Zwecke ein neues Studentenrecht ausarbeitete. Die Studentenschaft lehnte aber am 30. November 1927 in (an sämtlichen preußischen Hochschulen durchgeführten) Abstimmungen dieses Studentenrecht ab und nahm lieber den damit verbundenen Verlust der staatlichen Anerkennung in Kauf, als daß sie auf ihre völkischen Grundsätze verzichtete.

Konflikt des preußischen Kultusministers mit der Studentenschaft

Reichsreform-Bestrebungen

Dieser „Staat" verlor die Jugend — und zerbrach gleichzeitig immer mehr an seiner eigenen Planlosigkeit. Wohl zeigten sich Bestrebungen, dem Reiche eine bessere Organisation zu geben — wie die Gründung des „Bundes zur Erneuerung des Reiches" unter Dr. Luther (6. Januar 1928), die Länderkonferenz zur Beratung einer

Reichsreform (Berlin, 16. bis 18. Januar 1928) usw. Aber alle diese sich über Jahre erstreckenden Bemühungen scheiterten von vornherein an dem Widerstreit der Parteien, Länderwünsche, Interessengruppen usw. Was später (nach dem 30. Januar 1933) in wenigen Wochen bereinigt wurde, war in den vorhergehenden Jahren und Jahrzehnten nicht möglich, da es an der zielbewußten und energischen Volksführung fehlte. Der Führer, Adolf Hitler, erkannte damals schon die Zwecklosigkeit, im Rahmen des damaligen Systems Reformpläne verwirklichen zu wollen — denn dieses System war wegen seiner eigenen Unfähigkeit zum Sterben verurteilt.

Erneute Hamburger Bürgerschaftswahlen

Inzwischen erzielte die NSDAP einen weiteren Erfolg bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen (die am 19. Februar 1928 wiederholt wurden, da die vorherigen vom Staatsgerichtshof für ungültig erklärt worden waren). Sie erhielt jetzt 15060 Stimmen (2,1 %) und 3 von 160 Mandaten. —

Regierungskrise und Reichstagsauflösung

Im gleichen Monat ging auch die mühsam zusammengeleimte „Regierungskoalition" wieder kaputt, da sich Zentrum und Deutschnationale auf der einen und Deutsche Volkspartei auf der anderen Seite wegen des nicht zustande gekommenen Reichsschulgesetzes in die Haare gerieten. Am 31. März 1928 wurde der Reichstag aufgelöst und am 20. Mai neu gewählt. Die bisherigen Regierungsparteien erlitten Verluste, die Deutschnationalen sogar recht erhebliche — während die Linksparteien wesentlich zunahmen. Die NSDAP errang 809000 Stimmen (2,6 % sämtlicher Stimmen) und 12 Mandate von insgesamt 491. 12 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete („Fraktions"führer Pg. Dr. Frick) zogen jetzt in den Reichstag ein. (Die „Deutschvölkische Freiheitspartei" brachte es auf kein einziges Mandat mehr und verschwand unrühmlich von der „parlamentarischen Bildfläche" — ein Beweis, wie treffend der Führer in seiner Stellungnahme gegenüber den Deutschvölkischen (siehe 14. Abschnitt) die Situation gekennzeichnet hatte.) — Am gleichen Tage hatten auch Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt stattgefunden, bei denen die NSDAP folgende Resultate erzielte:

Reichstagswahlen

Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt

Preußen: 6 Abgeordnete von insgesamt 450;
Bayern: 9 Abgeordnete von insgesamt 129;
Württemberg: kein Mandat (später trat ein Abgeordneter zur NSDAP über);
Oldenburg: 3 Abgeordnete von insgesamt 48;
Anhalt: 1 Abgeordneter von insgesamt 36.

Der Kampf im Preußischen Landtag

Mit der Führung der 6 nationalsozialistischen Abgeordneten beauftragte Adolf Hitler den Pg. Kube, der nun gegen 444 Abgeordnete der anderen Parteien einen leidenschaftlichen und zähen

Kampf um die Redefreiheit für Adolf Hitler aufnahm. Vier Monate später fiel das Redeverbot gegen Adolf Hitler in Preußen (siehe 14. Abschnitt).

Erstes Kabinett Müller

Nach den Reichstagswahlen war es wieder einmal an der Zeit, in erneute „Koalitionsverhandlungen" um die Regierungsneubildung einzutreten, was mit dem Erfolg geschah, daß schließlich am 28. Juni 1928 dem deutschen Volke eine Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller (erstes Kabinett Müller) präsentiert wurde — auf der Grundlage der hier wieder einmal auftauchenden „Großen Koalition" (Sozialdemokraten — darunter als Reichsinnenminister Carl Severing und als Reichsfinanzminister der berüchtigte Jude Dr. Hilferding —, Demokraten, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutsche Volkspartei — u. a. wiederum vertreten durch Dr. Gustav Stresemann als Außenminister). Als Reichswehrminister war bereits seit 19. Januar 1928 der General Groener unseligen Angedenkens wieder aufgetaucht. Jetzt waren also wieder mal die Sozialdemokraten am stärksten beteiligt und freuten sich des Lebens, der Ministerposten und der mit der „Macht" verbundenen Pfründen, — während es mit dem deutschen Volk ständig bergab ging.

Kellogg-Pakt und Young-Plan

Daß Deutschland kein freier Staat mehr war, daran wurde es oft genug erinnert. Und wenn sein Sklavenhalter, der Herr Reparationsagent Parker Gilbert, zu wiederholten Malen gegenüber wirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Regierung warnend den Zeigefinger hob und sich auch am 21. Oktober 1927 wieder gegen Ausgabenerhöhungen (Beamtengehälter, Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern, Kriegsschädenschlußgesetz, das geplante Reichsschulgesetz usw.) wandte, da sie nach seiner Ansicht überflüssig und schädlich (nämlich für die Reparationsforderungen der von ihm vertretenen „Gläubiger") seien und in einem Memorandum an das Reichsfinanzministerium schrieb,

Warnendes Memorandum des Reparationsagenten

„... Das steigende Niveau der öffentlichen Ausgaben gibt dem Wirtschaftsleben bereits jetzt einen künstlichen Antrieb und droht die Stabilität des öffentlichen Finanzwesens zu untergraben. Wenn man die derzeitigen Tendenzen ungehemmt fortgewähren läßt, ist es so gut wie sicher, daß die Folgen in ernsthaftem, wirtschaftlichem Rückschlag und Depression und einer heftigen Erschütterung des deutschen Kredits im In- und Auslande bestehen können. Abhilfe kann in erster Linie dadurch geschaffen werden, daß man die gegenwärtigen Tendenzen auf übermäßiges Geldausgeben und übermäßige Kreditbeanspruchung in ihr Gegenteil verkehrt, d. h. statt dessen ein Regime strikter Sparsamkeit und geordneter öffentlicher Finanzen zur Anwendung bringt...",

so zeigte das mit erschütternder Deutlichkeit, daß Deutschland sich des Rechtes begeben hatte, nach eigenem Ermessen für seines Volkes Angelegenheiten wirtschaftlich zu sorgen. —

Sämtliche internationalen Konferenzen, „Pakte", „Protokolle" usw. der verflossenen Jahre hatten letzten Endes stets — mit Erfolg — das Ziel verfolgt, Deutschland immer stärker zu knebeln. Und wenn dieses auch militärisch völlig ohnmächtige Deutschland nun im „Kellog-Pakt" einen „Kriegsverzicht" aussprach, so entbehrt dies nicht einer gewissen Tragikomik:

Kellogg-Pakt

Am 13. April 1928 ging beim Reichsaußenminister der amerikanische Entwurf eines Kriegsverzichtsvertrages ein, den die Vereinigten Staaten von Amerika mit England, Frankreich, Japan und Deutschland abschließen wollten (unter Ermöglichung des Bei-

tritts auch für alle anderen Staaten) und über den sie mit Frankreich bereits verhandelt hatten. Am 20. April machte die französische Regierung insofern Vorbehalte, als die Ausübung des Rechtes auf „rechtmäßige Verteidigung" auf Grund der geltenden Verträge (Versailles, Völkerbundsakte, Locarno-Pakt) nicht unmöglich gemacht werden dürfe. Am 27. April übermittelte Stresemann die deutsche Zustimmung. Nachdem dann die Vereinigten Staaten am 23. Juni 1928 einen (den französischen Bedenken Rechnung tragenden) revidierten Entwurf überreicht hatten, wurde am 27. August 1928 der „Kellogg-Pakt" (dem dann fast sämtliche Staaten beitraten) von Dr. Stresemann (für Deutschland), Briand (für Frankreich) und Kellogg (für die Vereinigten Staaten von Amerika) unterzeichnet. Er lautete:

Unterzeichnung des Kellogg-Pakts

> Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Belgien, die Tschechoslowakei, England, Italien, Japan und Polen ... haben ... vereinbart:
>
> Artikel 1. Die hohen vertragschließenden Parteien erklären feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten.
>
> Artikel 2. Sie vereinbaren, daß die Regelung und Entscheidung aller Streitigkeiten oder Konflikte, die zwischen ihnen entstehen könnten, welcher Art und welchen Ursprungs sie auch sein mögen, niemals anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden soll...

Internationale Aufrüstung und deutsche Abrüstung

Es braucht kaum besonders ausgeführt zu werden, daß alle internationalen Kriegsverzichts-, Abrüstungs- und sonstigen „Friedensbestrebungen" den Stempel der Unaufrichtigkeit auf der Stirn trugen; denn gleichzeitig verstärkten die „Siegerstaaten" in ungeheuerlichstem Ausmaße ihre Rüstungen, während sie peinlichst darüber wachten, daß Deutschland wehrlos blieb. Schon dieses schreiende Mißverhältnis forderte ja zu einem Ueberfall auf Deutschland oder einer entsprechenden Drohung geradezu heraus — und stellte damit eine latente Gefahr für den Weltfrieden dar. Die deutsche Abrüstung war im Versailler Diktat als Anfang einer allgemeinen Abrüstung (auch der anderen Staaten) bezeichnet worden. Deutschland hatte nun abgerüstet und war wehrlos. Die anderen Staaten aber, die das Versailler Diktat nach wie vor als Knebelungsinstrument gegen Deutschland in Anwendung brachten, dachten gar nicht daran, nun ihre in Versailles übernommene Verpflichtung zu erfüllen und ebenfalls abzurüsten. Ein weiterer Rechtsbruch in dieser an Rechtsbrüchen so reichen Zeit — aber gleichzeitig ein Beweis für die unverrückbare Tatsache, daß ein Volk, das sich wehrlos machen läßt, letzten Endes durch keinen papiernen Vertrag dieser Erde geschützt ist. —

Verhandlungen um die Rheinlandräumung

Bei seiner Anwesenheit in Paris verhandelte Stresemann auch mit Poincaré über die Rheinlandräumung (die zweite und dritte Zone waren noch besetzt) und erfuhr bei dieser Gelegenheit den französischen Standpunkt, daß es die Räumung der dritten Zone von einer endgültigen zufriedenstellenden Klärung des „Reparationsproblems" abhängig machen wolle.

Vorverhandlungen zum Young-Plan

Bereits am 7. Juni 1928 hatte der Reparationsagent Parker Gilbert gefordert, daß die deutschen Reparationsverpflichtungen in ihrer Höhe nunmehr endlich einmal endgültig festgesetzt werden müßten. (Was bis dahin noch nicht geschehen war!) Erneute Verhandlungen — Vorbereitungen für den späteren Young-Plan — setzten ein. Am 16. September 1928 wurde dabei zwischen England, Frankreich, Italien, Belgien, Japan und Deutschland eine Einigung dahingehend erzielt, daß eine Kommission von Finanzsachverständigen zur Regelung dieser Fragen einberufen werden solle, und daß offizielle Verhandlungen über eine vorzeitige Rheinlandräumung eröffnet werden sollten (wobei Briand wiederum den französischen Standpunkt mitteilte, daß eine Rheinlandräumung erst nach befriedigender Klärung aller Angelegenheiten in Frage kommen könne).

Um die Aufgaben der Sachverständigenkonferenz

Am 25. Oktober 1928 setzten daraufhin Verhandlungen über die Aufgaben der neuen Sachverständigenkonferenz ein. Deutschland forderte eine Ueberprüfung seiner Zahlungsfähigkeit, während Poincaré die Sachverständigenkonferenz auf folgende Aufgaben beschränkt wissen wollte: Schaffung eines neuen Zahlungsplans, dessen Jahresraten den Schulden und den „Wiedergutmachungsforderungen" der „Gläubiger" entsprechen — Aufnahme einer Anleihe durch Deutschland zur „Mobilisierung" seiner Schuld (also eine noch restlosere Umwandlung der politischen Verschuldung in eine private als bisher — siehe 13. Abschnitt) — ein Ermäßigungsabkommen für den Fall, daß die Vereinigten Staaten ihren allierten Schuldnern gegenüber einen Schuldennachlaß gewähren sollten.

Kommunistisches Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau

Inzwischen war auch in der Innenpolitik wieder einiges im Gange. Die Reichsregierung hatte (im Rahmen der vom Versailler Diktat erlaubten Flottenstärke) den dringend erforderlichen Bau eines Panzerkreuzers — des „Panzerkreuzers A" — beschlossen und in die Wege geleitet. Die Kommunisten nahmen das zum Anlaß für eine größere „Antikriegsdemonstration" und inszenierten ein Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau, das folgendes Gesetz beantragte:

„Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art ist verboten."

10*

Die Sozialdemokraten kamen in eine peinliche Situation: Entsprechend ihrem wehrfeindlichen Programm und ihren Wahlversprechungen hätten sie sich an dieser Aktion beteiligen müssen. Aber was bedeuten im parlamentarischen System Programme und Versprechungen gegenüber den Ministerposten, die man gerade einzunehmen das große Glück hat. Und wie vorher die Deutschnationalen um der Ministersessel willen ein Republikschutzgesetz schluckten (siehe 15. Abschnitt), so schluckten jetzt die Sozialdemokraten den Panzerkreuzer. Diese Kost bekam der SPD nicht sehr gut und wurde ihr außerdem von den Kommunisten erheblich verargt. Aber sie blieb „standhaft" dem Volksbegehren fern, das dann auch am 16. Oktober 1928 mit nur 1,2 Millionen Eintragungen fehlgeschlagen war.

Drohende Regierungskrise wegen der Panzerkreuzerfrage

Die kommunistischen Angriffe machten die SPD aber derart nervös, daß sie sich schließlich am 14. November 1928 verpflichtet fühlte, die Einstellung des Panzerkreuzerbaus zu fordern, und damit fast eine Regierungskrise heraufzubeschwören. Schließlich wurde aber ein entsprechender sozialdemokratischer Antrag vom Reichstag abgelehnt.

Ankündigung eines Stahlhelm-Volksbegehrens auf Verfassungsänderung

Auf der anderen Seite kündigte am 22. September 1928 der „Stahlhelm" ein Volksbegehren zur Aenderung der Verfassung an und trat damit aus der Rolle eines reinen Wehrverbandes heraus, indem er versuchte, aktiv in die Politik einzugreifen — ein Versuch, der nicht immer sehr glücklich ausfiel.

Hugenberg Vorsitzender der DNVP

Einen Monat später (beim deutschnationalen Parteitag in Berlin, 20. bis 22. Oktober 1928) wurde Hugenberg als konsequenter Vertreter der „nationalen Opposition" zum alleinigen Parteivorsitzenden der DNVP gewählt — ein Vorgang, der eine offensichtliche und eindeutige Stellungnahme gegen das herrschende System und insbesondere auch seine Außenpolitik darstellte.

Annahme des Kellogg-Pakts im Reichstag

Die Reichstagsmehrheit aber nahm am 6. Februar 1929 den Kellogg-Pakt (siehe weiter oben) an.

Austritt des Zentrums aus dem Reichskabinett

Am gleichen Tage aber ging die Einigkeit der die Regierung bildenden „Erfüllungsparteien" wegen umfangreicher Streitereien um Ministerposten wieder mal zum Teufel, und das Zentrum (vertreten durch den Reichsverkehrsminister von Guérard) trat aus dem Kabinett aus.

Optimistischer 4. Jahresbericht des Reparationsagenten

Inzwischen waren die Verhandlungen über das Reparationsproblem weiter gediehen. Der Reparationsagent Parker Gilbert hatte am 1. Januar 1929 in seinem „4. Jahresbericht" aus Zweckmäßigkeitsgründen (im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen) erklärt, die Durchführung des Dawesplans sei in bester

Die deutschen Delegierten auf der Sachverständigenkonferenz — Beginn der Sachverständigenkonferenz in Paris

Ordnung und Deutschland sei in der Lage, seine Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen. Die Reichsregierung widersprach dieser Darstellung in einigen Punkten — mit wenig Erfolg. Am 9. Januar 1929 ernannte sie zu ihren Delegierten bei der Sachverständigenkonferenz den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und Generaldirektor Dr. Vögler, (zu Stellvertretern Bankier Melchior und Geheimrat Kastl). Am 11. Februar fand in Paris die erste Sitzung des Sachverständigenausschusses statt, in welcher der Amerikaner Owen Young zum Präsidenten gewählt wurde. Am 25. Februar kennzeichnete Dr. Schacht in Paris die bedrohliche deutsche Wirtschaftslage und teilte die Feststellung mit, daß die Anleihen stets wesentlich mehr Zinsenlast als wirtschaftlichen Mehrertrag erbracht haben. (Zum Beispiel seien von der Verschuldung der deutschen Landwirtschaft seit 1925 in Höhe von 7,5 Milliarden lediglich 1,5 Milliarden investiert worden, 6 Milliarden seien Verlust gewesen!)

Hugenberg-Brief nach Amerika

Einige Zeit später wandte sich Hugenberg in einem Brief (am 25. März 1929 veröffentlicht) warnend an führende amerikanische Persönlichkeiten, indem er feststellte, daß die deutschen Tributzahlungen immer erst durch vorherige Anleihen aufgebracht werden könnten.

Steigende Arbeitslosigkeit

In der Tat befand sich die deutsche Wirtschaft durchaus auf dem Abstieg. Die Zahl der Arbeitslosen war am 15. Februar 1929 auf 2,3 Millionen (Hauptunterstützungsempfänger) angewachsen.

„Krise des Parlamentarismus"

Die latente „Regierungskrise" hielt an. Auch ein allgemeiner Appell Stresemanns an die Parteien (26. Februar 1929), in dem er von der „Krise des Parlamentarismus" sprach und sich gegen die allmächtige Herrschaft der Fraktionen und gegen die Verteilung der Ministersitze nach Fraktionsstärken wandte, blieb fruchtlos. Erst am 13. April 1929 wurde die „Große Koalition" wiederhergestellt: Das Zentrum zog in Stärke von 3 Ministern wieder in das Reichskabinett ein.

Wiedereintritt des Zentrums in das Reichskabinett

Fortgang der Verhandlungen in Paris

Die Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz in Paris erbrachten geradezu ungeheuerliche alliierte Forderungen. Am 15. April 1929 überreichte Schacht ein Memorandum mit Gegenvorschlägen.

Kassenschwierigkeiten des Reiches — Gefährdung der deutschen Währung

Am 24. April traten beim Reich derartige Kassenschwierigkeiten auf, daß es bei den Großbanken einen Dreimonatskredit von 170 Millionen in Anspruch nehmen mußte. Am gleichen Tage mußte sich das Transferkomitee (siehe Dawesplan — 13. Abschnitt) mit der inzwischen eingetretenen Gefährdung der deutschen Währung befassen. — Bei den in Paris weiterlaufen-

den Verhandlungen ergaben sich für Deutschland derart schwere Bedingungen, daß der deutsche Delegierte Dr. Vögler es nicht mehr verantworten zu können glaubte, weiter teilzunehmen, und am 22. Mai 1929 seinen Rücktritt erklärte. (An seine Stelle trat Kastl.)

Rücktritt Dr. Vöglers

Am 31. Mai 1929 war endlich eine Einigung über den Young-Plan erzielt worden. Am 7. Juni wurde er in Paris von den Delegierten unterzeichnet. Der Young-Plan sieht folgende Regelung vor:

Einigung über den Young-Plan

Die Bestimmungen des Young-Plans

Deutschland zahlt in Jahresraten (Annuitäten) an die Bank für internationale Zahlungen (B.I.Z.) — nicht mehr an den Reparationsagenten — eine Summe, die den „Gegenwartswert" von 33,885 Milliarden RM hat, in Wirklichkeit aber zusammen mit den Zinsen im Laufe der Jahre 110735700000 Reichsmark (also zirka 111 Milliarden) beträgt! Die jährlichen Zahlungen (Annuitäten) betragen im Durchschnitt etwas über 2 Milliarden. Sie beginnen am 1. September 1929 und endigen am 31. März 1988! Der Transferschutz des Dawesplanes gerät in Fortfall (wodurch eine verstärkte Gefährdung der deutschen Währung eintreten muß): Von den Annuitäten genießen 660 Millionen gar keinen Transferschutz, der Rest nur im Ausnahmefall der Gefahr. Im letzten Falle muß Deutschland ein zweijähriges „Transfermoratorium" fordern. (Hinsichtlich dieses teilweise geschützten Betrages hat Deutschland im Falle der Gefährdung seiner Währung und Wirtschaft eine „Revisionsklausel".) Im Gegensatz zum Dawesplan muß nämlich Deutschland jetzt seine Zahlungen gleich in ausländischen Devisen (Zahlungsmitteln) — also bereits „transferiert" — leisten. — Außerdem hat Deutschland an Belgien noch 607,6 Millionen und an die Vereinigten Staaten von Amerika noch 1,05 Milliarden zu zahlen. — Die Sachlieferungen sollen (da sie sich nämlich praktisch zu einer immer stärkeren Gefährdung der Wirtschaft der anderen Länder ausgewirkt hatten) allmählich vermindert werden. — Deutschland hat also danach zusammen fast 113 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren zu zahlen!

Die Auswirkungen des Young-Plans

Zwei Generationen sollten also bereits im voraus tributpflichtig gemacht werden! Die damals in Deutschland Regierenden erklärten es für durchaus in der Ordnung, wenn die kommenden Generationen ebenfalls an dem über Deutschland hereingebrochenen nationalen Unglück mitzutragen hätten. Dieser verantwortungslose und naturwidrige Standpunkt steht in schärfstem Gegensatz zu der nationalsozialistischen Erkenntnis: Daß die politische Aufgabe jeder Generation die Pflicht in sich trägt, den zukünftigen Generationen die Bahn frei zu machen und damit für die Unsterblichkeit des eigenen Volkes einzustehen. Die NSDAP eröffnete daher einen klaren und eindeutigen Kampf gegen diesen Young-Plan (siehe 17. Abschnitt).

Der nationalsozialistische Standpunkt

Das parlamentarische System aber — unfähig, geschichtliche Verpflichtungen und Zukunftsaufgaben zu erkennen — tat alles, um Deutschland bis 1988 zu fesseln und die noch Ungeborenen bereits jetzt zu versklaven! —

Am 6. August 1929 begann die Haager Konferenz, die eine endgültige Aussprache der „Regierenden“ über den Young-Plan brachte, nachdem ihn die „Sachverständigen“ in Paris zusammengestellt hatten. Die vorhandenen Differenzen (z. B. zwischen Frankreich und England über die Verteilung des nicht transfergeschützten Teiles der Annuitäten) wurden beigelegt. Gleichzeitig wurde die Frage der Rheinlandräumung erneut besprochen und vereinbart: Haager Konferenz über den Young-Plan / Vereinbarungen betr. die Rheinlandräumung

> Räumung der zweiten Zone bis Ende 1929; Räumung der dritten Zone nach Ratifizierung des Young-Plans durch deutsches und französisches Parlament; Beendigung der Räumung der dritten Zone bis spätestens Ende Juni 1930.

Schließlich wurden in Einzelfragen noch einige Verzichte geleistet (so z. B. von Deutschland auf Erstattung der Besatzungsschäden) — und am 31. August 1929 stand die Konferenz am Abschluß. Das Haager Schlußprotokoll wurde unterzeichnet. — Der innenpolitische Kampf um den Young-Plan begann! Unterzeichnung des Haager Schlußprotokolls

Die innere Krise

Die Not in Deutschland war im ständigen Wachstum begriffen — und wurde von den Kommunisten weitgehendst für ihre Klassenkampfhetze ausgenutzt. Ein deutliches Symptom dieser Entwicklung war

Der blutige 1. Mai 1929

der blutige 1. Mai 1929: In Berlin kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten, insbesondere im Stadtteil Wedding, wo die Kommunisten Barrikaden errichteten und von der Polizei Panzerwagen eingesetzt wurden. Wegen der gespannten innenpolitischen Lage hatte das sozialdemokratische (!) Regime Maifeiern unter freiem Himmel verboten — ein Verbot, dem sich die Kommunisten widersetzten. Die Unruhen dauerten mehrere Tage an und forderten 19 Tote und 36 Schwerverletzte! Auch das ein bezeichnendes Symptom des großen Wandels, der 1933 in Deutschland vor sich gegangen ist: Im nationalsozialistischen Deutschland Adolf Hitlers ist der 1. Mai der nationale Feiertag aller Deutschen — unter dem marxistischen Regime war er eine blutige Haßdemonstration Deutscher gegen Deutsche. —

Verbot des „Roten Frontkämpferbundes"

Auf Grund der Unruhen wurde am 6. Mai 1929 der kommunistische „Rote Frontkämpferbund" verboten und anschließend auch in den

„Antifaschistischer Kampfbund"

anderen Ländern. (Die KPD zog bald darauf als Ersatz den „Antifaschistischen Kampfbund" — „Antifa" — auf.) —

Bombenattentate und Bauernnotwehr

Am 23. Mai 1929 wurde die gesamte Inneneinrichtung des Landratsamtes in Itzehoe durch einen Bombenanschlag zerstört. Das Geschehnis lenkte die Aufmerksamkeit auf die ständig wachsende Notlage der deutschen Bauernschaft, die durch eine irrsinnige Wirtschaftspolitik ruiniert und in Scharen wegen rückständiger Steuern von Haus und Hof vertrieben wurde. Die Bauernschaft setzte sich zur Wehr. Bauernaufmärsche unter der schwarzen Bauernfahne, Steuerstreiks, gewaltsame Verhinderungen von Versteigerungen setzten

Landvolkbewegung

ein. Und insbesondere die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein ging zum aktiven Kampf über. Der Bombenanschlag in Itzehoe blieb nicht der einzige: In Schleswig-Holstein, Lüneburg und Oldenburg kam es (noch bis in den August hinein) alle paar Tage zu Bombenattentaten, die allerdings so angelegt waren, daß sie stets nur Sachschaden hervorriefen — die aber zur Folge hatten, daß

man an den schweren Existenzkampf der deutschen Bauern ständig erinnert wurde. Die Regierung ging mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die revoltierenden Bauern vor. Der Landvolkführer Hamkens wurde verhaftet und ins Gefängnis in Neumünster eingesperrt. Bei seiner Entlassung am 1. August 1929 kam es wieder zu Landvolkdemonstrationen unter der schwarzen Fahne und zu blutigen Zusammenstößen mit der dagegen eingesetzten Polizei. Am 10. September setzten wegen der Bombenanschläge erneute Verhaftungen ein. (Auch Hamkens wurde wieder verhaftet.) Letzten Endes blieb die Landvolkbewegung gegenüber den staatlichen Machtmitteln unterlegen. Und es zeigte sich an ihr die von Adolf Hitler verkündete Tatsache, daß die Befreiung aus dem Elend nicht von einem Stand ausgehen konnte, sondern vom gemeinsamen Kampf aller deutschen Stände getragen sein mußte. Und dieser Kampf war der Kampf der NSDAP unter Adolf Hitler! —

Bauernunruhen in Neumünster

Verhaftungen wegen der Bombenattentate

Die SPD krankte immer noch an ihren „Panzerkreuzernöten" (siehe 16. Abschnitt). Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg (28. Mai 1929) bemühte sich der Reichskanzler Müller, seinen Genossen klarzumachen, daß die sozialdemokratischen Minister aus „Koalitionsgründen" für die Bewilligung der zweiten Baurate (für den Panzerkreuzer) stimmen müßten, und erreichte schließlich, daß sein Parteitag über alle Anträge zur Panzerkreuzerfrage „zur Tagesordnung" überging. Als Ersatz beschloß dann die SPD auf dem Parteitag ausgesprochen wehrfeindliche „Richtlinien zur Wehrpolitik", in denen es u. a.. heißt:

SPD, Panzerkreuzerbau und Wehrpolitik

> „Sie (die SPD) ist entschlossen, ... den stärksten Druck, selbst mit revolutionären Mitteln, gegen jede Regierung auszuüben, die es ablehnt, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen, und zum Kriege schreitet."

Im übrigen hatte die SPD auch sonst manchen Kummer mit den „Gegebenheiten des parlamentarischen Systems". Am 24. Mai 1929 beschloß das Reichskabinett die Verlängerung des Republikschutzgesetzes um drei Jahre. Am 6. Juni stimmte der Reichsrat zu. Da mußte das Unglück passieren, daß diese Gesetzesvorlage am 27. Juni im Reichstag nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (da das Gesetz verfassungsändernd ist) erhielt und damit abgelehnt wurde. Schuld daran war die Wirtschaftspartei, die dagegen stimmte — nicht aus Gegnerschaft zum Republikschutzgesetz, sondern als Revanche für eine völlig andere Angelegenheit auf wirtschaftlichem Gebiet. Nach solchen Grundsätzen „regierten" nun mal die Fraktionen. —

Ablehnung der Verlängerung des Republikschutzgesetzes

Am 9. Juli 1929 wurde der innenpolitische Kampf gegen die

„Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren"

Das „Freiheitsgesetz"

Sklaverei des Young-Plans mit der Gründung des „Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren" eröffnet, dem insbesondere NSDAP, DNVP und Stahlhelm angehörten. Dieser Reichsausschuß veröffentlichte am 12. September den Entwurf eines „Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes", über den in dem kommenden „Volksentscheid gegen den Young-Plan" abgestimmt werden sollte und der folgende endgültige Fassung erhielt:

> § 1. Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.
>
> § 2. Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß das Kriegsschuldanerkenntnis des Artikels 231 sowie die Artikel 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden. Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Haager Konferenz.
>
> § 3. Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen...
>
> § 4. Reichskanzler und Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3, Absatz 1, Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen... (also wegen Landesverrats mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren).

Sklarek-Skandal

Die Empörung der „Erfüllungsparteien" war groß, als dieser Gesetzentwurf — kurz „Freiheitsgesetz" genannt — proklamiert und in tausenden und zehntausenden Volksversammlungen gefordert und eingehend begründet wurde. Und zu ihrem Kummer wurde nun auch noch in der gleichen Zeit der jüdische Sklarek-Skandal ruchbar. Die drei jüdischen Gebrüder Sklarek — auf das engste verbunden mit den Spitzen der Stadt Berlin, unter anderem auch mit dem damaligen Oberbürgermeister Böß — hatten als Bekleidungslieferanten die städtischen Behörden und Betriebe um viele Millionen betrogen und wurden am 26. September 1929 verhaftet. In diesen neuerlichen jüdischen Korruptionsskandal wurden schließlich Würdenträger aller parlamentarischen Parteien von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen hineinverwickelt. Und das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", das — wie die Stadt Berlin — ständiger Kunde der Juden Sklarek gewesen war, wurde in der Bevölkerung mit dem Spottnamen „Sklarek-Banner" bedacht. Das Ansehen des herrschenden Systems erlitt eine weitere beträchtliche Einbuße. —

Stresemann †

Am 3. Oktober 1929 starb Dr. Gustav Stresemann an einem Schlaganfall — der Mann, der in der deutschen Außenpolitik jahre-

lang — und letzten Endes vergeblich — auf den „Silberstreifen am Horizont" gewartet hatte. An seine Stelle trat Dr. Curtius (der ebenfalls der Deutschen Volkspartei angehörte).

Inzwischen hatte die Regierung alles mögliche getan, um das Volksbegehren zum Scheitern zu bringen. Besonders in der Beamtenschaft setzte ein erheblicher gesinnungsmäßiger Druck ein, und der sozialdemokratische Reichsinnenminister Severing erklärte am 16. Oktober 1929, die Regierung lehne es ab, Beamte vor disziplinarischer Verfolgung zu schützen, die sich für das Volksbegehren und damit den § 4 (siehe oben) einsetzen würden, da dieser Paragraph eine Beschimpfung der höchsten Organe des Reiches darstelle! (Das gleiche erklärte die Regierung Preußens.) Bezeichnend ist folgendes: Die deutschnationale Fraktion beantragte beim Staatsgerichtshof in Leipzig den Erlaß einer einstweiligen Verfügung mit dem Inhalt, daß die Teilnahme preußischer Beamter am Volksbegehren keine Dienstwidrigkeit darstelle. Obwohl diese Tatsache nach der Weimarer Verfassung völlig unstreitig war, wies der Staatsgerichtshof am 23. Oktober 1929 diesen Antrag „aus formalen Gründen" zurück. Am 19. Dezember aber — längst nach Abschluß des Volksbegehrens — bequemte er sich endlich zu der notwendigen Feststellung, daß die den Beamten in der Reichsverfassung gewährleistete Freiheit der Gesinnung auch das Recht umfasse, sich in jedes zugelassene Volksbegehren einzutragen ohne Rücksicht darauf, was es für einen Inhalt haben mag.

Beamtenschaft und Young-Plan-Volksbegehren

Als das Volksbegehren am 25. November 1929 abgeschlossen wurde, hatte es 4135300 Eintragungen erreicht, also 10,02 % aller Stimmberechtigten. Es war somit erfolgreich. Die Reichsregierung legte nun das „Freiheitsgesetz" dem Reichstag vor und führte aus, daß es verfassungsändernd sei und daher im Volksentscheid die Mehrheit aller Stimmberechtigten (nicht nur die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen) erreichen müsse. In der Abstimmung im Reichstag wurde es von der Mehrheit abgelehnt — und bei der Abstimmung über den § 4 ergab es sich sogar, daß ein großer Teil der deutschnationalen Abgeordneten sich der Stimme enthielt oder gar dagegen stimmte. Eine Spaltung der Deutschnationalen Volkspartei rückte damit — durch die disziplinlose Opposition gegen den Parteivorsitzenden Hugenberg — in nächste Nähe. Vorerst kam es zu Austritten aus der DNVP und zu Ausschlußverfahren. — Und am 22. Dezember 1929 scheiterte der Volksentscheid gegen den Young-Plan, da er nur 5825082 Stimmen erreichte, also 13,81 % aller Stimmberechtigten. —

Das Volksbegehren gegen den Young-Plan

Das „Freiheitsgesetz" vor dem Reichstag

Spaltung unter den Deutschnationalen

Gescheiterter Volksentscheid gegen den Young-Plan

Inzwischen war die zweite Zone des besetzten Rheinlands von fremden Truppen geräumt worden, was am 1. Dezember 1929 durch

Räumung der zweiten Zone des besetzten Rheinlandes

entsprechende Befreiungsfeiern gewürdigt wurde. Für die innere Befreiung des deutschen Volkes von der parlamentarischen Mißwirtschaft hatten die Regierenden weniger Verständnis und legten daher (durch Reichsinnenminister Severing) am 4. Dezember dem Reichstag ein neues Republikschutzgesetz vor, was zu einer recht stürmischen Sitzung führte.

Vorlage eines neuen Republikschutzgesetzes

Den parlamentarischen Verfallserscheinungen entsprach der fortschreitende Verfall der Reichsfinanzen, zu deren Rettung das Reich einen Vertrag mit dem später als Hochstapler großen Formats entlarvten Herrn Ivar Kreuger aus Schweden schloß — einen Vertrag, dessen Durchführung von der Annahme des Young-Plans abhängig gemacht wurde: Kreuger sollte nach diesem Vertrag dem Deutschen Reich eine Anleihe von 125 Millionen Dollar gewähren und dafür das Zündholzmonopol in Deutschland erhalten.

Der Verfall der Reichsfinanzen

Kreuger-Anleihe

Gegenüber den weiteren Verzichten, die von den deutschen Vertretern auf der Haager Konferenz betr. den Young-Plan ausgesprochen worden waren, und gegenüber der finanziellen Mißwirtschaft richtete der Reichsbankpräsident Dr. Schacht ein Memorandum an die Reichsregierung, das am 5. Dezember 1929 veröffentlicht wurde und in dem es hieß:

Memorandum des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegen die Verfälschung des Young-Plans

„In dem Young-Plan habe ich in gutem Glauben und mit gutem Willen ein Vertragswerk mit aufbauen helfen, für dessen restlose Durchführbarkeit ich zwar keine Mitverantwortung übernommen habe, das aber von mir und allen anderen an der Schaffung des Planes Beteiligten als die einzige Möglichkeit angesehen wurde, die Reparationsfrage zu regeln und der Welt durch gemeinschaftliche Zusammenarbeit den Frieden wiederzugeben...

Das deutsche Volk muß erwarten, daß die ausländischen Regierungen endgültig ihre Versuche aufgeben, über den Young-Plan hinaus Sonderleistungen und Sonderverzichte aus der deutschen Wirtschaft herauszupressen. Sie müssen wissen, daß sie durch eine solche falsche Politik die Verantwortung dafür auf sich laden, wenn der Young-Plan von vornherein mit schweren Störungen zu rechnen hat und die Mobilisierung der Annuitäten gefährdet wird. Von der deutschen Regierung aber muß verlangt werden, daß sie keinerlei zusätzliche Leistungen bewilligt. Es muß ferner verlangt werden, daß sie, bevor der Young-Plan endgültig von ihr angenommen wird, Ordnung in den Haushalt von Reich, Ländern und Gemeinden bringt und die Zurückführung der Belastung des deutschen Volkes auf ein Maß vorsieht, das mit der Ertragsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vereinbar ist...

Es wäre eine Selbsttäuschung der Welt, zu glauben, wir könnten über die Young-Zahlungen hinaus noch weitere beliebige Millionen oder Milliarden zahlen oder auf Eigentumsrechte verzichten. Es wäre eine Selbsttäuschung des eigenen Volkes, zu glauben, daß es bei der heutigen oder womöglich noch gesteigerten Wirtschaftsbelastung die

Young-Zahlungen und womöglich noch zusätzliche Beträge aufzubringen in der Lage ist.

Ich will und werde nicht dazu beitragen, daß eine solche Täuschung Platz greift."

Die Reichsregierung ist wenig entzückt über dieses Memorandum, und am 12. Dezember 1929 erscheint Reichskanzler Müller vor dem Reichstag, verteidigt den Standpunkt der Regierung und legt das Finanzprogramm seines jüdischen Finanzministers Hilferding vor (das bereits am 10. Dezember — in 14 Punkte gegliedert — den Fraktionsführern vorgelegt worden war). Am Abend aber erscheint auch Dr. Schacht und erklärt, daß die Reichsbank nur dann an den Verhandlungen des Reiches mit den deutschen Banken (zwecks Erreichung eines Kredits zur Deckung des Kassendefizits) mitwirken könne, wenn der Reichstag für einen Tilgungsfonds zur Abtragung der schwebenden Schulden 500 Millionen neue Steuern bewillige. Nach längerem Hin und Her setzt sich schließlich Schacht durch, und am 19. Dezember wird seiner Forderung im wesentlichen Rechnung getragen. Hilferding tritt am 21. Dezember zurück und wird durch Moldenhauer (Deutsche Volkspartei) ersetzt. —

Das Finanzprogramm Hilferdings

Schacht gegen Hilferding

Rücktritt Hilferdings

Am 3. Januar 1930 endlich beginnt die „Haager Schluß-Konferenz", in der nochmals von gegnerischer Seite versucht wird, den Young-Plan weiter zu verschlechtern. Im Gegensatz zu den anderen deutschen Vertretern fordert Schacht die unveränderte Annahme des Young-Plans (als unteilbares Ganzes) und insbesondere den französischen Verzicht auf „Sanktionen" jeder Art. Auf der anderen Seite verlangt Frankreich Sicherungen für den Fall, daß in Deutschland eine andere Regierung ans Ruder kommen und den Young-Plan zerreißen könne — ein bemerkenswertes Symptom dafür, daß das Vertrauen in die Stabilität der deutschen Regierung nicht mehr sehr stark ist. Schließlich wird dann festgestellt, daß in einem solchen Falle der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag darüber zu entscheiden haben solle, ob deutscherseits Handlungen vorliegen, die den Willen zur Zerreißung des Planes beweisen. (Bejahendenfalls sollen dann die „Gläubiger" ihre volle Handlungsfreiheit gegenüber Deutschland zur Sicherung ihrer Ansprüche wiedererhalten.) — Und am 20. Januar 1930 ist es endlich so weit, daß das Schlußprotokoll der Haager Konferenz und der „Neue Plan" (Young-Plan) im Haag unterzeichnet werden.

Haager Schluß-Konferenz

Am 11. Februar ist die erste Lesung der Young-Gesetze vor dem Reichstag. Vergeblich fordern die Nationalsozialisten die Auflösung dieses Reichstages, um einen neuen Reichstag „gegen die Young-Knechtschaft" zu wählen. Pg. Dr. Frick (der seit 23. Januar

Die Young-Gesetze vor dem Reichstag

1930 thüringischer Innenminister ist — siehe 18. Abschnitt) warnt dringend vor der Annahme dieser Young-Gesetze, deren Tribute letzten Endes die deutsche Arbeiterschaft aufzubringen habe.

Schachts Rücktritt

Am 7. März 1930 tritt Dr. Schacht als Reichsbankpräsident zurück, da ihm dies seine abweichende Stellungnahme zum Haager Schlußprotokoll gebiete. — Und am 11. März nimmt der Reichstag den Young-Plan an. Zwei Tage später unterzeichnet ihn der Reichspräsident. —

Annahme der Young-Gesetze im Reichstag

Rücktritt des Kabinetts Müller

Die Young-Knechtschaft nimmt ihren Anfang. Kurz danach fliegt die „große Koalition" auf: In dem ständig brennender werdenden Arbeitslosenproblem können sich die Sozialdemokraten nicht mit Zentrum und Demokraten einigen. Am 27. März 1930 tritt das Kabinett Müller zurück. — Die „Aera Brüning" (siehe 19. Abschnitt) beginnt.

Siegreicher Durchbruch des Nationalsozialismus

Bei Anbruch der „Aera Brüning“ hatte die NSDAP etwa 200000 Mitglieder. Sie war in den verflossenen Jahren ständiger Regierungswechsel und innerer wie äußerer Krisen geradlinig weitermarschiert und hatte propagandistisch und organisatorisch eine Position nach der anderen erobert. Am 1. Oktober 1928 war eine neue Gaueinteilung der NSDAP erfolgt (25 Gaue — der Gau Bayern aus 6 Untergauen bestehend —, 2 selbständige Bezirke, außerdem der Landesverband Oesterreich, aus 6 Gauen bestehend), die im Reich im wesentlichen die Reichstagswahlkreise zur Grundlage nahm. Am 11. Oktober 1928 hatte Pg. Dr. Hans Frank (der als Rechtsanwalt die politischen Prozesse Adolf Hitlers führte) den „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“ gegründet, der nun die nationalsozialistische Arbeit auch in die Kreise der Juristen und Wirtschaftsrechtler trug. — Die nationalsozialistische Versammlungspropaganda setzte nie aus und steigerte die Werbekraft der Bewegung derart, daß sie bald die größten Säle Deutschlands mühelos füllte. (Am 16. November 1928 sprach Adolf Hitler zum ersten Male im Berliner Sportpalast.)

Neue Gaueinteilung der NSDAP

Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen

Nationalsozialistische Versammlungspropaganda

Als das Jahr 1929 anbrach, zählte die NSDAP 108717 Mitglieder. Das neue Jahr brachte einen weiteren organisatorischen Ausbau und weitere Festigung der Bewegung. Neben der Organisationsabteilung I, deren Arbeit der Organisation der NSDAP als Oppositionsbewegung diente, schuf Adolf Hitler die Organisationsabteilung II, die sich jetzt schon mit der Organisation des kommenden nationalsozialistischen Staates zu befassen hatte. Mit der Leitung dieser Organisationsabteilung II beauftragte der Führer den Pg. Hierl, den heutigen Reichsarbeitsführer (während die Organisationsabteilung I von dem später — im Jahre 1932 — treulos gewordenen Gregor Strasser geleitet wurde). Zum Reichspropagandaleiter ernannte der Führer den Berliner Gauleiter Pg. Dr. Goebbels, der seine geniale propagandistische Begabung bereits im Kampf um Berlin schlagend bewiesen hatte. Und in der Tat überragte die nationalsozialistische Propaganda in ihrer Wucht und Ueberzeugungskraft alles bisher Dagewesene. Keiner ihrer Gegner konnte

Organisationsabteilung II der NSDAP

Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels

sich mit ihr messen. Und das Heer der Kämpfer Adolf Hitlers wuchs unaufhaltsam.

Blutnacht von Wöhrden Gleichzeitig mit ihm wuchs aber auch der blutige Terror der Gegner und die Zahl der für Deutschland gefallenen Nationalsozialisten. Wenn zum Beispiel am 7. März 1929 in Wöhrden (Holstein) Nationalsozialisten von kommunistischer Uebermacht überfallen und dabei zwei ermordet und mehrere verletzt wurden („Blutnacht von Wöhrden"), so war das kein Einzelfall, — sondern nur ein Ereignis von vielen gleichartigen.

SA.-Versicherung — Hilfskasse der NSDAP Unter diesen Umständen war es zur immer dringenderen Notwendigkeit geworden, dafür Sorge zu tragen, daß verwundete Nationalsozialisten und die Hinterbliebenen ermordeter oder im Dienst durch Unfälle umgekommener Nationalsozialisten nicht in völliger wirtschaftlicher Hilflosigkeit gelassen wurden. Da aber anderseits die NSDAP von sich aus einfach nicht über die Mittel verfügte, in diesen zahllosen Fällen helfend einzugreifen, war für alle Parteigenossen die „SA-Versicherung" geschaffen worden, die dann am 1. Januar 1929 in ein reines Parteiunternehmen umgewandelt wurde (und am 1. September 1930 die Bezeichnung „Hilfskasse der NSDAP" erhielt).

SA.-Reserve Am 28. März 1929 wurde für Parteigenossen, die über vierzig Jahre alt waren, die SA-Reserve geschaffen. Am 1. April ent-
Zeugmeistereien standen die sogenannten „Zeugmeistereien", die einer preiswerten und gediegenen Belieferung der SA mit Uniformen dienen sollten.
Der Opfergeist der SA (Es muß bei dieser Gelegenheit erwähnt werden, daß jeder SA-Mann seine Uniform sich aus eigenen Mitteln beschaffte, darüber hinaus stets auch sonstige geldliche Opfer für die Bewegung aufbrachte, meist die Fahrtspesen selbst zahlen mußte, wenn er mit der Bahn oder mit dem Lastauto zum Versammlungsschutz in einen entfernten Ort fuhr, usw. — während die geifernde jüdische Presse aller Schattierungen immer und immer wieder die infame Lüge aufbrachte, die SA-Männer würden von der NSDAP „bezahlt" und sie so zu Söldnern herabzuwürdigen versuchte. Dabei war es freilich naheliegend, daß es derart minderwertigen Charakteren wie diesen verleumderischen Zeitungsschreibern unvorstellbar war, daß man eine Arbeit ohne Bezahlung aus Idealismus vollbringt, dabei sein Leben und seine Existenz auf das Spiel setzt — und dazu auch noch ständig materielle Opfer bringt.) Der unerschütterliche nationalsozialistische Idealismus blieb aber letzten Endes doch der Stärkere gegenüber den Kräften des herrschenden Mammonismus.

Die Wahlen der ersten Jahreshälfte 1929 brachten der Bewegung weitere Fortschritte:

Am 12. Mai 1929 bei den Landtagswahlen in Sachsen 133787 nationalsozialistische Stimmen (4,95 Prozent) und 5 Abgeordnete (bisher 2) von insgesamt 96;

am 23. Juni 1929 bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin 2 nationalsozialistische Abgeordnete (bisher keiner) von insgesamt 51.

Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Schwerin

Von besonderer Bedeutung aber war, daß am 23. Juni die NSDAP zum ersten Male in einer deutschen Stadt bei einer Kommunalwahl die absolute Mehrheit erringen konnte: in Koburg, das so zum zweiten Male in der Geschichte der Bewegung eine besondere Rolle spielte.

Absolute nationalsozialistische Mehrheit in Koburg

Vorläufige Stadtratswahl am 23. Juni 1929: 5146 nationalsozialistische Stimmen und 13 von insgesamt 25 Stadtratssitzen.

Endgültige Stadtratswahl am 8. Dezember 1929: 6348 nationalsozialistische Stimmen und wiederum 13 von 25 Stadtratssitzen.

Pg. Schwede (der heutige Gauleiter und Oberpräsident von Pommern) wurde Erster Bürgermeister von Koburg. Zum ersten Male konnte in einer deutschen Stadt damit begonnen werden, nationalsozialistische Grundsätze auch verwaltungsmäßig in die Tat umzusetzen — soweit dies im Rahmen der damals ja noch gegnerisch regierten Länder und des Reiches möglich war. Zum ersten Male wurde in einer deutschen Stadt der freiwillige Arbeitsdienst verwirklicht, nationalsozialistische Sauberkeit in der Verwaltung eingeführt, eine planvolle Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen, eine Warenhaus- und Filialsteuer — unter Beseitigung unsozialer Steuern — eingeführt usw. — Zum ersten Male wehte auf Grund einer absoluten nationalsozialistischen Majorität die rote Hakenkreuzflagge von einem deutschen Rathaus.

Nationalsozialistische Stadtverwaltung in Koburg

Das Wutgeheul der Gegner im Reich war ehrlich. Und ihre Unruhe steigerte sich noch, als der 4. Reichsparteitag der NSDAP (Nürnberg, 1. bis 4. August 1929) bewies, daß die NSDAP erheblich vorwärts gekommen war. 60000 SA- und SS-Männer und 2000 Hitlerjungen marschierten dort an ihrem Führer Adolf Hitler vorbei und dokumentierten Wucht und Geschlossenheit der Bewegung ebenso wie das Bild, das dieser Parteitag von der ständig erstarkenden und um sich greifenden Organisation der NSDAP vermittelte. Es war dies der letzte Reichsparteitag der NSDAP vor der Machtübernahme; denn die dann folgenden Jahre (1930, 1931, 1932) beanspruchten Energie und Zeit der Bewegung derart ausschließlich für den reinen Machtkampf, daß der Führer erst wieder im Jahre 1933 einen Reichsparteitag durchführte — den „Parteitag des Sieges“ (siehe Band 1933). Der 4. Reichsparteitag brachte die

4. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg

Nationalsozialistischer Deutscher Aerztebund

Nationalsozialistischer Lehrerbund

Gründung des „Nationalsozialistischen Deutschen Aerztebundes“ unter Pg. Dr. Liebl (seit 1932 unter Pg. Dr. Gerhard Wagner) und die Ausdehnung des „Nationalsozialistischen Lehrerbundes“ (NSLB) unter Pg. Schemm (dem Gauleiter von Oberfranken) auf das ganze Reich. (Der NSLB war bereits 1927 von Schemm als Organisation für das Gebiet Franken gegründet worden.)

Nationalsozialistischer Schülerbund

So entstand zur Erfassung aller Bevölkerungskreise eine immer größere Anzahl von nationalsozialistischen Nebenorganisationen. Es sei in diesem Zusammenhang auch an den „Nationalsozialistischen Schülerbund“ (NSS) erinnert, der sich mit seinen Methoden zur Erfassung der Schülerschaft den besonderen Gegebenheiten der Schule anzupassen und sich gegen den dort herrschenden Disziplinarterror des Systems durchzusetzen hatte. Mit seiner Führung wurde am 17. November 1929 Pg. Dr. von Renteln beauftragt.

Landtagswahlen in Baden, Lübeck und Thüringen

Das letzte Vierteljahr 1929 bewies wieder in einer Reihe von Länderwahlen den anhaltenden Vormarsch der Bewegung:

Am 27. Oktober 1929 Landtagswahlen in Baden: 65106 nationalsozialistische Stimmen (6,98 Prozent) und 6 Abgeordnete (bisher keiner) von insgesamt 88;

am 10. November 1929 Bürgerschaftswahlen in Lübeck: 6338 nationalsozialistische Stimmen (8,1 Prozent) und 6 Sitze (bisher keiner) von insgesamt 80;

am 8. Dezember 1929 Landtagswahlen in Thüringen: 90236 nationalsozialistische Stimmen (11,31 Prozent) und 6 Abgeordnete (bisher 2) von insgesamt 53.

In der gleichen Zeit fand der innenpolitische Kampf gegen den Young-Plan (Reichsausschuß, Freiheitsgesetz, Volksbegehren, Volksentscheid — siehe 17. Abschnitt) statt, der damals noch nicht zum Erfolg führte.

Dr. Frick thüringischer Innen- und Volksbildungsminister

Von besonderer Bedeutung für den nationalsozialistischen Vormarsch aber wurde die oben angeführte Thüringische Landtagswahl vom 8. Dezember 1929: Die Nationalsozialisten hatten zwischen „Bürgerlichen“ und Marxisten eine Schlüsselstellung errungen, die bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung die Bürgerlichen (mit Ausnahme der Demokraten) dazu veranlaßte, den Nationalsozialisten einen Sitz in der Regierung einzuräumen. Der Führer entschied zustimmend und bestimmte den Pg. Dr. Frick. Am 23. Januar 1930 wurde Dr. Frick im thüringischen Landtag mit 28 gegen 22 Stimmen (KPD, SPD und Demokraten) zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister gewählt. Das war ein neuer

Severing gegen Frick

Schlag für das herrschende System: Der erste nationalsozialistische Minister! Man hat es denn auch nicht an Versuchen

fehlen lassen, Frick Knüppel in den Weg zu werfen und seine Stellung zu erschüttern. Frick ging unbeirrbar an die Arbeit. Als er das ungerechtfertigte Verbot der „Adler und Falken" (eines völkischen Bundes der Jugendbewegung) aufhob und einen ihm unterstellten Gymnasialdirektor (der sich seiner Maßnahme widersetzte) maßregelte, nahm das der Reichsinnenminister Severing zum Anlaß, einzugreifen (gleichzeitig unter der Begründung, Frick stelle Nationalsozialisten in die thüringische Landespolizei ein). Aber Thüringen gab keineswegs nach. Worauf Severing am 18. März 1930 die Beziehungen abbrach und am 20. März die Zahlung von Reichsgeldern (insbesondere Polizeizuschüsse) an Thüringen sperrte. Aber Thüringen gab auch jetzt noch nicht nach, und nach dem Sturz des Reichskabinetts Müller wurde mit dem neuen Reichsinnenminister Dr. Wirth am 10. April der Konflikt beigelegt, und am 17. April die Zahlungssperre aufgehoben. Aber der Kampf ging weiter. Ein thüringisches Ermächtigungsgesetz (das der Landtag am 29. März angenommen hatte und das wesentlichen Sparmaßnahmen diente) wurde vom Reichsgericht für verfassungswidrig erklärt. Fricks Maßnahmen — wie z. B. die Berufung des bekannten Rasseforschers Dr. Günther als Professor an die Universität in Jena (gegen den Willen der Fakultät), die Berufung des bekannten Architekten Professor Schultze-Naumburg als Leiter der Weimarer Kunstlehranstalten, die Einführung von Schulgebeten, die auch dem nationalen Widerstandswillen Ausdruck gaben und die am 11. Juli vom Staatsgerichtshof in Leipzig zum Teil als verfassungswidrig (!) bezeichnet wurden — stießen bei den Vertretern des Novemberstaates auf heftigen Widerstand. Und als Frick am 17. Mai beim thüringischen Staatsministerium die Ernennung zweier Nationalsozialisten als Polizeidirektor von Weimar und als Leiter der Landeskriminalpolizei durchsetzte, brach der Konflikt erneut aus: Reichsinnenminister Wirth wiederholte die Maßnahme seines Vorgängers und sperrte am 5. Juni die Polizeizuschüsse an Thüringen. Darauf folgte ein längerer Rechtsstreit (vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig), in dessen Verlauf Wirth sich bemühte, durch eine Denkschrift der Reichsregierung (5. September 1930) den Nachweis zu führen, daß die NSDAP mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Umsturz erstrebe und daher „staatsfeindlich" sei. Das Reich war aber verfassungsmäßig derart im Unrecht, daß es sich am 22. Dezember auf Anregung des Staatsgerichtshofs veranlaßt sah, einem für Thüringen recht günstigen Vergleich zuzustimmen und die Sperre der Polizeizuschüsse wieder aufzuheben.

Sperrung der Reichsgelder für Thüringen

Fricks kulturpolitische Maßnahmen

Wirth gegen Frick

Der nationalsozialistische Vormarsch im Reich

Während so Fricks thüringischer Kampf das ganze Jahr 1930 hindurch die Oeffentlichkeit beschäftigte und damit das nationalsozialistische Ringen immer stärker in den Vordergrund rückte, brachte dieses Jahr auch in anderen Gebieten Deutschlands und im gesamten Reich ausschlaggebende Erfolge.

Bei Jahresschluß 1929 hatte die NSDAP über 176426 Mitglieder verfügt. Weder staatliche Unterdrückung noch marxistischer Blutterror hielten die in immer schnellerem Tempo vorwärtsstürmende Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung auf. An die Stelle jedes Erschlagenen traten Hunderte und Tausende neuer Kämpfer. So starb am 23. Februar 1930 der unvergeßliche Berliner SA-Sturmführer Horst Wessel an seinen schweren Schußverletzungen, die ihm die Kommunisten bei einem feigen Ueberfall in seiner eigenen Wohnung am 14. Januar beigebracht hatten. Und sein Lied, das

Horst Wessel

Horst-Wessel-Lied, wurde zum Lied der Bewegung, wurde später zum Liede Deutschlands. Die Worte, „Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen, marschieren im Geist in unseren Reihen mit!", wurden lebendige Wirklichkeit. Sie wurden für jeden Nationalsozialisten zur hohen Verpflichtung. Mit diesem Lied auf den Lippen überwanden die Nationalsozialisten alle Widerstände,

Erlaß gegen Zellenbildung in der Reichswehr

Neues Republikschutzgesetz

die man gegen sie errichtete. Wenn Herr Reichswehrminister Groener am 6. März 1930 einen Erlaß gegen die Nationalsozialisten (Erlaß gegen „Zellenbildung") veröffentlichte, wenn die Regierung am 18. März ein neues Republikschutzgesetz im Reichstag durchdrückte — so konnte das alles die nationalsozialistische Siegeszuversicht nicht zerstören. — Und auch das Kabinett Brüning (siehe 19. Abschnitt), das am 30. März die Regierung antrat und im Vergleich zu den verflossenen Kabinetten wohl als fähigerer Gegner angesprochen werden konnte, mußte schließlich kapitulieren. Das Wort des Horst-Wessel-Liedes „SA marschiert in ruhig festem Schritt" blieb Wahrheit. Sie marschierte — unaufhaltsam. Eines Tages mußte der Sieg errungen sein.

SA-Motor-Trupps und NSKK

Am 1. April 1930 wurden die SA-Motor-Trupps und das „Nationalsozialistische Automobilkorps" (heute zusammengefaßt im „Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps" (NSKK) — unter Korpsführer Hühnlein) geschaffen.

Adolf Hitler Oberster SA-Führer

Am 2. September 1930 übernahm Adolf Hitler selbst die Oberste SA-Führung (SA und SS), die bis dahin Pg. von Pfeffer ausgeübt hatte (Chef des Stabes wurde am 5. Januar 1931 Röhm). —

Nationalsozialistischer Kampf um die Bauernschaft

Die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Stadt und Land wurde immer vollständiger. Auch in den ländlichen Gebieten war die

Entwicklung allmählich so weit fortgeschritten, daß der Kampf gegen die engstirnige Politik verschiedener Bauernparteien, gegen die „Grüne Front" und gegen reaktionäre Landbundtendenzen auf breitester Basis aufgenommen werden konnte. Am 6. März 1930 hatte Pg. Hierl als Leiter der Organisationsabteilung II (siehe weiter oben) eine parteiamtliche Kundgebung über die Stellung der NSDAP zum Landvolk und zur Landwirtschaft herausgebracht. Und am 1. Juni 1930 beauftragte der Führer den Pg. Darré mit der Organisierung des Bauerntums im Rahmen der nationalsozialistischen Bewegung. So schuf Pg. Darré den „Agrarpolitischen Apparat der NSDAP", der allmählich das ganze Land mit einem Netz von Mitarbeitern überzog. Gleichzeitig wurde dem deutschen Bauern wieder seine hohe und verantwortungsvolle Aufgabe gegenüber seinem Volk vor Augen geführt. Die Parole „Blut und Boden" wurde immer mehr bäuerliches Gemeingut. Die auf dem flachen Land bisher vorwiegend herrschende Reaktion mußte trotz aller Verdächtigungen, die sie gegen den Nationalsozialismus ausstreute, Schritt für Schritt zurückweichen.

Agrarpolitischer Apparat der NSDAP

In breiter Front rückte die NSDAP an — Stadt und Land, Arbeiter und Bürger, Jugend und Alter erfassend. Und wenn man auf der Gegenseite glaubte, jetzt noch durch Uniformverbote der nationalsozialistischen Werbekraft einen entscheidenden Schlag versetzen zu können, so war das ein erheblicher Irrtum. Bayern fing damit an. Dann folgte am 2. Juni 1930 ein Uniformverbot in Berlin, dann am 11. Juni ein Braunhemdenverbot in ganz Preußen. Die SA marschierte in Weißhemden — verbot man sie, dann im „Räuberzivil" — aber sie marschierte. Und immer mehr marschierten mit. Am 3. Juli verbot Preußen seinen Beamten die Zugehörigkeit zur NSDAP und zur KPD. Aber die NSDAP wuchs trotzdem — in Preußen wie im ganzen Reich. Ein deutliches Zeichen waren die sächsischen Landtagswahlen vom 22. Juni 1930: Diesmal waren es schon 376768 nationalsozialistische Stimmen und 14 (früher 5) von 96 Abgeordneten. Die NSDAP war damit in Sachsen bereits zur zweitstärksten Partei geworden. (Stärkste war die SPD.)

Uniformverbote

Zugehörigkeit zur NSDAP für Beamte verboten

Landtagswahlen in Sachsen

Und als Otto Strasser (der Hauptschriftleiter der Zeitungen des „Kampfverlages", Bruder Gregor Strassers) treulos vom Führer abfiel, die sogenannte „Otto-Strasser-Revolte" inszenierte und am 4. Juli 1930 mit einigen Verrätern und einer kleinen Anzahl Verführter die „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" (die spätere „Schwarze Front") aufzog, erhob zwar die jüdische Presse ein verfrühtes Freudengeheul über die „Spal-

Otto-Strasser-Revolte

tung der NSDAP" — mußte aber binnen kurzem betrübt verstummen, denn es ließ sich wirklich nicht mehr übersehen, daß die NSDAP in eiserner Geschlossenheit und unerschütterlicher Treue zu Adolf Hitler über eine lächerlich geringe Anzahl Abtrünniger hinweggeschritten — und daß im nationalsozialistischen Vormarsch nicht einmal eine Atempause eingetreten war.

Braunes Haus

Am 5. Juli 1930 erwarb die Partei in München das frühere Barlow-Palais in der Brienner Straße 45 und begann seinen Umbau zur Reichsgeschäftsstelle der NSDAP. So wurde das heute weltbekannte „Braune Haus". Adolf Hitler schuf damit der Bewegung ein Haus, das auch nach außen ihrer Stärke und Bedeutung den notwendigen Ausdruck verlieh.

Reichstagsauflösung

Und als der Reichspräsident am 18. Juli 1930 den Reichstag auflöste (der — auch mit den Stimmen der Nationalsozialisten — Brünings Steuernotverordnungen vom 16. Juli aufgehoben hatte), rückte mit der dadurch notwendigen Neuwahl der Zeitpunkt heran, da plötzlich mit überzeugender Wucht bewiesen werden sollte, daß die NSDAP keine „Splitterpartei" mehr war:

Ein gewaltiger Wahlkampf beginnt. Die NSDAP setzt alle Energien ein. Ein Trommelfeuer nationalsozialistischer Versammlungen zerstört die feindlichen Stellungen. Am 10. September 1930 erscheint ein Aufruf des Führers zur Reichstagswahl im „Völkischen Beobachter", in dem er feststellte, daß die nationalsozialistische Bewegung den alten Klassen- und Standesirrsinn beseitigen und das deutsche Volk zu Geschlossenheit und eisernem Willen erziehen werde, daß sie die Demokratie überwinden und die Persönlichkeit in ihre Rechte einsetzen werde — und der mit den Worten schließt:

Adolf Hitlers Aufruf zur Reichstagswahl

„. . . Die nationalsozialistische Bewegung kämpft keinen Kampf von heute auf morgen. Der Weg, den sie geht, ist vielleicht ein langer; aber an seinem Ende steht der Sieg."

Die Reichstagswahl vom 14. September 1930

Der Wahltag wird zu einem gewaltigen Ereignis: an diesem denkwürdigen 14. September 1930 bekennen sich 6½ Millionen Deutsche zu Adolf Hitler! Auf die 6406000 nationalsozialistischen Stimmen entfallen 107 Abgeordnete (bisher 12) von insgesamt 577. Die NSDAP ist damit die zweitstärkste Partei im Reichstag. (Stärkste Partei ist noch die SPD mit 143 Sitzen.) Die KPD hat stark zugenommen. Die Mittelparteien haben schwere Verluste erlitten.

Die Stellungnahme der Gegner

Die Welt horcht auf. Das Judentum ist entsetzt. Die Börsenkurse fallen. Die Entwicklung wird offenbar. Aber das Schicksal hat die Gegner mit Blindheit geschlagen: Der sozialdemokratische

Ministerpräsident Preußens, Herr Braun, erklärt am 15. September:

> „Es ist ganz ausgeschlossen, daß die radikalen Parteien, die bei diesen Wahlen gewonnen haben, in die Lage kommen werden, ihre Regierungsrezepte praktisch zu erproben."

Landtagswahlen in Braunschweig

Am Tage der Reichstagswahl fand auch eine Landtagswahl in Braunschweig statt, die 67902 nationalsozialistische Stimmen (22,2 Prozent) und 9 (bisher 1) Abgeordnete von insgesamt 40 brachte und die zur Folge hatte, daß am 1. Oktober 1930 der zweite nationalsozialistische Minister gewählt wurde: Pg. Dr. Fransen (später ersetzt durch Pg. Klagges) wurde braunschweigischer Innenminister. (Bald ergaben sich hier ähnliche Konflikte wie in Thüringen.) —

Nationalsozialistischer Minister in Braunschweig

Der legale Weg

Der legale Weg, den Adolf Hitler bei der Neugründung der Partei im Jahre 1925 eingeschlagen hatte, und den er in unbeirrbarer Konsequenz verfolgt hatte, erwies sich als die beste Waffe gegen das Novembersystem.

Leipziger Reichswehrprozeß

Die Legalität der NSDAP wurde von Adolf Hitler am 25. September 1930 durch seinen Eid vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig erhärtet. Am 23. September hatte hier der berühmte „Prozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere" (unter ihnen der heutige SA-Gruppenführer Pg. Ludin) wegen „nationalsozialistischer Zellenbildung" begonnen, in dem Adolf Hitler von dem Verteidiger Pg. Dr. Frank als Zeuge benannt worden war. In seiner Rede erklärte der Führer unter anderem:

> „Wir haben kein Interesse daran, die Reichswehr zu zerstören. Ich würde das für das größte Verbrechen halten, das es gibt... Ich habe nur den Wunsch, daß das Heer wie das deutsche Volk den neuen, unseren Geist aufnehme."

Die Aeußerung des Führers vor dem Staatsgerichtshof, daß die NSDAP nur mit legalen Mitteln den Sieg erringen wird, daß aber — wenn der nationalsozialistische Sieg errungen sei — ein Gerichtshof komme, der für den Novemberverrat die gerechte Sühne finden werde, — und daß auch „Köpfe rollen" werden, rief in der jüdischen Presse wieder einmal laute Bestürzung und Empörung hervor. —

Zusammentritt des neuen Reichstags

Am 13. Oktober 1930 trat der neue Reichstag zusammen: 107 nationalsozialistische Abgeordnete ziehen geschlossen im Braunhemd ein und geben diesem Parlament ein neues Gesicht. Der nationalsozialistische Durchbruch ist gelungen, und eine neue Epoche des nationalsozialistischen Kampfes beginnt.

Die Aera Brüning

Als die Krise ein Kabinett nach dem anderen verschlang und die Lage des Weimarer Staates immer trostloser wurde, versuchte man es noch einmal mit einem Zentrumskanzler. Der „unerschütterliche Zentrumsturm" sollte dem Staate die notwendige Festigkeit verleihen: das Kabinett Brüning kam und bemühte sich, immer mehr zu einer Art Diktatur zu werden. Der politische Katholizismus warf sich in die Bresche, um diesen von atheistischen Marxisten geschaffenen Staat zu retten.

Der politische Katholizismus

Freilich hatte es das Zentrum, das die Religion zu einem politischen Geschäft machte, stets verstanden, sich entsprechend einzuschalten. Im Kaiserreich war es als „treuester Hüter" für „Thron und Altar" aufgetreten. Aber bereits im ersten Reichskabinett des Unstaats von 1918 (erstes Kabinett Scheidemann) war es ebenfalls wieder vertreten — und war nun treuester Hüter der parlamentarischen Demokratie geworden.

Die Konkordate

Es kann an dieser Stelle daran erinnert werden, daß bereits im Jahre 1919 zwischen dem Reichskabinett und dem päpstlichen Nuntius Pacelli vereinbart wurde, daß die „Bulle de salute animarum" von 1821 (Konkordat) vorerst weiter in Kraft bleiben solle. — Vertragliche Abmachungen mit der katholischen Kirche (Konkordate) seitens des Staates in möglichst entgegenkommender Weise, Zugeständnisse in Schulfragen, weitgehende Zugeständnisse in der Verteilung der Posten und Aemter im Staate — das waren die Preise, die das Zentrum als Gegenleistung für seine „Staatstreue" in Anspruch nahm. Dafür ging es mit Gottlosen und Marxisten Arm in Arm und ließ Deutschland zugrunde richten. Während es seine Wähler durch die Behauptung, es trete für das Christentum ein, bei der Stange hielt und für seine schmutzigen und volkszerstörenden politischen Geschäfte das Christentum als Deckung mißbrauchte. Daß es in Wirklichkeit keine schlimmere Gefährdung des Christentums gab als diese verlogene Zentrumspolitik, liegt auf der Hand.

Für Konkordate (z. B. das Konkordat mit Bayern vom 24. Januar 1925 und das Konkordat mit Preußen vom 14. Juni 1929) war es bereit, in Koalitionen mit der atheistischen Sozialdemokratie

die parlamentarische Demokratie, die jüdische Vorherrschaft in Deutschland und die Ausplünderung des deutschen Volkes zu stützen. So bot denn dieses Deutschland das Bild einer merkwürdigen Mischung von jüdisch-liberalistischer Zersetzung und bigotter Zentrumspolitik, von atheistischer Zuchtlosigkeit und religiöser Unduldsamkeit, wie sie z. B. in einer Anweisung der Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands (7. Januar 1923) zum Ausdruck gekommen war, in der es hieß:

> „Drei Sätze sind den Schülern mit aller Entschiedenheit einzuprägen: daß es den Christenpflichten des Katholiken widersprechend, gefahrvoll und darum unerlaubt ist, eine gemischte Bekanntschaft anzuknüpfen, ..." (111)

Daß das Zentrum in seinem ständigen Kuhhandel um Koalitionen, Konkordate, Posten und Pöstchen usw. schließlich nicht nur das deutsche Volk zugrunde richtete, sondern auch das Christentum, und daß diese Politik einen üblen Mißbrauch des katholischen Glaubens darstellte, steht außer Frage. Der einzige tatsächliche Erfolg dieser Methoden bestand in dem ständigen Einfluß, den sich die Zentrumspolitiker auf diese Art und Weise in der sogenannten deutschen Politik sicherten.

Erstes Kabinett Brüning

Das Agrarprogramm und die Deutschnationalen

Und als nun das Kabinett Hermann Müller am 27. März 1930 stürzte, kam das Zentrum erneut zum Zug und errichtete die sogenannte „Brüning-Diktatur": Am 30. März wurde unter dem neuen Reichskanzler Dr. Brüning, der dem Zentrum angehörte, das *erste Kabinett Brüning* gebildet, an dem außer dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei noch Demokraten, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und „Volkskonservative" (die Renegaten der DNVP) beteiligt waren. Am 1. April verkündete Brüning sein Regierungsprogramm und erklärte, daß er mit diesem Reichstag einen „letzten Versuch" machen wolle: er hoffe, daß es möglich sein werde, sein (Brünings) Programm durchzuführen. Er fand auch zunächst die Unterstützung der Deutschnationalen (wegen eines zugesagten Osthilfeprogramms für die Landwirtschaft) und der Sozialdemokraten, die allerdings schon jetzt warnten vor der Anwendung des Artikels 48 (siehe weiter unten) der Reichsverfassung und dem damit zu befürchtenden Hinübergleiten in eine Diktatur. Und sehr bald zeigte sich denn auch, auf wie schwachen Füßen diese Regierung stand. Die Regierungsvorlagen wurden meist nur mit etwa 230 gegen 224 Stimmen angenommen, und lediglich durch Zugeständnisse nach verschiedenen Seiten konnte die Regierung die einzelnen Parteien bei der Stange halten und ihre Deckungsvorlagen durchbringen. Ein typisch parlamentarisches Beispiel bot bei dieser Gelegenheit die Methode, mit der die Deutschnationalen hereingelegt wurden: Die Regierung fügte in das Benzin- und Benzolsteuergesetz einen Paragraphen ein, der besagte,

daß das Inkrafttreten des Agrarprogramms (das für die DNVP das Motiv ihrer zustimmenden Haltung gewesen war) von der Annahme der Deckungsvorlagen abhängig sei.

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt

Der noch nicht verabschiedete Reichshaushalt wies bereits im Mai einen neuen Fehlbetrag in Höhe von 700 Millionen auf, der im wesentlichen darauf zurückzuführen war, daß die Arbeitslosigkeit wieder wesentlich gestiegen war. (Außerdem waren infolge der steigenden Wirtschaftskrise die Steuereingänge erheblich zurückgegangen.)

„Zwei-Milliarden-Programm"

Zur Deckung dieses Fehlbetrages und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschloß das Reichskabinett am 5. Juni 1930 das sogenannte „Zwei-Milliarden-Programm". Diese zwei Milliarden sollten durch Anleihen des Reiches, der Reichsbahn und der Reichspost, durch Senkung der Arbeitslosenunterstützung, durch Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und insbesondere auch durch eine besondere Besteuerung der Festbesoldeten aufgebracht werden. Die Parteien leisteten diesem Programm gegenüber Widerstand, worauf es Brüning verminderte und erklärte, dieses verminderte Programm sei aber nunmehr das endgültige Programm. Wenn der Reichstag ihm seine Zustimmung versage, müsse der Reichspräsident den Artikel 48 in Anwendung bringen. —

Rheinlandräumung

Um die gleiche Zeit — am 30. Juni 1930 — war endlich auch die dritte Besatzungszone und damit das Rheinland endgültig geräumt. (Am 17. Mai hatte der französische Ministerpräsident Tardieu den Befehl zur Räumung gegeben, nachdem der Young-Plan in Kraft gesetzt worden war.)

Politische Amnestie

Aus Anlaß der Rheinlandräumung beschloß der Reichstag am 17. Juli 1930 eine Amnestie für politische Straftaten, unter das auch die sogenannten „Fememörder" (siehe weiter oben) fielen. Das „rote" Preußen aber erreichte es, daß der Reichsrat am 10. Juli gegen dieses Amnestiegesetz Einspruch erhob und daß es dann bei der neuerlichen Abstimmung im Reichstag am 16. Juli abgelehnt wurde, da es die (auf Grund des Einspruchs des Reichsrats notwendig gewordene) Zweidrittelmehrheit nicht erhielt. — Der Kampf des sozialdemokratisch regierten Preußens gegen das völkische Erwachen wurde auch durch eine Verordnung der preußischen Regierung vom 3. Juli beleuchtet, die allen Beamten die „Teilnahme an nationalsozialistischen Organisationen" verbot. (Daß das Verbot in gleicher Weise gegen die Kommunisten ausgesprochen wurde, beweist lediglich die ungeheuerliche Gleichsetzung von NSDAP und KPD, die kein Zeichen von „Objektivität" war, sondern böswillige Umkehrung aller Begriffe.)

Ablehnung des Amnestiegesetzes

Verbot der NSDAP-Mitgliedschaft für preußische Beamte

In der gleichen Zeit führte die Reichsregierung ihren Kampf gegen den nationalsozialistischen Minister Thüringens, Pg. Dr. Frick (siehe 18. Abschnitt).

Auf der anderen Seite ging die deutsche Außenpolitik in der alten Richtung weiter — sowohl hinsichtlich der Erfüllungspolitik wie auch hinsichtlich der Unterstützung des bolschewistischen Rußlands — trotz aller bisher erlebten Enttäuschungen. Bezeichnend ist hierfür folgender Vorgang: Am 17. Mai 1930 hatte **Briand** eine Denkschrift über die von ihm geplanten „**Vereinigten Staaten von Europa**" veröffentlicht. (Daß die Denkschrift die Dinge vom Standpunkt der französischen Politik aus anfaßte, ist selbstverständlich.) Und Deutschland antwortete am 15. Juli, daß es dem Plan **zustimme** — unter der Voraussetzung, daß er auf dem Boden der Gleichheit aller Staaten durchgeführt werde und z. B. **Rußland** nicht ausschließe. — Briands „Vereinigte Staaten von Europa"

Am darauffolgenden Tage (16. Juli) setzte die Regierung die **Notverordnungsmaschinerie** in Gang und brachte damit eine neue Note in die deutsche Innenpolitik: Brünings Versuch, mit einer parlamentarischen Regierung **gegen** das Parlament zu regieren, das ihm Widerstand leistete, begann: der Versuch, mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung den Widerstand des Reichstags — ebenso aber auch den Widerstand des deutschen Volkes — auszuschalten. So wurde zur wichtigsten Bestimmung der Weimarer Verfassung der **Artikel** 48: Das System der Notverordnungen / Der Artikel 48 der Weimarer Verfassung

> **Artikel** 48. Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.
>
> Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.
>
> Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.
>
> Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der im Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen.
>
> Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Die Zeit der **Notverordnungen** auf Grund dieses Artikels 48 begann. Der Reichstag hatte die Deckungsvorlagen — Brünings Finanzsanierungsplan — abgelehnt. Sofort (16. Juli 1930) erließ der Reichspräsident zwei Notverordnungen, durch die diese Deckungsvor- Zwei Steuernotverordnungen

lagen trotzdem in Kraft gesetzt wurden. Am 18. Juli tobte der Kampf um die Notverordnungen im Reichstag. Die Regierung warnte vor einem oppositionellen Widerstand, der zur Reichstagsauflösung führen müsse — und dachte dabei an das zwangsläufige Anschwellen der Opposition bei den Neuwahlen, insbesondere an ein drohendes Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen. (Wie berechtigt diese „Befürchtungen" waren, bewies kurz danach die Reichstagswahl vom 14. September 1930 — siehe 18. Abschnitt.) Und der Reichsinnenminister **Wirth** kleidete seine Warnung in die prophetischen Worte:

> „Stürzen Sie diese Regierung oder treiben Sie es zur Auflösung, dann laufen Sie das Risiko, von der Krise des Parlaments in die **Krise des Systems der Demokratie** zu geraten!"

Seine Warnungen waren vergeblich. Die Reichstagsmehrheit verlangte die Aufhebung der Notverordnungen. Der Reichstag wurde daraufhin **aufgelöst**.

Reichstagsauflösung

Deutschnationale Spaltung

Die Krise erfaßte auch mehrere bürgerliche Parteien. Bei der Reichstagsabstimmung war wieder einmal eine ganze Reihe deutschnationaler Abgeordneter umgefallen und hatte (entgegen ihrer Fraktion) **gegen** die Aufhebung der Notverordnungen gestimmt. Eine neue Spaltung der DNVP trat ein, und so entstand durch Vereinigung dieser „Abgespaltenen" mit den schon früher abgesprungenen „Volkskonservativen" am 23. Juli 1930 die „**Konservative Volkspartei**". — Vier Tage später (27. Juli) schlossen sich Demokraten und „Jungdeutscher Orden" (!) zur „**Deutschen Staatspartei**" zusammen. (Allerdings trat der Jungdeutsche Orden bereits am 7. Oktober auch schon wieder aus.)

Konservative Volkspartei

Deutsche Staatspartei

Weitere Notverordnungen

Und Brüning „notverordnete" weiter: Am 26. Juli 1930 erschienen wiederum **Notverordnungen** des Reichspräsidenten, die das Defizit beseitigen sollten und sich u. a. befaßten mit einer **Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge**, der **Bürgersteuer**, der **Osthilfe**, Einführung einer **Sperrfrist** (6 Wochen) für die **Erwerbslosenunterstützung**, Einführung des viel bekämpften „**Krankenscheins**" (den jeder in einer Krankenkasse Versicherte für 50 Pf. erstehen sollte, bevor er Arzt oder Apotheke im einzelnen Falle in Anspruch nehmen konnte) usw.

Aber trotz aller Notverordnungen, „Richtlinien für die Finanzreform" (28. August 1930) und sonstiger Pläne konnte die Regierung Brüning weder die ständig anwachsende Not noch die ständig steigende Empörung des Volkes bannen.

Der nationalsozialistische Wahlsieg vom 14. September 1930 (siehe 18. Abschnitt), der die kühnsten Erwartungen weit übertroffen hatte,

war bereits ein deutliches Zeichen der notwendig kommenden deutschen Entwicklung. Aber Brüning sah das nicht — oder wollte es nicht sehen.

Am 16. September beeilte sich Reichsaußenminister **Curtius** vor dem Völkerbund in Genf zu erklären, daß die deutsche Außenpolitik unverändert bleibe. Curtius über die deutsche Außenpolitik

Am 1. Oktober veröffentlichte Brüning einen großen Sanierungsplan, der zahlreiche Einzelmaßnahmen vorsah, darunter einen **Ueberbrückungskredit** zur Deckung des Defizits, **Einsparungen** in der Verwaltung, **Kürzung der Beamtengehälter** usw. Brünings Sanierungsplan

Zwei Wochen später (13. Oktober 1930) wurde der neue **Reichstag eröffnet**, in den 107 Braunhemden einzogen (siehe 18. Abschnitt) — indes es draußen vor dem Gebäude zu spontanen nationalsozialistischen Volkskundgebungen kam, die von der Polizei niedergeknüppelt wurden. Gummiknüppel und Notverordnungen wurden immer mehr zu praktischen Symbolen des Regimes. — Als erstes beantragten die Nationalsozialisten im Reichstag die Aufhebung des Versailler Diktats und der Tributverträge. (Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags lehnte diese Anträge am 29. Oktober 1930 ab.) Reichstagseröffnung mit 107 Nationalsozialisten Nationalsozialistische Anträge

Das Entsetzen unter den Erfüllungspolitikern war allgemein. Mit Schrecken mußte man feststellen, daß man nicht mehr in der Lage war, die NSDAP als „Splitterpartei" lächelnd abzutun. Die NSDAP war eine Macht geworden, die jetzt mit nachhaltiger Wirkung in die Politik eingreifen konnte.

Sie tut dies bereits am 15. Oktober bei dem **Streik von 126000 Berliner Metallarbeitern** (gegen die Lohnsenkungen), dem sie ihre Zustimmung gibt. In jeder Frage übernimmt sie die energische Vertretung des ausgeplünderten deutschen Volkes gegen die notverordnende Regierung. Sie ist durch keine Ueberlassung von Ministerien zu kaufen (wie es bei den parlamentarischen Parteien üblich war) und an der Mitschuld zu „beteiligen" — und lehnt alle derartigen Angebote konsequent ab. Es kommt ihr nicht auf Ministersessel, sondern auf die Rettung des deutschen Volkes an! Die Kampfstellung ist scharf und klar. Berliner Metallarbeiterstreik Die Haltung der NSDAP

Es ist ein bezeichnendes Symptom der innenpolitischen Lage, daß man „bewährte" sozialdemokratische Nationalsozialistenbekämpfer — **Severing und Grzesinski** — in diesem Zeitpunkt (22. Oktober und 4. November 1930) zum Preußischen Innenminister und zum Berliner Polizeipräsidenten macht. Severing und Grzesinski

Indes setzt das Kabinett Brüning seine Politik fort, wenn auch die Wirtschaftspartei abspringt (und daher der ihr angehörende Reichs- Wirtschaftspartei gegen Brüning

justizminister Dr. Bredt am 25. November 1930 zurücktritt). Der Reichsrat stimmt dem Haushaltsplan für 1931 zu (20. November 1930). Die vorgesehene Kürzung der Beamtengehälter wird sogar auf den 1. Februar 1931 vorverlegt. — Die Zahl der Arbeitslosen steigt unaufhaltsam. Sie beträgt am 15. November 1930 3484000, am 1. Dezember 3762000.

Zustimmung des Reichsrats zum Reichshaushaltsplan

Notverordnung „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“

Am gleichen Tage wird abermals eine Notverordnung „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ erlassen. Und am 6. Dezember gelingt es der Regierung sogar, die Reichstagsmehrheit für sich zu gewinnen, so daß die gegen die Notverordnung gerichteten Aufhebungsanträge abgelehnt werden.

Nationalsozialistischer Kampf gegen den Film „Im Westen nichts Neues“

Es gelingt aber keineswegs, die nationalsozialistische Opposition mundtot zu machen. Wie lebendig sie ist, beweist sie in ihrem Kampf gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ (der nach dem berüchtigten pazifistischen Buch gleichen Titels von Remarque gedreht worden war und eine niederträchtige Verunglimpfung des deutschen Frontsoldatentums darstellte). Am 5. Dezember 1930 setzen in Berlin unter Führung von Pg. Dr. Goebbels die nationalsozialistischen Demonstrationen gegen diesen Schandfilm ein, die auch von der Polizei nicht niedergekämpft werden können, und erzwingen schließlich das Verbot des Films. —

Wachsende Arbeitslosigkeit

Im übrigen wird der Reichstag bis zum Februar 1931 vertagt, um eine Atempause für die Regierung zu erreichen. Das Anschwellen der Arbeitslosenziffer aber ist nicht zu vertagen: 15. Dezember 1930 3977000, 1. Januar 1931 4357000, 15. Januar 4765000. So beginnt das neue Jahr!

RGO-Streiks und Unruhen im Ruhrgebiet

Erwerbslosendemonstrationen gegen Brüning in Ostpreußen und Schlesien

Die wirtschaftliche Not steigt an. Der marxistische Blutterror wächst. Die Verzweiflung greift immer mehr um sich. Die von den Kommunisten gegründete „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) entfacht am 2. Januar zahlreiche Streiks im Ruhrkohlenbergbau (gegen ausgesprochene Kündigungen), in deren Verlauf es zu zahlreichen blutigen Zusammenstößen kommt, die mehrere Todesopfer fordern. — Als Reichskanzler Brüning am 4. Januar Ostpreußen bereist, kommt es zu stürmischen Erwerbslosenkundgebungen gegen ihn. Den gleichen temperamentvollen Empfang erlebt er wenige Tage später in Schlesien. — Die Flut der Arbeitslosigkeit, der Auslandsanleihen, der deutschen Verschuldung und der deutschen Not steigt. Grau und hoffnungslos sieht dieser Jahresbeginn 1931 aus. —

Prälat Kaas gegen die NSDAP

Der Haß aller Parteien aber richtete sich immer stärker gegen die siegreich vorwärtsdringende nationalsozialistische Volksbewegung und fand seinen Ausdruck in den albernen Worten, die

der Herr Prälat Kaas am 3. Januar (bei einer Tagung des Zentrums in Kassel) an die NSDAP richtete:

> „Nehmen Sie Urlaub von der Politik, aber möglichst ohne Retourbillet!"

Die „Koalitionsfähigkeit" der NSDAP

Man hielt die Nationalsozialisten also nach wie vor nicht für „koalitionsfähig", also trotz ihrer Stärke für „ungeeignet", an einer Regierungsbildung beteiligt zu werden. Demgegenüber schrieb Dr. Goebbels am 7. Januar äußerst treffend im „Angriff":

> „Ist Hitler koalitionsfähig? Welch eine freche Unverschämtheit liegt in dieser Frage! Richtiggestellt müßte sie umgekehrt lauten: Hält Hitler die Bankrottparteien der Youngregierung überhaupt für koalitionsfähig? Es wird der Tag kommen, wo wir den Spieß umdrehen — der Tag, an dem man nicht mehr fragt: Sollen wir die Nationalsozialisten in die Reichsregierung nehmen? sondern vielmehr: Hitler regiert, und er hat darüber zu entscheiden, wen er gebrauchen kann und wen nicht."

Ablehnung des Arbeitsdienstes

Aber auf der Gegenseite glaubte man diesen prophetischen Worten nicht, wie man überhaupt von einer geradezu staunenswerten Borniertheit war. Es sei z. B. daran erinnert, daß am 12. Januar im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den „Arbeitgeber"- und „Arbeitnehmerverbänden" über die Möglichkeit der Einführung des (vom Nationalsozialismus geforderten) Arbeitsdienstes stattfand und daß dabei sowohl die Arbeitsdienstpflicht wie der freiwillige Arbeitsdienst abgelehnt wurden, da man sich von ihrer Einführung keine befriedigenden Resultate vorstellen konnte!!

Reichsbanner-Parole: „Marschbereit am 22. Februar"

Um so mehr glaubte man, mit kraftstrotzenden Redensarten die nationalsozialistische Aufklärungsarbeit übertönen zu müssen. Typisch sind z. B. folgende Sätze, die der sozialdemokratische Bundesführer des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold", der „Reichsbannergeneral" Hörsing, sagte:

> „Das Reichsbanner steht gerüstet, aber in der Defensive. Wenn die Feinde der Republik ihre schmutzigen Finger gegen uns ausstrecken sollten und damit gegen die deutsche Republik, dann müssen sie wissen, daß wir ihnen nicht mit einem Rosenstrauß in der Hand entgegentreten werden. Wir werden ihnen mit den Mitteln, mit denen sie uns angreifen, begegnen. Wir werden sie, wenn es nicht anders geht, niederschlagen und werden sie, wenn das Interesse des deutschen Volkes, der deutschen Republik und der deutschen Nation es erfordert, restlos bis auf den letzten Mann vernichten. Wir sind gerüstet!"

Diese großsprecherischen Worte fielen am 16. Januar 1931 bei einer Reichsbannerkundgebung in Magdeburg — im Rahmen einer großangelegten Reichsbanneraktion im ganzen Reiche, die unter der Parole stand: „Marschbereit am 22. Februar!" Diese mysteriöse Parole erweckte damals den Anschein, als sei für dieses Datum eine gewaltsame Aktion gegen die verhaßten „Nazis" vorgesehen. Aber

es blieb bei dem Anschein. Der eigentliche Sinn dieser demonstrativen Ankündigung wurde niemals klar — wenn man nicht annehmen will, daß er lediglich darin bestand, von dem peinlichen Sklarekprozeß (siehe 17. Abschnitt) abzulenken, der nämlich Ende Januar begann und ein wenig schönes Licht auf die korrupten parlamentarischen Parteien warf. Die Parteien waren sich denn auch in ihrer Abneigung gegenüber der reinlichen nationalsozialistischen Bewegung durchaus einig.

Dingeldey gegen die NSDAP

Und Herr Dingeldey, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, erklärte am 25. Januar 1931 von der NSDAP, sie sei „roh und ungeistig"!

Schließung von SA-Lokalen in Berlin

Um so „geistiger" waren die Methoden der Gegenseite — wie z. B. die Ankündigung des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski vom 1. Februar, er werde gegen Lokale vorgehen, von denen „Gewalttätigkeiten" ausgehen. Entsprechend dieser Ankündigung wurden dann eine Reihe nationalsozialistischer (!) Lokale geschlossen, während gerade die Nationalsozialisten in erster Linie unter dem marxistischen Terror zu leiden hatten und die Zahl der nationalsozialistischen Todesopfer ständig wuchs. —

Kampf um den Haushaltsplan im Reichstag

Zur gleichen Zeit kam es zu erneuten heftigen Kämpfen im Reichstag. Brüning verteidigte den Haushaltsplan, machte schließlich durch eine verfassungswidrige Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan die Opposition mundtot (7. Februar) und erreichte eine Mehrheit. Um aber noch eine stärkere Knebelung der unbequemen nationalsozialistischen Opposition durchführen zu können, ließ Brüning am 3. Februar einen Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags einbringen, der die Rechte der Opposition wesentlich einschränkte. Um diesen Antrag (sowie um Anträge auf Strafverfolgung oppositioneller Abgeordneter) entbrannte am 9. Februar ein heftiger Kampf im Reichstag, wobei Brüning die Reichstagsmehrheit auf seiner Seite hatte und daher seine Wünsche durchdrücken konnte.

Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags

Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag

Am 10. Februar 1931 erfolgte daraufhin der bekannte Auszug der nationalsozialistischen Abgeordneten aus dem Reichstag, nachdem Pg. Stöhr, M. d. R., im Namen der nationalsozialistischen Fraktion eine Erklärung abgegeben hatte, in der er gegen die verfassungswidrige Geschäftsordnung protestiert und u. a. festgestellt hatte:

> „Wir Nationalsozialisten werden in diesem Hause des organisierten Verfassungsbruchs nicht mehr mitarbeiten..... Wir verlassen also das Young-Parlament und werden erst wiederkehren, wenn sich etwa die Möglichkeit ergibt, einen besonders tückischen Anschlag auf das deutsche Volk abzuwehren."

Die Deutschnationalen und vier Abgeordnete der Landvolkpartei schlossen sich dem nationalsozialistischen Vorgehen an. Wie sehr die damals Regierenden immer noch mit Blindheit geschlagen waren, bewies wenige Tage später (am 19. Februar) Preußens Innenminister Severing, als er erklärte, er betrachte den nationalsozialistischen Auszug aus dem Reichstag als einen „verfrühten Fastnachtsscherz". Er berief sich auf die Ueberlegenheit der Staatsmacht. Indes das Zentrum die Kirche mißbrauchte und die Bischöfe gegen den Nationalsozialismus einsetzte: So erschien am 12. Februar 1931 eine Erklärung der bayerischen Bischöfe, in der behauptet wurde, der Nationalsozialismus enthalte „Irrlehren". Am 7. März folgte eine ähnliche Erklärung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz. Bischöfe gegen die NSDAP

Aber der konzentrische Angriff gegen die Hitlerbewegung blieb ebenso erfolglos wie die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Kabinetts Brüning. Die Wirtschaftslage verschlechterte sich andauernd, der Außenhandel ging zurück, die Arbeitslosigkeit erreichte am 15. Februar 1931 bereits fast die fünfte Million (4991000). Anhaltende Verschlechterung der Wirtschaftslage

Die innenpolitische Unruhe wurde damit zwangsläufig gesteigert. So kam es z. B. beim kommunistischen „Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit" (25. Februar 1931) erneut zu blutigen Unruhen in zahlreichen Gegenden des Reiches. — Im Reichstag gelang es Brüning endlich, nach langwierigen Verhandlungen den Reichshaushalt am 25. März 1931 zu verabschieden — und am Tage darauf den unbequemen Reichstag nach Hause zu schicken. (Er vertagte sich bis zum 16. Oktober.) Zwei Tage später (28. März) erreichte er vom Reichspräsidenten eine weitere Notverordnung: Die „Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen", die erhebliche Einschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit, sowie jeglicher Propagandamöglichkeiten brachte und eine Verschärfung der entsprechenden Strafverfahren vorsah. Die Regierungsparteien begrüßten diese Notverordnung außerordentlich, da sie in ihr eine willkommene Möglichkeit sahen, nationalsozialistische Versammlungen, Zeitungen und Uniformen zu verbieten und die propagandistische Arbeit der NSDAP weitgehendst lahmzulegen. Aber auch darin waren sie letzten Endes im Irrtum, denn diese Notverordnungsdiktatur konnte tatsächlich den nationalsozialistischen Vormarsch nicht aufhalten. Kommunistischer „Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit" Verabschiedung des Reichshaushaltsplans „Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen"

Auf der anderen Seite hielt der bolschewistische Straßenterror unvermindert an. Am 1. Mai 1931 hißten die Kommunisten sogar auf der Berliner Universität eine Sowjetfahne und verübten in der darauffolgenden Nacht einen schweren Feuerüberfall auf Nationalsozialisten in Moabit. Kein Tag verging, ohne daß nicht irgendwo Bolschewistischer Straßenterror

im Reiche blutige Ueberfälle von der KPD oder dem Reichsbanner auf Nationalsozialisten verübt wurden. —

Die deutsch-österreichische Zollunion

Außenpolitisch erlebte das Kabinett Brüning ebensolche Mißerfolge wie innenpolitisch. Eine zwischen dem **Deutschen Reiche** und **Oesterreich** geschlossene **Zollunion** erregte den heftigsten Widerstand der Ententestaaten, wurde von ihnen (laut Beschluß vom 19. Mai 1931) dem Internationalen Gerichtshof im Haag zur Prüfung vorgelegt — und schließlich zu Fall gebracht. —

Am 17. Mai wurde der Regierung durch die **Oldenburgischen Landtagswahlen** (siehe 20. Abschnitt) nachdrücklichst bewiesen, daß die Nationalsozialisten trotz aller gegen sie gerichteten Schikanen nach wie vor im Vormarsch waren.

Die deutsche Wirtschaftslage wurde immer katastrophaler. Die Tributverpflichtungen erdrosselten das deutsche Leben. Am 3. Juni 1931 erhob **Schacht** seine warnende Stimme und forderte Einstellung der Tributzahlungen. Am 5. Juni wurde vom Reichspräsidenten

„Zweite Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen"

eine „**Zweite Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen**" erlassen. Den umfangreichen Inhalt dieser Notverordnung, die u. a. erneute Gehaltskürzungen, Kürzungen der Arbeitslosenunterstützungen, Steuererhöhungen usw. vorsah, im einzelnen zu erwähnen, würde zu weit führen. Im wesentlichen bedeutete die neue Notverordnung erneuten Druck bis zum Weißbluten des

Aufruf der Reichsregierung

deutschen Volkes. Die Regierung begleitete die Verordnung mit einem Aufruf, in dem sie den Mißerfolg des Young-Plans zugeben mußte und in dem es u. a. hieß:

> „Die Voraussetzungen, unter denen der Neue Plan zustande gekommen ist, haben sich durch die Entwicklung, die er selbst genommen hat, als **irrig** erwiesen. Die Erleichterung, die der Neue Plan nach der Ansicht aller Beteiligten dem deutschen Volke bringen sollte und fürs erste auch zu bringen versprach, **hat er nicht gebracht**."

Entrüstungssturm gegen die Notverordnung

Der Entrüstungssturm gegen die neue Notverordnung war erheblich. Die Mehrzahl der deutschen Zeitungen kritisierte sie äußerst abfällig. Die Opposition — insbesondere die Nationalsozialisten — **forderte sofortige Einberufung des Reichstags**. Aber schließlich fiel die DVP (die ebenfalls opponiert hatte) um, und am 16. Juni 1931 lehnte der **Aeltestenrat des Reichstags** die Einberufung ab — mit der Begründung: **Die Reichsregierung beabsichtige nicht, sich der Opposition zur Aussprache zu stellen.**

Kommunistischer Bürgerkrieg

Indessen wütete der **kommunistische Terror** weiter: Am 3. Juni 1931 Krawalle und Plünderungen im **Ruhrgebiet** und in **Berlin**, am 8. Juni Barrikadenkämpfe in **Hamburg** und Unruhen in **Chemnitz**, **Beuthen**, **Bremen**, **Düsseldorf**, **Duisburg**, am 11. Juni

schwere Unruhen in Kassel, Frankfurt a. M., Mannheim, Hamburg, am 13. Juni Fortsetzung der Straßenkrawalle im Ruhrgebiet, in Kiel, Hamburg, Köln und Leipzig. Am 27. Juni kam es an der Berliner Universität zu kommunistischen Ausschreitungen, gegen die sich die nationalsozialistischen Studenten tatkräftig zur Wehr setzten. Im Verlauf dieser Aktionen wurde die Universität am 30. Juni geschlossen, während die Presse — wie üblich — über die Nationalsozialisten herfiel und wieder einmal von „nationalsozialistischen Studentenkrawallen" schrieb. Die Erregung in der deutschbewußten Studentenschaft war vor allem auch dadurch gesteigert worden, daß am 28. Juni die Polizei mit Gummiknüppeln gegen die Studenten eingesetzt worden war, als sie im Lustgarten gegen das Diktat von Versailles demonstriert hatten. (Die Regierung hatte die studentischen Anti-Versailles-Kundgebungen aus „außenpolitischen Gründen" verboten.) Unruhen an der Berliner Universität

Die Regierung und ihre Parteien klammerten sich an ihre Sessel, setzten jedes erdenkliche Mittel gegen die Opposition ein und taten alles, um die wahre Volksstimmung nicht zum Durchbruch kommen zu lassen. (So lehnte z. B. am 9. Juli 1931 die Landtagsmehrheit den durch ein Stahlhelm-Volksbegehren geforderten Antrag auf Auflösung des Preußischen Landtags ab.) — Regierung gegen Volksmeinung

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hatte sich inzwischen weiter verschlechtert, die Verschuldung immer gewaltigere Formen angenommen. Aber der Irrsinn der Reparationen, der an der deutschen Wirtschaftskatastrophe zum großen Teil schuld war, hatte auch die anderen Staaten in schwierige Situationen gebracht — „Weltwirtschaftskrise" nannte man das. Da tauchte endlich am 20. Juni 1931 ein neuer „Silberstreifen" am Horizont auf: Der „Hoover-Plan". Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Hoover, erließ eine Botschaft, in der es hieß: Die Weltwirtschaftskrise — Der Hoover-Plan

> „Die amerikanische Regierung schlägt einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vor, und zwar bezüglich des Kapitals wie der Zinsen, ausgenommen natürlich Schuldverpflichungen der Regierungen, die sich in Privathänden befinden.
>
> Vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses ist die amerikanische Regierung bereit zu einem Aufschub aller ihr seitens fremder Regierungen geschuldeten Zahlungen während des am 1. Juli 1931 beginnenden Etatsjahres unter der Bedingung, daß die wichtigeren Gläubigerstaaten ebenfalls alle ihnen geschuldeten Zahlungen auf Regierungsschulden für ein Jahr aufschieben....
>
> Unsere Regierung hat sich nicht an der Auferlegung der Reparationen beteiligt, noch sich irgendwie bezüglich ihrer Festsetzung geäußert. Wir haben mit voller Absicht keinen Anteil gehabt an den allgemeinen Reparationen oder an der Aufteilung von Kolonien oder von Privat-

eigentum. Die Rückzahlung der Anleihen, die wir den Alliierten für den Krieg und für den Wiederaufbau gewährten, wurde auf einer Basis geregelt, die weder mit den deutschen Reparationen irgendwie zusammenhing, noch von deren Zahlung abhängig gemacht wurde. Daher ist die Reparationsfrage notwendigerweise ein rein europäisches Problem, mit dem wir nichts zu tun haben. Ich billige nicht im entferntesten die Streichung der uns geschuldeten Summen. Das Weltvertrauen würde durch einen derartigen Schritt nicht gefördert werden. Keiner unserer Schuldner hat das je vorgeschlagen, aber da die Basis der Fundierung dieser Schulden die Zahlungsfähigkeit des Schuldners unter normalen Verhältnissen war, so führen wir nur konsequent unsere eigenen Prinzipien durch, wenn wir die gegenwärtigen anormalen Verhältnisse in der Welt in Rechnung ziehen...."

In den Kreisen der deutschen Regierung atmete man auf und hoffte auf die durch die Hoover-Botschaft in Aussicht gestellte Gnadenfrist, das „Zahlungsfeierjahr"!

Ausländischer Kredit der Reichsbank

(Das hinderte freilich nicht, daß wenige Tage später — am 25. Juni 1931 — die Reichsbank gezwungen war, einen ausländischen Kredit in Höhe von 420 Millionen aufzunehmen.)

Einigung über den Hoover-Plan

Die internationalen Verhandlungen über den Hoover-Plan setzten ein und führten schließlich am 6. Juli 1931 zu einer Einigung auf folgender Grundlage:

1. Die Bezahlung der Regierungsschulden wird vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 ausgesetzt.
2. Deutschland bezahlt jedoch den Betrag der ungeschützten Annuität; aber die französische Regierung ist, soweit sie in Frage kommt, bereit, einzuwilligen, daß die auf diese Weise von Deutschland geleisteten Zahlungen durch die Internationale Zahlungsbank in garantierten Bonds der Deutschen Reichsbahn angelegt werden.
3. Alle suspendierten Zahlungen tragen unter den seitens der amerikanischen Regierung angeregten Bedingungen Zinsen und sind vom 1. Juli 1933 ab in zehn Annuitäten zu tilgen.
4. Die gleichen Bedingungen gelten für die von der Reichsbahn auszugebenden Bonds.

Die Zahl der im Laufe der Jahre in verschwenderischer Fülle eingesetzten „Sachverständigenausschüsse" wurde selbstverständlich auch jetzt wieder um einen weiteren vermehrt (der die Aufgabe erhielt, die Frage der Sachlieferungen und der technischen Bestimmungen betr. das neue Abkommen zu untersuchen).

Aufruf der Reichsregierung zum Hoover-Plan

Am gleichen Tage noch erließ die Reichsregierung einen Aufruf, in der der hoffnungsvolle Satz stand:

„Das Hoover-Jahr soll der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und darüber hinaus der wirtschaftlichen Erholung der Welt dienen."

Im Laufe der weiteren Verhandlungen und Vorschläge bekamen die Dinge ein immer bedenklicheres Gesicht, so daß die „nationale

Opposition", die bereits von Anfang an die Entwicklung skeptisch betrachtet hatte, sich genötigt sah, ein Telegramm an den Reichskanzler Brüning zu richten (21. Juli 1931), das auch die Unterschrift Adolf Hitlers trug: Telegramm der nationalen Opposition betr. den Hoover-Plan

„Dem ursprünglich als Erleichterung gedachten Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover wird die unverhüllte Absicht Frankreichs entgegengesetzt, das deutsche Volk auf die Dauer unter sein Diktat zu zwingen. So soll aus der Erleichterung eine Verschlimmerung werden.

Es wird den verantwortlichen Kreisen in Frankreich nicht unbekannt sein, daß in unserem gequälten Volke, insbesondere in der Jugend, die Verzweiflung derart gewachsen ist, daß allerorts gefährliche Gedankengänge aufkeimen.

Das deutsche Volk, das sich von der Schuld am Kriege frei fühlt, will und kann die ihm aufgezwungenen Lasten nicht länger tragen. Erst recht aber ist eine weitere Schmälerung der deutschen Staatshoheit unerträglich und nicht zu verantworten.

Die gesamte nationale Opposition macht daher in aller Form darauf aufmerksam, daß sie gemäß ihrer Grundeinstellung auch neue Bindungen, die gegenüber Frankreich eingegangen werden, als für sie rechtsverbindlich nicht ansehen wird."

Die alte Erfahrung jener Jahre, daß sich alle Deutschland gemachten Zusagen schließlich immer wieder mehr oder weniger verflüchtigten, blieb bestehen. Wenn man Gleichheit zugesagt hatte, hatte man es nachher nicht so gemeint — wenn man Abrüstung zugesagt hatte, rüstete man auf. Am 20. Januar 1931 hatte der französische Außenminister Briand erklärt: Die Abrüstungsfrage

die Bestimmungen des Artikel 8 des Völkerbundvertrages und die Präambel zum Teil 5 des Versailler Vertrages stellten eine heilige Verpflichtung aller Völkerbundsmitglieder dar. Jedes Volk sei durch diese Verpflichtung gebunden.

In Wirklichkeit aber rüstete das waffenstarrende Frankreich nicht ab, sondern stets auf.

Der groteske Gegensatz zwischen Taten und Worten, Wirklichkeit und Schein, ist in jenen Jahren auch in der deutschen Innenpolitik von einzig dastehender Schärfe.

Auch das sogenannte „Hoover-Moratorium" (siehe weiter oben) brachte in Wirklichkeit nicht die von der Regierung in Aussicht gestellte wirtschaftliche Besserung. Der wirtschaftliche Zusammenbruch nahm im Gegenteil kurz nach dem Abschluß des Hoover-Abkommens erschreckend sichtbare Formen an:

Am 13. Juli 1931 wurde das deutsche Volk durch den Bankenkrach aufgeschreckt: Die bekannte Danatbank (Darmstädter und Nationalbank) stellte ihre Zahlungen ein. Gleichzeitig geriet die Dresdner Bank in Schwierigkeiten. Das Vertrauen zu den deutschen Großbanken war zerstört, der deutsche Kredit zusammengebrochen. Der Bankenkrach

Die deutsche Regierung wandte sich hilfesuchend an das Ausland — erfolglos. Ueberall lehnte man ab, durch weitere Anleihen den Zusammenbruch aufzuhalten.

Ein gewaltiger Sturm auf die Schalter der Banken und Sparkassen setzte in ganz Deutschland ein. Jeder fürchtete um sein Erspartes und versuchte, es schleunigst zu retten. Dieser Ansturm mußte naturgemäß die Katastrophe zum endgültigen Zusammenbruch führen. Und die Reichsregierung konnte dem Ansturm nur steuern, indem sie zwei Bankfeiertage verordnete: Am 14. und 15. Juli blieben die Schalter sämtlicher Kreditinstitute (mit Ausnahme der Reichsbank) sowie die Börse geschlossen. Am 15. Juli wurde der Bankverkehr zum ersten Male wieder aufgenommen (allerdings erst in beschränktem Umfange: es wurden nur Auszahlungen für lebenswichtige Zwecke vorgenommen).

Die Aufregung war ungeheuer und fand ihren Niederschlag auch in der Presse. Natürlich wollte von all den Volksverderber-Parteien keiner schuld gewesen sein, und es wirkt geradezu grotesk, wenn man liest, daß der sozialdemokratische „Vorwärts" damals schrieb, die Regierung müsse endlich den Mut haben, alle innen- und außenpolitischen Konsequenzen rücksichtslos zu ziehen...

> „und den Kampf bis aufs Messer mit allen Mitteln der staatlichen Gewalt gegen die Verderber Deutschlands aufzunehmen, gegen die sogenannte nationale Rechte, die dies neue nationale Unglück auf dem Gewissen hat".

Reichsbankhilfe für die Banken

Die Reichsbank mußte einspringen, um die Großbanken zu stützen. Um ihnen die nötigen Zahlungsmittel zur Verfügung stellen zu können, mußte sie die Notendeckung erheblich verringern und gleichzeitig Diskontsatz und Lombardsatz erhöhen. Sie teilte am 15. Juli amtlich mit:

> „Mit dem heutigen Tage ist die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank unter 40% gesunken. Die gesetzlich erforderliche Ermächtigung des Generalrats ist hierfür eingeholt worden. Die Reichsbank hält es nicht für richtig, mit der Erhöhung ihres Diskontsatzes zu warten, bis die in § 29 des Bankgesetzes angegebenen Voraussetzungen vorliegen, sondern hat in Vorausnahme dieser Verpflichtung bereits heute mit Wirkung vom 16. Juli d. J. ab den Diskontsatz auf 10% erhöht. Gleichzeitig ist der Lombardsatz auf 15% festgesetzt worden."

Kommunistischer „Reichserwerbslosentag"

Am gleichen Tage veranstaltete die Kommunistische Partei einen Reichserwerbslosentag (die Erwerbslosenzahl betrug an diesem Tage 3956000) mit Demonstrationen und blutigen Zusammenstößen in allen Teilen des Reiches.

Reichstagseinberufung erneut abgelehnt

Die Opposition — insbesondere die NSDAP — forderte dringend Reichstagseinberufung. Herr Brüning bat in einem Schreiben

an den sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Loebe noch dringender um Ablehnung der Reichstagseinberufung — im Hinblick auf den „Ernst der gegenwärtigen Lage". So irrsinnig diese Begründung ist, so naheliegend war es freilich, daß Brüning angesichts des Bankrotts seiner Politik sich davor scheute, Rede und Antwort zu stehen. Der willfährige Aeltestenrat des Reichstags lehnte dann auch am 17. Juli 1931 die Einberufung ab.

Um nun auch noch die stürmische Kritik der nationalsozialistischen Blätter zu übertönen und gegebenenfalls abzuwürgen, erließ er am gleichen Tage eine „Notverordnung gegen Ausschreitungen in der Presse" mit folgendem Wortlaut: „Notverordnung gegen Ausschreitungen in der Presse"

> „Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird für das Reichsgebiet verordnet:
>
> § 1: Der verantwortliche Schriftleiter einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, auf Verlangen der obersten Reichs- oder Landesbehörden oder der von ihnen bestimmten Stellen Kundgebungen sowie Entgegnungen auf die in der periodischen Druckschrift mitgeteilten Tatsachen ohne Einschaltung oder Weglassung unentgeltlich aufzunehmen.
>
> Der Abdruck hat unverzüglich, bei Tageszeitungen spätestens in der nach Eingang der Kundgebung oder Entgegnung nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer zu erfolgen. Die Kundgebung oder Entgegnung ist an der vom Einsender bestimmten Stelle mit der von ihm bestimmten Ueberschrift und in der von ihm bestimmten Schrift zum Abdruck zu bringen. Eine Stellungnahme zu einer Entgegnung in derselben Nummer ist unzulässig.
>
> § 2: Druckschriften, durch deren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Periodische Druckschriften können verboten werden:
>
> 1. wenn der Vorschrift des Paragraphen 1 zuwidergehandelt wird, oder
> 2. wenn durch ihren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird...."

Mit der deutschen Krise befaßte sich auch die Londoner Konferenz, die am 20. Juli 1931 begann, aber kaum ein wesentliches Ergebnis zeitigte. Schließlich wurde am 23. Juli wenigstens der der Reichsbank gegebene Kredit in Höhe von 420 Millionen (siehe weiter oben) verlängert. — Ebenfalls in London tagte der zur Durchführung des Hoover-Abkommens (siehe weiter oben) eingesetzte „Sachverständigen-Ausschuß", dessen Verhandlungen dann schließlich zu einem Kompromiß führten. Dieses „Londoner Schlußprotokoll" wurde am 11. August 1931 unterzeichnet — am Tage der „Verfassungsfeier" im Reich. Es beleuchtete wirkungsvoll die traurige Verfassung, in der sich Deutschland befand. Londoner Konferenz und deutsche Krise Der Sachverständigen-Ausschuß des Hoover-Plans „Londoner Schlußprotokoll"

Die Reichsregierung hatte sich inzwischen (am 1. August) mit 300 Millionen an der Dresdner Bank beteiligen müssen, um diese zu retten. Hilfe des Reiches für die Dresdner Bank

Kommunistischer „Anti-Kriegs-Tag“

Am gleichen Tage veranstalteten die Kommunisten einen Antikriegstag, der wiederum zu blutigen Zusammenstößen führte — in Berlin wurden bei diesen Kämpfen ein Polizeihauptwachtmeister und ein Kommunist erschossen. Der Kommunistenführer Pieck tat an diesem Tage (in einer Versammlung in Berlin-Moabit) die bezeichnende Aeußerung, die russische rote Armee stehe bereit, um einer kommunistischen Armee in Deutschland zu Hilfe zu kommen, wenn die deutschen Kommunisten sich anschicken würden, dem „bürgerlichen Staat“ den Garaus zu machen! — Derart unerhörte kommunistische Bürgerkriegshetze konnte damals ungestört verübt werden.

Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags

Man begnügte sich im wesentlichen damit, in sinnloser und verlogener Art und Weise, die Kommunisten mit den Nationalsozialisten in einen Topf zu werfen. Ein Beispiel dieser Methode bietet ein Aufruf der preußischen Regierung gegen den vom Stahlhelm eingebrachten Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtags. Das Volksbegehren (siehe weiter oben) war erfolgreich gewesen, die Landtagsmehrheit hatte jedoch die Auflösung abgelehnt, so daß jetzt der Volksentscheid vor der Türe stand. Die Tatsache, daß hinter dem Antrag des Volksentscheids nicht nur die Nationalsozialisten (und die gesamte sogenannte „nationale Opposition“) standen, sondern daß sich auch die KPD zur Unterstützung des Volksentscheids entschlossen hatte, wurde von der preußischen Regierung dazu benutzt, in ihrem Aufruf (6. August 1931) zu behaupten:

> „Vereint wollen die Links- und Rechtsradikalen, wollen Nationalsozialisten und Kommunisten das letzte große Bollwerk, die Zitadelle der Demokratie und Republik in Deutschland, Preußen, erstürmen. Gelingen des Volksentscheids bedeutet: Sieg zweier für den Augenblick vereinter gegnerischer radikaler Flügel, die dann in einen erbitterten Kampf miteinander um die Endherrschaft eintreten und Staat und Wirtschaft in diesen Vernichtungskampf mit hereinreißen würden. Ein Scheitern des Volksentscheids ermöglicht eine Weiterführung der ruhigen und stetigen Regierungspolitik in Preußen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und als wertvollste Stütze des Reiches bei allen Verhandlungen mit dem Ausland, die der Festigung des Vertrauens zu Deutschland und dem Wiederaufbau seiner Wirtschaft dienen.“

Mit Hilfe der weiter oben angeführten Pressenotverordnung Brünings wurde dieses unglaubliche Machwerk in sämtliche Zeitungen gebracht — weshalb der Reichspräsident (der dieses Vorgehen mißbilligte) die Reichsregierung um Einreichung von Vorschlägen zur Aenderung der Pressenotverordnung ersuchte.

Mißerfolg des Volksentscheids

Unter dem Druck der Regierung lief dann am 9. August 1931 der Volksentscheid negativ aus: Nur 36,9 % der Stimmberechtigten stimmten mit „Ja“.

Am gleichen Tage kam es abermals zu einem blutigen kommunistischen Straßenkampf gegen die Polizei (vor dem „Karl-Liebknecht-Haus“ am Bülowplatz in Berlin), wobei zwei Polizeioffiziere und ein Kommunist getötet wurden. — Erschießung von zwei Polizeioffizieren vor dem Karl-Liebknecht-Haus

Auch die außenpolitische Entwicklung war keineswegs geeignet, das Ansehen des Kabinetts Brüning zu festigen. Die deutsch-österreichische Zollunion (siehe weiter oben), die so viel Staub aufgewirbelt hatte, fiel ins Wasser. Der Internationale Gerichtshof im Haag, dem die Angelegenheit zur Entscheidung vorgelegt worden war, entschied am 5. September 1931 (mit 8 gegen 7 Stimmen!) gegen Deutschland und Oesterreich und bezeichnete die Zollunion als unvereinbar mit dem Friedensvertrag von St. Germain (Friedens-Diktat der Entente gegen Oesterreich) und dem Genfer Protokoll von 1922. Das „Urteil“ lautete: Urteil des Internationalen Gerichtshofes im Haag gegen die deutsch-österreichische Zollunion

„Ein Zollregime zwischen Deutschland und Oesterreich auf der Grundlage und in den Grenzen der Prinzipien des Protokolls vom 19. März 1931 ist nicht vereinbar mit dem Protokoll Nummer 1, gezeichnet in Genf am 4. Oktober 1922.“

Innenpolitisch versuchte man mit den verschiedensten Maßnahmen — aber ideen- und planlos — die wirtschaftliche Lage des Reiches und der Länder zu bessern.

Am 12. September 1931 brachte die preußische Sparnotverordnung einschneidende Kürzungen der Beamtengehälter. Preußische Sparnotverordnung

In der Hoffnung, dadurch mehr Steuern zu bekommen, erließ die Reichsregierung am 19. September eine Amnestie für Steuerhinterziehungen unter bestimmten Auflagen. In der amtlichen Erläuterung hierzu heißt es: Amnestie für Steuerhinterziehungen

„Zur Steueramnestie wird folgendes bemerkt: Steueramnestie soll nach der neuen Verordnung nicht nur eintreten, wenn der Steuerpflichtige die bisher vorgesehene Anzeige gegenüber der Steuerbehörde mit entsprechenden Nachzahlungen für 1931 und 1930 macht, sondern auch dann, wenn er, ohne daß er zur Anzeige, die von manchen, die wieder steuerehrlich werden und zahlen wollen, gescheut wird, verpflichtet sein soll, die von der Reichsbahn jetzt ausgegebene steuerfreie Anleihe im Nennwert des bisher verschwiegenen Vermögens per 1. Januar 1931, und wenn hinterzogenes Einkommen, Erbschaften, Schenkungen, Gewerbeertrag oder 5% des Umsatzes in einem der Jahre 1930, 1929 oder 1928 größer ist, Anleihe in Höhe dieses Betrages erwirbt.“

Diesen für das damalige System so bezeichnenden Ausführungen ist nichts hinzuzufügen.

Da die Mittel der Arbeitslosenversicherung nicht mehr ausreichten, kürzte man am 1. Oktober die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung. Kürzung der Dauer der Arbeitslosenunterstützung

Schwierigkeiten bei der Zahlung der Beamtengehälter

Am 5. Oktober ordnete der preußische Finanzminister an, daß den Beamten am 10. Oktober nicht die zweite Hälfte ihres Monatsgehalts (wie bisher) auszuzahlen sei, sondern nur ein Viertel.

Es ließen sich unschwer noch viele Symptome dieser Art aufzählen. Und als höchst gefährliche Symptome mußten diese Ereignisse gewertet werden.

Zweites Kabinett Brüning

Am 7. Oktober endlich trat das Kabinett Brüning zurück — aber nur, um einem zweiten Kabinett Brüning Platz zu machen, das am 9. Oktober gebildet wurde. Als bemerkenswerteste Aenderung war zu verzeichnen, daß der Reichswehrminister General Groener gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsinnenministers beauftragt worden war! Und man konnte darin wohl den Versuch einer — wie der „Völkische Beobachter" schrieb — „verschleierten Militärdiktatur unter politischer Oberaufsicht des Zentrums" sehen. —

Wachsende Arbeitslosigkeit

Inzwischen wuchs die furchtbare Arbeitslosigkeit wieder unaufhaltsam an, hatte bereits wieder die vierte Million überschritten und wies jetzt schon 4350000 erwerbslose Volksgenossen auf. —

Adolf Hitler zum erstenmal bei Hindenburg

Am 10. Oktober 1931 war der Führer Adolf Hitler zum ersten Male zu einer Aussprache bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg. Der Berliner Polizeipräsident beging die brutale Taktlosigkeit, am gleichen Tage eine Reihe Berliner SA-Heime zu schließen und damit zahlreiche SA-Männer obdachlos zu machen.

Schließung von Berliner SA-Heimen

Die Tagung von Harzburg

Am 11. Oktober veranstalteten NSDAP, DNVP und Stahlhelm eine gemeinsame Kundgebung der nationalen Opposition in Harzburg. Diese „Harzburger Tagung" bedeutete eine geschlossene Kampfansage gegen das Kabinett Brüning und das preußische Kabinett des Sozialdemokraten Braun. In der in Harzburg gefaßten Entschließung heißt es:

„... Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen Nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegnerschaft rechnen. So fordern wir den sofortigen Rücktritt der Regierungen Brüning und Braun, die sofortige Aufhebung der diktatorischen Vollmachten für Regierungen, deren Zusammensetzung nicht dem Volkswillen entspricht und die sich nur noch mit Notverordnungen am Ruder halten können. Wir fordern sofortige Neuwahlen der überalterten Volksvertretungen, vor allem im Reich und in Preußen. Im vollen Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung erklären wir, daß die in der Nationalen Opposition stehenden Verbände bei kommenden Unruhen wohl Leben und Eigentum, Haus, Hof und Arbeitsstellen derjenigen verteidigen werden, die sich mit uns offen zur Nation bekennen, daß wir es aber ablehnen, die heutige Regierung und das heute herrschende System mit dem Einsatz unseres Blutes zu schützen.

Wir verlangen Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit und Rüstungsausgleich. Einig stehen wir zu diesen Forderungen. Ge-

achtet ist jeder, der unsere Front zerreißen will. Wir beschwören den durch uns gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in letzter Stunde durch Berufung einer wirklichen nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel herbeiführt...."

Das Ringen zwischen der Regierung Brüning und der Opposition wurde jetzt in verschärftem Maße fortgesetzt. — Im Reichstag wurde vier Tage lang gekämpft — bis schließlich am 16. Oktober 1931 das Kabinett Brüning mit knapper Mehrheit sich halten konnte: Der Mißtrauensantrag gegen die Regierung wurde mit 295 gegen 270 Stimmen abgelehnt. (Außerdem wurden die oppositionellen Anträge auf Reichstagsauflösung und Aufhebung der Notverordnungen mit etwas stärkeren Mehrheiten abgelehnt.) Im übrigen gelang es, den Reichstag bis zum 23. Februar 1932 zu vertagen. Abermals eine Frist.

Knappe Mehrheit für Brüning im Reichstag

Aber daß es sich bei der „Stabilität" dieses Regierungssystems nur noch um kurze Fristen handeln konnte, kam auch in den Worten Adolf Hitlers zum Ausdruck, als er am 18. Oktober 1931 beim SA-Aufmarsch in Braunschweig 24 neue Standarten verlieh und dabei u. a. sagte:

SA-Aufmarsch in Braunschweig

„Sie haben heute 24 Standarten empfangen. Ich glaube, es werden die letzten sein, die Sie vor dem Siege der Bewegung in Ihre treue Obhut nehmen. Wenn wir nicht in letzter Minute die Nerven verlieren, dann wird keine Macht in Deutschland uns niederzwingen können."

Bei diesem denkwürdigen Aufmarsch der SA-Gruppe Nordmark marschierten 104000 Mann auf.

Wenige Tage später — am 23. Oktober — wählte die Bremische Bürgerschaft den Nationalsozialisten Dr. Backhaus zum Präsidenten.

Nationalsozialistischer Präsident der Bremischen Bürgerschaft

Die Linie der politischen Entwicklung war klar erkennbar — und auch durch Schikanen nicht aufzuhalten (z. B. auch nicht dadurch, daß jetzt am 3. November der preußische Innenminister sämtliche Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verbot).

Demonstrationsverbot in Preußen

Ein gewaltiger nationalsozialistischer Wahlsieg in Hessen (siehe 20. Abschnitt) verstärkte diesen Eindruck. Als der Nationalsozialist Dr. Frick in Versammlungen erklärte, der Nationalsozialismus werde — wenn er an die Macht gekommen sei — den volksfeindlichen Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten, kündigte der preußische Innenminister Severing Redeverbot an. Was freilich an der kommenden Tatsache kaum etwas ändern konnte. — Auch die beharrlichen Weigerungen, den Reichstag einzuberufen, konnten das Vertrauen in die „Stabilität" des „herrschenden" Regimes durchaus nicht festigen. —

Redeverbot

„Vierte Notverordnung" Und die Not stieg. Am 10. November 1931 4620000 Arbeitslose, am 15. November 4844000. Auch die „Vierte Notverordnung" vom 8. Dezember hielt diese Entwicklung keineswegs auf. Die Regierung führte mit dieser Notverordnung u. a. eine Lohnsenkung um 10 % durch (die durch eine entsprechende Preissenkung ausgeglichen werden sollte) und verordnete gleichzeitig ein allgemeines Uniformverbot und einen „Burgfrieden" bis zum 3. Januar 1932. Diese Unterbindung jeglicher politischen Propaganda richtete sich natürlich in erster Linie gegen die Nationalsozialisten, die

Rundfunkrede Brünings ja auf diesem Gebiete weitaus am aktivsten waren. — Gleichzeitig hielt Herr Brüning eine Rede über den Rundfunk „gegen die Nebenregierung Hitler". (Man fühlte sich bereits recht unwohl.)

Adolf Hitlers offener Brief an Brüning Adolf Hitler antwortete am 14. Dezember 1931 in einem offenen Brief an den Reichskanzler Brüning und erklärte hinsichtlich der Verärgerung der Regierung über seine Redetätigkeit:

„. . . . Wenn man heute dennoch höheren Ortes in dieser Redetätigkeit etwas Ungehöriges erblicken will, dann erspare man uns das Reden und gebe uns die Macht. . . ."

Adolf Hitler übte in diesem offenen Briefe gleichzeitig schonungslose Kritik an dem völligen Versagen der Regierung Brüning gegenüber dem marxistischen Mordterror und stellte fest, daß diese rote Mordseuche der nationalsozialistischen Bewegung allein in einem Jahre über 50 Tote und über 4000 Verwundete gekostet hat.

Der rote Mordterror raste — Millionen Arbeitslose gingen stempeln — SPD, Reichsbanner und Freie Gewerkschaften schlossen sich am 23. Dezember 1931 zur besseren Bekämpfung des National-

Die „Eiserne Front" sozialismus zur „Eisernen Front" zusammen — so sah der von Herrn Brüning verordnete „Weihnachtsfrieden" (der schon weiter

„Weihnachtsfrieden" oben erwähnte „Burgfrieden") aus.

So brach das Jahr 1932 an, das letzte Jahr des Novembersystems.

Unaufhaltsamer Siegeszug der NSDAP

In diesem Augenblick — am Jahresende 1931 — hatte die NSDAP bereits 806294 **Mitglieder**, während es ein Jahr vorher 389000 gewesen waren. Denn in der gleichen Zeit, da das Regime Brüning verzweifelt um seine Machtpositionen gekämpft hatte und seine „Vertrauensbasis" immer schmaler wurde, hatte die NSDAP nicht nur ihren Kampf erfolgreich fortgesetzt, sondern hatte eine Stellung nach der anderen erobert: Das Jahr 1931 hatte sie um ein ganz wesentliches Stück ihrem Ziele nähergebracht. Mitgliederzahlen der NSDAP

Schon das Jahresende 1930 hatte — kurz nach dem großen Sieg vom 14. September (siehe 18. Abschnitt) — noch weitere Wahlsiege gezeitigt:

Am 16. November 1930 bei den Volkstagswahlen in **Danzig** 31516 nationalsozialistische Stimmen (16,1%) und 12 Abgeordnete (bisher 1) von insgesamt 72; Wahlen in Danzig und Bremen
am 30. November 1930 bei den Bürgerschaftswahlen in **Bremen** 51324 nationalsozialistische Stimmen (25,6%) mit 32 Abgeordneten (bisher keiner) von insgesamt 120. Am 16. Januar 1931 wurde ein nationalsozialistischer Bürgerschaftspräsident gewählt.

Der Jahresbeginn 1931 sah die NSDAP wieder in organisatorischer und propagandistischer Aufbauarbeit:

Am 1. Januar 1931 wurde bei der Reichsleitung die **Wirtschaftspolitische Abteilung der NSDAP** (unter Pg. Dr. Wagener) ins Leben gerufen. Wirtschaftspolitische Abteilung der NSDAP

Am gleichen Tage nahm zum ersten Male die nationalsozialistische politisch-satirische Wochenschrift „**Die Brennessel**" ihren Kampf auf. „Die Brennessel"

Am 15. Januar 1931 wurde die **Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) bei der Reichsleitung** (unter Pg. **Schuhmann**) gegründet (nachdem im Gau Berlin Pg. **Engel** bereits 1928 mit der Schaffung nationalsozialistischer Betriebszellen begonnen und Pg. **Muchow** dann einen einheitlichen Gauorganisationsplan hierfür geschaffen hatte). Jetzt wurde auch im gesamten Reiche der nationalsozialistische Kampf um die Betriebe eröffnet. NSBO

Am 9. Februar 1931 vereinigte der „Agrarpolitische Apparat der NSDAP" (siehe 18. Abschnitt) unter Pg. **Darré** zum ersten Male die Vertreter des nationalsozialistischen Bauerntums aus allen Gauen zu einer **nationalsozialistischen Bauerntagung in Weimar**. — Nationalsozialistische Bauerntagung in Weimar

Brüning gegen die NSDAP

Um dieselbe Zeit lag die Bewegung Adolf Hitlers in schwerstem Kampfe mit der Regierung Brüning, die alles versuchte, um die NSDAP abzuwürgen. Am 7. Februar 1931 wurde im Reichstag das nationalsozialistische Mißtrauensvotum gegen Brüning abgelehnt. Am 9. Februar setzte Brüning im Reichstag zur Knebelung der Opposition eine neue Geschäftsordnung durch. Am 10. Februar verließen die 107 nationalsozialistischen Abgeordneten geschlossen den Reichstag. (Diese Vorgänge wurden im einzelnen bereits im 19. Abschnitt behandelt.)

Der rote Terror

Auf der anderen Seite hatte sich die NSDAP gegenüber dem ständig anschwellenden roten Terror durchzusetzen. Die organisierten Ueberfülle des Reichsbanners und der kommunistischen Antifa auf unbewaffnete SA- und SS-Männer, Hitlerjungen und Parteigenossen schufen eine derart unerträgliche Atmosphäre, daß nur äußerste nationalsozialistische Disziplin vor Unüberlegtheiten, auf die der Gegner ja nur wartete, bewahren konnte. Der Führer Adolf Hitler sah sich daher am 16. Februar 1931 erneut genötigt, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen strengstens jeden Waffenbesitz zu verbieten. In einem Aufruf an die NSDAP wies er darauf hin, daß diese Anweisung angesichts des gegnerischen Mordterrors zwar sehr bitter sei, daß er aber unbedingte Disziplin fordern müsse, um dem System keine Möglichkeiten zu einem Verbot der Bewegung zu geben. Er warnte vor Lockspitzeln und Provokateuren, die versuchen, der SA Waffen zu verkaufen, um damit die nötige Handhabe zu schaffen, die Bewegung von Staats wegen zerschlagen zu lassen. Der Aufruf, der ein besonderes historisches Dokument darstellt, schließt mit dem seherischen Satz:

Aufruf des Führers gegen Provokateure

> „Ueber all dem Dunst von Lug und Trug, von Haß und Terror wird sich am Ende dennoch das neue Reich erheben, dessen Schmiede Ihr seid.“

Und die NSDAP hielt durch, die Kameraden der SA und SS bewahrten die Disziplin angesichts der bewaffneten Banden des Reichsbanners, angesichts der kommunistischen Mordwelle, die unter der bezeichnenden Parole der KPD stand: „Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!“

„Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!“

> Die KPD hat ihre besondere primitive Terminologie: Ganz allgemein zerfielen die Menschen politisch lediglich in Kommunisten und Faschisten. Da gab es Nazifaschisten oder Hitlerfaschisten (NSDAP), Sozialfaschisten (SPD), Links- und Rechtsfaschisten und ähnlichen blühenden Unsinn. Wenn die KPD aber schlechthin von „Faschisten“ sprach, so meinte sie regelmäßig die NSDAP. Und so forderte sie hier auf: Schlagt die Nationalsozialisten, wo Ihr sie trefft!

Das war nicht mehr die Parole einer politischen Partei, sondern die Mordaufforderung einer Gangsterbande — eine Aufforderung, die

ihre blutigen Früchte trug und Hunderten von Nationalsozialisten das Leben kostete — und ebenso den verhetzten Volksgenossen, die sich von den marxistischen Drahtziehern zu diesem Mordwerk mißbrauchen ließen und der erzwungenen nationalsozialistischen Notwehr erlagen. Es ist heute kaum noch zu begreifen, daß es einmal eine Regierung gab, die es duldete, daß vor ihren Augen — öffentlich in Zeitungen und Flugblättern — solche Mordparolen ausgegeben wurden.

Behördlicher Kampf gegen die NSDAP

Denn die Brüningsche „*Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen*“ vom 28. März 1931 (siehe 19. Abschnitt) richtete sich keineswegs *dagegen*, sondern diente in erster Linie der *Bekämpfung* der NSDAP. Man hoffte, die Nationalsozialisten durch ein Netz von Schikanen — Verbote von Uniformen, Versammlungen, Zeitungen usw. — endlich doch zu Unbesonnenheiten reizen zu können. Dies brachte der *Führer* auch in seinem daraufhin erlassenen *Aufruf* vom 30. März 1931 klar zum Ausdruck, in dem er auch gegenüber dieser *Notverordnung* strenge *Disziplin* und Gesetzlichkeit befahl. —

Aufruf des Führers zur „Notverordnung gegen politische Ausschreitungen“

Fricks Rücktritt in Thüringen

Von allen Seiten stürmten die Gegner an. Mit Hilfe der Deutschen Volkspartei wurden am 1. April 1931 im thüringischen Landtag die sozialdemokratischen *Mißtrauensanträge* gegen die Nationalsozialisten Minister *Frick* und Staatsrat *Marschler* angenommen, worauf beide Parteigenossen ihren Rücktritt erklärten.

Stennes-Revolte

Am gleichen Tage brach in der Berliner SA die sogenannte „*Stennesrevolte*“ aus: Stennes war Osaf-Stellvertreter-Ost gewesen, d. h. ihm unterstand die gesamte ostelbische SA. Wie im Vorjahre Otto Strasser (siehe 18. Abschnitt), so zettelte jetzt Stennes treulos eine Revolte gegen den Führer an, da er den „legalen Weg“ nicht mitmachen wollte — und um sich seiner Absetzung zu widersetzen. Adolf Hitler hatte keineswegs die Absicht, den Putschwünschen des Herrn Stennes zuliebe die SA und damit die gesamte Bewegung — und damit letzten Endes die deutsche Zukunft — aufs Spiel zu setzen — und griff entschlossen durch. Stennes und mehrere seiner Unterführer wurden aus der Partei ausgeschlossen, und nach wenigen Tagen zerbrach die treulose Revolte an der Treue der SA zu ihrem Führer Adolf Hitler. Besonders verdient um die Aufrechterhaltung der Disziplin hatte sich die Berliner SS unter Pg. *Daluege* gemacht. Der Führer schrieb damals das berühmte Wort: „*SS-Mann, Deine Ehre heißt Treue!*“ —

Nur ganz wenige SA-Männer leisteten Stennes Gefolgschaft, und kurze Zeit später hatte sich sein kleines Häuflein in Nichts aufgelöst. Die jubilierenden Hoffnungen der gegnerischen Zeitungen waren verflogen. Es hatte sich wieder einmal gezeigt, daß es un-

möglich war, gegen Adolf Hitler zu putschen. Er und seine Bewegung waren eins. Weder solche fruchtlosen Versuche noch tausendfältiger Ansturm der Gegner konnten seinen Vormarsch aufhalten.

Man mußte im Gegenteil immer ernsthafter mit diesem Vormarsch als einer politischen Realität rechnen, wenn man es im gegnerischen Lager auch sehr ungern wahr haben wollte. Die Dinge waren schon so weit gediehen, daß bereits das Ausland sich sehr intensiv mit Adolf Hitler und seiner Bewegung als politischem Machtfaktor beschäftigte. War dies schon am Jahresende 1930 deutlich in Erscheinung getreten, als sich der französische Politiker Hervé mit einer Anfrage an Hitler betr. seine Stellung zu einem deutsch-französischen Militärbündnis wandte und Adolf Hitler am 26. Oktober 1930 im „Völkischen Beobachter" antwortete, so kam dies erneut im Mai 1931 zum Ausdruck, als Pg. Göring, der politische Beauftragte des Führers, in Rom dem italienischen Regierungschef Mussolini und dem Vatikan Besuche abstattete. In gleicher Weise machte Anfang Dezember 1931 Pg. Alfred Rosenberg Besuche in London. Am 4. Dezember gab Adolf Hitler den ausländischen Pressevertretern ein Interview im Hotel „Kaiserhof" (dem ständigen Berliner „Hauptquartier", wenn der Führer in der Reichshauptstadt weilte), und am 11. Dezember schwoll der Aerger Brünings über das der NSDAP geltende ausländische Interesse derart an, daß die Reichsregierung die vorgesehene Uebertragung einer Hitlerrede nach Amerika verbot. Niederschlag dieser verbitterten Stimmung war es auch, wenn sich Brüning wenige Tage vorher (am 8. Dezember 1931) in seiner Rundfunkansprache (siehe 19. Abschnitt) über die „Nebenregierung Hitler" beschwerte. Aber wenn Brüning aus dem Fenster der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße hinübersah zum „Kaiserhof" und Verbitterung darüber empfand, daß das Interesse des Auslands sichtbar mehr auf den „Kaiserhof" gerichtet war als auf die Wilhelmstraße — so änderte das nichts an der unerbittlichen und gerechten Entwicklung, die eines Tages über ihn hinwegschreiten mußte. Der Verlauf des Jahres 1931 bewies das eindeutig: Trotz aller Angriffe, allen Terrors, aller Verbote, des Stennesputsches und der Notverordnungen stiegen die nationalsozialistischen Stimmenzahlen bei sämtlichen Wahlen in überzeugender Wucht:

Briefwechsel Hitler—Hervé

Pg. Göring in Rom

Pg. Rosenberg in London

Hitler-Interview vor ausländischen Pressevertretern

Verbot der Uebertragung einer Hitler-Rede nach Amerika

Das Ausland und die NSDAP

Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe und Oldenburg

Am 3. Mai 1931 bei den Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe 7854 nationalsozialistische Stimmen (26,9 %) mit 4 Abgeordneten (bisher keiner) von insgesamt 15;

am 17. Mai 1931 bei den Landtagswahlen in Oldenburg 101490 nationalsozialistische Stimmen (37,2 %) mit 19 Abgeordneten (bisher 3) von insgesamt 48.

In Oldenburg wurde die NSDAP damit zum ersten Male stärkste Fraktion in einem Landtag!

Indes sich das regierende System in seiner ganzen hilflosen Schwäche am 13. Juli 1931 in dem großen Bankenkrach (siehe 19. Abschnitt) vor aller Welt offenbarte.

Gleichzeitig tagte in Graz der Deutsche Studententag (die jährliche Vertretertagung der Deutschen Studentenschaft, die in diesem Jahre nach Graz gelegt worden war). Und hier zeigte es sich, daß sich der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (unter Pg. Baldur von Schirach) in der Studentenschaft durchgesetzt hatte: Die Nationalsozialisten hatten auf dem Studententag zum ersten Male die absolute Mehrheit. Zum ersten Male wurde ein Nationalsozialist zum Ersten Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft gewählt (Pg. Walter Lienau, an dessen Stelle später Pg. Gerhard Krüger trat). — Deutscher Studententag in Graz

Immer vielgestaltiger vollzog sich der organisatorische Ausbau der nationalsozialistischen Bewegung: Am 1. Mai 1931 wurde das „Nationalsozialistische Kraftfahrkorps" (NSKK) unter Gruppenführer Hühnlein geschaffen. — Am 31. Mai wurde der Entwurf der SA-Dienstvorschrift veröffentlicht. — Am 15. Juni weihte Adolf Hitler die Reichsführerschule der SA in München ein. — Am 1. August wurde die Reichspressestelle der NSDAP unter Pg. Dr. Otto Dietrich errichtet. — Am 1. Oktober wurde die „NS-Frauenschaft" unter Pg. Elsbeth Zander gegründet. — Am 30. Oktober wurde das Amt des Reichsjugendführers der NSDAP geschaffen (dem HJ, Jungvolk, BdM, NSDStB und NSS unterstanden) und Pg. von Schirach zum Reichsjugendführer ernannt. (Gleichzeitig übernahm Pg. Adrian von Renteln die Leitung der Hitlerjugend.) Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps SA-Dienstvorschrift Reichsführerschule der SA Reichspressestelle der NSDAP NS-Frauenschaft Reichsjugendführer Pg. von Schirach

Die Organisation der NSDAP wuchs, dehnte sich aus und wurde so zur gewaltigsten bisher in der Geschichte dagewesenen politischen Organisation. Welche Unsumme von freiwilliger Arbeit und Opfern in diesem Bau steckt, in dieser Organisation und ihrer gewaltigen Aufklärungsarbeit zur Zusammenschweißung aller kämpferischen Elemente — das kann nur der ermessen, der den Aufbau miterlebte. Und wenn nach einem Leben voll Kampf und Opfer der Gauleiter der hessischen Nationalsozialisten, Peter Gemeinder, am 30. August 1931 nach einer Rede in Mainz einem Herzschlag erlag, so hat auch er sein Leben der Bewegung geopfert. Und ein ebenso widerwärtiges wie unvergeßliches Beispiel des politischen Katholizismus war es, daß ihm das kirchliche Begräbnis verweigert wurde, weil er Gauleiter Peter Gemeinder †

führender Nationalsozialist gewesen war. Der Haß der Gegner reichte über das Grab hinaus. —

Der Kurfürstendamm-Prozeß

Aber die NSDAP marschierte weiter — trotz des Hasses der Gegner und des Wutgeheuls der Presse, die am 12. September 1931 wieder einmal passende Gelegenheit fand, sich schrecklich zu erregen — als es nämlich (am Tage des jüdischen Neujahrsfestes) auf dem Berliner Kurfürstendamm zu Zusammenstößen zwischen SA-Männern und Juden kam. In dem darauffolgenden bekannten „Kurfürstendammprozeß" wurden mehrere SA-Führer und SA-Männer wegen einiger geohrfeigter Juden zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt.

Unter den Schikanen sei auch an die Schließung von Berliner SA-Heimen und SA-Lokalen erinnert (auf Grund der Dritten Notverordnung Brünings vom 6. Oktober 1931 — siehe 19. Abschnitt).

Minister Pg. Klagges in Braunschweig

Und dennoch ging es unaufhaltsam vorwärts. Am 15. September 1931 wurde in Braunschweig der Nationalsozialist Dietrich Klagges zum Innen- und Volksbildungsminister gewählt. Die Wahlen zeigten auch weiterhin die ansteigende nationalsozialistische Kurve:

Wahlen in Hamburg

Am 27. September 1931 bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg 202145 nationalsozialistische Stimmen (25,9 %) und 43 Mandate (bisher 3) von insgesamt 160. — Und das im „roten" Hamburg!

Am 10. Oktober 1931 war Adolf Hitler (zusammen mit seinem politischen Beauftragten, Pg. Göring) zum ersten Male zu einer Aussprache beim Reichspräsidenten von Hindenburg (siehe 19. Abschnitt).

Harzburg

Am 11. Oktober fand die berühmte Tagung von Harzburg statt, die eine gemeinsame Kampfansage der „Harzburger Front" (Nationale Opposition) gegen das Kabinett Brüning bedeutete (siehe 19. Abschnitt).

SA-Aufmarsch in Braunschweig

Am 17. und 18. Oktober erlebte Braunschweig den denkwürdigen SA-Aufmarsch (siehe 19. Abschnitt), bei dem Adolf Hitler die letzten Standarten vor dem Siege verlieh.

Landtagswahlen in Hessen

Und vier Wochen später erfocht die NSDAP wiederum einen grandiosen Wahlsieg, bei dem sie die weitaus stärkste Partei wurde:

Am 15. November 1931 bei den Landtagswahlen in Hessen 291189 nationalsozialistische Stimmen (37 %) mit 27 Abgeordneten (bisher keiner) von insgesamt 70.

Die „Boxheimer Dokumente"

Kurz danach glaubte man, der NSDAP in Hessen und darüber hinaus im ganzen Reiche einen schweren Schlag durch „Enthüllung"

der sogenannten „Boxheimer Dokumente“ versetzen zu können. Bei diesen „Dokumenten“ handelte es sich um eine Privatarbeit des hessischen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Dr. Best über die im Fall eines kommunistischen Aufstandes zu treffenden Gegenmaßnahmen. (Benannt wurde diese Arbeit nach dem Boxheimer Hof bei Lampertheim. Sie war am 25. November 1931 gefunden worden, als auf Grund einer Denunziation Haussuchungen bei nationalsozialistischen Führern Hessens inszeniert wurden.) Das daraufhin gegen Pg. Dr. Best eingeleitete Hochverratsverfahren mußte einige Zeit später eingestellt werden — und die schöne Aktion gegen die NSDAP fiel ins Wasser.

Auch die Gründung der „Eisernen Front“ (siehe 19. Abschnitt) am 23. Dezember 1931 und der von Brüning am 8. Dezember verordnete „Weihnachtsfriede“ (siehe 19. Abschnitt) schwächten die nationalsozialistische Kampfkraft keineswegs. Sie sollte ihre Kräfte für das Jahr 1932, das letzte und härteste Kampfjahr, aber auch noch in besonders starkem Maße nötig haben. Jahresende

Das Jahr der großen Wahlkämpfe bricht an

Jahresbeginn 1932

Notverordneter „Weihnachtsfrieden“ von Brünings Gnaden, Hunger und Verzweiflung, roter Mord von Antifa und Reichsbanner, 5660000 Arbeitslose — so beginnt das Jahr 1932. Drei Milliarden hat das Reich im vorhergehenden Jahre an Arbeitslosenunterstützungen aufwenden müssen — so teilt am 5. Januar der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit. Wie soll es erst im Jahre 1932 werden?

Kommunistische Streikparolen

Um dem neuen Jahre gleich von Anfang an das entsprechende Gesicht zu geben, gibt die KPD im Ruhrgebiet bereits zum Jahresanfang die Generalstreikparole aus. Schon am 3. Januar kommt es wieder zu Demonstrationen und Zusammenstößen. — In allen Teilen des Reiches wütet Rotmord. Tote und Verwundete.

Herbert Norkus †

Am 24. Januar wird der 15jährige Hitlerjunge Herbert Norkus von Kommunisten viehisch ermordet. (Der 24. Januar ist heute der Trauertag für die Toten der Hitlerjugend.)

Unmöglichkeit der Reparationszahlungen

Die „Regierung“ aber „regiert“ — von einem Mißerfolg zum anderen. Am 9. Januar herrscht große Aufregung in der Weltpresse, da Brüning dem britischen Botschafter mitgeteilt haben soll, daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft imstande sei, die Reparationen zu zahlen, da das deutsche Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch stehe. Die deutsche Regierung bestreitet, daß die Aeußerungen in dieser Form getan worden seien. Immerhin sei Deutschlands Zahlungsunfähigkeit erwiesen, und seine Lage mache die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich.

Die Lage war in der Tat so — aber sie war schon seit Jahren so, und es ist das Verbrechen und der Irrsinn dieses Regierungssystems, trotzdem mit einer jahrelangen selbstmörderischen „Erfüllungspolitik“ Deutschland wirtschaftlich zugrunde gerichtet zu haben. —

Abrüstungskonferenz in Genf

Am 2. Februar wird die Abrüstungskonferenz in Genf eröffnet. Adolf Hitler entsendet dorthin als Beobachter die Parteigenossen Generalleutnant Ritter von Epp und Oberst Haselmayr. Am 9. Februar hält dort Brüning eine fruchtlose Abrüstungsrede.

Am 18. Februar trägt der deutsche Delegierte Botschafter Nadolny das deutsche Abrüstungsprogramm vor, das unter anderem forderte:

Qualitative Abrüstung:

1. Abschaffung der schweren Artillerie,
2. Beseitigung der Tanks,
3. Verbot jeglicher militärischen Luftfahrt zu Lande und zur See,
4. Verbot der Befestigungen, die für andere Nationen eine unmittelbare Bedrohung darstellen,
5. Ausdehnung des Verbots der Anwendung von Gas- und bakteriologischen Stoffen auf die Vorbereitung zur Verwendung dieser Kampfstoffe,
6. Verbot des Abwurfs von Kampfstoffen jeglicher Art aus Luftfahrzeugen.

Quantitative Abrüstung:

1. Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in möglichst allen Staaten,
2. Begrenzung der Polizei und Verbot von Maßnahmen zu ihrer militärischen Verwendung,
3. Herabsetzung und Begrenzung der Mengen der erlaubten Waffen usw.

Die Presse berichtete von dem Beifall zahlreicher Delegierter. Aber bei diesen rethorischen „Erfolgen" blieb es auch. Kein Nachbarstaat dachte daran, auch nur eine Patrone „abzurüsten". —

Ablauf der Amtszeit des Reichspräsidenten

Innenpolitisch stand der Januar 1932 im Zeichen höchster Spannungen: Die Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg lief ab — und neue Reichspräsidentenwahlen rückten damit in nächste Nähe. Dem Kabinett Brüning war das im höchsten Grade unangenehm. Nur keine Wahlen! Nur nicht das Volk befragen, das in seiner Mehrheit gegen das Regime stand! Und so trat jetzt das Kabinett Brüning an den verhaßten Adolf Hitler mit dem Vorschlag heran, sich mit einer Amtszeitverlängerung des Reichspräsidenten ohne Wahlen einverstanden zu erklären. (Die Verlängerung sollte als verfassungsänderndes Gesetz vom Reichstag angenommen werden.) Als Grund wurde angegeben, daß außenpolitisch die Regierung „in der Person des Reichspräsidenten das stärkste Aktivum erblicke, das Deutschland in der Welt besitze". Am 6. und 7. Januar 1932 bereits fanden darüber Besprechungen zwischen Brüning und Groener auf der einen und dem Führer auf der anderen Seite statt.

Verhandlungen um die Amtszeitverlängerung des Reichspräsidenten

Adolf Hitlers Ablehnung

In Wirklichkeit ging es aber der Regierung gar nicht so sehr um die Person des Reichspräsidenten als um ihre eigene Existenz. Nicht um Hindenburg ging es, sondern um Brüning und das von ihm vertretene System, das sich keiner Wahl mehr stellen wollte, um sich zum Schaden des deutschen Volkes am Leben halten zu können. Der Führer sah sich daher genötigt, das Ansinnen der Regierung abzulehnen, und tat dies in einer an den Reichspräsidenten gerichteten Denkschrift, in der er auch insbesondere die verfassungsrecht-

lichen Bedenken darlegte, die den Brüningschen Wünschen entgegenstanden. Die Denkschrift wurde am 12. Januar durch Pg. Hermann Göring überreicht. Am gleichen Tage ersuchte der Reichspräsident von Hindenburg den Reichskanzler Brüning, seine in der oben angeführten Richtung laufenden Bemühungen einzustellen.

Am 16. Januar wurde eine weitere Denkschrift Adolf Hitlers dem Reichskanzler Brüning übergeben, in der nochmals eingehend die Gründe zusammengefaßt waren, aus denen eine parlamentarische Neuwahl des Reichspräsidenten unmöglich sei. Am 23. Januar antwortete Brüning, versuchte, diese Argumente zu entkräften — und ließ erkennen, daß er seinen Platz immer noch nicht völlig aufgegeben hatte.

Inzwischen hatten jedoch schon die Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl eingesetzt:

Kandidatur Thälmann

Am 12. Januar 1932 bereits stellten die Kommunisten den Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, als Kandidaten auf. Sie teilten dies der Oeffentlichkeit in einem Aufruf mit, in dem es u. a. hieß:

> „Die Kommunistische Partei Deutschlands führt den Wahlkampf als außerparlamentarische Massenaktion, gestützt auf alle Klassenorganisationen und Einheitsfrontorgane des Proletariats, unter folgenden Losungen:
> 1. Klasse gegen Klasse! ....“ usw.

Einseitiges Vorgehen gegen die NSDAP

Derartige unverhüllte Klassenverhetzungen waren damals ebenso straflos gestattet wie die niederträchtige Parole: „Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!“ (siehe 20. Abschnitt). Weniger „milde“ allerdings war man gegenüber den Nationalsozialisten: So wurde z. B. der „Angriff“ am 8. Januar verboten, weil er die jüdische Presse mit dem schönen Wort „Rotationssynagoge“ belegt hatte. (Das Reichsinnenministerium hob dann dieses Verbot auf, woraus sich ein Streit mit dem Preußischen Innenministerium ergab, in dem schließlich am 4. Februar das Reichsgericht entschied, der Ausdruck „Rotationssynagoge“ stelle keine „Beleidigung oder Beschimpfung der jüdischen Religion“ dar.) Oder ein anderes Beispiel: Am 8. Februar wurden in Berlin 7 nationalsozialistische Studenten wegen der sogenannten „Studentenkrawalle“ (siehe 19. Abschnitt) zu Gefängnisstrafen verurteilt. — Indes die Kommunisten offen zum Mord hetzten, tagtäglich blutige Ueberfälle veranstalteten und systematisch den Bürgerkrieg vorbereiteten. —

Kandidatur Hindenburg

Am 15. Februar 1932 erklärte sich Hindenburg bereit, erneut zur Reichspräsidentenwahl zu kandidieren. Sämtliche Parteien von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei traten für diese

Kandidatur ein, d. h. wollten sich und ihre Erbärmlichkeit hinter der großen Gestalt des Reichspräsidenten von Hindenburg verstecken.

Kandidatur Duesterberg

Deutschnationale und Stahlhelm gingen ihre eigenen — nicht sonderlich bedeutenden — Wege, teilten am 22. Februar der Oeffentlichkeit mit, daß sie einen „Schwarz-weiß-roten Kampfblock" gegründet hätten — und stellten als ihren Kandidaten den 2. Stahlhelmführer Duesterberg auf.

Die Kandidatur Adolf Hitlers

Am gleichen Tage aber gibt der nationalsozialistische Gauleiter von Groß-Berlin, Pg. Dr. Goebbels, in einer Generalmitgliederversammlung der NSDAP im Sportpalast die Kandidatur Adolf Hitlers bekannt. In seiner begeistert aufgenommenen Rede sagt er:

> „Wir wollen als Präsidenten einen Führer! Wir wollen als Präsidenten einen Mann, der aus dem Volke hervorgegangen ist! Wir wollen als Präsidenten einen Mann, der mit uns fühlt und denkt und leidet und empfindet! Wir wollen einen Präsidenten, von dem jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau weiß: dem möchte ich die Hand drücken, weil ich weiß, in dieser Hand schlägt derselbe Pulsschlag wie in meiner Hand!

Dr. Goebbels selbst schreibt über diesen begeisternden Abend in seinem Buche „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" (eine historische Darstellung in Tagebuchblättern) auf Seite 50:

> „Sportpalast überfüllt. Generalmitgliederversammlung der Bezirke Westen, Osten und Norden. Gleich bei Beginn stürmische Ovationen. Als ich nach einer Stunde vorbereitender Rede die Kandidatur des Führers öffentlich proklamiere, tobt fast 10 Minuten lang der Begeisterungssturm. Wilde Kundgebungen für den Führer. Die Menschen stehen auf und jubeln und rufen. Das Gewölbe droht zu brechen. Ein überwältigender Anblick! Das ist wirklich eine Bewegung, die siegen muß. Es herrscht ein unbeschreiblicher Taumel der Verzückung. Graf Helldorf tritt am Schluß vor das Mikrophon und legt im Namen der SA das Treuegelöbnis für den Führer ab. Es herrscht eine wunderbare Stimmung. Die Menschen lachen und weinen durcheinander. Viele sind ganz außer sich. Man hat zum ersten Male den Begriff, daß wirklich das Volk aufsteht."

Ein jubelnder Aufschrei geht durch die gesamte nationalsozialistische Bewegung. Alle Energien konzentrieren sich auf den kommenden Wahlkampf.

Reichstagssitzung

Am 26. Februar bestimmt der Reichstag den 13. März als Wahltag (und den 10. April für einen zweiten Wahlgang). In der gleichen Reichstagssitzung werden erneute Mißtrauensanträge gegen Brüning mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird die beantragte Reichstagsauflösung und Neuwahl des Reichstags abgelehnt. Angenommen aber wird ein kommunistischer Antrag auf sofortige Einstellung der Polizeikostenzuschüsse an

Braunschweig — eine Spitze gegen den dortigen nationalsozialistischen Innenminister Klagges.

Adolf Hitlers deutsche Staatsangehörigkeit

Diese verhaßte braunschweigische Regierung ist es auch, die am 25. Februar endlich dem Führer (durch Ernennung zum Regierungsrat) die deutsche Staatsangehörigkeit verleiht und damit seiner Reichspräsidentenkandidatur die Wege ebnet. Damit ist endlich einem unwürdigen und völlig sinnlosen Zustand (siehe 8. Abschnitt) ein Ende bereitet worden — und kein vaterlandsloser Schurke hat mehr das „Recht", den besten aller Deutschen als „staatenlosen Ausländer" zu verunglimpfen.

Behördlicher Terror zur Unterbindung nationalsozialistischer Wahlpropaganda

Der Wahlkampf setzt mit aller Schärfe ein. Und gleich von Anbeginn sucht das Regime, die nationalsozialistische Propaganda weitgehendst zu unterbinden. Versammlungs-, Zeitungs- und Redeverbote! Versagung des Rundfunks für die Nationalsozialisten! Auflagenachrichten mit antinationalsozialistischer Propaganda an die Presse. Am 20. Februar verlangt der Reichspropagandaleiter, Pg. Dr. Goebbels, telegraphisch vom Reichspräsidenten und vom Reichsinnenminister die Gewährleistung der erforderlichen Wahlfreiheit. Am 28. Februar wendet sich Adolf Hitler selbst in einem offenen Brief an den Reichspräsidenten und appelliert an die Prinzipien der Ritterlichkeit. Und Herr Reichsminister Groener antwortet am 5. März; — auf die Beweise Adolf Hitlers für die einseitige Knebelung der nationalsozialistischen Propaganda wagt er es, u. a. zu erwidern:

Adolf Hitlers Denkschrift an den Reichspräsidenten über die Wahlfreiheit

Groeners Antwort

> „Ich bin zwar kein politischer Propagandist, aber ich möchte doch annehmen, daß es für Sie ein einfaches Mittel gäbe, sich selbst gegen die Ihnen unberechtigt scheinenden Behinderungen zu wehren — nämlich endlich einmal die klare Hervorhebung Ihrer positiven Ziele, um damit die ernste Sorge Millionen Deutscher um die Entwicklung unserer Außenpolitik und die in späterer Zukunft liegenden Gefahren einer bolschewistischen Entwicklung zu zerstreuen."

Die ganze freche Ignoranz und gewissenlose Demagogie des damals um seine erbärmliche Existenz ringenden Regimes liegt in diesen Sätzen — nicht nur wenn man die späteren Leistungen der Regierung Adolf Hitlers betrachtet — auch damals sind die „positiven Ziele" Adolf Hitlers durchaus bekannt. (Außerdem: angesichts des latenten und ständig sich steigernden bolschewistischen Bürgerkriegs von „in späterer Zukunft liegenden Gefahren" zu sprechen — bedeutet unerhörte Verantwortungslosigkeit oder erschütternde Dummheit — oder beides.)

Sozialdemokratischer Wahlaufruf

Bezeichnend ist auch ein Aufruf der Sozialdemokratie zur Reichspräsidentenwahl (27. Februar 1932), in dem es u. a. heißt:

„... Vier Kandidaten stehen am 13. März zur Wahl: Hitler, Duesterberg, Hindenburg, Thälmann. Von diesen Bewerbern sind nur zwei ernst: Hitler und Hindenburg....

Hitler statt Hindenburg, das bedeutet Chaos und Panik in Deutschland und ganz Europa, äußerste Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosennot, höchste Gefahr blutiger Auseinandersetzungen im eigenen Volke und mit dem Ausland..."

— bezeichnend die verlogene Prophetie dieses Pamphlets, bezeichnend aber auch die feige und unaufrichtige Methode, wie die SPD jetzt den früher von ihr niederträchtig angefeindeten Generalfeldmarschall zu ihrem Schutzschild gegen den bösen anstürmenden Nationalsozialismus zu machen versucht. Und alles in allem der eindeutige Beweis für den völligen moralischen Zusammenbruch dieser marxistischen Partei: Ausgerechnet das Novemberdeutschland versucht es, sich hinter den großen Feldherrn des Weltkriegs zu flüchten!

Kommunistische Ueberfälle

Die Kommunisten führen den Wahlkampf auf ihre Art und Weise und inszenieren blutige Ueberfälle — so kommt es am 6. März in Berlin zu zahlreichen Angriffen auf der Straße, in deren Verlauf wiederum ein Nationalsozialist erschossen wird.

Der Kampf der nationalsozialistischen Propaganda

Die nationalsozialistische Propaganda — behördlich weitgehendst schikaniert und geknebelt — kämpft mit unerhörter Energie und begeisterndem Schwung gegen ein Trommelfeuer übelster Verdächtigungen und Verleumdungen.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, Herr Otto Braun, bezeichnet Adolf Hitler als politischen Abenteurer, dessen Wahl das wirtschaftliche Elend steigern und den endgültigen Zusammenbruch zur Folge haben müsse — Severing erklärt (im „Vorwärts"): „Wir wählen Hindenburg, weil wir die Barbarei des Rassenhasses ... schlagen wollen." —

Der erste Wahlgang

Nach Wochen und Tagen schwersten Ringens und gewaltigster Anstrengungen von allen Seiten findet am 13. März 1932 die Wahl statt und zeitigt folgendes Ergebnis:

Hindenburg	18 650 730	Stimmen	(49,6 %)
Hitler	11 339 285	Stimmen	(30,1 %)
Thälmann	4 983 197	Stimmen	(13,2 %)
Duesterberg	2 557 590	Stimmen	(6,8 %)

(Außerdem ein weiterer — von einigen „Aufwertungsgruppen" aufgestellter — Kandidat

Winter	111 432	Stimmen)	(0,3 %)

Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz

Am gleichen Tage fanden Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz statt und brachten 14250 nationalsozialistische Stimmen (23,8%) mit 9 Abgeordneten (bisher keiner) von insgesamt 35.

Der „Schwarz-weiß-rote Kampfblock" gibt auf

Angesichts dieses Wahlergebnisses wird der „Schwarz-weiß-rote Kampfblock" schwach, will auf einen zweiten Wahlgang verzichten (der verfassungsmäßig notwendig ist, da kein Kandidat die absolute Mehrheit erhalten hat) und durch diesen Verzicht wenigstens noch eine Reichstagsneuwahl herausschlagen. Hugenberg macht diesen Vorschlag und erklärt, unter diesen Umständen könne dann

> „durch verfassungsänderndes Reichsgesetz anerkannt werden, daß die Abstimmung vom 13. März die Wirkung eines zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl haben soll, daß also die Wiederwahl Hindenburgs erfolgt ist".

Dieser Vorschlag bleibt natürlich jetzt von der siegesbewußten Gegenseite völlig unbeachtet. Irgendein Entgegenkommen kann von ihrer Seite jetzt nicht erwartet werden. Verzichtet man, so verzichtet man endgültig.

Adolf Hitlers Parole

Ganz anders Adolf Hitler: Noch in der Wahlnacht gibt er die Parole: Der Kampf geht weiter! Adolf Hitler stellt sich zum zweiten Wahlgang. Die durch den ersten Wahlgang hervorgerufene Enttäuschung in der Parteigenossenschaft wird durch den Einsatz für die neue Aufgabe niedergerungen. Ueber elf Millionen Deutsche haben Adolf Hitler gewählt (gemessen an den früheren Wahlen ein gewaltiger Erfolg!) — diese Zahl gilt es, weitgehendst zu steigern! In jenen Tagen wird es wieder so recht klar, daß Adolf Hitler der Führer ist — der nie aufgibt, nie schwach wird, nie das Ziel aus dem Auge verliert, sondern kämpft bis zum Sieg.

Stahlhelm gegen „nationalsozialistische Parteidiktatur"

Die NSDAP nimmt den Kampf erneut auf. Die Harzburger Bundesgenossen vom „Schwarz-weiß-roten Kampfblock" geben auf. Der „Stahlhelm-Pressedienst" veröffentlicht eine Erklärung, in der diese Haltung motiviert werden soll — u. a. aber auch das bezeichnende Bekenntnis enthalten ist, daß ein Grund für die Aufstellung des Kandidaten Duesterberg der Entschluß gewesen sei,

> „sich unter keinen Umständen einer nationalsozialistischen Parteidiktatur zu unterwerfen. Auch dieser Entschluß bleibt richtunggebend bestehen".

Haussuchungen bei sämtlichen Dienststellen der NSDAP in Preußen

Inzwischen holt das sozialdemokratische Regime in Preußen zu einem neuen Schlage gegen die nationalsozialistische Bewegung aus und führt am 17. März 1932 bei sämtlichen Dienststellen der NSDAP in Preußen Haussuchungen durch, da angeblich — wie es in einer amtlichen Verlautbarung heißt —

> „die polizeilichen Feststellungen im Gesamtgebiet des Freistaates Preußen ergeben haben, daß am Wahltage die sogenannten SA-Formationen in Alarmbereitschaft standen... Das sind schlechthin Vorbereitungen und Rüstungen für den Bürgerkrieg.... Sie sind ein frivoles Spiel mit dem Feuer, dem die Preußische Staatsregierung nicht länger zusehen wird...."

Der wirkliche Sachverhalt: Um am Wahltage und in der darauffolgenden Nacht Gewaltaktionen der Gegner gegen die SA unmöglich zu machen, ist von der SA-Führung angeordnet worden, daß die SA im Laufe des 13. März aus Berlin herauszuziehen und in der Umgebung unterzubringen sei. Diese Absicht ist auch vorher dem Reichsinnenminister mitgeteilt worden. — Die preußische Regierung aber sieht darin die Vorbereitungen zu einem Staatsstreich, die Presse schreibt spaltenlang über die „Einkreisung Berlins durch die SA“, unzählige Haussuchungen erfolgen — ohne positives Ergebnis. — Die NSDAP erhebt Klage vor dem Staatsgerichtshof. Und es ist bezeichnend für die „rechtlichen“ Voraussetzungen der preußischen Aktion, daß der Staatsgerichtshof einen Vergleich (!) vorschlägt, der dann am 24. März abgeschlossen wird, nachdem die preußische Regierung Anweisung erteilt hat, das beschlagnahmte Material wieder herauszugeben.

Bezeichnend für die ebenso verleumderische wie verblendete Haltung der roten Preußenregierung gegenüber Adolf Hitler und seiner Bewegung sind die Worte, die Ministerpräsident **Braun** bei der Schlußsitzung des Preußischen Landtags am 18. März 1932 spricht: Braun gegen die NSDAP

> „. . . . Es handelt sich nicht mehr — wie es so hingestellt wird — um einen Kampf um Systeme oder Weltanschauungen, sondern um einen Kampf um Sein oder Nichtsein Preußens und des deutschen Volkes. Es geht darum, ob **politische Hysteriker und Psychopathen** die Not ausnutzen sollen . . .“

Die Reichsregierung schlug in der Bekämpfung der NSDAP einen anderen Weg ein: Nach dem Muster des famosen „Weihnachtsfriedens“ (siehe 19. Abschnitt) verordnete sie jetzt für die Zeit vom 20. März bis zum 3. April mittags **Osterruhe** — d. h. in dieser Zeit durften keine politischen Versammlungen stattfinden, keine Flugblätter oder Flugschriften verteilt und keine Plakate angebracht werden. Die jesuitische „Schläue“ dieser Maßnahme war typisch für dieses Kabinett des Zentrumsmannes Brüning, der als Grund für die obige Verordnung angab, die Kirchenbehörden hätten eine solche Anregung gegeben — während der **wahre Grund** der war, daß man der NSDAP die Möglichkeit nehmen wollte, eine ausreichende propagandistische Vorbereitung des zweiten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl (10. April!) vorzunehmen. Es blieb nämlich jetzt für den Wahlkampf nur noch die Zeit vom 3. April mittags bis zum 9. April 1932! (Auch hatte man schon vorher jede Möglichkeit benützt, die nationalsozialistische Propaganda lahmzulegen — mit Zeitungs- und sonstigen Verboten.) Verordnete „Osterruhe“

Die Bundesgenossen der Harzburger Front beteiligen sich nicht mehr

Die nationalsozialistische Bewegung war auch mit diesen Methoden nicht zu entmutigen und ging erneut in den Kampf. Indes die restliche „nationale Opposition" beiseite stand. (Der „Stahlhelm" hatte am 22. März 1932 eine Erklärung veröffentlicht, in der er seine Nichtbeteiligung am 2. Wahlgang zum Ausdruck brachte und hinsichtlich der in Aussicht stehenden preußischen Landtagswahlen aufforderte: „Keine Stimme dem System! Keine Stimme einer Parteidiktatur!" — und damit in seinem zweiten Satze eine völlig verständnislose Attacke gegen den Nationalsozialismus reiten wollte.)

Behördliche Aktionen gegen die NSDAP

Am 4. April 1932 schloß der Berliner Polizeipräsident die Dienststellen der SA und SS. — Am 5. April rückte Herr Severing plötzlich mit der Behauptung heraus, bei den weiter oben erwähnten Haussuchungen sei angeblich belastendes Material gefunden worden, und beschuldigte die NSDAP des Hochverrats. — Am 7. April rührte sich auch der bayerische Ministerpräsident Held (der der Bayerischen Volkspartei angehörte) wieder einmal und erklärte im bayerischen Landtag mit starker Stimme, jetzt sei Schluß mit seiner „Langmut". Der nationalsozialistische Druck auf die Bevölkerung, vor allem aber auf die Beamtenschaft, sei derart unerträglich geworden,

Held gegen die NSDAP

daß keiner sich mehr getraue, seine Pflicht zu tun (!!). — Am gleichen Tage erging sich Herr Brüning bei einer Rede in Hamburg in dunklen Anspielungen auf kommende Enthüllungen, die die nationale Haltung der NSDAP in Frage stellen müßten. — Die Hetzkampagne war also wieder in vollem Gange.

Erster Deutschlandflug Adolf Hitlers

Die NSDAP aber setzte sich zur Wehr und führte einen bisher einzig dastehenden Wahlkampf durch. Und Adolf Hitler selbst benutzte die kurze Spanne Zeit vom 3. bis zum 9. April 1932 zu seinem ersten Deutschlandflug, in dessen Verlauf er in 21 riesigen Massenversammlungen im ganzen Reiche sprach — eine bisher noch nie vollbrachte Leistung. Der Reichspressechef der NSDAP, Pg. Dr. Otto Dietrich, schrieb darüber in seinem Buche „Mit Hitler in die Macht" auf Seite 66:

> „Die neuen Propagandamethoden, die die NSDAP nach dem 13. März zur Anwendung brachte, waren im politischen Leben bisher völlig unbekannt. Adolf Hitler trat wie immer an die Spitze und nahm die Hauptlast des Kampfes auf sich. In der Benutzung modernster Flugzeuge hatte der Führer das Mittel erkannt, das seiner rastlosen Energie entsprach und die Möglichkeit bot, die Ueberlegenheit seiner Persönlichkeit in bisher ungeahnter Weise zum Einsatz und zur Auswirkung zu bringen."

Seinen unbeugsamen Willen zum Sieg brachte Adolf Hitler am schärfsten zum Ausdruck, als er (in der Massenkundgebung in Pots-

dam) erklärte: „Ich werde heute und, wenn nötig, auch noch zehn Jahre kämpfen, bis der Gegner am Boden liegt!" —

Der zweite Wahlgang

Die Tage vom 3. bis zum 9. April 1932 waren erfüllt von einem aufreibenden Wahlkampf. Dann folgte am 10. April der zweite Wahlgang — die Entscheidung:

Hindenburg	19 359 633	Stimmen	(53,0 %)
Hitler	13 418 051	Stimmen	(36,8 %)
Thälmann	3 706 655	Stimmen	(10,2 %)

Hindenburg war damit für weitere 7 Jahre zum Reichspräsidenten gewählt. Der NSDAP aber war es jedenfalls gelungen, in einem wenige Tage andauernden Wahlkampf ihre Wahlstimmen um mehr als 2 Millionen zu steigern.

Landtagswahlkämpfe

Der Wahlkampf war zu Ende, der neue Wahlkampf begann: Am 24. April 1932 standen Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt in Aussicht.

Die Haltung der Deutschnationalen

Die Deutschnationalen hatten sich in ihrer „Taktik" immer weiter von der NSDAP entfernt. In einer Wahlrede in Hannover (11. April 1932) erklärte Hugenberg z. B.,

> die Nationalsozialisten würden, da sie alle Machtpositionen in ihrer Hand vereinigen wollten, eine Sache, die es bisher unter keinem Kaiser und König in germanischen Landen gegeben habe, niemals zu diesem Ziel kommen. Ohne Zurückschraubung der übermäßigen Ansprüche der Nationalsozialisten könne keine gedeihliche Arbeit möglich werden.

(Das Prophezeien ist eben mitunter eine mißliche Sache.)

Der Kampf im Preußischen Landtag

Der nationalsozialistische Angriff auf den preußischen Landtag war in vollem Gange. Hier hatten jahrelang sechs nationalsozialistische Abgeordnete — geführt von Pg. Wilhelm Kube — einen beispiellosen Kampf gegen einen 440 Köpfe starken Gegner und eine niederträchtige rote Regierung ausgefochten, in einem wochenlangen Obstruktionskampf die Redefreiheit Adolf Hitlers erkämpft und sich als lächerlich kleine Minderheit den Ruf eines gefürchteten Gegners erzwungen. Jetzt neigte die rote Herrschaft in Preußen ihrem Ende zu. Jahrelang hatte man es verstanden, Landtagswahlen und damit eine der Volksabstimmung entsprechende starke nationalsozialistische Fraktion zu verhindern. Das war nun nicht mehr möglich. Und darüber hinaus bestand die begründete Aussicht, daß der neue Landtag einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten wählen würde. Um diese „schreckliche Gefahr" zu vereiteln, griff man in der stürmischen letzten Sitzung des alten Landtags (12. April 1932) zu einem schäbigen Trick und änderte schnell noch — bevor man auf immer nach Hause ging — die Geschäftsordnung in der Weise, daß ab

Aenderung der Geschäftsordnung im Preußischen Landtag

jetzt der Ministerpräsident nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden könne.

Verbot der SA und SS

Und einen neuen Schlag gegen die NSDAP vollführt das System: Nachdem alle Haussuchungen nicht das genügende Material gegen die SA erbracht hatten, gelang es schließlich Severing trotzdem, den Reichsinnenminister Groener für die Auflösung der SA und SS zu gewinnen, da diese ein „Privatheer" und eine ständige Bedrohung darstellten. So wird am 13. April 1932 „zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität" eine Notverordnung erlassen, deren § 1 lautet:

„Sämtliche militärähnlichen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS), mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA-Beobachter, SA-Reserven, Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Zeugmeistereien werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst."

In der Begründung zu dieser Verordnung heißt es u. a.:

„Die genannten Organisationen stellen ein Privatheer dar, ein Parteiheer, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit zum Teil mit kasernenmäßiger Unterbringung in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und aufgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalthandlungen durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen. Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft...."

Die Auflösung wurde auf Anweisung Adolf Hitlers in diszipliniert Weise durchgeführt, die SA- und SS-Männer in einem Aufruf des Führers dazu aufgefordert, nunmehr sich restlos der politischen Organisation zur Verfügung zu stellen und dort ihre Pflicht zu erfüllen, um die kommenden Landtagswahlkämpfe zu einem siegreichen Ende zu führen.

Die SA war vom Straßenbild verschwunden, gewiß — aber zu glauben, mit solchen Mitteln jetzt noch die nationalsozialistische Bewegung — den „Staat im Staate" — vernichten zu können, war schauerlicher Irrtum. Denn die Entwicklung reifte bereits zur Entscheidung heran.

Nationalsozialistische Versammlungspropaganda

Die NSDAP führt ihren Wahlkampf unbeirrt weiter. In Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg, in Stadt und Land wirkt die nationalsozialistische Versammlungswelle. Unter dem 15. April 1932 schreibt Dr. Goebbels („Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei", Seite 81):

„Der Sportpalast ist überfüllt. Solche Ueberfülle sahen wir noch nie. Wir haben einen neuen Trick erfunden. Brüning ist auf meine mehr-

maligen Aufforderungen, mit mir öffentlich zu diskutieren, nicht eingegangen. Wir haben deshalb seine Königsberger Rede, die über den Rundfunk ging, auf Platten nehmen lassen. Wir lassen diese Platten eingangs unserer Versammlung im Sportpalast laufen und bügeln ihn daraufhin zusammen, daß er einfach hingeschmettert wird. Das Publikum rast vor Begeisterung. Das war ein Bombenerfolg."

Am gleichen Tage (15. April) richtet der Reichspräsident von Hindenburg an den Reichsinnenminister Groener unter Bezugnahme auf das SA-Verbot die Aufforderung, auch das Reichsbanner einer Untersuchung zu unterziehen und gegebenenfalls hier in gleicher Weise zu verfahren. (Am 19. April fordern die Regierungen von Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin ein Reichsbanner-Verbot für das ganze Reich.) Bereits am darauffolgenden Tag (16. April) führt Herr Groener aus, daß er sich „eine Forderung auf Verbot des Reichsbanners nicht zu eigen machen könne". Dagegen habe sein Entschluß, die in der SA und SS liegende „Gefahr" zu beseitigen, „schon seit Monaten festgestanden". Er schreibt dazu u. a.:

Hindenburg fordert Untersuchung gegen das Reichsbanner

Brüning und Groener gegen ein Reichsbannerverbot

„Schon ehe ich das Reichsministerium des Innern übernahm, habe ich darüber nachgedacht, auf welche Weise dieses Ziel am besten zu erreichen wäre... (!!)
Meine Bemühungen in der nächsten Zeit werden dahin gehen, die gesamte deutsche Jugend ohne Ausnahme der Parteien in Sportorganisationen zusammenzufassen, zur Ertüchtigung von Körper und Geist und der Pflege staatspolitischen Denkens und Wollens...."

Die freundliche Absicht, deren Motive recht durchsichtig sind, geht nicht in Erfüllung. Im übrigen aber teilen am 26. April 1932 die Herren Brüning und Groener dem Reichspräsidenten mit, daß sie gegen ein Reichsbannerverbot seien.

Die jüdische Systempresse feiert Triumphe. — Sogar auf außenpolitischem Gebiet glaubt man solche entdecken zu können, nachdem bisher stets nur betrübliche Mißerfolge zu berichten gewesen waren: Die „Abrüstungskonferenz" in Genf hat sich am 19. April 1932 endlich dazu herbeigelassen, wenigstens einmal eine Entschließung zu fassen, die sagt,

Entschließung der Abrüstungskonferenz

„daß die Herabsetzung der Rüstungen... schrittweise durch Revisionen, die sich in geeigneten Zwischenräumen zu wiederholen haben, zu verwirklichen ist, nachdem die gegenwärtige Konferenz die erste entscheidende Etappe der allgemeinen Herabsetzung auf das tiefstmögliche Niveau vollzogen haben wird."

Diese Entschließung ist freilich ebenso gewunden wie nichtssagend — aber die systemtreue Presse bemüht sich eifrig, daraus einen Erfolg der Regierung zu machen.

Am 21. April 1932 gelingt es, eine dem Reich im Oktober 1930 gegebene Auslandsanleihe (125 Millionen Dollar), die jetzt fällig

wird, zu verlängern und damit wieder eine Atempause zu erreichen. Am 22. April läßt sich die Abrüstungskonferenz dazu herbei, eine weitere noch verwaschenere Kompromiß-Entschließung anzunehmen.

Und inzwischen ist der große Wahltag, der 24. April, in nächste Nähe gerückt. Die NSDAP hat mit ihrem einzig dastehenden Parteiapparat einen riesigen Propagandafeldzug durchgeführt — allen voran der Führer, der bei einem zweiten Deutschlandflug (16. bis 23. April 1932) in 25 deutschen Städten in Riesenkundgebungen gesprochen hat. Und am 24. April wird die NSDAP überall (mit Ausnahme von Bayern) stärkste Partei:

Zweiter Deutschlandflug Adolf Hitlers

Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt

Preußen: 8008219 nationalsozialistische Stimmen (38,3%) mit 162 Abgeordneten (bisher 6) von insgesamt 422;

Bayern: 1270792 nationalsozialistische Stimmen (33,5%) mit 43 Abgeordneten (bisher 9) von insgesamt 128;

Württemberg: 328320 nationalsozialistische Stimmen (28,7 %) mit 23 Abgeordneten (bisher 1) von insgesamt 80;

Hamburg: 233750 nationalsozialistische Stimmen (31,8%) mit 51 Abgeordneten (bisher 43) von insgesamt 160;

Anhalt: 89602 nationalsozialistische Stimmen (41,6%) mit 15 Abgeordneten (bisher 1) von insgesamt 36.

Um die gleiche Zeit erreicht die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der NSDAP eine Million!

Die nationalsozialistische Flut steigt. Kein Damm zeigt sich ihr auf die Dauer gewachsen. Das Wahlergebnis ist von überzeugender Wucht und Eindringlichkeit.

(Am 21. Mai 1932 wird der Nationalsozialist Dr. Freyberg Ministerpräsident in Anhalt.)

Kampf um Preußen

Jetzt geht der Kampf um Preußen erst recht los. Die preußische Zentrumsfraktion erklärt am 25. April 1932:

„... Die Zentrumsfraktion wird sich fürderhin mit aller Kraft Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefährden würden."

Am gleichen Tage erklärt der Führer der nationalsozialistischen Preußenfraktion, Pg. Kube, in einem Aufruf:

„.... Der Nachfolger des geschlagenen Ministerpräsidenten Dr. Braun muß ein Nationalsozialist sein, den Adolf Hitler bestimmen wird. Wir wollen nicht niedrige Rache, sondern im preußischen Staat die organisierte Kraft der Nation, um Preußen seinen geschichtlichen Aufgaben wieder zuzuführen."

Am 27. April fordert die NSDAP erneut Reichstagsauflösung. In den Regierungskreisen ist nach der „Siegesstimmung" vom 10. April wieder die graue Sorge eingekehrt.

Reichskontrolle der Wehrverbände

Am 4. Mai 1932 zwei neue Notverordnungen: In der einen werden sämtliche Wehrverbände („alle politischen Verbände, die militärähnlich organisiert sind oder sich so betätigen") der Kontrolle des Reichsinnenministers unterstellt. In der zweiten sieht sich die Regierung endlich genötigt, die kommunistischen Gottlosenverbände (deren Propaganda stets aus unflätigsten Gotteslästerungen bestanden hat) aufzulösen (während die sozialdemokratischen unangetastet bleiben). —

Verbot der kommunistischen Gottlosenorganisationen

Schuldentilgungsgesetz und Etat

Am 9. Mai 1932 tritt der Reichstag zusammen. Reichsfinanzminister Dietrich trägt ein „Schuldentilgungsgesetz" vor und erleidet eine klare und sachlich begründete Abfuhr durch den Nationalsozialisten Reinhardt. Bei den Ausführungen Dietrichs über den Etat 1932 ist das Bekenntnis bemerkenswert, daß die Kostenaufbringung für die Arbeitslosen noch nicht geklärt ist.

Görings Abrechnung mit Groener

Am nächsten Tage (10. Mai) richtet Pg. Göring im Reichstag scharfe Angriffe gegen die Regierung wegen des SA-Verbots und hält eine völlig vernichtende Anklagerede gegen Groener. Er erklärt u. a.:

> „Ohne die SA wäre die Ordnung im Innern überhaupt nicht erhalten worden. Die Nationalsozialisten werden Deutschlands Grenzen schützen, aber vorher mit den Verrätern im Innern aufräumen."

Groeners mißglückte Verteidigung

Herr Groener, Reichswehrminister und Reichsinnenminister, antwortet:

> „Ohne die SA hätten wir seit Jahren Ruhe und Ordnung im Staate!"

und versteigt sich in seiner ungeschickten Verteidigung zu Angriffen gegen die nationale Zuverlässigkeit der SA. Als er höchst abwegige Ausführungen über Reichswehr und Einsatzmöglichkeit der SA bei außenpolitischen Verwicklungen macht, beantragt die NSDAP, daß diese Rede auf Schallplatten aufgenommen werden und daß das Kabinett darüber entscheiden solle,

> „ob dieser Mann weiterhin die öffentliche Sicherheit gewährleisten und die Armee führen könne".

Groeners Verteidigung ist völlig mißglückt. Görings Angriff hat ihn zerschmettert.

Brünings „letzte hundert Meter"

Am nächsten Tage (11. Mai) besteigt Brüning das Rednerpodium, um in längeren Ausführungen vergeblich seine Politik zu verteidigen. Dabei tut er die wenig glaubhafte Aeußerung, daß er „bei den letzten hundert Metern vor dem Ziel" sei — eine Aeußerung, die viel belacht und dadurch sehr bekannt wird. (Es sollte sich bald zeigen, daß er allerdings „bei den letzten hundert Metern" aber keineswegs „vor dem Ziel" war.)

Der nächste Tag (12. Mai) bringt zwar abermals eine Ablehnung der Mißtrauensanträge gegen das Kabinett (mit 287 gegen 257 Stimmen), aber gleichzeitig den Rücktritt Groeners als Reichswehrminister, der nach dem ebenso berechtigten wie massiven Angriff Görings nicht mehr zu halten ist. Er will jetzt „seine ganze Arbeitskraft dem Reichsinnenministerium widmen". — Die Reichstagssitzung vom 12. Mai findet ein vorzeitiges Ende. Wegen der Ohrfeigung eines Verleumders (Klotz) durch nationalsozialistische Abgeordnete bringt Polizei unter Führung des jüdischen Berliner Vizepolizeipräsidenten Weiß (genannt „Isidor") in den Plenarsaal ein, veranstaltet dort einen Tumult und verhaftet vier Abgeordnete der NSDAP. —

Groeners Rücktritt

Polizeiangriff im Reichstag

Am 20. Mai 1932 beglückt die Regierung das Volk mit einem „neuen Notprogramm", wonach der für die Erwerbslosenfürsorge in Höhe von etwas über 3 Milliarden erforderliche Betrag dadurch „erreicht" werden soll, daß neben der Verlängerung der städtischen Bürgersteuer und der Einführung einer „Beschäftigungssteuer" die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung von 20 auf 13 Wochen gekürzt, die Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge „verfeinert" (!) wird usw. — Am gleichen Tage kommt es zu schweren Erwerbslosenunruhen in Waltershausen (Thüringen) mit Toten und Schwerverletzten. (Am gleichen Tage wird übrigens in Oesterreich das Kabinett Dollfuß gebildet, das später noch so traurige Bedeutung erlangen sollte — siehe Band 1934.) —

Neues Notprogramm der Regierung

Erwerbslosenunruhen

Inzwischen hat auch der Kampf im Preußenparlament eingesetzt. Am 19. Mai 1932 spricht Adolf Hitler in der ersten Sitzung der nationalsozialistischen Landtagsfraktion und stellt fest, daß die NSDAP nicht 13 Jahre gekämpft hat, um die Politik des herrschenden Systems in irgendwelchen Koalitionen fortzusetzen. Ebenso erklärt er am 22. Mai in einer Kundgebung in Oldenburg (im Oldenburgischen Landtagswahlkampf), daß die nationalsozialistische Bewegung Kompromisse ablehne. — Am 24. Mai wird der preußische Landtag von dem nationalsozialistischen Alterspräsidenten General Litzmann eröffnet. Schon an diesem Tage benimmt sich die KPD wieder höchst unflätig, während die von Pg. Kube geführte nationalsozialistische Fraktion eiserne Disziplin hält. Der darauffolgende Tag (25. Mai) bringt die Wahl des Pg. Kerrl zum Landtagspräsidenten. Die kommunistische Fraktion wird immer unverschämter, und als sie von Beschimpfungen auch zu Tätlichkeiten gegen die Nationalsozialisten übergeht, erhebt sich die natio-

Erste Sitzung der nationalsozialistischen Preußenfraktion

Adolf Hitler gegen Kompromisse

Landtagseröffnung

Pg. Kerrl Landtagspräsident

nalsozialistische Fraktion wuchtig und geschlossen zur energischen Gegenwehr und prügelt die Kommunisten in wenigen Minuten zum Plenarsaal hinaus! Die übrigen Fraktionen sind schon vorher geflüchtet. Trümmer bedecken das Schlachtfeld. Die Presse entrüstet sich über die „Landtagsschlägerei" und die „ungeistigen" Nationalsozialisten. Die „Landtags-schlacht"

Diese Tage geben ihr überhaupt viel Grund zur „Entrüstung": Am 28. Mai 1932 weist der Oberreichsanwalt in Leipzig Severings Landesverratsklage gegen die NSDAP als unbegründet zurück. (So sieht das „Material" aus, auf dem das SA-Verbot aufgebaut wurde!) Severings Landesverrats-klage gegen die NSDAP zurückgewiesen

Der nächste Tag (29. Mai) bringt dem Regime einen neuen Schrecken, die Oldenburgische Landtagswahl: Landtags-wahlen in Oldenburg

131525 nationalsozialistische Stimmen (48,5%) mit 24 Abgeordneten (bisher 19) von insgesamt 46.

Damit hat die NSDAP zum ersten Male in einem Landtag die absolute Mehrheit erreicht. (Am 16. Juni wird der nationalsozialistische Gauleiter Carl Röver Ministerpräsident in Oldenburg.)

Ein neuer Schlag für Brüning, von dem er sich nicht wieder erholt. Die Bedenken des Reichspräsidenten von Hindenburg gegen Brünings Maßnahmen sind im Wachsen. Am 30. Mai 1932 — einen Tag nach der Oldenburger Wahl — muß Brüning zurücktreten. Das Kabinett ist gestürzt, unter dem nationalsozialistischen Ansturm zerbrochen — die Aera Brüning ist beendet.

Die Präsidialkabinette

Der Zustand Die Systemparteien und ihr Regime waren nach zahlreichen Versuchen zahlreicher Kabinette dem nationalsozialistischen Ansturm erlegen. Sie hinterließen Staat und Volk in einem trostlosen Zustand — Massenarbeitslosigkeit, Elend, Machtlosigkeit, Kassendefizit (am 31. Mai 1932 ergab der endgültige Abschluß der Reichsfinanzen des Jahres 1931 ein Defizit in Höhe von 1690 **Millionen**) — wo man hinsah: ein Bild der Zerstörung.

Adolf Hitler war es gewesen, an dessen genialer Kraft dieses System zerbrochen war. **Seine** Bewegung hatte den Volksverrat zerschlagen. **Er** war berufen, die Führung des Staates zu übernehmen.

Die Reaktion Wenn **trotzdem** jetzt die **Reaktion** versuchte, den nationalsozialistischen Kampf und seine Erfolge für sich zu buchen — wenn auf einmal die Kreise des „Herrenklubs" Morgenluft witterten und aus den Verstecken hervorkamen, in die sie im November 1918 geflüchtet waren, um jetzt dem armen verwaisten Volke die notwendige Anzahl geeigneter „Führerpersönlichkeiten" zu stellen — wenn sich also jetzt noch einmal die **Reaktion** als letzter Gegner dem Nationalsozialismus zum Kampfe stellte und einige Monate lang versuchte, zu „regieren" — so war dies wohl völlig unberechtigt, hatte aber doch auch sein Gutes: Auch den Kreisen der Reaktion, „die nichts vergessen und nichts hinzugelernt hatten", wurde noch einmal die Möglichkeit geboten, **ihre Unfähigkeit vor dem gesamten deutschen Volke unter Beweis zu stellen!** Um so klarer mußte in Kürze die Entscheidung für den Nationalsozialismus fallen! —

Die Präsidialkabinette Die Zeit der „**Präsidialkabinette**" begann, die insofern den Versuch eines Auswegs aus der staatlichen Krise darstellten, als sie nicht mehr auf der Grundlage des Vertrauens des Reichstags gebildet, sondern vom Vertrauen des **Reichspräsidenten** getragen wurden, der am 1. Juni 1932 einen Vertreter der Rechten, den früheren

Kabinett von Papen Zentrumsabgeordneten **Franz von Papen**, zum **Reichskanzler** ernannte.

Das Kabinett von Papen — das „Kabinett der nationalen

Konzentration", wie es genannt wurde — hatte folgende Zusammensetzung:

> Reichsinnenminister Freiherr von Gayl,
> Reichsernährungs- und Landwirtschaftsminister Freiherr von Braun,
> Reichsverkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach,
> Reichsaußenminister Freiherr von Neurath,
> Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk,
> Reichsjustizminister Dr. Gürtner,
> Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold,
> Reichswehrminister General von Schleicher.

Die NSDAP konnte dieses Kabinett lediglich als Zwischenlösung anerkennen — als ein Kabinett, das die Aufgabe haben sollte, Reichstagsneuwahlen durchzuführen, um endlich der wirklichen Volksstimmung zum Durchbruch zu verhelfen. Im übrigen stieß das neue Kabinett bei fast allen Parteien auf schärfsten Widerstand — und lediglich die Deutschnationalen stellten sich vorbehaltlos auf seinen Boden und sahen in ihm ihre Regierung — eine mehr als schmale „Regierungsbasis".

Stellung der NSDAP

Die NSDAP trat der neuen Regierung unvoreingenommen, aber auch unverpflichtet, gegenüber. Irgendwelche Versuche, die NSDAP zu verbindlichen „Tolerierungs"erklärungen zu veranlassen, lehnte Adolf Hitler bereits am 3. Juni 1932 ab.

Polizeiliche Ausschreitungen beim Aufziehen der Skagerrakwache

Die Wut der Systemparteien über den Sturz des letzten Pfeilers des Weimarer Systems, des Kabinetts Brüning, war erheblich. Der weiteren Entwicklung sah mit gemischten Gefühlen insbesondere die rote Preußenregierung entgegen, deren Polizei sich noch am 31. Mai 1932 ungeheuerliche Ausschreitungen hatte zuschulden kommen lassen: Beim Aufziehen der Skagerrakwache (anläßlich des Jahrestages der Skagerrak-Schlacht) hatte die Berliner Polizei eine wüste Gummiknüppelattacke gegen die begeisterten Zuschauer unternommen (die mit der erhobenen Rechten gegrüßt hatten). Am 1. Juni fordert der Fraktionsführer der nationalsozialistischen Preußenfraktion, Pg. Kube, sofortige Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski, Disziplinarverfahren gegen den Polizeikommissar Heimannsberg, Entlassung der schuldigen Polizeioffiziere und -mannschaften, sowie Verfahren vor den ordentlichen Gerichten. (Der nationalsozialistische Antrag wurde am 15. Juni 1932 im Preußischen Landtag angenommen — von der Regierung aber nicht ausgeführt.)

Reichstagsauflösung

Am 4. Juni 1932 löste der Reichspräsident den Reichstag auf:

> „Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht."

Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin

Am darauffolgenden Tage (5. Juni) Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin — ein gutes Vorzeichen — absolute nationalsozialistische Mehrheit:

177076 nationalsozialistische Stimmen (48,9%) mit 30 Abgeordneten (bisher 2) von insgesamt 59.

Brünings Verteidigung

So geht die NSDAP mit Wucht und Begeisterung in den neuen Reichstagswahlkampf — indes die Systemparteien den verlorenen Machtpositionen nachtrauern und die ehemaligen Mitglieder des Kabinetts Brüning den schwächlichen Versuch unternehmen, sich gegen einige Feststellungen der Regierungserklärung Papens zu wehren. Sie besitzen die Stirn, unter anderem folgenden Satz der Oeffentlichkeit aufzutischen:

„... Wir haben kein Trümmerfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlage für ein neues Werden gelegt.“ (!!)

Unerträgliche Regierungsverhältnisse in Preußen

Inzwischen hatten sich in Preußen immer unerträglichere Verhältnisse herausgebildet. Die Regierung des Sozialdemokraten Braun war gestürzt worden (siehe 21. Abschnitt), nachdem die Nationalsozialisten in Stärke von 162 Mann in den Preußischen Landtag eingezogen waren. Der vorhergehende Landtag aber hatte in seiner letzten Sitzung in unerhörter Weise noch schnell die Geschäftsordnung geändert, um die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu verhindern (siehe 21. Abschnitt). Der Wahl eines Ministerpräsidenten und damit der Bildung einer neuen preußischen Regierung waren damit von vornherein recht erhebliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden — und das alte Kabinett Braun regierte daher immer noch als „geschäftsführendes“ Kabinett weiter. Diesen Zustand möglichst zu verewigen, war ja der Zweck dieser Geschäftsordnungsschiebung gewesen. — Die nächste Landtagssitzung war auf den 22. Juni 1932 festgelegt worden — und nun griff am 7. Juni die Regierung Papen ein und bat den Landtagspräsidenten Pg. Kerrl in einem Schreiben, er möchte sich für einen früheren Zusammentritt des Landtags einsetzen, damit an Stelle des geschäftsführenden Kabinetts möglichst bald nach den Grundsätzen der Verfassung ein ordentliches Kabinett gebildet werde. Dieses Schreiben (das als Grund die zwischen dem Reich und Preußen schwebenden Finanzfragen angab, die von einem ordentlichen Kabinett besser behandelt werden könnten) rief in der Presse heftige Kritik hervor, und alle Gegner des Einheitsstaates sahen hierin bereits einen „Eingriff in die Eigenstaatlichkeit“ eines Landes. Die partikularistische Aktion gegen das Kabinett Papen kündigte sich bereits jetzt an. — Zudem sahen die Systemparteien in dieser Ten-

Papens Schreiben an Pg. Kerrl

Proteste der Partikularisten

denz der Reichsregierung eine Bedrohung ihres Regimes auch in anderen Ländern, in denen ebenfalls seit längerer Zeit „geschäftsführende Kabinette" regierten, die von der Landtagsmehrheit längst gestürzt worden waren. Selbstverständlich erhob auch die geschäftsführende preußische Regierung (am 8. Juni 1932) Protest gegen den Brief der Reichsregierung.

Die SPD- und Zentrumsminister in Preußen „regierten" also noch und erließen am gleichen Tage die „Preußische Sparnotverordnung", die zum Ausgleich des üblichen Defizits im Staatshaushalt unter anderem die Schlachtsteuer und die „Beamtenzwangssparkasse" (eine verschleierte weitere Gehaltskürzung) einführte. (Einige Teile dieser Notverordnung wurden dann am 20. Juni vom Staatsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt.) Preußische Spar-notverordnung

Im Rechtsausschuß des Preußischen Landtages brachten die Nationalsozialisten am 9. Juni einen sehr weitgehenden Amnestiegesetzentwurf für politische Straftaten ein. Der Gesetzantrag wurde am 16. Juni im Landtag durch einen sozialdemokratischen parlamentarischen Trick, auf den die Kommunisten hereinfielen, abgelehnt. Um die Amnestie

(Die SPD brachte einen „Aenderungsantrag" ein, der eine Amnestie für aus Not begangene wirtschaftliche Straftaten zum Gegenstand hatte. Der Antrag fand eine Mehrheit mit den Kommunisten, wurde also angenommen. Da er aber als „Aenderungsantrag" firmiert worden war, galt mit seiner Annahme der ursprüngliche Antrag als abgelehnt. Ein typisches Beispiel für die „Sachlichkeit" der parlamentarischen Geschäftsordnungsdiplomatie!)

Inzwischen wurden die Länderregierungen immer unruhiger. Der Plan der Reichsregierung, in Preußen gegebenenfalls einen Reichskommissar einzusetzen, wurde bekannt und erregte den Zorn aller Partikularisten. Insbesondere aber liefen die Länderregierungen schon jetzt Sturm gegen die geplante und von Adolf Hitler kategorisch geforderte Aufhebung des SA-Verbots. In einer Sitzung aller Ausschüsse des Reichsrats am 11. Juni 1932 versuchte das Kabinett Papen vergeblich, die Länderregierungen beruhigend zu informieren. Ebensowenig konnte am darauffolgenden Tage ein Empfang der Ministerpräsidenten Bayerns, Württembergs und Badens beim Reichspräsidenten die Differenzen endgültig klären. Beginn der „Länder-Fronde"

Am 14. Juni 1932 beglückte das „Kabinett der nationalen Konzentration" das deutsche Volk mit seiner ersten Notverordnung, die erneute Belastungen schwerster Art mit sich brachte. Erste Notverordnung des Kabinetts von Papen

Sie bestimmte unter anderem: Die Leistungen zur Arbeitslosenhilfe usw. werden auf den Stand von 1927 zurückgesetzt! Die Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsrenten werden um 6 RM bei den In-

validen, um 5 RM bei den Witwen, um 4 RM bei den Waisen zurückgesetzt (die Kriegsopferrenten werden dagegen nicht angegriffen); usw.

In der Begründung zu diesen einschneidenden Maßnahmen heißt es:

„... Es sind infolgedessen weitere Abstriche am Reichshaushalt sowie an allen Ausgaben der öffentlichen Hand beschlossen worden. Es muß von der Ausgabenseite her (!) versucht werden, eine Gesundung der Kassen- und Finanzlage herbeizuführen... Es bleibt also eine der wichtigsten Aufgaben, den gesamten Verwaltungsapparat Deutschlands weiter zu verbilligen... Es ist eine schicksalhafte Entwicklung, daß es heute nach einem halben Jahrhundert des Bestandes der Sozialgesetzgebung nicht mehr um die Höhe der Leistungen geht, sondern um ihre Erhaltung überhaupt..."

Das Kabinett von Papen, das sich im Volke schon von Anfang an kaum irgendwelcher Sympathien hatte erfreuen können, wurde selbstverständlich durch diese Maßnahmen keineswegs beliebter. Durch Erhöhung der Not auf der einen Seite der Not auf der anderen — nämlich der „Kassen"seite des Staates — zu steuern, ist weder ein besonders originelles noch in dieser Ideenlosigkeit überhaupt erträgliches Rezept — vor allem aber dann nicht, wenn in keiner Weise brauchbare positive Wege eingeschlagen werden, um die Not des Volkes zu bekämpfen. —

Aufhebung des SA-Verbots

Am 13. Juni 1932 war Adolf Hitler beim Reichskanzler von Papen und forderte nochmals dringend die Aufhebung des SA-Verbots. Und endlich — nach längerem Zögern — wagte die Regierung den Schritt und erwirkte eine „Notverordnung gegen politische Ausschreitungen": Mit Wirkung vom 17. Juni fiel das SA-Verbot — gleichzeitig Uniform- und Demonstrationsverbot. (Diese Notverordnung stellte im übrigen eine — gemilderte — Zusammenfassung der bisher erlassenen politischen Ausnahmevorschriften dar und übernahm z. B. von den Brüning'schen Maßnahmen die Zwangsauflagen für die Presse.)

Kampf um das Uniformverbot in Bayern

Die Gegner setzten alle Hebel in Bewegung, um diesen Erfolg der Nationalsozialisten zu sabotieren. Insbesondere die bayerische Regierung plante Schritte gegen die Aufhebung des Uniformverbots. Um ihr zuvorzukommen und gegen solche Absichten wirksam zu demonstrieren, erschienen am 17. Juni sämtliche nationalsozialistischen Abgeordneten im bayerischen Landtag im Braunhemd — worauf sich ein erheblicher Tumult erhob und die Abgeordneten der NSDAP für 20 Sitzungstage ausgeschlossen wurden. Am gleichen Tage noch erließ die bayerische Regierung ein Uniformverbot für Bayern — wogegen die NSDAP telegraphisch schärfsten

Protest beim Reichspräsidenten und beim Reichsinnenminister einlegte.

Gleichzeitig steigerte der **Marxismus** seine **systematischen Mordüberfälle** gegen Nationalsozialisten in erschreckender Weise, um so „gegen die Aufhebung des SA-Verbots zu demonstrieren."

Daß alle diese Aktionen **keineswegs** Ausdruck der Entwicklung der Volksstimmung waren und daß die NSDAP im deutschen Volk ständig im Vormarsch war, bewies am 19. Juni 1932 die **Landtagswahl in Hessen**, wo die NSDAP stärkste Partei wurde und ihre Stimmenzahl wiederum erheblich steigern konnte: Landtagswahl in Hessen

> 328306 nationalsozialistische Stimmen (43,9%) mit 32 Abgeordneten (bisher 27) von insgesamt 70.

Am gleichen Tage wurde die bayerische Polizei (in **München**) zum gewaltsamen Vorgehen gegen die Nationalsozialisten eingesetzt, die umfangreiche **Protestdemonstrationen** gegen das **bayerische Uniformverbot** durchführten. — (Und am selben Tage kam es in **Köln** zu einem Angriff der Polizei auf das Parteihaus der NSDAP und später der Kommunisten auf Nationalsozialisten.) — Der marxistische Terror nahm in allen Teilen des Reiches zu. — Die **badische Regierung** schloß sich dem bayerischen Vorgehen an und erließ ebenfalls von **sich** aus ein Uniformverbot! Um die Uniformverbote in den Ländern

Am 20. Juni 1932 forderte **Adolf Hitler** von dem Reichsinnenminister **von Gayl** energisch die Aufhebung der Uniformverbote in Bayern und Baden und ein entschlossenes Durchgreifen gegenüber dem kommunistischen Terror, da sonst die Nationalsozialisten nunmehr das Recht der Notwehr für sich in Anspruch nehmen müßten. Der rote Terror

Zwei Tage später (22. Juni) entfesselten die Kommunisten große **Straßenkämpfe** (in Berlin, Hamburg und anderen Städten des Reiches) gegen die Nationalsozialisten. Am 23. Juni forderte die NSDAP nunmehr endlich Verhängung des Ausnahmezustandes, Verbot der KPD und Säuberung der Polizei von marxistischen Elementen. — Das Kabinett der „nationalen Konzentration" zeigte sich schwach. Der rote Terror wütete weiter. —

Am gleichen Tage wies der nationalsozialistische „Angriff" nach, daß der jüdische Vizepolizeipräsident Berlins, Bernhard **Weiß**, als Mitglied verbotener Spielklubs diese in seiner amtlichen Betätigung begünstigt und vor polizeilichen „Belästigungen" verschont hatte! Beschlagnahme und Verbot des „Angriffs" konnten diese skandalöse Tatsache keineswegs aus der Welt schaffen. Und im Preußischen Landtag erreichten die Nationalsozialisten zur Untersuchung dieser Vorwürfe die Einsetzung eines Ausschusses, der den sinnigen Namen „**Chikago-Ausschuß**" erhielt.

Beseitigung der Uniformverbote in den Ländern

Endlich wurden am 28. Juni 1932 — nach heftigem Widerstand der Länderregierungen (der „Länder-Fronde") — die Uniform- und Demonstrationsverbote der Länder außer Kraft gesetzt. (In der gleichen Notverordnung wurde eine Meldepflicht für politische Veranstaltungen angeordnet.)

Der Kampf des NSDStB

Am selben Tage kam es wieder zu einem Angriff der roten Polizei Grzesinskis auf deutsche Studenten und Jungarbeiter, die im Berliner Lustgarten eine Anti-Versailles-Kundgebung abhielten. — Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) hatte inzwischen in sämtlichen Hochschulen und Fachschulen des Reiches die Führung der Studierenden in die Hand genommen und verfügte dort überall über die unumstrittene Mehrheit (siehe 20. Abschnitt). Unter der Führung von Pg. Baldur von Schirach hatte er sich in zahlreichen Wahlkämpfen an allen Hoch- und Fachschulen zur herrschenden Macht durchgerungen, und war der bisherige Kreisführer IV (Sachsen-Thüringen) des NSDStB, Pg. Gerhard Krüger, zum ersten Vorsitzenden der „Deutschen Studentenschaft" (DSt) gewählt worden. Am 30. Oktober 1931 hatte der Führer den Pg. Baldur von Schirach zum Reichsjugendführer der NSDAP ernannt und ihm damit außer dem NSDStB auch die Hitlerjugend (mit BdM und Jungvolk) und den Nationalsozialistischen Schülerbund (NSS) unterstellt (siehe 20. Abschnitt). Am 15. Juni 1932 übernahm Pg. von Schirach selbst die unmittelbare Führung der Hitlerjugend und gab daher die unmittelbare Führung des NSDStB ab. Er ernannte zum Bundesführer des NSDStB den bisherigen Kreisführer X (Berlin-Brandenburg-Grenzmark-Ostpommern) des NSDStB, Pg. Gerd Rühle, der den NSDStB bis kurz nach der nationalsozialistischen Revolution am 30. Januar 1933 führte. Diese Monate vom Sommer 1932 an standen für den NSDStB — wie für die gesamte Bewegung — im Zeichen des Ansturms der Reaktion. Insbesondere an den Hochschulen vereinigten sich sämtliche reaktionären Kräfte, um dem NSDStB die errungenen Machtpositionen wieder zu entreißen und die Studentenschaft unter ihren geistigen Einfluß zu stellen. An dem aktiven und geschlossenen Widerstand des NSDStB und an seiner unbeirrbar überlegenen hochschulpolitischen Linie scheiterten all diese Versuche, und als der Führer im Januar 1933 die Macht im Staate übernahm, fand die nationalsozialistische Revolution eine Studentenschaft vor, die in ihrer erdrückenden Mehrheit nationalsozialistisch eingestellt und begeistert war. —

Marxistische Demagogie

Der Kampf gegen die Aufhebung des Uniformverbots wurde von den Systemparteien in demagogischster Weise fortgesetzt. So brachte

z. B. der sozialdemokratische „Vorwärts“ am 29. Juni 1932 ein Flugblatt heraus, in dem es hieß: „Volk, du mußt zahlen, damit die SA paradieren kann!“ Der „Vorwärts“ wurde dann schließlich auf 4 Tage verboten — im übrigen aber war die Regierung in ihrer „bürgerlichen“ Schwäche außerstande, die marxistische Demagogie und den roten Mordterror energisch zu unterbinden. Ihre Fähigkeiten reichten im wesentlichen nicht weiter, als sich mit Notverordnungen — wie bisher — halbwegs über Wasser zu halten, neue Belastungen zu ersinnen, um den Zusammenbruch der Finanzen wieder für einige Tage oder Wochen hinauszuschieben, und ohne jede brauchbare Idee zur Rettung der Nation „Tagespolitik“ mit Notverordnungen zu treiben. (Am 30 Juni 1932 setzte die Regierung den Reichshaushaltsplan durch Notverordnung in Kraft.)

Auch außenpolitisch gelang es dieser Regierung nicht, brauchbare Erfolge zu erringen, und erbrachte dafür den Beweis bei der Konferenz in Lausanne. Die Konferenz hatte am 15. Juni 1932 begonnen. Sie hatte die Aufgabe, das Problem der „Reparationen“ neu zu lösen, nachdem Deutschland durch den Reparationswahnsinn an den Rand des Abgrunds getrieben worden war. Die Reparationsgläubiger wollten nun noch für sich retten, was zu retten war. Nach wochenlangem Hin und Her, Vorschlägen und Reden, „Krisen“ und Vertagungen, „Schritten“ und „Mißverständnissen“, „Verschärfungen“ und „Entspannungen“ und allem sonstigen bereits gewohnten Zubehör derartiger internationaler Konferenzen kam es dann endlich am 8. Juli 1932 zum Abkommen von Lausanne, das im wesentlichen besagte: Konferenz in Lausanne Abkommen von Lausanne

Artikel 1. Die Deutsche Regierung übergibt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 5prozentige einlösbare Schuldverschreibungen der Deutschen Regierung in einem Betrage von drei Milliarden Reichsmark nach ihrem gegenwärtig gültigen Goldgewicht und Goldfeingehalt, die unter folgenden Bedingungen begeben werden können:

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich übernimmt die Schuldverschreibungen als Treuhänder.

Die Schuldverschreibungen werden von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vor Ablauf eines Zeitraums von drei Jahren nach Unterzeichnung dieses Abkommens nicht begeben. Fünfzehn Jahre nach der Unterzeichnung werden die Schuldverschreibungen, die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich nicht untergebracht werden konnten, vernichtet.

Nach Ablauf der vorgenannten Frist von drei Jahren soll die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Schuldverschreibungen durch Auflegung zur öffentlichen Zeichnung auf den Märkten je nach den vorhandenen Möglichkeiten in Beträgen begeben, die sie für angemessen hält, und zwar mit der Maßgabe, daß keine Begebung zu einem niedrigeren Kurse als 90 v. H. erfolgt.

Die Schuldverschreibungen sind vom Zeitpunkt ihrer Begebung an mit 5 v. H. zu verzinsen und mit 1 v. H. zu tilgen. Sie sind von allen gegenwärtigen und zukünftigen deutschen Steuern befreit.

Artikel 2. Das gegenwärtige Abkommen macht mit seinem Inkrafttreten der Reparationsregelung, die im Haager Abkommen mit Deutschland vom 20. Januar 1930, sowie den Vereinbarungen von London vom 10. August 1931 und von Berlin vom 6. Juni 1932 vorgesehen war, ein Ende und tritt an deren Stelle; die Verpflichtungen aus dem gegenwärtigen Abkommen ersetzen vollständig die früheren, in den Annuitäten des „Neuen Planes" enthaltenen Verpflichtungen Deutschlands...

Reichskanzler von Papen hielt dazu in Lausanne eine Rede, in der es u. a. hieß:

„... Wir Deutschen sind uns bewußt, an die äußerste Grenze dessen gegangen zu sein, was wir noch verantworten konnten. Ich erkläre hier ganz offen, daß wir uns nur mit schwerem Herzen haben entschließen können, die in dem Lausanner Abkommen niedergelegten Verpflichtungen zu übernehmen. Wir haben deshalb geglaubt, dies tun zu können, weil es sich bei den Leistungen, die von uns gefordert werden, nicht mehr um Reparationszahlungen, sondern um einen Beitrag handelt, den Deutschland zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt leistet..."

Das neue Abkommen erregte in Deutschland allgemeine Enttäuschung, und die NSDAP erklärte ihre strikte Ablehnung. In einer gewaltigen Kundgebung der NSDAP im Berliner Lustgarten (9. Juli 1932), in der Pg. Dr. Goebbels und Pg. Graf Helldorf, der Führer der Berliner SA, sprachen, brachte Graf Helldorf das klar zum Ausdruck, indem er feststellte:

„Im Namen der nationalsozialistischen Partei erklären wir, daß wir den neuen Tributpakt von Lausanne nie und nimmer anerkennen. Die Zeit ist vorbei, wo das deutsche Volk die Herabsetzung seiner angeblichen Schuldsumme als einen Erfolg ansieht. Ein freies Volk zahlt keine Tribute!"

Am 11. Juli stimmte das Reichskabinett dem Lausanner Abkommen zu. —

Fortschreitender Bürgerkrieg

Dem immer schrecklichere Formen annehmenden Bürgerkrieg in Deutschland stand die Regierung machtlos gegenüber. Am 10. Juli 1932 kam es wieder zu blutigen Ueberfällen und Straßenschlachten in allen Teilen des Reiches — dieser Tag allein kostete 18 Tote und an die 200 Schwerverletzte! Die umfangreichsten Straßenkämpfe entwickelten sich an diesem Tage in Ohlau (Schlesien), wo das Reichsbanner in vielfacher Uebermacht planmäßig die Nationalsozialisten angriff und wo sogar die Reichswehr eingesetzt werden mußte. Noch furchtbarer war eine Woche später — am 17. Juli 1932 — der sogenannte „Altonaer Blutsonntag": Die Kommunisten griffen in einem umfangreichen Feuergefecht einen Propagandamarsch der SA durch Altona aus dem Hinterhalt an. Der 17. Juli brachte aber auch in anderen Teilen Deutschlands wiederum schwere Kämpfe.

Seine Verlustliste ist noch größer und weist 19 Tote und 285 Schwerverletzte auf. — Die Nationalsozialisten hatten in der Zeit von der Aufhebung des Uniformverbots (17. Juni) bis Ende Juli 1932 allein 32 Tote und Tausende von Verletzten! — Nach dem Altonaer Blutsonntag sah sich die Regierung endlich genötigt, etwas zu unternehmen. Sie erließ am 18. Juli ein allgemeines Verbot von Aufmärschen und Versammlungen unter freiem Himmel. Diese Maßnahme beseitigte selbstverständlich den permanenten Bürgerkrieg nicht und war auch insofern unerträglich, als sie in bürgerlicher „Objektivität" Angreifer und Angegriffene „gleichmäßig" behandelte und die für Deutschland kämpfenden Nationalsozialisten mit den volkszerstörenden kommunistischen Staatsfeinden in einen Topf warf! (Diese irrsinnige Methode ist ein typisches Beispiel für die angebliche „Objektivität" jener Jahre.)

Verbot von Veranstaltungen unter freiem Himmel

Die NSDAP war dennoch nicht aufzuhalten. Eine Stellung nach der anderen wurde genommen. — Am 13. Juli 1932 wurde der Nationalsozialist Granzow Ministerpräsident in Mecklenburg-Schwerin. — Und der Wahlkampf zur bevorstehenden Reichstagswahl wurde von der NSDAP trotz Terror und Schikanen kühn und entschlossen bis zum siegreichen Ende durchgefochten. — (Indes die Entwicklung in Oesterreich nach der der deutschen Regierung völlig mißglückten Zollunion — siehe 19. Abschnitt — einen sehr traurigen Weg nahm: Am 15. Juli 1932 wurde der österreichischen Regierung eine Völkerbundsanleihe bewilligt. Als Gegenleistung dafür mußte sie u. a. nochmals feierlich auf die Vereinigung mit dem Deutschen Reiche verzichten. Der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat beschränkte sich bei dieser Gelegenheit darauf, sich „der Stimme zu enthalten"!)

Nationalsozialistische Fortschritte

Am 16. Juli endlich kam die deutsche Regierung darauf, es einmal mit dem „freiwilligen Arbeitsdienst" zu versuchen, und ernannte den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst. Die Regierung erhoffte sich durch eine solche Einrichtung einige wirtschaftliche Erleichterungen — ohne im Arbeitsdienst in erster Linie die gewaltige volkserzieherische Bedeutung zu erkennen und als ersten Grundsatz aufzustellen — wie es der von Adolf Hitler geschaffene Staat später tat. Die nationalsozialistische Ideee des Arbeitsdienstes aber ohne nationalsozialistische Zielrichtung verwenden zu wollen, konnte naturgemäß zu keinem durchschlagenden Erfolg führen. (Näheres über die weitere Entwicklung siehe Band 1933.) —

Freiwilliger Arbeitsdienst

Die Entwicklung in Preußen

Die preußischen Regierungsverhältnisse waren inzwischen immer unerträglicher geworden. Nach wie vor amtierte das gestürzte rote Kabinett **Braun** „geschäftsführend". Eine verfassungsmäßige Regierungsbildung war auf Grund der Geschäftsordnung (siehe 21. Abschnitt) unmöglich gemacht worden. Unter Hinweis auf diese Tatsache richtete daher der Landtagspräsident, Pg. **Kerrl**, am 19. Juli 1932 ein Schreiben an den Reichskanzler **von Papen** und forderte dazu auf, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung diesen „unwürdigen, dem Willen der Mehrheit des preußischen Volkes nicht entsprechenden Zustand" zu **beseitigen und die Polizeigewalt in Preußen auf das Reich zu übernehmen.**

Und **endlich** wurde am 20. Juli 1932 dieser unerträgliche Zustand liquidiert:

Absetzung der roten Preußenregierung

Der Reichspräsident von **Hindenburg** bestellte den Reichskanzler **von Papen zum Reichskommissar für Preußen.** In seiner „**Verordnung betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen**" heißt es:

> „Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:
>
> Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum **Reichskommissar** für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die **Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben.** Er ist weiter ermächtigt, selbst **die Dienstgeschäfte des Preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen** und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der Preußischen Ministerien zu betrauen. . . ."

Reichskanzler **von Papen** ernannte — als Reichskommissar — den Essener Oberbürgermeister Dr. **Bracht** zu seinem ständigen **Vertreter im Preußischen Staatsministerium** — und **enthob** den Ministerpräsidenten **Braun** und den Innenminister **Severing ihrer Aemter.** Die bisherige preußische Regierung jedoch weigerte sich zunächst, ihren Platz zu räumen, und **Severing** erklärte,

> er als republikanischer Minister würde seine Pflicht aufs äußerste verletzen, wenn er in diesen Tagen, die Weltgeschichte bedeuten, sein Amt verlassen würde. Die Ordnung in Preußen sei bisher überall gewährleistet!

Ausnahmezustand

Der Weigerung wurde mit dem **Ausnahmezustand** (20. bis 26. Juli 1932) begegnet. Die „**Verordnung des Reichspräsidenten betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg**" lautete:

„Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann. Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

§ 4. Die in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 302 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberschwemmungen), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündigung der Verordnung begangen sind; unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden...."

Inhaber der vollziehenden Gewalt wurde der Wehrkreiskommandeur, Generalleutnant von Rundstedt. Das Gebäude des Preußischen Staatsministeriums wurde von Reichswehr besetzt. Auch die übrigen preußischen Minister wurden ihres Amtes enthoben. Und der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, sein Vizepräsident Weiß und der Polizeikommandeur Heimannsberg wurden ebenfalls aufgefordert, ihre Aemter zur Verfügung zu stellen, und auf ihre Weigerung hin in Haft genommen. Und als Bracht in Begleitung des neuernannten Berliner Polizeipräsidenten Dr. Melcher, sowie eines Reichswehr- und eines Polizeioffiziers, im Preußischen Innenministerium Unter den Linden bei Severing erschien, der sich — am gleichen Tage — geweigert hatte, den Platz zu räumen, erklärte dieser, „er weiche der Gewalt"!

Die rote Festung Preußen kampflos gefallen

Am Abend des 20. Juli 1932 war die rote Festung Preußen gefallen, die großen Worte sozialdemokratischer Minister waren wirkungslos verhallt. Die martialischen Ankündigungen des Reichsbanners in den vergangenen Monaten hatten sich als gegenstandslos erwiesen. Der marxistische Generalstreik war ausgeblieben. Und die Herren preußischen Minister von der SPD und vom Zentrum waren — trotz allen Gezeters — zu komischen Figuren geworden. Der jahrelange nationalsozialistische Ansturm hatte den riesigen Apparat der SPD und ihrer Machtpositionen bereits derart zermürbt, daß sie

keiner großen Aktion mehr fähig war und daher gegenüber dem Vorgehen des Kabinetts Papen sich zu keiner nennenswerten Gegenwehr mehr aufraffen konnte.

Rundfunkrede Papens über das Versagen der preußischen Regierung

In seiner Rundfunkrede am gleichen Tage stellte Papen fest, daß gerade in Preußen der kommunistische Terror sich am hemmungslosesten hatte austoben können, daß die bisherige preußische Regierung in keiner Weise die erforderlichen Maßnahmen gegen die kommunistischen Umsturzbestrebungen getroffen habe — und führte u. a. aus:

„Wenn beispielsweise hohe Funktionäre des preußischen Staates ihre Hand dazu bieten, Führern der Kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen, wenn offen ein preußischer Polizeipräsident seine Parteigenossen auffordert, man möge die Kreise der Kommunisten nicht stören — dann wird die Autorität des Staates von oben her in einer Weise untergraben, die für die Sicherheit des Reiches unerträglich ist.“

Protestaktionen gegen die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen

Und dann kamen die „Proteste“ — von den abgesägten Ministern, von der SPD, vom Zentrum, von der Staatspartei, von den Gewerkschaften usw. — Am 21. Juli 1932 hatte der Militärbefehlshaber von Berlin jegliche Aufforderung zum Generalstreik verboten. Es kam auch gar keine solche Aufforderung. Dafür kamen ja die „Proteste“. Auch die Länderregierungen (denen schwante, es könnte ihnen einmal etwas Aehnliches passieren) protestierten erregt beim Staatsgerichtshof in Leipzig gegen die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen — so Bayern bereits am 20. Juli, dann Baden (21. Juli) und Württemberg. Zu ihrer Beruhigung erklärte von Papen in einer Länderkonferenz in Stuttgart (23. Juli), eine Ausdehnung derartiger Maßnahmen auf andere Länder sei nicht beabsichtigt, und auch in Preußen stelle die Einsetzung eines Reichskommissars nur eine vorübergehende Maßnahme dar. — Am 25. Juli lehnte dann auch der Staatsgerichtshof in Leipzig den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich, den die „geschäftsführende preußische Regierung“ beantragt hatte, ab. —

Länderkonferenz in Stuttgart

Reichstagswahlkampf

Inzwischen war der Termin zur Reichstagswahl (den die Regierung im Gegensatz zu den berechtigten Wünschen der NSDAP auf den spätmöglichsten Zeitpunkt — 31. Juli — gelegt hatte) in nächste Nähe gerückt, der Wahlkampf auf seinem Höhepunkt angelangt. Reichskanzler von Papen hielt am Abend vor der Wahl noch eine Rede, die in wesentlichen Teilen dem nationalsozialistischen Gedankengut entlehnt war und in der z. B. der Satz vorkam:

„Wir müssen zurück zum einfachen alten Grundsatz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“

Der Wahlaufruf der NSDAP formulierte dagegen eindeutig die selbstverständliche Forderung auf Uebernahme der Macht durch Adolf Hitler: Der Wahlaufruf der NSDAP

„Aufruf an das deutsche Volk!

Vierzehn Jahre lang hat das System und seine Parteien in einer beispiellosen Mißwirtschaft das deutsche Volk und seine innere Kraft zermürbt und aufgebraucht. Und nun stehen wir am Ende dieser furchtbaren Entwicklung. Am 31. Juli soll es sich entscheiden, ob diese Entwicklung noch einmal fortgesetzt werden kann, oder ob von dieser Stunde ab eine neue Epoche der deutschen Geschichte beginnt.

Männer und Frauen! Arbeiter, Bürger und Bauern!

12 Jahre lang haben wir an das Volk appelliert. Wir sind in die Proletarierviertel hineingegangen und haben der roten Klassenfront Mann um Mann abgerungen. Wir gingen in die Kleinstädte und eroberten das Bürgertum. Uebers Land zogen unsere Agitatoren und haben den Bauernstand mobil gemacht.

Und nun sind wir alle Mitträger und Zeugen dieser einzigartigen deutschen Volkserhebung, wie sie in solcher Wucht unsere Geschichte noch niemals gesehen hat.

Es ist nicht wahr, wenn heute die Parteipäpste der bürgerlichen und marxistischen Parteien erklären, die Menschen kämen zu uns nur aus ihrer Not. Das deutsche Volk ist nicht von selbst erwacht. Wir haben es wach getrommelt! Wir haben Tag und Nacht geschuftet und gearbeitet. Wir ließen uns schweigend und geduldig von der Oeffentlichkeit verlachen und verhöhnen. Unsere Organisationen wurden zerschlagen, unsere Zeitungen verboten und unsere Versammlungen aufgelöst.

320 ermordete Kameraden haben wir in die Gräber gelegt.

Aber aus diesen Gräbern ist die stolze braune Armee auferstanden, deren harter und unerbittlicher Marschschritt heute allüberall in Deutschlands Straßen widerhallt.

Wenn Deutschland noch einmal seine Zukunft gewinnen soll, dann ist das die Stunde seiner Wiedergeburt. Und wo einer noch an die nationale Erhebung glaubt, da fragen wir: Worauf wartest du noch?

An unserer Zeit ist das Wort des Dichters wahr geworden:

Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!

Männer und Frauen von Stadt und Land!

Nun denn wohlan! Noch einmal, Volk, gibt das Schicksal dir alle Chancen in die Hand. Noch einmal bietet es die Möglichkeit, mit den verräterischen Parteien des Systems ein Ende zu machen und Deutschland nach innen und außen zu einigen.

Wir rufen nicht die Klassen und nicht die Konfessionen. Wir verfechten nicht die Interessen des Einzelmenschen auf Kosten der Allgemeinheit.

Wir appellieren an das Volk!

12 Jahre haben wir dem Volke in der Opposition gedient. Nun ist die Stunde gekommen, daß die nationalsozialistische Bewegung unter der siegreichen Führung des Volksmannes Adolf Hitler aus der Opposition in die Verantwortung vorrückt und den deutschen Dingen eine andere Wendung gibt.

Mit harten Fäusten klopfen Millionen Deutsche an die Tore der Macht, hinter denen sich zitternd das System und seine Parteien verbergen, millionenfach gellt durch Deutschland der Erlösungsschrei:

Aufmachen! Wir wollen an die Macht!

Was gehen uns die Parteien an? Sie haben ausgespielt und sind damit überfällig geworden. Die Entscheidung liegt beim Volk.

Du Volk, gib dein Urteil ab!

Wir betteln nicht um Gnade, wir wollen nur unser Recht. Wir haben 12 Jahre lang gekämpft, während die anderen das Reich ruinierten. Nun entscheide du, ob unser Kampf gut war und vor deinen Augen bestehen kann.

Sagst du, Volk, nein, dann wähl' die Parteien, die für die vergangenen 14 Jahre die Verantwortung tragen.

Sagst du, Volk, aber ja, dann reiß' die Tore auf und gib Adolf Hitler und seiner stolzen Bewegung den Weg zur Macht frei!

Für des deutschen Volkes Einheit und für des deutschen Reiches Kraft und Größe!

Deutsches Volk, erhebe dich!
Deine große Stunde ist da!
Zerstampf das System und seine Parteien!
Leg alle Macht in Hitlers Hand!
Deutschland, erwache! Wählt Nationalsozialisten!

Die Wahlpropaganda der NSDAP erfaßte das ganze Volk. Die nationalsozialistische Versammlungswelle überflutete trotz roten Terrors und Meuchelmord das ganze Reich. Der Führer selbst kämpfte

Dritter Deutschlandflug Adolf Hitlers

wieder an der Spitze und sprach bei seinem Dritten Deutschlandflug (15. bis 30. Juli 1932) in Riesenkundgebungen in 50 Städten! Und die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wurde zu

Die Reichstagswahl

einem gewaltigen nationalsozialistischen Erfolg. 13,7 Millionen nationalsozialistische Stimmen (36,9 %) wurden abgegeben und damit 230 (bisher 107) von 608 Mandaten erobert! Die Verteilung der Mandate im neuen Reichstag ergab folgendes Bild:

NSDAP	230	Abgeordnete
SPD	133	„
KPD	89	„
Zentrum	75	„
Deutschnationale	40	„
Bayerische Volkspartei	22	„
Deutsche Volkspartei	7	„
Staatspartei	4	„
Christlich-sozialer Volksdienst	3	„
Bauernpartei	2	„
Wirtschaftspartei	2	„
Volksrechtpartei	1	„

Die „Mitte" war völlig zertrümmert. — Am gleichen Tage brachten die Landtagswahlen in Thüringen folgendes Ergebnis:

395321 nationalsozialistische Stimmen (42,4 %) mit 26 Abgeordneten (bisher 6) von insgesamt 60.

Die Wut der Gegner über den nationalsozialistischen Sieg tobte sich

Neue Terrorwelle

in wüsten Terrorakten aus, gegen die sich die Nationalsozialisten zur Wehr setzten. So wurde am 1. August 1932 der in der Studentenschaft hochschulpolitisch führend tätig gewesene SA-Sturmführer Axel

Schaffeld in Braunschweig erschossen. Indes die Mehrzahl der Zeitungen — wie üblich — über den „nationalsozialistischen Terror" jammerten und der preußische Reichskommissar Dr. Bracht erklärte:

> „Die Staatsregierung wird selbst drakonische Maßnahmen nicht scheuen, um ihre Pflichten gegenüber dem friedlichen Staatsbürger zu erfüllen und den Burgfrieden zu erzwingen, den unser Land braucht."

Und als Pg. Hermann Göring am 3. August 1932 von Bracht rücksichtsloses Vorgehen gegen die roten Terrorbanden — angesichts der sich häufenden Morde an Nationalsozialisten — forderte, antwortete das Reichskabinett am 9. August mit der Herausgabe von drei neuen Notverordnungen, in denen der (für die Zeit nach der Wahl bereits angeordnete) „Burgfrieden" vom 12. bis zum 31. August verlängert, gegen „politische Gewalttaten" Sondergerichte eingesetzt, Zuchthausstrafen und sogar die Todesstrafe angedroht wurden. Todesstrafe gegen „politische Gewalttaten"

Das neue Gesetz wurde sogleich angewendet — gegen Nationalsozialisten! Fünf Nationalsozialisten wurden am 22. August 1932 im sogenannten Potempa-Prozeß in Beuthen zum Tode verurteilt. Eine Welle der Empörung flutete durch das Land, und Adolf Hitler machte die Sache der Kameraden zu seiner eigenen und sagte der Regierung schärfsten Kampf an. (Am 2. September 1932 wurde dann die Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt, und im Jahre 1933 — nach der nationalsozialistischen Machtübernahme — kamen die Verurteilten wieder in Freiheit). — Potempa-Prozeß

Als am 11. August 1932 wieder einmal der damalige „Nationalfeiertag" (Tag der Verkündung der Weimarer Verfassung) angebrochen war und die amtliche „Verfassungsfeier" stieg, hielt Herr Reichsinnenminister Freiherr von Gayl eine „Verfassungsrede", in der u. a. folgende bemerkenswerten Sätze zu finden waren: Verfassungsreformen?

> „Man mag zu Einzelheiten der Weimarer Verfassung stehen, wie man will. Sie ist heute der einzige Grund, auf dem alle, unbeschadet ihrer weltanschaulichen (!) und politischen Meinung, stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen. Auf diesem Grund müssen wir uns finden und handeln, denn wir haben keinen anderen, von dem aus wir den Vormarsch zu einem neuen staatlichen Leben überhaupt antreten können. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Weimarer Verfassung etwas Unabänderliches wäre. Die Zustände, unter denen wir heute zu leben gezwungen sind, dürften ein schlagender Beweis sein, daß die Verfassung abänderungsbedürftig ist... Ein im Umbruch aller Werte befindliches Volk, das unter einer furchtbaren äußeren und inneren Not leidet, bedarf einer von den Fesseln normaler Verantwortung mehr wie bisher befreiten, aber persönlich um so stärker verantwortlichen Regierung, die in einer ersten Kammer einen Helfer haben muß, der sie vor den Folgen der oft durch Stim-

mungen und Wahlrücksichten beeinflußten Parlamentsbeschlüsse schützen und die Stabilität und Folgerichtigkeit der Regierungspolitik zu gewährleisten vermag."

In Wirklichkeit aber war die Regierung keineswegs damit befaßt, größere Umbaumaßnahmen in der oben angedeuteten Richtung vorzunehmen, sondern vollauf damit beschäftigt, sich gegen die immer stärkere Ablehnung des gesamten Volkes und die immer trostlosere Isolierung im Sattel zu halten. Um die gewaltige nationalsozialistische Volksbewegung vor ihren stecken gebliebenen Karren zu spannen, kam man darauf, sie „in die Reichsregierung einzubeziehen" und bot zu diesem Zwecke Adolf Hitler den Posten des Vizekanzlers an. Adolf Hitler aber lehnte dieses unmögliche Ansinnen ab und forderte in der am 13. August 1932 in Gegenwart des Reichspräsidenten geführten Besprechung die „eindeutige Führung der Regierung". Als man ihm das Amt des Reichskanzlers verweigerte, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Die Pressestelle der Reichsregierung aber gab sofort eine völlig entstellte Darstellung an die gesamte Presse, in der u. a. behauptet wurde, Adolf Hitler habe die „gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange" verlangt, und die Presse nahm das Stichwort schlagartig auf und versuchte, mit krassester Darstellung des „unerhörten Ansinnens" Stimmung gegen die NSDAP und ihren Führer zu machen. So schrieb z. B. das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania" die irrsinnigen Sätze:

Angebot des Vizekanzlerpostens an Adolf Hitler

„Hitler hätte gestern die Möglichkeit gehabt, seiner propagandistischen Leistung den ersten Versuch einer positiven Leistung hinzuzufügen. Vorläufig ist Adolf Hitler an der maßlosen Ueberschätzung seiner selbst und seiner Bewegung gescheitert."

Wer in Wirklichkeit in Kürze scheiterte, war die Regierung — während Adolf Hitler in zielbewußter Entschlossenheit den Kampf weiterführte. — Die wenigen Deutschnationalen Kreise, auf die sich das Kabinett noch „stützen" konnte, zeterten nach dem „Notstandsrecht des Staates" (wie z. B. der Führer des „Alldeutschen Verbandes" am 24. August 1932). Am 26. August kam es zu einem heftigen Konflikt zwischen dem Kabinett und dem preußischen Landtag, der die Aufhebung einer von der Regierung erlassenen „Verwaltungsreform" forderte. Am gleichen Tage wählte der thüringische Landtag eine nationalsozialistische Regierung: Gauleiter Sauckel als Ministerpräsident und als weitere Minister die Nationalsozialisten Waechtler und Marschler.

Preußischer Landtag gegen Reichsregierung

Nationalsozialistische Regierung in Thüringen

Angesichts des anhaltenden innerpolitischen und wirtschaftlichen Verfalls hielt der Reichskanzler am 28. August in Münster eine

Das „Programm von Münster"

Rede, in der er sich gegen Adolf Hitler zur Wehr zu setzen versuchte und u. a. erklärte:

„Die Zügellosigkeit, die aus dem Aufruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsführung. Ich gestehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit (!) in Deutschland, die seinen Fahnen folgt, allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Freiwild (!) zu behandeln. Wenn ich heute gegen Hitler und für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine autoritäre Staatsführung eintrete, so verfolge ich und nicht er das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen die Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heißem Herzen herbeigesehnt haben.... Ich bin fest entschlossen, die schwelende Glut des Bürgerkrieges auszutreten und den Zustand politischer Unruhen und politischer Gewalttaten zu beenden, die heute noch ein so großes Hindernis für die positive Arbeit sind, in der die eigentliche Aufgabe der Regierung besteht."

Nachdem die Rede hier die Tatsache völlig überging, daß die Nationalsozialisten in schwerstem Abwehrkampfe gegen den bewaffneten marxistischen Terror lagen — wendete sie sich einem „wirtschaftlichen Aufbauprogramm" zu, das eine „Wiederbelebung der Energien der Privatwirtschaft" vorsah — durch: „Steuerrückvergütungen", „Lohnprämien" für Einstellung von Arbeitslosen und Unterschreitung der Tariflöhne zum gleichen Zwecke. Dieses keineswegs originelle „Programm von Münster" fand in der Presse keine sehr freundliche Aufnahme, im Volke aber einhellige Ablehnung.

Mit gemischten Gefühlen sah das Kabinett der Reichstagseröffnung am 30. August 1932 entgegen. Der Reichstag (der von der Kommunistin Klara Zetkin als Alterspräsidenten eröffnet wurde!) wählte den Pg. Hermann Göring zum Reichstagspräsidenten, der sofort an den Reichspräsidenten ein Telegramm richtete, in dem er sich gegen den angeblichen „staatsrechtlichen Notstand" und die Absichten wandte, diesen Reichstag (der 230 nationalsozialistische Abgeordnete hatte) auszuschalten. Reichstagseröffnung / Pg. Göring Reichstagspräsident

Am gleichen Tage forderte der preußische Landtag auf nationalsozialistischen Antrag die Abberufung des Reichskommissars und Aufhebung der Zeitungsverbote. Gleichzeitig sprach er dem Reichskanzler die Mißbilligung aus. Preußischer Landtag fordert Abberufung des Reichskommissars

Und der Führer brachte es am 1. September 1932 in einer Rede im Berliner Sportpalast klar zum Ausdruck: Der Führer im Sportpalast

„Mein Wille ist unerschütterlich, mein Atem länger als der Atem meiner Gegner. Wenn die Gegner glauben, es würde irgendeine Möglichkeit der Zusammenarbeit geben, dann antworte ich: Es geht nicht, denn Ihr lebt im alten Deutschland und wir im Deutschland der Zukunft!"

Stahlhelm-aufmarsch

Und auch ein Aufmarsch des Stahlhelms (an die 150000 Mann) aus dem ganzen Reiche am 2. September im Berliner Lustgarten konnte daran nichts ändern. Hier half keine „Stützungsaktion“ mehr, auch nicht die Notverordnung „zur Belebung der Wirtschaft“ vom 4. September, die die im „Programm von Münster“ (siehe weiter oben) angekündigten Maßnahmen durchführen sollte. Die völlige Isolierung des Kabinetts bewies in besonders drastischer Form die denkwürdige und dramatische Reichstagssitzung vom 12. September 1932:

Notverordnung „zur Belebung der Wirtschaft“

Mißtrauenserklärung und Auflösung des Reichstags

Eine Rede des Reichskanzlers steht auf der Tagesordnung. Von der KPD liegt ein Antrag auf Aufhebung der Notverordnung „zur Belebung der Wirtschaft“ (siehe weiter oben) und ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung vor. Reichskanzler von Papen erscheint mit einer roten Mappe, die ein Reichstagsauflösungsdekret des Reichspräsidenten enthält, — um für den Fall eines drohenden Aufhebungsbeschlusses (betr. die Notverordnung) des Reichstages diesen schnell noch vorher auflösen zu können. Papen fühlt sich also ungemein sicher. Die Reichstagssitzung bringt einiges taktische Hin und Her parlamentarischer Diplomatie, und nach Beendigung einer Pause für „fraktionelle“ und „interfraktionelle“ Besprechungen eröffnet der Reichstagspräsident Pg. Göring die Sitzung wieder und erklärt — von Papen nicht vorhergesehen —, daß der Reichstag nunmehr zur Abstimmung der gestellten Anträge schreite. Reichskanzler von Papen will die Entwicklung noch aufhalten und meldet sich zum Wort — wird aber von Pg. Göring darauf hingewiesen, daß dies jetzt geschäftsordnungsmäßig nicht mehr möglich sei, da das Haus sich in der Abstimmung befinde. Der Reichskanzler legt daher die ominöse rote Mappe (von Pg. Göring unbeachtet gelassen) auf den Tisch des Reichstagspräsidenten und verläßt zornig den Reichstag — der nunmehr dem Kabinett „die furchtbarste parlamentarische Niederlage, die es je gegeben hat“ (wie Dr. Goebbels in seinem schon angeführten Buche „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ auf Seite 162 schreibt), beibringt: Die Notverordnung wird aufgehoben und dem Kabinett das Mißtrauen ausgesprochen mit 513 gegen 32 Stimmen!

Anschließend daran verliest jetzt der Reichstagspräsident das bewußte Auflösungsdekret — und das vernichtete Prestige der Regierung kann natürlich nicht dadurch gerettet werden, daß von der Regierungsseite erklärt wird, die Auflösung des Reichstags sei bereits mit der Niederlegung des Dekrets auf dem Tisch des Reichstagspräsidenten erfolgt und die darauffolgende Abstimmung daher ungültig. Pg. Göring stellt demgegenüber fest, daß vielmehr die Abstimmung und der damit verbundene Sturz des Kabinetts vor der Reichstags-

auflösung erfolgt seien, daß also diese von einer gestürzten Regierung gegengezeichnete Auflösung ungültig sei. Die Tatsache, daß diese überall diskutierte Streitfrage schließlich im Sinne des derzeitigen Machthabers, also der Regierung, ihre „Erledigung" findet, kann aber nicht die vor aller Welt demonstrierte katastrophale Ablehnung der Regierungspolitik vertuschen. —

Deutschland bleibt der Abrüstungskonferenz fern

Die vom Kabinett ersehnten außenpolitischen Erfolge bleiben gleichfalls aus. Die Abrüstungskonferenz in Genf kommt zu keinen positiven Ergebnissen. Verlangt Deutschland Gleichberechtigung, so lehnt Frankreich (11. September 1932) dies mit den Worten ab, eine „deutsche Aufrüstung" könne nicht in Frage kommen. Die Abrüstung der anderen gerät über das Stadium der „Resolutionen" kaum hinaus, und schließlich sieht sich Deutschland genötigt, der Abrüstungskonferenz fernzubleiben, — was der Reichsaußenminister in einem Schreiben vom 14. September 1932 mitteilt, in dem es heißt:

„Nach Ansicht der deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, daß alle Staaten in bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden, und daß für keinen Staat ein diskriminierendes Ausnahmeregime gilt. Es kann Deutschland nicht zugemutet werden, an den Verhandlungen über die in der Konvention festzulegenden Abrüstungsmaßnahmen teilzunehmen, solange nicht feststeht, daß die gefundenen Lösungen auch auf Deutschland Anwendung finden sollen.

Um diese Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell als möglich zu verwirklichen, hat sich die deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Leider muß festgestellt werden, daß die deutschen Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann.

Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherung des Friedens dringend geboten ist. Sie wird die Arbeiten der Konferenz mit Interesse verfolgen und sich je nach deren Verlauf über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden."

Offener Brief Adolf Hitlers

(Der Führer stellt hierzu am 30. Oktober 1932 in einem an den Reichskanzler gerichteten offenen Briefe im „Völkischen Beobachter" fest, daß es genügen könnte, den Willen Frankreichs (nicht abzurüsten) vor der ganzen Welt klar herauszustellen und dann die Konferenz mit der Feststellung zu verlassen, daß der Versailler Vertrag von den Signatarmächten selbst verletzt worden sei und daß Deutschland sich vorbehalten müsse, unter Umständen die sich aus dieser Tatsache ergebenden Konsequenzen zu ziehen.)

Reichsjugendtag der NSDAP in Potsdam

Während das Kabinett sich darin erschöpft, „Programme“ zu erfinden, zu verkünden, mit ihnen den Wahlkampf zu führen und schließlich doch nicht ausführen zu können, baut die NSDAP planmäßig auf und beweist am 1. und 2. Oktober 1932 bei ihrem Ersten Reichsjugendtag in Potsdam vor der gesamten Oeffentlichkeit, daß sie unbeirrbar den Weg zur Machtergreifung fortsetzt. 110000 begeisterte Hitlerjungen und Hitlermädel marschieren vor Adolf Hitler und dem von ihm eingesetzten Reichsjugendführer Pg. von Schirach auf. —

Brachts Zwickelerlaß

Am gleichen Tage (2. Oktober) erweckt Herr Dr. Bracht, der Reichskommissar für Preußen, das Gelächter des ganzen Volkes durch einen „Badeerlaß“, der der Kuriosität halber — um darzutun, welche schweren Sorgen die Regierenden in dem zerbrechenden Deutschland hatten — hier zum Teil im Wortlaut wiedergegeben sei:

„Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt sowie mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. Der Rückenausschnitt des Badeanzuges darf nicht über das untere Ende der Schulterblätter hinausgehen.

Männer dürfen öffentlich nur baden, falls sie wenigstens eine Badehose tragen, die mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. In sogenannten Familienbädern haben Männer einen Badeanzug zu tragen.“

Urteil des Staatsgerichtshofs im Prozeß Preußen gegen Reich

Durch diese „Zwickelmoral“ wurde die Position des Kabinetts keineswegs besser. Und neuen Kummer brachte das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 in dem Prozeß der alten abgesetzten Regierung Preußens gegen die Reichsregierung, der auch von Bayern und Baden angestrengt worden war. Das „salomonische“ Urteil lautete:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend amtliche Befugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen. Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reiche oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen. Soweit den Anträgen hiernach nicht entsprochen wird, werden sie zurückgewiesen.“

Damit wurde nun ein geradezu grotesker Zwitterzustand mit zwei preußischen Regierungen nebeneinander geschaffen — ein Zustand, der durch die Ernennung Brachts zum Reichsminister ohne Geschäfts-

bereich (31. Oktober 1932) keineswegs gebessert wurde — ebensowenig durch die Erörterung einer geplanten Reichsreform, von der der Reichsinnenminister von Gayl am 28. Oktober erklärte, es könne sich nicht um einen „Neubau", sondern um einen „Ausbau" handeln. Eine Aussprache (29. Oktober) mit dem — seit dem Leipziger Urteil — wieder „teilweise gültigen" Ministerpräsidenten Braun führte ebensowenig zu einer Einigung. Der Fall wurde tragikomisch.

Berliner Verkehrsstreik

Die NSDAP aber nahm den Kampf gegen dieses System sogar ernst und bewies dies in aller Schärfe beim Berliner Verkehrsstreik, der am 3. November 1932 gegen die (auf Grund der Notverordnung erfolgte) Lohnsenkung ausbrach. Die NSDAP stellte sich — zum Entsetzen mancher „bürgerlichen Kreise" — entschlossen auf die Seite der Streikenden und warf das Gewicht ihrer Organisation in den Kampf, der bald schärfste Formen annahm. Straßenbahnschienen wurden aufgerissen, Straßenbahnwagen umgestürzt, die Polizei mit der Schußwaffe gegen den Streik eingesetzt, wobei der SA-Mann Reppich (der Zollkommissar war und also nicht für sich sondern lediglich für seine streikenden Volksgenossen eintrat) erschossen wurde. Binnen Kürze riß die NSBO auf Grund ihrer Aktivität und ihrer größeren Ehrlichkeit fast überall die Führung des Streiks an sich — was nun wiederum der KPD aus propagandistischen Gründen nicht paßte und weshalb diese nach wenigen Tagen den streikenden Volksgenossen in den Rücken fiel, den Streik vorzeitig abbrach und ihre Leute wieder in die Arbeitsstätten schickte. Der Streik, der somit aussichtslos wurde, mußte daher am 8. November 1932 endgültig abgebrochen werden. Die BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft) entließ als Strafmaßnahmen 2500 Arbeiter und Angestellte, vorwiegend Nationalsozialisten.

Reichstagswahlkampf

Gleichzeitig hatte der Wahlkampf zum neuen Reichstag seinen Höhepunkt erreicht. Trotz der ungeheuerlichen Anstrengungen, geldlichen Opfer usw., die die bisherigen zahlreichen Wahlkämpfe des Jahres 1932 bereits gefordert hatten, war die NSDAP mit neuem Elan und unverminderter Kraft in den Wahlkampf gegangen. Vom 11. Oktober bis zum 4. November hatte der Führer seinen Vierten Deutschlandflug unternommen und wiederum in 50 deutschen Städten gesprochen. Alle Energien waren eingesetzt worden, um gegen die Mutlosigkeit der Lauen anzugehen, die wegen der Schwere und Dauer des Ringens den Glauben an die nationalsozialistische Machtergreifung aufgegeben hatten oder aufgeben wollten, — und damit die auf eine solche Entwicklung gerichtete Spekulation der Regierung zunichte zu machen. Nach schwerstem Kampfe brachte der Wahltag (6. November 1932) 11,7 Millionen nationalsozialistische

Vierter Deutschlandflug Adolf Hitlers

Reichstagswahl

Stimmen (33,5 %) — also 2 Millionen weniger als bei der vorhergehenden Wahl. Manches Treibholz war davongeschwommen. Aber die Hoffnungen des Kabinetts waren unerfüllt geblieben: Immer noch war die NSDAP mit 196 von 584 Mandaten (vorher 230 von 608) **weitaus stärkste Partei**. Die ungebrochene Kraft der Bewegung bewies sich auch wenige Tage später (13. November) bei den **Bürgerschaftswahlen in Lübeck**

Bürgerschaftswahl in Lübeck

mit 27681 nationalsozialistischen Stimmen und 27 Mandaten (bisher 6) von insgesamt 80

und ebenso bei den am gleichen Tage durchgeführten Gemeindewahlen in **Sachsen** und im **Saargebiet**. —

Rücktritt des Kabinetts von Papen

Das Kabinett war nach wie vor in hoffnungsloser Isolierung. Der Reichskanzler lud am 13. November 1932 Adolf Hitler nach Berlin zur mündlichen Aussprache über eine Regierungsumbildung ein. Der Führer **lehnte ab** und schlug schriftlichen Gedankenaustausch vor. Das Kabinett erkannte endlich, daß seine Zeit vorbei war: am 17. November 1932 erklärte das **Kabinett Papen** seinen **Rücktritt**. —

Auftrag der Regierungsbildung an Adolf Hitler — mit unmöglichen Vorbehalten

Abermals kommt es zu Besprechungen **Adolf Hitlers** beim **Reichspräsidenten** (19. und 21. November 1932). Adolf Hitler erhält den **Auftrag** des Reichspräsidenten, eine **Regierungsbildung** zu versuchen, **aber**: Es soll sich **nicht** um ein „Präsidialkabinett" handeln, sondern diesmal wieder um ein **parlamentarisches Mehrheitskabinett**, an dessen Bildung jedoch „**Vorbehalte**" geknüpft werden, die wiederum „**präsidialer**" Art sind (z. B. Beibehaltung des in Preußen unter der Papen-Regierung hergestellten Zustandes). Dieses Ansinnen aber ist ein Widerspruch in sich. Will man die zu seinem „parlamentarischen Mehrheitskabinett" erforderlichen Parteien gewinnen, so **nur** bei der Zusage, den bisherigen preußischen Zustand wieder zu **ändern**. **Darf** man das **nicht**, so bleibt bloß die Möglichkeit eines vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragenen „**Präsidialkabinetts**". Die innere Unmöglichkeit des an Adolf Hitler gegebenen Auftrages liegt klar zutage, und als — nach mehrfachem Briefwechsel — die Bildung eines **Präsidialkabinetts** unter Adolf Hitler **abgelehnt** wird, sind die Verhandlungen am 24. November 1932 **ergebnislos** abgebrochen. Eine erneute Einladung des Reichswehrministers, General von **Schleicher**, lehnt der Führer **ab**. Die gegnerischen Bemühungen, die NSDAP für unnationalsozialistische Absichten einzuspannen oder aber sie im Ansehen des Volkes zu schädigen, sind gescheitert. Die Reichspressestelle der NSDAP hat den gesamten Briefwechsel sofort (diesmal schneller als die Reichskanzlei) dem deutschen Volke zur eigenen Beurteilung bekannt gemacht. In diesem Brief-

Abbruch der Verhandlungen

wechsel befindet sich auch der Schlußbrief Adolf Hitlers mit dem eindeutigen und alles klar zum Ausdruck bringenden Satz: „Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes."

Und wenige Tage später (am 27. November bei einer Kundgebung in Weimar) sprach der Führer die prophetischen Worte, die schon zwei Monate später Wirklichkeit werden sollten: „In wenigen Monaten wird das Ende schlimmer sein als der Anfang heute. Dann wird die Stunde kommen, in der man sich zum dritten Male an uns wenden muß!" —

Zunächst aber folgt ein neues Präsidialkabinett, das „Kabinett der Verständigung" (wie man es „hoffnungsvoll" taufen wollte): Am 3. Dezember 1932 ernennt der Reichspräsident den General von Schleicher zum Reichskanzler. Das Kabinett von Schleicher bekommt folgende Zusammensetzung: Kabinett von Schleicher

Reichsinnenminister Dr. Bracht;
Reichsarbeitsminister Dr. Syrup;
Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold;
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Freiherr von Braun;
Reichsaußenminister Freiherr von Neurath;
Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk;
Reichsjustizminister Dr. Gürtner;
Reichsverkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach;
Reichsminister ohne Geschäftsbereich Dr. Popitz;
Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke.

Schleicher gibt seine fruchtlosen Bemühungen, die Nationalsozialisten vor seine Regierung zu spannen, immer noch nicht auf. Aber an der Zielklarheit Adolf Hitlers scheitert dieser Meister der Intrige. Und auch als Gregor Strasser, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, sich zur Untreue verleiten läßt, eigenmächtig am 4. Dezember mit Schleicher über seinen Eintritt in die Regierung verhandelt und daraufhin am 8. Dezember 1932 sämtliche Aemter in der Partei niederlegen muß, — als nun die gesamte Presse über den angeblichen Zerfall der NSDAP jubelt — da steht die gesamte nationalsozialistische Bewegung in eiserner Geschlossenheit zu ihrem Führer Adolf Hitler! Abfall Gregor Strassers

Die Spekulation auf die Untreue ist fehlgegangen — und damit die allerletzte Spekulation des zum Sterben reifen Systems.

Am 8. Dezember 1932 wird der neue Reichstag von dem greisen Pg. General Litzmann als Alterspräsidenten eröffnet und Pg. Hermann Göring erneut zum Reichstagspräsidenten gewählt. Reichstagseröffnung — Pg. Göring erneut Reichstagspräsident

Jahreswende 1932/1933

Reichspräsidenten-Stellvertretungsgesetz und Amnestiegesetz

Am 9. Dezember 1932 nimmt der Reichstag das verfassungsändernde Reichspräsidenten-Stellvertretungsgesetz (Stellvertretung durch den Reichsgerichtspräsidenten im Falle der Verhinderung oder vorzeitigen Erledigung der Präsidentschaft) gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der KPD an, — am gleichen Tage ein Amnestiegesetz, durch das viele gefangene Nationalsozialisten frei werden. Dann wird der Reichstag auf unbestimmte Zeit vertagt.. Die letzten Wochen vor der Entscheidung brechen an.

Dr. Ley Stabsleiter

Adolf Hitler reorganisiert die Partei und ernennt an Stelle des ausgeschiedenen Reichsorganisationsleiters (siehe 22. Abschnitt) den Pg. Dr. Ley zum Stabsleiter der politischen Organisation, deren Leitung er selbst übernimmt. — Zur Sicherung der Einheitlichkeit des politischen Kampfes schafft er am 15. Dezember 1932 die

Politische Zentralkommission der NSDAP

Politische Zentralkommission der NSDAP unter Pg. Rudolf Heß. (Am gleichen Tage wird der „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes" gegründet, die spätere NS-Hago unter Pg. Dr. von Renteln.) Die NSDAP rüstet sich zu neuem

„Burgfrieden"

Kampf. Bis zum 2. Januar 1933 ist wieder einmal ein „Burgfrieden" (der von Brüning seinerzeit zu seiner eigenen Ruhe erfundene „Weihnachtsfrieden") verordnet. Ruhe vor dem Sturm!

Fünfmächtekonferenz in Genf

Auf den außenpolitischen Schauplatz ist Deutschland inzwischen wieder nach Genf zurückgekehrt („Fünfmächtekonferenz"), da eine neue „Resolution", die erfolgversprechender sein soll als die bisherigen, in Aussicht steht. Und am 11. Dezember 1932 wird eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, deren erster Punkt lautet:

„1. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs und Italiens haben erklärt, daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet, und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll. Diese Erklärung schließt in sich, daß die Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll."

Freilich ist die Freude über die hier zugesagte „Gleichberechtigung“ kurz, und die lobenden Kommentare der Regierungspresse in Deutschland erfahren schon am 15. Dezember eine kühle Zurechtweisung durch die französische Agentur Havas, die feststellt, daß diese Gleichberechtigung „ein Ziel, aber kein Ausgangspunkt“ sei! Der „außenpolitische Erfolg“ hat sich wieder mal in nichts aufgelöst.

Am 14. Dezember verlangt der Preußische Landtag erneut die Beseitigung des Reichskommissars. Die darob gekränkten Deutschnationalen lehnen am 15. Dezember eine Einladung des Landtagspräsidenten Pg. Kerrl zur Beteiligung an Verhandlungen über eine preußische Regierungsbildung ab. Das bessert aber die Lage des Kabinetts Schleicher durchaus nicht. Hier ist bereits nichts mehr zu bessern — Schleichers am gleichen Tage im Rundfunk vorgetragenes Regierungsprogramm ist inhaltlos und allgemein enttäuschend. Preußischer Landtag gegen Kabinett Schleicher / Schleichers Regierungsprogramm

Auch seine „Notverordnung zur Erhaltung des inneren Friedens“ vom 19. Dezember (die die bisherigen Bestimmungen auf diesem Gebiete zusammenfaßt und im wesentlichen mildert) gewinnt ihm keine neuen Sympathien. Er versucht es dann noch mit einem „Notwerk der deutschen Jugend“ (Aufruf vom 24. Dezember), das der arbeitslosen Jugend u. a. berufliche Fortbildungsmöglichkeiten erschließen soll, Widerhall in der Jugend zu finden. Ergebnislos! Notverordnung „zur Erhaltung des inneren Friedens“ / „Notwerk der deutschen Jugend“

Lediglich Herr Leipart, der oberste Leiter der „Freien Gewerkschaften“, findet freundliche Worte über das Kabinett Schleicher (zum Mißvergnügen der SPD) und bringt dies in einem Neujahrsaufruf zum Ausdruck. Schleicher und die Gewerkschaften

So geht das alte Jahr zu Ende und nimmt schnell noch (14. Dezember) den sozialdemokratischen BVG-Direktor Brolat als gefallene Größe mit, da gegen ihn die Voruntersuchung wegen Meineids (im Sklarek-Skandal) eröffnet werden muß. Das Jahr geht zu Ende: Es schließt mit der grauenhaften Rekordzahl von 5,77 Millionen Arbeitslosen ab! Meineidsverfahren gegen Brolat / Die Arbeitslosigkeit

Der Führer Adolf Hitler aber erläßt einen Neujahrsaufruf, in dem er den Kampf bis zur letzten Entscheidung verkündet! Das Jahr 1933 beginnt. Neujahrsaufruf des Führers

Das Kabinett steht allein auf weiter Flur. Auch der frühere Reichskanzler von Papen erkennt, daß ein Regieren gegen Adolf Hitler nicht mehr möglich und eine Regierung Hitler die einzige Rettung ist. Am 4. Januar 1933 kommt es zur vertraulichen Besprechung zwischen dem Führer und ihm über eine neue Regierungs- Besprechung zwischen Hitler und von Papen

bildung. Als die Presse dies erfährt und groß aufmacht, wird Schleicher unruhig.

Die Kommunisten steigern ihren blutigen Terror gegen die Nationalsozialisten von Tag zu Tag. Der Bürgerkrieg in großem Maßstab steht vor der Tür.

Landtagswahlen in Lippe

Als der Termin der Landtagswahlen in Lippe heranrückt, setzt die NSDAP alle Kräfte ein — der Führer selbst spricht an sechzehn Orten, und der 15. Januar 1933 bringt einen glänzenden Sieg: 39000 nationalsozialistische Stimmen (39,6 %) und 9 (bisher keins) von insgesamt 21 Mandaten! Das Wahlergebnis ist der schlagende Beweis dafür, daß die NSDAP seit den letzten Reichstagswahlen im November 1932 (siehe 22. Abschnitt) wieder in gewaltigem Vormarsch ist, — und stellt gleichzeitig eine vernichtende Niederlage der Reaktion dar: Die Deutschnationalen haben nur ein einziges Mandat mit Mühe und Not retten können. Das ist die Quittung. Es dämmert ihnen, daß es höchste Zeit ist, umzuschwenken.

Das Ende des Unstaats

Der 1918 geschaffene Unstaat bricht zusammen — 6 Millionen Volksgenossen mit ihren Familien ohne Arbeit und Brot, 6,6 Milliarden Fehlbetrag im Reichshaushalt, der Bolschewismus vor der Türe! Jetzt kommt die angekündigte Stunde, da man Adolf Hitler zum dritten Male rufen muß. —

Verhandlungen um die nationale Einigung

Die Verhandlungen — hauptsächlich geführt von Pg. Hermann Göring als politischem Beauftragten des Führers — setzen am 20. Januar erneut mit Papen, dem Stahlhelmführer Seldte und Dr. Meißner, dem Staatssekretär des Reichspräsidenten, ein. (Es wird hier auf den ersten Abschnitt des Bandes 1933 des vorliegenden Werkes verwiesen.) Der Reichspräsident von Hindenburg tritt für die nationale Einigung in einer Regierung Hitler ein. Adolf Hitler macht sofortige Neuwahl des Reichstags zur dringend erforderlichen Voraussetzung. Indes sich die Deutschnationalen unter Hugenberg noch sträuben; — sie fürchten ein im Wahlergebnis zu erwartendes Urteil des Volkes über ihre reaktionäre Politik!

Aufmarsch der SA und SS vor dem Karl-Liebknecht-Haus

Indessen nehmen Bürgerkriegshetze und Mordterror der Kommunisten derart bedrohliche Formen an, daß die NSDAP zu einer Gewaltprobe übergeht: Am 22. Januar marschiert die Berliner SA und SS in der Hochburg der KPD auf, — auf dem Bülowplatz vor dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz der KPD. Die Gewaltprobe gelingt: In den Seitenstraßen toben die kommunistischen Banden in ohnmächtiger Wut — aber der Aufmarsch wird unangefochten in imponierender Disziplin durchgeführt. Ein Ereignis von ausschlaggebender moralischer Wirkung! —

Am 24. Januar nimmt die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen bereits offen gegen Schleicher Stellung. Während inzwischen (bis zum 28. Januar) eine endgültige Einigung mit Hugenberg und Seldte erzielt wird, geht Schleicher zum Reichspräsidenten, um wiederum den Reichstag auflösen zu können — als letzte Rettung. Aber Hindenburg macht diesem unwürdigen Treiben ein Ende und verweigert das Auflösungsdekret. Der Sturz des Kabinetts Schleicher

Am 28. Januar 1933 stürzt so das Kabinett Schleicher, das letzte Kabinett des Novemberstaates.

In letzter Stunde, in höchster Gefahr für Volk und Reich, ergreift jetzt der größte Führer der Deutschen aller Zeiten das Steuer: Am 30. Januar 1933, vormittags 11 Uhr, beruft der Reichspräsident von Hindenburg den Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Adolf Hitler, als Reichskanzler an die Spitze des Reiches. Adolf Hitler Reichskanzler

Am Abend des gleichen denkwürdigen Tages marschiert die SA und SS zum ersten Male durch das Brandenburger Tor. —

Am 9. November 1933 legte der Führer im Gedenken an die nationalsozialistischen Gefallenen einen Kranz nieder mit der Inschrift:

Und Ihr habt doch gesiegt!

Zeittafel

1918

18. Januar
  Marxistische Streiks in Deutschland
  Wilson verkündet die „14 Punkte“

14./15. August
  Besprechungen Kaiser Karls von Oesterreich wegen eines österreichischen Separatfriedens

29. September
  Die Oberste Heeresleitung fordert ein Waffenstillstandsangebot

3. Oktober
  Deutsches Waffenstillstands- und Friedensangebot an Wilson

8. Oktober
  Amerikanische Antwort

12. Oktober
  Zweite deutsche Note an Wilson

14. Oktober
  Amerikanische Antwort auf die zweite deutsche Note
  Der Gefreite Adolf Hitler erleidet bei Montagne eine schwere Gasvergiftung, an der er zeitweilig erblindet

20. Oktober
  Dritte deutsche Note an Wilson
  Der „Vorwärts“ forbert die Streichung der deutschen Kriegsflagge

23. Oktober
  Amerikanische Antwort auf die dritte deutsche Note

26. Oktober
  Ludendorffs Abschied

27. Oktober.
  Vierte deutsche Note an Wilson

28. Oktober
  Beginn der Flottenmeuterei

30. Oktober
  Flottenmeuterei in Wilhelmshaven

3. November
Flottenmeuterei in Kiel — Blutige Zusammenstöße
4. November
Hissung der roten Fahne in Kiel und Bildung des ersten Soldatenrates
5. November
Amerikanische Antwort auf die vierte deutsche Note
8. November
Ueberreichung der Waffenstillstandsbedingungen im Wald von Compiègne
Der Jude Eisner stürzt den König von Bayern
9. November
Bekanntmachung der Abdankung des Kaisers — Flucht des Kaisers nach Holland
Scheidemann ruft die Republik aus — Liebknecht verkündet die „freie sozialistische Republik" — Ebert Reichskanzler — Rat der Volksbeauftragten
10. November
Bildung des Arbeiter- und Soldatenrats in Posen
11. November
Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen
13. November
Der Gefreite Adolf Hitler wird aus dem Reservelazarett in Pasewalk entlassen
14. November
Bekanntgabe des neuen Reichskabinetts
28. November
Verzichterklärung des Kaisers auf die Krone
23. Dezember
Aufstand der Volksmarinedivision in Berlin — Beginn des Spartakus-Aufstands
26. Dezember
Beginn des polnischen Aufstands in Posen

1919

5. Januar
Der Schlosser Drexler und der Schriftsteller Harrer gründen in München die „Deutsche Arbeiterpartei"
11./12. Januar
Regierungstruppen erobern das von Spartakisten besetzte „Vorwärts"-Gebäude in Berlin

19. Januar

Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung

24. Januar

General von Winterfeldt tritt von der deutschen Waffenstillstandskommission zurück — wegen der französischen Besetzung des Brückenkopfs Kehl

27.—29. Januar

Spartakusputsch in Wilhelmshaven — Spartakusaufstände in Nordwestdeutschland

3. Februar

Entente-Kommission in Posen

4. Februar

Niederringung der Spartakusherrschaft in Bremen

6. Februar

Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar

11. Februar

Ebert provisorischer Reichspräsident

13. Februar

Erstes Kabinett Scheidemann

Beginn der Landeskonferenz der „Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Bayern“

21. Februar

Kurt Eisner-Kosmanowsky †

22. Februar

„Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat“ in München beschließt Bewaffnung des Proletariats

25. Februar

Die Regierung erzwingt den Rücktritt des „Revolutionären Arbeiterrats“ in Mannheim

Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr

28. Februar

Ausrufung der Räterepublik Braunschweig

Einzug der französischen Verwaltung im Saargebiet

1. März

Aufruf der Reichsregierung gegen die politische und wirtschaftliche Anarchie

4. März

Bei sudetendeutschen Kundgebungen werden 104 Deutsche von tschechischen Legionären niedergeschossen

8. März

Abbruch des Generalstreiks in Berlin

12. März
Deutsche Delegation für die Pariser Friedenskonferenz gebildet

13. März
Regierungstruppen besetzen nach heftigen Kämpfen Berlin-Lichtenberg — Um die gleiche Zeit Spartakusaufstand in Halle a. d. S.

18. März
Die bayerische Regierung Hoffmann flieht nach Bamberg — Räterepublik München

23. März
Sozialisierungsgesetz

31. März
Belagerungszustand im Ruhrgebiet — (Kommunistischer Aufstand)

7. April
Karl Severing Reichskommissar für das Ruhrgebiet

10. April
Brockdorff-Rantzau berichtet der Nationalversammlung über die Friedensverhandlungen

18. April
Der Oberste Rat der Alliierten fordert Deutschland zur Entsendung von Delegierten zur Entgegennahme der „Friedenspräliminarien" auf

27. April
Der Gefreite Adolf Hitler in München verhindert durch eigene Entschlossenheit seine Verhaftung durch Rotgardisten

30. April
Geiselmord in München

1./2. Mai
Niederwerfung der Räterepublik München durch General von Epp

2. Mai
Generalfeldmarschall von Hindenburg kündigt seinen Rücktritt an

7. Mai
Clémenceau überreicht die Friedensbedingungen

8. Mai
Aufrufe des Reichspräsidenten und der Reichsregierung gegen die Friedensbedingungen

12. Mai
Scheidemann spricht vor der Nationalversammlung gegen das Friedensdiktat
17. Juni
Aufruf der USPD für bedingungslose Annahme des Friedensdiktats
Hindenburg erklärt, daß er den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorzieht
20. Juni
Rücktritt des Kabinetts Scheidemann
21. Juni
Kabinett Bauer
Admiral Reuter läßt bei Scapa Flow die deutsche Flotte versenken
22. Juni
Deutsche Note an die Alliierten
Ablehnende Antwort-Note: Die Alliierten fordern bedingungslose Unterzeichnung
23. Juni
Deutschland erklärt seine Bereitschaft zur Unterzeichnung
25. Juni
Hindenburg telegraphiert, daß er den Oberbefehl niederlege
28. Juni
Unterzeichnung des Friedensdiktats im Spiegelsaal von Versailles
12. Juli
Aufhebung der Hungerblockade der Entente gegen Deutschland
11. August
Unterzeichnung der Weimarer Verfassung
14. August
Erzberger entwickelt vor der Nationalversammlung sein Finanzprogramm
August:
Erster polnischer Aufstand in Oberschlesien
10. September
Friedensdiktat von St. Germaine
15. September
Interalliierte Militärkommission trifft in Berlin ein
16. September
Der Bildungsoffizier Adolf Hitler wird Mitglied Nr. 7 der „Deutschen Arbeiterpartei“ in München

16. Oktober

Zum erstenmal wird in der Presse (im wöchentlich erscheinenden „Münchner Beobachter") eine Versammlung der „Deutschen Arbeiterpartei" angekündigt — Adolf Hitler spricht in dieser ersten Versammlung (111 Personen) der Partei

2. Dezember

Clémenceau behauptet in einer Note, Deutschland habe die Waffenstillstandsbedingungen noch nicht restlos erfüllt

1920

1. Januar

Erste Geschäftsstelle der „Deutschen Arbeiterpartei" (Sterneckerbräu, München, Tal 54)

5. Januar

Adolf Hitler übernimmt die Leitung der Propaganda der „Deutschen Arbeiterpartei"

10. Januar

Unterzeichnung des ersten Protokolls über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde (in Paris) — Das Versailler Diktat tritt damit in Kraft

4. Februar

Betriebsrätegesetz

7. Februar

Die Entente überreicht die Liste der „Kriegsverbrecher", deren Auslieferung sie von Deutschland fordert

24. Februar

Adolf Hitler verkündet in der ersten Massenversammlung der „Deutschen Arbeiterpartei" (im Festsaal des Münchner Hofbräuhauses) die 25 Thesen des Parteiprogramms

12. März

Urteil im Prozeß Erzberger-Helfferich
Erzberger muß aus dem Kabinett ausscheiden

13. März

Kapp-Putsch

15. März

Der Fliegerhauptmann Berthold wird in Harburg von Marxisten erschlagen

17. März

Zusammenbruch des Kapp-Putsches

März:

Kommunistischer Aufstand im Ruhrgebiet

Französische Truppen besetzen Frankfurt am Main

Hölzregime im Vogtland

27. März

Erstes Kabinett Hermann Müller

1. April

Adolf Hitler scheidet aus dem Militärdienst aus und widmet sich restlos der Bewegung

12. April

Hölz ruft im Vogtland zur kommunistischen Brandstiftung auf

19. April

Konferenz der Alliierten in San Remo

21. April

Adolf Hitler gründet in Rosenheim die erste Ortsgruppe außerhalb Münchens

15. Mai

Die Regierung löst die Freikorps auf

4. Juni

Friedensdiktat von Trianon

6. Juni

Erste Reichstagswahlen (Verluste der „Weimarer Koalition")

21. Juni

Kabinett Fehrenbach

5.—16. Juli

Konferenz in Spa

11. Juli

Deutscher Abstimmungssieg in Ost- und Westpreußen

7./8. August.

Tagung in Salzburg („Deutsche Arbeiterpartei", „Deutsch-Sozialistische Partei" und „Deutsche Nationalsozialistische Partei in den Sudetenländern und Oesterreich")

Die „Deutsche Arbeiterpartei" heißt von jetzt an „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (NSDAP)

August:

Zweiter polnischer Aufstand in Oberschlesien

14. September

Die deutsche Regierung wendet sich vergeblich an General Le Rond (den Vorsitzenden der Interalliierten Regierungskommission) wegen des zweiten polnischen Aufstandes in Oberschlesien

29. September
Adolf Hitler spricht zum erstenmal in Oesterreich
17. Dezember
Adolf Hitler erwirbt für die Bewegung den damals halbwöchentlich erscheinenden „Völkischen Beobachter“
31. Dezember
Herabsetzung der Reichswehr auf 100000 Mann durchgeführt

1921

24.—29. Januar
Konferenz der Alliierten in Paris
3. Februar
Erste Massenversammlung der NSDAP im Zirkus Krone (München) — Adolf Hitler spricht vor 6000 Zuhörern
1.—7. März
Londoner Konferenz
März:
Mitteldeutscher Hölz-Aufstand
15. März
Sanktionen: Ententetruppen besetzen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort
20. März
Deutscher Abstimmungssieg in Oberschlesien
22. März
Entwaffnungsgesetz
23. März
Reichswehrgesetz
April:
Dritter polnischer Aufstand in Oberschlesien
5. Mai
Londoner Ultimatum
10. Mai
Erstes Kabinett Wirth
21. Mai
Erstürmung des Annaberges in Oberschlesien
29. Juli
Adolf Hitler übernimmt die Führung der NSDAP
1. August
Max Amann Geschäftsführer der NSDAP

3. August

Gründung der „Turn- und Sportabteilung" der NSDAP — (später SA)

11. August

Dietrich Eckart Schriftleiter des „Völkischen Beobachters"

26. August

Erzberger von Schulz und Tillessen erschossen — Die Regierung erläßt eine Verordnung „zur Bekämpfung der politischen Verhetzung"

6. Oktober

Wiesbadener Abkommen

11. Oktober

In Zwickau wird (von Pg. Tittmann) die erste außerbayerische Ortsgruppe der NSDAP gegründet

20. Oktober

Trotz des deutschen Abstimmungssieges wird Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen geteilt

22. Oktober

Rücktritt des ersten Kabinetts Wirth

26. Oktober

Zweites Kabinett Wirth

4. November

In blutiger Saalschlacht im Münchener Hofbräuhaussaal schlagen die Nationalsozialisten eine 17fache marxistische Uebermacht in die Flucht — Feuertaufe der SA — Geburtsstunde der Bezeichnung „Sturmabteilung" (SA)

3. Dezember

Note der Reparationskommission fordert die Sicherstellung der im Januar und Februar 1922 fälligen Reparationszahlungen — Deutschland antwortet mit einem Moratoriumsgesuch

1922

6.—14. Januar

Konferenz von Cannes

29./30. Januar

Generalmitgliederversammlung der NSDAP München: Die NSDAP hat 6000 eingeschriebene Mitglieder, damit einen Mitgliederzuwachs um 100 % in einem Jahre

8. März

Gründung des „Jugendbundes der NSDAP" (Vorläufer der Hitlerjugend)

21. März

Die Reparationskommission gewährt einen vorläufigen Zahlungsaufschub — gegen Einführung neuer deutscher Steuern, die der Reichstag sofort beschließt

10.—19. April

Weltwirtschaftskonferenz in Genua

16. April

Vertrag von Rapallo

4. Juni

Attentat auf Scheidemann — Scheidemann leicht verletzt

24.(—27.) Juli

Adolf Hitler im Gefängnis

24. Juni

Rathenau von Kern und Fischer erschossen

25. Juni

Rede des Reichskanzlers Wirth: „Der Feind steht rechts!"

26. Juni

Verordnung zum Schutze der Republik

18. Juli

Der Reichstag beschließt das Republikschutzgesetz

16. August

Adolf Hitler spricht auf dem Königsplatz in München vor 70 000 Zuhörern gegen das Republikschutzgesetz

8. Oktober

Interalliierte Rheinlandkommission verbietet Vollstreckung einer Gefängnisstrafe gegen den Separatistenführer Smeets

11. Oktober

Notverordnung gegen die Devisenspekulation

14./15. Oktober

Deutscher Tag in Koburg — Die SA bricht in blutiger Straßenschlacht den marxistischen Terror

31. Oktober

Beginn der Verhandlungen mit der Reparationskommission in Berlin betr. die Stabilisierung der Mark

4. November

Deutschland fordert zur Stützung der Mark einen internationalen Bankkredit

8. November

Deutschland ersucht um Befreiung von den Reparationsleistungen bis zur Stabilisierung der Mark

13. November

Erneute deutsche Note an die Reparationskommission wegen der katastrophalen deutschen Wirtschaftslage

14. November

Rücktritt des zweiten Kabinetts Wirth

Teuerungsunruhen in Düsseldorf, Aachen, Köln, Mannheim, Braunschweig, Dresden

18. November

Verbot der NSDAP in Preußen — Verbote in Sachsen, Thüringen und Hamburg folgen

22. November

Kabinett Cuno

24. November

Regierungserklärung Cuno

27. November

Frankreich droht mit der Besetzung des Ruhrgebiets

30. November

Fünf Massenversammlungen der NSDAP in München

13. Dezember

Zehn Massenversammlungen der NSDAP in München

16. Dezember

Gründung der Deutschvölkischen Freiheitspartei

20. Dezember

Einstellung der Kriegsbeschuldigtenprozesse

21. Dezember

Poincaré fordert eine „effektive Kontrolle“ über Deutschland

22. Dezember

Eine genaue Aufstellung des Reichshaushaltsplans stellt sich wegen der andauernden Geldentwertung als unmöglich heraus

28. Dezember

Die Reparationskommission stellt fest, daß Deutschland seine Holzlieferungen an Frankreich nicht vollständig geleistet habe und daß dies ein Verstoß gegen den Friedensvertrag sei

1923

2.—4. Januar

Reparationskonferenz in **Paris**

10. Januar

Note Frankreichs und Belgiens an Deutschland

11. Januar

Ruhreinbruch französischer und belgischer Truppen

Aufruf der Reichsregierung

12. Januar

Deutsche Protestnote

15. Januar

Blutige Zusammenstöße mit den Besatzungstruppen in Bochum

16. Januar

Besetzung von Dortmund

19. Januar

Die deutsche Regierung weist die deutschen Beamten im Ruhrgebiet an, den Anordnungen der Besatzungsmächte keine Folge zu leisten

21. Januar

Einstellung der Rheinschiffahrt

24. Januar

Französisches Kriegsgericht verurteilt Fritz Thyssen

26. Januar

Verhängung des Ausnahmezustandes in Bayern

27.—29. Januar

Erster Reichsparteitag der NSDAP in München

27. Januar

Die englischen Kronjuristen erklären die Ruhrbesetzung für eine Verletzung des Friedensvertrages

29. Januar

General Degoutte verhängt den verschärften Belagerungszustand über das Ruhrgebiet

2. Februar

Besetzung von Vohwinkel

Ausweisung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz

4. Februar

Besetzung von Offenburg und Appenweiler (in Baden)

8. Februar

Der „Völkische Beobachter“ wird Tageszeitung

12. Februar

Blutige Zusammenstöße mit den Besatzungstruppen in Gelsenkirchen

Ausweisung des Regierungspräsidenten von Wiesbaden

13. Februar

Besetzung von Wesel und Emmerich

16. Februar
Die Botschafterkonferenz spricht das Memelgebiet Litauen zu
18. Februar
Ausweisung des Regierungspräsidenten von Düsseldorf
22. Februar
Blutige Zusammenstöße mit den Besatzungstruppen in Bochum
23. Februar
Belagerungszustand in Bochum
25. Februar
Besetzung des Gebietes zwischen den Brückenköpfen von Mainz, Koblenz und Köln
27. Februar
Ausweisung der Essener Schutzpolizei
März:
Hermann Göring Kommandeur der gesamten SA
1. März
Errichtung der französisch-belgischen Eisenbahnregie
Wilhelm Brückner Führer des „SA-Regiments München"
3. März
Besetzung der Lokomotivwerkstätten in Mannheim und Darmstadt und des Rheinhafens von Karlsruhe
6. März
Besetzung von Hardenberg
Reichskanzler Cuno protestiert vor dem deutschen Reichstag gegen das französische Vorgehen
10. März
Alfred Rosenberg Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters"
11. März
Blutige Zusammenstöße mit den Besatzungstruppen in Buer
14. März
Der Staatsgerichtshof lehnt die Aufhebung der NSDAP-Verbote einzelner Länder ab
17. März
Attentat auf den Separatistenführer Smeets in Köln
19. März
Die französisch-belgische Eisenbahnregie übernimmt den Betrieb der Eisenbahnen des besetzten Gebiets
20. März
Der Reichstag genehmigt einen Notetat

22. März
Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Preußen

31. März
Blutbad in Essen — Französisches Maschinengewehrfeuer tötet 13 Krupp-Arbeiter

8. April
Sprengung des Emscherkanals bei Henrichenburg

11. April
Die Sozialdemokratie fordert Verhandlungen zur Aufgabe des Ruhrkampfs

12. April
Haftbefehl des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik gegen Dietrich Eckart
Die Franzosen beschlagnahmen in Mülheim (Ruhr) Reichsbanknoten und Druckplatten für Reichsbanknoten

13. April
Ausweisung von 1400 Eisenbahnern des Rheinlands

17. April
Dollarstand: 21500 Mark
Ausweisung des deutschen Reichskommissars für die besetzten Gebiete

18. April
Dollarstand: 25000 Mark

18./19. April
Kommunistischer Aufstand in Mülheim (Ruhr)

19. April
Dollarstand: 29500 Mark — Der Versuch der Reichsbank, den Marksturz aufzuhalten, ist gescheitert — Der Marksturz hält an

1. Mai
Aufmarsch der „Arbeitsgemeinschaft vaterländischer Kampfverbände" in Oberwiesenfeld bei München

2. Mai
Deutsches Angebot an die Alliierten betr. Beilegung des Ruhrkampfs

6. Mai
Frankreich und Belgien lehnen das deutsche Angebot ab

8. Mai
Krupp vom französischen Kriegsgericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt

12. Mai
Neue Verordnung gegen die Devisenspekulation
Auflösung der proletarischen Hundertschaften in Preußen

19. Mai

Mißglückter Separatistenputsch in Trier

19.—25. Mai

Kommunistische Aufstände in Dortmund und Gelsenkirchen

26. Mai

Erschießung Albert Leo Schlageters in der Golzheimer Heide bei Düsseldorf

29. Mai

Reichstagsausschuß betr. den Marksturz tritt zusammen

7. Juni

Deutschland bietet Pfänder an zur Beilegung des Ruhrkampfs

Sozialdemokratische Interpellationen betr. die Inflation

10. Juni

Belagerungszustand in Dortmund

20. Juni

Die Arbeitslosenzahl überschreitet die erste halbe Million

30. Juni

Sprengstoffattentat auf der Duisburger Rheinbrücke

15. Juli

Deutsches Turnfest in München

24. Juli

Abermalige Teuerungsunruhen (in Frankfurt a. M., Eisleben usw.)

2. August

Frankreich lehnt englische Vermittlung im Ruhrkampf ab

10. August

Notverordnung gegen Zeitungen, die zur „gewaltsamen Aenderung der Verfassung" auffordern

11. August

Reichskanzler Cuno teilt im Reichstag eine Bilanz des Ruhrkampfes mit

England nimmt Stellung gegen das französische Ruhrunternehmen

Sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Cuno

12. August

Rücktritt des Kabinetts Cuno

Belagerungszustand über Hamburg

13. August

Erstes Kabinett Stresemann — Der Jude Hilferding wird Finanzminister

14. August

Programmrede Stresemanns

1./2. September

„Deutscher Tag“ in Nürnberg

Gründung des „Deutschen Kampfbundes“

2. September

Deutschland bietet „produktive Pfänder“ zur Beilegung des Ruhrkampfes an

6. September

Zusammentritt des Währungsausschusses des Reichswirtschaftsrats

10. September

Das Reichskabinett beschließt die Schaffung einer Goldnotenbank

23./24. September

Separatistendemonstrationen in Köln, Aachen, Wiesbaden und Trier

25. September

Adolf Hitler übernimmt die politische Führung des „Deutschen Kampfbundes“

26. September

Abbruch des „passiven Widerstandes“

Dr. von Kahr bayerischer Generalstaatskommissar — Ausnahmezustand in Bayern — Verbot von 14 nationalsozialistischen Versammlungen in München

27. September

Reichspräsident Ebert verhängt den Ausnahmezustand über das ganze Reich und überträgt die vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister

29. September

Kahr setzt das Republikschutzgesetz für Bayern außer Kraft

30. September

„Deutscher Tag“ in Bayreuth

Blutige Separatistendemonstration in Düsseldorf

1. Oktober

Küstriner Putsch

6. Oktober

Zweites Kabinett Stresemann

7. Oktober

Kongreß der thüringischen Betriebsräte beschließt Mobilisierung der Arbeiterschaft und Aufstellung proletarischer Hundertschaften

10. Oktober

In Sachsen wird unter Dr. Zeigner ein völlig rotes (nur aus KPD und SPD bestehendes) Kabinett gebildet

13. Oktober

Annahme des „Ermächtigungsgesetzes"

Konflikt der sächsischen Regierung mit der Reichswehr

16. Oktober

Gründung der Rentenbank

Bildung einer ausschließlich roten Regierung (nur aus KPD und SPD bestehend) in Thüringen

18. Oktober

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner denunziert der Entente in öffentlicher Rede die „Schwarze Reichswehr"

21. Oktober

Die Reichswehr rückt in Sachsen ein

Beginn der Separatistenaufstände in der belgischen Besatzungszone

22.—24. Oktober

Kommunistischer Aufstand in Hamburg

22. Oktober

Beginn der Separatistenaufstände in der französischen Besatzungszone

Die bayerische Regierung nimmt die Reichswehr Bayerns „in Pflicht"

23. Oktober

Marxistische Führer leiten die Loslösung der Pfalz vom Reiche in die Wege

27. Oktober

Die Reichsregierung ersucht die bayerische Regierung, den „verfassungsmäßigen Zustand" wiederherzustellen — Kahr antwortet ablehnend

29. Oktober

Proklamation der „Vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik"

Absetzung der sächsischen Regierung

31. Oktober

Neuwahl eines sächsischen Ministerpräsidenten

2\. November

Die sozialdemokratischen Minister scheiden aus dem Kabinett Stresemann aus

5\. November

Separatistenbanden dringen in die Pfalz ein

Die Reichswehr rückt in Thüringen ein

8\. November

Adolf Hitler ruft in München die nationale Revolution aus — Bildung der provisorischen „Deutschen Nationalregierung" — Verrat von Kahr, Lossow und Seißer

9\. November

Nationalsozialistischer Demonstrationsmarsch durch München — Blutbad an der Feldherrnhalle — Zusammenbruch der ersten nationalsozialistischen Erhebung — Verbot der NSDAP in Bayern

General von Seeckt erhält den Oberbefehl über die Reichswehr und die vollziehende Gewalt im Reiche

11\. November

Verhaftung Adolf Hitlers

Rücktritt der kommunistischen Minister Thüringens

12\. November

Ausrufung der „Pfälzischen Republik im Verbande der Rheinischen Republik"

15./16. November

Deutsche Bauern vernichten eine separatistische Bande bei Aegidienberg (im Siebengebirge)

15\. November

Ausgabe der Rentenmark

16\. November

Stillegung der Notenpresse — Eine Billion Papiermark sind jetzt gleich einer Goldmark

17\. November

Vergeblicher deutscher Protest in Paris (gegen die Unterstützung des Separatismus)

23\. November

Verbot der NSDAP im gesamten Reichsgebiet

Sturz des Kabinetts Stresemann

Poincaré verteidigt in einer Kammerrede die französische Stellungnahme zum Separatismus

30\. November

Erstes Kabinett Marx

22. Dezember
Reichswährungskommissar Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten ernannt
30. Dezember
Dietrich Eckart †

1924

4. Januar
Föderalistische Denkschrift Bayerns an die Reichsregierung
9. Januar
Der Separatistenführer Heinz-Orbis in Speyer erschossen
10. Februar
Landtagswahlen in Thüringen: 7 völkische Abgeordnete
Bürgerschaftswahlen in Lübeck: 6 völkische Abgeordnete
12. Februar
Erstürmung des von Separatisten besetzten Bezirksamts in Pirmasens
14. Februar
Dritte Steuernotverordnung (Aufwertung auf 15%)
17. Februar
Ende des Separatismus
Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin: 13 völkische Abgeordnete
18. Februar
Beilegung des Konflikts zwischen Bayern und dem Reich
22. Februar
Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
26. Februar
Beginn des „Hitlerprozesses" in München
26. März
Erhöhung der Aufwertung in bestimmten Fällen auf 25%
27. März
Adolf Hitlers Schlußwort im „Hitlerprozeß"
1. April
Urteilsverkündung im „Hitlerprozeß" — Ueberführung Adolf Hitlers nach der Festung Landsberg
6. April
Landtagswahlen in Bayern: 23 völkische Abgeordnete
9. April
Bericht des Sachverständigenausschusses über die deutschen Reparationen (Dawes-Gutachten)

16. April

Die Reichsregierung erklärt ihr Einverständnis zur Mitarbeit auf der Grundlage des Dawes-Gutachtens

23. April

Dr. Helfferich †

28. April

Verurteilung von 40 Mitgliedern des „Stoßtrupps Hitler"

3. Mai

Polizeiliche Durchsuchung des Gebäudes der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin und Verhaftung von 7 Angestellten

4. Mai

Reichstagswahlen: 32 völkische Abgeordnete (darunter 9 Nationalsozialisten)

Landtagswahlen in Württemberg: 3 völkische Abgeordnete

14. Mai

Erhöhung der Aufwertung in weiteren Einzelfällen auf 25%

30. Mai

Gründung des „Frontbanns"

3. Juni

Zweites Kabinett Marx

22. Juni

Landtagswahlen in Anhalt: 2 völkische Abgeordnete

16. Juli

Beginn der Londoner Konferenz (betr. den Dawes-Plan)

27. Juli

Beschluß der Londoner Konferenz, Deutschland zur Teilnahme aufzufordern

29. Juli

Beilegung des deutsch-russischen Konflikts

5. August

Deutschlands Vertreter erscheinen auf der Londoner Konferenz (betr. den Dawes-Plan)

16. August

Schluß der Londoner Konferenz (betr. den Dawes-Plan)

16./17. August

Parteitag der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung" in Weimar

29. August

Annahme der Dawesgesetze im Reichstag

30. August

Unterzeichnung des Londoner Protokolls (Dawes-Plan)

1. September
Der Dawes-Plan tritt in Kraft
23. September
Das Reichskabinett beschließt, den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anzustreben
29. September
Memorandum Deutschlands an die Alliierten betr. seinen Eintritt in den Völkerbund
20. Oktober
Reichstagsauflösung
26. Oktober
Bürgerschaftswahlen in Hamburg: 3 völkische Abgeordnete
9. November
Landtagswahlen in Anhalt: 1 völkischer Abgeordneter
7. Dezember
Reichstagswahlen: 14 völkische Abgeordnete (darunter 4 Nationalsozialisten)
Landtagswahlen in Preußen: 11 völkische Abgeordnete
Landtagswahlen in Hessen: 1 völkischer Abgeordneter
Landtagswahlen in Braunschweig: 1 völkischer Abgeordneter
Bürgerschaftswahlen in Bremen: 4 völkische Abgeordnete
9.—23. Dezember
Magdeburger Prozeß (Ebert gegen Rothardt)
15. Dezember
Rücktritt des zweiten Kabinetts Marx
20. Dezember
Adolf Hitler aus der Festungshaft entlassen
23. Dezember
Urteil im Magdeburger Prozeß (das Gericht bestätigt Eberts Landesverrat)

1925

9. Januar
Rücktritt des Reichspostministers Dr. Hoefle wegen Beteiligung am Barmat-Skandal
15. Januar
Erstes Kabinett Luther
12. Februar
Die „Reichsführerschaft" der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung" tritt zurück
17. Februar
Von Graefe gründet erneut die Deutschvölkische Freiheitspartei

26. Februar

Der „Völkische Beobachter“ erscheint zum ersten Male seit dem Verbot: Veröffentlichung von Adolf Hitlers „Grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP“

27. Februar

Neugründung der NSDAP durch Adolf Hitler

28. Februar

Ebert †

9. März

Bayerisches Redeverbot gegen Adolf Hitler — Preußen und die meisten anderen Länder schließen sich diesem Verbot an

14. März

Antwort des Völkerbundsrats auf das Memorandum Deutschlands betr. seine Aufnahme in den Völkerbund

29. März

Erster Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl 210968 Stimmen für den Kandidaten der NSDAP, General Ludendorff

26. April

Hindenburgwahl: Beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl wird Hindenburg mit 14½ Millionen Stimmen gewählt

1. Mai

Röhm legt die Führung von SA und Frontbann nieder

11. Mai

Hindenburg zieht als Reichspräsident in Berlin ein

12. Mai

Hindenburgs Vereidigung und Amtsantritt

24. Juni

Neue Parteigeschäftsstelle der NSDAP (München, Schellingstr. 50)

18. Juli

Der erste Band von Adolf Hitlers Werk „Mein Kampf“ erscheint

25. August

Das Ruhrgebiet und das auf dem Wege von Sanktionen 1921 besetzte Gebiet von französischen Truppen restlos geräumt

5.—16. Oktober

Konferenz von Locarno

16. Oktober
Locarno-Pakt
25. Oktober
Rücktritt der deutschnationalen Reichsminister
9. November
Gründung der Schutzstaffeln (SS)
27. November
Annahme des Locarno-Pakts im Reichstag
30. November
Die Alliierten beginnen mit der Räumung der ersten Zone (Kölner Zone)
1. Dezember
Unterzeichnung des Locarno-Pakts
5. Dezember
Rücktritt des ersten Kabinetts Luther
31. Dezember
27117 eingeschriebene Mitglieder der NSDAP

1926

20. Januar
Zweites Kabinett Luther
26. Januar
Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (unter Pg. Tempel)
1. Februar
Die erste Zone (Kölner Zone) von den Alliierten geräumt
8. Februar
Deutscher Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund
14. Februar
Nationalsozialistische Führertagung in Bamberg
1. März
Gründung des nationalsozialistischen „Kampf-Verlages" in Berlin
4.—17. März
Volksbegehren zur Fürstenenteignung
8. März
Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund zunächst gescheitert
19. März
Adolf Hitlers „Offene Antwort an Herrn von Graefe"

24. April
Deutsch-russisches Freundschaftsabkommen
5. Mai
Flaggenverordnung
11. Mai
Die Hitlertreuen österreichischen Nationalsozialisten unterstellen sich der Führung Adolf Hitlers
12. Mai
Rücktritt des zweiten Kabinetts Luther
17. Mai
Drittes Kabinett Marx
22. Mai
Generalmitgliederversammlung der NSDAP — Neue Satzungen des „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins" — Beschluß: Das Programm ist unabänderlich
3./4. Juli
Zweiter Reichsparteitag der NSDAP in Weimar — Gründung der „Hitlerjugend" (unter Pg. Gruber)
August:
Nationalsozialistische Tagung in Passau — Gründung der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs (Hitlerbewegung)"
10. September
Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund
17. September
Gespräch von Thoiry
27. September
Der französische Unterleutnant Rouzier schießt in Germersheim auf deutsche Bewohner, von denen einer getötet und zwei verwundet werden
31. Oktober
Sächsische Landtagswahlen: 2 nationalsozialistische Abgeordnete von 96
9. Dezember
Stresemann erhält den Nobelpreis
11. Dezember
Der zweite Band von Adolf Hitlers Werk „Mein Kampf" erscheint
17. Dezember
Rücktritt des dritten Kabinetts Marx
31. Dezember
49523 eingeschriebene Mitglieder der NSDAP

1927

29. Januar
Viertes Kabinett Marx

30. Januar
Thüringische Landtagswahlen: 2 nationalsozialistische Abgeordnete von 56

31. Januar
Interalliierte Militärkontrollkommission aus Deutschland zurückgezogen

1. Februar
Redeverbot gegen Adolf Hitler in Sachsen aufgehoben

11. Februar
Pharus-Schlacht im Berliner Norden

15. Februar
Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten scheiden aus der „Völkischen Arbeitsgemeinschaft" aus

5. März
Redeverbot gegen Adolf Hitler in Bayern aufgehoben

1. Mai
Adolf Hitler spricht zum ersten Male in Berlin (in geschlossener Mitgliederversammlung im „Clou")

4. Mai
Verbote der NSDAP in Köln und Neuwied

5. Mai
Verbot der NSDAP in Berlin

17. Mai
Verlängerung des Republikschutzgesetzes

13.—17. Juni
Tagung des Völkerbundsrates in Genf

4. Juli
„Der Angriff" erscheint erstmalig in Berlin

19.—21. August
Dritter Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg — Gründung des „Kampfbundes für deutsche Kultur" (unter Pg. Rosenberg)

18. September
Hindenburg wendet sich bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals gegen die Kriegsschuldlüge

9. Oktober
Bürgerschaftswahlen in Hamburg: 2 nationalsozialistische Abgeordnete von 160

21. Oktober
Warnendes Memorandum des Reparationsagenten an Deutschland

27. November
Landtagswahlen in Braunschweig: 1 nationalsozialistischer Abgeordneter von 48

30. November
Die Studentenschaft lehnt das neue Studentenrecht des preußischen Kultusministers Dr. Becker ab

31. Dezember
72590 eingeschriebene Mitglieder der NSDAP

1928

2. Januar
Eingliederung des „Völkischen Frauenordens" in die NSDAP als „Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz" (unter Pgn. Elsbeth Zander)
Pg. Buch Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der NSDAP

6. Januar
Gründung des „Bundes zur Erneuerung des Reiches" unter Dr. Luther

16.—18. Januar
Länderkonferenz in Berlin zur Beratung einer Reichsreform

19. Januar
General Groener Reichswehrminister

19. Februar
Bürgerschaftswahlen in Hamburg: 3 nationalsozialistische Abgeordnete von 160

31. März
Reichstagsauflösung
Aufhebung des Verbots der Berliner NSDAP

13. April
Parteiamtliche Erläuterung zu Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP
Amerikanischer Kriegsverzichtsvertragsentwurf (Kellogg-Pakt)

27. April
Deutschland stimmt dem Kellogg-Pakt zu

20. Mai
Reichstagswahlen: 12 nationalsozialistische Abgeordnete von 491
Landtagswahlen in Preußen: 6 nationalsozialistische Abgeordnete von 450
Landtagswahlen in Bayern: 9 nationalsozialistische Abgeordnete von 129
Landtagswahlen in Württemberg: kein nationalsozialistischer Abgeordneter
Landtagswahlen in Oldenburg: 3 nationalsozialistische Abgeordnete von 48
Landtagswahlen in Anhalt: 1 nationalsozialistischer Abgeordneter von 36

7. Juni
Der Reparationsagent fordert endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen

28. Juni
Zweites Kabinett Hermann Müller

Juli:
Pg. von Schirach Reichsführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes

27. August
Unterzeichnung des Kellogg-Pakts

16. September
Einigung zwischen England, Frankreich, Italien, Japan, Belgien und Deutschland über die Einberufung einer Sachverständigenkonferenz

22. September
Ankündigung eines Stahlhelm-Volksbegehrens auf Verfassungsänderung

28. September
Aufhebung des preußischen Redeverbots gegen Adolf Hitler

30. September
Erste Sportpalastversammlung der NSDAP in Berlin (Dr. Goebbels spricht)

1. Oktober
Neue Gaueinteilung der NSDAP (im wesentlichen den Reichstagswahlkreisen entsprechend)

11. Oktober
Gründung des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen unter Pg. Dr. Frank

16. Oktober
Kommunistisches Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau gescheitert

20.—22. Oktober
Deutschnationaler Parteitag: Hugenberg zum Vorsitzenden der DNVP gewählt

25. Oktober
Verhandlungen über die Aufgaben der einzusetzenden Sachverständigenkonferenz (betr. den künftigen Young-Plan)

14. November
Drohende Regierungskrise wegen der Panzerkreuzerfrage

16. November
Adolf Hitler spricht zum ersten Male im Berliner Sportpalast

31. Dezember
108717 eingeschriebene Mitglieder der NSDAP

1929

1. Januar
Optimistischer „4. Jahresbericht" des Reparationsagenten
Umwandlung der SA-Versicherung in ein Parteiunternehmen

6. Januar
Pg. Himmler Reichsführer SS

9. Januar
Ernennung der deutschen Delegierten zur Sachverständigenkonferenz (Schacht und Vögler, als Vertreter Melchior und Kastl)

11. Januar
Beginn der Sachverständigenkonferenz in Paris (Präsident: Young)

6. Februar
Der Reichstag nimmt den Kellogg-Pakt an
Austritt des Zentrums aus dem Reichskabinett

15. Februar
Steigende Arbeitslosigkeit: 2,3 Millionen Hauptunterstützungsempfänger

25. Februar
Dr. Schacht kennzeichnet vor der Sachverständigenkonferenz die deutsche Wirtschaftslage

26. Februar
Vergeblicher Appell Stresemanns an die Fraktionen zur Ueberwindung der „Krise des Parlamentarismus“

7. März
Blutnacht von Wöhrden (zwei Nationalsozialisten von Kommunisten ermordet)

25. März
Veröffentlichung des warnenden Hugenberg-Briefes nach Amerika

28. März
Gründung der SA-Reserve

1. April
Schaffung der Zeugmeistereien für die Uniformierung der SA

13. April
Wiedereintritt des Zentrums in das Reichskabinett

15. April
Dr. Schacht überreicht bei der Sachverständigenkonferenz ein Memorandum mit deutschen Gegenvorschlägen

24. April
Infolge Kassenschwierigkeiten muß das Reich bei den Großbanken einen Dreimonatskredit aufnehmen
Sitzung des Transferkomitees über die Gefährdung der deutschen Währung

1. Mai
Beginn mehrtägiger blutiger kommunistischer Unruhen in Berlin

6. Mai
Verbot des „Roten Frontkämpferbundes“ in Preußen — Die anderen Länder schließen sich dem Verbot an

12. Mai
Landtagswahlen in Sachsen: 5 nationalsozialistische Abgeordnete von 96

22. Mai
Rücktritt des deutschen Delegierten (auf der Sachverständigenkonferenz) Dr. Vögler

23. Mai
Die Bombenattentate in Schleswig-Holstein setzen ein

28. Mai
Der Sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg geht über alle Anträge zur „Panzerkreuzerfrage“ zur Tagesordnung über, beschließt aber wehrfeindliche „Richtlinien zur Wehrpolitik“

31. Mai

Einigung über den Young-Plan auf der Sachverständigen-konferenz

7. Juni

Unterzeichnung des Young-Plans durch die Delegierten der Sachverständigenkonferenz

23. Juni

Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin: 2 nationalsozialistische Abgeordnete von 51

Vorläufige Stadtratswahlen in Koburg: 13 nationalsozialistische Stadträte von 25 (die NSDAP erringt zum ersten Male die absolute Mehrheit in einer deutschen Stadt!)

27. Juni

Der Reichstag lehnt die Verlängerung des Republikschutzgesetzes ab

9. Juli

Gründung des „Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren" (gegen den Young-Plan)

12. Juli

Der „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" veröffentlicht den Entwurf eines „Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" („Freiheitsgesetz")

1. August

Bauernunruhen in Neumünster

1.—4. August

Vierter Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg — Gründung des „Nationalsozialistischen Deutschen Aerztebundes" — Ausdehnung des „Nationalsozialistischen Lehrerbundes" (unter Pg. Schemm) auf das ganze Reich

6. August

Beginn der Haager Konferenz über den Young-Plan

10. August

Verhaftungen wegen der Bombenattentate in Schleswig-Holstein und Nordwestdeutschland

31. August

Unterzeichnung des Haager Schlußprotokolls

26. September

Verhaftung der jüdischen Gebrüder Sklarek (Sklarek-Skandal)

3. Oktober

Dr. Gustav Stresemann †

16. Oktober

Reichsinnenminister Severing erklärt, daß die Regierung die Beamten, die sich am Volksbegehren gegen den Young-Plan beteiligen, nicht vor disziplinarischer Verfolgung schützen werde

27. Oktober

Landtagswahlen in Baden: 6 nationalsozialistische Abgeordnete von 88

10. November

Bürgerschaftswahlen in Lübeck: 6 nationalsozialistische Sitze von 80

25. November

Das Volksbegehren gegen den Young-Plan schließt mit 4135300 Eintragungen (10,02 % aller Stimmberechtigten) ab und ist somit erfolgreich

1. Dezember

Befreiungsfeiern wegen der jetzt abgeschlossenen Räumung der zweiten Zone des besetzten Rheinlands

4. Dezember

Reichsinnenminister Severing legt dem Reichstag ein neues Republikschutzgesetz vor

5. Dezember

Memorandum des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegen die Verfälschung des Young-Plans

8. Dezember

Landtagswahlen in Thüringen: 6 nationalsozialistische Abgeordnete von 53

Endgültige Stadtratswahlen in Koburg: 13 nationalsozialistische Stadträte von 25

10. Dezember

Hilferdings Finanzprogramm den Fraktionsführern vorgelegt

12. Dezember

Reichskanzler Müller vertritt im Reichstag das Finanzprogramm Hilferdings — Schacht gegen Hilferding

19. Dezember

Schacht dringt mit seinen Forderungen im Reichstag durch

21. Dezember

Hilferdings Rücktritt

22. Dezember

Der Volksentscheid gegen den Young-Plan erreicht 5825082 Stimmen (13,81 % aller Stimmberechtigten) und ist damit gescheitert

31. Dezember

176426 eingeschriebene Mitglieder der NSDAP

1930

3. Januar

Beginn der Haager Schlußkonferenz (über den Young-Plan)

14. Januar

Mordüberfall auf den Berliner SA-Sturmführer Horst Wessel

20. Januar

Unterzeichnung des Haager Schlußprotokolls und des „Neuen Plans“ (Young-Plan) im Haag

23. Januar

Pg. Dr. Frick Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen (Der erste nationalsozialistische Länderminister!)

11. Februar

Erste Lesung der Young-Gesetze im Reichstag

23. Februar

Horst Wessel †

6. März

Erlaß des Reichswehrministers Groener gegen nationalsozialistische Zellenbildung in der Reichswehr

Parteiamtliche Kundgebung über die Stellung der NSDAP zum Landvolk und zur Landwirtschaft

7. März

Dr. Schacht tritt als Reichsbankpräsident zurück

11. März

Annahme der Young-Gesetze im Reichstag

13. März

Unterzeichnung des Young-Plans durch den Reichspräsidenten

18. März

Reichsinnenminister Severing bricht die Beziehungen zu Thüringen ab

Der Reichstag beschließt ein neues Republikschutzgesetz

20. März

Reichsinnenminister Severing sperrt die Zahlung der Reichsgelder an Thüringen

27. März

Rücktritt des Kabinetts Müller

30. März

Erstes Kabinett Brüning

1. April

Gründung des „Nationalsozialistischen Automobilkorps"
Gründung der SA-Motor-Trupps

10. April

Beilegung des Konflikts zwischen dem Reich und Thüringen

17. April

Aufhebung der Zahlungssperre betr. Reichsgelder für Thüringen

17. Mai

Dr. Frick veranlaßt die Besetzung der Posten des Weimarer Polizeidirektors und des Leiters der thüringischen Landeskriminalpolizei mit Nationalsozialisten

Der französische Ministerpräsident Tardieu befiehlt die Räumung der dritten Rheinland-Zone

Briand veröffentlicht seine Denkschrift über die „Vereinigten Staaten von Europa"

1. Juni

Adolf Hitler beauftragt Pg. Darré mit der Organisierung des Bauerntums im Rahmen der NSDAP — Anfänge des „Agrarpolitischen Apparates der NSDAP"

2. Juni

Uniformverbot in Berlin (kurz vorher bereits in Bayern)

5. Juni

Reichsinnenminister Dr. Wirth sperrt die Polizeizuschüsse an Thüringen

Die Reichsregierung beschließt das sogenannte „Zwei-Milliarden-Programm"

11. Juni

Braunhemdenverbot in Preußen

17. Juni

Der Reichstag beschließt aus Anlaß der Rheinlandräumung eine politische Amnestie

22. Juni

Landtagswahlen in Sachsen: 14 nationalsozialistische Abgeordnete von 96

30. Juni

Räumung der dritten Zone — Das Rheinland von Besatzungstruppen frei

3. Juli

Preußen verbietet seinen Beamten die Zugehörigkeit zur NSDAP und zur KPD

4. Juli
Otto-Strasser-Revolte — Gründung der „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten“ (später „Schwarze Front“)
5. Juli
Die NSDAP erwirbt das Haus Brienner Straße 45 in München und beginnt mit der Schaffung des „Braunen Hauses“
10. Juli
Der Reichsrat erhebt Einspruch gegen die vom Reichstag beschlossene politische Amnestie
11. Juli
Der Staatsgerichtshof in Leipzig bezeichnet drei der von Frick in Thüringen eingeführten Schulgebete als verfassungswidrig
15. Juli
Deutschland stimmt der französischen Denkschrift über die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu
16. Juli
Zwei Steuernotverordnungen Brünings — Beginn der „Notverordnungsdiktatur“
Ablehnung der politischen Amnestie im Reichstag
18. Juli
Der Reichstag verlangt Aufhebung der Notverordnungen
Der Reichspräsident löst den Reichstag auf
23. Juli
Gründung der „Konservativen Volkspartei“
26. Juli
Weitere Notverordnungen (betr. Arbeitslosenversicherung, Bürgersteuer, Krankenschein, Osthilfe usw.)
27. Juli
Gründung der „Deutschen Staatspartei“
28. August
„Richtlinien für die Finanzreform“
1. September
Umbenennung der SA-Versicherung in „Hilfskasse der NSDAP“
2. September
Adolf Hitler übernimmt selbst die Oberste SA-Führung
5. September
Denkschrift der Reichsregierung über die Staatsfeindlichkeit der NSDAP (aus Anlaß des Prozesses zwischen Thüringen und dem Reich vor dem Staatsgerichtshof wegen der Polizeizuschüsse)

10. September
Aufruf Adolf Hitlers zur Reichstagswahl

14. September
Reichstagswahlen: 107 nationalsozialistische Abgeordnete von 577
Landtagswahlen in Braunschweig: 9 nationalsozialistische Abgeordnete von 40

16. September
Reichsaußenminister Curtius erklärt in Genf, daß die deutsche Außenpolitik unverändert bleibe

23. September
Beginn des Reichswehrprozesses vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig

25. September
Adolf Hitlers Aussage im Leipziger Reichswehrprozeß (Legalität der NSDAP)

1. Oktober
Pg. Dr. Franzen Innenminister in Braunschweig (Zweiter nationalsozialistischer Länderminister)
Reichskanzler Brüning veröffentlicht seinen Sanierungsplan (Ueberbrückungskredit, Einsparungen, Kürzung der Beamtengehälter usw).

7. Oktober
Austritt des Jungdeutschen Ordens aus der Deutschen Staatspartei

13. Oktober
Zusammentritt des neuen Reichstags: Die 107 nationalsozialistischen Abgeordneten ziehen im Braunhemd ein

15. Oktober
Berliner Metallarbeiterstreik — Unterstützung durch die NSDAP

22. Oktober
Severing Preußischer Innenminister

26. Oktober
Adolf Hitler antwortet im „Völkischen Beobachter" auf die Anfrage des französischen Politikers Hervé über seine Stellung zu einem deutsch-französischen Militärbündnis

29. Oktober
Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags lehnt den nationalsozialistischen Antrag auf Aufhebung des Versailler Diktats und der Tributverträge ab

4. November

Grzesinski Berliner Polizeipräsident

15. November

3 484 000 Arbeitslose

16. November

Volkstagswahlen in Danzig: 12 nationalsozialistische Abgeordnete von 72

30. November

Bürgerschaftswahlen in Bremen: 32 nationalsozialistische Abgeordnete von 120

1. Dezember

3 762 000 Arbeitslose

Notverordnung „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen"

5. Dezember

Nationalsozialistische Protestdemonstrationen in Berlin gegen den Film „Im Westen nichts Neues"

15. Dezember

3 977 000 Arbeitslose

22. Dezember

Das Reich muß mit Thüringen vor dem Staatsgerichtshof einen Vergleich abschließen und hebt die Sperrung der Polizeizuschüsse wieder auf

31. Dezember

389 000 eingeschriebene Mitglieder der NSDAP

1931

1. Januar

4 357 000 Arbeitslose

Gründung der Wirtschaftspolitischen Abteilung bei der Reichsleitung der NSDAP

Erstmaliges Erscheinen der „Brennessel"

2. Januar

Streiks und blutige Unruhen im Ruhrkohlenbergbau

4. Januar

Erwerbslosenkundgebungen gegen Reichskanzler Brüning bei seiner Ostpreußenreise

5. Januar

Röhm Chef des Stabes der SA

12. Januar

Besprechung im Reichsarbeitsministerium über die Möglichkeit eines Arbeitsdienstes (ablehnendes Ergebnis)

15. Januar

4 765 000 Arbeitslose

Gründung der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (NSBO) bei der Reichsleitung der NSDAP

16. Januar

Reichsbannerkundgebungen mit der Parole „Marschbereit zum 22. Februar“

Nationalsozialistischer Bürgerschaftspräsident in Bremen gewählt

1. Februar

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski kündigt die Schließung von SA-Lokalen an

7. Februar

Ablehnung des nationalsozialistischen Mißtrauensantrags gegen Brüning

9. Februar

Nationalsozialistische Bauerntagung in Weimar

Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags (zur Entrechtung der Opposition)

10. Februar

Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag

12. Februar

Erklärung der bayerischen Bischöfe gegen den Nationalsozialismus

15. Februar

4991000 Arbeitslose

16. Februar

Aufruf Adolf Hitlers an die NSDAP (gegen Provokateure)

25. Februar

Kommunistischer „Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit“ — Blutige Unruhen in zahlreichen Gegenden des Reiches

7. März

Erklärung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz gegen den Nationalsozialismus

25. März

Verabschiedung des Reichshaushaltsplans

26. März

Vertagung des Reichstags bis zum 16. Oktober 1931

13. Juli

Der Bankenkrach — Die Danatbank stellt die Zahlungen ein — Schwierigkeiten der Dresdner Bank — Ansturm auf die Schalter aller Banken und Sparkassen — Die Reichsregierung verordnet zwei Bankfeiertage (14. und 15. Juli 1931)

15. Juli

Wiederaufnahme des Bankverkehrs in beschränktem Umfange

Reichsbankhilfe für die Banken — Herabsetzung der Notendeckung

3956000 Arbeitslose

Kommunistischer „Reichserwerbslosentag" — Blutige Zusammenstöße in allen Teilen des Reiches

Deutscher Studententag in Graz — Absolute nationalsozialistische Mehrheit — Wahl eines nationalsozialistischen Ersten Vorsitzers der Deutschen Studentenschaft

17. Juli

Auf Wunsch Brünings lehnt der Aeltestenrat des Reichstags einen erneuten nationalsozialistischen Antrag auf Reichstagseinberufung wiederum ab

„Notverordnung gegen Ausschreitungen in der Presse" (betr. Zwangsauflagen und Zeitungsverbote)

20. Juli

Beginn der Londoner Konferenz (betr. die deutsche Krise)

21. Juli

„Notverordnung gegen Ausschreitungen in der Presse" (betr. Hoover-Plan)

23. Juli

Die Londoner Konferenz verlängert den der Reichsbank gegebenen Kredit (420 Millionen)

1. August

Kommunistischer Antikriegstag — Blutige Unruhen in Berlin

Hilfe des Reiches für die Dresdner Bank durch Beteiligung mit 300 Millionen

Reichspressestelle der NSDAP gegründet

9. August

Mißerfolg des (vom Stahlhelm angeregten) Volksentscheids zur Auflösung des Preußischen Landtags: nur 36,9% stimmen mit „Ja"

Kommunisten erschießen zwei Polizeioffiziere vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin

11. August

Unterzeichnung des Londoner Schlußprotokolls nach der Tagung des Sachverständigen-Ausschusses des Hoover-Plans

30. August

Der hessische Gauleiter der NSDAP, Peter Gemeinder, nach einer Rede in Mainz einem Herzschlag erlegen (Die katholischen Kirchenbehörden verweigerten ihm das kirchliche Begräbnis, weil er führender Nationalsozialist war)

5. September

Urteil des Internationalen Gerichtshofs im Haag gegen die deutsch-österreichische Zoll-Union

12. September

Preußische Sparnotverordnung (Kürzung der Beamtengehälter)

Zusammenstöße zwischen SA-Männern und Juden auf dem Berliner Kurfürstendamm (jüdisches Neujahrsfest)

15. September

Pg. Klagges Innen- und Volksbildungsminister in Braunschweig

19. September

Amnestie für Steuerhinterziehungen (unter bestimmten Auflagen)

27. September

Bürgerschaftswahlen in Hamburg: 43 nationalsozialistische Abgeordnete von 160

1. Oktober

Kürzung der Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung.

Gründung der NS-Frauenschaft

7. Oktober

4 350 000 Arbeitslose

Rücktritt des ersten Kabinetts Brüning

9. Oktober

Zweites Kabinett Brüning

10. Oktober

Adolf Hitler zum erstenmal bei Hindenburg

Der Berliner Polizeipräsident schließt SA-Heime

11. Oktober

Tagung der „Nationalen Opposition“ (NSDAP, DNVP, Stahlhelm) in Harzburg — Kampfansage gegen die Regierung Brüning

16. Oktober

Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning (mit 295 gegen 270 Stimmen) abgelehnt — Ablehnung der Reichstagsauflösung und der Aufhebung der Notverordnungen — Vertagung des Reichstags bis zum 23. Februar 1932

17./18. Oktober

Aufmarsch der SA-Gruppe Nord mit 104 000 Mann in Braunschweig

23. Oktober

Pg. Dr. Backhaus Präsident der Bremischen Bürgerschaft

30. Oktober

Pg. von Schirach Reichsjugendführer der NSDAP

3. November

Demonstrationsverbot in Preußen

10. November

4 620 000 Arbeitslose

15. November

4 844 000 Arbeitslose

Landtagswahlen in Hessen: 27 nationalsozialistische Abgeordnete von 70

25. November

„Entdeckung" der „Boxheimer Dokumente"

Dezember:

Pg. Alfred Rosenberg in London

4. Dezember

Hitler-Interview vor den ausländischen Pressevertretern (im „Kaiserhof")

8. Dezember

„Vierte Notverordnung" (Lohn- und Preissenkung, Uniformverbot, „Weihnachtsfrieden" usw.)

Rundfunkrede Brünings gegen die „Nebenregierung Hitler"

11. Dezember

Die Reichsregierung verbietet die vorgesehene Uebertragung einer Hitlerrede nach Amerika

14. Dezember

Offener Brief Adolf Hitlers an Reichskanzler Brüning

23. Dezember

Gründung der „Eisernen Front"

31. Dezember

806 294 eingeschriebene Mitglieder der NSDAP

1932

3. Januar

Kommunistische Unruhen im Ruhrgebiet

5. Januar

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung teilt mit, daß im Jahre 1931 3 Milliarden für Unterstützungen aufgewendet werden mußten

6. Januar

Die Regierung tritt an Adolf Hitler mit dem Wunsche heran, er möchte in eine Amtszeitverlängerung des Reichspräsidenten ohne Wahlen einwilligen

12. Januar

Pg. Göring überbringt dem Reichspräsidenten Adolf Hitlers ablehnende Denkschrift

Der Reichspräsident ersucht Brüning, von weiteren Bemühungen Abstand zu nehmen

Die KPD stellt Ernst Thälmann als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl auf

16. Januar

Uebergabe einer Denkschrift Adolf Hitlers an Reichskanzler Brüning betr. die Reichspräsidentenwahl

23. Januar

Brünings Antwort an Adolf Hitler

24. Januar

Der 15jährige Hitlerjunge Herbert Norkus von Kommunisten ermordet

2. Februar

Eröffnung der Abrüstungskonferenz in Genf — Pg. von Epp und Pg. Haselmayr im Auftrage des Führers als Beobachter in Genf

9. Februar

Brünings Rede vor der Abrüstungskonferenz

15. Februar

Hindenburg erklärt sich bereit, erneut zur Reichspräsidentenwahl zu kandidieren

18. Februar

Botschafter Nadolny trägt in Genf das Abrüstungsprogramm der deutschen Regierung vor

22. Februar

Dr. Goebbels verkündet die Kandidatur Adolf Hitlers im Sportpalast

Der „Schwarz-weiß-rote Kampfblock" stellt Duesterberg als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl auf

25. Februar

Die braunschweigische Regierung verleiht Adolf Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit durch Ernennung zum Regierungsrat

26. Februar

Der Reichstag bestimmt die Wahltermine zur Reichspräsidentenwahl — Ablehnung der Mißtrauensanträge und der Anträge auf Reichstagsauflösung — Annahme eines kommunistischen Antrags auf Sperrung der Polizeikostenzuschüsse an Braunschweig

28. Februar

Adolf Hitlers Denkschrift an den Reichspräsidenten gegen den behördlichen Terror

5. März

Groeners Antwort auf die Denkschrift Adolf Hitlers

6. März

Zahlreiche kommunistische Ueberfälle in Berlin

13. März

Erster Wahlgang der Reichspräsidentenwahl: Adolf Hitler 11,3 Mill., Hindenburg 18,6 Mill., Thälmann 4,9 Mill., Duesterberg 2,5 Mill.

Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz: 9 nationalsozialistische Abgeordnete von 35

17. März

Haussuchungen bei sämtlichen Dienststellen der NSDAP in Preußen

20. März

Von der Regierung verordnete „Osterruhe" bis zum 3. April 1932

24. März

Vergleich der NSDAP mit der Preußischen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof betr. die Haussuchungen am 17. März 1932

April:

1 000 000 eingeschriebene Mitglieder der NSDAP

3.—9. April

Erster Deutschlandflug Adolf Hitlers — 21 Kundgebungen

4. April

Schließung der Dienststellen der SA und SS in Berlin durch den Polizeipräsidenten

5. April

Severing erhebt gegen die NSDAP den Vorwurf des Hochverrats

7. April

Landtagsrede des bayerischen Ministerpräsidenten Held gegen die NSDAP

10. April

Zweiter Wahlgang der Reichspräsidentenwahl: Adolf Hitler 13,4 Mill., Hindenburg 19,3 Mill., Thälmann 3,7 Mill. — Hindenburg für weitere 7 Jahre zum Reichspräsidenten gewählt

12. April

Aenderung der Geschäftsordnung im Preußischen Landtag zur Verhinderung einer nationalsozialistischen Regierung

13. April

Verbot der SA und SS

15. April

Reichspräsident von Hindenburg fordert eine Untersuchung gegen das Reichsbanner

16.—23. April

Zweiter Deutschlandflug Adolf Hitlers — 25 Kundgebungen

19. April

Die Regierungen von Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin fordern ein Reichsbanner-Verbot für das ganze Reich

Die Abrüstungskonferenz in Genf faßt eine Entschließung betr. die schrittweise Herabsetzung der Rüstungen

21. April

Auslandsanleihe des Reiches verlängert

22. April

Weitere Entschließung der Abrüstungskonferenz

24. April

Landtagswahlen in Preußen: 162 nationalsozialistische Abgeordnete von 422

Landtagswahlen in Bayern: 43 nationalsozialistische Abgeordnete von 128
Landtagswahlen in Württemberg: 23 nationalsozialistische Abgeordnete von 80
Landtagswahlen in Anhalt: 15 nationalsozialistische Abgeordnete von 36
Bürgerschaftswahlen in Hamburg: 51 nationalsozialistische Abgeordnete von 160

26. April
Brüning und Groener teilen dem Reichspräsidenten mit, daß sie gegen ein Reichsbannerverbot seien

27. April
Die NSDAP fordert erneut Reichstagsauflösung

4. Mai
Zwei neue Notverordnungen: 1. Reichskontrolle der Wehrverbände, 2. Verbot der kommunistischen Gottlosenorganisationen

9. Mai
Reichstagszusammentritt — Pg. Reinhardt gegen Reichsfinanzminister Dietrich

10. Mai
Pg. Göring rechnet mit Groener ab

11. Mai
Reichstagsrede Brünings („hundert Meter vor dem Ziel")

12. Mai
Groeners Rücktritt als Reichswehrminister
Ablehnung der Mißtrauensanträge gegen das Kabinett
Polizei verhaftet im Reichstag Abgeordnete der NSDAP

19. Mai
Erste Sitzung der nationalsozialistischen Preußenfraktion — Adolf Hitler spricht

20. Mai
Neues Notprogramm der Regierung
Erwerbslosenunruhen in Waltershausen (Thüringen)
Kabinett Dollfuß in Oesterreich

21. Mai
Pg. Dr. Freyberg Ministerpräsident in Anhalt

24. Mai
Eröffnung des Preußischen Landtags

25. Mai
Pg. Kerrl preußischer Landtagspräsident
„Landtagsschlacht" — Die Nationalsozialisten jagen die Kommunisten aus dem Sitzungssaal

28. Mai

Severings Landesverratsklage gegen die NSDAP vom Oberreichsanwalt zurückgewiesen

29. Mai

Landtagswahlen in Oldenburg: 24 nationalsozialistische Abgeordnete von 46 — Die NSDAP hat zum ersten Male die absolute Mehrheit in einem Landtag

30. Mai

Sturz des zweiten Kabinetts Brüning

31. Mai

Polizeiliche Ausschreitungen beim Aufziehen der Skagerrakwache in Berlin

1. Juni

Kabinett von Papen

3. Juni

Adolf Hitler lehnt eine Tolerierungsverpflichtung gegenüber dem Kabinett von Papen ab

4. Juni

Reichstagsauflösung

5. Juni

Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin: 30 nationalsozialistische Abgeordnete von 59

7. Juni

Papen wünscht in einem Brief an den preußischen Landtagspräsidenten Pg. Kerrl eine frühere Einberufung des Landtags

8. Juni

Protest der preußischen Regierung gegen Papens Schreiben an Kerrl

Preußische Sparnotverordnung

9. Juni

Nationalsozialistischer Amnestieantrag im Rechtsausschuß des Preußischen Landtags

12. Juni

Empfang der Ministerpräsidenten Bayerns, Württembergs und Badens beim Reichspräsidenten

13. Juni

Adolf Hitler fordert beim Reichskanzler die Aufhebung des SA-Verbots

14. Juni

Erste Notverordnung des Kabinetts von Papen (Kürzung der Arbeitslosenhilfe usw.)

15. Juni

Reichsjugendführer von Schirach übernimmt die unmittelbare Führung der Hitlerjugend

Beginn der Konferenz in Lausanne

16. Juni

Gauleiter Pg. Röver Ministerpräsident in Oldenburg

Ablehnung des nationalsozialistischen Amnestieantrags im Preußischen Landtag

17. Juni

Aufhebung des SA-Verbots

Die nationalsozialistische Fraktion im bayerischen Landtag erscheint im Braunhemd und wird daraufhin für 20 Sitzungstage ausgeschlossen

Bayerisches Uniformverbot

19. Juni

Landtagswahl in Hessen: 32 nationalsozialistische Abgeordnete von 70

Zusammenstöße zwischen Münchener Polizei und demonstrierenden Nationalsozialisten — Polizeiangriff auf das Parteihaus der NSDAP in Köln

20. Juni

Der Staatsgerichtshof erklärt die Preußische Sparnotverordnung vom 8. 6. 1932 in einzelnen Teilen für verfassungswidrig

Adolf Hitler fordert vom Reichsinnenminister die Aufhebung der Uniformverbote einzelner Länder

22. Juni

Kommunistische Straßenkämpfe in allen Teilen des Reiches

23. Juni

Die NSDAP fordert Ausnahmezustand und Verbot der KPD

Der „Angriff" weist dem jüdischen Berliner Vizepolizeipräsidenten Weiß Korruption nach

28. Juni

Aufhebung der Uniformverbote in den Ländern

Polizei-Angriff auf die Anti-Versailles-Kundgebung der Deutschen Studentenschaft in Berlin

30. Juni

Reichshaushaltsplan durch Notverordnung in Kraft gesetzt

8. Juli

Abkommen von Lausanne

9. Juli

Lustgartenkundgebung der NSDAP: Ablehnung des Lausanner Abkommens

10. Juli

Reichsbannerüberfall auf Nationalsozialisten in Ohlau (Schlesien) — 18 Tote bei politischen Zusammenstößen im ganzen Reiche

11. Juli

Das Reichskabinett stimmt dem Lausanner Abkommen zu

13. Juli

Pg. Granzow Ministerpräsident in Mecklenburg-Schwerin

15. Juli

Anschlußverzicht Oesterreichs als Gegenleistung für Völkerbundsanleihe

15.—30. Juli

Dritter Deutschlandflug Adolf Hitlers — 50 Kundgebungen

16. Juli

Dr. Syrup Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst

17. Juli

Altonaer Blutsonntag — 19 Tote bei politischen Zusammenstößen im ganzen Reiche

18. Juli

Verbot von politischen Veranstaltungen unter freiem Himmel

19. Juli

Landtagspräsident Pg. Kerrl fordert Eingriff des Reiches in die preußischen Regierungsverhältnisse

20. Juli

Ausnahmezustand in Berlin-Brandenburg (bis 26. 7. 1932)

Absetzung der roten Preußenregierung — Papen Reichskommissar für Preußen — Protest der Bayerischen Regierung beim Staatsgerichtshof

21. Juli

Der Militärbefehlshaber von Berlin verbietet jede Aufforderung zum Generalstreik

Protest der Badischen Regierung beim Staatsgerichtshof

23. Juli

Länderkonferenz in Stuttgart

25. Juli

Der Staatsgerichtshof lehnt den (von der abgesetzten preußischen Regierung beantragten) Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich ab

31. Juli

Reichstagswahl: 230 nationalsozialistische Abgeordnete von 608

Landtagswahl in Thüringen: 26 nationalsozialistische Abgeordnete von 60

1. August

Neue marxistische Terrorwelle — Sturmführer Axel Schaffeld in Braunschweig erschossen

2. August

Pg. Göring fordert von Reichskommissar Dr. Bracht rücksichtsloses Vorgehen gegen die roten Terrorbanden

9. August

Drei neue Notverordnungen (Verlängerung des Burgfriedens, Sondergerichte und Todesstrafe gegen „politische Gewalttaten")

11. August

Reichsinnenminister von Gayl kündigt in seiner „Verfassungsrede" Verfassungsreformen an

13. August

Besprechungen Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten: Adolf Hitler lehnt das ihm angebotene Amt eines Vizekanzlers ab

22. August

Fünf Nationalsozialisten werden im Potempa-Prozeß zum Tode verurteilt

26. August

Der Preußische Landtag fordert Aufhebung der von der Reichsregierung erlassenen „Verwaltungsreform"

Nationalsozialistische Regierung in Thüringen

28. August

Rede Papens in Münster („Programm von Münster")

30. August

Reichstagseröffnung (durch Klara Zetkin als Alterspräsidentin)

Pg. Hermann Göring Reichstagspräsident

Preußischer Landtag fordert Abberufung des Reichskommissars

1. September

Führerrede im Berliner Sportpalast gegen die Regierung

2. September

Die im Potempa-Prozeß zum Tode verurteilten Nationalsozialisten zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt

Stahlhelm-Aufmarsch im Berliner Lustgarten

4. September
Notverordnung „zur Belebung der Wirtschaft"

12. September
Ueberwältigendes Mißtrauensvotum des Reichstags gegen das Reichskabinett — Reichstagsauflösung

14. September
Deutschland bleibt der Abrüstungskonferenz in Genf bis auf weiteres fern

1./2. Oktober
Erster Reichsjugendtag der NSDAP in Potsdam

2. Oktober
„Zwickelerlaß" des Herrn Dr. Bracht

11. Oktober (bis 4. November)
Vierter Deutschlandflug Adolf Hitlers — 50 Kundgebungen

25. Oktober
Urteil des Staatsgerichtshofs im Prozeß Preußen gegen Reich

29. Oktober
Ergebnislose Aussprache der Reichsregierung mit dem abgesetzten preußischen Ministerpräsidenten Braun

30. Oktober
Offener Brief Adolf Hitlers an Reichskanzler von Papen

31. Oktober
Dr. Bracht Reichsminister ohne Geschäftsbereich

3.—8. November
Berliner Verkehrsstreik unter Führung der NSBO

6. November
Reichstagswahl: 196 nationalsozialistische Abgeordnete von 584

13. November
Bürgerschaftswahl in Lübeck: 27 nationalsozialistische Abgeordnete von 80

Adolf Hitler lehnt eine Einladung des Reichskanzlers zur Aussprache über die Regierungsbildung ab

17. November
Rücktritt des Kabinetts von Papen

19.—21. November
Besprechungen Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten — Auftrag an Adolf Hitler, eine Regierungsbildung zu versuchen, mit unmöglichen Vorbehalten

24. November
Abbruch der ergebnislosen Verhandlungen
3. Dezember
Kabinett von Schleicher
4. Dezember
Gregor Strasser verhandelt eigenmächtig mit Schleicher
8. Dezember
Abfall Gregor Strassers
Adolf Hitler übernimmt selbst die Leitung der politischen Organisation und ernennt Pg. Dr. Ley zum Stabsleiter
Reichstagseröffnung (durch Pg. General Litzmann als Alterspräsident) — Pg. Göring erneut zum Reichstagspräsidenten gewählt
9. Dezember
Der Reichstag nimmt das Reichspräsidenten-Stellvertretungsgesetz und eine Amnestie an
Vertagung des Reichstags
11. Dezember
Erklärung der „Fünfmächtekonferenz" in Genf (betr. die deutsche Gleichberechtigung)
14. Dezember
Der Preußische Landtag fordert erneut die Abberufung des Reichskommissars
Amtsenthebung des sozialdemokratischen BVG-Direktors Brolat wegen Meineids
15. Dezember
Schaffung der Politischen Zentralkommission der NSDAP unter Pg. Rudolf Heß
Gründung des „Kampfbundes des gewerblichen Mittelstands'
Schleichers Regierungsprogramm
Die DNVP lehnt eine Einladung des preußischen Landtagspräsidenten zu Verhandlungen über die Regierungsbildung ab
19. Dezember
Notverordnung „zur Erhaltung des inneren Friedens"
24. Dezember
Aufruf zum „Notwerk der deutschen Jugend"
31. Dezember
5,77 Millionen Arbeitslose

1933

siehe Zeittafel im Band 1933

Zeittafel des Weltkrieges

1914 28. Juni
Das österreichische Thronfolgerpaar (Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin Sophie) wird in Serajewo von einem serbischen Juden ermordet

23. Juli
Oesterreich-Ungarn fordert in einem Ultimatum von Serbien Sühne und Genugtuung. Im Vertrauen auf die russische Hilfe lehnt Serbien das Ultimatum ab

28. Juli
Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Serbien

29. Juli
Der Zar von Rußland gibt den Befehl zur Gesamtmobilmachung

31. Juli
Deutschland erklärt den Zustand drohender Kriegsgefahr

1. August
In der Nacht zum 1. August fordert Deutschland in einem auf 12 Stunden befristeten Ultimatum von Rußland die Zurücknahme aller gegen Deutschland und Oesterreich angeordneten Kriegsmaßnahmen. Das Ultimatum bleibt unbeantwortet

Deutschland erklärt Rußland den Krieg

3. August
Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich, nachdem Frankreich bereits die Mobilmachung erklärt hat

4. August
Italien benutzt die deutschen Kriegserklärungen als Vorwand für eine Neutralitätserklärung. Frankreich ist daraufhin in der Lage, seine Truppen von der Alpen-Grenze zurückzuziehen und setzt diese Truppen gegen Deutschland ein
Der deutsche Reichstag bewilligt einstimmig die von der Regierung geforderten Kriegskredite
England und Belgien erklären Deutschland den Krieg

4.—16. August
Erstürmung der Forts von Lüttich

6. August
Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Rußland. In den folgenden Tagen Kriegserklärungen Frankreichs und Englands an Oesterreich, sowie Serbiens und Montenegros an Deutschland

16. August
Adolf Hitler tritt als Kriegsfreiwilliger in das bayerische Heer ein

19. August
Einmarsch der deutschen Truppen in Brüssel
Kriegserklärung Japans an Deutschland
Die von Belfort aus im Elsaß eingedrungenen Franzosen werden über die Grenze zurückgetrieben

20.—22. August
Sieg der Armee des Kronprinzen von Bayern in der Lothringer Schlacht (mittlere Vogesen und Gebiet zwischen Vogesen und Metz)

23. August
Namur erstürmt

1914 22.—27. August

Die Festung Longwy erobert

23.—31. August

Schlacht bei Tannenberg. Hindenburg und Ludendorff vernichten die in Ostpreußen eingedrungene russische Narewarmee unter General Samsonow

28. August

Seegefecht nordwestlich von Helgoland. Die kleinen Kreuzer „Ariadne", „Köln" und „Mainz" gehen im Kampf mit englischen Streitkräften unter

August

Engländer und Franzosen besetzen die deutsche Kolonie Togo und teilen sie unter sich

Die im Mittelmeer eingeschlossenen deutschen Kreuzer „Goeben" und „Breslau" werden auf Grund eines geheimen deutsch-türkischen Bündnisvertrages in die türkische Marine übernommen

26.—30. August

Schlacht bei Lemberg. Die Oesterreicher müssen Lemberg den Russen überlassen und ziehen sich hinter den Dunajec und die Karpathen zurück. Die Russen überfluten die Bukowina und Galizien. Die österreichische Festung Przemysl wird von den Russen eingeschlossen

29.—30. August

Sieg über die Engländer in der Schlacht von St. Quentin

Ende August

Niederlage der Engländer durch die deutsche Schutztruppe bei Garua (Kamerun). Beginn der Belagerung und Bestürmung von Tsingtau durch die Japaner

Deutsch-Samoa von den Engländern besetzt

3. September

Einnahme von Reims und Chalon

Flucht der französischen Regierung von Paris nach Bordeaux

5. September

Vertrag zu London. England, Frankreich und Rußland verpflichten sich gegenseitig, keinen Sonderfrieden mit Deutschland oder Oesterreich zu schließen. Später schließen Italien und Japan sich diesem Abkommen an

5.—12. September

Schlacht an der Marne. Es gelingt den Franzosen, den Siegeslauf der Deutschen gegen Paris aufzuhalten. Rückzug des rechten deutschen Flügels auf die Linie Arras, Armentieres, Ypern, Dixmuiden

5.—15. September

Schlacht an den Masurischen Seen. Vernichtung der russischen Njemenarmee

Ostpreußen vorläufig von den Russen gesäubert

7. September

Einnahme von Maubeuge

13. September

Deutsch-Neu-Guinea von australischen Seestreitkräften besetzt

22. September

U 9 (Kapt.-Ltnt. von Weddigen) versenkt bei Hoek von Holland drei englische Panzerkreuzer

27. September

Hermann Löns gefallen

September bis Oktober.

Die Marshallinseln, Marianen, Palauinseln und Carolinen von den Japanern besetzt

1914 9. Oktober

Einnahme von Antwerpen

9.—20. Oktober

Schlachten bei Warschau und Iwangorod. Anschließend wird die deutsche und österreichische Front auf die Linie Krakau—Czenstochau—Thorn zurückgenommen, da die Russen mit 45 Armeekorps Posen und Schlesien bedrohen

11. Oktober

Gent besetzt

12. Oktober

Lille erobert

15. Oktober

Ostende eingenommen. Brügge besetzt. Damit ist ganz Belgien bis zum Yserkanal in deutschen Händen

31. Oktober

Der englische Kreuzer „Hermes" wird im Kanal von einem deutschen U-Boot torpediert

Oktober bis Ende Dezember

Die Schlacht an den Kanälen in Flandern (bei Arras, Lille, an der Yser und bei Ypern). Verlustloser Rückzug der deutschen Truppen aus dem Gelände von Nieuport, das von den Feinden unter Wasser gesetzt worden war

Anfang November

Die Vierverbandsmächte erklären der Türkei den Krieg

1. November

Seeschlacht bei Coronel (Küste von Chile). Zwei englische Kreuzer werden von dem deutschen Ostasien-Kreuzergeschwader unter Graf von Spee versenkt

3. November

Admiral von Hipper beschießt die englische Ostküste (Yarmouth)

4. November

Schlacht bei Tanga (Ostafrika). Die deutsche Schutztruppe unter General von Lettow-Vorbeck zwingt die achtfache englische Uebermacht zum Rückzug

9. November

Der Kreuzer „Emden" (Fregattenkapitän von Müller) kommt bei den Kokosinseln (Westküste von Sumatra) mit dem australischen Kreuzer „Sidney" ins Gefecht. Die „Emden" gerät während des Gefechtes auf den Strand und wird von der „Sidney" zusammengeschossen. Ein Teil der Besatzung kapert den japanischen Schoner „Ayesha" und kann sich ins Rote Meer und von dort in die Heimat retten

10. November

Dixmuiden erstürmt

Junge deutsche Kriegsfreiwilligenregimenter stürmen trotz schwerster Verluste unter dem Gesange des „Deutschlandliedes" die ersten französischen Linien bei Langemarck

10.—13. November

Sieg der Armee von Mackensen über den rechten Flügel der Russen bei Wloclawek und Kutno. Hierdurch wird der Einbruch der Russen in die Provinz Posen vereitelt

16.—17. November

Schlachten bei Lodz und Lowicz. Starke russische Verstärkungen verhindern Mackensens Plan, den rechten russischen Flügel bei Lodz einzukreisen. Eine deutsche Heeresabteilung wird hierbei von der russischen Uebermacht eingekreist

1914 23.—24. November

Die eingeschlossene Heeresabteilung durchbricht unter Generalleutnant von Litzmann bei Brzeziny die feindlichen Linien

2. Dezember

Adolf Hitler erhält das E. K. II.

6. Dezember

Eroberung von Lodz

8. Dezember

Seeschlacht bei den Falklandsinseln. Die Panzerkreuzer „Scharnhorst" und „Gneisenau", sowie die Kreuzer „Leipzig" und „Nürnberg" werden von einer englisch-japanischen Uebermacht vernichtet. Admiral Graf von Spee und seine beiden Söhne befinden sich unter den Gefallenen

16. Dezember

Admiral von Hipper beschießt erneut die befestigten Plätze an der englischen Ostküste

17. Dezember

Siegreiche Schlacht bei Limanowa. Die Oesterreicher schlagen den linken russischen Flügel, der von Krakau aus in Schlesien einfallen sollte, zurück. Damit ist die große russische Offensive gegen Posen und Schlesien zusammengebrochen

21. Dezember

Das österreichische U-Boot U 12 versenkt das an der Spitze von 16 großen Schiffen fahrende französische Admiralsflaggschiff „Courbet"

Ende Dezember

Erneuter Einfall der Russen in Ostpreußen. Ostpreußen bis zur Angarapp und den Masurischen Seen verwüstet

1915 Januar

Die deutsche Schutztruppe in Kamerun (900 Mann) zieht sich auf spanisches Gebiet zurück und wird dort interniert, später nach Spanien überführt

1. Januar

Das englische Linienschiff „Formidable" versenkt

8.—14. Januar

Schlacht bei Soissons. Das nördliche Ufer der Aisne wird den Franzosen (Turkos) entrissen

18.—19. Januar

Verlustreiche Niederlage der Engländer bei Jassini (Ostafrika). Durch diese Niederlage bleibt Deutsch-Ostafrika während des ganzen Jahres vom Feinde frei

19. Januar

Der Hartmannsweilerkopf (Vogesen) von deutschen Truppen erstürmt

24. Januar

Seegefecht an der Doggerbank. Untergang des deutschen Panzerkreuzers „Blücher"

4.—22. Februar

Winterschlacht in Masuren. Die 10. russische Armee vernichtet

16. Februar bis 20. März

Winterschlacht in der Champagne. Durchbruchsversuch der Franzosen auf der Linie Souain-Perthes (östlich Reims) abgeschlagen

18. Februar

Um die englische Hungerblockade gegen Deutschland zu brechen, werden von Deutschland die Gewässer rings um England und Irland zum Kriegsgebiet erklärt und durch deutsche U-Boote gesperrt. Alle Schiffe, die Bannware (Kriegsmaterial und Lebensmittel) nach England bringen, sollen versenkt werden

1915 Februar—März
Durchbruchsversuche der Russen an der Südgrenze von Ost- und Westpreußen bei Mlawa abgewehrt

3. März
Lorettohöhe erstürmt

10. März
Englischer Durchbruchsversuch bei Neuve Chapelle abgeschlagen. Siege der deutschen Truppen am Augustowaer Wald über eine neue russische 10. Armee

18. März
Die Russen plündern Memel. (Nach ihrer Vertreibung hat keine russische Armee mehr deutschen Boden betreten)
Eine englisch-französische Flotte versucht, in die Dardanellen einzudringen, um Konstantinopel zu erobern. Sie wird verlustreich zurückgeschlagen

22. März
Przemyſl kapituliert vor den Russen

25. März
Untergang des deutschen Unterseeboots U 29 (Weddigen †)

1.—3. Mai
Durchbruchsschlacht unter Mackensen bei Gorlice-Tarnow (östlich Krakau). Die Russen ziehen sich auf den Sanfluß zurück

7. Mai
Der englische Riesendampfer „Lusitania“ wird an der irischen Küste von einem deutschen U-Boot versenkt. Das Schiff führte große Mengen Munition bei sich. Trotzdem beförderte es über 1500 Passagiere.
Trotz der Neutralität Persiens Vormarsch der Russen gegen Täbris und Teheran

8. Mai
Libau erobert

9. Mai bis 23. Juli
Um den Rückzug der Russen aufzuhalten: Entlastungsoffensive der Franzosen (unter Joffre) und der Engländer (unter French) zwischen Lille und Arras

23. Mai
Kriegserklärung Italiens an Oesterreich-Ungarn

3. Juni
Przemyſl zurückerobert

12.—15. Juni
Durchbruchsschlacht bei Lubaczow. Die deutschen Truppen werfen die Russen auf die Grodekstellung (zwischen Przemyſl und Lemberg) zurück

17.—22. Juni
Schlacht bei Lemberg. Lemberg erstürmt. Allgemeines Zurückweichen der Russen nach Osten. Galizien (bis auf Tarnopol und Umgebung) und die Bukowina vom Feinde befreit

Juni—August
Schwere Niederlagen der auf der Halbinsel Gallipoli gelandeten Engländer und Franzosen. Verlust von 3 Panzerschiffen durch deutsche U-Boote. (Die Türken stehen unter dem Kommando des deutschen Generals Liman von Sanders)

Juni—Dezember
Vier vergebliche Angriffe der Italiener auf den Görzer Brückenkopf und auf die österreichische Isonzofront

Juli
Heftige Kämpfe in den Vogesen

7. Juli
Oesterreichisches U-Boot versenkt den italienischen Kreuzer „Amalfi“

1915 11. Juli

Der deutsche Kreuzer „Königsberg" wird von englischen Kriegsschiffen in der Rifujimündung (Deutsch-Ostafrika) eingeschlossen. Nach heldenhaftem Kampf sprengt die Besatzung den Kreuzer. Die Besatzung wird auf die Schutztruppe unter Lettow-Vorbeck verteilt

18. Juli

Oesterreichisches U-Boot versenkt den italienischen Panzerkreuzer „Guiseppe Garibaldi"

5. August

Warschau erobert

18. August

Erstürmung Kownows (General Litzmann)

20. August

Nowo Georgielsk erstürmt

21. August

Italien erklärt der Türkei den Krieg

26. August

Brest-Litowsk erobert

31. August

Eroberung der Festung Luzk (wolhynisches Festungsdreieck) durch die Oesterreicher

2. September

Grodno genommen

18. September

Wilna erobert

22. September—Anfang November

Herbstschlacht in der Champagne (Joffres große Offensive). Die Engländer greifen bei Arras, die Franzosen zwischen Reims und den Argonnen an. Es gelingt wohl der Einbruch in die deutschen Stellungen, aber nicht der Durchbruch. Der größte Teil des verlorenen Geländes wird später von den deutschen Truppen zurückerobert. Das Ziel der Offensive (Entlastung der Front im Osten und Verhinderung der Offensive gegen Serbien) wird nicht erreicht

September

Trotz der schweren Kämpfe im Osten und Westen beginnt der deutsche Vormarsch unter Mackensen gegen Serbien

September—Mitte Januar 1916

Heftige, aber vergebliche, russische Angriffe auf die deutsche Front. Die Front erstarrt jetzt im Osten auf der Linie: Riga—Düna—Narotschsee—Baranowitschi—Pinsk—Dubno—Tarnopol—Sereth—Czernowitz—rumänische Grenze

9. Oktober

Festung und Stadt Belgrad erobert. Uebergang über die Donau

14. Oktober

Bulgarien erklärt Serbien den Krieg. Darauf Kriegserklärung der Entente gegen Bulgarien (20. 10. 1915)

Oktober

Die von Gallipoli den Serben zu Hilfe eilenden Franzosen und Engländer besetzen (gegen den Willen des deutschfreundlichen Königs Konstantin) auf Veranlassung des ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten Venizelos die griechische Stadt Saloniki. (Durch den Abzug der Franzosen und Engländer bricht aber dann das Gallipoliunternehmen zusammen.)

1915 Oktober—November
Die Bulgaren werfen die den Serben von Saloniki zu Hilfe eilenden Engländer und Franzosen zurück

10.—23. November
Schlacht auf dem Amselfelde (zwischen Mitrowitza und Prischtina). Die serbische Armee unter ihrem König Peter wird auseinandergesprengt. Durch die Eroberung der Städte Prizrend und Monastir ist der serbische Feldzug beendet

22.—24. November
Eine englische Armee wird von den Türken bei Ktesiphon (Tigris) geschlagen, bei Kut et Amara eingeschlossen und zur Uebergabe gezwungen

1916 10. Januar
Oesterreichische Truppen erstürmen die Bergfeste Lovcen (Montenegro)

13. Januar
Cetinje (Hauptstadt von Montenegro) erobert

Januar
Franzosen und Engländer besetzen unter Bruch der griechischen Neutralität die Insel Korfu, den Ankerplatz auf der Insel Kephalonia, Thasos und Nordepirus. Im Laufe des Jahres übernimmt die Entente die Kontrolle der griechischen Häfen, der Post und Telegraphen, sowie der Polizei, weist die Gesandten der Mittelmächte aus, erzwingt die Auslieferung der Flotte, der Artillerie und der Eisenbahnen und blockiert die griechische Küste

Februar
Die Oesterreicher besetzen Albanien. Tirana, Elbasan und Durazzo werden genommen

8. Februar
Versenkung des französischen Panzerkreuzers „Admiral Charer"

11. Februar
Englischer Minenkreuzer „Arabis" versenkt

14. Februar
Englischer Kreuzer „Arethusa" läuft auf eine Mine und sinkt

21. Februar—Anfang August
Deutscher Vorstoß gegen Verdun, um der von der Entente geplanten Offensive zuvorzukommen

25. Februar
Panzerfeste Douaumont und Fort Hardaumont (Verdun) erstürmt

29. Februar
Beginn des verschärften deutschen U-Boot-Krieges. Alle mit Geschützen bewaffneten Handelsschiffe sollen wie Kriegsfahrzeuge behandelt werden. Der deutsche Hilfskreuzer „Greif" gerät mit drei englischen Kreuzern in Kampf, bringt den Hilfskreuzer „Alcantara" zum Sinken und wird von seiner eigenen Besatzung gesprengt

März
Weiterer Vormarsch der Entente gegen das neutrale Persien. Die Russen besetzen Ispahan, die Engländer die Hafenstadt Bender Abbas

4. März
Der deutsche Hilfskreuzer „Möve" kehrt nach erfolgreicher Kaperfahrt heim

9. März
Kriegserklärung Deutschlands an Portugal, da 37 deutsche Schiffe, die in portugiesischen Häfen ankerten, beschlagnahmt wurden

1916 14. März
Die Höhe „Toter Mann“ erstürmt
März—April
Vergebliche Durchbruchsversuche der Russen zwischen Jacobstadt und der Beresina
29. April
Die Türken stürmen Kut el Amara
31. Mai—1. Juni
Die Seeschlacht am Skagerrak. Die englische Flotte trifft zwischen dem Skagerrak und Horns Riff mit der deutschen Hochseeflotte (Vizeadmiral Scheer) zusammen. Die englische Flotte bricht am 31. Mai abends den Kampf ab und greift am nächsten Tag trotz doppelter Uebermacht nicht nochmals an. Die englischen Verluste betragen 7000 Mann und 117000 Tonnen, die der Deutschen 3000 Mann und 60720 Tonnen. (Der Dichter Gorch Fock †)
Anfang Juni bis September
Offensive der Russen in Wolhynien, um die Italiener zu entlasten. Zusammenbruch der österreichischen Front. Rückzug der Oesterreicher aus der Bukowina; auch Luzk geht wieder verloren
2. Juni
Panzerfeste Vaux (Verdun) erstürmt
6. Juni
Der englische Panzerkreuzer „Hampshire“ sinkt mit dem Kriegsminister Lord Kitchener auf der Fahrt nach Rußland
18. Juni
Jagdflieger Immelmann †
24. Juni
Panzerwerk Thiaumont (Verdun) erstürmt
Schlacht an der Somme. Englisch-französische Durchbruchsoffensive in der Picardie beiderseits der Somme. Der Durchbruch gelingt nicht. Die Kämpfe dauern bis zum 26. November
Juli
Der Rest der Deutschen Schutztruppe in Deutsch-Südwest-Afrika (3500 Mann) ergibt sich nach längeren Kämpfen der zehnfachen englischen Uebermacht (siehe Frühjahr 1917!)
10. Juli
Das Handels-Unterseeboot „Deutschland“ erreicht Baltimore (USA)
20. Juli
Englisches Munitionslager bei Calais durch Fliegerbomben in die Luft gesprengt
August
Einfall der Rumänen in Siebenbürgen
17.—19. August
Schlacht bei Florina. Die Bulgaren stoßen von Monastir gegen Florina vor und nehmen die Stadt, die aber bald wieder verloren wird
19. August
Seegefecht an der englischen Küste
23. August
Trotz des seit 1883 bestehenden Bündnisses zwischen Rumänien und den Mittelmächten erklärt König Ferdinand von Rumänien Oesterreich den Krieg
Darauf Kriegserklärung Deutschlands an Rumänien
28. August
Hindenburg übernimmt die Führung der Obersten Heeresleitung
Italien erklärt Deutschland den Krieg
12. September
Vernichtende Niederlage der Russen und Rumänen bei Kara Omer

1916 Mitte September—Anfang Oktober

Um den Rumänen Erleichterung zu schaffen: zweite russische Generaloffensive unter Brussilow (von Wolhynien bis zur rumänischen Grenze). Trotz erbitterter Kämpfe gelingt den Russen der Durchbruch abermals nicht

Mitte September

Unter General von Falkenhayn Offensive in Siebenbürgen. Die Rumänen werden durch die Schlachten bei Hermannstadt (26.—29. September), vor dem Geisterwald und bei Kronstadt (7.—9. Oktober) in die Gebirgspässe zurückgetrieben. Siebenbürgen ist befreit

29. September

Durch Bombenabwürfe deutscher Flieger werden große Munitionslager bei Dünkirchen vernichtet

September—Oktober

Deutsche, bulgarische und türkische Truppen erobern unter Generalfeldmarschall von Mackensen die Dobrudscha

5. Oktober

Adolf Hitler wird bei Le Bargue durch einen Granatsplitter verwundet

7. Oktober

Belgrad erobert

22. Oktober

Konstanza erobert (Dobrudscha)

Mitte Oktober—Dezember

Der dritte Brussilow-Ansturm in Wolhynien und in den Karpathen. Auch diesmal gelingt den Russen der Durchbruch nicht

24. Oktober

Erfolgreicher Ansturm der Franzosen vor Verdun. Bis zum Dezember werden den Deutschen nach und nach fast alle schwererkämpften Stellungen wieder entrissen. Die deutsche Offensive gegen Verdun ist damit gescheitert

28. Oktober

Fliegerhauptmann Boelcke †

5. November

Wiederaufrichtung des Königreichs Polen durch die Mittelmächte. Die Königswahl wird aufgeschoben; vorläufig regiert ein Regentschaftsrat

16.—17. November

Sieg bei Targu-Jiu (Siebenbürgen)

21. November

Kaiser Franz Joseph von Oesterreich †. Ihm folgt sein Großneffe Erzherzog Karl Franz Joseph als Kaiser Karl I.

23. November

Die Armee Mackensens überschreitet die Donau zum Vormarsch auf Bukarest

1.—3. Dezember

Entscheidungsschlacht am Argesfluß (Rumänien)

6. Dezember

Bukarest erobert. Die Kampfkraft der Rumänen ist gebrochen. Die rumänische Regierung flüchtet nach Jassy

12. Dezember

Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente. Das Angebot wird abgelehnt

21. Dezember

Wilson sendet eine Friedensnote an alle kriegführenden Mächte, ebenso an folgende neutrale Staaten: Spanien, Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen. Er will „einen Meinungsaustausch über die Friedensbedingungen der einzelnen Staaten anregen“. Die Mittelmächte schlagen den Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden

1916 Mächte an einem neutralen Orte vor. Die Antwort der Entente läßt deutlich ihren Willen erkennen, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten

21.—27. Dezember
Die Rumänen versuchen, unterstützt durch erhebliche russische Verstärkung einen Durchbruch bei Rimnicul-Sarat (Ostwalachei)

27. Dezember
Die vereinigte russisch-rumänische Armee wird bis auf die Linie Braila, Galatz, Fundeni und Focsani zurückgeworfen

1917 6. Januar
Niederlage der Russen im Raume Focsani—Fundeni

7. Januar
Focsani erobert. Russen und Rumänen über den Sereth zurückgeworfen

9. Januar
Das englische Schlachtschiff „Corn Wallis" und das französische Kriegsschiff „Gaulois" versenkt

22. Januar
Botschaft Wilsons an den amerikanischen Kongreß. Er propagiert erstmalig seinen „Frieden ohne Sieger"

23. Januar
Zwei englische Torpedobootszerstörer vernichtet

1. Februar
In der deutschen Antwort auf die Friedensbotschaft Wilsons wird unter Hinweis auf den Versuch Englands, Deutschland durch eine Hungerblockade zur Unterwerfung zu zwingen, der uneingeschränkte U-Bootkrieg (1. 2. 1917) mitgeteilt

3. Februar
Abbruch der diplomatischen Beziehungen der USA zu Deutschland. Wilson fordert in einer Note alle Neutralen auf, die gleiche Haltung gegenüber Deutschland einzunehmen. Dieser Aufforderung folgen alle Staaten Amerikas außer Argentinien, Chile, Paraguay, Columbia, Venezuela und Mexiko; ferner folgen China, Siam und Liberia

22. Februar—17. März
Die deutschen Truppen im Westen werden planmäßig in eine vorher fest ausgebaute Stellung (Siegfriedstellung) zurückgenommen. Die Orte Bapaume, Péronne, Noyon, Chauny werden geräumt. Cambrai, St. Quentin, La Fère und Laon bleiben in deutscher Hand

Februar
Neuer Vormarsch der Engländer gegen die Türken. Die Türken müssen Kut el Amara räumen

Frühjahr
Die Engländer, verstärkt durch Buren, Belgier und Portugiesen, rücken in Deutsch-Ost-Afrika vor. Die deutsche Schutztruppe muß sich in die Süd-Ost-Ecke der Kolonie zurückziehen

15. März
Revolution in Rußland. Zar Nikolaus II. verzichtet auf den Kaiserthron. Regierung Kerenski. Die Ukraine erklärt sich zu einer mit Rußland verbundenen selbständigen Republik (Hauptstadt Kiew). Unabhängigkeitsbestrebungen in Estland, Finnland, Sibirien usw.

29. März
Rückverlegung der Stellungen bei Soissons. Erbitterte Nahkämpfe mit den Franzosen

März
Die Türken müssen Bagdad räumen

2. April
USA erklärt an Deutschland den Krieg

1917 2. April—20. Mai

Frühjahrsschlacht bei Arras. Alle Durchbruchsversuche der Engländer (auf beiden Seiten von Arras) von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern abgeschlagen

Gleichzeitig Doppelschlacht an der Aisne (Chemin des Dames) und in der Champagne. Hier wird der Durchbruchsversuch der Franzosen von der Heeresgruppe Kronprinz von Preußen abgewehrt

7. April

„Osterbotschaft" des deutschen Kaisers in seiner Eigenschaft als König von Preußen. Das Dreiklassenwahlsystem soll aufgehoben werden, die Wahl für das Abgeordnetenhaus in Preußen unmittelbar und geheim sein. Die Zusammensetzung des Herrenhauses soll eine „zeitgemäße Aenderung" erfahren. Diese Aenderungen sollen bereits bei der Rückkehr der Truppen aus dem Felde durchgeführt werden

Juni

Die „Schutzmächte" Griechenlands (Frankreich, England und Rußland) fordern die Abdankung des Königs Konstantin. Dieser verzichtet zugunsten seines zweiten Sohnes, des Prinzen Alexander († 1920) auf den griechischen Königsthron. Darauf stellt die griechische Regierung (Venizelos) ihre Truppen unter den Oberbefehl des französischen Generals Sarrail

Juli

Die Engländer erobern Tanger (Deutsch-Ost-Afrika)

11. Juli

Ergänzung der „Osterbotschaft" des deutschen Kaisers. Das am 7. April angekündigte neue preußische Wahlrecht soll auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufgestellt werden und bereits für die nächsten Wahlen Gültigkeit haben

19. Juli

Friedensresolution der Mehrheitsparteien des deutschen Reichstages (Urheber: Erzberger)

August

Offensive der Franzosen bei Verdun (von August bis Oktober auf beiden Seiten der Maas). Die Franzosen erobern zwar noch die letzten von den Deutschen bei Verdun gehaltenen Stellungen, aber der Durchbruch gelingt auch diesmal nicht

Die Engländer besetzen Bagamoyo (Deutsch-Ost-Afrika)

1. August

Friedenskundgebung des Papstes Benedikt XV. an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker. Der englische und französische Ministerpräsident und Wilson weisen die Friedensvermittlung des Papstes zurück

14. August

China erklärt Deutschland den Krieg

September

Engländer besetzen Dar-es-Salam und Tabora (Deutsch-Ost-Afrika). Die deutsche Schutztruppe (darunter 300 Weiße) überschreitet den Rovumafluß und dringt in das portugiesische Mozambique ein

2.—3. September

Riga erobert

17. September

Adolf Hitler wird mit dem Verdienstkreuz III. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet

23.—27. Oktober

Durchbruch der vereinigten deutschen und österreichischen Truppen zwischen Flitsch und Tolmein am oberen Isonzo. Zusammenbruch der ganzen

1917 italienischen Front am Isonzo, in den Dolomiten und Oberitalien. Der Tagliamento wird überschritten, die Mündung der Piave erreicht

11. Oktober
Kämpfe um die Insel Oesel

1? Oktober
Der Rigaische Meerbusen im Besitz der deutschen Flotte

16. Oktober
Insel Oesel besetzt (Walter Flex †)

8. November
Die Bolschewisten unter Lenin, Trotzki und Sinowjew reißen in Rußland die Macht an sich

17. November
Seegefecht vor Helgoland. Teile der englischen Flotte werden mit Hilfe deutscher Flugzeuge von deutschen Seestreitkräften zum Rückzug genötigt

20.—30. November
Ergebnisloser englischer Durchbruchsversuch bei Cambrai (Tankschlacht bei Cambrai)

28. November
Waffenstillstands- und Friedensangebot der vorläufigen russischen Regierung (Lenin, Trotzki) an die Mittelmächte. Der Waffenstillstand wird abgeschlossen

6. Dezember
Finnland löst sich von Rußland los

7. Dezember
USA erklärt an Oesterreich-Ungarn den Krieg

10. Dezember
Waffenstillstand an der rumänischen Front

1918 8. Januar
Präsident Wilson gibt sein „Friedensprogramm" (die berüchtigten 14 Punkte) bekannt
Deutschland und Oesterreich erklären, daß „ein allgemeiner Friede auf solchen Grundlagen erörtert werden kann". Frankreich und England jedoch wollen den Krieg bis zur Vernichtung Deutschlands

10. Februar
Nach vergeblichen Verhandlungen erklärt Trotzki in Brest-Litowsk den Kriegszustand ohne offiziellen Friedensabschluß für beendet. Auf Grund dauernder Hilfsgesuche der Kurländer, Litauer, Esten und Ukrainer gegen die Plünderungen der Bolschewisten erneuter Vormarsch der deutschen Truppen, Befreiung von Livland und Estland, Vorstoß gegen die obere Düna

18. Februar
Dünaburg genommen

1. März
Einnahme von Kiew

3. März
Friede zu Brest-Litowsk. Hauptbedingungen:
1. Kurland, Riga und die baltischen Inseln unterstehen nicht mehr der russischen Oberhoheit
2. Livland und Estland werden von den russischen Truppen und der roten Garde geräumt und von einer deutschen Polizeimacht besetzt
3. Rußland zieht seine Truppen und die rote Garde auch aus der Ukraine und Finnland zurück

1918 4. Rußland schließt alsbald Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik
5. Rußland zahlt keine Kriegskosten

21. März—6. April
Große Schlacht im Westen: Große deutsche Offensive zwischen Arras und La Fère. Ziel der Offensive ist der Durchbruch auf Amiens und Paris. Die 5. englische Armee wird geschlagen; darauf wird dem französischen General Foch die Oberleitung beider Armeen (der englischen und der französischen) übertragen. Es gelingt ihm, Amiens zu halten und damit den Durchbruch zu verhindern

9.—18. April
Schlacht bei Armentières. Zweite große deutsche Offensive. Erneute schwere Niederlage der Engländer. Erstürmung des Kemmelberges; das Ziel (Ypern) wird jedoch nicht erreicht

21. April
von Richthofen † (nach 80 Luftsiegen)

April—Mai
Angriffe englischer Kriegsschiffe auf die Anlagen von Zeebrügge und Ostende (Operationsbasis der deutschen U-Boote). Die versuchte Sperrung der Hafenausfahrten gelingt nicht

7. Mai
Friede zu Bukarest (zwischen Deutschland, Oesterreich, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien andererseits)

9. Mai
Adolf Hitler erhält das Regimentsdiplom für hervorragende Tapferkeit

27. Mai—13. Juni
Schlacht zwischen Soissons und Reims. Dritte große deutsche Offensive; der Chemin des Dames wird erstürmt, die Aisne überschritten, Soissons zurückerobert, teilweise sogar die Marne erreicht. Die Einnahme von Reims gelingt nicht

Juni
Vorstoß der Oesterreicher an der Brenta und der unteren Piave mißlingt. Rücktritt des deutschfreundlichen bulgarischen Ministerpräsidenten Radoslawow. Geheime Verhandlungen seines Nachfolgers mit den Engländern und Franzosen. Aufwiegelung des Heeres gegen den Zaren Ferdinand

15.—17. Juli
Vierte deutsche Offensive auf beiden Seiten von Reims. Da der Plan den Feinden verraten worden war, wird die Offensive bereits am zweiten Tage als aussichtslos abgebrochen, obwohl der Uebergang über die Marne erzwungen ist und wichtige Höhenstellungen erstürmt sind

17. Juli
Die Bolschewisten ermorden die gefangene Zarenfamilie in Jekaterinenburg

18. Juli—25. Juli
Abwehrschlacht zwischen Soissons und Reims. Gegenoffensive der Engländer und Franzosen mit starker zahlenmäßiger und materieller Uebermacht. Das südliche Ufer der Marne muß von den Deutschen aufgegeben werden. Soissons wird geräumt. Rückzug bis zur Aisne. Deutschland beschließt die Rückkehr zur Verteidigung

4. August
Adolf Hitler erhält das E. K. I

8. August—13. September
Erneute Angriffe der Entente-Armeen im Raume Arras—Soissons. Deutscher Rückzug in die Siegfriedstellung

13. August
Hindenburg und Ludendorff regen im Hinblick auf den nahen Zusammen-

1918 bruch der Türkei und Bulgariens die Einleitung von Friedensverhandlungen an

25. August
Adolf Hitler erhält die Dienstauszeichnung III. Klasse

September
Die deutsche Schutztruppe in Ostafrika überschreitet abermals den Rovuma und betritt noch einmal deutschen Boden

15. September
Wuchtige Offensive der Ententetruppen gegen die bulgarische Front
Die bulgarische Front wird aufgerollt, allgemeine Flucht und Auflösung des bulgarischen Heeres

19. September—30. Oktober
Palästinaschlacht: Die türkische Front durchstoßen, Zusammenbruch des türkischen Heeres. Das deutsche Asienkorps erreicht über Damaskus und Aleppo Konstantinopel

Mitte September—Anfang November
Offensive der Entente gegen die deutsche Siegfriedstellung. Gleichzeitig Offensive zwischen Armentières und Arras. Später Generaloffensive von Verdun bis zum Meer. In erbitterten Kämpfen wird die Siegfriedstellung bis Anfang Oktober gehalten. Bei Cambrai durchbrechen die Engländer die deutsche Front. Darauf wird die Front unter erbitterten Kämpfen auf die Linie Tournai—Rethel—Verdun zurückverlegt

29. September
Waffenstillstand zwischen der Entente und Bulgarien

Oktober
Die deutsche Orientarmee versucht vergeblich, eine Verteidigungsfront herzustellen. Sie muß sich Ende Oktober über die Donau zurückziehen

3. Oktober
Zar Ferdinand von Bulgarien dankt zugunsten des Kronprinzen Boris ab

18. Oktober
Zeebrügge und Ostende von den Engländern besetzt; damit Ende des U-Bootkrieges

30. Oktober
Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen der Türkei und der Entente in Mudros (Insel Lemnos)

Ende Oktober
Angriff der Italiener, Engländer und Amerikaner zwischen Tirol und dem Meer. Durchbruch der Engländer durch die Piavefront. Auflösung der österreichischen Front. Italien wird geräumt
Kaiser Karl von Oesterreich bietet der Entente einen Sonderfrieden an

2. November
Waffenstillstand zwischen Oesterreich und der Entente

3. November
Ausbruch einer marxistischen Meuterei unter den Mannschaften der Flotte in Kiel
Schnelles Uebergreifen auf zahlreiche deutsche Großstädte

8. November
König Ludwig III. von Bayern legt die Krone nieder. Ausrufung der Republik Bayern

9. November
Kaiser Wilhelm II. flieht nach Holland. Ausbruch der marxistischen Revolution in Berlin

14. November
Auf Grund der aus Europa eingetroffenen Nachrichten Waffenstillstand in Deutsch-Ost-Afrika

Einzelnummer 15 Pfennig

54. Ausgabe · 1. Jahrgang / München, Mittwoch, 2. April 1924

Heute abends 10 Uhr Extrablatt

GROSSDEUTSCHE ZEITUNG




Felix Allfarth


Andreas Bauriedl


Theodor Casella


Wilhelm Ehrlich


Martin Faust


Anton Hechenberger


Oskar Körner


Karl Kuhn


Karl Laforce


Kurt Neubauer


Klaus von Pape


Theodor v. d. Pfordten


Johann Rickmers


M. E. von Scheubner-Richter


Lorenz Stransky


Wilhelm Wolf

Die nationalsozialistischen Toten des 9. November 1923

Flugblatt Nr. 27.

Erklärung der deutschen Antisemiten und Deutsch-Sozialen.

Zur Widerlegung gewisser thörichter Redensarten, die man uns immer wieder entgegenhält, erklären wir über das, was wir nicht wollen, folgendes:

1. **Wir wollen die Juden nicht verfolgt sehen.** Unser Kampf erstreckt sich lediglich auf das Gebiet der Abwehr gegen jüdische Uebergriffe und Anmaßungen. Wir kämpfen nur für den Schutz unsers deutschen Volkstums gegen Verunsittlichung und wirtschaftliche Ausbeutung. Unsere Thätigkeit ist frei von blinder Gehässigkeit und steht auf dem Standpunkt einer kummervollen Notwehr. Wer die Juden „verfolgt" ist kein Antisemit, und wer die Antisemiten der „Juden-Verfolgung" beschuldigt, sagt eine Unwahrheit. — Nicht Haß beseelt uns, sondern wahre glühende Liebe für unser deutsches Volk und unser Vaterland.

2. **Am allerwenigsten wollen wir die Juden ausrotten.** Wir wünschen vielmehr, daß sie sich dazu ermannen werden, mit ihren großen Reichtümern ein Kolonial-Land zu erwerben, wo sie eine eigene Kultur entwickeln und in ehrlichen friedlichen Wettbewerb mit anderen Kultur-Nationen treten können. (Dahin zielende Pläne bestehen auch bei einsichtsvollen Juden. Baron Hirsch und andere jüdische Finanz-Männer beabsichtigen, in Canada größere Länder-Gebiete zu erwerben, um dort die Juden anzusiedeln.) Einen dauernden Aufenthalt der jüdischen Nation in unserem Vaterlande halten wir für unser Volk für verderblich, da bekanntlich, nach einem alten deutschen Sprichwort, schlechte Gesellschaft gute Sitten verdirbt. — Wer uns einer blutigen Bekämpfung und gewaltsamen Ausrottung der Juden beschuldigt, der begeht eine ehrlose Verleumdung.

3. **Wir haben die Juden niemals als Religion oder Konfession angefeindet.** Wir haben ihren Synagogen-Gebräuchen und sonstigen gottesdienstlichen Handlungen stets die größte Schonung zu Teil werden lassen. Unsere Angriffe richteten sich lediglich auf geschäftliche Unarten der Juden und auf sonstige soziale Mißstände, die durch ihre fremdartige und undeutsche Lebens- und Sitten-Auffassung hervorgerufen wurden. Wer den Antisemitismus mit „Konfessions-Haß" in Zusammenhang bringt, bedient sich einer Fälschung — wahrscheinlich aus dem Grunde, weil er uns auf das Gebiet eines ehrlichen Geistes-Kampfes nicht folgen kann. —

4. **Wir „schimpfen" und „hetzen" nicht gegen die Juden.** Jede rohe und pöbelhafte Aeußerung ist in unserer Partei und deren Presse verpönt, wie es bei der ganzen idealen Richtung unserer Bestrebungen sich von selbst versteht. Schimpfereien und Hetzereien finden sich nur in der semitischen und philosemitischen Presse, wo man die Antisemiten fortwährend in der unflätigsten Weise verleumdet und ihnen allerhand Rohheiten andichtet, die von gedankenlosen Leuten dann nachgebetet werden. Wir bezwecken nichts anderes, als die Wahrheit über die Juden an den Tag zu bringen und scheuen uns allerdings nicht, gewisse Dinge beim rechten Namen zu nennen.

5. **Niemals kann uns „Neid und Mißgunst" gegen den Reichtum der Juden erfüllen,** denn die Ideale der antisemitischen Geistes-Bewegung sind dem Mammonismus und Materialismus weit abgewendet und schnurstracks entgegengesetzt. — Niedrige Naturen werden allerdings die edlen Beweggründe einer neuen Geistes-Strömung nicht verstehen können und deshalb das, was sie sehen und nicht begreifen, auf die ihnen allein verständlichen gemeinen Motive zurückzuführen suchen. —

Was wir wollen, was wir an den Juden alles auszusetzen finden, — welche Vergehen an der menschlichen Gesellschaft und am Staate wir ihnen zur Last legen, das auszuführen, ist hier nicht der Platz! Wer sich darüber rechtschaffen unterrichten will, den verweisen wir auf die Schriften von Prof. Paul de Lagarde, Prof. Ad. Wahrmund, Dr. Eugen Dühring, Otto Glagau, W. Marr, H. Naudh, E. Radenhausen, u. s. w. *)

Einstweilen genüge es, die Thatsache hier festzustellen, daß alle unsere Gegner die (zum Teil schon 20 Jahre alten) Schriften obiger wirklicher Antisemiten bis heute nicht anzugreifen gewagt und die darin behaupteten Thatsachen nicht zu widerlegen versucht haben! — Man hat sich immer und ewig wieder mit der Lüge vom „Konfessions-Haß", von der „mittelalterlichen Glaubens-Verfolgung" und den „brutalen Ausrottungs-Gelüsten" 2c. begnügt — die mit dem Antisemitismus auch nicht das Geringste zu thun haben. Die antisemitischen Schriftsteller sind keine „Reaktionäre" und „Dunkelmänner", sondern wahrhaft fortgeschrittene und freidenkende Geister, die unseren modernen Bildungs-Philistern" ein gutes Stück voraus sind. Sie sind Männer von wahrer Nächsten-Liebe beseelt, von wahrem Freiheits-Drange durchdrungen und von wahrer Wissenschaftlichkeit getragen — Männer, deren Geistesblitze wie leuchtende Fanale über eine versumpfte und verlodderte Gesellschaft hinflackern und vor deren stahlblanken Waffen man keine andere Rettung wußte als — feiges Ausweichen und Totschweigen.

Solange unsere Anfeinder und Verleumder sich nicht mit den Schriften der obengenannten Männer auseinandergesetzt haben, beweisen sie uns nur, daß sie den von uns behaupteten Thatsachen nichts zu entgegnen wissen. —

— Wir versenden diese Erklärung an mehrere hundert Zeitungs-Redaktionen aller Partei-Richtungen, an viele hervorragende Schriftsteller, Parlamentarier und sonstige einflußreiche Männer. Kurz: wir benutzen jede Gelegenheit, um dieselbe zu allgemeiner Kenntnis zu bringen. Wir dürfen also von Jedem, der künftig noch obige phrasenhafte Beschuldigungen gegen uns erhebt, mit Recht behaupten, daß er sich einer bewußten Verleumdung und Entstellung befleißigt. Und wir überlassen es dem denkenden Teile des deutschen Volkes, sich sein Urteil über ein solches Gebahren zu bilden!

Leipzig, im Januar 1890.

Deutsche Antisemitische Vereinigung.

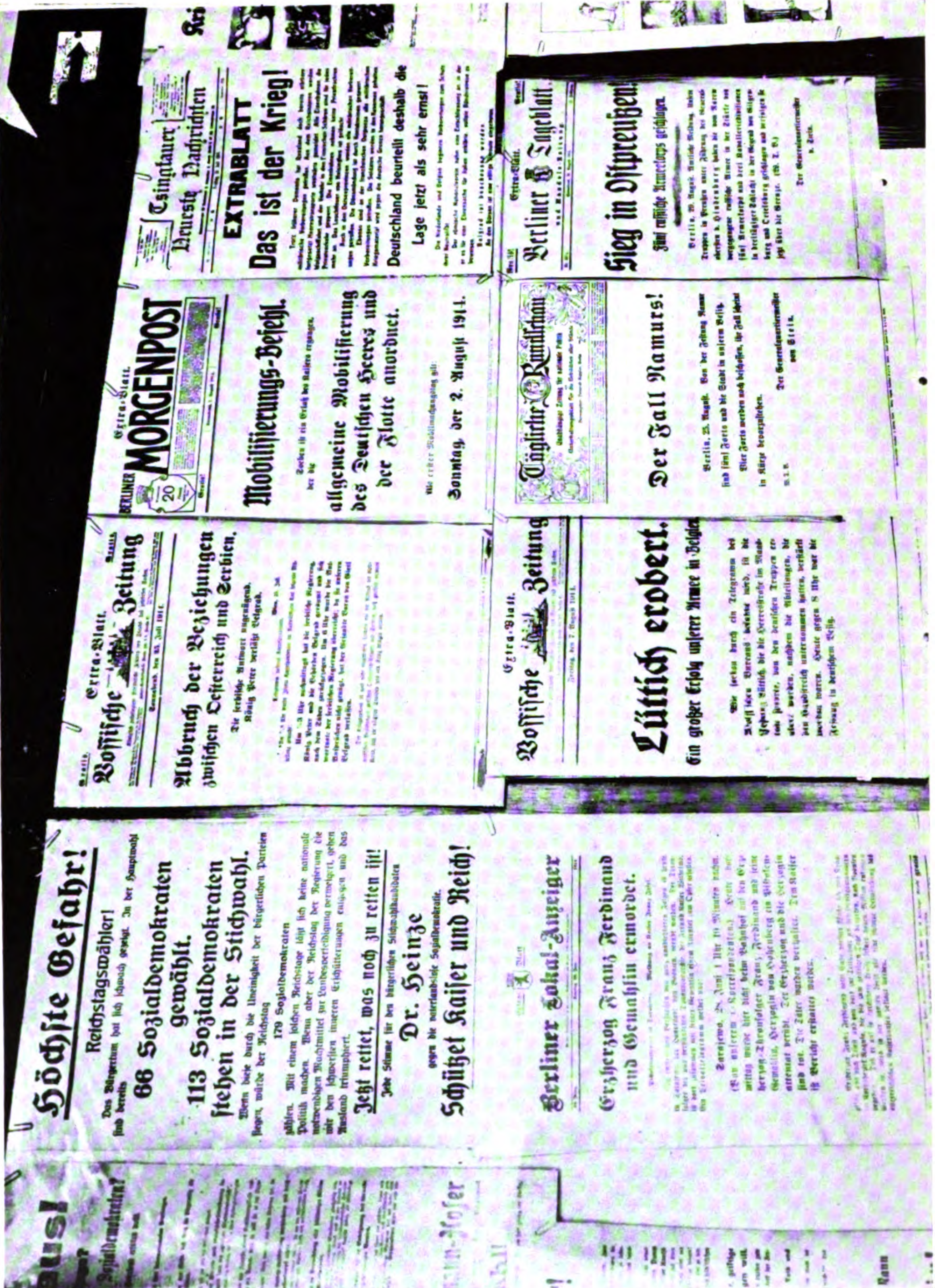
i. A.: Theod. Fritsch.

*) Ein Verzeichnis der gesamten wissenschaftlichen Litteratur des Antisemitismus befindet sich im Antisemiten-Katechismus, 9. Auflage, Seite 211–221. Das Buch ist für 1 Mark durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Man erhält diese Erklärungen von Theod. Fritsch, Ingenieur, Leipzig, Windmühlen-Straße 28.

Druck von Th. Hentschel, Leipzig.

Antisemitisches Flugblatt aus dem Jahre 1890



Deutsche Zeitungen zum Kriegsausbruch

Republik
bedeutet Frieden und Freiheit!

An die Kameraden an der Westfront:

Wir haben erreicht, daß folgender Befehl im französischen Heer ausgegeben wurde: Wer sich gefangen gibt (einzeln oder in kleinen Gruppen) und das Losungswort

Republik

ausspricht, wird nicht mehr als kriegsgefangener Feind behandelt. Wenn er will, kann er mit uns, mit gleichgesinnten Landsleuten, an der Befreiung Deutschlands arbeiten.

Eure republikanischen Kameraden.

(Vorderseite)

Republik
bedeutet Frieden und Freiheit!

Fürchtet nicht, daß Eure Namen von Eurer Regierung jemals gekannt werden, daß Euch durch Überlaufen die Rückkehr in Euer Vaterland versperrt wird! Dieser Krieg wird nicht enden, bevor der preußische Militär- und Junkergeist zu Boden geworfen und damit die Bahn für unsere Heimkehr frei geworden ist. Wir werden als die wahren Sieger und Befreier unseres Vaterlandes mit Ehren in die Heimat zurückkehren und mit Jubel empfangen werden.

Eure republikanischen Kameraden.

Marxistische Dolchstoßpropaganda an der Westfront (Rückseite)
(Aufforderung zur Fahnenflucht)

zur [redacted] zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917 — Nr. 889 der Drucksachen —

Berlin, den 17. Juli 1917.

Der Reichstag erklärt:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht". Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich.

Dr. David, Ebert, [redacted] Erzberger, Fehrenbach, Fischbeck, Gothein, Haase, Haußmann, Dr. Mayer (Kaufbeuren) Molkenbuhr, Müller (Fulda), Dr. Müller (Meiningen), v. Payer, Scheidemann, Dr. Südekum

Die „Friedensresolution" des Reichstags (17. 7. 1917)

Feldpostkarte.

K. B. Res. Inf. Regt. 16



An Wohlg.

Herrn Josef Popp

Schneidermeister

München

Schleissheimerstr. 34/III

Absender:
Gefr. Adolf Hitler
bay. R. I. R. 16
VI b R. Div. (Regimentsstab

Postkarte des Frontsoldaten Adolf Hitler aus dem Felde (20. 2. 1915)

Parlamentarische Verfassungsänderung (28. 10. 1918)

Feldpostkarte

An Wohlg.

Herrn Josef Popp

Schneidermeister

München

Schleisheimerstr. 34/III

Postkarte des Frontsoldaten Adolf Hitler aus dem Felde (20. 2. 1915)

Wir Wilhelm,
von Gottes Gnaden
Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Die Reichsverfassung wird wie folgt abgeändert:

1. Im Artikel 11 werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Bestimmungen ersetzt:
Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich.
Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.

2. Im Artikel 15 werden folgende Absätze hinzugefügt:
Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags.
Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt.
Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.

3. Im Artikel 17 werden die Worte gestrichen:
„welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt".

4. Im Artikel 53 Abs. 1 wird folgender Satz hinzugefügt:
Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

5. Im Artikel 64 Abs. 2 werden im ersten Satz hinter dem Worte „Kaiser" die Worte eingeschaltet:
„unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers".

6. Im Artikel 66 werden folgende Absätze 3 und 4 hinzugefügt:
Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents.
Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 28. Oktober 1918.

Wilhelm I. R.

Max Prinz v. Baden

Gesetz

zur Abänderung der Reichsverfassung.

R.A.d.J. I.A 12850.

Parlamentarische Verfassungsänderung (28. 10. 1918)

Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preussen und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reichs und Preussens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preussischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Amerongen, den 28. November 1918

Wilhelm

Abdankung Wilhelms II. (28. 11. 1918)

Convention.

Entre le Maréchal *Foch*. Commandant en Chef des Armées Alliées, stipulant au nom des Puissances Alliées et Associées, assisté de l'Amiral *Wemyss*, First Sea Lord, d'une part;

et

M. le Secrétaire d'État *Erzberger*, Président de la Délégation Allemande,

M. l'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire Comte *von Oberndorff*.

M. le Général Major *von Winterfeldt*,

M. le Capitaine de Vaisseau *Vanselow*.

munis de pouvoirs réguliers et agissant avec l'agrément du Chancelier Allemand, d'autre part,

il a été conclu un Armistice aux conditions suivantes:

Conditions de l'armistice conclu avec l'Allemagne.

A. *Sur le Front d'Occident.*

I.

Cessation des hostilités, sur terre et dans les airs, 6 heures après la signature de l'Armistice.

II.

Evacuation immédiate des pays envahis: *Belgique, France, Luxembourg* — ainsi que de l'*Alsace-Lorraine* —, réglée de manière à être réalisée dans un délai de 15 jours. à dater de la signature de l'Armistice.

Abkommen.

Zwischen dem Marschall Foch, Oberstkommandierenden der alliierten Armeen, der unterstützt vom Admiral Wemyß, Erstem Seelord, die Verhandlungen im Namen der alliierten und assoziierten Mächte führt, einerseits

und

dem Staatssekretär Erzberger, Vorsitzenden der deutschen Delegation,

dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Grafen von Oberndorff,

dem Generalmajor von Winterfeldt,

dem Kapitän zur See Vanselow,

die mit gehörigen Vollmachten versehen mit Genehmigung des deutschen Reichskanzlers handeln, andererseits,

ist unter folgenden Bedingungen ein Waffenstillstand geschlossen worden:

Bedingungen des mit Deutschland abgeschlossenen Waffenstillstands.

A. Auf der Westfront.

I.

Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande und in der Luft, 6 Stunden nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes.

II.

Sofortige Räumung der besetzten Gebiete: Belgien, Frankreich, Luxemburg, sowie von Elsaß-Lothringen. Sie ist so zu regeln, daß sie in einem Zeitraum von 15 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durchgeführt ist.

Erste Seite der Waffenstillstandsbedingungen
(unterzeichnet am 11. 9. 1918)

Werbeplakate der Freikorps aus dem Jahre 1919

Aufruf der Münchner Einwohnerwehr

Aufruf zur Einwohnerwehr!

Einwohner Münchens!

Die Erfahrung und die Not der rückliegenden Wochen hat zu der Erkenntnis geführt, daß es

Pflicht jedes ordnungsliebenden Mannes

ist, selbst mitzuwirken bei der Aufrechterhaltung der Ruhe der Stadt und der öffentlichen Ordnung.

Diese Erkenntnis hat zur Errichtung der

Einwohnerwehr

geführt. Die Bildung der Einwohnerwehr vollzieht sich unter Leitung der Stadtkommandantur durch einen Einwohnerausschuß, der

alle Schichten der Bevölkerung

umfaßt. Vornehmste Aufgabe der Einwohnerwehr ist Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung, Verhinderung von Gewalttätigkeiten und Gewaltregierungen. Sie arbeitet mit und neben dem Münchener Wachregiment und den Organen der Schutzmannschaft.

Hier kann **jeder Mann**, dessen berufliche Inanspruchnahme den Beitritt zur Reichswehr oder zu den sonstigen militärischen Verbänden nicht gestattet, seinen **Teil zum Schutze unserer Landeshauptstadt beitragen.** Es ist ein leitender Gedanke der Einwohnerwehr, daß die ihr angehörigen Personen zeitlich nur wenig und keinesfalls zu Stunden der Arbeitszeit in Anspruch genommen werden sollen.

In der Einwohnerwehr finden Aufnahme:

alle waffenkundigen Männer (gleichviel ob militärisch ausgebildet oder nicht) welche 1. über 25 Jahre alt sind; 2. schon vor dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz in München hatten, 3. einen guten Leumund besitzen.

Kein rüstiger Mann ist zu alt. Es handelt sich um einen **Ehrendienst** in des Wortes schönster Bedeutung!

Die Einwohnerwehr gliedert sich in Bezirkswehren nach den bestehenden Stadtbezirken unter selbstgewählten Führern und steht unter dem direkten Befehl der Stadtkommandantur.

Die Einwohnerwehr wird bewaffnet. Jede politische Betätigung oder Stellungnahme der Einwohnerwehr als solche ist ausgeschlossen.

Alle waffenkundigen Männer jeden Alters und jeden Berufes müssen es sich zur besonderen Ehre schätzen, nunmehr an dem Schutze unserer lieben Heimat- und Vaterstadt, unseres bescheidenen Besitzes und unserer Arbeitsmöglichkeiten mitwirken zu können. In diesem gemeinsamen Interesse sollen sich alle Schichten unserer Bevölkerung treffen und näher treten. Keiner darf zögern, wo es gilt, die Bevölkerung von schwerem Druck zu erlösen, ihr das Vertrauen auf Ordnung und Sicherheit zurückzugeben und Arbeit und Erwerb zu schützen.

Darum auf, tretet Mann für Mann und sofort der Münchener Einwohnerwehr bei. Keiner säume, keiner sehe tatenlos zu, wie andere ihre Bürgerpflicht in schwerer Zeit erfüllen!

Fort mit Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit oder Dünkel!

Die Anmeldung erfolgt bei der zuständigen Schutzmannstation.

Zentralausschuß für Einwohnerwehr. **Stadtkommandantur München.**
Seißer.

Schutzwehr Halle
(E. V.)

Lfd. Nr. 45

Ausweis.

Vorzeiger dieser Bescheinigung, der: Schüler des Stadtgymn. / Horst Schumann

wohnhaft Gr. Stein Str. Straße Nr. 29

ist Angehöriger unserer Läufer- und Melde-Abteilung. Er gehört zu dem Bezirk Mitte Stadtbezirk [illegible]

HALLE a. S., den 17. III 20. HALLE a. S., den 17 III 20

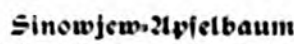
Einwohnerwehr Halle – Bezirksstempel u. Unterschrift des Obmanns.

Schutz-Wehr Halle – Stempel der Zentrale und Unterschrift

Ausweis der Schutzwehr Halle Saale

Totengräber Rußlands

Zeichnungen
von Otto v. Kursell
Verse
von Dietrich Eckart



Sinowjew-Apfelbaum

Gouverneur v. Petersburg, Präsident d. Nordkommune, Vorsitzender d. Exekutive d. 3. Internationale

Rund zweieinhalb Millionen Menschen barg
Die Hauptstadt vor dem grauenhaften Morden:
Durch Judas' Blutgier ist ein Riesensarg
Mit zwei Millionen Toten draus geworden.

Deutscher Volks-Verlag, Dr. Ernst Boepple, München.

Tobias Axelrod

Moskauer Finanzjude, Volksbeauftragter der Münchner Rätezeit, jetzt bolschewistischer Gesandter in Littauen.

Der biblische Tobias, geht die Sage,
Vermochte jede Blindheit zu beenden,
Indessen der Tobias unsrer Tage
Sich müht, die Blinden gänzlich zu verblenden.

Leviné-Nissen

russischer Jude, Mitveranstalter des Münchner Geiselmordes, unumgänglicherweise in München erschossen.

Wie schrien sich damals doch die Juden heiser,
Damit die Richter seiner schonen sollten!
Es war die Zeit, wo sie den deutschen Kaiser
Um jeden Preis verurteilt wissen wollten.

Bela Kun (Kohn)

vormals das mörderische Oberhaupt der ungarischen Räterepublik, nunmehr russischer Kommissar zur Revolutionierung des Balkans

Von Land zu Land, ein Dämon, ohne Rast;
Wohin er tritt, das fürchterlichste Sterben —
Wer jetzt noch nicht des Juden Geist erfaßt,
Kein Gott mehr rettet ihn vor dem Verderben!

K. Radek-Sobelsohn

Berüchtigter Sowjetagent, zumeist in Berlin

K. Radek oder Kradeh (schnell gelesen,
(Was „Dieb" heißt) nannte er sich schamlos schlau,
Ein solcher ist er denn auch stets gewesen,
Und doch — wie kommt's? — betreut ihn Rathenau

„Totengräber Rußlands" von Dietrich Eckardt.
Eine der ersten antibolschewistischen Broschüren (1921)

Erster Hauptteil
Aufbau und Aufgaben des Reichs

Erster Abschnitt: Reich und Länder

Artikel 1. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 2. Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder. Andere Gebiete können durch Reichsgesetz in das Reich aufgenommen werden, wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt.

Artikel 3. Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.

Artikel 4. Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts.

Artikel 5. Die Staatsgewalt wird in Reichsangelegenheiten durch die Organe des Reichs auf Grund der Reichsverfassung, in Landesangelegenheiten durch die Organe der Länder auf Grund der Landesverfassungen ausgeübt.

Artikel 6. Das Reich hat die ausschließliche Gesetzgebung über:
1. die Beziehungen zum Ausland;
2. das Kolonialwesen;
3. die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, die Ein- und Auswanderung und die Auslieferung;
4. die Wehrverfassung;
5. das Münzwesen;

Die nach den bisherigen Vorschriften dem Staatenausschuß zustehende Befugnis zum Erlaß von Verordnungen geht auf die Reichsregierung über; sie bedarf zum Erlaß der Verordnungen der Zustimmung des Reichsrats nach Maßgabe dieser Verfassung.

Artikel 180.

Bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags gilt die Nationalversammlung als Reichstag. Bis zum Amtsantritt des ersten Reichspräsidenten wird sein Amt von dem auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt gewählten Reichspräsidenten geführt.

Artikel 181.

Das Deutsche Volk hat durch seine Nationalversammlung diese Verfassung beschlossen und verabschiedet. Sie tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Schwarzburg, den 11. August 1919

Der Reichspräsident
Ebert

Das Reichsministerium
Bauer — Erzberger
Hermann Müller — Schmidt
Noske — Dr Bell
David — Schlicke
Dr Mayer — Giesberts

Die Reichsverfassung vom 11. August 1919
(Weimarer Verfassung)



Deutsches Werbeplakat zur Abstimmung in Ostpreußen (11. 7. 1920)



Landsleute!
Kameraden!

Dem Notschrei der Heimat bin ich gefolgt. Meine Liebe zur Heimat und Euer Vertrauen zu mir berechtigen mich zu Euch zu reden.

In heiligem Zorn habt Ihr Euch gegen polnische Willkür und Herrschsucht zur Wehr gesetzt. Die Erbitterung über das maßlos Leid, in das Korfanty's Banden Eure Brüder und Schwestern gestürzt haben, treiben Euch zum äußersten. Ihr habt erkannt, daß das Leben nicht der Güter höchstes ist. Ihr kämpft um mehr, als um Euer Leben. Ihr kämpft um Eure Heimat, um die Zukunft Eurer Kinder, um deutsche Ehre und deutsches Recht.

Schutzlos ist heut ein großer Teil unseres Landes poln. Willkür preisgegeben.

Die Interalliierte Kommission hat nicht die Macht, sich gegen Korfanty's wohlvorbereitete Rebellion durchzusetzen.

Wir wollen nicht den Zustand der Gewalt, den Korfanty geschaffen hat, einem anderen Zustand der Gewalt nach unserem Willen entgegen stellen.

Wir kämpfen in berechtigter Notwehr.

Wir wollen nur die Wiederherstellung des Rechtes, die Wiederherstellung der erschütterten Autorität der Interalliierten Kommission, die Wiederherstellung des Friedens, den erst Korfanty unserem oberschlesischen Volk geraubt hat.

Unser gutes Recht war allzeit Richtschnur unseres Handelns und soll es bleiben. Aber lange genug haben wir die schnöde Verachtung unseres Rechts und der Interalliierten Kommission durch die Rebellen mit angesehen. Auch die größte Geduld und Besonnenheit hat ihre Grenze. Wenn wir heute zum Sprung bereit noch an uns halten, so geschieht es nur im Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn der Welt und in der Hoffnung, daß in wenigen Tagen im Rate der alliierten Mächte endlich die erlösende Entscheidung darüber fallen wird, wie dem Recht und der Autorität der Interalliierten Kommission in Oberschlesien wieder Geltung verschafft werden soll.

Landsleute! Kameraden!

Bis dahin steht mit Gewehr bei Fuß! Wahrt Ordnung und Disziplin! Laßt Euch durch keine polnische Greueltat zu Vergeltungsmaßnahmen hinreißen! Ehrt das Eigentum eines jeden, sei er polnisch oder deutsch gesinnt! Zeigt Euch würdig des deutschen Namens und Eurer guten und gerechten Sache. Keiner von Euch liebt die Heimat mehr als ich. Ihr kennt mich – vertraut mir – ich sehne wie Ihr den Augenblick herbei, wo wir zur Errettung unserer Brüder und Schwestern vorwärts stürmen können. Dann werdet Ihr mich, wie einst in Deutschlands schweren Tagen, wieder an Eurer Spitze sehen!

Und Ihr dort drüben, die Ihr unter der Willkür der Rebellen schmachtet, harrt tapfer dieses Tags, der Euch die Befreiung bringen wird. Wir kennen Euren Schmerz, wir sehen Eure Tränen! Vertraut darauf, daß das Vaterland Euch nicht verläßt!

Hoefer, Generalleutnant z. D.

Aufruf des Deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien (1921)



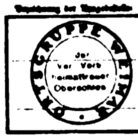
Deutsches Werbeplakat zur Abstimmung in Oberschlesien (20. 3. 1921)

Muster!
Stamm
Fahrschein Nr. [redacted]

Weimar

Weimar

LEIPZIG



Gültig für die Hin- und Rückfahrt in der 3. Wagenklasse

Weimar

Sonderzug
Hinfahrt Nr. Rückfahrt Nr.

Muster!
Abschnitt A
Hinfahrt

Fahrschein Nr. [redacted]

Sonderzug Nr.

Eisenbahn-Fahrschein für die Hinreise zur Volksabstimmung in Oberschlesien



Musterbeispiel
Nur für Abstimmungsberechtigte!

Abschnitt B
Nr. [redacted]

Eisenbahn-Fahrschein
für die Reise zur Volksabstimmung in Oberschlesien und zurück.

Gültig für die Fahrt in der 3. Wagenklasse

Weimar

Hinfahrt | Rückfahrt

Weimar

Bis zum Tage F

U

Abschnitt D

Bescheinigung. Nr. [redacted]

Muster!
Abschnitt C
Rückfahrt

Fahrschein Nr. [redacted]

Sonderzug Nr.

Eisenbahn-Fahrschein für die Rückreise von der Volksabstimmung in Oberschlesien



Fahrschein für Abstimmungsberechtigte

Der deutsche Sieg!

Deutsche Mehrheit. — Der Standpunkt der deutschen Regierung. — Das Echo im Auslande.

Oppeln, 22. März. Die Interalliierte Kommission hat dem Auswärtigen Amt in Berlin folgende endgültige Zahlen der oberschlesischen Abstimmung angegeben:

716 406 deutsche Stimmen,
471 406 polnische Stimmen.

Kattowitz, 22. März. Nach den Mitteilungen des deutschen Plebiszitkommissariats verteilen sich die Stimmen in den einzelnen Wahlkreisen wie folgt:

	deutsche	polnische
Kreuzburg	48 382	3 376
Rosenberg	24 200	11 400
Lublinitz	15 100	13 800
Tarnowitz	17 600	27 000
Gr.-Strehlitz	22 500	22 900
Oberglogau	32 722	4 476
Cosel	36 300	11 700
Gleiwitz	58 000	32 000
Leobschütz	65 128	256
Ratibor	48 700	20 000
Kattowitz	76 400	69 800
Königshütte	51 936	25 624
Beuthen	73 900	73 500
Hindenburg	45 355	43 069
Oppeln	67 637	23 360
Rybnik	21 255	42 068

Die Ergebnisse des Kreises Pleß, der mit Ausnahme der Stadt Pleß eine polnische Mehrheit aufweist, stehen noch aus.

In Prozentziffern stellt sich das Abstimmungsergebnis für Deutschland folgendermaßen dar:

Myslowitz	37,83 Proz.
Beuthen	50,22 Proz.
Tarnowitz	39,00 Proz.
Hindenburg	51,80 Proz.
Rosenberg	68,00 Proz.
Oberglogau	87,85 Proz.
Lublinitz	53,26 Proz.
Oppeln	75,63 Proz.
Kreuzburg	96,04 Proz.
Groß-Strehlitz	49,20 Proz.
Kattowitz	57,10 Proz.
Königshütte	74,74 Proz.
Gleiwitz	64,59 Proz.
Rybnik	36,54 Proz.
Cosel	75,60 Proz.
Nikolai	26,40 Proz.
Pleß	29,20 Proz.
Leobschütz	99,61 Proz.
Ratibor	70.79 Proz.

Das Abstimmungsergebnis!

Volksabstimmung in Oberschlesien (20. 3. 1921)

Aufruf der geflüchteten Reichsregierung und der SPD

Die deutsche Reichsregierung an das deutsche Volk!

Die deutsche Reichsregierung hat ihren Sitz von Berlin nach Dresden verlegt.

Von regierungsamtlicher Seite wird gemeldet:

„Nachstehendes Telegramm ist von Dresden an die Regierungen sämtlicher Länder gerichtet worden:

Putschversuche gewissenloser Abenteurer, hinter denen kein ernsthafter Politiker steht, haben die Regierung, um Blutvergießen zu vermeiden, veranlaßt, Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann.

Wir ersuchen, den dienstlichen Verkehr mit uns aufrecht zu erhalten und alle Beziehungen zu den Staatsstreichlern in Berlin abzulehnen. Dresden, den 13. März 1920."

Der Reichspräsident
Ebert

Die Reichsregierung
Bauer Müller Giesberts
Noske Koch Geßler

Der Mehrheitsausschuß der Nationalversammlung hat eine ordnungsmäßige Sitzung abgehalten, an der die Regierungsparteien beteiligt waren. Es wurde dabei einstimmig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der Militärputsch ein verbrecherischer, mit aller Kraft zu bekämpfender Verfassungsbruch ist und eine Zerstörung des wiedergesundenden Wirtschaftslebens, sowie die Bedrohung des inneren und äußeren Friedens bedeutet.

Der Mehrheitsausschuß stellt fest, daß die einzige gesetzliche Autorität die Nationalversammlung und die von ihr eingesetzte Reichsregierung ist und bleibt.

Demokratische Partei
Sozialdemokratische Partei Zentrumspartei

Extrablatt (unten)

Preis 5 Pfennig Extra-Blatt Preis 5 Pfennig

Berliner Lokal-Anzeiger

38. Jahrgang. Sonnabend, 13. März, mittags 1920.

Umsturz in Berlin.

Ein Ultimatum an die Regierung.
Die Regierung geflüchtet.

Heute nacht ist die **Marinebrigade Ehrhardt** von Döberitz nach Berlin marschiert. Sie stellte der Regierung ein Ultimatum, das früh 7 Uhr ablief. Zu diesem Zeitpunkt erklärte die Brigade, an der Siegessäule anzurücken. Die Regierung lehnte das Ultimatum ab und verließ, ohne ihre Ämter niederzulegen, um ½6 Uhr im Automobil Berlin. Die Brigade Ehrhardt ist früh 7 Uhr, **ohne Widerstand zu finden, mit schwarz-weiß-roten Fahnen in Berlin eingerückt und hat das Regierungsviertel im weiten Kreise streng abgesperrt.**

Kapp-Putsch (13. 3. 1920)

Wesen,
Grundsätze und Ziele
der Nationalsozialistischen
Deutschen
Arbeiterpartei



Deutscher Volksverlag München

Die erste kommentierte Ausgabe des nationalsozialstischen Parteiprogramms

Nat.-soz. deutsche Arb.-Partei

Liederbuch

1. Deutschland erwache!

Sturmlied der Nat.-soz. d. Arb.-Partei.

Sturm! Sturm! Sturm! Los ist die Schlange, der Höllenwurm! Torheit und Lüge zerbrach seine Kette, Gier nach dem Gold im scheußlichen Bette! Rot, wie von Blut steht der Himmel in Flammen, schauerlich krachen die Giebel zusammen. Schlag auf Schlag, die Kapelle, auch sie! Heulend peitscht sie in Trümmer der Drache! Läutet zum Sturme jetzt oder nie! Deutschland erwache!

Sturm! Sturm! Sturm! Läutet die Glocken von Turm zu Turm, Läutet die Männer, die Greise, die Buben, Läutet die Schläfer aus ihren Stuben, Läutet die Mädchen herunter die Stiegen, Läutet die Mütter hinweg von den Wiegen. Dröhnen soll sie und gellen die Luft, Rasen, rasen im Donner der Rache! Läutet die Toten aus ihrer Gruft, Deutschland erwache!

Sturm! Sturm! Sturm! Läutet die Glocken von Turm zu Turm! Läutet, daß Funken zu sprühen beginnen, Judas erscheint, das Reich zu gewinnen, Läutet, daß blutig die Seile sich röten, Rings lauter Brennen und Martern und Töten, Läut.t Sturm, daß die Erde sich bäumt unter dem Donner der rettenden Rache! Wehe dem Volke, das heute noch träumt! Deutschland erwache!

Unserem Führer Adolf Hitler von Dietrich Eckart.

Buchdruckerei Georg Weltz, Scheinfeld.

Eins der ersten Liederbücher der NSDAP (1922)

— 697 —

Deutsches Fahndungsblatt.

25. Jahrgang. | Berlin, den 12. April 1923. | Stück 7252.

II. Teil.

Bekanntmachungen polizeilichen Inhalts.

27. Eisenbahnsprengung in Calcum. Am 15. 3. 1923, abends gegen 8 Uhr, wurden die Eisenbahngeleise über den Haarbach, Gemeinde Calcum, gesprengt. Als Täter kommen wahrscheinlich zwei junge Leute, die wie folgt beschrieben werden, in Frage. Familiennamen mutmaßlich Fr. von Krampe oder von Krause und Albert Leo Schagstein oder Schapeten, der eine 20 bis 25 Jahre alt, 1,80 m groß, schlank, dunkelblond, ohne Bart, volles Gesicht, Gang und Haltung aufrecht, spricht auswärtige Mundart (kein Rheinländer), bekleidet mit schwarzen Schnürschuhen, braunen Sportstrümpfen, grauem Fischhautmantel mit Gürtel und heller Sportmütze; der andere 20 bis 25 Jahre alt, 1,60 m groß, schwächlich, blond, ohne Bart, längliches Gesicht, Gang und Haltung aufrecht, Rheinländer, trug Kneifer, Kldg. schwarze Schnürschuhe, grauer Regenmantel und heller Schnitthut. Infolge des Attentats sind angesehene Bürger als Geiseln durch die Besatzungsbehörde ins Gefängnis gebracht worden und sollen erst bei Ermittelung der Täter in Freiheit gesetzt werden. Es wird daher um Anstellung geeigneter Ermittelungen nach den Tätern und um eventuell schleunige Mitteilung an die unterzeichnete Polizeibehörde ersucht. J Nr. 1363.

Kaiserswerth, 5. 4. 1923. Die Polizeiverwaltung.

28. Wer kennt den Unbekannten? Der in der Beilage abgebildete Unbekannte, der am 28. 12. 1922 in Jena wegen Diebstahls festgenommen wurde und dessen Personalien seither nicht festgestellt werden konnten, hat folgende Personalangaben gemacht: Walter Schwidtmann, auch Schmidtmann, geb. 19. 4. 1878 in Barmen, kath., ledig, Eltern Wilhelm und Marie geb. Weber. Die angegebenen Personalien, unter denen der Unbekannte bereits in Hildesheim wegen Einbruchdiebstahls und in Erfurt wegen Fahrraddiebstahls verurteilt wurde, werden von diesem zu Unrecht geführt. Der richtige Schwidtmann, dessen Papiere mißbräuchlich benutzt werden, ist bis jetzt nicht ermittelt worden. Der falsche Schwidtmann ist etwa 36 Jahre alt, 1,64 m groß, hat graue Augen, gelbliche Gesichtsfarbe, schwarze Haare, schwarzen gestutzten Schnurrbart und dichte schwarze Augenbrauen; sein Aeußeres gleicht dem eines Zigeuners. Der linke Arm ist blau und rot ober- und unterhalb des Ellenbogengelenkes tätowiert mit Matrosenbrustbild und Anker, zwei Zweigen, Kugeltänzerin, Engel, Athlet, Stern mit Kopf, Brieftaube, zwei sich reichenden Händen mit aufgehender Sone, Schleife mit E Z, der rechte Arm mit Matrosenbrustbild mit Anker und zwei Zweigen, Athlet, innerhalb zweier Zweige die Buchstaben G R und unterhalb E Z, Mädchenbrustbild und ein solches mit zwei Zweigen auf dem Handrücken, auf dem rechten Unterarm ist ein erbsengroßer Leberfleck, eine kleine runde Narbe ist hinten am Halse. Das erste linke Mittelfingerglied an der Seite ist vernarbt. An den Buchstaben E Z sind Versuche zur Beseitigung gemacht worden. Der Mann ist scheinbar sehr kurzsichtig und kaum des Schreibens kundig. Mitteilungen über den Unbekannten, der seiner dritten Diebstahlsbestrafung unter falschem Namen entgegensieht und schwerwiegende Gründe zur Verheimlichung seines richtigen Namens haben muß, an die Kriminalpolizei Jena zu P 2141/23.

Jena, 5. 4. 1923.

Die Polizeiverwaltung (Kriminalpolizei).

29. 100 000 M. Belohnung! Raubmord in Wilhelmsburg. Die am 23. 3. 1923 in einem Brack an der Brackstraße in Wilhelmsburg aufgefundene männliche Leiche ist als die des Schmiedes Franz Waldmayer, geb. 13. 3. 1896 in Vinkovci in Jugoslawien festgestellt. Waldmayer war Weihnachten 1922 von Wien nach Deutschland gekommen, um sich von hier nach Amerika einzuschiffen. Am 28. 12. 1922 fuhr er von Berlin nach Hamburg, mietete in Hamburg, Danziger Straße 22, 3. Etage, bei dem Plattenansetzer Hermann Eckhardt ein Zimmer und fuhr am 1. 1. 1923 von Hamburg nach Berlin, wo er einen Händler Jakob Lovrakowic, Gerichtstr. 23, besuchte. Am 3. 1. 1923, gegen Mittag, traf er in seiner Wohnung in Hamburg wieder ein, blieb bis nachmittags 3 Uhr dort und ging dann fort, ohne zurückzukehren. Am 30. oder 31. 12. 1922 hatte er seinem Logiswirt Eckhardt erzählt, er wolle nach Wilhelmsburg, um dort Stellung zu suchen. Bei seiner Abreise von Wien hatte Waldmayer etwa 15 Millionen österreichische Kronen in seinem Besitz. Ferner war er sehr gut mit Wäsche und Kleidung versehen. Er hatte einen blauen, drei schwarzweiß gestreifte, einen grünweiß gestreiften und zwei dunkle Anzüge, einen braunroten Raglan, einen Gummimantel und mehrere Hüte, ein Dutzend feine Zephirhemden, 8 neue Unterhosen, ein Paar schwarze Lackhalbschuhe, ein Paar lichtbraune und ein Paar dunkelrote Halbschuhe, ein Paar rote Schnürschuhe, 2 Paar schwarze Schnürschuhe, ein Paar schwarzgrau besetzte Schnürschuhe, eine Nickel-Doxeruhr, eine goldene starke Durchzugskette, eine schwache goldene Uhrkette, die er zweimal umwunden als Armband trug, eine goldene Krawattennadel mit einer Perle und einem Brillanten, eine goldene Kragennadel und einen kleinen Brillantring. Die Leiche war mit dem braunroten Raglan, einem dunkelblauen, einreihig geknöpften Anzug, Hemd, Unterhose und Strümpfen bekleidet. Alle übrigen Sachen, die nach den Ermittelungen sich in einer

Steckbrief der preußischen Polizei gegen Schlageter (12. 4. 1923)

Regierung zu Coblenz

Abteilung [illegible]
direkte Steuern, Domänen und Forsten.

J-Nr. [illegible] Ms/HvG.

VORLÄUFIGE REGIERUNG DER RHEINISCHEN REPUBLIK

Coblenz, den 6. November

An den Herrn

Landrat des Kreises Schleiden
Herrn Graf Josef v.Spee.

Nachdem Sie zu unserem Bedauern nicht in der Lage sind, uns eine Neutralitätserklärung abzugeben, d.h. das Versprechen, nicht gegen uns arbeiten zu wollen, müssen wir Sie im Interesse der neuen Rheinischen Landesregierung Ihres Amtes bis auf weiteres entsetzen. So, wie Sie bisher der preussischen Regierung Berlin, bzw. dem Oberpräsidium in Coblenz in XXXXXXX unterstanden, unterstehen Sie jetzt der de facto Gewalt der neuen Regierung.

Sie haben sich also aller direkten oder indirekten Amtshandlungen zu enthalten.

DIE VORL. REGIERUNG D. RHEINLANDE COBLENZ

Die [illegible]

„Regierungshandlungen" der Separatisten

Ruhrkampf 1923

„Segnungen" der Inflation
(Geldsorten und Briefmarken in „Hunderttausenden", „Millionen" und „Milliarden")

Preis 5 Milliarden | Preis 5 Milliarden

Allgemeine Zeitung

für Mitteldeutschland.

Halle, den 9. November 1923, vormittags 9 Uhr

Hitlerputsch in München.

Die bayrische Regierung gestürzt — v. Knilling verhaftet — Hitler übernimmt die Leitung der Reichspolitik — Ludendorff zum Reichswehrminister ausgerufen.

München, 9. November.

Der Abend hat in München den Staatsumsturz gebracht. In einer ungeheuer überfüllten und schon um 7 Uhr polizeilich gesperrten Versammlung im Saale des Bürgerbräukellers hielt der bisherige Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr die angekündigte große Rede. Ehe er sie aber noch zu Ende geführt hatte, wurde er plötzlich von dem im Saale anwesenden Führer der Nationalsozialisten Hitler unterbrochen. Ein Sturmtrupp drang in den Saal und gab eine Anzahl Schüsse gegen die Saaldecke ab. Es entstand eine ungeheure Unruhe. Hitler brach sich durch die Menge Bahn und erklärte:

die Regierung Knilling sei hiermit gestürzt und die Nationaldiktatur ausgerufen. Heute vor fünf Jahren sei die Revolution angegangen, mit dem heutigen Tage aber sei sie beendet. Das Kabinett Knilling sei abgesetzt. Die Minister Knilling und Schweyer, die in der Versammlung anwesend waren, wurden trotz ihrer Proteste sofort verhaftet und vorläufig eingesperrt. Außerdem wurden verschiedene andere prominente Personen verhaftet.

Hitler teilte mit, daß die neue bayerische Regierung bereits gebildet sei. Landesverweser ist Dr. v. Kahr, Ministerpräsident Pöhner. Eine nationale Reichsregierung werde in München gegründet. Es werde sofort eine deutschnationale Armee errichtet.

Die Leitung der deutschen Politik übernehme er, Hitler, selbst. Exzellenz Ludendorff übernehme die Leitung der deutschen Armee, General v. Lossow werde Reichswehrminister, Oberst v. Seißer werde deutscher Reichspolizeiminister. Hitler richtete an die Versammlung, in der zahlreiche Offiziere anwesend waren, die Anfrage, ob sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sei, was mit tosendem Beifall bejaht wurde. Hierauf wurden die als Mitglieder der neuen Regierung vorgeschlagenen Personen in den Saal geführt. Sowohl

Kahr wie Ludendorff und Pöhner erklärten sich in kurzen Ansprachen zur Uebernahme ihrer Aemter bereit.

Hierauf hielt Hitler noch ein Schlußwort, in dem er erklärte, der Tag, den er so sehnlichst seit fünf Jahren erwartet habe, sei heute gekommen. Er werde Deutschland wieder zu einem Reiche der Herrlichkeit machen. In der elften Abendstunde war der große Saal des Bürgerbräukellers noch stark besetzt und durch Militär abgeschlossen. In der zehnten Abendstunde bewegte sich vom Löwenbräukeller aus ein gewaltiger Zug von Angehörigen der Kampfverbände mit Fahnen und Musik nach dem Bürgerbräukeller.

*

Die Reichsregierung hat wegen der Absetzung der verfassungsmäßigen bayerischen Regierung den gesamten Verkehr mit Bayern eingestellt. Irgendwelche Leistungen des Reiches für Bayern finden bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände nicht mehr statt.

Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 9. November.

Die deutsche Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

In der Zeit größter außenpolitischer Bedrängnis haben Verblendete sich ans Werk gemacht, um das Deutsche Reich zu zerschlagen. In München hat eine bewaffnete Horde die bayerische Regierung gestürzt, den bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling verhaftet und sich angemaßt, eine Reichsregierung zu bilden, und den General Ludendorff zum angeblichen Befehlshaber der deutschen Armee, Herrn Hitler, der erst vor kurzer Zeit die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hat, zum Leiter der Geschicke Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Putschbeschlüsse null und nichtig sind.

Wer diese Bewegung unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräter.

Statt unseren Brüdern im Rheinland und an der Ruhr zu helfen, die für Deutschland kämpften, stürzt man Deutschland ins Unglück, gefährdet die Regierung, bringt uns die

Gefahr eines feindlichen Einmarsches

und zerrüttet alle Aussichten auf eine wirtschaftliche Gesundung. Die letzten Maßnahmen der Reichsregierung auf währungspolitischem Gebiet haben dazu geführt, daß

die Mark im Ausland sich in den letzten 24 Stunden um das Vielfache gebessert

hat. Alles das ist dahin, wenn das wahnwitzige Beginnen Erfolg hat, das in München versucht wird. In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Bewahrung der Reichseinheit, deutscher Ordnung und deutscher Freiheit. Alle Maßnahmen für die Niederkämpfung des Putsches und für Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

Der Reichspräsident Ebert.
Der Reichskanzler Dr. Stresemann.

*

Die Abwehr der Reichsregierung.

Berlin, 9. November 1923.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich wie folgt:

§ 1. Die Ausübung des mir verfassungsmäßig zustehenden Oberbefehls des Reiches übertrage ich auf den Chef der Heeresleitung General von Seeckt.

§ 2. In Abänderung meiner Verordnung vom 26. September 1923 übertrage ich die vollziehende Gewalt an Stelle des Reichswehrministers dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, welcher alle zur Sicherung des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat.

§ 3. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, 8. November 1923.

Der Reichspräsident.
gez. Ebert.
Der Reichskanzler. ggz. Dr. Stresemann.
Der Reichswehrminister. ggz. Dr. Geßler.

Die Verbreitung dieser Sonderausgabe erfolgt mit Genehmigung des Herrn Polizeipräsidenten in Halle.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Erich Krüger.

Extrablatt über die nationalsozialistische Erhebung am 9. 11. 1923

Bund „Oberland" e. V.

Mitgliedskarte A 542

Herrn Karl Rühle, stud. jur.

in München, ...

wird die Mitgliedschaft bestätigt.

München, den 15. März 1925.

Unterschriften

Mitglied: Karl Rühle — Kreisleiter: i. A. Weber — Bundesleitung: ....

Oberland





Der Blutorden

Reichs-Kriegsflagge.

Kommando München IIA Nr. 6

Truppen-Ausweis

für

Name: Adolf Brey

Anschrift: .... 24/2. 4 ....

Dienstgrad bei der R.-K.-F.: Jäger

Unterschrift des Inhabers:

München, den 17. Okt. 1923

Kommando München Kommandeur R.K.F.

Kommandeur — Kommandeur

Reichskriegsflagge

Eigenhändige Unterschrift:

München, den 12. 11. 23

Josef Koch

„Rossbach"

Gau Rossbach München Ortsgruppe ....

Ausweis

für

Name: Josef Koch

Beruf: ....

Wohnort: München

Straße: .... 21/.......

geb. am: 26. XI. 06

in: München

Dienstgrad b. d. Armee: —

R.-Nadel: 20. 5. 23

Der .... Führer:

Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre!

Ein Pfui dem Mann, der sich nicht wehren kann! — Not kennt ein Gebot: staah doot!

Roßbach

Ausweise der hitlertreuen Wehrverbände (1923)

GROSSDEUTSCHE ZEITUNG

Tageszeitung für nationale und soziale Politik und Wirtschaft

Herr von Kahr als „Kron"zeuge

Pöhner: „Ich mache kein Hehl aus meiner Einstellung"

Hinter den Kulissen des Prozesses

Die Zeugenbeeinflussung? / Die 14 verbotenen Hitlerversammlungen und die Errichtung des Generalstaatskommissariats

Kahr: „Ich kann mich absolut nicht erinnern"

Das Staatsstreich-Druck-Direktorium

Die Eselei / Zusammenstoß Kohl-Lossow / Kohl verwahrt sich dagegen, von Lossow wie ein Rekrut behandelt zu werden / Lossow wird immer nervöser, je mehr ihn die Verteidiger in die Enge treiben / Lossow flieht vor Hitler

Die Beweggründe zur Tat Adolf Hitlers

Adolf Hitler: „Ich trage die Verantwortung allein!"

Lossow als Komödiant

Hitler:

„Ich verzichte auf Ehrenerklärungen von seiten des Herrn von Kahr!"

Warum hat Kahr den Vormarsch machen dürfen und Hitler nicht? / Prof. Bauer: Das darf man nicht sagen

Lossow erscheint nicht / Das vernichtende Urteil des bayer. Historikers, Prof. Doeberl, über Kahr / Claß im Hintergrund / Lossow gibt seinen Wortbruch vom 1. Mai zu / Die anständige Behandlung der Geiseln

Schlagzeilen der „Großdeutschen Zeitung" während des Hitlerprozesses (26. 2.—1. 4. 1924)
(Ersatzblatt für den verbotenen „Völkischen Beobachter")

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei

Haupt-Geschäftsstelle Corneliusstraße 12 — Ortsgruppe München. — Telefon 23620 Postscheck-Konto 23319

Mitgliedskarte

für Herrn Adolf Brey, Elvirastr. 21/2.

München, den 18. August 1922.

Nr. 6881.

Für den Arbeitsausschuß:

Schriftwart

Alle Parteigenossen werden ersucht, die Mitgliedsbeiträge entweder persönlich in der Geschäftsstelle oder durch Postscheck-Überweisung einzuzahlen.
Bei Erhebung durch Boten oder Nachnahme sind gemäß Generalversammlungsbeschluß vom 30. 1. 22 2 Mk. Gebühr zu entrichten. Bei allen Zuschriften Mitgliedsnummer.

Mitgliedskarte vor 1923

Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei

Reichsgeschäftsstelle MÜNCHEN Briennerstrasse 45 — ORTSGRUPPE: BERLIN — Tel. 54901 u. 58343 Postscheckkonto München 23319

Mitgliedskarte Nr. 2641834

für Herrn/Frau

Wohnung BERLIN Straße/Platz Nr.

Stadtbezirk — Eingetreten am 1. MAI 1933 19

MÜNCHEN, den 1. Feb 1934 19

Für die Reichsleitung:

Reichsschatzmeister

Heutige Mitgliedskarte (seit 1925)

Großdeutsche Volksgemeinschaft e. V.

Mitgliedskarte Nr. 9547

für Herrn Gerd. Rühle

Tag der Aufnahme: 8. 5. 24. Wohnung:

München, den 8. 5. 24.

Für den Arbeits-Ausschuß:

1. Vorsitzender — Kassier

Diese Karte gilt als Ausweis bei geschlossenen Versammlungen.

Mitgliedskarte
der „Großdeutschen Volksgemeinschaft" (1924/25)

Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei

Mitgliedsbuch Nr.

für

Vor- und Zuname

Stand oder Beruf

Wohnort (siehe auch S. 12–15)

Stadtbezirk

Geburtstag

Geburtsort

Eingetreten am 1. Mai 1932

Ausgetreten am

Wiedereingetreten am

München, den

Personal-Ausweis

Eigenhändige Unterschrift des Inhabers

Es wird hiermit bescheinigt, daß der Buchinhaber die durch obenstehendes Lichtbild dargestellte Person und Mitglied der Nat.-Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist, sowie die darunter befindliche Unterschrift eigenhändig vollzogen hat.

, den 27. Oktober 1934

(Ortsgruppenleiter, Unterschrift und Stempel)

Heutiges Mitgliedsbuch (seit 1928)

Mitgliederausweise der NSDAP

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Herausgeber: Richard Schnetter

Einzelpreis 15 Pf. | Donnerstag, den 8. Mai 1924 | 4. Jahrgang • Nr. 56

Aufmarsch des mitteldeutschen Proletariats zum Arbeitertag in Halle

Am Sonntag, dem 11. Mai, marschiert als Gegendemonstration gegen den monarchistischen Rummel in Halle das mitteldeutsche Proletariat zu einer wuchtigen Massenkundgebung auf. Aus ganz Deutschland haben Arbeiter der verschiedensten Großbetriebe und proletarischen Organisationen ihre Beteiligung an der Kundgebung zugesagt. Aus Berlin, Hamburg, Hannover, Jena, Cassel, Dresden, Chemnitz, Leipzig und anderen Städten werden starke Delegationen erscheinen und die Geschlossenheit des Proletariats in ganz Deutschland in der Tat beweisen. Aus dem Bezirk Halle-Merseburg wird das Proletariat sich aus allen Richtungen nach Halle in Marsch setzen. **Die Kundgebung gegen Faschismus und Kriegsgefahr, gegen die Kolonisierungspläne des internationalen Raubkapitals gegen den Angriff auf Sowjet-Rußland, für die Befreiung des deutschen Proletariats vom kapitalistischen Joch, für die Aufrichtung der deutschen Arbeitermacht und die Verbrüderung mit den russischen Arbeitern und Bauern muß sich zu einer der machtvollsten Demonstrationen der deutschen Arbeiterklasse gestalten.**

Der Aufmarsch des Proletariats

vollzieht sich nach folgendem Plan:

1. Die auswärtigen Delegationen aus den fern abliegenden Bezirken Deutschlands fahren mit der Eisenbahn bis Hauptbahnhof Halle. Sie werden dort ab Sonnabend abend 8 Uhr von mit roten Armbinden mit der Aufschrift: „Deutscher Arbeitertag" kenntlich gemachten Ordnern empfangen und in losen Trupps nach dem „Volkspark" geleitet.

2. **Die Arbeiter des Bezirkes Halle-Merseburg** setzen sich wie folgt nach Halle in Marsch:

a) Linie Zeitz-Naumburg-Weißenfels-Merseburg

Die Arbeiter aus den Ortschaften der Umgebung von Zeitz treffen sich am Sonntagmorgen zwischen 4 und 5 Uhr und fahren mit dem Zug 5.15 Uhr über Weißenfels bis Merseburg und werden von dort in losen Trupps durch Ordner weitergeleitet. Denselben Zug benutzen alle um Teuchern und der übrigen an der Bahn gelegenen Ortschaften.

Die **Arbeiter des Kreises Naumburg** finden sich morgens um 3 Uhr auf dem Bahnhof Naumburg ein und fahren mit dem Zuge 3.42 Uhr bis Merseburg und werden von dort ebenfalls in losen Trupps weitergeleitet.

Die Arbeiter des Kreises Weißenfels fahren morgens 4.18 Uhr ab Weißenfels.

Die Klassengenossen des gesamten Geiseltals benutzen die bereits vereinbarten Transportmöglichkeiten bis Merseburg.

Die Arbeiter des südlichen Merseburger Kreises müssen morgens 5.30 Uhr auf dem Merseburger Marktplatz eintreffen und werden dort, wie alle übrigen in losen Truppen weitergeleitet. Es müssen also sämtliche Teilnehmer an der Kundgebung der vorher bezeichneten Kreise und Orte unbedingt 5.30 Uhr morgens in Merseburg, Marktplatz, eintreffen.

Die zwischen Merseburg und in der Umgebung von Ammendorf liegenden Orte müssen sich 7.30 Uhr morgens in Ammendorf einfinden, von wo der Abmarsch in losen Gruppen nach dem Platze der Kundgebung in Halle beginnt.

b) Linie Mansfelder Gebirgskr., Seekr. u. Sangerhausen

Die Arbeiter aus Reinsdorf, Artern, Voigtstedt, Allstedt, Rieder- und Oberröblingen, Berga, Kelbra, Roßla, Wallhausen, Hohlstedt treffen sich mit den Arbeitern in Sangerhausen zur Abfahrt morgens 4.12 Uhr.

Die zwischen Sangerhausen und Eisleben wohnenden Arbeiter benutzen denselben Zug. **Endstation ist Eisdorf.** Von da aus erfolgt Weiterleitung durch Ordner in losen Trupps.

Die in Bischofrode, Helbra, Volkstedt und den übrigen Orten des Seekreises, einschließlich Eisleben, wohnenden Arbeiter sammeln sich morgens 4 Uhr im „Volkshaus", Eisleben, und fahren ab Eisleben 5.17 Uhr bis Eisdorf.

Sämtliche Teilnehmer am „Deutschen Arbeitertag" müssen spätestens **8 Uhr in Eisdorf** sein, von wo aus sie durch Ordner in losen Trupps weitergeleitet werden.

b I) Die Arbeiter aus Beesenlaublingen

treffen sich in **Alsleben** mit den dortigen Teilnehmern um 4½ Uhr morgens und benutzen den Zug 5.45 Uhr ab Belleben bis Teicha. Von dort Weiterleitung in losen Trupps durch Ordner.

Saalkreis

b II) Die um die Bahnstationen Könnern und Nauendorf

liegenden Ortschaften benutzen den Zug ab Könnern 6.04 Uhr, ab Nauendorf 6.28 Uhr. **Endstation Teicha.** Alle Ortschaften des **Saalkreises** bis an die Chaussee Halle—Oppin—Brachstedt marschieren in losen Gruppen nach **Mötzlich.** Eintreffen 8¾ Uhr morgens. Alle übrigen Ortschaften des Saalkreises müssen 8¼ Uhr in Reideburg eintreffen.

c) Linie Bitterfeld—Wittenberg

Alle im Kreise Wittenberg wohnenden Arbeiter fahren ab **Wittenberg** 2.37 Uhr morgens bis **Hohenthurm.**

Alle im **Kreise Bitterfeld** wohnenden Arbeiter fahren mit dem Zuge ab **Bitterfeld** 3.30 Uhr bis **Hohenthurm.** Sämtliche Teilnehmer, auch diejenigen, die zu Fuß marschieren, müssen spätestens **4 Uhr in Hohenthurm** eintreffen. Von dort aus werden sie in kleineren Trupps weitergeleitet.

d) Linie Falkenberg—Liebenwerda—Torgau—Eilenburg —Delitzsch

Die Arbeiter der Ortschaften **Liebenwerda, Ortrand, Bockwitz, Lauchhammer, Nauendorf, Mückenberg, Großthiemig, Hirschfeld, Plessa** und alle in der Umgebung gelegenen Orte treffen sich Sonnabend 6 Uhr in Liebenwerda und benutzen den Zug 6.17 Uhr in Richtung Falkenberg. Alle übrigen Orte des Kreises marschieren oder fahren bis Falkenberg. Um 9.05 Uhr abends bis Halle-Hauptbahnhof. Die Arbeiter des Kreises **Torgau** konzentrieren sich in Torgau und fahren ab Torgau 3.40 Uhr morgens bis Station **Peißen.** Die um **Eilenburg** sich gruppierenden Ortschaften fahren ab Eilenburg 4.42 Uhr. Die zwischen Eilenburg und Delitzsch liegenden Orte benutzen denselben Zug oder marschieren bis Eilenburg oder Delitzsch. Für **Delitzsch und umliegende Orte Abfahrt** 5.— Uhr **ab Delitzsch. Endstation ist Peißen.** Von da Weiterleitung ab 6.— Uhr nach Halle.

Die Arbeiter der in dem vorstehenden Plane nicht ausdrücklich genannten Ortschaften oder Gebietsteile finden sich zu dem angegebenen Zeitpunkt an der nächstliegenden Weiterleitungsstelle ein. Soweit Lastauto oder Pferdegespanne zur Verfügung stehen, sind dieselben auszunutzen.

e) Richtung Leipzig—Schkeuditz

Die aus der Richtung Leipzig-Schkeuditz kommenden Klassengenossen benutzen den Zug 4.55 Uhr früh ab Leipzig und fahren bis **Station Dieskau.** Von dort Weiterleitung durch Ordner in losen Gruppen nach Halle.

Ordnerdienst

Die Ordner sind kenntlich durch rote Armbinden mit der Aufschrift: **„Deutscher Arbeitertag Halle".** Ihren Anordnungen ist unbedingt nachzukommen. Sie haben die Verantwortung für einen reibungslosen Verlauf der Kundgebung.

Arbeitertagsabzeichen

Alle Teilnehmer am Deutschen Arbeitertag sind verpflichtet, das Abzeichen des Deutschen Arbeitertages zu tragen. Dasselbe ist bei den Ordnern für 20 Pf. zu verlangen.

Quartiere

Für die auswärtigen Teilnehmer am „Deutschen Arbeitertag" sind Massenquartiere vorgesehen. Die Quartier-Kommission befindet sich im „Volkspark". Die Delegationsführer haben die notwendigen Quartiere anzufordern. Bezüglich der Verpflegung der auswärtigen Delegationen ist mit dem Oekonomen des „Volkspark" vereinbart worden, daß er zu einem billigen Preise Mittagessen liefert.

Die Delegationsführer sind verpflichtet, bei der Quartier-Kommission am Sonnabend nach der Protestkundgebung die Anzahl der zu Verpflegenden der Quartierkommission zu melden.

Der **Arbeiter-Samariterbund** hat seine Unterstützung der Durchführung zugesagt. Es werden in den Meetingslokalen Sanitätswachen eingerichtet.

Der vorbereitende Ausschuß für den Allgemeinen deutschen Arbeitertag

Kommunistische Anordnungen zum Aufmarsch gegen den „Deutschen Tag" in Halle (11. 5. 1924)
So durfte die KPD ungestraft „arbeiten"!

Spitzel-Almanach

Unverkäuflich

E i g e n t u m d e r O r g a n i s a t i o n

(Als Manuskript gedruckt)

Einleitung

Der Spitzel-Almanach ist ein Handbuch für die leitenden Funktionäre der Kommunistischen Partei. Seine Aufgabe ist, die Gefahren aufzuzeigen, von denen die Partei ständig bedroht ist und ihnen die Mittel an die Hand zu geben, diese Gefahren erfolgreich zu bekämpfen. Die Abwehr jener dunklen Elemente, die die revolutionäre Organisation des Proletariats ausplündern wollen, oder die im Auftrage der Bourgeoisie den Versuch machen, sie auszuspionieren, sie zu unterwühlen, zu zersetzen und ihre aktivsten Mitglieder der Klassenjustiz auszuliefern, ist nicht nur eine Sache besonderer Vertrauensleute, sondern der Gesamtpartei.

Wenn die Funktionäre mit wirklichem Erfolg an dieser gemeinsamen und für die Gesamtpartei gerade in Zeiten politischer Flaute wichtigen Aufgabe mitwirken sollen, genügt nicht der gute Wille allein, sondern sie brauchen ein Mindestmaß von Sachkenntnis. Das vorliegende Handbuch vermittelt diese in zweierlei Hinsicht:

1. Es gibt einen Überblick über unsere unterirdischen Feinde, ihre Absichten, ihre Kräfte, ihre Methoden und die Organisationen, die hinter ihnen stehen. Es zeigt, woran es liegt, daß sie verhältnismäßig leicht in die Arbeiterbewegung eindringen können und was wir tun müssen, um die Partei dauernd vor ihren Anschlägen zu sichern.

2. Durch die Aufstellung einer Liste der überführten Parteischädlinge ermöglicht es deren systematische Kontrolle und Fernhaltung von der Organisation.

5

Brandt, Hermann, Berlin, Försterstraße 4, Spitzel in Berlin. (Bild Nr. 11.)

Brandt, Hubert, wohnhaft Neu-Kölln, Wißmannstraße 27. 1922 in Berlin, hauptsächlich in den Kreisen der anarchistischen Jugend als Spitzel und Provokateur, gleichzeitig Parteimitglied. Stand nach seinem eigenen Geständnis mit der I a in Verbindung. Im Plättner-Prozeß war er der Hauptbelastungszeuge der Polizei. Warnung bisher nur durch die Organisation. (Bild Nr. 12.)

Brockner, Max, aus Göttingen (nannte sich auch Borkenau). 1923 Spitzel in Leipzig. Stand mit dem Spitzel Weiß in enger Verbindung. Warnung durch die Organisation am 8. 10. 1923.

Brode, Willy, Merseburg. Spitzel während der Märzaktion. Er verriet gegen hohe Belohnung die beabsichtigte Sprengung einer Eisenbahnbrücke zwischen Merseburg und Sangerhausen der Polizei. Ein Arbeiter wurde daraufhin erschossen. Das Geld verjubelte er auf Rügen.

Broszik, Janus. 1922 als angeblicher politischer Flüchtling in Berlin. In Wirklichkeit Polizeispitzel. Bereits aus der Tschechoslovakei bekannt. Ging nach dem Ruhrgebiet. Warnung durch die Organisation 24. 5. 1922.

Bruni, Enrico, Italiener. 1922 als Schwindler und Spitzel in Deutschland. Er gab sich als italienischer Kurier aus, erschwindelte Unterstützungen, denunzierte Emigranten. Hat sich später angeblich über Brüssel nach Paris begeben. Öffentliche Warnung im April 1922. (Bild Nr. 13.)

Budich, Fritz, Deckname: **Dietz.** 1,70 groß, ovales Gesicht, dunkelblondes Haar, Alter etwa 32 Jahre. 1922 im Rheinland. Schwindler, Quartierdieb und Spitzel. Gab sich als politischer Flüchtling aus. Öffentliche Warnung am 18. 2. 1922. (Bild Nr. 14.)

7 97

Kommunistischer „Spitzelalmanach"

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Nationalsozialisten! Alte Parteigenossen u. Genossinnen!

Freitag den 27. Februar 1925, abends 8 Uhr findet im Münchener Bürgerbräu-Keller Rosenheimerstraße

zur Wiederbegründung
der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die erste

Große öffentl. Massenversammlung

statt / Es wird sprechen: Pg.

Adolf Hitler

über:

Deutschlands Zukunft und unsere Bewegung

Eintritt zur Deckung von Saal- und Plakatunkosten 1 Mk

Der Ueberschuß soll die Bildung des Kampfschatzes der Bewegung einleiten

Juden haben keinen Zutritt

Einberufer: Amann

Karten im Vorverkauf ab Donnerstag den 26. Februar 1925 Thierschstr. 15 I (Buchhandlung) erhältlich

Das Kampfblatt d. Nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands ist der „Völkische Beobachter", Herausgeber Adolf Hitler

Die erste Ausgabe erscheint als Sondernummer am Donnerstag den 26. Februar 1925, mittags, und ist bei allen Zeitungsverkäufern erhältlich

Plakat zur ersten Massenversammlung der NSDAP zu ihrer Neugründung (27.2.1925)

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

HAUPT-GESCHÄFTSSTELLE DER PARTEILEITUNG: MÜNCHEN / THIERSCHSTR. 15

Telefon-Nr. 20647 / Postscheckkonto 23319 / Geschäftsstunden: 8 bis 12 Uhr und 2 bis 6 Uhr nachm. / Samstag nachm. und Sonn- und Feiertag geschlossen
Kampfzeitung der Partei: „Völkischer Beobachter" / Geschäftsstelle der Zeitung: Thierschstr. 15 / Telefon 20647
Schriftleitung: Schellingstr. 39 / Telefon-Nr. 20801 / Postscheckkonto 11346

MÜNCHEN, Datum des Poststempels.

Herrn ~~Frau~~ Gerhard Rühle, Stud.

MÜNCHEN

Franz Josefstr. 41/4

·/. Auf Grund Ihrer Anmeldung wird Ihnen anliegend das Mitgliedbuch übersandt mit dem Bemerken, daß Sie, mit Rücksicht auf die Lage Ihrer Wohnung, zur Sektion Schwabing gehören.

Ort und Zeit der Sprechabende werden jeweils in unserem Kampfblatte „Völkischer Beobachter" bekanntgegeben. Ehrenpflicht eines jeden Parteigenossen ist die Haltung und Weiterverbreitung unserer Kampfzeitung.

Die Mitgliedsbeiträge sind im Voraus entweder bei der Geschäftsstelle oder aber an den Sprechabenden beim Sektionskassier oder auf unser Postscheckkonto Nr. 23319 unter Angabe des Namens und der Wohnung sowie der Mitgliederbuch-Nummer einzubezahlen.

Wohnungsänderungen wollen umgehend der Hauptgeschäftsstelle schriftlich oder mündlich bekanntgegeben werden.

Mit treudeutschem Heilgruss!
National-Sozialistische
Deutsche Arbeiter-Partei
Geschäftsführung.

Mitteilung über Wiederaufnahme in die NSDAP (Unterschrift: Reichsgeschäftsführer Bouhler)

Neugründung der NSDAP im Frühling 1925

Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

109. Ausg., 36. Jahrg. — München (Donnerstag), den 7. Juni 1923 — Preis 300 Mark

---

Nicht wegwerfen! Weitergeben! — Einzelpreis 20 Pfennig

Freiheitskampf,

Wochenblatt für das werktätige Volk.

Geschäftsstelle: Bernburg, Cöthensche Str. 26 I.
Postbestellort: Aschersleben.

Verlag: „Freiheitskampf", Bernburg
Expedition und Postbestellort: Aschersleben.
Druck der Buchdruckerei Paul Feld, Komm.-Ges., Aschersleben

Folge 5. — Sonnabend, den 2. Hornung (Februar) 1924. — 2. Jahrgang.

Weimar, 5. April 1924
1. Jahrgang Nr. 11
Erscheint Mittwochs und Sonnabends

Einzelpreis 20 Pfennig
Monatlicher Bezugspreis 1 Mark

Der Völkische

Thüringer Kampfblatt für ein völkisch-soziales Großdeutschland

---

Preis 15 Pfennig — Preis 15 Pfennig

Der Nationalsozialist

Herausgeber: Hermann Esser, München

Schriftleitung und Verlag: München, Thierschstr. 15.



Folge 13 — München, den 3. Januar 1925 — 2. Jahrgang

Weitergeben! — Preis 20 Pfg.

Mitteldeutscher Beobachter

Kampfblatt

der National-sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei für Mitteldeutschland

Geschäftsstellen: Halle, Viktoriaplatz 1 — Leipzig, Davidstr. 10. — Magdeburg, Lüneburger Straße 1. — Telephon 1411.

Nummer 17. — 3. Ausgabe Juli. — Jahrgang 1926.

Köpfe von Parteizeitungen aus den Jahren 1923 bis 1926

Jahrgang 1926 / Folge 1

Preis 25 Pfennig

DER ILLUSTRIERTE BEOBACHTER

Verlag Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 2, NO 2

München, Juli 1926

DER TAG VON WEIMAR · 3./4. JULI 1926



Adolf Hitler

Erste Nummer des „Illustrierten Beobachter“
(zum Reichsparteitag in Weimar im Juli 1926)



Delegiertenkarten und Presseausweis zu den Reichsparteitagen der NSDAP in Weimar und Nürnberg (1926, 1927 u. 1929)

Dawes-Sondernummer

Der Angriff

Herausgeber: Dr. Goebbels. Einzelpreis 20 Pf.

Für die Unterdrückten / Das Deutsche Montagsblatt in Berlin / Gegen die Ausbeuter

Nummer 39 — Montag, den 24. September 1928 — 2. Jahrgang

Gegen den Volksfeind

Berlin, im September.

Als nach dem 9. November 1918 die sieggewohnten deutschen Heere, dennoch geschlagen und um den Preis ihres Opfertums betrogen, in die Heimat zurückfluteten, da stand in den Hirnen und Herzen jener grauen Frontsoldaten das Bewußtsein einer neuen Mission und der Wille zum Staat auf. Eine junge Generation, unerzogen in den Taktiken der großen Politik, ohne handwerksmäßige Tradition und nur ausgerüstet mit jenem sicheren Instinktgefühl für Seiendes und Werdendes, wurde mit einem Male unvermittelt und wenig vorbereitet vor die elementarste Aufgabe gestellt, die die Geschichte einem Volk, auch und gerade einem geschlagenen Volk nach Krieg und Zusammenbruch aufgeben kann: den Staat zu formen. Und diese jungen Männer, die vor Ypern und Verdun unerschüttert gestanden waren, versagten davor, mußten davor versagen, da ihre Ueberzahl, in Unkenntnis der treibenden Kräfte und Menschen Frieden schloß mit Mächten, mit denen es keinen Frieden, sondern nur Kampf gibt, bei dem der eine oder der andere zerschmettert am Boden liegen bleibt.

Am Anfang der deutschen Republik stand die Kapitulation, und es war nur folgerichtig, wenn die Männer, die Weimar schufen, auch Versailles unterschrieben. Diese beiden Akte sind nur dem Schein nach zwiefach. Im Wesen sagen und bedeuten sie dasselbe: die Ueberführung der deutschen Volkshoheit an die wesen- und raumlosen Mächte des Weltgeldes, die sich je nach Bedarf in die Maske des Freundes oder des Feindes kleiden. Weimar gab die Form, Versailles den Inhalt des neuen, sogenannten Staates, der nun auf den Trümmern des großen Krieges errichtet wurde.

Und dabei war die deutsche Lage in jenen schicksalsschweren Monaten durchaus nicht so verzweifelt, als es dem oberflächlichen Blick fürs Erste scheinen mochte. Wir hatten den Krieg verloren: ein Volk kann und darf einen Krieg verlieren und braucht dabei nicht Schaden zu nehmen an seiner Seele. Was schwerer wog: wir verloren den Umbruch, jenen Revolution genannten Akt der Meuterei, verloren ihn vor uns selbst ganz und bis zum letzten grausamen Ende, das in Versailles sichtbar wurde.

Versailles war ein Kriegsschluß ohne faules und vergiftetes Beiwerk. Rund und nüchtern, ohne Phrase und Vorbehalt wurden wir unter die Knute rachsüchtiger und machthungriger Sieger gezwungen. Und es gab damals niemanden unter uns, der darüber im Unklaren blieb. Das war ein Frieden ohne Frieden, ein Kriegsende, das in seinem Schoße Haß, Empörung, Revolution, Krieg barg. Das wußten wir alle: Versailles bedroht unser Leben; Versailles wird von uns zerbrochen, oder wir zerbrechen unter ihm. Quer durch den deutschen Lebenskörper zog sich diese klaffend-blutige Wunde, aus der in breitem Strom unser rotes, warmes Volksblut floß. Diese Wunde mußte heilen, oder wir verbluteten daran.

Niemand stand damals auf unter uns und erfand silberne Streifen am Horizont. Keiner sah in Versailles Sanierung und glaubte, dabei einen Weg ins Freie erkennen zu können. Wir waren ein Volk der Verzweiflung, mit schwindendem Blut und siechendem Leib, zum Letzten heranreifend, ein Volk, dem schnell und durchgreifend geholfen werden mußte, oder es ging zugrunde.

Die Soldaten wurden abgelöst von den Staatsmännern, die ihrerseits nur die Kulisse abgeben durften für die gefährlicheren Mächte des Geldes. Das große Leid des deutschen Volkes ging von Versailles über Spaa, London und Genua, zurück nach London, einen erschütternden Weg der Umformung politischer Versklavung in kommerzielle Fron; und als am 29. August 1924 im Deutscher Reichstag genannten Verpfändungstribunal der weißen Geldprovinz die letzten Reste unserer Souveränität den raumlosen Mächten des Geldes verpfändet wurden um einer Atempause, eines Scheinfriedens, eines Trugerfolges willen, da war jene Entwicklung vollendet, die aus einem Heldenvolk eine Helotenarmee, aus einer Nation von Ehre eine wesen- und wurzellose Gemeinschaft von Profit, Flitter, Armut und Schmach machte.

Versailles war eine blutende Wunde. Dawes ist eine zehrende Schwindsucht. Und es ändert gar nichts an unserer trostlosen Lage, daß dieser Versklavungspakt im Guten zu beginnen scheint; um so sicherer und folgerichtiger wird er im Bösen enden. Blutende Wunden bindet man ab. Niemand täuscht sich über ihre Gefährlichkeit hinweg. Zehrende Krankheiten kommen meist harmlos und unerkennbar. Sie schleichen sich an ihre Opfer heran wie der Dieb in der Nacht. Der von der Schwindsucht Befallene wird um so eher geneigt sein, sich über die Furchtbarkeit seiner Krankheit hinwegzutäuschen, als die Natur in einer grotesken Laune ihn manchmal in diesem Bestreben zu unterstützen scheint. Sie zaubert ihm eine verführerische Röte falscher Gesundheit auf die schon müden Wangen, läßt das kranke Auge in einem lächelnden Glanz strahlender Lebenslust leuchten, aber schon der Volksmund hat dafür den treffendsten Ausdruck gefunden: Kirchhofsröslein. Dieser Kranke ist gezeichnet, nicht zum Leben, sondern zum Tode.

Deutschland unter dem Dawespakt: das ist ein Volk, das an der Auszehrung leidet. Kredite und Anleihen sind für dieses Volk nur Morphiumspritzen, die zwar auf eine zeitlang die Schmerzen mildern und einen Zustand trügerischer Gesundheit hervorzaubern können — aber der Giftstoff frißt sich unentwegt weiter in die lebenswichtigen Organe hinein, bis der Organismus, ausgehöhlt und durchpestet, eines Tages erschöpft und todwund zusammenbricht, um nie wieder aufzustehen.

Das beginnt im Wirtschaftlichen und endet im Organischen. Die Wirtschaft ist sozusagen nur das Einfallstor, durch das der Bazillus den Weg in den Volkskörper sucht und findet. Es wäre falsch anzunehmen, die Produktion könne zerstört werden, ohne daß das Volk darunter an seinem seelischen Bestand ernsthaft zu Schaden komme. Die raumlosen Mächte, die uns als unerbittliche Gegner gegenüberstehen, beginnen heute nur wirtschaftsfeindlich, um volkszerstörend aufhören zu können. Vor uns erhebt der ewige Volksfeind, der Jude, die Demokratie, der Kapitalismus, — alles nur Umschreibungen desselben Geistes, der stets verneint, — seine unheilvolle Drohung des Untermenschen. Und es gibt dagegen für uns nur eine Wahl:

Kampf oder Untergang!

Wir führen in diesem Jahr 2½ Milliarden an staatlichen Verpflichtungen ab an die Weltgeldmächte. Dazu kommen 2 bis 3 Milliarden Zinszahlungen für Schulden privatwirtschaftlicher Natur. Dazu kommt ein Handelsbilanzpassivum von gering angeschlagen 6 bis 8 Milliarden für das laufende Jahr. Das heißt in der Umgangssprache: das deutsche Volksvermögen, ohnehin durch Krieg und Revolte bis ins Innerste erschüttert, schwindet in einem Normaljahr um rund 10 bis 12 Milliarden. Man überdenke diesen Kurs auf 10 Jahre in die Zukunft, dann steht an seinem Ende das vom internationalen Volksfeind gewünschte Ergebnis: eine zerbrochene Nation, eine Helotenarmee, hausend in einer Wüste von Asphalt und Armut.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch bedingt automatisch den Verfall unseres Volkstums auf allen Gebieten. Wir sehen ja schon Hand in Hand mit ihm vorwärtsgreifend den Charakterzusammenbruch dessen, was wir deutsch zu nennen gewohnt sind, in Politik, Kultur, nationalistischem Denken und sozialistischem Handeln. Die deutsche Seele ist vergiftet, und nur das Wunder der Wiederaufrichtung des Charakters vermag sie im Wesen wieder zur Gesundheit zu bringen.

Der Volksfeind schlägt seine Krallen in unser Leben hinein. Deutschland ist in seiner Existenz bedroht. Entweder gelingt es uns, das Volk zur Besinnung und zum Angriff gegen die überstaatlichen Mächte zu bringen, oder das Ende ist da.

Darum werden wir nicht müde zu mahnen, zu sammeln, aufzurütteln und als immer waches Gewissen im Untergang zu Anbruch und Ausbruch zu rufen:

Zerschmettert den Volksfeind!

Dr. G.

Aus der Dawes-Kolonie

Im weiteren Verlauf der Stinnes-Angelegenheit ist gegen den „Bankier" Leo Hirsch ein Verfahren wegen Bestechung eröffnet worden. Er hat versucht, eine Stenotypistin im Moabiter Gericht zu veranlassen, ihm Auskünfte über den Stand des Prozesses zu erteilen. Im übrigen nimmt der Prozeß selber nur einen sehr schleppenden Fortgang. Der mit der Bearbeitung des Falles betraute Staatsanwalt ist ein Jude namens Berliner.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Wiesbaden wurde der Geschäftsführer des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend, Karl Bauer, wegen schwerer Urkundenfälschung, Betrug und Untreue zum Nachteil des Konsumvereins, zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis verurteilt. Bauer war nach der Revolution, ohne jemals Soldat gewesen zu sein, Arbeiter- und Soldatenrat und später sozialdemokratischer Stadtverordneter.

Was heißt Dawes?

Deutschlands Armut wird ewig sein!

Sondernummer des Angriff gegen den Dawesplan (24. 9. 1928)



Werbebroschüren der NSDAP
(die beiden Hefte links oben sind von Pg. Dr. Goebbels)



Antinationalsozialistische Propaganda der Gegenseite



ZU UNS!



Erste nationalsozialistische Werbepostkarten von dem Zeichner Mjölnir (Schweitzer) Die Karte links ist die älteste

Berlin, 18. VI 29.

[illegible]

Dein

Horst Wessel.

[illegible]

Ein Brief Horst Wessels
(aus dem Jahre 1929, als er die Führung des SA Sturmes 5/Berlin übernommen hatte).

Der Angriff

Herausgeber: Dr. Goebbels — Einzelpreis 20 Pf. In Danzig: 25 Dzg. Pf.

Für die Unterdrückten / Erscheint jeden Donnerstag und Sonntag / Gegen die Ausbeuter

Nummer 17 [illegible] Donnerstag, den 27. Februar 1930 [illegible] 4. Jahrgang

Ein Toter ruft zur Tat!

Kamerad Wessel

Kamerad Wessel,
wir trauern um dich . . . .
Unsere Augen verlernten das Weinen:
Unsere Augen wollen versteinen,
Da uns das Leuchten der deinen
verblich —
Kamerad Wessel, wir trauern um dich!

Kamerad Wessel, wir ehren dich . . .
Tief zur Erde die Fahnen wir senken;
Hoch nach Walhall die Blicke wir lenken,
Schauernd, als wenn
ein Adler entwich —
Kamerad Wessel, wir ehren dich!

Kamerad Wessel,
wir denken an dich . . .,
Wenn für Deutschlands Zukunft
wir streiten,
Soll dein heldischer Geist uns begleiten,
Brausend wie Lenzwind,
der wild uns umstrich —
Kamerad Wessel, wir denken an dich!

Kamerad Wessel, wir rächen dich . . .
Schwelend genährt von
Elend und Schmerzen,
Bricht einst der Haß
aus gemarterten Herzen,
Lodernde Flamme, die nimmer verblich —
Kamerad Wessel, wir rächen dich!

Hanns Pist.

Kam'raden, die Rotfront erschossen

Die Fahne hoch

An einem späten Abend: der seltene Genuß der ungestörten Lektüre eines guten Buches. Voll Beseligung atmet man Frieden und Entspanntheit in sich hinein. Da klingelt mitten in der Stille das Telefon. Voll banger Ahnung nimmt man den Hörer von der Gabel. Es ist furchtbarer, als man erwarten konnte: „Horst Wessel ist soeben niedergeschossen worden". Zitternd vor innerem Grauen die bange Frage: „Tot?" „Nein, aber wohl hoffnungslos!" Nun werden die Wände eng, und die Decke droht niederzustürzen. Aber dann bäumt sich alles auf gegen das Unfaßbare. Das kann nicht sein!

•

Ein paar Tage später. Ich trete in dieses schmale Krankenzimmer zu ebener Erde und schrecke zurück vor diesem unerträglichen Anblick. Wie hat die Kugel in dem feinen Kopf dieses heldenhaften Jungen gewütet. Sein Gesicht ist entstellt. Ich kenne ihn kaum wieder. Er aber ist eitel Freude und Glück. Seine hellen, klaren Augen leuchten auf; wir können nicht viel reden. Der Arzt hat ihm jede Aufregung verboten. Er sagt nur immer wieder die paar Worte: „Ich freue mich". Er brauchte das gar nicht zu sagen. Denn man sieht es ihm gleich an. Unter Blut und Wunden ein junges, leuchtendes Lächeln. Er glaubt noch.

•

Ich saß dann einen Sonntag-Nachmittag an seinem Bett, als der Schwarm der Besucher sich verlaufen hatte und die weiche Dämmerung langsam durch die hohen Fenster kam. Man durfte wieder hoffen. Es ging aufwärts; das Fieber war gesunken, die Wunden in Heilung. Er saß halb aufrecht, und erzählte. Wovon? Dumme Frage! Von uns, von der Bewegung, von seinen Kameraden. Sie waren den Nachmittag draußen vor der Tür gestanden und dann einer nach dem anderen vorbeigegangen, mit erhobenem Arm, um ihren jungen Sturmführer einen Augenblick zu sehen und zu grüßen. „Ohne das wäre es nicht zu ertragen!"

Ich schaue auf seine Hände, die nun ganz schmal und weiß geworden sind. Mitten in diesem hageren Gesicht steht scharf und gebieterisch die Nase, darüber funkeln zwei helle Augen. Schon im Fieber? Er kann nichts essen; seine Kräfte nehmen zusehends ab, aber der Geist ist frisch und regsam. Lesen darf er nicht. Nur erzählen, erzählen. Es fällt schwer, dem mahnenden Wink der Schwester Folge zu leisten. Werde ich ihn noch einmal sehen? Wer weiß! Wenn keine Blutvergiftung hinzukommt, wird alles gut gehen.

Draußen im Garten steht eine einsame Mutter. Ihr Blick ist eine einzige große Frage. „Wird er's schaffen?" Was soll man anderes sagen, als Ja. Man redet es sich selbst und anderen ein.

Die Blutvergiftung kam. Am Donnerstag ist man sich dessen klar, daß nur noch geringe Hoffnung besteht. Er möchte mich sprechen. Auf einen Augenblick erlaubt es der Arzt. Wie schwer geht der Schritt über diese schmale Schwelle, vor der schon der Tod Wache hält! Er weiß noch nichts vom Ernst seines Zustandes. Aber als ahnte er dumpf, daß es das letzte Mal sei: „Gehen Sie nicht weg!" bettelt er. Und die Schwester gibt nach; es beruhigt ihn. „Sie dürfen nicht den Mut verlieren. Das Fieber geht auf und ab. Auch die Bewegung lag zwei Jahre im Fieber, und trotzdem ist sie heute stark und gesund". Das tröstet ihn. „Wiederkommen!" flehen seine Augen, seine Hände, seine heißen, trockenen Lippen, als ich schweren Herzens gehen muß. Eine dumpfe Ahnung sagt mir, daß es ein Abschied für immer ist.

•

Sonnabend früh. Sein Zustand ist hoffnungslos. Der Arzt gestattet keinen Besuch mehr. Der Todwunde rast in Fieberphantasien. Er erkennt schon seine eigene Mutter nicht mehr.

•

Sonntag früh um 1/27 Uhr gibt er nach schwerem Kampf seinen Geist auf. Als ich nach zwei Stunden an seinem Totenbett stehe, kann ich gar nicht glauben, daß das Horst Wessel ist. Sein Gesicht ist wachsgelb. Die Wunden sind noch verdeckt mit weißem Verband. Schwarz stehen auf dem schmalen Kinn die Stoppeln. Die Augen sind halb offen und starren gläsern ins Leere; in die Unendlichkeit, die noch vor uns allen droht. Mitten unter Blumen, weißen, roten Tulpen und Veilchen liegen schmal und fahl die müden Hände.

Horst Wessel ist hinübergegangen. Nach Kampf und Streit liegt hier stumm und regungslos das, was sterblich an ihm war. Aber, ich fühle es fast körperlich sicher, sein Geist stieg auf, um mit uns allen weiter zu leben. Er hat es selbst geglaubt und gewußt; er gab dem hinreißenden Ausdruck: er „marschiert in unseren Reihen mit".

•

Wenn später einmal in einem deutschen Deutschland Arbeiter und Studenten zusammenmarschieren, dann werden sie sein Lied singen, und er wird mitten unter ihnen sein. Er schrieb es hin in einem Rausch, in einer Eingebung, wie aus einem Guß, dieses Lied, das aus dem Leben geboren ward und dazu, wieder Leben zu zeugen. Schon singen es landauf, landab die braunen Soldaten. In zehn Jahren werden es die Kinder in den Schulen, die Arbeiter in den Fabriken, die Soldaten auf den Landstraßen singen. Sein Lied macht ihn unsterblich. So hat er gelebt, so ist er dahingegangen. Ein Wanderer zwischen zwei Welten; zwischen dem Gestern und dem Morgen, dem Gewesenen und dem Kommenden. Ein Soldat der deutschen Revolution! Wie er so manchmal, die Hand am Gurt, stolz und aufrecht, mit dem Lachen der Jugend auf den roten Lippen seinen Kameraden voranschritt, immer bereit, sein Leben einzusetzen, so wird er mitten unter uns bleiben.

Ich sehe im Geiste Kolonnen marschieren, endlos, endlos. Ein gedemütigtes Volk steht auf und setzt sich in Bewegung. Das erwachende Deutschland fordert sein Recht: Freiheit und Brot!

Hinter den Standarten marschiert er mit, in Schritt und Tritt. Vielleicht kennen ihn dann die Kameraden nicht mehr wieder. Viele gingen dahin, wo er jetzt ist. Neue kamen und kamen.

Er aber schreitet stumm und wissend mit. Die Banner wehen, die Trommeln dröhnen, die Pfeifen jubilieren; und aus Millionen Kehlen klingt es auf, das Lied der deutschen Revolution:

„Die Fahne hoch!"

Dr. G.

Die Flugpost

Die Beerdigung Horst Wessels findet am Sonnabend, 1. März vom Trauerhause Jüdenstr. 51-52 aus statt. Vorbehaltlich der polizeilichen Genehmigung wird sich der Trauerzug durch folgende Straßen bewegen: Hoher Steinweg, Neuer Markt, Kaiser Wilhelmstraße, Bülowplatz, Hankestraße, Koblenzstraße, Linienstraße und Prenzlauer Tor. Näheres erfahren unsere Parteigenossen und Freunde durch Veröffentlichungen am Freitag und Sonnabend in der nationalen Tagespresse.

•

Die „Rote Fahne" bringt es fertig, von dem von ihren Anhängern ermordeten Horst Wessel noch im Tode als von einem „Zuhälter" zu sprechen. Wir bekennen, daß wir eine solche bübische Gemeinheit selbst nicht von seiten dieses Mordhetzer-Gesindels in den kommunistischen Redaktionsstuben erwartet hätten. Angesichts dieser ungeheuerlichen Provokation, der schwersten, die man einer politischen Bewegung zufügen kann, fordern wir alle Parteigenossen auf, Ruhe und Disziplin zu bewahren. Das Andenken Horst Wessels ist uns zu heilig, als daß es von dem viehischen Gegeifer [illegible] jüdischer Soldschreiber beeinträchtigt werden könnte, um so mehr, als der Tote noch nicht seine Ruhestatt gefunden hat, die wir ihm würdig bereiten wollen. Wir hoffen und sind gewiß, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem auch diese Ungeheuerlichkeit in einer großen Gesamtabrechnung gesühnt wird. Wir beißen die Zähne zusammen, bewahren kaltes Blut und harren — auf den Tag!

•

Bei den am 20. Februar stattgefundenen Studenten-Wahlen an der Universität Kiel, errangen die Nationalsozialisten einen großen Erfolg. Im ersten Ansturm errangen sie 6 Sitze von insgesamt 18 Sitzen. Auch in Würzburg und in Mannheim konnte der Nationalsozialistische Studentenbund beträchtliche Erfolge erzielen.

•

Ein Konflikt, der zwischen Herrn Dr. Bernhard Weiß und dem Polizeiobersten Heimannsberg im Berliner Polizeipräsidium ausgebrochen ist, droht das gesamte Gefüge des Berliner Polizeiapparates innerlich zu lähmen. Als Sieger im Streite wird wohl der jüdische Herr Weiß hervorgehen; man erwägt schon, ihn die Treppe hinauffallen zu lassen und ihm den Posten eines Regierungspräsidenten zuzuweisen.

•

Im Reichskabinett verschärfen sich die Gegensätze zwischen allen Koalitionsparteien in der Steuerfrage und wegen des Polenabkommens von Tag zu Tag mehr. Es erscheint ausgeschlossen, daß der Youngplan vor Mitte März seine Erledigung findet. Ursprünglich sollte er am 22. d. Mts. angenommen sein.

Der „Angriff" am Todestage Horst Wessels (27. 2. 1930) (Titelseite)

Horst Wessel †

Anordnung

zum Tode unseres Kameraden Horst Wessel.

Der Gau Berlin der N.S.D.A.P. verliert in Horst Wessel einen seiner begabtesten, eifrigsten und tapfersten Vorkämpfer. Er war, wie sein jüngst verunglückter einziger Bruder, die ideale Verkörperung jenes neuen Typs vom jungen deutschen Menschen, der, wissend und kämpferisch zugleich, die Generation darstellt, die heute aufmarschiert, um das Reich zu gewinnen. Wir alle stehen mit seiner Mutter und seiner einzigen Schwester tief erschüttert an der Bahre dieses jungen Märtyrers, der seine Liebe zum deutschen Volk mit dem Tode bezahlte.

Wir geben unserem Schmerz und unserer Erschütterung auch nach außen hin in folgendem Ausdruck:

1. Die gesamte Parteigenossenschaft trägt von heute ab bis zum 12. März einschließlich Trauer. Parteigenossen schwarze Binder oder Armtrauerflor, Parteigenossinnen Trauerschleife.

2. Während dieser Zeit meidet jeder Parteigenosse alle öffentlichen Vergnügungen, auch Kino und Theater, soweit sie nur unterhaltenden Charakters sind, und jede öffentliche Geselligkeit. Die einzelnen Gruppen sagen alle etwa zu Fastnacht geplanten Unterhaltungsabende ab, und kein Parteigenosse nimmt an irgendeiner karnevalistischen Veranstaltung anderswo teil.

3. Die kulturellen Veranstaltungen des Gaues bleiben davon, da sie ausschließlich ernsten, aufbauenden Zwecken dienen, unberührt.

4. Es wird den Eltern anheimgegeben, ihre Kinder dazu anzuhalten, beim Gebet das Schicksal zu bitten, die ganze deutsche Jugend mit dem Opfergeist unseres Kameraden Horst Wessel zu erfüllen.

5. In jeder bis zum 12. März stattfindenden Veranstaltung der Partei in Berlin wird zu Beginn in kurzen würdigen Ausführungen unseres Kameraden gedacht.

6. Sturm 5, dessen Führer Horst Wessel war, trägt auf Anordnung des Oberführers ab sofort den Namen „Horst-Wessel-Sturm 5".

7. Der Gau veranstaltet am 3. u. 4. März im Bachsaal, Lützowstr. 76 je eine Horst-Wessel-Gedenkfeier. Daran teilzunehmen ist jedes Parteigenossen Ehrenpflicht.

8. Das Andenken an Horst Wessel ist uns allen heilig. Wir werden dem durch Massenteilnahme an seinem Begräbnis Ausdruck geben. Bleibender jedoch wird er in unseren Herzen und in unserem Handeln fortleben!

Berlin, den 24. Februar 1930.

Dr. Goebbels
Gauleiter von Groß-Berlin
der N.S.D.A.P.

• • •

Nun hat es also doch sein sollen. Horst Wessel, unser Horst Wessel, ist nicht mehr.

Fünf qualvolle, schmerzensreiche Wochen hat er noch durchleiden müssen, seit ihn am 14. Januar feige, vom Bolschewismus gedungene Mörder meuchlerisch niedergestreckt hatten.

Nun hat er ausgelitten. Auf den Tag genau zwei Monate, nachdem ihm sein jüngerer Bruder Werner auf eine sanftere und doch nicht weniger erschütternde Weise im Tode vorangegangen war.

Wir neigen uns in Ehrfurcht vor der Mutter, die in zwei Monaten ihre beiden blühenden Söhne für die Freiheit des Vaterlandes opfern mußte. Und wir können ihr nichts anderes sagen, als was Baldur von Schirach in die tiefen Worte faßte:

Wir legen ihr das letzte Kind
In ihres Hauses Halle
Und sagen: Deine Söhne sind
Wir alle!

Wir wissen nicht, was aus Werner Wessel geworden wäre. Wir alle haben Großes von ihm gehofft. Horst aber, der ältere Bruder, hat uns Großes schon geschenkt. Sein Lied, und mit ihm er selbst, sind unsterblich geworden. So gewiß, wie unsere Bewegung den Sieg an ihre Fahnen heften wird, so gewiß werden unsere Kinder und Kindeskinder dieses Lied dereinst lernen und singen und mit glühenden Wangen und leuchtenden Augen hören von dem unvergleichlichen Heldentum der Braunhemden, die diesem Liede nachgelebt haben und nachgestorben sind, wie sein Dichter selbst.

Horst Wessel ist mehr gewesen als der „Unbekannte S.A.-Mann", dessen entsagungsreicher Opfersinn mit Recht gepriesen und besungen wird. Seine überragende Persönlichkeit hat ihn herausgehoben aus der Reihe der namenlosen Helden und ihn an ihre Spitze gestellt.

Als Neunzehnjähriger trat er im Jahre 1926 der Partei bei, nachdem er schon vorher seine glühende Liebe zu Volk und Vaterland in nationalen Organisationen betätigt hatte.

Er war Student und gehörte dem Corps Normannia-Berlin im Cösener S.C. an. Aber er war alles andere als das, was die Judenpresse so gerne als den Typus des Corpsstudenten hinzustellen pflegt. Die Synthese des Nationalsozialismus, die Synthese aus Faust und Stirn, hat er zunächst in sich selbst vollzogen. 1928 ging er nach Wien, um das Denken und die politische und wirtschaftliche Lage unseres österreichischen Brudervolkes kennen zu lernen. 1929 unterbrach er sein Studium, um als einfacher Arbeiter sein Brot zu verdienen und so das Denken und Fühlen seiner Volksgenossen im Arbeitskittel aus eigenem Erleben verstehen zu lernen.

Die harte Schule, die er sich damit selbst auferlegte, gab ihm das Recht und die Fähigkeit, sich dann trotz seiner Jugend als Prediger für seine, für unsere Idee vor die Massen zu stellen. Hunderte und aber Hunderte hat er so zu Nationalsozialisten gemacht.

Aber er war nicht nur ein Mann des Wortes, sondern auch ein Mann der Tat. Er übernahm den Sturm 5 des Gausturms Berlin. In kurzer Zeit gelang es ihm, dessen Mitgliederzahl zu verzehnfachen. Und zwar zu verzehnfachen aus den Reihen des marxistischen Lagers. Alles, was es in seinem Bezirk noch an ehrlichen, idealistischen Kämpfern im Roten Frontkämpferbund gab, hat er in die braune Front des Nationalsozialismus eingefügt. Bald war es so möglich, vornehmlich aus ehemaligen Kommunisten eine eigene Schalmeienkapelle des Sturmes zusammenzustellen. In vorbildlicher Weise war er dabei seinem Sturm Führer und Kamerad zugleich. Unerschütterliche Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Führer war der Dank seiner Braunhemden.

Aber eben durch seine großen Erfolge lud er auch den Haß des kommunistischen Untermenschentums auf sich. So konnte denn die kommunistische Partei willfährige Bestien zu einem Meuchelmorde an dem verhaßten Gegner dingen.

Die Tat ist noch in aller Erinnerung. Ein Schuß durch die aufgerissene Zimmertür seiner eigenen Wohnung, der Wessel Mund und Kiefer und eine Halsschlagader zerreißt. Vor dem Kleinhirn bleibt das Geschoß im Knochen stecken. Ein gewöhnliches Geschoß hätte auch diesen Knochen durchschlagen, wäre in das Gehirn gedrungen, und es wäre mit einem Male aus gewesen. Aber die viehischen Mordbuben hatten das Geschoß als Dumdumgeschoß angefeilt, so daß es selbst zerrissen wurde und an Durchschlagskraft verlor. So kam es, daß Wessel sich über fünf Wochen quälen mußte.

Seine Schmerzen waren unbeschreiblich. Die Operationen, bei denen ein großer Teil der Zunge weggeschnitten werden mußte, konnten nur ohne Betäubung durchgeführt werden. Selbst eine örtliche Betäubung war nicht möglich.

Das Krankenhaus Friedrichshain tat das Menschenmögliche, um Wessel zu retten. Aber es sollte nicht sein. Gegen die Blutvergiftung, die schließlich eintrat, war alle ärztliche Kunst machtlos.

Unendlich viel Liebe hat Wessel auf seinem Schmerzenslager erfahren. Alle seine Sturmkameraden und darüber hinaus viele, viele Parteigenossen hatten das Bedürfnis, ihm ihre treue Liebe und Anhänglichkeit zu beweisen. Und er war beglückt und gerührt durch soviel Kameradentreue. Aber schließlich mußte in seinem eigenen Interesse mit diesen allzu vielen Besuchen ein Ende gemacht werden, wollte man nicht alle Hoffnung auf Rettung aufgeben.

Doch auch der Haß des Untermenschentums schlug seine Wellen bis ans Ohr des Todwunden. Am 4. Februar sammelten sich in einem Augenblick, als das Aufsichtspersonal anderweitig beschäftigt war, kommunistische Bestien vor seiner Tür und riefen hohnvoll:

„Ist der Nazihund noch nicht verreckt? — Man sollte ihm den Schlund umdrehen, damit er endlich krepiert. — Wenn er raus kommt, wird er doch umgelegt".

Man kann sich die Wirkung dieser Worte auf den Unglücklichen denken. Sind das noch Menschen, mit denen man politisch kämpfen kann? Oder ist das nicht vielmehr ein ekles, giftiges Ungeziefer, das mit Feuer und Schwefel ausgetilgt werden muß?

Es ist ein schwacher Trost, daß der Haupttäter „Ali" Höhler und seine Komplicen festgenommen sind und ihrer Aburteilung entgegensehen. Denn auch die härteste Strafe kann uns den bitteren Verlust nicht ersetzen, und die eigentlichen Hintermänner des Mordes, die kommunistischen Führer, die ihr niedriges Werkzeug kaltlächelnd preisgegeben haben, laufen nach wie vor frei herum. So wird uns dereinst die Aufgabe der rächenden Vergeltung überlassen bleiben.

Horst Wessel, unser Horst Wessel, ist nicht mehr.

Nein, das ist nicht wahr! Horst Wessel ist! Horst Wessel lebt! Tausendfältig lebt er in uns allen. Tausendfältig kämpft er in uns, mit uns, wider alle Niedrigkeit und Sklavengesinnung, für das Reich, für das er gelitten hat und in den Tod ging, für unser Drittes Reich!

Dr.

Die Fahne hoch!

Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen!
S.A. marschiert mit mutig-festem Schritt,
Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen,
Marschier'n im Geist in unseren Reihen mit.

Die Straße frei den braunen Bataillonen.
Die Straße frei dem Sturmabteilungsmann!
Es schaun aufs Hakenkreuz voll Hoffnung schon Millionen,
Der Tag für Freiheit und für Brot bricht an!

Zum letzten Mal wird nun Appell geblasen!
Zum Kampfe stehn wir alle schon bereit!
Bald flattern Hitlerfahnen über alle Straßen,
Die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit!

Die Fahne hoch! Die Reihen dicht geschlossen!
S.A. marschiert mit mutig-festem Schritt,
Kameraden, die Rot-Front und Reaktion erschossen,
Marschier'n im Geist in unseren Reihen mit!

Horst Wessel †

Ein Schritt weiter

Im dauernden Wachsen ist die nationalsozialistische Hochschulbewegung begriffen. Die Zahl der deutschen Studenten, die nationalsozialistische Vertreter in die Studentenausschüsse der einzelnen Universitäten hineinwählten und die damit ein eindeutiges Bekenntnis zu Ziel und Wollen dieser Hochschulbewegung ablegten, beträgt heute bereits 26 000. Um diese Massen der akademischen Jugend mehr wie bisher zu erfassen, ein einigendes Band um sie zu schlingen und um sie zu schulen für ihre zukünftigen, übergroßen Aufgaben bei der Errichtung eines deutschen Staates, hat sich die Reichsleitung des Nat.-Soz. Deutsch. Studentenbundes entschlossen, einen großen Schritt nach vorwärts in ihrer Propaganda zu tun. Es wird daher der bisher monatlich erschienene „Akad. Beobachter" als Wochenztg. herausgegeben. Es soll Aufgabe dieser neuen Zeitung sein, eine bisherige Lücke im akademischen Zeitschriftenwesen auszufüllen. Durch ständige Information über den Kampf der deutschen Studenten gegen die Unterdrückung der akademischen Freiheit wird jedem einzelnen eine Waffe zum Kampf um die Selbsterhaltung in die Hand gegeben. Darüber hinaus wird die Besprechung von Fragen der Weltanschauung und Kulturpolitik mithelfen an der Gestaltung eines neuen Kulturbildes.

Aus den Sektionen

Sektion Schmargendorf. Viel zu wenig weiß man in Deutschland von Mussolini und seinem Faschismus, man begnügt sich gewöhnlich damit, was einem die Presse in Deutschland vorsetzt, die teils ihn nicht verstehen will, teils ihn absichtlich entstellt. Auch in nationalsozialistischen Kreisen ist man oft nicht tiefer in seine und seiner Partei Wesensart eingedrungen. So konnten wir es besonders begrüßen, daß uns am 12. Februar Pg. [illegible] äußerst günstiges Material über Mussolini vermittelte. Er stellte in seinem Vortrag Mussolini unserem Führer gegenüber und zeigte die vielen gleichen Symptome und Anschauungen dieser beiden Führer, wies aber auch auf manche Verschiedenheit hin, so z. B. daß Mussolini sich nie an ein Programm gebunden habe, während Hitler stets an der Unabänderlichkeit unseres Programms festhält. Viele Gäste konnten wir auch diesmal wieder auf unserem Sprechabend feststellen.

An alle Sek!

Alle Sektionen haben die „Zwiesprache" Nr. 2 am Sonnabend, dem 1. 3. 30, ab 11 Uhr vormittags von der Geschäftsstelle abzuholen. Die Abholer müssen mit einem Ausweis des Sek. oder [illegible]-Leiters versehen sein.

Organisations-Abteilung.

Horst Wessel-Gedenkfeier

Der Gau Groß-Berlin ehrt seinen ermordeten Kameraden Horst Wessel in zwei Gedenkstunden

am 3. und 4. März, abends 8.30 Uhr.

Da wir wegen der augenblicklich stattfindenden Karnevalsveranstaltungen keinen großen Saal in Berlin erhalten konnten, mußten wir die Gedenkfeierlichkeiten auf zwei Abende legen, um allen Parteigenossen die Teilnahme zu ermöglichen. An beiden Abenden wird die Totenehrung in gleicher würdiger Weise

im Bachsaal, Lützowstraße 76

stattfinden. Der Bachsaal hat nur ein beschränktes Fassungsvermögen. Aus diesem Grunde müssen wir die Mitglieder der Sektionen auf beide Abende verteilen.

Es beteiligen sich

am Montag, dem 3. März, die Sektionen:
Alexanderplatz — Andreasplatz — Baltenplatz — Friedrichshagen — Kaulsdorf — Kleist — Landsberger Platz — Lichtenberg — Moabit — Pankow — Prenzlauer Berg — Spandau — Stettiner Bahnhof — Tegel — Waidmannslust — Wedding — Weißensee — Wilhelmstraße — Wittenau,

am Dienstag, dem 4. März, die Sektionen:
Adlershof — Britz — Charlottenburg — Cöpenick — Dahlem — Friedenau — Halensee — Kreuzberg — Lichterfelde — Lankwitz — Neukölln — Oberspree — Reinickendorf — Rembrandt — Südost — Schmargendorf — Schöneberg — Steglitz — Wannsee — Zehlendorf.

Wir erwarten von der Parteigenossenschaft, daß sie sich in strenger Disziplin an die vorstehende Teilung hält. Der Polizei darf keine Gelegenheit gegeben werden, unsere Gedenkfeiern durch unwürdige Szenen zu beeinträchtigen.

Kassenöffnung: 7,15 Uhr. Unkostenbeitrag: 0,50 RM.

Jeder Handel ist verboten!

(Innenseite)

Sonderdruck aus der Nr. 47 des „Völkischen Beobachters" vom 26. Februar 1930.

„Während ein Volk zerfällt, entsteht aus ihm heraus ein neues Volk!"

Adolf Hitler über die zehnjährige Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung

10 Jahre Nationalsozialismus

Die nationalsozialistische Freiheitsbewegung als Folge und Symbol der heutigen Zeitenwende

Am zehnten Jahrestag der Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hielt

Adolf Hitler

in München in einer lange vor Beginn polizeilich gesperrten Massenversammlung vor Tausenden deutschen Volksgenossen folgende Rede:

10 Jahre sind eine lange Zeit, und 10 Jahre sind eine kurze Zeit. Wenn große Katastrophen über Völker hereinbrechen, dann ist die Vorbereitungszeit für diese Katastrophen oft eine unendlich lange. Manchmal dauern die Erscheinungen des vorbereitenden Verfalles Hunderte von Jahren. In eine solche Periode der Entwicklung des Verfalles, der Vorbereitung des Verfalles, sind 10 Jahre hineingestellt, wirklich eine kurze Zeit. Wenn auch Jahrhunderte notwendig sind, um zu einer bestimmten Entwicklung zu führen, so kann doch in wenigen Jahrzehnten oft das Schicksal die Konsequenzen dieser Entwicklung ziehen.

Wir stehen heute in einer Periode der Ernte dessen, was Jahrhunderte in unser Volk gesät haben, was unser Volk vergiftet hat, was aus ihm innere Stützen um Stützen herausbrach, schon in Zeiten, in denen diese innere Zerstörungsarbeit nur den Wenigsten sichtbar war. Dann kam die Stunde, in der die Saat der Zerstörung aufging. Nun kam die Ernte, nun wurden Hunderttausende und Millionen sehend. Sie sehen jetzt nur den Zerfall, die Katastrophe, nicht die lange Vorbereitung für diese Katastrophe, die fast Jahrhunderte dauernde Präparation unseres Volkes, die am Ende dorthin führen mußte, wo 1918 das Volk plötzlich mit einem Schlag gekommen war: eine Welt stürzte ein, alte Überlieferungen brachen plötzlich wie nichts zusammen, uralte Institutionen von jahrhundertelanger Dauer wurden im Handumdrehen beseitigt, und in diesem turbulenten Getobe erhoben sich neue Erscheinungen des Lebens. Man hat es gefühlt: **die Welt gebiert etwas Neues, wir stehen an einem Wendepunkt, eine neue Welt ist im Werden,** und in dieser Welt sehen wir in schnellster Verwandlung begriffen unser eigenes deutsches Volk. Was ist in den letzten 12 Jahren nicht zusammengebrochen, was hat sich nicht verändert, was ist nicht Neues erstanden! Hätte man vor 15 Jahren das alles prophezeit, daß deutsche Geschichte nichts mehr sein wird als ein Begriff, daß Anstand Ehre, Ruhm, Hochachtung der Vergangenheit vergessen wird, und daß eine Zeit kommen wird, in der man sogar sich dessen rühmt, was man früher als schändlich angesehen hat — man wäre ausgelacht worden. **Aber es gab Menschen, die diese Entwicklung 20 und 30 Jahre vorher prophezeiten. Als der alte Reichskanzler mit heißem Haupt in seinen Sachsenwald ging, sah er prophetisch auch diese Entwicklung kommen, er warnte und wurde nicht gehört. Die Mitwelt sah nicht die Vorbereitung zur späteren Katastrophe. Nun ist sie da.**

Es gibt auch jetzt noch Menschen, die sie als Wiederauferstehung bezeichnen, die meinen, daß man nicht bestreiten könne, daß in den letzten 12 Jahren unser Volk in staunenswerter Weise sich erhoben hat, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung nunmehr wiederhergestellt ist, daß die Wirtschaft sich langsam erholt, daß wir uns im Stadium einer langsamen Konsolidierung der Verhältnisse befinden. Es handelt sich aber dabei um Menschen, die überhaupt an nichts denken als an ihre Person. Denn auch diese Zeit, die für unser gesamtes Volk zu so entsetzlichen Folgen führte, brachte für einzelne einen Gewinn, die die Stufenleiter nach oben schneller nahmen, als sie sie auf Grund ihres tatsächlichen Könnens hätten nehmen dürfen, die heute erklären: Deutschland ist im Emporstieg begriffen, denn für mich ist Deutschland mein eigenes Ich und ich bin emporgestiegen. Diese Menschen sind selbst nur ein typischer Ausdruck des Verfalles der Zeit. Von ihnen abgesehen kann niemand bestreiten, daß wir in diesen 12 Jahren einen entsetzlichen Sturz nach unten nahmen und mit verstärkter Schnelligkeit noch mitten im Absturz begriffen sind.

Denn erstens ist unser Volk in seiner Zahl an sich zurückgegangen. Wer will behaupten, daß ein Volk aufsteigt, wenn es zahlenmäßig zurückgeht? Einst konnten wir sagen: Das deutsche Volk ist eine Weltmacht. Werden wir das in 100 Jahren noch sagen können, wenn 50 Millionen übriggeblieben sind und die anderen Nationen 400 bis 500 Millionen Menschen zählen?

Zweitens: können wir uns heute und in der Zukunft noch ernähren? Wir müssen das glatt verneinen. Das deutsche Volk befindet sich in einer Situation, die es ihm unmöglich macht, in der Zukunft das notwendige tägliche Brot zu finden. Alle Mätzchen unserer heutigen Zeit werden nicht verhindern können, daß wir eines Tages vor dem harten Entweder—Oder stehen: Entweder Deutschland bekommt mehr Raum, um sein Brot zu finden, oder es muß mehr exportieren. In beiden Fällen ist das Interesse der anderen Welt gegen Deutschland gerichtet.

Drittens: Wie steht es mit unserer inneren Kraft? Wir müssen gestehen, daß in diesen 12 Jahren, die so manchem Polizeipräsidenten als fabelhafter Wiederaufstieg erscheinen, tatsächlich unser Volk an innerer Kraft von Jahr zu Jahr abgenommen hat. Gewiß, es gibt vielleicht irgendeinen turbulenten Flegel, der sich schlecht aufführt, aber es kann sein Herz und Blut gesund sein, und der Mensch hat noch einen Wert. Daneben steht ein tuberkuloser Mensch von besten Lebensformen, der vollkommen in Ruhe und Ordnung aufgeht, aber Sie können nicht behaupten, daß dieser gesünder ist als der Flegel auf der anderen Seite. Gewiß, wir sind vor 13 Jahren vielleicht Flegel gewesen. Das deutsche Volk damals hat sich flegelhaft aufgeführt, Maschinengewehre knatterten, Handgranaten krachten. Gewiß war damals die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht angenehm und nicht so leicht wie heute. Aber das deutsche Volk bestand noch aus Männern. Heute haben Sie zwar Ruhe und Ordnung, aber

kein Volk von Männern mehr.

(Lebhafte Zustimmung.) Sie haben es langsam dahingebracht, eine pazifistische Schafherde aus unserem Volk zu machen, die willig dem Leithammel zur Schlachtbank nachläuft. Was die Kraft eines Volkes ausmacht, haben wir längst verloren. Unsere äußere Lage ist trostlos und elend. Es kann nicht anders sein. Das Volk, das im Innern keine Kraft besitzt, verliert nach außen das Lebensrecht. Deutschland unterschreibt Versailles, nimmt schwerste militärische Verpflichtungen auf sich und erfüllt sie. Im Rahmen des Vertrages versucht man, das zu tun, was uns gestattet ist. Und nun tritt eine Flottenkonferenz zusammen, und das Ergebnis: Wir bekommen neue Lasten. Sie sagen: Ihr baut die Schiffe nicht! Wir antworten: Es ist unser Recht. Recht? Wir verbieten es euch!

Sie brauchen es nicht zu verbieten; dem heutigen Deutschland braucht nichts verboten zu werden — es erfüllt freiwillig. Frankreich wünscht nicht, daß wir weiterbauen, und eine deutsche Reichsregierung nimmt das gehorsamst entgegen und führt es ganz gehorsamst aus.

Ein ganz kleiner Ausschnitt! Aber er beleuchtet blitzartig unsere deutsche Lage nach außen: ein vollkommen entrechtetes und ehrlos gemachtes Volk, jeder Willkür ausgeliefert.

Flugblatt des „Völkischen Beobachters" zum 10jährigen Gründungstage der NSDAP (26. 2. 1930)

Oktober 1930

Hartes Urteil gegen die Ulmer Offiziere:

1½ Jahre Festungshaft für Ludin, Scheringer und Wendt.

Entrüstung über den Urteilsspruch.

Tumult vor dem Reichsgericht.

Zwischenrufe bei der Verlesung der Begründung.

Drahtbericht unseres Korrespondenten.

g. Leipzig, 4. Oktober. Um 10,20 Uhr verkündete heute vormittag Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten im Prozeß gegen die drei Ulmer Reichswehroffiziere folgendes Urteil: Die Angeklagten werden wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens nach Paragraph 86 des Strafgesetzbuches zu je einer Festungshaft von einem Jahr sechs Monaten kostenpflichtig verurteilt. Auf die erkannten Strafen werden je sechs Monate drei Wochen der Untersuchungshaft angerechnet. Scheringer wird von der in der Hauptverhandlung erhobenen Anklage, durch Veröffentlichung eines Zeitungsartikels ein Vergehen gegen Paragraph 92 des Militärgesetzbuches begangen zu haben, freigesprochen. Gegen Scheringer und Ludin wird auf Dienstentlassung erkannt.

Mütter!

Drahtbericht unseres nach Leipzig entsandten Sonderberichterstatters.

K. Leipzig, 4. Oktober.

Ein Jahr sechs Monate Festung! Die Leutnants Scheringer und Ludin ziehen die Uniform aus.

Sie lachten, als der Vorsitzende die Strafe verkündet hatte, sie hatten den Rubicon bereits überschritten. Und deshalb haben wir, die wir sie hier aufrecht und unberührt vor diesem Gericht stehen sahen, kein Recht, sie zu bedauern. Diese drei jungen Deutschen ziehen frohen Mutes auf Festung; ihr Einsatz ist nicht umsonst gewesen. Sie haben ihren Kameraden die peinliche Frage gestellt: Wohin steuern wir mit dem Geist dieses Systems?

Herr Leutnant, das durften Sie nicht!

Sie haben Ihre Waffe betrachtet und sich geschämt, als der Befehl kam, bei kommunistischen Umzügen Zivil anzuziehen.

Herr Leutnant, Sie hatten sich nicht zu schämen. Der Soldat ist gehorsam. —

Sie haben gefragt: Wenn das so weitergeht, müssen wir dann Blut von unserem Blut vernichten, schießen auf unsere Brüder? Wo ist der Geist, mit dem unsere Väter einst hinauszogen? Wofür denn fielen unsere Kameraden, wenn nicht für die Idee, der auch wir uns weihen wollten?

Meine Herren Leutnants! Für diese Fragen zieht man den bunten Rock aus. Lachen Sie nicht!

Nein, lachen Sie doch! Da sitzen im Publikum die Mütter, Frau Scheringer und Frau Ludin. Sie bleiben unbewegt, kein Muskel zuckt in ihrem Gesicht als das Urteil fiel.

Jawohl, so etwas gibt es noch in Deutschland, gibt es noch Mütter, die hart geworden sind über der Not des Vaterlandes und die auch die Achseln zu zucken verstehen über dieses Urteil.

*

Bei den Ausführungen des Vorsitzenden drangen taktmäßige Chorrufe der auf dem Reichsgerichtsplatz versammelten Menge in solcher Stärke herauf, daß die Ausführungen zum Teil verloren gingen. Unaufhörlich ertönten laute Rufe.

Die Begründung.

Protestkundgebungen.

Nachdem der Vorsitzende das Urteil verkündet hatte, herrschte einige Minuten Erstaunen und lautlose Stille. Dann jedoch sprang das Publikum auf, und zahlreiche Frauen und Männer verließen laut murrend den Saal. Einige Freunde winkten den Angeklagten zu. Die Angeklagten erwiderten diese Grüße.

Vors. (sehr erregt): Ich verbitte mir diese Demonstrationen, dieses Zuwinken hier. Ich lasse jeden verhaften, der sich hier nicht in einer dem Ort angemessenen Weise benimmt.

Inzwischen war durch die Personen, die den Saal verlassen hatten, den auf dem Platz vor dem Reichsgericht wartenden Angehörigen der NSDAP. Nachricht von der Verurteilung der drei Offiziere gegeben worden. Sofort erhob sich draußen ein ungeheurer Tumult. Pfeifen, Rufen und Schreien sowie die Rufe eines Sprechchors „Rache, Rache!“ drangen bis in den Saal. Die Schutzpolizei griff sofort ein und räumte den Platz vor dem Reichsgericht, doch sammelten sich die Demonstranten immer wieder. Schließlich mußte eine Abteilung berittener Polizei hinzugezogen werden, um die immer größer werdenden Mengen abzudrängen.

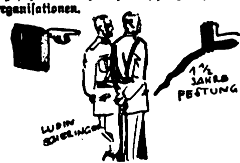
Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten erklärte dann in der Begründung seines Urteils folgendes: Die Angeklagten Leutnant Ludin und Scheringer waren unzufrieden mit gewissen Verhältnissen in der Reichswehr. Sie glaubten, daß der Kurs im Reichswehrministerium zu scharf nach links gehe und daß das Heer zu weich geleitet werde. Anstatt sich auf dem vorgeschriebenen Dienstweg über diese Dinge, die ihrer Ansicht nach einen Schaden bedeuteten, zu beschweren, fuhren Scheringer und Ludin nach München und trugen dort den Leitern der Nationalsozialistischen Partei ihre Schmerzen vor. Der Zweck ihrer Reise diente einmal dazu, sich zu informieren, zweitens wollte man in Kameradenkreisen für die Partei werben, mit der man in feste Verbindung zu kommen hoffte. Man erörterte in München sehr eingehend die Frage, ob die Nationalsozialistische Partei zur Verfügung stehe. Beide Angeklagten erklärten sich bereit, Verbindung mit der Nationalsozialistischen Partei aufzunehmen. Obwohl den Angeklagten in München gesagt wurde, daß eine Bewegung der Partei nicht zu erwarten sei, und obgleich nach Aussage der Zeugen ihnen gesagt wurde, daß mit der Reichswehr keine Verbindung bestehe, erklärten sich Scheringer und Ludin doch bereit, in den Kreisen ihrer Kameraden für die Nationalsozialisten zu werben und darüber nach München zu berichten. Das bedeutete keine feste Bindung, aber doch eine Art Verabredung.

Nach Ulm zurückgekehrt, begannen Scheringer und Ludin ihre Propaganda durchzuführen. Sie hielten mit Offizieren in verschiedenen Garnisonen Besprechungen ab. Diese Besprechungen können nach Ansicht des Reichsgerichts nicht harmlos gewesen sein, das geht schon aus der Aussage des Oberleutnants Geist hervor, mit dem die Angeklagten ihre Ziele besprachen. Scheringer setzte sich dabei für die Bewegung von unten nach oben ein. Oberleutnant Geist lehnte diese Bestrebungen ab. Es wurde auch besprochen, wie die Reichswehr sich bei einer Aktion der nationalen Parteien verhalten sollte, und daß nicht auf die Rechtsparteien geschossen werden solle. Weiter war das Gespräch wichtig, das die Angeklagten mit dem Hauptmann a. D. Gilbert hatten. Sie erklärten auch ihm, es müsse dahin kommen, daß die Reichswehr auf Angehörige der Rechtsparteien nicht schieße. Hauptmann a. D. Gilbert warnte die Angeklagten ausdrücklich vor solchen Ansichten und schrieb ihnen sogar, daß der Soldat auf Befehl des Vorgesetzten unbedingt zu schießen habe. Dem Zeugen Wolf gegenüber schlugen die Angeklagten vor, als Gegenwirkung gegen die kommunistische Zellenbildung nationalsozialistische Zellen in der Reichswehr zu bilden. Leutnant Wolf hat die Angeklagten ebenfalls vor solchen Plänen gewarnt. Endlich hat Ludin im Juli 1930 in Grafenwöhr dem Obersten Beck seine Sorgen und Schmerzen mitgeteilt. Der Oberst hat Ludin in väterlicher Weise aufgefordert, ihm zu schreiben. Ludin hat das jedoch nicht getan, offenbar auf Weisung der Nationalsozialistischen Partei.

Bei diesen Worten des Vorsitzenden gab es einen aufsehenerregenden Zwischenfall. Eine junge Frau, die schon während der ganzen Zeit laut vor sich hingeschluchzt hatte, schrie plötzlich, beide Fäuste gegen das Gesicht reckend: **„Zu welchem Gericht sollen wir Deutsche denn noch Vertrauen haben!“** Zwei Schupobeamte sprangen sofort hinzu und versuchten, die Aufgeregte aus dem Saal zu ziehen. Die Frau wehrte sich verzweifelt und schrie immer wieder gellend: „Zu diesem Gericht haben wir kein Vertrauen mehr, das sage ich und sage ich immer wieder!“ Endlich gelang es, die Frau aus dem Saal zu entfernen, doch hörte man ihr Schreien auf dem Korridor noch längere Zeit.

Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten fuhr fort: Es sind hier schwere Vorwürfe gegen den Untersuchungsrichter Dr. Braune gerichtet worden. Diese Angriffe sind nicht begründet gewesen. (Murren und lautes Lachen im Saal.) Dr. Braune ist den Angeklagten gegenüber durchaus nicht nur ein kühler und strenger Richter gewesen, der Sachverständige, Major Theissen, hat uns erzählt, wie ergriffen der Untersuchungsrichter wegen seiner Aufgabe war. (Hier wurde im Saal ein minutenlanges ironisches Husten und Räuspern der Zuhörer bemerkbar, so daß sich der Vorsitzende zu der Bemerkung veranlaßt sah, daß Halskranke sich auf dem Korridor aushusten möchten.) Nach dem Zeugen Westhoff hat Scheringer bereits von einer bestehenden Organisation gesprochen. Der Senat schenkt den Aussagen des Zeugen Westhoff vollen Glauben. Das wesentliche in den Zeugenaussagen sind folgende Punkte, die die Absicht der Angeklagten darstellen: Es darf nicht vorkommen, daß bei einem neuen Putsch die Reichswehr sich gegen die nationalen Verbände richtet, ähnlich wie damals die Landespolizei in München, die sich gegen die Putschisten gewandt hat, die nationalsozialistischen Verbände würden sich auf keine Aktion einlassen, wenn sie wüßten, daß sie dabei die Reichswehr gegen sich hätten. Das könne nur heißen, daß sich die Reichswehr anschließen solle an diese Organisationen.





Das Urteil im „Reichswehroffizierprozeß“ (4. 10. 1930)

8 Uhr-Abendblatt

National-Zeitung

Herausgeber: Victor Hahn.

83. Jahrg. Berlin, Donnerstag, 26. Juni 1930 Nr. 146 Einzelnummer 20 Pfennig

Schicksalsstunde des Reiches.

Wie kann der Nationalsozialismus überwunden werden?

Von

Dr. Felix Hirsch.

sind die besten Rekruten des Nationalsozialismus. Daneben sind natürlich auch zahlreiche Arbeiter, mehr noch Erwerbslose, in der Partei zu finden. Aber sie spielen, wie die Sachsenwahlen zeigten, nicht die Hauptrolle, wenn sie auch der N.S.A.P.D. den Namen gaben; in die Phalanx der gewerkschaftlich und marxistisch geschulten Proletarier vermochte eben Hitler nicht so leicht einzubrechen wie in die Reihen der politisch kurzsichtigen und engstirnigen Bürgerlichen. Zu diesen Kerntruppen stoßen die Heerhaufen aller derer, die noch immer vom Siegfrieden und von der alten Kaiserherrlichkeit träumen — verwirrte Intellektuelle und vergrämte Kleinrentner — oder die sich irgendwann über einen Juden geärgert haben. Weiter gesellen sich zu ihnen so manche bisherige Anhänger der bürgerlichen Parteien, die entsetzt über deren völlige Verkalkung und Charakterlosigkeit und die der Mißwirtschaft unserer Regierenden überdrüssig sind. Und schließlich strömen zu den Predigern eines kompromißlosen Nationalismus und den Kündern eines verschwommenen Führerideals in hellen Scharen die Jugendlichen, radikal, wie Zwanzigjährige immer sind; sie sind vielleicht das schmerzlichste Opfer nationalsozialistischer Verführungskünste. Diese complexio oppositorum, die Hohenzollern-Prinzen und Erwerbslose, Fabrikanten und Einzelhändler, Vergreiste und Allzu-Junge umfaßt, wird zusammengehalten durch den Haß gegen den heutigen Staat und die angeblich im Judentum verkörperte kapitalistische Wirtschaftsordnung. Sie wird immer fester zusammengeschmiedet durch eine Organisation, von der die schlafmützigen bürgerlichen Parteien manches lernen könnten. Wie greift da ein Rad ins andere! Jede propagandistische Möglichkeit wird geradezu mit amerikanischen Methoden bis zum letzten ausgeschöpft. Tausende von Versammlungen werden landauf landab allmonatlich abgehalten. Dabei ist die Parteikasse dank guter Finanzierungsmethoden durchaus in Ordnung! Und schließlich ist ein großer Apparat von Zeitungen und Zeitschriften aufgezogen, über deren innerer Wert nicht zu diskutieren ist, die aber urteilslose Leserschichten durch Verdrehungen und unbegrenzte Versprechungen geschickt einzufangen wissen.

Ein Beispiel für viele:
Die Juden merken, daß es ernst wird und zerbrechen sich den Kopf darüber, wie man wohl den verhaßten Nationalsozialismus überwinden könnte (8 Uhr-Abendblatt vom 26. 6. 1930)

Arbeiter-Zeitung

Melde Dich sofort als Wahlhelfer der KPD Liste 4

Organ der K. P. D.

Sektion der Komm. Internationale, Bez. Hessen Frankfurt, mit Beilage Roter Stern

Die Arbeiter-Zeitung erscheint Werktags und kostet monatlich M. 2.15 ohne Trägergeld, durch die Post bezogen M. 2.20 zuzüglich Bestellgeld. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. kein Anspruch auf Entschädigung. Postscheck-Konto: Nr. 10208 Frankfurt am Main | Anzeigenpreise: Lokalinserate 20 Pfennig, auswärtige 30 Pfennig die 12-gespaltene Nonpareille-Zeile (24 Millimeter). Reklamen je nach Platzvorschrift M. 1.— bis M. 1.50 die Nonpareille-Zeile (90 Millimeter). Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen ohne Gewähr. | Redaktion und Verlag: Frankfurt am Main, Große Friedberger Straße 32. Fernruf: Hansa 29 575. Telegramm-Adresse: „Arbeiterzeitung Frankfurtmain". Weitere Geschäftsstellen in: Offenbach am Main, Kleiner Biergrund 23, Fernruf: 85 216. — Hanau am Main, Langstraße 67, Fernruf: 4107.

Nr. 198 | 7. Jahrgang | Dienstag, den 26. August 1930 | Einzelpreis: 10 Pfennig

Programmerklärung

zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann die nachstehende Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Die Erklärung, die sich an alle Arbeitenden in ganz Deutschland wendet, hat eine, weit über den Rahmen der Tagespolitik hinausgehende, programmatische Bedeutung. Sie bildet ein historisches Dokument, das wegweisend für das gesamte werktätige deutsche Volk ist und zum erstenmal entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht aufzeigt.

Während die Sozialdemokratie die bestehenden Jammerzustände aufrechterhalten und verewigen will, während die Hitlerpartei mit betrügerischen Phrasen ein nebelhaftes „Drittes Reich" ankündigt, das in Wirklichkeit noch schlimmer aussehen würde als das heutige Elend, sagen wir Kommunisten klar, was wir wollen. Wir verschweigen nichts. Wir versprechen nichts, was wir nicht unbedingt halten werden. Jeder Arbeiter, jeder Arbeiterin, jeder Jungprolet, jeder Angestellte, jeder notleidende Mittelständler in den Städten, jeder werktätige Bauer auf dem Land, jeder ehrlich schaffende Mensch in Deutschland soll sich mit voller Klarheit von unserem Ziel überzeugen. „Der einzige Ausweg aus der Katastrophe, die einzige Rettung Deutschlands, der einzige Weg zur nationalen Befreiung der Volksmassen — das ist Sowjetdeutschland."

Wir rufen in den jetzigen Wahlen alle Werktätigen in Stadt und Land auf, sich für Sowjetdeutschland zu entscheiden, indem sie für Liste 4, für die Liste der Kommunistischen Partei stimmen.

Proklamation des ZK. der KPD.

Die deutschen Faschisten (Nationalsozialisten) unternehmen gegenwärtig die schärfsten Vorstöße gegen die deutsche Arbeiterklasse. In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen, versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Young-Plan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellte, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger, unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen. Die teilweisen Erfolge der nationalsozialistischen Agitation sind das Resultat der zwölfjährigen verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch Niederhaltung der revolutionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Rationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie den Boden bereitet hat.

Dieser nationalsozialistischen Demagogie stellt die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Programm des Kampfes gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werktätigen Massen Deutschlands entgegen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, daß sie für die nationale Befreiung des deutschen Volkes kämpfen. Sie erwecken den Anschein, als seien sie gegen den Young-Plan, der den werktätigen Massen Deutschlands Not und Hunger bringt.

Diese Beteuerungen der Faschisten sind bewußte Lügen. Die deutsche Bourgeoisie hat den räuberischen Young-Plan angenommen in der Absicht, alle seine Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen.

Die Faschisten helfen praktisch an der Durchführung des Young-Planes mit,

indem sie die Abwälzung seiner Lasten auf die werktätigen Massen dulden und fördern, indem sie an der Durchführung der vom Young-Plan diktierten Zoll- und Steuergesetze mithelfen (Zustimmung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu allen Vorlagen für Zoll- und Steuererhöhung, Frick'sche Negersteuer in Thüringen), indem sie alle Streikbewegungen gegen den Lohnabbau zu verhindern und abzuwürgen versuchen.

Die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie haben das Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslands verkauft. Die sozialdemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Grzesinski und Zörgiebel sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.

Alle Handlungen der verräterischen ... [illegible]

so wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarno-Vertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, Deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.

Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden

Wir führen und organisieren den Kampf gegen Steuern und Zölle, gegen die Verteuerung der Mieten und Gemeindetarife, gegen Lohnabbau, Erwerbslosigkeit und alle Versuche, die Lasten des Young-Planes auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land abzuwälzen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien gegen die vom Versailler Frieden gezogenen Grenzen, gegen die Abtrennung einer Reihe deutscher Gebiete von Deutschland. In Wirklichkeit aber unterdrückt der Faschismus überall, wo er an der Macht steht, die von ihm unterworfenen Völker (in Italien die Deutschen und Kroaten, in Polen die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen, in Finnland die Schweden usw.). Die Führer der deutschen Faschisten, Hitler und seine Helfershelfer, aber erheben nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame Angliederung Südtirols an das faschistische Italien. Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen

schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen,

auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. Mit dieser schändlichen Tat haben Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit 12 Jahren unausgesetzt getan hat.

Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes, oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.

Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte ... [illegible]

... Kolonialvölker (Indien, China, Indochina), verlangen für Deutschland Kolonien und hetzen zu neuen Kriegen, vor allem zur Intervention gegen die Sowjetunion, das einzige Land, dessen siegreiche Arbeiterklasse sich gegen alle Ueberfälle des Weltkapitals, gegen alle Raubzüge der Versailler-Imperialisten siegreich mit Waffengewalt verteidigt hat. Ueberall, wo der Imperialismus unterdrückte Volksmassen knechtet, würgt und niederschießt, wirken die deutschen Faschisten durch ihre Vertreter mit: in China durch die Kapp-Putschisten Wetzel und Kriebel, in Südamerika durch die Militärmission des Generals Kunz, in Oesterreich durch den Liebknecht-Mörder Pabst.

Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt

Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien eine „nationale", eine „sozialistische" und eine „Arbeiter"-Partei. Wir erwidern darauf, daß sie eine volks- und arbeiterfeindliche, eine antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion, der Ausbeutung und Versklavung der Werktätigen sind. Eine Partei, die bestrebt ist, den Werktätigen alles das zu nehmen, was ihnen selbst die bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen noch nicht nehmen konnten. Eine Partei der mörderischen faschistischen Diktatur, eine Partei der Wiederaufrichtung des Regimes der Junker und Offiziere, eine Partei der Wiedereinsetzung der zahlreichen deutschen Fürsten in ihre „angestammten" Rechte, der Offiziere und hohen Beamten in ihre Titel und Posten.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien Gegner der heutigen staatlichen und sozialen Ordnung. Zugleich aber beteiligen sie sich neben den Parteien des Großkapitals an der Regierung der Weimarer Republik in Thüringen. Sie teilen sich die Ministersessel mit der kapitalistischen Volkspartei und mit den Hausbesitzern der Wirtschaftspartei. Sie verhandeln in Sachsen mit allen Unternehmerparteien bis zur „Volksnationalen Vereinigung" über die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Sie erklären sich zur Teilnahme an einer Reichsregierung mit allen bürgerlichen Young-Parteien bereit. Sie bekleiden Polizeiämter in Thüringen. Sie werden von den Kapitalisten subventioniert. Sie dulden in ihren eigenen Reihen nicht nur Hohenzollernprinzen, Coburger Herzöge, adlige Herrschaften, sondern auch zahlreiche Rittergutsbesitzer, Industrieunternehmer, Millionäre wie den Ausbeuter Kirdorff und andere Scharfmacher, wie den Textilfabrikanten Mutschmann.

Alle Parteien in Deutschland, mit der einzigen Ausnahme der Kommunistischen Partei, treiben Koalitionspolitik im Reiche, in Preußen, in Thüringen und den anderen Einzelstaaten. Alle Parteien, außer den Kommunisten, sind Koalitionsparteien, Regierungsparteien, Ministerparteien.

Nur wir Kommunisten sind gegen jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für den revolutionären Sturz der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für die Aufhebung aller Rechte und Vorrechte der herrschenden Schichten, für die Abschaffung jeder [illegible]

Die Nationalsozialisten be[illegible] Wirtschaftskrise und Ausplünderung der Massen seien [illegible] Folgen des Young-Planes; die Ueberwindung der Kr[illegible] sei bereits gesichert, wenn Deutschland die Fesseln des Versai[illegible]trages abstreift. Das ist ein grober Betrug. Um d[illegible] Volk zu befreien, genügt es nicht, die Macht des [illegible]kapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie im eigenen Lande muß gleichzeitig gestürzt [illegible]. Die Krise mate[illegible]

Taktische Kursschwenkung der KPD:
Angesichts des nationalsozialistischen Vormarsches gibt die „haßerfüllt antinationale" KPD, um die Massen zu täuschen, plötzlich ein „nationales und soziales" Programm heraus (26. 8. 1930)

Der Angriff

Herausgeber: Dr. Goebbels

Einzelpreis 20 Pf.

Für die Unterdrückten / Erscheint jeden Donnerstag und Sonntag / Gegen die Ausbeuter

Nummer 75 Donnerstag, den 18. September 1930 4. Jahrgang

Großberlin 395000 nationalsozialistische Wähler!

Nummer 58 Sonntag, den 20. Juli 1930 4. Jahrgang

An die Gewehre!

Sozialismus

Die rechte Seite wirft uns Nationalsozialisten vor, wir seien Marxisten, und die linke, wir seien Kapitalisten. Die rechte Seite ...

Nummer 78 Sonntag, den 28. September 1930 4. Jahrgang

Die Justiz schont organisierte K.P.D.-Mörder

Der „Angriff" wird Tageszeitung

Kein S.A.-Aufmarsch

Nummer 20 Sonntag, den 9. März 1930 4. Jahrgang

Groener im Schlapphut

Groener als Kopfjäger

Hetze auf Denunziation von Nationalsozialisten in der Reichswehr, — aber die wehrfeindliche Sozialdemokratie ist Liebkind

Nummer 1 Donnerstag, den 2. Januar 1930 4. Jahrgang

Kampfjahr 1930

Grzesinski sät Blut

Mordüberfälle als Folge von Hetzreden — Die Lässigkeit des Staatsanwalts — Neue Verbotspläne gegen die N.S.D.A.P.

Für die Unterdrückten / Erscheint jeden Donnerstag und Sonntag / Gegen die Ausbeuter

Nummer 67 Donnerstag, den 21. August 1930 4. Jahrgang

Kampf um „Wahlparolen"

Amtliche Wahlsabotage!

Systematische Verhinderung jeder nationalsozialistischen Wahlpropaganda — Die Wahlen werden angefochten!

Nummer 52 Donnerstag, den 14. November 1929 3. Jahrgang

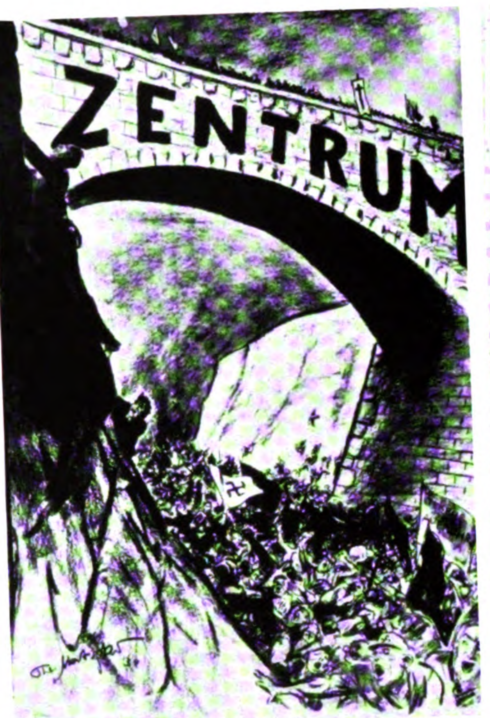
Sozialismus und Eigentum

Verschwindet, ihr Bonzen!

Fußtritte auf die fetten Bäuche! — Nationalsozialisten ins Rote Haus!

Schlagzeilen des „Angriff" aus dem Jahre 1930







Gegnerische Wahlplakate zur Reichstagswahl (1932)





Reichstagswahl September 1930



Reichspräsidentenwahl 1932



Reichstagswahl Juli 1932

Nationalsozialistische Wahlplakate aus der Kampfzeit

Kommunistischer Aufruf zur „Antifaschistischen Aktion"



Sozialdemokratisches Plakat gegen Adolf Hitler



„Antifaschistische Aktion"
gegen ein nationalsozialistisches Plakat

Höllenmaschine gefunden

17 Verhaftungen in Berlin und Holstein.

21 Bomben-Attentäter verhaftet!

Teilgeständnis eines Haupttäters:

Die Untersuchung gegen die Bombenleger

Die Vernehmungen der 33 Verhafteten

Die Zusammenhänge werden immer klarer

Auch ein Schüler in Altona als „Bomben-Attentäter“ verhaftet.

Die Organisation der Bombenleger aufgedeckt

Leute der Organisation Consul

Sechzehn Verhaftnngen / 8 Personen in Holstein 8 Verdächtige in Berlin festgenommen / Ein neues Attentat war vorbereitet Die fertige Bombe in Händen der Polizei

Die Verschwörung aufgedeckt!

Die Polizei auf der richtigen Spur!

Drei „Bomben-Attentäter“ freigelassen.

In Norddeutschland gehen die Verhaftungen weiter.

Die Bombenattentate in Schleswig-Holstein in den Schlagzeilen der Tagespresse (1929)

8 Uhr-Abendblatt

National-Zeitung

Anzeigenpreise. ... Anzeigen-Annahme ...
Einzelnummer 20 Pfennig

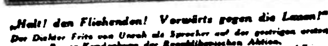
Nr. 15
85. Jahrg.

Herausgeber: Victor Hahn.
Berlin, Dienstag, 19. Januar 1932

Vorwärts gegen die Lauen..!

Von FRITZ VON UNRUH.

Diese aufrüttelnden Worte sprach der Dichter gestern abend vor nahezu 20000 Männern und Frauen in der ersten Aufmarsch-Versammlung der Republikanischen Aktion im Sportpalast:



„Halt! den Fliehenden! Vorwärts gegen die Lauen!" Der Dichter Fritz von Unruh als Sprecher auf der gestrigen ersten Riesen-Kundgebung der Republikanischen Aktion.

I.

Kameraden! Endlich zusammengeströmt — — nun heißt: daß in dieser Stunde aus einem Sportpalast werde: Der Herzpalast! Die Kammer des allzulang geschändeten Geist

II.

Aber ehe er uns hier aufruft zu ja, ja! Nein, nein — da vereine sich von uns Tausenden der Atem — zum lebendigen Hauch — und dann blase er unseren schweren Leib in die Lunge — bis wir ihn wiederfinden: Den verlorengegangenen großen Gotteskontakt. „Pathos." Höhnt einer? Und was hat eure Nüchternheit erreicht? Da wir hier nicht Bilanzen lesen, so wollen wir reden in heiliger Nüchternheit.

III.

Freilich nicht zu jenen, die geistig auf den Hund geraten sind — und sich in ohnmächtigem Verzweifeln nach rechts oder links in die Büsche drücken — auch nicht zu euch, aus deren Gedärm uns die Fäulnis der Skepsis anstinkt — Zwiesprache werden wir halten mit jenen, die entschlossen sind, den Hammer des Geistes zu erheben über die freche Stirn des Ungeistes — erreichen wollen wir alle, die noch Sehnsucht fühlen nach dem Göttlichen.

IV.

Nach jenem Testament deutscher Gesinnung, das wir hineintrugen aus den Argonnen und von Verdun ... und dessen Testamentsvollstrecker immer noch nicht Siegelbewahrer sind und Hüter im Reich!

V.

„Das eben ist eure Tragik" denkt einer, „ihr könnt nicht begreifen, daß auch ein Weltkrieg schon Vergangenheit ist — — Ihr aus den vordersten Gräben! Wenn ein Pharisäer 14 Jahre nach Gethsemane einem Christen gesagt hätte: Das ist deine Tragik, daß du nicht begreifen kannst, daß Golgatha schon der Vergangenheit angehört" — was wäre seine Antwort gewesen?

VI.

Und wir aus den Schädelstätten? Mit dem unbekannten Soldaten als Zeichen? Wir mit dieser einzigen Religion in der bröckelnden Welt — wir Zielscheiben für des Krieges: „Wozu". — Was ist unsere Antwort? — „Der Geist der Gefallenen" klopft an die Erde — und will, daß wir verhandeln! „Ist's nicht zu spät?"

Zu spät? — Heut ist der erste Tag!

VII.

Wir Botschafter neuer Lebensworte aus dem brennenden Dornbusch der Front. — Wir Soldaten des Friedens. — Für uns ist die deutsche Republik keine politische Phrase — sondern sittliche Forderung! Kein Geschwätz in Plenarsälen, sondern ein Gelöbnis! Kein „Du sollst" von einem Allerhöchsten Kriegsherrn —, sondern ein „Ich soll" vom höchsten Friedensherren, dem wir gehorchen —: Von unserem Gewissen!

VIII.

Da grinsen die vielen, hinter denen die Zahl steht und rücken gegen uns an! „Bereit sein ist alles!" — Sind wir bereit? Oder schlottert einer unter euch vor dem drohenden Stiefel des Diktators? Findet ihr es doch immerhin „fabelhaft und bewundernswert", wo einer nur wieder auf Leichen steht? Ist jedes Feuer erloschen in euch? Aus Steinen könnte man Funken schlagen. — Aber aus unserer Brust käme nur Staub — Plunder und Feigheit?

IX.

Nein! Aus eurem Auge fleht mich der Wille an zum Halt in der Flucht! Zum Sammeln und Formieren. Ja! Noch glimmt es in euch! Mögt ihr es entfachen — Ehe uns die Finsternis überfällt. Du in der 7. Reihe, mit dem blasierten Lächeln — Nicht wahr, du denkst: „Wohin führt unser Mühen —! Ist nicht alles umsonst — Muß Europa nicht doch untergehen?" — Daß ich's vermöchte, die Seufzer der Zeit zu sammeln und umzugießen in eine Kraft! In einen Marschbefehl! In ein: Vor — Gegen die Lauen! Und Opportunisten! Vor — gegen die Wetterfahnen in den Ministerien und Schulen! Vor — gegen die Vereisung und Vergreisung! Vor — Vor — Gegen den Tod! —

X.

Wehe der Hand, die versucht, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen! Wehe! Allen weißhaarigen Kadetten und Prinzen, die wieder von Gewehrfeuer träumen — Von Hurra und Pour le mérite!

XI.

Ihr Jünglinge und Mädchen! Die ihr in Windeln lagt, als wir mit der Standarte der Lützower Jäger — Mit der wilden, verwegenen Jagd über Mosel ritten und Rhein, vor an die Marne — Wir kennen diese wilde, verwegene Jagd! — Uns blies niemand ein Halali! Wir schlossen die Ohren, wenn das Gestöhn der Sterbenden anhub rings in den Weizenfeldern. — Wir hetzten von Gefecht zu Gefecht — bis es uns einholte unter dem blutigen Mond — und der inwendige Mensch zu uns sprach: „Was verfolgst du mich?"

XII.

„Euresgleichen", schrieb kürzlich jemand, „darf, wenn wir an die Macht gelangt sind — nur auf hebräisch weiterwirken." Nun — wenn „unser geliebtes Deutsch" wirklich je die Sprache der Barbarei werden sollte — nicht wahr: wir hören deshalb nicht auf — weiter zu reden vom Sinn und Geist der Nation — und sei es auf Hebräisch! Denn in unseren Adern ist nichts von jener lächerlichen Rassenangst, die wie Krebs hinter den Rippen der andern rumort — In uns ist die Stimme des Schicksals! Der Ruf zur Vernunft! Keine Hakenkreuze! Keine Eisernen Kreuze — —, sondern eisern das Kreuz und die Parole: „Empor zum Volke mit dem höchsten Sein!"

XIII.

„Ach was", denkt einer, „ich bin sogar einverstanden mit Hitler — wenn er uns das Glück bringt." — Welches Glück du Bürger? Die Verträge von Boxheim? — Vor 30 Jahren erkämpften unsere Väter die Einheit! Wir Söhne wollen heut' die Freiheit!

„Liebe des freien Manns", das ist unser Glück, das wir bringen — ein Glück, vorausgestaltet im Lied und Wort unserer Genien. — Und dafür endlich den Staat zu schaffen — das wäre kein Glück? Ihr Geistigen, die ihr abseits steht — in Weltreisen oder Schöngeisterei. — Hier ist ein Gebäude, das aller Hände braucht! Oder wie sollte sie je Wirklichkeit werden, — die große Republik der Geister — solange der Geist nicht baut die Republik?

XIV.

Sie allein wird beenden über dem Rhein die uralte Fehde. — Nur sie wird der magische Schlüssel sein, der das Chaos wieder im Abgrund verriegelt für weitere tausend Jahr. — — —

Im Anschluß daran sprach Fritz von Unruh der neuen Bewegung seinen zündenden Prolog: „Wir wollen nicht fehlen beim großen Erwachen!"

•

** Ausführlicher Bericht über die Riesenkundgebung im Innern des Blattes.*

Die „Republikanische Aktion"! (1932)
Ein letzter Versuch des Weimarer Systems, den Sieg des Nationalsozialismus zu verhindern

Reichstagswahl 1932
Wahlkreis Berlin

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Crispien — Heimann — Frau Bohm-Schuch — Aufhäuser	1	○
2	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung) Dr. Goebbels — Graf zu Reventlow — Schuhmann — Dr. Fabricius	2	○
3	Kommunistische Partei Deutschlands Thälmann — Pieck — Torgler — Kayser	3	○
4	Deutsche Zentrumspartei Dr. Brüning — Dr. Krone — Schmitt — Bernoth	4	○
5	Deutschnationale Volkspartei Steinhoff — Laverrenz — Frau Lehmann — Berndt	5	○
5a	Radikaler Mittelstand Mylius	5a	○
6	Deutsche Volkspartei Dr. Croll — Dr. Schepp — Frau Haß — Müller	6	○
7	Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V. Mollath — Freidel — Köhler — Dr. Mauermann	7	○
8	Deutsche Staatspartei Dr. Reinhold — Colosser — Frau Henschke — Blauert	8	○
10	Deutsches Landvolk — Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei — von Hauenschild — Schultheiß I	10	○
11	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) Hartwig — Frau Ulbrich — Lüdtje — Kogelschatz	11	○
11a	Volksrecht-Partei Brink — Bauser — Mende — Frau Teuffert	11a	○
17	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands Ledebour — Seydewitz — Rosenfeld — Zweiling	17	○
20	Deutsche Sozialistische Kampfbewegung Schild — Oldenburg — Fischer — Krüger	20	○
21	Polenliste Kwietniewski — Staniecki — Labecki	21	○
24	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern Karliner — Hüsler — Frau Rückert — Urbanski	24	○
25	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft) Graske — Luczak — Dr. Großheide — Frau Zerbe	25	○
28	Partei der Erwerbslosen: „Für Arbeit und Brot"! Steinmeyer — Grünbaum — Szendzina	28	○
29	Haus- und Landwirte-Partei Staegemann — Kosch — Meinen — Sakulowski	29	○
30	Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten Pilak — Jochens — Stoinski — Bittkow	30	○
31	Nationalsozialistische Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer Beer — Preußchat — Stelmann	31	○
32	Kampfgemeinschaft der Lohn- und Gehaltsabgebauten Leder — Pohl	32	○
33	Der ernste evangelisch-lutherische Christ (Gerechtigkeits-Bewegung) Meißner — Frau Brandt — Frau Wiskandt — Frau Schwarz	33	○
34	Nationalsozialistischer enteigneter Mittelstand Richter	34	○
35	Nationalsozialistische Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Hellwig — Spieß — Röseler	35	○
36	Nationalsozialistischer Volksbund für Wahrheit und Recht Krämer — Herfort	36	○
37	Unitaristen-Union Deutschlands (Einheitsbewegung aller Schaffenden) Kindt — Siebert — Paritschke — Dr. Kuntz	37	○

Stimmzettel zur Reichstagswahl (1932)

Bezeichnend ist nicht nur die Tatsache, daß hier 39 (!) Parteien aufmarschieren, sondern auch der Mißbrauch, der, um Stimmen zu fangen, allein von vier Splitterparteien (Nr. 31, 34, 35, 36) mit dem Wort „nationalsozialistisch" getrieben wird — ein Beweis dafür, wie volkstümlich diese Bezeichnung bereits geworden war

Zweite Verordnung des Reichspräsidenten
zur Sicherung der Staatsautorität.
Vom 3. Mai 1932.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet :

§ 1

(1) Politische Verbände, die militärähnlich organisiert sind oder sich so betätigen, und ihre Unterverbände sind verpflichtet, dem Reichsminister des Innern auf Verlangen ihre Satzungen zur Prüfung vorzulegen. Sie haben ferner dem Reichsminister des Innern jede beabsichtigte Satzungsänderung, soweit sie ihre Organisation oder ihre Tätigkeit betrifft, unverzüglich anzuzeigen.

(2) Die in Abs. 1 genannten Verbände sind verpflichtet, unverzüglich jede Satzungsbestimmung zu ändern oder zu streichen und jede Bestimmung in die Satzung neu aufzunehmen, soweit dies der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält; dies gilt insbesondere für Bestimmungen über die Organisation und Tätigkeit der Verbände.

§ 2

(1) Verbände, die einer Verpflichtung aus § 1 nicht nachkommen, oder einer auf Verlangen des Reichsministers des

1

-3-

dieser Verordnung anzusehen sind.

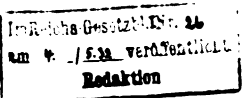
Berlin, den 3. Mai 1932.

Der Reichspräsident

Der Reichskanzler

Der Reichsminister des Innern
mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt
Reichswehrminister

Der Reichsminister der Justiz.



3

Reichskontrolle der Wehrverbände (3. 5. 1932)

2419.

Verordnung

des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags

vom 18. Juli 1930.

Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, dass meine auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung vom 16. Juli ~~über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930~~ ausser Kraft gesetzt wird, löse ich auf Grund Artikel 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, den 18. Juli 1930.

Der Reichspräsident

von Hindenburg

Der Reichskanzler

Dr. Brüning

Verordnung des Reichspräsidenten
über
die Auflösung des Reichstags.
Vom 4. Juni 1932.

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, den 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident.

von Hindenburg



Der Reichskanzler.

Papen

Der Reichsminister des Innern.

Frhr. v. Gayl

Reichstagsauflösungsurkunden (vom 18. 7. 1930 und vom 4. 6. 1932)

Verordnung
des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen.
Vom 14. Juni 1932.

Auf Grund des Artikels 48 Abs.2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Abschnitt I

Versammlungen und Aufzüge

§ 1

Oeffentliche politische Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn in ihnen

1. zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmässigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird oder
2. Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder
3. eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder
4. zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird.

§ 2

(1) Die Polizeibehörde ist befugt, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden.

(2)

ad. 2009

- 14 -

mildert werden. Enthält eine Gesamtstrafe eine Einzelstrafe, die hiernach gemildert ist, so ist § 66 entsprechend anzuwenden.

(2) Die Entscheidung erfolgt nach § 462 der Strafprozessordnung.

§ 27 26

Vermerke über Strafen wegen solcher Taten, die nach dem Jnkrafttreten dieser Verordnung nicht mehr strafbar sind, sind auf Antrag des Verurteilten im Strafregister zu tilgen.

Berlin, den 14. Juni 1932.

von Hindenburg

Papen
Reichskanzler

[illegible]
Reichsminister des [illegible]

Warmbold
Reichswirtschaftsminister

Schäffer

Dr. Gürtner
Reichsminister der Justiz

v. Schleicher

Reichspost- und
Reichsverkehrsminister

Reichsminister für Ernährung

Notverordnung „gegen politische Ausschreitungen" (14. 6. 1932)

Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens. Vom 2. November 1932.

Auf Grund des Artikels 48 Abs.2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet :

§ 1

Für die Zeit vom 6.November 1932 bis zum Ablauf des 19.November 1932 sind alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten. Als politisch im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Versammlungen, die zu politischen Zwecken oder von politischen Vereinigungen veranstaltet werden.

§ 2

Die Bestimmungen der Zweiten Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom [illegible] Juli 1932 (Reichsgesetzbl. I S.355) in der Fassung der Dritten Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom [illegible] Juli 1932 (Reichsgesetzbl. I S.385) bleiben mit der Massgabe in Kraft, dass für die Zeit vom 6.November 1932 bis zum Ablauf des 1 . November 1932 auch alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel, die in festumfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden sollen, verboten sind.

§ 3

Wer eine Versammlung, die nach den Bestimmungen dieser Verordnung verboten ist, veranstaltet, leitet, in ihr als Redner auftritt oder den Raum für sie zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. Wer an einer solchen Versammlung teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark bestraft.

Berlin, den 2 . November 1932.

Der Reichspräsident

von Hindenburg

Der Reichskanzler

Papen

Der Reichsminister des Innern

Frhr. v. Gayl

[illegible]

Notverordnung „zur Sicherung des inneren Friedens“ (2. 11. 1932)

Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens.

Vom 19. Dezember 1932.

Auf Grund des Artikels 48 Abs.2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet :

Abschnitt I

Aufhebung von Vorschriften gegen politische Ausschreitungen.

§ 1

Folgende Vorschriften treten ausser Kraft :

1. Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14.Juni 1932 (Reichsgesetzbl. I S.297) mit Ausnahme der §§ 22 bis 26,
2. die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28.Juni 1932 (Reichsgesetzbl. I S.339),
3. die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9.August 1932 (Reichsgesetzbl. I S.403),
4. § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2.November 1932 (Reichsgesetzbl. I S.517).

Abschnitt II

Vereine und Versammlungen.

§ 2

(1) Die Polizeibehörde ist befugt, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden.

(2) Die Beauftragten haben sich unter Kundgebung ihrer Eigenschaft dem Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben.

(3) Den Beauftragten muss ein angemessener Platz eingeräumt werden

(4) Wird die Zulassung der Beauftragten verweigert, so kann die Versammlung für aufgelöst erklärt werden.

(5)

§ 18

Vermerke über Strafen wegen solcher Taten, die nach dem Jnkrafttreten dieser Verordnung nicht mehr strafbar sind, sind auf Antrag des Verurteilten im Strafregister zu tilgen.

§ 19

(1) Hat bei Jnkrafttreten dieser Verordnung die Staatsanwaltschaft auf Grund des § 18 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14.Juni 1932 einen Antrag nach § 212 der Strafprozessordnung gestel so kann das Verfahren nach den bisherigen Vorschriften zu Ende geführt werden.

(2) Diese Vorschrift tritt eine Woche nach Verkündung dieser Verordnung ausser Kraft.

Berlin, den 19. Dezember 1932.

Der Reichspräsident

von Hindenburg

Der Reichskanzler

v. Schleicher.

Der Reichsminister des Jnnern

Bracht

Der Reichsminister der Justiz

Dr. Gürtner

Notverordnung „zur Erhaltung des inneren Friedens" (19. 12. 1932)


1


2


3


4


5


6


7


8

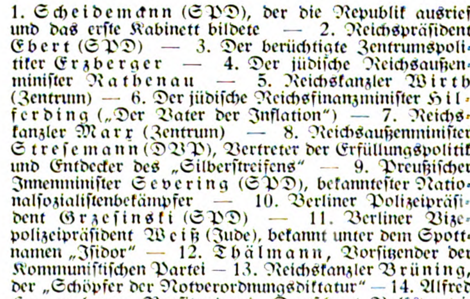

9


10

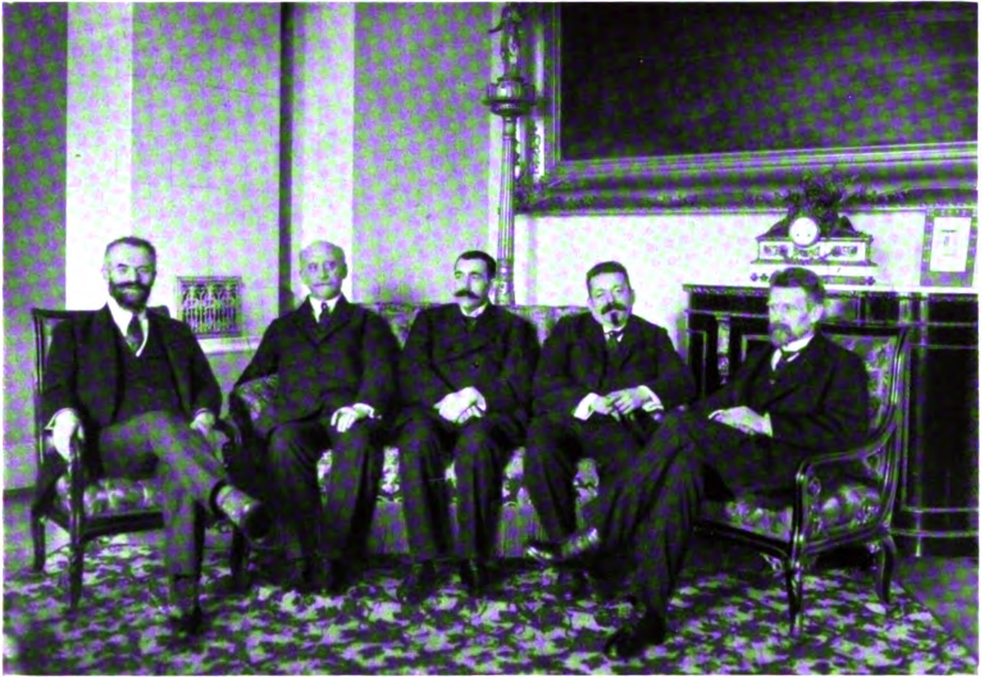

11


12


13


1. Scheidemcknn (SPD), der die Republik ausrief und das erste Kabinett bildete — 2. Reichspräsident Ebert (SPD) — 3. Der berüchtigte Zentrumspolitiker Erzberger — 4. Der jüdische Reichsaußenminister Rathenau — 5. Reichskanzler Wirth (Zentrum) — 6. Der jüdische Reichsfinanzminister Hilferding („Der Vater der Inflation“) — 7. Reichskanzler Marx (Zentrum) — 8. Reichsaußenminister Stresemann (DVP), Vertreter der Erfüllungspolitik und Entdecker des „Silberstreifens“ — 9. Preußischer Innenminister Severing (SPD), bekanntester Nationalsozialistenbekämpfer — 10. Berliner Polizeipräsident Grzesinski (SPD) — 11. Berliner Vizepolizeipräsident Weiß (Jude), bekannt unter dem Spottnamen „Isidor“ — 12. Thälmann, Vorsitzender der Kommunistischen Partei — 13. Reichskanzler Brüning, der „Schöpfer der Notverordnungsdiktatur“ — 14. Alfred Hugenberg, Vorsitzender d. Deutschnat. Volkspartei.


14



Der „Rat der Volksbeauftragten" (1918/19)
(von links: Dr. Landsberg, Scheidemann, Noske, Ebert und Wissel)



Das zweite Kabinett Müller (28. 6. 1928)
(sitzend von links: Curtius, Stresemann, Müller, Groener, Wirth; stehend von links: Schätzel, vor Guérard, Stegerwald, Severing, Dietrich, Hilferding)



Erstes Kabinett Brüning (30. 3. 1930)
(sitzend von links: Wirth, Dietrich, Brüning, Curtius, Schätzel; stehend von links: Treviranus, Schiele, Bredt, Stegerwald, Moldenhauer, von Guérard)



Das Kabinett von Papen (1932)
(sitzend von links: von Braun, von Gayl, von Papen, von Neurath; stehend von links: Dr. Gürtner, Warmbold, von Schleicher)



Franz von Papen
Reichskanzler im Jahre 1932



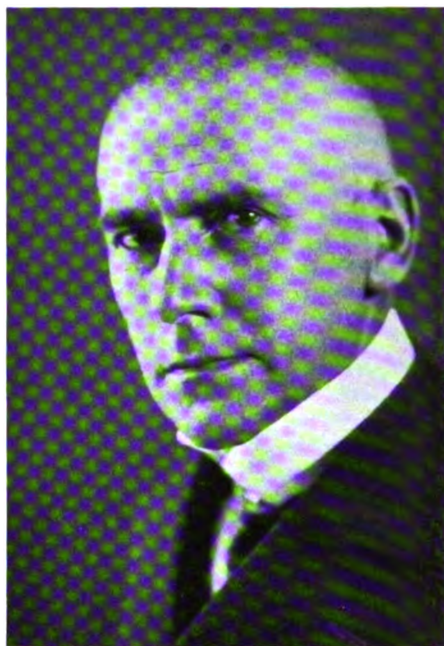
Franz Seldte
Bundesführer des „Stahlhelm"



Dr. Hjalmar Schacht
Reichsbankpräsident



Dietrich Eckardt †
Dichter und Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachter", gestorben an den Folgen seiner Verhaftung beim Hitlerputsch (1923)



Aufn. a. d. Kampfzeit

Dr. Frick
Mitangeklagter im „Hitlerprozeß" (1924), später nationalsozialistischer Fraktionsführer im Reichstag u. thüringischer Innenminister



Albert Leo Schlageter †
im Ruhrkampf (1923) von den Franzosen standrechtlich erschossen



Aufn. a. d. Kampfzeit

Hermann Göring
(Kommandeur der gesamten SA bis 9. 11. 1923)



Philipp Bouhler
Reichsgeschäftsführer der NSDAP



Aufn. a. d. Kampfzeit

Obergruppenführer Brückner
(vor dem 9. November 1923 Führer des SA Regimentes München) Adjudant d. Führers



Max Amann
Verlagsleiter des Zentralparteiverlages



Alfred Rosenberg
Hauptschriftleiter d. „Völkischen Beobachter"



Rudolf Heß
Privatsekretär des Führers, später Leiter der Politischen Zentralkommission d. NSDAP



Heinrich Himmler
Reichsführer der SS



Walter Buch
Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der NSDAP (heute Parteigericht)



Franz Xaver Schwarz
Reichsschatzmeister der NSDAP



Dr. Robert Ley
Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP (heute Reichsorganisationsleiter)



Aufn. a. d. Kampfzeit

Dr. Josef Goebbels
Reichspropagandaleiter der NSDAP



Aufn. a. d. Kampfzeit

Adrian von Renteln
Reichsleiter des NS-Schülerbundes später Führer der NS Hago



Sturmführer Horst Wessel †
Dichter des Liedes der Bewegung, von Kommunisten ermordet



Konstantin Hierl
Leiter der Organisations-Abteilung II der NSDAP, Organisator des Arbeitsdienstes



Baldur von Schirach
Reichsjugendführer der NSDAP (vorher Reichsführer des NSDStB)



Aufn. a. d. Kampfzeit

Viktor Lutze
SA Gruppenführer (später Stabschef d. SA)



Aufn. a. d. Kampfzeit

Dr. Hans Frank
Reichsführer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen



Aufn. a. d. Kampfzeit

Adolf Hühnlein
Führer des NSKK



Aufn. a. d. Kampfzeit

R. Walther Darré
Leiter des agrarpolitischen Apparates der NSDAP



Aufn. a. d. Kampfzeit

Karl Fiehler
Leiter der kommunalpolitischen Abteilung der NSDAP



Aufn. a. d. Kampfzeit

Dr. Hans Dietrich
Reichspressechef der NSDAP



Robert Wagner
Baden



Hans Schemm
Bayerische Ostmark



Albert Forster
Danzig



Friedr. Karl Florian
Düsseldorf



Josef Terboven
Essen



Dr. Josef Goebbels
Groß-Berlin



Rudolf Jordan
Halle—Merseburg



Karl Kaufmann
Hamburg



Otto Telschow
Ost-Hannover



Bernhard Rust
Hannov.-Süd—Braunschw.



Peter Gemeinder †
Hessen und Nassau



Jacob Sprenger
Hessen und Nassau



Gustav Simon
Koblenz—Trier



Josef Grohé
Köln—Aachen



Karl Weinrich
Kurhessen



Wilhelm Kube
Kurmark

Die Aufnahmen der Gauleiter Wagner, Schemm, Forster, Dr. Goebbels, Jordan, Telschow, Gemeinder, Sprenger, Simon, Grohé, Weinrich stammen aus der Kampfzeit

Die Gauleiter der NSDAP



Wilhelm Loeper
Magdeburg—Anhalt



Friedrich Hildebrandt
Mecklenburg—Lübeck



Julius Streicher
Franken



Adolf Wagner
München



Erich Koch
Ostpreußen



Franz Schwede
Pommern



Josef Bürkel
Rheinpfalz—Saar



Martin Mutschmann
Sachsen



Josef Wagner
Schlesien



Hinrich Lohse
Schleswig-Holstein



Karl Wahl
Schwaben



Fritz Sauckel
Thüringen



Dr. Otto Hellmuth
Mainfranken



Carl Röver
Weser—Ems



Dr. Alfred Meyer
Westfalen-Nord



Wilhelm Murr
Württemb.—Hohenzollern

Die Aufnahmen der Gauleiter Loeper, Streicher, Adolf Wagner, Koch, Schwede, Josef Wagner, Lohse, Hellmuth stammen aus der Kampfzeit

Die Gauleiter der NSDAP

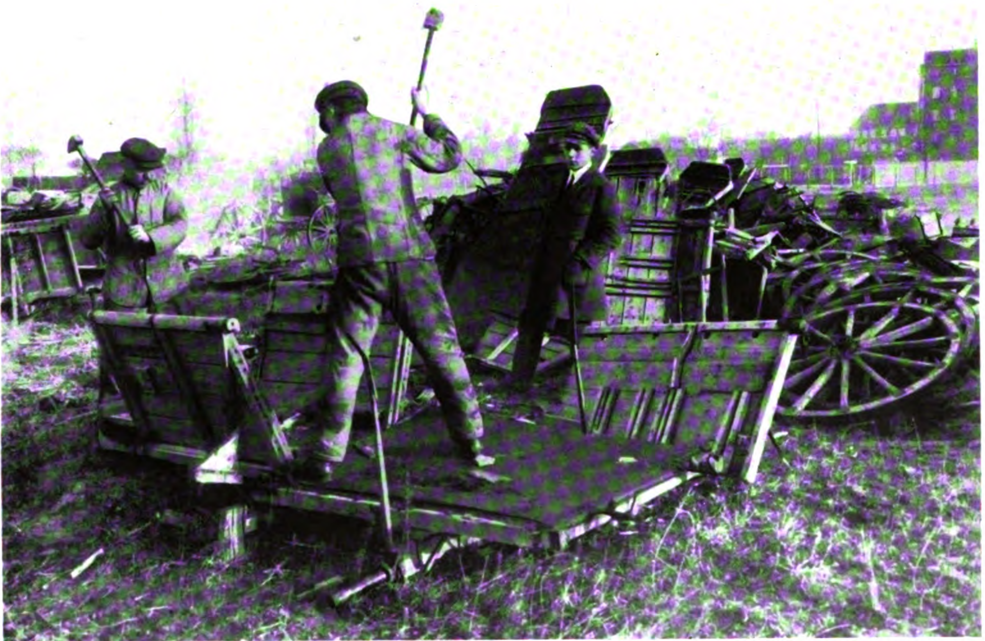


Scheidemann (im Fenster der Reichskanzlei stehend) ruft die Republik aus (9. 11. 1918)



Karl Liebknecht hetzt vor dem Reichstag zum spartakistischen Aufstand (Winter 1918/19)





Deutsche Abrüstung. Auf Grund des Versailler „Friedensvertrages“ muß wertvolles deutsches Volksgut sinnlos vernichtet werden (1919)









1. Von der sozialdemokratischen Regierung zu Hilfe gerufene Truppen besetzen das Kriegsministerium
2. Spartakistische Barrikaden im Zeitungsviertel
3. Die Volksmarinedivision unter den Linden (ihr Führer, vorn links, verschmäht den „reaktionären Offizierssäbel“ nicht)
4. Maschinengewehrgruppe der Aufständischen

Aufstände der Volksmarinedivision und der Spartakisten in Berlin (Winter 1918/19)



Schloß und Polizeipräsidium in Berlin nach der Erstürmung durch Regierungstruppen (Dezember 1918)





Die Brigade Ehrhardt in der Wilhelmstraße (Kapp-Putsch 13. 3. 1920)



Technische Nothilfe
gegen Generalstreik (Kapp-Putsch)



Das Grab von Fischer und Kern
(die am 24. 6. 22 Rathenau erschossen) in Saaleck



Ankunft Verwundeter in Oppeln

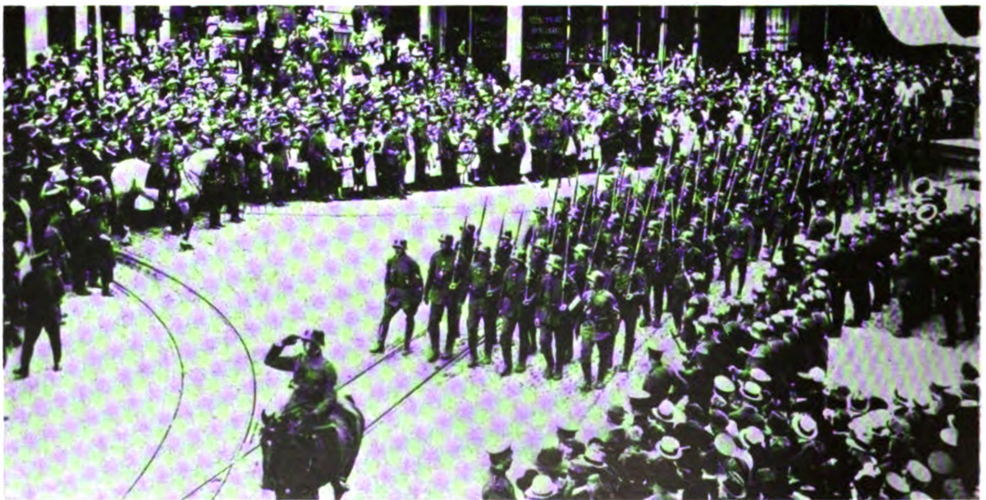


Ein deutsches Freikorps im Kampf

Erster polnischer Aufstand in Oberschlesien (August 1920)







1. Kundgebung für Deutschland in Schneidemühl (Juli 1920)
2. Protestkundgebung gegen die Zerstückelung Schlesiens in Beuthen (1919)
3. Einzug deutscher Truppen in Allenstein nach dem ostpreußischen Abstimmungssieg (Ende 1920)



Der „Oberste Rat" in Paris (1921)
(vordere Reihe von links: Lord Curzon, Lloyd George, Briand, Bonomi della Torretta, Sir Harvey, Baron Hayashi)



Außenminister Gustav Stresemann und sein „Schatten" (Aristide Briand)



Die Deutsche Delegation in Genf (vorn sitzend: Luther und Stresemann)



Das Sterneckerbräu in München, die erste Geschäftsstelle der NSDAP (1. 1. 1920)



Das „Braune Haus in München“ Sitz der Reichsleitung der NSDAP (seit 1930)





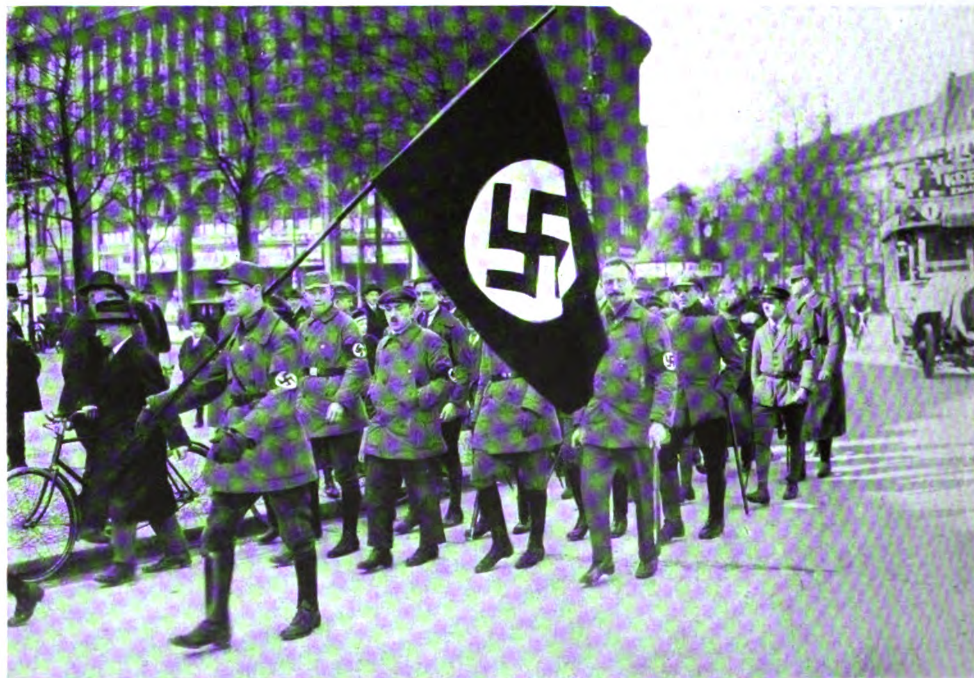


1. Münchener SA auf einem Propagandamarsch
2. Werbefahrt der Münchener SA (zweiter von links Adolf Hitler)
3. Stoßtrupp Hitler

SA in der Anfangszeit



In München



In Berlin

SA der ersten Kampfjahre



SA auf dem Rückmarsch vom ersten Reichsparteitag der NSDAP in München (27.—29. 1. 1923)



Deutscher Tag in Nürnberg (1./2. 9. 1923)







1. Französische Truppen besetzen Dortmund (Jan. 1923)
2. Nach der Haussuchung durch Franzosen im Unterstützungsbüro der Sozialrentner in Gelsenkirchen
3. Grundlos erschossene deutsche Arbeiter in Dortmund (11. 6. 23)

Ruhrkampf (1923)







1. „Behandlung“ deutscher Gefangener in französischen Gefängnissen (Geheimaufnahme)
2. Französisches Kriegsgericht in Oberhausen
3. Überführung der Leiche Schlageters nach Elberfeld

Ruhrkampf (1923)



Andrang zu einer nationalsozialistischen Versammlung im Münchener Bürgerbräukeller (1923)



* ** ***

Gedenkfeier des „Deutschen Kampfbundes“ für Schlageter auf dem Königsplatz in München
[* Dr. Frick, ** Ludendorff, *** der Führer der SA Hermann Göring] (1923)





Bewaffnete SA auf dem Oberwiesenfeld bei München (1. Mai 1923)



Freisinger SA trifft in München ein



Einschüsse an der Residenz vom Blutbad an der Feldherrnhalle

„Hitler-Putsch“ (8./9. November 1923)



Adolf Hitler während seiner Festungshaft in Landsberg (1924)



Adolf Hitler im Festungshof mit Pg. Maurice (1924)



Entlassung aus der Festungshaft (20. 12. 24)



Adolf Hitler im Jahre 1934 in seiner früheren Festungszelle



SA-Männer (der zweite von links jetziger Adjudant des Führers, Brückner) bei der Tagung der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung" in Weimar (16./17. 8. 1924)





Hitler besichtigt SA-Formationen des Ruhrgebietes (neben ihm der jetzige Stabschef Lutze)
Kundgebung auf dem Marktplatz (Mitte)
Zweiter Reichsparteitag der NSDAP (3./4. 7. 1926 in Weimar)

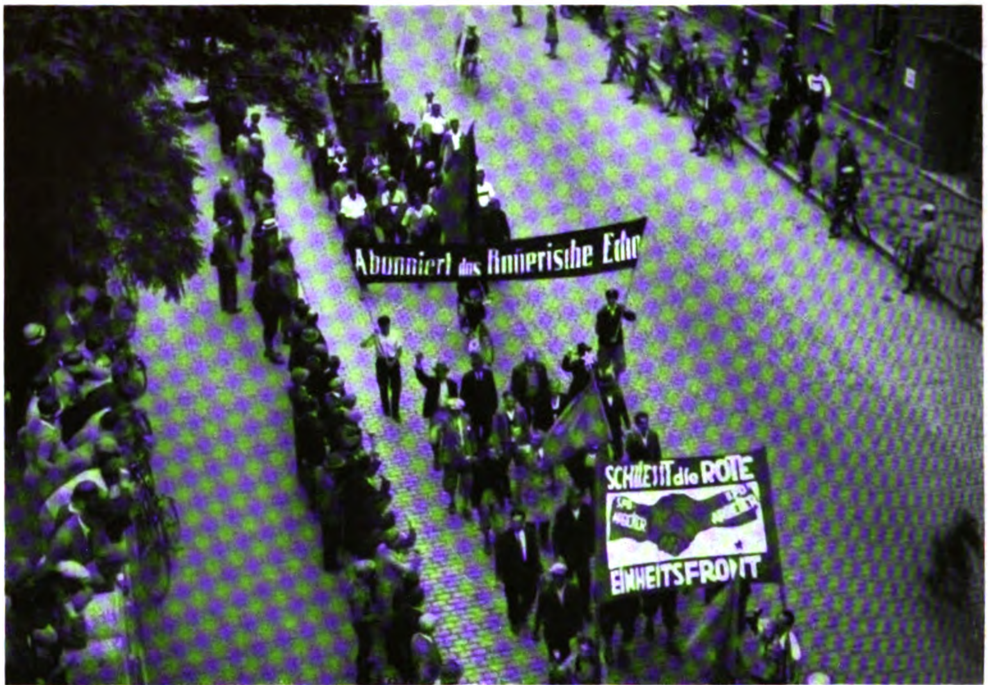


Vorbeimarsch vor dem Führer auf dem Marktplatz



Standartenweihe im Luitpoldhain

Dritter Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg (19./21. 8. 1927)



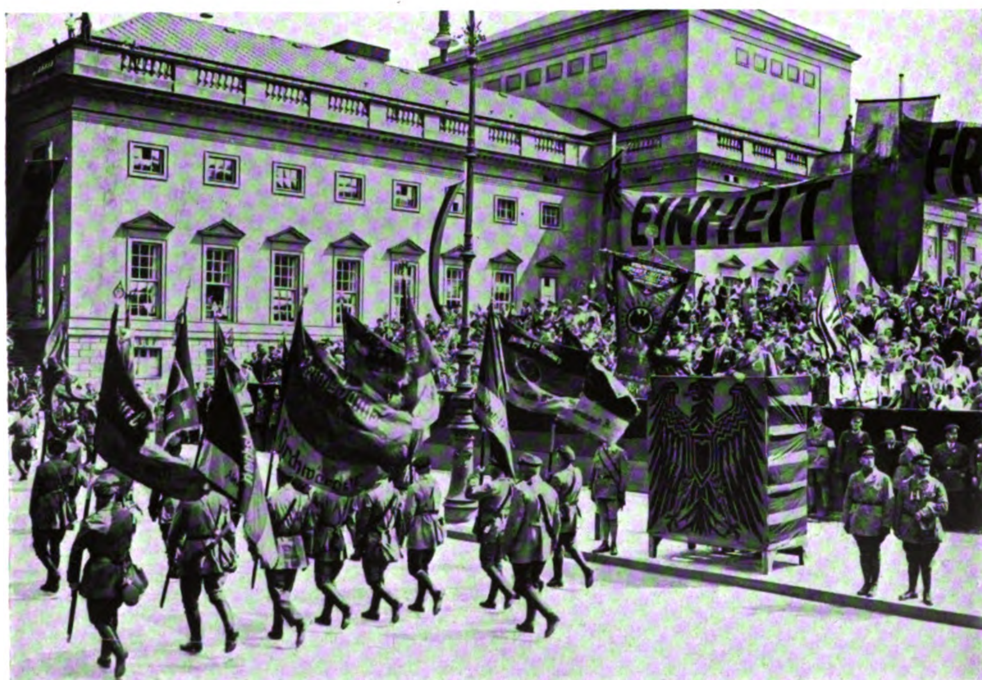
Kommunistischer Propagandazug



Kommunistischer „Roter Frontkämpferbund" schleift eine schwarz-weiß-rote Fahne durch den Straßenschmutz



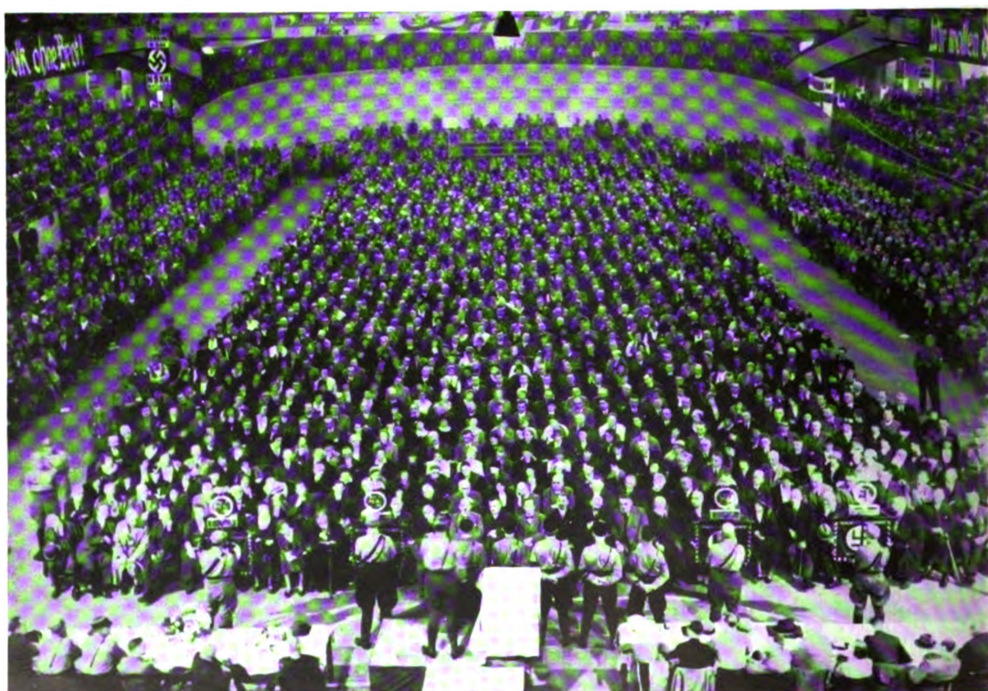
In Hamburg (1926) „Reichsbannergeneral“ Hörsing spricht



In Berlin (1927)
Aufmärsche des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“



Adolf Hitler spricht zum ersten Mal in Berlin (1. 5. 1927 im Clou)



Nationalsozialistische Sportpalastkundgebung in Berlin (November 1928)



Adolf Hitler beim SA Aufmarsch im Luitpoldhain (oben)
Delegiertenkongreß im Kulturvereinshaus (unten)

Vierter Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg (1.—4. 8. 1929)



SA Aufmarsch im Luitpoldhain



Der Sturm 5/Berlin (an der Spitze Horst Wessel) auf dem Bahnhofsplatz kurz nach dem Eintreffen
Vierter Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg (1.—4.8.1929)





Vorbeimarsch der SA auf dem Marktplatz (oben)
Standartenweihe im Luitpoldhain (unten)

Vierter Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg (1.—4. 8. 1929)







1. Berliner SA (Winter 1929/30)
2. SA-Aufmarsch in Berlin (Märkertag 1928)
3. Versammlung in den Pharussälen (Pg. Frank spricht) in Berlin-Wedding, wo 1926 die Pharusschlacht geschlagen wurde







1. SA marschiert am „Märkertag“ in den Berliner Sportpalast (1928)
2. Nationalsozialistische Lastwagenpropaganda in Frankfurt am Main (zu den Reichstagswahlen am 14. 9. 1930)
3. Dr. Goebbels spricht in Freienwalde (Oktober 1929)



Das Sterbezimmer Horst Wessels († 23. 2. 1930)



Die Beisetzung Horst Wessels



Der Sturm Horst Wessels (Sturm 5/Berlin)



Die Schalmeienkapelle des Sturmes 5 (zur Zeit des Uniformverbotes)



„Der schwarze Freitag" (13. 7. 1931)
(Zusammenbruch der Danatbank; Sturm auf die Schalter der Banken und Sparkassen)



Arbeitslose vor den Stempelstellen der Arbeitsämter

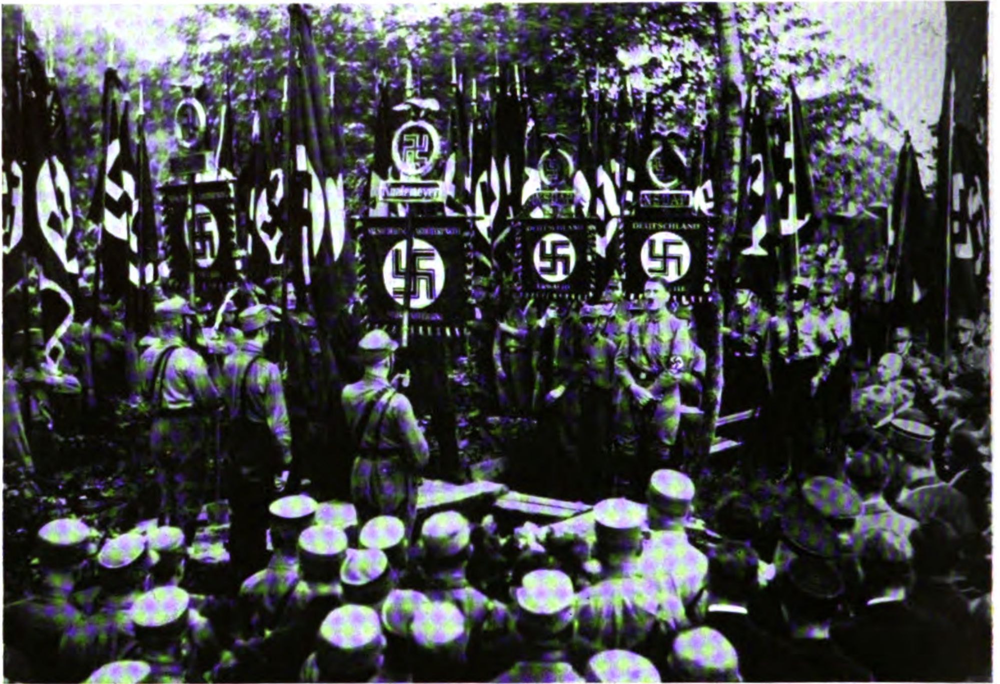






Die roten Herrscher Preußens
Innenminister Severing — Berliner Vizepolizeipräsident Weiß — Ministerpräsident Braun

Zweierlei Volksspeisung des Weimarer Systems!



Adolf Hitler bei der Beisetzung eines von Marxisten ermordeten Nationalsozialisten



Adolf Hitler als Zeuge im „Reichswehrprozeß“ vor dem Reichsgericht (25. 9. 1930)

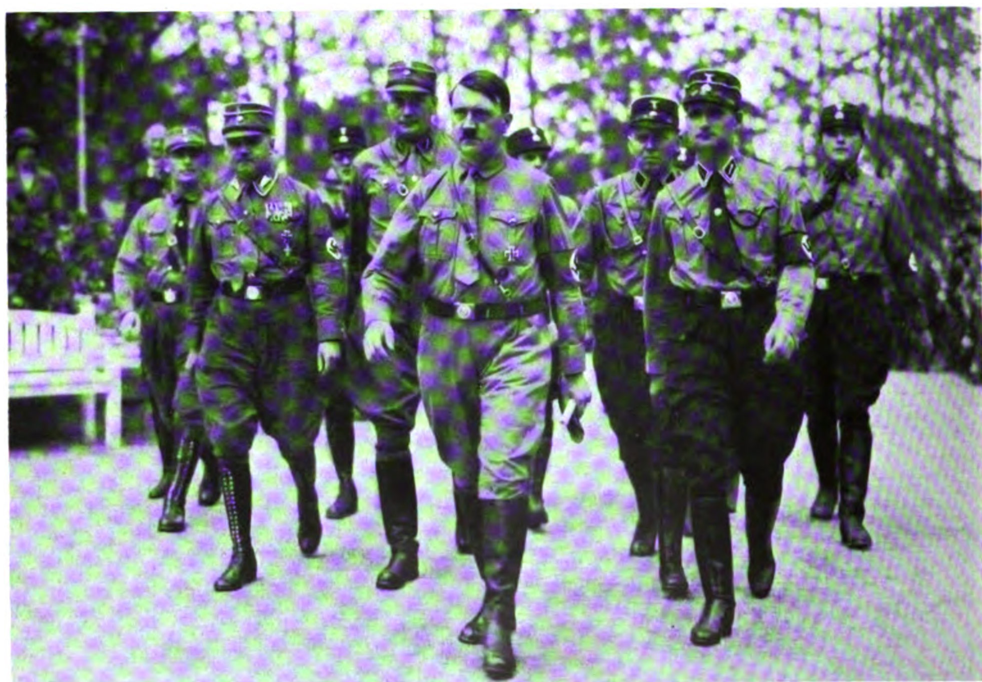


Ein alltägliches Bild aus der Kampfzeit: Verwundete SA-Leute

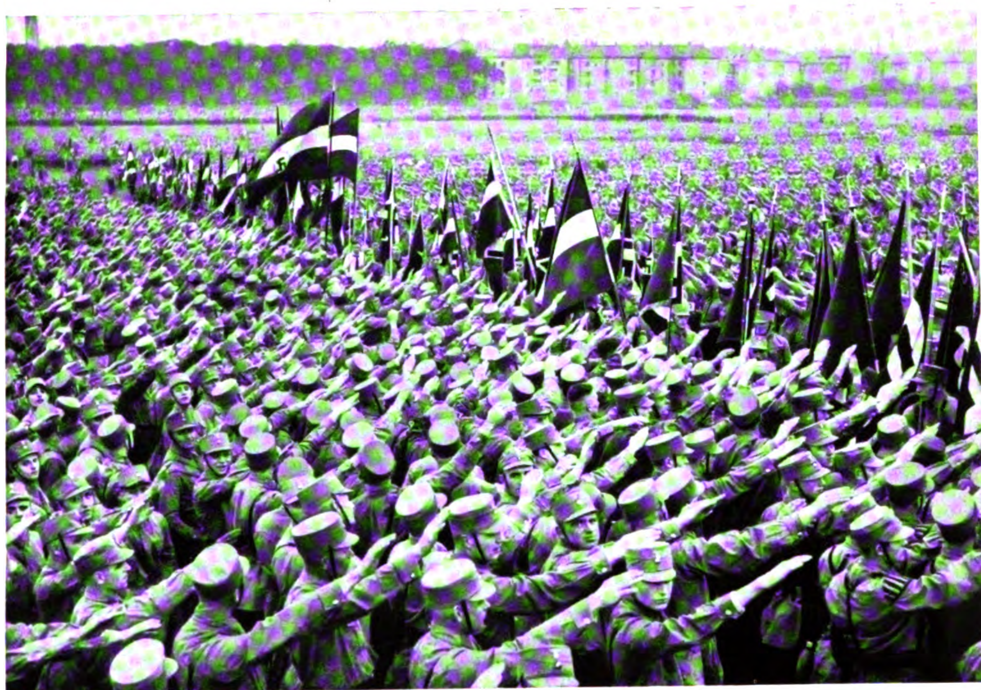


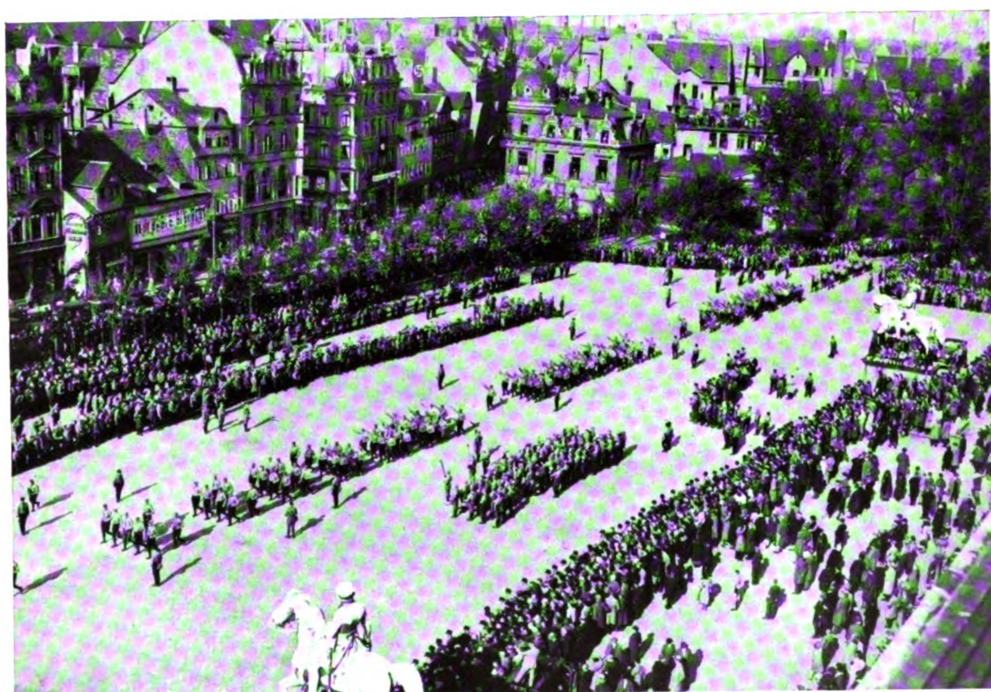
Schließung der SA-Heime durch den Berliner Polizeipräsidenten (10. 10. 1931)
Die Betten obdachloser SA-Männer werden einfach auf die Straße gestellt





Tagung der „Nationalen Opposition" in Bad Harzburg (11. 10. 1931)





Aufmarsch der SA-Gruppe Nord in Braunschweig (17./18. 10. 1931)



Hitlerkundgebung des NSDStB in den Berliner Tennishallen (17. 1. 1932)



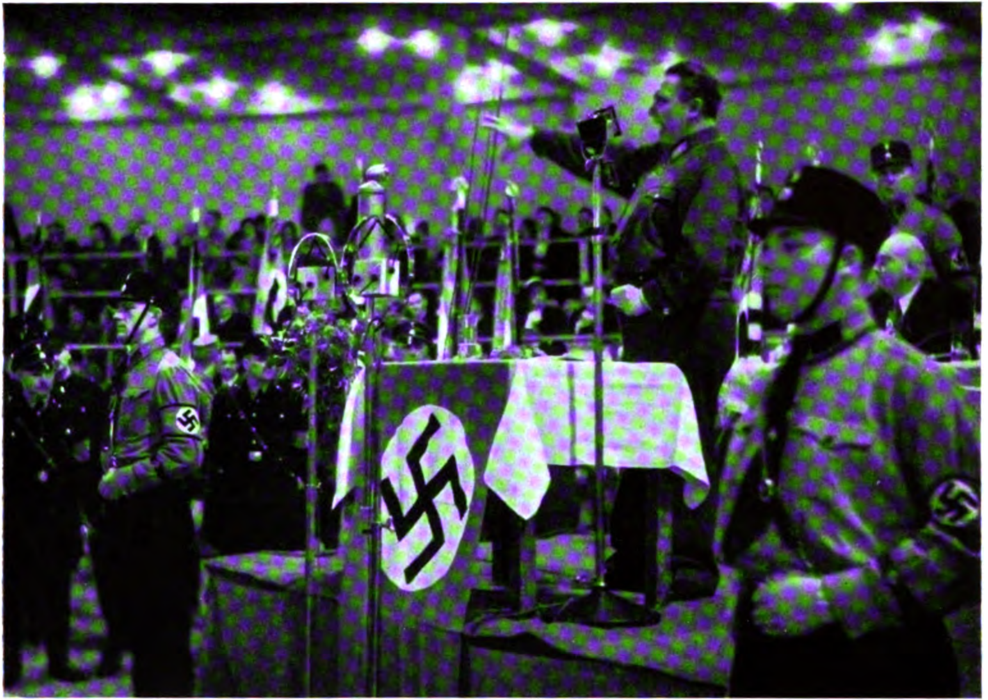


SA während einer Hitlerkundgebung im Sportpalast



Adolf Hitler begrüßt verwundete SA-Leute im Sportpalast

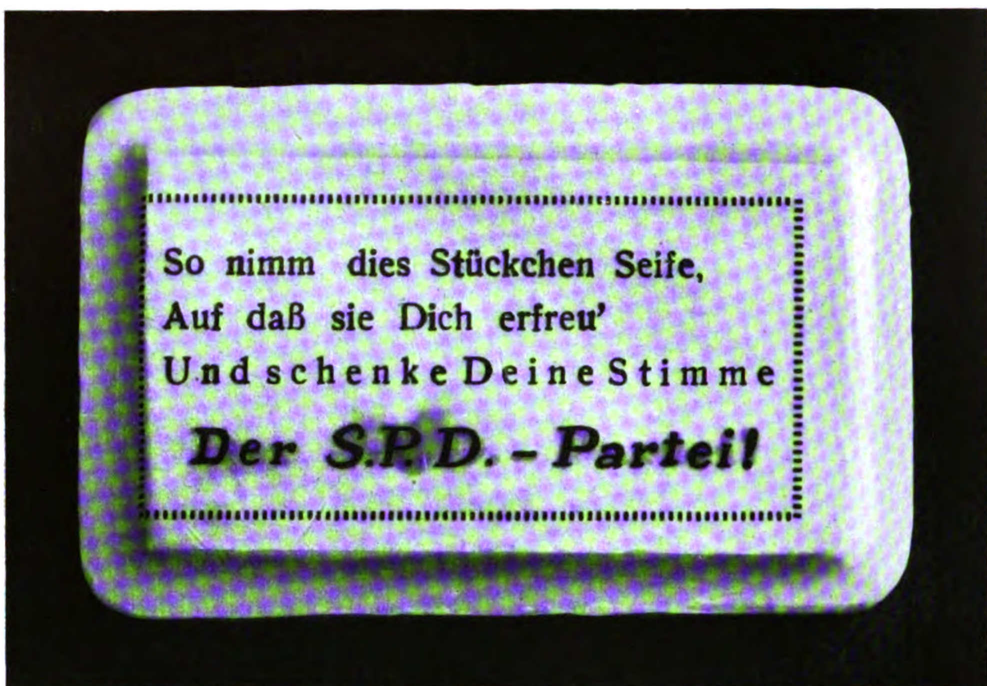
Adolf Hitler begrüßt in den Tennishallen den Berliner Führer des NSDStB (Pg. Rühle — in der Mitte Pg. Daluege, der Führer der Berliner SS) (mitte links)



Pg. Hermann Göring spricht im Sportpalast



„Studentenkrawalle“ in Berlin (1931)





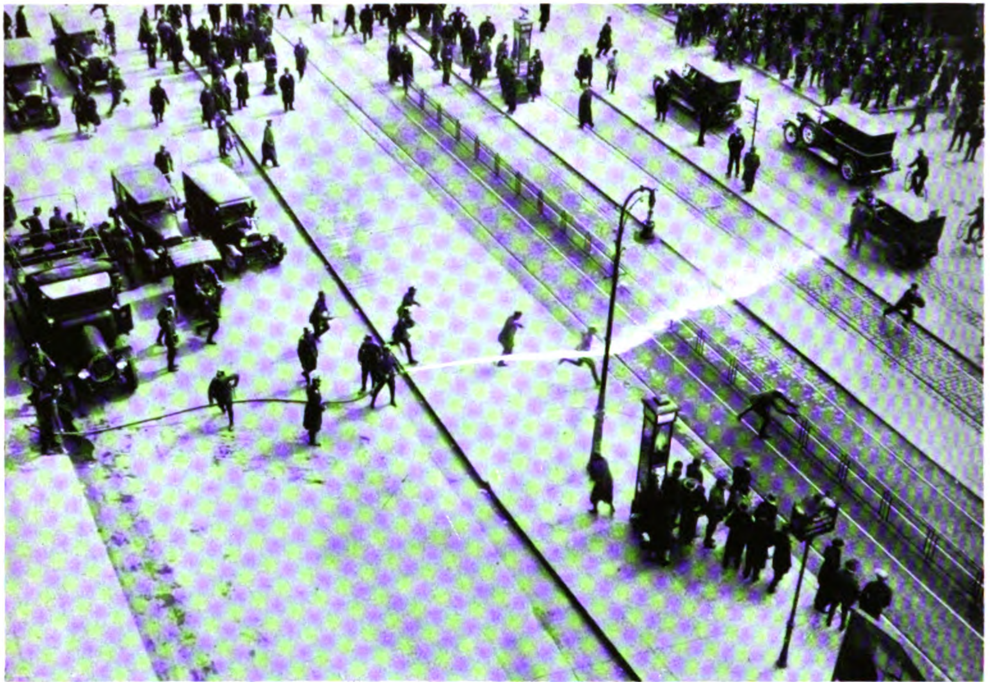
Als offenbar nichts mehr den Wählerschwund aufhalten kann, betreibt die SPD ihre Wahlpropaganda mit „Seife"



Politische Diskussionsgruppe auf der Straße (1932)



Die Angriff-Filialen in Berlin sind von Lesern umlagert





Berliner Polizei geht auf dem Alexanderplatz mit Wasserspritzen gegen kommunistische Demonstranten vor

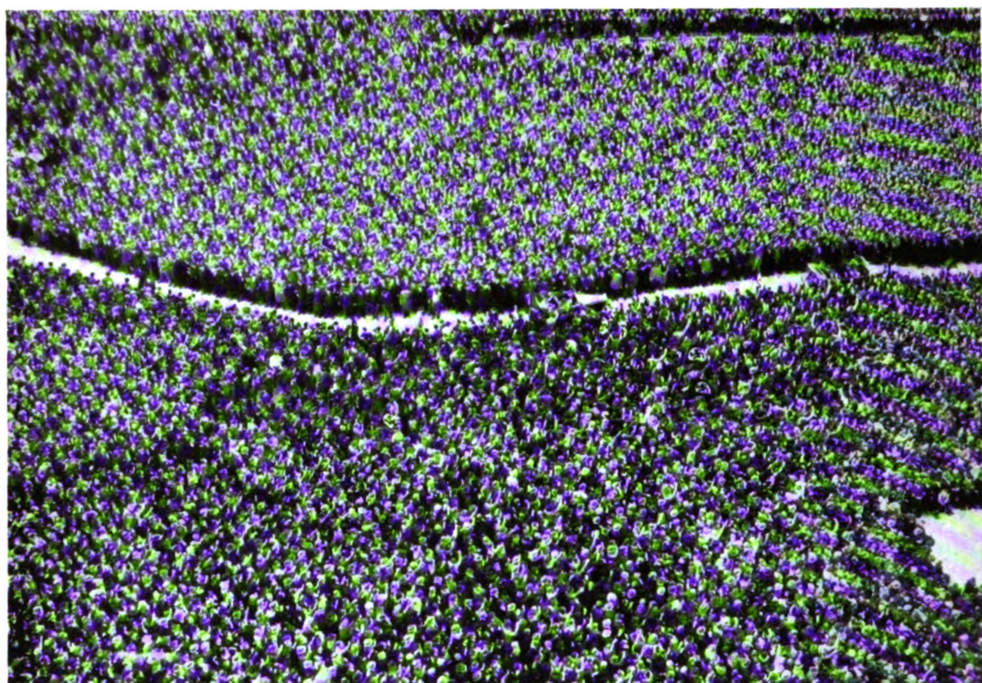
Die verheißungsvolle Flagge der Berliner Gaugeschäftsstelle (Hedemannstr. 10, zum Jahresanfang 1932



Hitlerkundgebung auf den Rennbahnwiesen in Halle/Saale (1932)



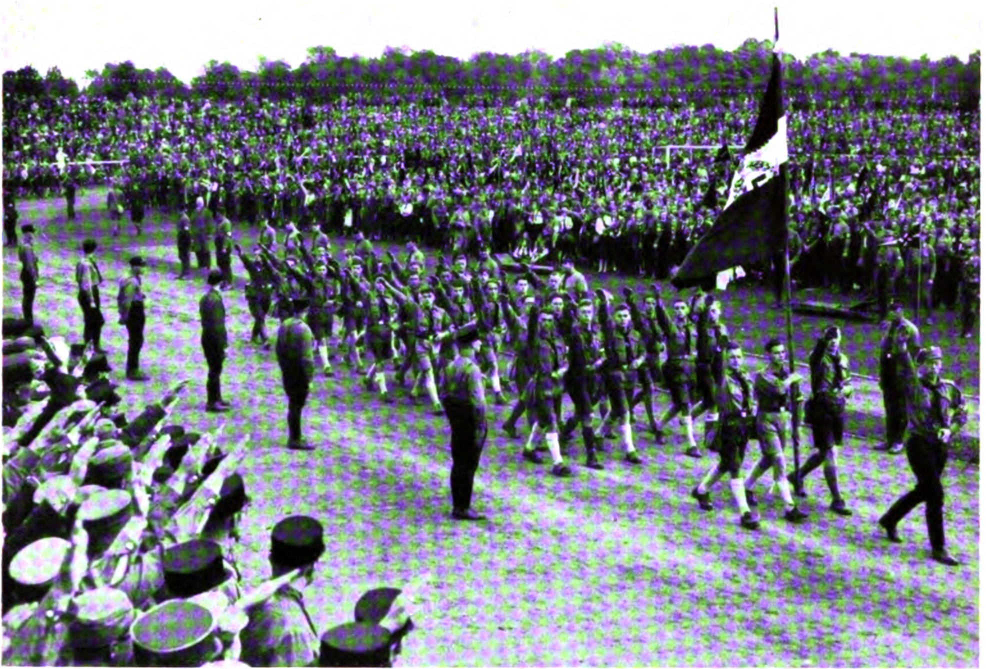
Nationalsozialistische Grenzlandkundgebung auf dem Kamme des Riesengebirges (1932)





Adolf Hitler spricht im Berliner Lustgarten
(Im Vordergrund der damalige Führer der Berliner SA, Pg. Graf Helldorf)

Erster Deutschlandflug Adolf Hitlers (3./9. 4. 1932)



Erster Reichsjugendtag der NSDAP in Potsdam (1./2. 10. 1932)



Düsseldorfer Hitlerjugend



Barrikaden bei kommunistischen Unruhen in Moabit (Juni 1932)



Berliner Verkehrsstreik (3.—8. 11. 1932)



Eröffnungssitzung des Reichstages am 30. 8. 1932
(Die „Großmutter der kommunistischen Revolution", Klara Zetkin, als Alterspräsidentin!)



Adolf Hitler beim Reichspräsidenten
Eine begeisterte Volksmenge begrüßt Hitler beim Verlassen des Reichspräsidentenpalais
(13. 8. 1932)



Der Reichspräsident von Hindenburg weiht das Tannenberg-Nationaldenkmal ein (18. 9. 1927)
An diesem Tage hielt er seine viel beachtete Rede gegen die Kriegsschuldlüge

Sachregister


UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 01839 8092